TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT

Zwanzig Jahre Barcelona-Prozess. Eine Analyse der Wirkung von zwei Jahrzehnten europäisch-arabischer Zusammenarbeit auf die Lage im arabischen Raum am Beispiel Algerien, Tunesien und Ägypten

vom Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften

der Technischen Universität Darmstadt

zur Erlangung des akademischen Grades Doctor Philosophiae

(Dr. phil.)

Genehmigte Dissertation von

Nabil Raih

Erstgutachterin: Prof. Dr. Michèle Knodt

Zweitgutachter: Prof. Dr. Jared Sonnicksen

Darmstadt 2021

Raih, Nabil: „Zwanzig Jahre Barcelona-Prozess. Eine Analyse der Wirkung von zwei Jahrzehnten europäisch-arabischer Zusammenarbeit auf die Lage im arabischen Raum am Beispiel Algerien, Tunesien und Ägypten“

Darmstadt, Technische Universität Darmstadt
Jahr der Veröffentlichung der Dissertation auf TUprints: 2023
Tag der mündlichen Prüfung: 25.10.2021

Veröffentlicht unter CC BY-SA 4.0 International

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis ... 4

Tabellenverzeichnis ... 5

Abbildungsverzeichnis ... 5

Einleitung ... 6

1 Die Zielvorgaben des Barcelona-Prozesses ... 13

1.1 Die politische und sicherheitspolitische Partnerschaft ... 16
1.2 Die Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft ... 16
1.3 Partnerschaft im sozialen, kulturellen und menschlichen Bereich ... 17

2 Überblick über die Thematik und Forschungsstand ... 19

3 Theoretischer und methodischer Rahmen der Arbeit ... 27

3.1 Theoretischer Rahmen der Arbeit ... 27
3.2 Forschungsdesign ... 34
3.3 Operationalisierung ... 35

4 Darstellung der erzielten Ergebnisse in Algerien, Tunesien und Ägypten ... 40

5 Erklärungsfaktor Grad der Demokratie in den Untersuchungsländern ... 53

5.1 Die Demokratie in Algerien ... 53
5.1.1 Die politische und sicherheitspolitische Lage in Algerien vor 1995 ... 54
5.1.2 Das politische System ... 59
5.1.3 Pluralismus und Parteienlandschaft ... 64
5.1.4 Wahlen ... 74
5.1.4.1 Präsidentschaftswahlen ... 75
5.1.4.2 Parlamentswahlen ... 79
5.1.5 Menschenrechte und Pressefreiheit ... 82
5.2 Die Demokratie in Tunesien ... 91
5.2.1 Die politische und sicherheitspolitische Lage in Tunesien vor 1995 ... 92
5.2.2 Das politische System ... 95
5.2.3 Pluralismus und Parteienlandschaft ... 110
5.2.4 Wahlen ... 117
5.2.4.1 Präsidentschaftswahlen ... 117
5.2.4.2 Parlamentswahlen ... 121
5.2.5 Menschenrechte und Pressefreiheit ... 124
5.3 Die Demokratie in Ägypten ... 133
5.3.1 Die politische und sicherheitspolitische Lage in Ägypten vor 1995 ... 134
5.3.2 Das politische System ... 138
5.3.3 Pluralismus und Parteienlandschaft ... 154
5.3.4 Wahlen ... 163
5.3.4.1 Präsidentschaftswahlen ... 163
5.3.4.2 Parlamentswahlen ... 166
5.3.5 Menschenrechte und Pressefreiheit ... 171
Zwischenfazit ... 187

6 Erklärungsfaktor Grad der Wirtschaftsliberalisierung in den Untersuchungsländern ... 189

6.1 Die Wirtschaftsliberalisierung in Algerien ... 189

6.1.1 Der Energiesektor ... 191
6.1.2 Die Industrie ... 199
6.1.3 Die Landwirtschaft ... 208
6.2 Die Wirtschaftsliberalisierung in Tunesien ... 217
6.2.1 Die Energie- und Bergbaubranche ... 219
6.2.2 Die Industrie ... 226
6.2.3 Der Tourismus ... 236
6.2.4 Die Landwirtschaft ... 239
6.3 Die Wirtschaftsliberalisierung in Ägypten ... 249
6.3.1 Der Energie- und Bergbausektor ... 251
6.3.2 Die Industrie ... 259
6.3.3 Der Tourismus ... 268
6.3.4 Die Landwirtschaft ... 272
Zwischenfazit ... 284

7 Erklärungsfaktor Grad der sozialen Entwicklung in den Untersuchungsländern ... 286

7.1 Die soziale Entwicklung in Algerien ... 287
7.1.1 Bildung ... 287
7.1.2 Beschäftigung und Migration ... 294
7.1.3 Zivilgesellschaft und soziale Rechte ... 302
7.2 Die soziale Entwicklung in Tunesien ... 313
7.2.1 Bildung ... 315
7.2.2 Beschäftigung und Migration ... 321
7.2.3 Zivilgesellschaft und soziale Rechte ... 327
7.3 Die soziale Entwicklung in Ägypten ... 338
7.3.1 Bildung ... 339
7.3.2 Beschäftigung und Migration ... 349
7.3.3 Zivilgesellschaft und soziale Rechte ... 359
Zwischenfazit ... 376

8 Vergleichende Analyse der Länderergebnisse ... 378

9 Fazit ... 392

Literaturverzeichnis: ... 396

Abkürzungsverzeichnis

AA	Assoziierungsabkommen
Abs.	Absatz
ALECA	Accord de Libre Échange Complet et Approfondi
AOHR	Arab Organization for Human Rights
Art.	Artikel
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CAPMAS	Central Agency for Public Mobilization and Statistics
ECU	European Currency Unit
EG	Europäische Gemeinschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
EMP	Euromediterrane Partnerschaft
EU	Europäische Union
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
HDI	Human Developement Index
HRW	Human Rights Watch
ISIE	Instance Supérieure Indépendante pour les Élections
IWF	Der Internationale Währungsfonds
MDL	Mittelmeerdrittländer
MENA	Middle East and North Africa
NGO	Non-Governmental Organization
OCDE	Organisation de Coopération et de Développement Économiques
SCAF	Supreme Council of the Armed Forces
SFD	Social Fund for Development
u.a.	unter anderem
UN	The United Nations
UNESCU	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
USAID	United States Agency for International Development
USD	United States Dollar
WHO	World Health Organization
z.B.	zum Beispiel

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Die Gründungsmitglieder des Barcelona-Prozesses im Jahr 1995 13
Tabelle 2: Platzierungen von Algerien, Tunesien und Ägypten auf der Pressefreiheitskala von Reporter ohne Grenzen von 2002 bis 2015 44
Tabelle 3: Bewertung der drei Fallbeispielländer auf dem Index von Transparency International im globalen Vergleich. 45
Tabelle 4: Die wichtigsten Parteien in Algerien während der Untersuchungsphase 73
Tabelle 5: Die wichtigsten Parteien in Tunesien während der Untersuchungsphase 116
Tabelle 6: Die wichtigsten Parteien in Ägypten während der Untersuchungsphase 162
Tabelle 7: Anteil von algerischen Erdgas- und Erdölexporten an den gesamten Erdgas- und Erdöleinfuhren der EU in Prozent 198
Tabelle 8: Die durchschnittliche jährliche Entwicklung von landwirtschaftlichen Produkten in Algerien (in Tonnen) 212
Tabelle 9: Der Anteil landwirtschaftlicher Erzeugnisse an den algerischen Gesamteinfuhren und -ausfuhren (in Mrd. USD und in Prozent) 215
Tabelle 10: Entwicklung des tunesischen Handelsbilanzdefizits in Mrd. US-Dollar 248
Tabelle 11: Einige Indikatoren über die medizinische Lage der Bevölkerung in Algerien, Frankreich und der Türkei im Jahr 2015 310
Tabelle 12: Anteil der Bevölkerung in ausgewählten MDL im Hinblick auf die Migrationsbereitschaft 388

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Mittelmeerregion 9
Abbildung 2: Die drei Partnerschaftskörbe des Barcelona-Prozesses 1995 15
Abbildung 3: Grafik über die Entwicklung der algerischen Renteneinnahmen während der Untersuchngsphase 198

Einleitung

Das Mittelmeer bildet aus historischer Sicht eine internationale wichtige Seeverbindungsstraße, die Afrika, Europa, Asien und den Atlantischen Ozean miteinander verbindet und an dessen Ufern sowohl Handel betrieben wurde als auch Kriege und Eroberungen stattfanden. Das *Weiße Mittelmeer* (wie das Mittelmeer im arabischen Raum auch genannt wird) ging als eine bemerkenswerte Brücke des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Austauschs zwischen den Völkern der Region in die Geschichte ein. Die Gegend um das Mittelmeer war über Jahrtausende ein wichtiges Sammelbecken von Hochkulturen und Zivilisationen, deren Einfluss die Menschheit nachhaltig prägte. Die Araber und die Europäer am Mittelmeer blicken jeweils auf eine lange und zeitweise schwierige gemeinsame Geschichte zurück, wobei phasenweise auch enge Beziehungen zwischen den Nationen an beiden Ufern herrschten. Diese Relation hat zu einer fortdauernden Ergänzung und Bereicherung der europäisch-arabisch-mediterranen Kultur beigetragen und Hoffnungen auf eine friedliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Zukunft genährt.

Die Kolonialzeit in Nordafrika und im Nahen Osten läutete eine neue Phase im Verhältnis zwischen Europa und den arabischen Ländern ein. Nachdem unter anderem (u.a.) die südlichen arabischen Mittelmeeranrainerstaaten im Verlauf des 20. Jahrhunderts sukzessive ihre Unabhängigkeit erlangten, bestanden die ehemaligen europäischen Kolonialmächte weiterhin auf der Unterhaltung enger politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu ihren ehemaligen Kolonien. Zum Beispiel haben „Frankreich und Italien (…) schon in den römischen Verträgen die besondere Stellung ihrer ehemaligen Kolonien und Protektorate in Nordafrika festgeschrieben“ (Jacobs 2003: 258). Hierbei ist insbesondere Marokko und Tunesien zu erwähnen. Algerien war damals noch Teil der französischen Überseedepartements und gehörte somit zu Frankreich.

Die ersten Handelsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft[1] (seit 1992 in *Europäische Union* umbenannt) und einzelnen arabischen Mittelmeeranrainerstaaten wurden Ende der 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahren vereinbart[2]. Die europäisch-arabische Zusammenarbeit wurde im Rahmen des in den Jahren 1973/74 gegründeten Euro-Arabischen

[1] Aufgrund des historischen Kontextes wird die „Europäische Gemeinschaft“ (EG) zu Beginn der Arbeit als Vorgängerinstitution der „Europäischen Union“ (EU) erwähnt, weil letztere erst seit 1992 unter ihrem aktuellen Namen besteht. Danach wird im Rest der Dissertation überwiegend die Europäische Union als Dachinstitution der EU-Mitgliedstaaten zitiert. Die EG und die EU gelten daher im Rahmen der Arbeit aus rechtlicher Sicht als eine und dieselbe Institution.

[2] Hierbei handelt es sich um bilaterale Assoziierungsabkommen u.a. mit Marokko, Tunesien, Ägypten und dem Libanon.

Dialogs noch weiter vertieft. Diese unter schwierigen Bedingungen (nach den arabisch-israelischen Kriegen 1967 und 1973) ins Leben gerufene, neue Partnerschaftsplattform vereinte zum ersten Mal alle Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft (EG) mit den Ländern der *Arabischen Liga* auf einer interregionalen Kooperationsebene (vgl. Jacobs 2003: 313). Der Euro-Arabische Dialog sollte einen strukturierten Rahmen für die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EG und den arabischen Staaten schaffen. Darüber hinaus sollte der Euro-Arabische Dialog als Forum dienen, in dem die Kräfte gebündelt werden, um gemeinsam nach Lösungen für die Probleme der Region zu suchen. Aufgrund unterschiedlicher politischer Prioritäten auf beiden Seiten - regionale Konflikte wie der Nahostkonflikt zwischen Israel und arabischen Staaten sowie der Saharakonflikt zwischen Marokko und Algerien - kam der Euro-Arabische Dialog nach seiner Initiierung Anfang der 1970er Jahre nicht gut in Gang. Das gegenseitige Misstrauen überwog und überschattete die Beziehungen zwischen Europa und den überwiegend autoritär regierten arabischen Ländern in den Folgejahren, was den Ausbau dieser Beziehungen hemmte.

Nach Ende des Ost-West-Konflikts musste sich die EG außenpolitisch neu sortieren und neue Wege zur Bewältigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, mit denen sich die EG nun in der neu entstandenen Weltordnung konfrontiert sah, einschlagen. Das Konzept von Partnerschaft und internationaler Zusammenarbeit stieg in dieser Phase weltweit zum Modell internationaler Politik auf und ließ seitdem Raum für politische Handlungsschritte zu, die vermutlich zuvor kaum denkbar gewesen wären. Durch die Schaffung von regionalen Staatenbündnissen, die sowohl die bilaterale als auch die (inter-) regionale Kooperation fördern, haben sich immer mehr Länder in der Welt für den Zusammenschluss statt für die Konfrontation und die Errichtung von Barrieren ausgesprochen. Dadurch erhofften sich Staaten zumindest die Wahrung minimaler Eigeninteressen auf der internationalen politischen Arena und damit die Reduzierung der Kosten zur Erreichung eigener Ziele. Zusätzlich sollten normative Werte gefördert und die neuen Herausforderungen, wie etwa grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus, durch gemeinsam erarbeitete und vereinbarte Konzepte bewältigt werden. Als Beispiel für (inter-) regionale Staatenbündnisse, die in dieser historischen Zeit eine internationale Zusammenarbeit anstrebten, fungiert der *Barcelona-Prozess*, der 1995 ins Leben gerufen wurde und den Grundstein für die Schaffung einer auf institutioneller Grundlage basierenden *Euromediterranen Partnerschaft* (EMP) zwischen der Europäischen Union (EU) und ihren südlichen sowie südöstlichen Nachbarn am Mittelmeer legen sollte. Im Rahmen dieser Arbeit werden der Barcelona-Prozess und die EMP als Synonyme verwendet.

Die Aufnahme der wirtschaftsschwachen aber geopolitisch wichtigen Staaten Griechenland (im Jahr 1981), Spanien und Portugal (beide im Jahr 1986) in die Europäische Gemeinschaft erweiterte die EG-Grenzen in bedeutender Weise in südlicher sowie in südöstlicher Richtung. Die Grenzverschiebung nach der Ländererweiterung brachte die EG deutlich näher an die Krisenherde des südlichen Mittelmeers und erforderte von der EG die Entwicklung neuer Strategien zur Bewältigung bzw. Vorbeugung möglicher Sicherheitsrisiken aus dieser Gegend[3]. Denn die neuen Grenzen nach der EG-Süderweiterung galten als neue Verteidigungslinie gegen mögliche Gefahren aus dem südlichen und östlichen Mittelmeerraum, der von Autoritarismus und sozio-ökonomischen Krisen geprägt war. Außerdem stand die EU mit dem Inkrafttreten des Schengen-Abkommens 1995 vor zusätzlichen Herausforderungen, weil die Grenzkontrollen an den nationalen Grenzen innerhalb der EU in der Folgezeit sukzessive abgebaut wurden und die sicherheitspolitische Koordination seitdem nicht nur zwischen den EU-Mitgliedern, sondern auch mit den EU-Nachbarstaaten notwendig wurde.

Dem südlichen Mittelmeerraum wird sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene eine wichtige Bedeutung beigemessen, da die Region als wichtiger Handelsweg gilt und eine mögliche Destabilisierung negative Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und schließlich auch auf die EU haben würde. So beziehen beispielsweise mehrere EU-Staaten einen beachtlichen Teil ihrer Energielieferungen aus Nordafrika und dem Nahen Osten, wo aufgrund einer Verschlechterung der politischen und ökonomischen Lage Anfang der 1990er Jahre neue Konfliktlinien entflammten, die durch innenpolitische Spannungen befeuert wurden. Hierbei sind vor allem der Bürgerkrieg in Algerien, der *Zweite Golfkrieg* nach der irakischen Invasion Kuwaits, Bürgerkriege in afrikanischen Ländern der Subsahara, die eine Fluchtbewegung in Richtung Norden auslösten, sowie der Nahostkonflikt zu erwähnen. Insbesondere die Ereignisse in Algerien schienen aus dem Ruder zu laufen und zur Gefahr für den EU-Innenraum zu werden, nachdem in den Jahren 1995 und 1996 mutmaßliche algerische militante Islamisten von der *Groupe Islamique Armee* (GIA) Anschläge in Frankreich verübt hatten. Auf die Ereignisse in Algerien in den 1990er Jahre wird an späterer Stelle der Arbeit ausführlich eingegangen. Zudem nahm die Zahl der Einwanderer deutlich zu, welche aufgrund der schlechten sozio-ökonomischen Situation in Nordafrika sowie in den afrikanischen Staaten der Subsahara nach Europa legal emigrierten oder irregulär die gefährliche Überfahrt vom südlichen Ufer des Mittelmeers in Richtung Europa wagten.

[3] Der Nahe Osten und Nordafrika waren aufgrund von regionalen Konflikten und Instabilität Ausgangspunkt für illegale Migration in Richtung Europa, organisierte Kriminalität und terroristische Aktivitäten gewesen.

Abbildung 1: Die Mittelmeerregion

Quelle: Welt-Atlas[4]

Die militärischen Ereignisse in der MENA-Region (die Abkürzung MENA steht für Middle East and North Africa) in Verbindung mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen stellten die arabischen Mittelmeeranrainerstaaten Anfang der 1990er Jahren vor schier unlösbaren Aufgaben. Daten des Human Development Reports der Vereinten Nationen und eine Analyse des World Development Indicators von der Weltbank sowie mehrere Studien malten ein düsteres Zukunftsszenario für die Region Nordafrika/Naher Osten (vgl. Khalatbari 2005: 5ff.). Mögliche soziale Unruhen in den arabischen Mittelmeerdrittländern (MDL) und somit eine Gefährdung der Stabilität an den südlichen Grenzen Europas waren nicht auszuschließen. Die autoritären Regierungen Nordafrikas sahen sich daher zunehmend unter Zeit- und Handlungsdruck, angesichts der inneren prekären wirtschaftlichen und sozialen Lage nach neuen Strategien zu suchen, um den sozialen Frieden zu wahren. Angesichts dieser Konstellation schienen sowohl die südlichen arabischen Mittelmeeranrainerstaaten als auch die EU in dieser Phase aufeinander angewiesen. Dies bot die Gelegenheit dazu, Überlegungen für eine neue Qualität der Kooperation zwischen beiden Seiten einzuläuten: sie sollte eine bessere Bewältigung der gemeinsamen regionalen Herausforderungen ermöglichen sowie mittel- und

[4] Welt-Atlas: unter: http://www.welt-atlas.de/datenbank/karte.php?kartenid=4-634, abgerufen am 23.06.2018.

langfristig beiden Seiten dazu verhelfen, die jeweiligen Ziele zu erreichen. Die EU und ihre südlichen sowie südöstlichen Nachbarn einigten sich daher auf den Barcelona-Prozess[5], dessen Zielvorgaben die Förderung von Demokratie sowie von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung in den südlichen Partnerstaaten der EU umfassten. Zudem sollten die Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedern der EMP vertieft und ausgebaut sowie die Sicherheit und Stabilität am Mittelmeer aufrechterhalten werden.

Wahl des Themas und der untersuchten Fälle:

Der Barcelona-Prozess feierte am 29. November 2015 sein 20-jähriges Jubiläum. Das Ziel dieser Dissertation ist es zu untersuchen, weshalb in den arabischen Mitgliedern der EMP bisher unterschiedliche Ergebnisse erzielt wurden. In diesem Kontext lautet die zentrale Frage, die im Rahmen dieser Arbeit behandelt wird: Zwanzig Jahre Barcelona-Prozess. Warum weisen die arabischen Staaten im Zuge der Euromediterranen Partnerschaft unterschiedliche Erfolge auf? Eine Analyse der Wirkung der EMP auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in den arabischen MDL. Die Relevanz des Themas ist in den letzten zwei Jahrzehnten u.a. in Europa aufgrund der Zunahme von sicherheitspolitischen Risiken und von (irregulärer) Migration in der EU, deren Ursprung in den arabischen MDL vermutet wird, gestiegen. Von daher rücken aktuell die politischen und sozio-ökonomischen Entwicklungen in den südlichen MDL und die EMP mehr im Fokus politischer und gesellschaftlicher Diskurse innerhalb der EU. Auf europäischer Ebene werden die EMP und die MDL oft aus dem europäischen Blickwinkel betrachtet. In der vorliegenden Arbeit werden die Entwicklungen in den arabischen Mitgliedern des Barcelona-Prozesses und die mögliche Wirkung der EMP auf diesen Länderraum anhand eines wissenschaftlichen Ländervergleichs analysiert.

Zur Klärung der Forschungsfrage wird die Zwischenbilanz in drei arabischen Mitgliedstaaten der EMP, nämlich Algerien, Tunesien und Ägypten, verglichen. Die Wahl von drei Fallbeispielen soll dazu beitragen, eine vergleichende Analyse der Entwicklungen in diesen Staaten sowie der Wirkung der EMP auf die Lage in den arabischen MDL zu gewähren. Damit soll zum Schluss der Arbeit eine möglichst ausgewogene Zwischenbilanz in Bezug auf den Einfluss der EMP auf die Lage in den arabischen MDL gezogen werden. Die Kriterien für die Auswahl der drei erwähnten Fallbeispielländer liegen einerseits darin, dass alle drei Staaten zum arabisch-nordafrikanischen Raum gehören, dass sie in unmittelbarer Nähe zur EU liegen und aufgrund dieser geografischen Nähe auch am meisten von den demokratischen Strukturen

[5] Genannt nach dem Austragungsort der Konferenz, nämlich die spanische Küstenstadt Barcelona.

sowie von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung innerhalb der EU hätten beeinflusst werden können. Zudem verbinden Algerien, Tunesien und Ägypten mit einzelnen EU-Staaten bzw. mit der EU als Institution tiefverwurzelte sowie enge politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Beziehungen, deren Wurzeln schon in der Zeit vor Initiierung des Barcelona-Prozesses liegen. Die drei Staaten eint neben der geografischen Nähe auch die Sprache, die Kultur und das semipräsidiale Regierungssystem, was den Erfolg einer regionalen bzw. internationalen Kooperation zusätzlich fördern könnte. Andererseits weisen die drei Länder trotz der Gemeinsamkeiten abweichende politische, wirtschaftliche und soziale Merkmale auf, welche ebenfalls einen Einfluss auf die Entwicklungen in diesen Staaten und auf den Erfolg der EMP haben könnten. Diese beziehen sich insbesondere auf das jeweilige Sozial- und Wirtschaftssystem, gesellschaftliche Eigenschaften (z.B. Beitrag der Zivilgesellschaft und liberales Denken) und auf die Rolle des Militärs im staatlichen Machtgefüge. Darüber hinaus waren alle drei Länder im Zuge der Volksaufstände im arabischen Raum seit 2011 Schauplätze für Massendemonstrationen, die einen politischen und sozialen Wandel forderten und unterschiedliche Abläufe nahmen.

Diese Promotionsarbeit hatte sich ursprünglich zum Ziel gesetzt, in erster Linie die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen bzw. die Erfolge in den drei oben genannten arabischen MDL während der 20-jährigen EMP, also von 1995 bis 2015, zu untersuchen. Aufgrund einer Verlängerung der Forschungsphase werden relevante Entwicklungen, die von 2015 bis Juli 2020 auftraten, in der Analyse berücksichtigt. Außerdem wird zwecks eines besseren Beleuchtens der politischen und sozio-ökonomischen Hintergründe in den Fallbeispielländern ein kurzer historischer Überblick für die Zeit vor 1995 aufgeführt, damit man die Entwicklungen vor und nach dem Barcelona-Prozess besser bewerten kann. Demnach wird sich die Analyse in der Untersuchungsphase im Folgenden schwerpunktmäßig auf die Zeit von 1995 bis 2015 beziehen sowie um relevante Entwicklungen in der Zeit vor 1995 und von 2015 bis Juli 2020 ergänzt. Ferner werden die Aspekte und Merkmale, die die bisherige Zusammenarbeit im Rahmen des Barcelona-Prozesses geprägt haben und wahrscheinlich die Partnerschaft auch in Zukunft beeinflussen könnten, untersucht.

Zur Bearbeitung der Thematik dieser Dissertation werden zunächst im ersten Kapitel ein kurzer historischer Abriss und die Zielvorgaben des Barcelona-Prozesses skizziert. Letztere werden im Hinblick auf der Fragestellung der Arbeit als Grundlage zur Bemessung des Erfolgsgrads in den drei Fallbeispielländern angewendet. Anschließend folgt in Kapitel zwei ein Überblick über den Forschungsstand zum Thema der Dissertation. Das dritte Kapitel befasst sich mit der

theoretischen Einordnung von der Materie „internationale bzw. regionale Zusammenarbeit“. Die Hintergründe sowie die Erklärungsansätze der internationalen Kooperation werden in der Politikwissenschaft unterschiedlich interpretiert und beurteilt. Da die Klärung der Forschungsfrage im Zusammenhang mit der EMP steht, soll zunächst geklärt werden, auf welcher theoretischen Grundlage der Erfolg internationaler Zusammenarbeit bzw. des Barcelona-Prozesses im Rahmen dieser Arbeit analysiert wird. Zudem werden in diesem Kapitel das Forschungsdesign und die Operationalisierung erläutert. Der empirische Teil der Dissertation gliedert sich in fünf Kapiteln. Während sich Kapitel vier einer Analyse der Erfolge in den drei MDL widmet, werden in den Kapiteln fünf, sechs und sieben die Erklärungsfaktoren untersucht. Im Anschluss daran wird im achten Kapitel ein Ländervergleich in Bezug auf die Erfolge der drei untersuchten Länder im Rahmen des Barcelona-Prozesses und die Hintergründe der Zwischenbilanz der EMP aufgeführt. Abschließend folgt ein Fazit. Die methodische Vorgehensweise im Rahmen der Arbeit wird auf einer analytischen und vergleichenden Form, die durch qualitative und quantitative Daten gestützt wird, basieren. Die Zahlen von 1 bis 12 werden an einigen Stellen zwecks eines besseren optischen Vergleichs in Ziffern geschrieben. Zudem wird sich die im Rahmen der Dissertation überwiegend verwendete männliche Form für Nomen sowohl auf weibliche und als auch auf männliche Personen beziehen.

1 Die Zielvorgaben des Barcelona-Prozesses

Der Barcelona-Prozess war das Ergebnis jahrelanger Überlegungen und Annährungsversuche der EG/EU und einiger MDL, die im Herbst 1995 in einer Europa-Mittelmeer-Partnerschaft gereift sind. Das Verhältnis Kolonialmacht/ehemalige Kolonie sowie die Risiken aus dem südlichen und östlichen Mittelmeerraum für die EU haben einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass das Projekt „Barcelona-Prozess" zustande gekommen ist (vgl. Jünemann 1999: 32, 51f.). „This view of the Mediterranean as a globalized space – a multidimensional link between European security and Mediterranean security - has become commonplace in Spanish political discourse since the end of the Cold War" (Barbé 1996: 27). An den Gesprächen während der zweitägigen Konferenz von Barcelona am 27. und 28. November 1995 zur Gründung des Barcelona-Prozesses nahmen, wie Tabelle 1 zeigt, die damaligen Außenmister der 15 EU-Staaten, ihre Amtskollegen aus 12 MDL und einige Vertreter regionaler Staatenbündnisse (z.B. die *Arabische Liga* und die *Union des Arabischen Maghreb*[6]) teil. Die Konferenz von Barcelona fand während der EU-Ratspräsidentschaft Spaniens, neben Italien und Frankreich, die wichtigsten Verfechter einer umfassenden Europa-Mittelmeer-Partnerschaft, statt. Das Datum der Konferenz wurde auch nicht zufällig gewählt. Es markierte auf den Tag genau den Aufruf von Papst Urban II im Jahr 995 nach Christus in der französischen Stadt *Clermont* zum Beginn der Kreuzzüge. Damit sollte ein Zeichen für das Einläuten einer neuen Epoche der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Zukunftsgestaltung gesetzt werden.

Tabelle 1: Die Gründungsmitglieder des Barcelona-Prozesses im Jahr 1995

Die 15 EU-Mitgliedstaaten im Jahr 1995	Die 12 Mittelmeerdrittländer
Deutschland, Spanien, Italien, Griechenland, Portugal, Frankreich, Irland, Belgien, Großbritannien, Luxemburg, Dänemark, Österreich, Niederlande, Schweden und Finnland	Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, die Palästinensische Autonomiebehörde, Marokko, Syrien, Zypern*, Malta*, Tunesien und die Türkei**

*Zypern und Malta sind seit 2004 EU-Mitglieder.

**Seit 1996 besteht eine Zollunion zwischen der EU und der Türkei

In der Barcelona-Deklaration, die die Geburtsstunde des Barcelona-Prozesses markierte, wurden die Bedürfnisse und Anliegen von allen Seiten berücksichtigt und die zentralen Ziele

[6] Wurde 1989 als regionalem Staatenbündnis von den nordafrikanischen Ländern Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Mauretanien gegründet.

der EMP skizziert. In der Erklärung wurde die in mehrfacher Hinsicht wichtige Bedeutung des Mittelmeerbeckens betont und die gemeinsamen Ziele formuliert. Die versammelten Außenminister der Partnerstaaten waren sich diesbezüglich einig und legten fest:

„Stressing the strategic importance of the Mediterranean and moved by the will to give their future relations a new dimension, based on comprehensive cooperation and solidarity, in keeping with the privileged nature of the links forged by neighbourhood and history…convinced that the general objective of turning the Mediterranean basin into an area of dialogue, exchange and cooperation guaranteeing peace, stability and prosperity requires a strengthening of democracy and respect for human rights, sustainable and balanced economic and social development, measures to combat poverty and promotion of greater understanding between cultures, which are all essential aspects of partnership" (Erklärung von Barcelona 1995, Seite 2)[7].

In Bezug auf das Konzept des Barcelona-Prozesses muss erwähnt werden, dass die EU aus politischen und wirtschaftlichen Gründen mehrere MDL aus der EMP zunächst ausgeschlossen bzw. die Zusammenarbeit mit ihnen eingefroren hat. In diesem Zusammenhang sind vor allem Libyen (wegen des westlichen Embargos gegen das damals herrschende Regime von *Muammar Gaddafi*) und Syrien[8] zu nennen. Darüber hinaus wurde Jordanien in die EMP einbezogen. Obwohl letzteres nicht am Mittelmeer liegt, wurde das Königreich aufgrund seiner Relevanz in den Verhandlungen über eine Lösung des Nahostkonfliktes zwischen Palästinensern und Israelis in die EMP aufgenommen. In den Folgemonaten bzw. –jahren nach Unterzeichnung der Barcelona-Deklaration wurden sogenannte *Assoziierungsabkommen* (AA) zwischen der EU und u.a. den einzelnen arabischen MDL ausgehandelt und unterzeichnet. Nachdem die Länderparlamente sowohl in den EU-Mitgliedstaaten als auch in den MDL die AA sukzessiv ratifiziert hatten, traten diese anschließend in Kraft. Einzig das Abkommen mit Syrien blieb aufgrund politischer Differenzen zwischen dem Land und der EU bis 2020 ohne Ratifizierung, obgleich die Verhandlungen bereits im Jahr 2004 abgeschlossen wurden.

Die Kooperation im Rahmen des Barcelona-Prozesses ergänzte die bisherigen bilateralen Abkommen zwischen einigen EU-Staaten und einzelnen MDL um eine multilaterale und regionale Dimension. Im Jahr 2003 wurde zwecks einer Vertiefung der Beziehungen der EU zu ihren Nachbarstaaten aus der Mittelmeerregion und Osteuropa im Zuge der bevorstehenden EU-Osterweiterung die *Europäische Nachbarschaftspolitik* (ENP) ins Leben gerufen, die als Instrument und Ergänzung der bisherigen EU-Politik gedacht war, um die EU-Nachbarstaaten mit einer privilegierten Partnerschaft an die EU zu binden[9]. „In den südlichen Anrainerstaaten

[7] EU-Kommission: *„Barcelona declaration"*, unter: http://www.eeas.europa.eu/euromed/docs/bd_en.pdf, abgerufen am 12.02.15.

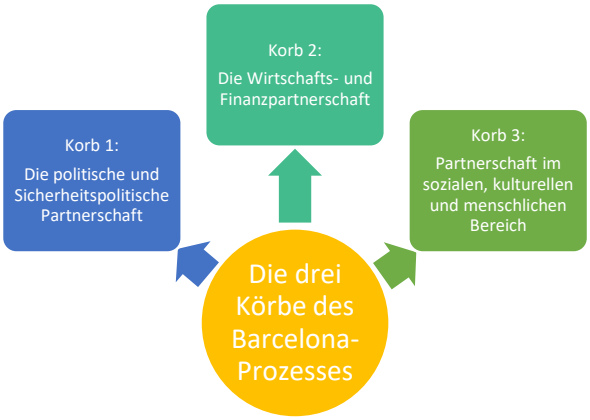
[8] Syrien war zwar Teil der EMP, das Kooperationsabkommen wurde aber von den EU-Staaten aufgrund der syrischen Haltung vom Nahostkonflikt sowie westliche Vorwürfe an das Land über dessen Arbeit an einem mutmaßlich geheimen Programm zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen nicht ratifiziert.

[9] Vgl. Europäische Kommission, unter: http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm, abgerufen am 17.03.2015.

des Mittelmeeres wuchs daraufhin die Sorge, dass die ENP die EMP langfristig ersetzen bzw. obsolet machen würde“ (Fürtig 2005: 93). Von EU-Seite wurde jedoch betont, dass die ENP die EMP ergänzt und nicht ersetzen sollte. Die Kooperationsmaßstäbe im Rahmen der ENP ähneln den Kriterien des Barcelona-Prozesses und basieren auf Demokratie, Marktwirtschaft und einer nachhaltigen sozialen Entwicklung. „Das heißt, politischen Reformen sollte auch im Umgang mit den EMP-Ländern größeres Gewicht beigemessen werden“ (Fürtig 2005: 94).

Die EU erarbeitete in der Folgezeit im Rahmen der ENP sogenannte *Aktionspläne* u.a. mit den einzelnen MDL, in denen die EU ihre Unterstützung dem jeweiligen Partnerland zusichert und gemeinsame Ziele sowie Verpflichtungen für einen bestimmten Zeitraum formuliert werden, an die sich dann die jeweiligen Partner halten sollten. Aus institutioneller Sicht haben die Aktionspläne keinen rechtsverbindlichen Charakter und dienen mehr als Plan und Bekenntnis zur Umsetzung gemeinsamer Ziele und Projekte. Die EMP dehnte sich ab dem Jahr 2008 auf weitere Staaten aus (einige Balkanstaaten), nachdem auf Wunsch des ehemaligen französischen Präsidenten *Nicolas Sarkozy* der Barcelona-Prozess in „*Barcelona-Prozess: Union für das Mittelmeer*“ (UfM) umbenannt wurde. Die Ziele blieben mit denen des Barcelona-Prozesses zwar fast identisch, die Struktur der Zusammenarbeit wurde aufgrund kritischer Stimmen insbesondere aus den südlichen arabischen MDL etwas modifiziert. Die anvisierten Ziele im Rahmen des Barcelona-Prozesses wurden auf drei Kernbereiche (sogenannte *Körbe*), wie das folgende Schaubild zeigt, unterteilt. Diese decken Themenfelder aus den Bereichen Politik, Sicherheit, Wirtschaft und Gesellschaft. Im Folgenden werden die Zielvorgaben der drei Körbe der EMP kurz erläutert.

Abbildung 2: Die drei Partnerschaftskörbe des Barcelona-Prozesses 1995



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf der Barcelona-Deklaration 1995

1.1 Die politische und sicherheitspolitische Partnerschaft

Die Kooperation im Rahmen von Korb 1 zielt darauf ab, einen Raum für Sicherheit, Frieden und Stabilität rund um das Mittelmeer, unter Berücksichtigung eines Bündels von Normen, zu schaffen. Hierzu werden „besonders der Achtung der Menschenrechte, der Charta der Vereinten Nationen, den demokratischen Normen, dem gesellschaftlichen Pluralismus, der territorialen Integrität sowie friedlichen Streitbeilegung, der gemeinsamen Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet“ (Khalatbari 2007: 181). Die MDL haben sich mit ihrer Zustimmung zu den Vorgaben der Barcelona-Deklaration zur Demokratisierung der jeweiligen politischen Systeme und der Verankerung von rechtstaatlichen Grundsätzen bereit erklärt. Diese Schritte sollen ohne externe Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Partnerstaaten erfolgen, wobei eine politische Konditionalität (siehe Kapitel 2.2) bei Menschenrechtsverletzungen greifen könnte. Im sicherheitspolitischen Teil von Korb 1 geht es u.a. um den gemeinsamen Kampf gegen illegale Einwanderung, grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus. Zur Erreichung der zuvor erwähnten Ziele wurden sogenannte *Follow up* geschaffen. Dabei wurden gemischte Gruppen gebildet, in denen Vertreter aus der EU und den MDL bei regelmäßigen Treffen an der Entwicklung von gemeinsamen Arbeitsprogrammen mitwirken, um den politischen Dialog zu vertiefen sowie gemeinsame Lösungen für die Probleme der Mittelmeerregion zu erarbeiten.

1.2 Die Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft

Die Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft bildet das Herzstück des Barcelona-Prozesses. Die zunehmenden sozialen Defizite und die tiefe sozio-ökonomische Kluft zwischen den EU-Mitgliedern und den Staaten südlich des Mittelmeers wurden zunehmend zur Herausforderung für Europa. Die Mitglieder der EMP legten daher großen Wert auf die Konsolidierung der Wirtschaftssysteme der MDL. „The participants emphasize the importance they attach to sustainable and balanced economic and social development with a view to achieving their objective of creating an area of shared prosperity“[10]. Dies bedarf nach Auffassung der Versammelten in Barcelona der Stärkung der finanziellen Zusammenarbeit zwischen der EU und den MDL (z.B. in Form von Krediten zu leichten Konditionen, die von der Europäischen Investitionsbank oder den EU-Entwicklungsbanken gewährt werden). Außerdem sollten mit strukturanpassenden Maßnahmen und Reformen die Wirtschaft und die Märkte der MDL sukzessiv liberalisiert werden. Zudem sollte die Landwirtschaft, eine der wichtigsten Sektoren

[10] EU-Kommission: *„Barcelona declaration“*, Seite 3, unter: http://www.eeas.europa.eu/euromed/docs/bd_en.pdf, abgerufen am 12.02.15.

in den arabischen MDL, durch gezielte Maßnahmen modernisiert werden. Als angestrebtes Ziel für die Wirtschaftspartnerschaft wurde die Errichtung einer Freihandelszone für Industriegüter bis zum Jahr 2010 zwischen den an der EMP teilnehmenden Staaten anvisiert.

Die Kooperation im Rahmen von Korb 2 sollte die sozio-ökonomische Stabilität in der Region stärken und indirekt den Demokratisierungsprozess fördern. In diesem Zusammenhang wurde in Korb 2 eine innovative Regelung aufgenommen. Es handelt sich dabei um das Prinzip der „politischen Konditionalität", von der die Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft künftig abgängig gemacht werden sollte. „Sie erlaubt der EU, im Fall von Menschenrechtsverletzungen oder anderen groben Verstößen gegen die demokratischen Prinzipien, die Wirtschafts- und Finanzkooperation mit dem betreffenden Mittelmeerpartner zu unterbrechen oder zu reduzieren" (Jünemann 1999: 55). Entsprechende Klauseln sind u.a. in den AA mit den MDL enthalten und in den Beschlüssen der ausgehandelten Finanzprogramme der EU für die MDL integriert. Hierbei ist insbesondere das MEDA-Finanzprogramm[11] zu erwähnen, durch das die EU den südlichen MDL zur Konsolidierung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Strukturen verhilft und das Vorantreiben von bereichsübergreifenden Reformen fördert.

1.3 Partnerschaft im sozialen, kulturellen und menschlichen Bereich

Die Partnerschaft im kulturellen, sozialen und menschlichen Bereich im Rahmen des dritten Korbs beabsichtigt die Förderung des interkulturellen Dialogs zwischen den Menschen auf beiden Ufern des Mittelmeers und die soziale Entwicklung in den MDL. Die über Jahrtausende kulturelle Vielfalt in der Region sollte gefördert werden sowie zur Völkerverständigung beitragen. Aus Sicht der Versammelten in Barcelona sollte sich die interregionale Partnerschaft nicht alleine auf die Ebene von Regierungsvertretern beschränken, sondern auch die Zivilgesellschaft einbeziehen (vgl. Jünemann 1999: 56). Zur Verankerung von Demokratie in den MDL wäre es aus Sicht der EU-Staaten wichtig, die zivilgesellschaftlichen Akteuren für diese normativen Ziele zu sensibilisieren und sie als Brücke für die Vermittlung dieser Werte an die Bevölkerung zu gewinnen, damit eine Demokratisierung von unten gefördert wird. Eine Einbindung der Zivilgesellschaft in den MDL an der politischen sowie sozialen Gestaltung ihrer Länder im Rahmen der EMP wurde allerdings von den arabischen MDL kritisch beäugt.

[11] Das MEDA-Programm stellt das wichtigste Instrument der ökonomischen und finanziellen Kooperation im Rahmen der EMP dar und wurde im Jahr 1996 von der EU beschlossen. Die Abkürzung MEDA steht für *Mesures d'accompagnement financières et techniques* (finanzielle und technische Begleitmaßnahmen). Ab dem Jahr 2007 wurde das Programm MEDA durch das *European Neighbourhood and Partnership Instrument* (ENPI) ersetzt (vgl. EU-Kommission, unter: https://cordis.europa.eu/programme/rcn/615_fr.html, abgerufen am 29.10.18).

Zur Erleichterung der Zusammenkunft von zivilgesellschaftlichen Vertretern der Partnerstaaten wurden mehrere Gremien gegründet, in denen u.a. auf der Ebenen von Hochschulen, Mediennetzwerken und Jugend Erfahrungen und Ideen im Rahmen eines euromediterranen Dialogs erörtert und ausgetauscht werden sollen (vgl. Jünemann 1999: 57). Außerdem wurde zur Förderung des Dialogs von Kulturen im Jahr 2005 die *Anna Lindh Foundation* mit Sitz in der ägyptischen Stadt Alexandria gegründet, unter deren Dach Fachgruppen aus den beteiligten Staaten kulturelle sowie soziale Themen besprechen, um die Völkerverständigung in der Region voranzutreiben. Die Stiftung setzt sich u.a. „im Bereich Bildung für Lehrerfortbildung und im Bereich der Zusammenarbeit mit den Medien für die Vermittlung eines positiven Bildes des Mittelmeeres ein, welches das Gemeinsame in den Vordergrund rückt“ (Goller 2009). Das Erfolgskonzept der Anna Lindh Stiftung trug dazu bei, dass die Foundation bereits im Jahr 2009 ihre Aktivitäten auf 43 Staaten ausweitete und ein Netzwerk von über 2.000 Organisationen aufbauen konnte (vgl. Goller 2009). Ein besonderes Augenmerk richtet der dritte Korb ebenfalls auf die Bekämpfung von Armut und die Stärkung sozialer Rechte in den MDL im Einklang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, um den Nährboden für negative Phänomene wie etwa die illegale Einwanderung, Korruption, Drogen- oder Menschenhandel zu entziehen. Die Förderung der sozialen Entwicklung im Rahmen der EMP sollte letztendlich zur Verbesserung der Lebensqualität von Menschen in den arabischen MDL beitragen.

2 Überblick über die Thematik und Forschungsstand

In der Literatur wird der Barcelona-Prozess im Kontext der europäisch-arabischen Beziehungen interpretiert und als Kooperationsplattform zwischen den Partnerländern gesehen. Bei einer Analyse der wissenschaftlichen Texte betreffend die europäisch-arabischen Beziehungen fällt auf, dass die Beschäftigung mit diesem Untersuchungsschwerpunkt sich in ihrer Intensität und Qualität je nach (sicherheits-) politischem, historischem oder ökonomischem Hintergrund unterscheidet. „Inhaltlich fällt beim Überblick über die Literatur aus politikwissenschaftlicher Perspektive auf, dass keine einheitliche Vorstellung darüber existiert, was unter europäisch-arabischer Zusammenarbeit zu verstehen ist, wie sie sich manifestiert und wie sie untersucht werden kann“ (Jacob 2003: 12). Die Forschungsaspekte und die methodische Vorgehensweise variieren je nach theoretischem und fachlichem Blickwinkel des Betrachters. Auf europäischer Ebene wird die Materie „europäisch-arabische Zusammenarbeit“ in politischen Diskursen und wissenschaftlichen Untersuchungen vor allem aus Sicht des historischen Beziehungsgeflechtes, als Handlungsfeld der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU sowie als Untersuchungsgegenstand zur Demokratie- und Sozialforschung behandelt.

Auf arabischer wissenschaftlicher Ebene wird die arabisch-europäische Zusammenarbeit insbesondere aus historischer, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Perspektive betrachtet. Hierbei liegt der Fokus auf den Lerneffekt, den arabische Staaten durch ihre Beziehungen zur EU gewinnen können und der ihnen zur Demokratisierung sowie zu einem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg verhelfen könnte. In dieser Hinsicht ist zu erwähnen, dass in der Fachliteratur aus normativer Sicht Einigkeit darüber herrschte, dass bis Anfang der 1990er Jahre kein arabisches Land als Demokratie zu bezeichnen war (vgl. Axtmann 2007: 2). Von daher blickte ein Großteil arabischer Autoren den Barcelona-Prozess optimistisch entgegen und sah darin eine wichtige Chance, um eine allgemeine und spürbare Verbesserung der Situation in den MDL anzustoßen.

Nach Meinung arabischer Autoren hätten sich die arabischen MDL mit ihrer Teilnahme an der EMP an einem werteorientierten (Betonung demokratischer Prinzipien) und fortschrittlichen Partnerschaftskonzept gebunden, welches auf eine institutionelle Basis beruht und sich von den bisherigen Partnerschaftsbündnisse der arabischen MDL aus inhaltlicher und formeller Sicht unterscheidet. In diesem Zusammenhang wird beispielsweise die Kooperation der arabischen Staaten unter dem Dach der *Arabischen Liga* erwähnt, die als wichtigstes Organisationsbündnis arabischer Staaten gilt und die (sicherheits-) politische, wirtschaftliche, kuluturelle und soziale Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedern fördern sollte. Dennoch verweist ein beachtlicher

Teil arabischer Autoren darauf, dass die Partnerschaft im Rahmen der Arabischen Liga bis 1995 weder die Demokratisierung noch die Liberalisierung der Wirtschaft oder Prosperität in der Mehrheit ihrer Mitgliedstaaten habe herbeiführen können. In diesem Zusammenhang fällt bei der Literaturanalyse auf, dass sowohl unter europäischen als auch unter arabischen Autoren unterschiedliche Faktoren für die Lage im arabischen Raum vor 1995 verantwortlich gemacht wurden. Hierbei werden insbesondere politische und sozio-kulturelle Gründe hervorgehoben. In der arabischen Literatur wird zudem kontrovers über den positiven (vor allem Förderung der Demokratie und Prosperität) und negativen (vor allem Unterstützung von Autokraten und wirtschaftliche Ausbeutung) Einfluss des Auslandes (z.B. EU) auf die Lage in den arabischen MDL bzw. im arabischen Raum berichtet. In ihrer Auseinandersetzung mit der arabisch-europäischen Zusammenarbeit beschäftigen sich arabische Autoren außerdem mit der Rolle der EU als Institution und Vermittler im Hinblick auf der Beilegung des Nahostkonfliktes. Eine umfassende Analyse der Wirkung der EMP auf die Lage in den arabischen MDL wurde bisher sowohl von europäischen als auch von arabischen Autoren rudimentär behandelt.

Die arabischen MDL und die südlichen EU-Staaten waren Anfang der 1990er Jahre aufgrund der lokalen und regionalen Herausforderungen an einer aufgewerteten Form der Partnerschaft interessiert, zumal beide Seiten zur Lösung der Probleme der Region aufeinander angewiesen waren. Hierbei sind u.a. sicherheitspolitische Probleme, die sozio-ökonomische Krise in den arabischen MDL und Afrika, die die Migration in Richtung Europa befeuert hat, und die Energiebedürfnisse sowie ökonomischen Interessen einiger EU-Staaten zu nennen. Spanien und Italien klagten bereits 1989 über „die wachsende Zahl nordafrikanischer Einwanderer, die als vorrangiges Problem der facettenreichen „Südbedrohung“ wahrgenommen wurde. Die Integration der Migranten bereitete den südeuropäischen Staaten wirtschaftliche und mehr noch gesellschaftliche Probleme“ (Jünemann 1999: 43). Dennoch ging man sowohl in Italien als auch in Spanien davon aus, dass „die Emigration lediglich ein Ventil für den ansteigenden sozialen Druck in den Maghrebstaaten darstellt“ (Jünemann 1999: 43), und dass man zur Lösung und Verbesserung dieser Situation beitragen solle. Innerhalb der EU war man der Meinung, dass eine Entschärfung der schwierigen sozio-ökonomischen Lage in den arabischen MDL ein umfassendes Konzept benötige, das politische, wirtschaftliche und soziale Reformen beinhalte.

Die gegenseitige Abhängigkeit zwischen der EU und den südlichen MDL wird in der Literatur wahrgenommen. „As analysts and politicians have pointed out, interdependence between the EU and its Mediterranean partners in the 1990s is a reality. For the analysts, the Mediterranean forms a global space“ (Barbé 1996: 27). Das Interesse am südlichen Mittelmeerufer überwog

aus mehrfacher Hinsicht besonders in den südlichen EU-Mitgliedern Spanien, Italien und Frankreich. In diesem Kontext fügt Barbé hinzu, dass „this Euro-Mediterranean interdependence has made the Mediterranean a priority area for Spanish diplomacy. Thus, between 1989 and 1994, Spain played a relevant role as a promoter (together with France and Italy) of several diplomatic initiatives for the Mediterranean region" (Barbé 1996: 27). Die diplomatischen Bemühungen der südlichen EU-Staaten brachten dann im Laufe der Jahre 1994 und 1995 ihre Früchte, als eine Einigung über die Ausrufung des Barcelona-Prozesses erzielt wurde. Der damalige spanische Regierungschef *Felipe Gonzalez* betonte in seiner Abschlussrede auf der Barcelona-Konferenz 1995 die Bedeutung der südlichen MDL für die EU, unterstrich die wechselseitige Abhängigkeit zwischen beiden Seiten und erklärte:

„We are deeply interdependent in agriculture, migratory flows, trade patterns and industrial production, as well as in the resolution of problems of environmental deterioration, water shortages, pockets of poverty, drugs or ethnic tensions. It is not by chance that the countries of the southern seaboard of the Mediterranean are the European Union's third trading partner and supply 27 per cent of its energy. Trade between us amounts to eighty thousand million ECU[12] per annum and represents two-thirds of the overall external trade for the Maghreb and the Mashraq countries. Furthermore, some five million people from those countries live within the frontiers of the Union" (Barbé 1996: 27).

Die Beschäftigung mit dem Barcelona-Prozess und generell die Auseinandersetzung mit dem Thema „Euromediterrane Partnerschaft" stießen in den 1990er Jahre und Anfang 2000 in den deutschen außenpolitischen Diskursen, verglichen mit Frankreich, Spanien oder Italien, aus unterschiedlichen Gründen auf wenig Interesse. Anlässlich der Barcelona-Konferenz Ende November 1995 teilte die Deutsche Bundesregierung lediglich mit, dass ihre Mittelmeerpolitik im europäischen Kontext zu klassifizieren sei, und dass ihre Politik bezüglich dieser Region mit der EU-Agenda vereinbar sei[13]. Dies ist u.a. damit zu begründen, dass das politische und wirtschaftliche Interesse in Deutschland nach Ende des Ost-West-Konfliktes vorwiegend auf die postkommunistischen Staaten Osteuropas gerichtet war, zumal die Bundesrepublik mit einigen dieser Länder gemeinsame Grenzen sowie kulturelle und politische Geschichte teilt als vergleichsweise mit Staaten des südlichen Mittelmeerufers.

In den deutschen politikwissenschaftlichen Diskursen ist der Untersuchungsgegenstand EMP vergleichsweise eher ein neues Forschungsterrain. Zwar wurden die Beziehungen der EU bzw. Deutschlands zu einzelnen arabischen Staaten sowohl in Nordafrika als auch im Nahen Osten erforscht, aber Untersuchungen zum Gesamtkonzept „Barcelona-Prozess" und seine Wirkung

[12] Abkürzung für „European Currency Unit" (Europäische Währungseinheit). War von 1979 bis 1998 die virtuelle Recheneinheit bzw. Bezugsgröße im (EG-) EU-Währungssystem und diente unter anderem als Zahlungsmittel und Recheneinheit zwischen den (EG-) EU-Mitgliedern. Die ECU war zwar keine eigenständige Währung, wird aber als Vorgängermodell der europäischen Währung „Euro" gesehen.

[13] Vgl. Ratka 2013: 15f.

seit 1995 fallen geringer aus. Auf wissenschaftlicher Ebene wurde die erste Welle reger wissenschaftlicher Beiträge in den ersten fünf Jahren nach Gründung des Barcelona-Prozesses bzw. anlässlich dessen zehn jährigen Jubiläums 2005 verzeichnet. Die Ausrufung des Barcelona-Prozesses stieß dabei sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft und Wirtschaft auf breite Zustimmung und wurde als wichtigen Schritt zur Intensivierung der Kooperation zwischen der EU und ihre südlichen und östlichen Nachbarn gefeiert. Zudem wurden die drei Körbe der Partnerschaft hervorgehoben und als innovativer Mechanismus gelobt, der zu einer Verbesserung der Gesamtlage in den arabischen MDL beitragen könnte.

Mit der Einigung über den Barcelona-Prozess wurden laut Annette Jünemann „die traditionell bilateralen euromediterranen Beziehungen durch eine multilaterale Dimension erweitert, die langfristig auf die Etablierung interregionaler Beziehungen zielt“ (Jünemann 1999: 50). Sie fügte hinzu, dass die EMP „der Höhepunkt eines langwierigen Verhandlungsprozesses und zugleich Ausgangpunkt einer neuen Ära der euromediterranen Beziehungen“ ist (Jünemann 1999: 50). Wulfdiether Zippel sah den qualitativen und historischen Charakter der Beziehungen einzelner EU-Staaten zu den MDL ausschlaggebend für den sprunghaften Anstieg der Region auf der außenpolitischen Agenda der EU und ihren folgerichtigen Schritt mit der Institutionalisierung ihrer Beziehungen zu den Ländern der Region[14]. Zippel machte außerdem darauf aufmerksam, dass der Verlauf der Geschehnisse in den südlichen und östlichen Mittelmeerpartnerländern für die künftige Sicherheit Europas von beträchtlicher Bedeutung sein werde[15]. Diese Überlegungen finden sich auch in den aus europäischer Sicht formulierten Ziele wieder, nämlich dass die EMP „Stabilitätsrisiken mindern, den Nahostfriedensprozess fördern und die Auswirkungen von politischen und wirtschaftlichen Krisen auf Europa (wie u.a. durch Migration) in Grenzen halten“ sollte (Faath/Mattes 2005: 13).

In Bezug auf die drei Säulen des Barcelona-Prozesses herrscht unter Wissenschaftlern nahezu Einigkeit darüber, dass die Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft (Korb zwei), mit ihrem angestrebten Ziel, eine Europa-Mittelmeer Freihandelszone bis zum Jahr 2010 zu errichten, das Herzstück der EMP bildet (siehe hierfür u.a. Jünemann 1999; Nienhaus 1999; Faath/Mattes 2005). Durch die Kooperation im Rahmen von Korb zwei beabsichtigt die EU laut Volker Nienhaus die wirtschaftliche Entwicklung der südlichen MDL voranzutreiben, um somit „die ökonomischen Ursachen der politischen Radikalisierung und Destabilisierung in der Region sowie den Migrationsdruck in Richtung Europa zu verringern“ (Nienhaus 2000: 91). Für die

[14] Vgl. Zippel 1999: Vorwort, Seite 7.
[15] Ebd.

arabischen MDL stellte die Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Finanzsektor einen Hauptgrund für ihre Mitgliedschaft im Barcelona-Prozess, da man sich eine Modernisierung der heimischen Wirtschaft und EU-Kredite erhoffte, die zur Lösung der sozio-ökonomischen Defizite beitragen sollten. Die sicherheitspolitischen Aspekte tauchen im Rahmen der EMP in Körbe eins und drei. Hierbei handelt es sich u.a. um die Bekämpfung der irregulären Migration, wobei in der Literatur bemängelt wird, dass „die EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeiten der legalen Migration stetig einschränken" (Jünemann 1999: 59). Insgesamt fällt bei genauer Betrachtung der Beweggründe für die Ausrufung der EMP auf, dass die Mitgliedstaaten nördlich und südlich des Mittelmeers jeweils abweichende Prioritäten und Motivationen hatten.

Die erste Zwischenbilanz der EMP wurde anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des Barcelona-Prozesses 2005 gezogen. Im Mittelpunkt dieser zweiten Welle intensiver wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit dem Thema EMP stand eine Bewertung der Höhen und Tiefen des Gesamtprojektes unter der Lupe. In der Literatur fiel die Bilanz der EMP im Hinblick auf die Umsetzung der Zielvorgaben, die im Rahmen dieser Arbeit als Grundlage für die Bemessung des Erfolgsgrades in den drei Fallbeispielländern fungieren werden, insgesamt gemischt aus (A. Jünemann 2005; S. Harders 2005; I. Schäfer 2005; S. Faath/H. Mattes 2005). Die EMP als Kooperationskonzept wurde sowohl von arabischen als auch von europäischen Autoren gelobt und als einzigartiges Instrument europäisch-arabischer Zusammenarbeit gesehen, das die arabischen MDL durch wirtschaftliche Anreize zu Reformen bewegen könnte. In der Literatur wurde dennoch angemerkt, dass die Umsetzung von politischen Reformen und die sozio-ökonomische Entwicklung in den arabischen MDL aufgrund mehrerer Gründe sich langsamer bewegen würden (Monar 1999; Jünemann 1999; Harders 2005; Jünemann 2005; Jacobs/Mattes 2005; Jünemann/ Knodt 2006; Michèle Demmelhuber/Marchetti 2011).

Die durchschnittliche Zwischenbilanz im Jahr 2005 und die Aufrufe einzelner Regierungen der arabischen MDL nach einer Umstrukturierung der EMP, in der die Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft im Vordergrund gestellt würde und die normativen Forderungen entschärft würden, weckten Reformüberlegungen beim ehemaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy (Amtszeit von 2007 bis 2012) in Bezug auf der EMP. Letzterer versuchte 2008 auf eigene Initiative eine neue Organisation zu gründen, bei der sich die Zusammenarbeit allein auf die nördlichen und südlichen Mittelmeeranrainerstaaten beschränken sollte. Damals durchkreuzte die deutsche Außenpolitik die Pläne des ehemaligen französischen Präsidenten und ermahnte aufgrund eigener Interessen in der Region eine Lösung im europäischen Kontext (vgl. Ratka 2013: 16). Schließlich einigten sich Deutschland und Frankreich auf den neuen Kurs

gegenüber den südlichen und östlichen MDL. Das Ergebnis war die Gründung der „*Union für den Mittelmeerraum*“[16] (*Union pour la Méditerranée*) im Sommer 2008, die als Fortsetzung sowie Ergänzung der EMP unter Berücksichtigung weiterer EU-Nachbarländer im Zuge der 2004 gestarteten Europäischen Nachbarschaftspolitik fungieren sollte. In der Literatur wird der Vorgang von Sarkozy 2008 als Beispiel für die außenpolitische Divergenz zwischen den EU-Mitgliedern aufgeführt, was im Hinblick auf dem Barcelona-Prozess sowohl die gemeinsamen europäischen Interessen als auch den Erfolg der EMP beeinflussen könnte.

Durch die UfM sollten u.a. die Mechanismen der Kooperation verstärkt und durch die wechselnde Doppelspitze (ein Staatschef aus dem Norden und einer aus dem Süden sollten von da an die UfM im zweijährigen Zeitmodus leiten) die Anliegen der südlichen Anrainerstaaten besser vorgetragen und berücksichtigt werden. Durch den neuen Rahmen der UfM sollte ferner die bemängelte „Divergenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ angepasst werden (vgl. Demmelhuber/Marchetti 2011: 132), da vor allem die arabischen Regierungen in den normativen Vorgaben der EMP ein Hindernis und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihrer Länder sahen, die gegen die Barcelona-Deklaration verstoßen würden (vgl. Faath/Mattes 2005: 14). Entsprechende Gedanken und Formulierungen durch Regierungen der arabischen MDL kamen seit der Jahrtausendwende vermehrt zum Ausdruck. In dieser Hinsicht wünschten sich Letztere von der UfM, dass „Institutionelle Veränderungen, die damit korrelierende Stärkung des Partnerschaftsgedankens und präzisere Felder der Kooperation (…) zu einer Intensivierung und damit letztlich auch zu einer Depolitisierung der Kooperation führen“ sollten (Demmelhuber/Marchetti 2011: 132). Die politischen Themen zählten zwar weiterhin zum Kern der EMP, ihnen wurde aber zunehmend eine untergeordnete Rolle zugeteilt. Vielmehr sollte im Kontext der UfM der „Akzent von einem wenig erfolgreichen normativen Ansatz hin zu einer strategischen und stabilitätsorientierten Politikausrichtung“ verlagert werden (Demmelhuber/Marchetti 2011: 132).

Der Ausbruch der Volksaufstände im arabischen Raum seit Dezember 2010 und die Folgen davon haben eine intensive Welle der Auseinandersetzung mit den Zuständen in den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten ausgelöst. Die Ereignisse u.a. in Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, Algerien und Marokko haben sowohl die Politik als auch die Wissenschaft in der EU und in der ganzen Welt überrascht und dazu geführt, dass die Mittelmeerregion verstärkt in den Fokus der politischen und wissenschaftlichen Diskurse Europas gerückt ist. Die Wahrnehmung der Zustände in den arabischen MDL wurde in Europa seitdem aus anderen Blickwinkeln

[16] In Politik, Medien und Wissenschaft auch unter den Namen „Union für das Mittelmeer“ bekannt.

betrachtet. Die Debatten über Ursachen und Wirkung der Aufstände wurden in der Politik, Wissenschaft und Gesellschaft lebhafter diskutiert. In dieser Hinsicht bekam die Analyse der EMP und ihre Zielvorgaben, nämlich Demokratie, Stabilität, Wirtschaftswachstum und Verbesserung der Lebensqualität von Menschen in den arabischen MDL eine neue Dimension.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Wirkung des Barcelona-Prozesses auf die Gesamtlage in den arabischen MDL war bis 2011 im deutschsprachigen Raum weniger Gegenstand von breiten empirischen Untersuchungen gewesen. Obwohl die südliche und südöstliche Mittelmeerregion für die EU in mehrfacher Hinsicht, wie sich im Laufe dieser Arbeit noch zeigen wird, von essenzieller Bedeutung ist, wurden die arabischen MDL mehr aus sicherheitspolitischer und ökonomischer Perspektive betrachtet. Mit den Umbrüchen im arabischen Raum seit 2011 und den damit einhergehenden Begleiterscheinungen (u.a. (illegale) Migration, Bürgerkriege und Terrorismus) bekamen die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Sachverhalte in den arabischen MDL innerhalb politischer, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Diskurse in Deutschland und in Europa mehr Aufmerksamkeit. Zudem setzten sich sowohl arabische als auch europäische Autoren verstärkt mit Hintergründen auseinander, die während der EMP zu unterschiedlichen Entwicklungen in den arabischen MDL geführt haben könnten und welche bislang wenig Gegenstand von Analysen waren. In diesem Kontext standen besonders die Rolle des Militärs (Yezid Sayigh leistet in diesem Forschungsfeld Pionierarbeit) und der Zivilgesellschaft in den jeweiligen Staaten sowie die Reformbereitschaft und die sozio-kulturellen Zusammenhänge in den MDL im Fokus wissenschaftlicher Untersuchungen. Darüber hinaus wurde in der Literatur die Rolle des Beziehungsgeflechtes von einzelnen EU-Mitgliedern und den arabischen MDL sowohl bei der außenpolitischen Gestaltung der EU als auch bei der Zwischenbilanz der EMP intensiver unter die Lupe genommen (Demmelhuber/Marchetti 2011; Moratinos 2015; Florensa 2015; Lecha 2015; Pierini 2015; Schumacher 2016; Moratinos 2015; Abis et al. 2015; Stahl 2017).

Die Dissertation soll primär dazu beitragen, die Hintergründe der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in den arabischen MDL in Zeiten der EMP zu beleuchten sowie die Forschungslücke zu den drei Fallbeispielländern im deutschsprachigen Raum zu verkleinern. Um die unterschiedlichen Entwicklungen in den drei MDL zu analysieren, wird sich die Untersuchung auf die Themenfelder Demokratisierung, Prosperität und soziale Entwicklung in den drei Ländern fokussieren. Der Erfolgsgrad in diesen Bereichen bildet laut (arabischer) Literatur den positiven Beitrag der EMP sowie die Grundlage für Frieden, Stabilität und nachhaltige Entwicklung in den arabischen MDL. Dementsprechend werden der Grad der

Demokratie, der Grad der Wirtschaftsliberalisierung und der Grad der sozialen Entwicklung in den Fallbeispielländern als Untersuchungsfaktoren fungieren. Die für die Analyse entwickelten Faktoren wurden u.a. in Anlehnung an den drei Säulen des Barcelona-Prozesses generiert und sollen als Instrument dienen, das sowohl die Entwicklungen in den drei MDL als auch die Zwischenbilanz der EMP zu erklären versucht. Ferner soll gemessen am bisherigen Ablauf der EMP die Relevanz und die Zukunftsperspektiven eines ambitionierten Kooperationsmodels zwischen der EU und den arabischen MDL abgeleitet werden. Die angewendete Literatur wird sich schwerpunktmäßig auf Folgendes erstrecken: wissenschaftliche Werke und Texte, die Assoziierungsabkommen, Berichte von internationalen (Nichtregierungs-) Organisationen, deutsche und internationale Fachzeitschriften sowie Zeitungen und originale Gesetzestexte. Im nächsten Kapitel wird zunächst der entsprechende theoretische und methodische Rahmen der Arbeit skizziert.

3 Theoretischer und methodischer Rahmen der Arbeit

Die Analyse der erzielten Erfolge in Algerien, Tunesien und Ägypten im Rahmen der EMP steht in dieser Dissertation im Zusammenhang mit der Umsetzung der Zielvorgaben vom Barcelona-Prozess, der als Konzept internationaler Kooperation gilt. Zum Aufbau eines theoretischen Rahmens zur Konzipierung und Einbettung der Thematik wird zunächst ein Analysemodell zur Erklärung der Materie „Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene" im Kontext der „Internationalen Beziehungen" entwickelt. Dabei wird der Kooperationsansatz unter Staaten beleuchtet und im Hinblick auf die zentrale Fragestellung der Arbeit, nämlich warum die arabischen MDL im Zuge der EMP unterschiedliche Erfolge aufweisen, theoretische Vorüberlegungen skizziert. Anschließend werden im Forschungsdesign die methodische Vorgehensweise sowie die Untersuchungsfaktoren und –variablen erläutert. Daraufhin werden die Messindikatoren und die Daten, die für die empirische Analyse angewendet werden, in der Operationalisierung dargestellt.

3.1 Theoretischer Rahmen der Arbeit

Die internationale Kooperation als politisches Instrument für die Regulierung von bilateralen, multilateralen oder interregionalen Beziehungen zwischen Staaten oder Regionen bzw. regionalen Bündnissen und die Beweggründe dahinter werden in der Literatur sowie in der Politikwissenschaft kontrovers diskutiert. Egal ob man den in dieser Arbeit behandelten Fall, nämlich die europäisch-arabische Zusammenarbeit im Rahmen des Barcelona-Prozesses, oder andere Fälle von zwischenstaatlicher oder interregionaler Kooperation analysieren will, man stößt in wissenschaftlichen Diskursen auf unterschiedliche theoretische und analytische Erklärungsansätze, die die Initiierung von internationaler Zusammenarbeit zu erklären versuchen. Unterscheiden lassen sich zum einen Untersuchungen von Kooperation hinsichtlich ihrer Relevanz für den jeweiligen Partner (oder für die Initiatoren), ihren Kontext und gegebenenfalls wie sie auf wissenschaftlicher Basis zu erforschen ist. Zum anderen solche Untersuchungen innerhalb der politikwissenschaftlichen Teildisziplin *Internationale Beziehungen* (kurz: IB), die sich auf unterschiedliche (Basis-) Theorien und Denkschulen beziehen, welche sich generell mit der wissenschaftlichen und empirischen Analyse des Handlungsfeldes „Kooperation" auf bilateraler bzw. multilateraler Ebene abmühen und voneinander jeweils abweichende Interpretationen fördern.

Der Versuch von Großmächten, während des Kalten Krieges ihre unmittelbaren Nachbarländer mithilfe von Partnerschaftsangeboten und Handelsverträgen zwecks einer Aufrechterhaltung ihres Einflusses oder zur Wahrung von Eigeninteressen an sich zu binden, reicht angesichts

einer zunehmend stark vernetzten Welt und der Entstehung von internationalen Institutionen nicht aus, um eine politische und theoretische Erklärung für die Zusammenarbeit auf staatlicher oder regionaler Ebene zu konzipieren. Vielmehr wird ein methodischer Ansatz benötigt, „der in der Lage ist, komplizierte interdependente Wirkungszusammenhänge zwischen internationalen Großräumen bzw. Regionen zu rekonstruieren und erklärbar zu machen" (Jacobs 2003: 17). Zu diesem Zweck wird im Rahmen dieser Arbeit für die Analyse der internationalen Kooperation und somit auch des Barcelona-Prozesses ein Konzept aus dem Blickwinkel des Institutionalismus angewendet. Dabei wird insbesondere auf der *Interdependenztheorie* nach Robert O. Keohane und Joseph Nye, die gegen Ende der 1970er Jahre mit ihren Forschungen in der Teildisziplin IB neue Maßstäbe gesetzt und innovative Ansätze erarbeitet haben, zurückgegriffen. Zudem wird der *Kooperationsbegriff* kurz erläutert.

Die Debatte um das Thema *Interdependenz* blühte Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre angesichts der weltweiten Wirtschaftskrisen (insbesondere nach der ersten Ölkrise 1973) und der arabisch-israelischen Kriege auf. Diese Ereignisse ließen die Ölförderung aus dem Nahen Osten und Nordafrika schrumpfen sowie deren Preise unverhältnismäßig ansteigen, was die Weltwirtschaft in Mitleidenschaft zog und die Konjunktur in mehreren Ländern über Jahre hinweg negativ beeinflusste. Der Begriff der Interdependenz fand zunächst im ökonomischen Bereich Anfang der 1960er Jahre häufiger Anwendung und gewann dort zunehmend an Bedeutung. Aufgrund der darauf folgenden politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen in der Welt nahm auch in der Politikwissenschaft die Bedeutung der Interdependenztheorie rasch zu. Die globalen Krisen in dieser Periode und die festgestellte Anfälligkeit der heimischen politischen und wirtschaftlichen Systeme von Nationalstaaten gegenüber internationalen Krisen haben offenbart, dass die globale Weltwirtschaft vernetzt ist und einzelne Ökonomien dementsprechend bei gegebenem Anlass empfindlich darauf reagieren können. Selbst wenn sich die Ereignisse oder Krisen fern von den eigenen nationalen Grenzen abspielen würden, wären Konsequenzen für die innere Lage von nicht direkt beteiligten Staaten aufgrund der wachsenden internationalen Vernetzung nicht auszuschließen.

Der Institutionalismus hat sich in den 1970er und 1980er Jahren intensiv mit dem Thema „Interdependenz" auseinandergesetzt. Dabei identifizierte diese IB-Denkschule zwar ebenso wie der (Neo-) Realismus das Bild eines politischen Weltsystems, das von Unsicherheit und Machtstreben gekennzeichnet ist. Ausgehend vom Gefangenendilemma, das den zwei Beteiligten den größeren Nutzen durch ihre Kooperation verspricht, sahen die Befürworter des Institutionalismus in Interdependenz und Kooperation über internationale Regime die ideale

Lösung zur Verringerung von Unsicherheiten und Machtkonkurrenz auf internationaler Ebene und somit auch die Möglichkeit zur Erreichung einer stabilen internationalen Ordnung (vgl. Schimmelfennig 2013: 89f.; Gehring 1994: 211f.). In diesem Zusammenhang haben Robert O. Keohane und Joseph Nye mit ihren Schriften Pionierarbeit in der Forschung und Weiterentwicklung der Interdependenztheorie geleistet. Dabei gehören die beiden Werke „*Power and Interdependence. World Politics in Transition*" (wurde von Keohane und Nye erstellt und im Jahr 1977 veröffentlicht) sowie „*After Hegemonie. Cooperation and Discord in the World Political Economy*" (von Keohane verfasst und 1984 publiziert) zu den wichtigsten wissenschaftlichen Referenzen für Interdependenz- und Kooperationsanalyse aus institutionalistischer Sicht.

In „*Power and Interdependence. World Politics in Transition*" stellten Keohane und Nye einen Wechsel in den Strukturen der globalen Weltpolitik fest, „dessen Merkmal eine Beschränkung der Handlungsfähigkeit von Staaten – also ein Verlust an politischem Steuerungsvermögen – mit Konsequenzen für das Erreichen nationaler wirtschaftlicher und politischer Ziele aufgrund wechselseitiger Abhängigkeiten ist" (Spindler 2010: 102). Für Länder würde es sich daher nach Keohane und Nye lohnen, eine mögliche gegenseitige Abhängigkeit durch Kooperation (z.B. politischer, wirtschaftlicher, ökologischer oder sozialer Natur) mit anderen Nationalstaaten, internationalen Institutionen oder gesellschaftlichen Akteuren zu steuern. Auf diese Weise würde man die Kosten für das Erreichen der eigenen Ziele zumindest in Grenzen halten und den Einfluss von externen negativen Nebenwirkungen auf die innere Lage reduzieren, indem Regierungen und internationale Regime gemeinsam nach rentablen Lösungen suchen und sich auf eine Zusammenarbeit einlassen.

Die Interdependenztheorie nach R. O. Keohane und J. Nye war eine Antwort auf die Theorien der realistischen und liberalen Denkschulen. Insbesondere der Realismus prägte nach Ende des Zweiten Weltkrieges jahrelang die außenpolitischen Konzepte mehrerer Staaten. In Bezug auf die internationalen Beziehungen gehen die neoliberale und (neo-) realistische Denkschule von der Grundannahme aus, dass „Akteure immer rational und nutzenmaximierend handeln (homo oeconomicus), und sie in einer bestimmten Situation diejenige Handlungsalternative ergreifen, von der sie sich den größten Nutzen für ihre feststehenden Präferenzen versprechen" (Obermann 2007: 13). Darüber hinaus sieht der Realismus die Nationalstaaten als die einzig relevanten Akteure auf der weltpolitischen Bühne an, in der aufgrund fehlender Mechanismen keine übergeordnete Institution Stabilität und Ordnung gegen den Willen von Staaten gewährleisten kann (dies wäre aus realistischer Sicht aber durch einen Hegemon möglich).

Demzufolge soll dies die Staaten dazu veranlassen, selbstständig nach eigener Macht- und Nutzenmaximierung zu streben. Aus diesen Gründen stellt die (neo-) realistische Denkschule, auch aufgrund der Annahme eines internationalen anarchischen Systems, die Stärkung der staatlichen militärischen Macht in den Vordergrund. Im Gegensatz dazu vertritt der Institutionalismus und dementsprechend auch der interdependenztheoretische Ansatz nach Keohane und Nye die Position, dass Staaten aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeit nicht vorrangig auf militärische Macht setzen müssen, um Sicherheit und eigene Ziele zu erreichen, sondern man lässt sich auf internationale Kooperation mit anderen Staaten unter definierten Regeln und Normen ein, um die Kosten einer aggressiven Interessenspolitik zu vermeiden und die Basis für eine Teilung der Nutzen zu legen. „Internationale Interdependenz schwächt die von der internationalen Anarchie erzeugte Unsicherheit und Machtkonkurrenz ab und erzeugt einen erhöhten Kooperationsbedarf“ (Schimmelfennig 2013: 97). Hierfür wird die Schaffung eines institutionellen Rahmens und von internationalen Organisationen unterstützt, weil Letztere neben Staaten auch als relevante Akteure im internationalen System angesehen werden. Gegner der Interdependenztheorie kritisieren hingegen, dass die internationale Kooperation Staaten in ein Ausbeutungsverhältnis geraten lassen könnte und somit ihre internationale Abhängigkeit vergrößern würde (vgl. Schimmelfennig 2013: 94).

Frank Schimmelfennig definiert Interdependenz im weitesten Sinne als einen Zustand, in dem Staaten bei der Erreichung ihrer Ziele auf andere Staaten angewiesen sind bzw. ihre Interessen ohne internationale Kooperation mit anderen Ländern weniger erfolgreich umsetzen können (vgl. Schimmelfennig 2013: 92). In diesem Fall wäre in Anlehnung an diese Definition von Schimmelfennig angesichts der weltweiten (sicherheits-) politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen fast jedes Land interdependent. Um von Interdependenz im engsten Sinne nach Schimmelfennig zu sprechen wird vorausgesetzt, „dass Staaten ihre zentralen Funktionen ohne die Zusammenarbeit mit anderen Staaten gar nicht, in hohem Maße unzureichend oder nur zu extrem hohen Kosten erfüllen können“ (Schimmelfennig 2013: 92). In diesem Kontext nennt Schimmelfennig als Beispiele für die internationale Dependenz u.a. Fälle, in denen Staaten sich ihre Verteidigung aus eigener Kraft nicht mehr leisten können oder wenn sie innerhalb ihrer staatlichen Grenzen über keine ausreichenden fossilen Energieträger und andere Rohstoffe verfügen, die für die Weiterentwicklung ihrer Wirtschaft nötig sind. Manuela Spindler beschreibt außerdem die Interdependenz als Ereignis, das dazu führt, dass die politischen oder wirtschaftlichen Entwicklungen (z.B. Wirtschaftskrise oder innere Konflikte) und die getroffenen Entscheidungen (z.B. Anhebung oder Senkung des Zinssatzes durch die

Zentralbanken) in einem bestimmten Land die Lage in einem oder mehreren Staaten positiv oder negativ beeinflussen können (vgl. Spindler 2010: 97).

Es ist offensichtlich, dass jeder Staat im internationalen System im Wesentlichen das Erreichen eigener Ziele anstrebt, die je nach Möglichkeit mit weniger Kosten und Aufwand verwirklicht werden sollen. Inmitten eines anarchischen Systems wird man sowohl aus realistischer als auch aus institutionalistischer Sicht in diesem Fall von „einheitlich und egoistisch-zweckrational handelnden Staaten" (Schimmelfennig 2013: 91) sprechen. Der wesentliche strukturelle Unterschied in Bezug auf das internationale System, den der Institutionalismus im Gegensatz zum Realismus hervorhebt, ist, dass die Interdependenz und die Zunahme internationaler Institutionen diejenigen Faktoren sind, „die die strukturellen Wirkungen der Anarchie nachhaltig und dauerhaft dämpfen und den Akteuren einen größeren Handlungsspielraum bei der Verfolgung ihrer Interessen geben" (Schimmelfennig 2013: 92).

Andreas Jacobs betont ebenfalls die Rolle von internationalen Instanzen, die die Partnerschaft zwischen mehreren internationalen politischen Systemen, die aufeinander angewiesen sind, in einem rechtlichen Rahmen kanalisieren und regulieren können. Der interdependenztheoretische Ansatz beschreibt dabei den Grad der gegenseitigen Abhängigkeit von einzelnen Staaten zueinander und seine möglichen Nebenwirkungen. Die Herausforderungen, mit denen sich die EU (u.a. Energiebedarf, grenzüberschreitende Kriminalität, irreguläre Migration und die Auswirkungen des Nahostkonfliktes) und die arabischen MDL (u.a. Autoritarismus, schwache Wirtschaft, schwierige sozio-ökonomische Lage sowie der Bedarf nach Know-How und ausländischen Investitionen) Anfang der 1990er Jahren konfrontiert sahen, zeugten für eine gewisse regionale Interdependenz beider Seiten und sprachen für ein gemeinsames Vorgehen. Im Hinblick auf die theoretische Zuordnung des Barcelona-Prozesses im weitesten Sinne wäre es zusätzlich wichtig zu klären, ob es sich dabei um eine Interdependenz zwischen zwei homogenen Regionalsystemen (die EU und die MDL), eines Regionalsystems (EU) und heterogene Länder des südlichen Mittelmeerufers oder eher zwischen einzelnen europäischen Staaten und einzelnen MDL (also nicht die Region als Ganzes betreffend) handelt. Denn die Art der Interdependenz könnte die Qualität und Quantität der Zusammenarbeit beeinflussen. Wenn die Art der wechselseitigen Abhängigkeit festgestellt wird, sollte in einem zweiten Schritt der Kooperationsbegriff unter die Lupe genommen werden, weil internationale Zusammenarbeit aus Sicht des Institutionalismus die nächste logische und rentabelste Form zur Bewältigung der Interdependenz ist. Dadurch soll letztendlich eine Verbindung zur EMP hergeleitet werden. Dabei ist die Wirkung des Interdependenzverhältnisses auf die Ziele der

Kooperation zu beachten, da eine asymmetrische Interdependenz, also eine ungleichmäßig verteilte wechselseitige Abhängigkeit zwischen den Kooperationspartnern, den Erfolg und die Ziele einer Zusammenarbeit beeinflussen könnte.

Bei seiner Analyse der europäisch-arabischen Zusammenarbeit u.a. im Rahmen der EMP grenzt Andreas Jacobs in Anlehnung an Kenneth N. Waltz systemischen Ansatz zur Untersuchung internationaler Politik zunächst den Systembegriff ein, der als solcher bezeichnet wird, wenn „unabhängige Einheiten interagieren" (vgl. Jacobs 2003: 18). Diese Interaktionen stellen nach Auffassung von Waltz eine Systemstruktur dar, sodass „jedes politische System sowohl von interagierenden Einheiten als auch von einer spezifischen Struktur gebildet wird, wobei sich Einheiten und Struktur wechselseitig beeinflussen" (Jacobs 2003: 18). Basierend auf dem systemischen Ansatz von Waltz definiert Jacobs in einem zweiten Schritt dann das internationale System als „die Gesamtheit von Interaktionen politischer Akteure und die dadurch gebildete Struktur auf globaler Ebene" (Jacobs 2003: 18).

Die Theorie von Waltz bezog sich auf das internationale System als Ganzes und sah keine Abgrenzung zwischen dem System und seiner Umwelt vor. Im Hinblick auf die Analyse regionaler Partnerschaften zwischen einzelnen Ländern oder Subsystemen ist es allerdings relevant festzustellen, ob die betroffenen Staaten gemeinsame Wertevorstellungen, Normen oder Ziele teilen. Diese Aspekte tragen deutlich zum Erfolg von Kooperationseinheiten bei. In Bezug auf die EU lässt sich feststellen, dass die Mitgliedstaaten aufgrund des gemeinsamen rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Kooperationsbündnisses ein Regionalsystem darstellen. Die MDL teilen zwar die geografische Nähe und die meisten Staaten sogar die Kultur und die Mitgliedschaft in regionalen Bündnissen (z.B. die Arabische Liga und die *Union des Arabischen Maghreb*), sie bilden trotzdem im Gegensatz zur EU aufgrund unterschiedlicher (sicherheits-) politischer (z.B. Nahostkonflikt), wirtschaftlicher sowie sozialer Orientierung und Interessen kein homogenes Regionalsystem. Aus diesem Grund lässt sich feststellen, dass es sich bei den Beteiligten am Barcelona-Prozess um ein Regionalsystem (Europäische Union) und einzelne, zum Teil heterogene und verfeindete Staaten des südlichen Mittelmeers (z.B. einige arabische Länder und Israel, Marokko und Algerien oder die Türkei und Zypern) handelt. Ergänzend ist noch hinzuzufügen, dass die EU zwar rechtstechnisch und formal als einheitliche Institution handelt. Bei außenpolitischen Fragen ergeben sich aber gelegentlich, trotz einer etablierten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, aufgrund möglicher abweichender bilateraler Interessen der Mitgliedstaaten Differenzen hinsichtlich der Bildung einer

einheitlichen außenpolitischen Position der EU. Inwieweit dies eine Rolle für den Ablauf der EMP gespielt hat, wird im Laufe der Arbeit analysiert.

„In der Literatur besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Annahme eines (sub-) systemischen Zusammenhangs zwischen Staaten nur dann sinnvoll ist, wenn ein gewisses Maß an regelmäßigen Interaktionen und ein Bewusstsein wechselseitiger Interdependenz zwischen politischen Akteuren feststellbar ist“ (Jacobs 2003: 19). In dieser Hinsicht ist in Bezug auf die Interdependenztheorie eine Klärung des Kooperationsbegriffs für die theoretische Einordnung der Partnerschaft im Rahmen des Barcelona-Prozesses förderlich. In wissenschaftlichen Diskursen reden zahlreiche Autoren in Anlehnung an Robert O. Keohane von Zusammenarbeit dann, „(…) when actors adjust their behaviour to the actual or anticipated preferences of others, through a process of policy coordination. Policy coordination, in turn, implies that the policies of each state have been adjusted to reduce their negative consequences for the other state“ (Jacobs 2003: 21). Thomas Gehring fügt in Anlehnung an R. O. Keohane, K. Waltz, Michael Zürn und Joseph M. Grieco hinzu, dass selbst Staaten, die egoistisch und nutzenmaximierend handeln, zum Erreichen ihrer Ziele bereit wären, unter günstigen Bedingungen zu kooperieren (vgl. Gehring 1994: 211). Die internationale Kooperation kann dann (sicherheits-) politische, ökonomische und soziale Themenfelder abdecken sowie auf der Basis zwischenstaatlicher Konsultationen auf politischer und diplomatischer Ebene zum Ausdruck kommen.

Die Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene könnte nach Meinung einiger Autoren ziel- und zweckgerichtet sein (vgl. Jacobs 2003: 22f.). Zwar minimiert Partnerschaft Konfliktpotenziale und Konfrontationsrisiken, allerdings könnte sie für Staaten auch unerfreuliche Konsequenzen bergen, wie etwa unerwartet hohe Kosten oder Abhängigkeit. Länder können daher nur unter bestimmten Regeln miteinander verhandeln und kooperieren in der Hoffnung, daraus im optimalen Fall den gewünschten Nutzen zu ziehen. In diesem Kontext ist Johan Galtung der Einsicht, „dass Kooperation im internationalen System kein Ziel an sich, sondern lediglich eine Strategie zur Erreichung oder Verfolgung bestimmter Ziele wie etwa Sicherheit oder Wohlstand darstellt. Kooperation beruht auf der Idee des Austauschs im weitesten Sinne und ist immer an die Erwartung eines bestimmten Nutzens oder Gewinns für den betreffenden Staat gebunden“ (Jacobs 2003: 22). Angesichts der Gefahren, durch Kooperation in ein Ausbeutungsverhältnis zu geraten, wäre es für Staaten daher wichtig, ihre Partnerschaft soweit zu institutionalisieren, dass Ziele und Kooperationsrahmen klar definiert und gemeinsam erarbeitet werden. „Sobald Möglichkeiten zur Kooperation bestehen, werden Institutionen bedeutsam, sei es zur Umsetzung dieser Möglichkeiten, sei es, um bereits bestehende Kooperation zu stabilisieren“

(Gehring 1994: 211). In gleicher Richtung argumentiert auch R. O. Keohane. Für ihn dienen Institutionen und Organisationen bei der Institutionalisierung der Kooperation zwischen einer Vielzahl von Ländern „der Schaffung von Transparenz und Vertrauen zwischen Staaten, der besseren Verteilung von Kooperationsgewinnen, der Vermittlung und Angleichung von Interessen, dem Austausch von Informationen sowie der Reduzierung der Transaktionskosten und können daher ganz erheblichen Einfluss auf internationale Kooperation ausüben“ (Jacobs 2003: 25). Bei der Analyse des Erfolgs von Zusammenarbeit zwischen mehreren Staaten, wie etwa bei der EMP, darf man aber sowohl den asymmetrischen Verlauf der Interdependenz als auch den Einfluss von externen Akteuren (von außerhalb des Kooperationsbündnisses) nicht außer Acht lassen, da sie den Ablauf der Partnerschaft beeinflussen können. In der theoretischen Literatur scheint die Bearbeitung dieser Aspekte nicht die nötige Aufmerksamkeit zu genießen (vgl. Jacobs 2003: 26). Dennoch wird im Laufe der Arbeit mithilfe von Erkenntnissen aus der Praxis versucht, dieser Thematik im Hinblick auf der EMP nachzugehen.

Zusammenfassend lässt sich in Bezug auf internationale Zusammenarbeit feststellen, dass Staaten gemessen an ihrer eigenen Ziel- und Nutzenerwartungshaltung die Bereitschaft zeigen, sich auf die Präferenzen sowie Interessen anderer Staaten zuzubewegen und dementsprechend eine Kooperation mit ihnen einzugehen. Dadurch sollen gemeinsame Herausforderungen bewältigt, Lösungsansätze erarbeitet und letztendlich die angestrebten Ziele erreicht werden. Diese Kriterien gelten auch für den Barcelona-Prozess, dessen Zielvorgaben Demokratie, Wirtschaftswachstum und soziale Entwicklung für die MDL vorsahen. Im nächsten Schritt soll im Forschungsdesign der methodische Rahmen der Dissertation festgelegt werden.

3.2 Forschungsdesign

Nachdem im vorherigen Kapitelabschnitt der theoretische Kontext internationaler Kooperation und somit der EMP entfaltet worden ist und die möglichen Einflüsse auf den Erfolg derartiger Zusammenarbeit aufgeführt worden sind, wird in der Folge die Vorgehensweise zur Klärung der Forschungsfrage erläutert. In der Literatur wurde bisher überwiegend eine allgemeine Bewertung der Bereiche Demokratisierung und Sicherheitspolitik im Zuge der EMP durchgeführt. Im Rahmen dieser Dissertation wird der Analysebogen gespannt und der Erfolg des Barcelona-Prozesses konkret in den drei Fallbeispielländern Algerien, Tunesien und Ägypten untersucht. Dabei wird sich die Analyse des Erfolges vom Barcelona-Prozess in Bezug auf die drei arabischen MDL auf mehrere Themenfelder ausweiten und sie wird sich schwerpunktmäßig an die 1995 formulierten Zielvorgaben der EMP richten. Dementsprechend

wird der Erfolg des Barcelona-Prozesses jeweils am Grad der Zielerreichung der drei Körbe gemessen. Hierfür werden im empirischen Teil der Forschungsarbeit die Demokratie (Korb 1), Wirtschaftsliberalisierung (Korb 2) und die soziale Entwicklung in den drei arabischen MDL als Analysefaktoren fungieren. Der Faktor Demokratie wird anhand der Variablen politisches System, Parteien, Wahlen, Pressefreiheit und Menschenrechte untersucht (Kapitel 5). Der Faktor Wirtschaftsliberalisierung wird an den Variablen Energie-, Industrie-, Tourismus- und Landwirtschaftssektor analysiert (Kapitel 6). Der Faktor soziale Entwicklung seinerseits wird an den Variablen Bildung, Arbeitslosigkeit und Migration sowie Zivilgesellschaft und soziale Rechte erforscht (Kapitel 7). Wenn Erfolge in Bezug auf die drei Faktoren verzeichnet werden, dann sollen die entsprechenden Werte in den Fallbeispielländern nach oben zeigen. In diesem Zusammenhang wird der Interdependenzgrad zwischen der EU und den (drei) arabischen MDL untersucht, um zu klären, ob das Interdependenzverhältnis zwischen der EU und den arabischen MDL eine Rolle in der Zwischenbilanz der EMP gespielt hat.

Grundsätzlich scheint es theoretisch problematisch zu sein, Erfolg zu definieren und zu messen, weil Letzterer von der Sicht und der Perspektive des Betrachters unterschiedlich interpretiert werden könnte. Von daher werden zur Klärung der Forschungsfrage (mehrheitlich) qualitative und quantitative Daten angewendet, die auf Basis der wissenschaftlichen und fachlichen Literatur gewonnen wurden und Licht auf die Entwicklungen in den drei MDL werfen sollen. Eine Feldforschung war aufgrund der sicherheitspolitischen Lage in den Fallbeispielländern, wie sich im Verlauf der Arbeit noch zeigen wird, logistisch und sicherheitstechnisch nicht zu gewährleisten. Im nächsten Abschnitt werden die Vorgehensweise und die Messinstrumente dargestellt, welche bei der Bewertung der Faktoren und Variablen zur Anwendung kommen werden. In dieser Hinsicht wird neben einer Analyse der jeweiligen Landesverfassungen sowie Gesetzestexte überwiegend auf Indikatoren und Berichte von internationalen Institutionen und (Nichtregierungs-) Organisationen zurückgegriffen.

3.3 Operationalisierung

Die Bearbeitung der Forschungsfrage und die Erfolgsmessung werden sich, je nach Faktor, auf unterschiedliche Messinstrumente und Quellen berufen. Um den Zweck der Neutralität im Rahmen der Dissertation zu dienen, werden lediglich Daten und Indikatoren berücksichtigt, die möglichst die Kriterien der Objektivität, Reliabilität und Validität erfüllen. Auf diesen Punkt wird an späterer Stelle in diesem Kapitelabschnitt eingegangen. Zudem werden die Indikatoren mit Messdaten anderer Quellen verglichen sowie mit realen Fallbeispielen aus den jeweiligen

Ländern gestützt. Staatliche Angaben zu bestimmten Faktoren werden mit Vorsicht behandelt, weil „die Qualität der empirischen Angaben über politische und wirtschaftliche Entwicklungen im arabischen Raum oft fragwürdig“ sei (Jacobs 2003: 14). „Ursache hierfür sind mangelnde methodische Exaktheit bei der Erhebung und die Angewohnheit vieler arabischer Politiker, Statistiken als Angelegenheit nationaler Sicherheit anzusehen und aus politischen Gründen zu manipulieren“ (Jacobs 2003: 14). Diese Einschätzung wird u.a. auch von Roby Nathanson geteilt (vgl. Nathanson 2016: 12). Die Klärung der Forschungsfrage ist daher ohne Rückgriff auf internationale und unabhängige Messdaten und Quellen schwierig.

Im Mittelpunkt des Analyserasters wird primär der Erfolgsgrad der Umsetzung normativer und sozio-ökonomischer Ziele in den drei arabischen MDL im Rahmen der EMP stehen. Dies wird durch einen Vergleich der Zielvorgaben vom Barcelona-Prozess mit der Realität in den drei Untersuchungsländern erfolgen. Die Faktoren Demokratie und soziale Entwicklung werden am Theoriekonzept der *embedded democracy* (siehe Kapitel 8) von Merkel et al. (2003) gemessen. Zudem werden Indizes und Daten internationaler Institutionen und Non-Governmental Organizations (NGO) berücksichtigt. Diese umfassen in erster Linie die Vereinten Nationen (und ihre Unterorganisationen), die EU (und ihre Institutionen), die OCDE (Organisation de Coopération et de Développement Économiques), Europäische Entwicklungsagenturen, die Weltbank, La Banque Africaine de Développement, Freedom House, Amnesty International, Human Rights Watch, Reporter ohne Grenzen, Transparency International und das Legatum Institute (misst den Wohlstandindex). Die Analyse der Wirtschaftsliberalisierung wird auf Grundlage der jeweiligen Rechtsysteme sowie Makro-ökonomischer Berichte und Daten, u.a. von internationalen Institutionen, sowie auf Basis der Wirtschaftsdiversifizierung und des Indexes der Heritage Foundation, der den Liberalisierungsgrad der Wirtschaft misst, erfolgen.

Wolfgang Merkel, H. J. Puhle, A. Croissant, C. Eicher, Claudia und P. Thiery entwickelten im Jahr 2003 ein vergleichendes theoretisches Konzept zur Demokratieforschung, in dem Herrschaftssysteme anhand von Indikatoren, die den Grad ihrer Achtung von rechtstaatlichen und bürgerrechtlichen Prinzipien misst, bewertet werden. Dabei gehen Merkel et al. zunächst von Mindeststandards aus, die Regierungssysteme aufweisen müssen, um sie als demokratisch bezeichnen zu können. Das Konzept von Merkel et al. der *embedded democracy* „folgt der Strategie Dahls[17], einen realistischen Demokratiebegriff (Polyarchie) zu entwerfen“ (Merkel et

[17] Zum Konzept der „Polyarchie“ von Robert Alan Dahl, welches die Standards beschreibt, über die ein politisches System verfügen muss, um das „prozedurale Minimum der Demokratie“ zu erfüllen, siehe: Axtmann 2007: 4f; Demokratiezentrum Wien, unter: http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratiemodelle/einfuehrung.html, abgerufen am 13.05.2018.

al. 2003: 49), der laut Merkel die Prinzipien der politischen Gleichheit, Freiheit und Herrschaftskontrolle erfüllt und die Basis demokratischer Systeme bilden soll (vgl. Merkel et al. 2003: 40). Merkel et al. unterteilen in einem zweiten Schritt die drei Prinzipien des Demokratiebegriffs in fünf interdependente und unabhängige Teilregime, nämlich: Das Wahlregime, die effektive Regierungsgewalt, die politischen Teilhaberechte, die horizontale Gewaltenkontrolle und die bürgerlichen Freiheitsrechte (vgl. Merkel et al. 2003:48ff.). Anhand des Vorhandenseins der fünf Teilregime kategorisieren Merkel et al. die politischen Systeme anschließend in demokratische, autoritäre und „defekte" Regierungsformen. gemäß u.a. dieses Konzeptes werden die politischen Systeme in den drei Fallbeispielländern in Kapitel acht bewertet. Die fünf Teilregime von Merkel et al. stehen sowohl in Einklang mit den Faktoren „Demokratie" und „soziale Entwicklung" als auch mit den normativen Vorgaben der EMP, die auf der UN-Charta und der Genfer Menschenrechtskonvention basieren. Das Konzept von Merkel et al. deckt sich zudem mit den Maßstäben der EU-Außenpolitik. Diese Grundsätze finden sich vor allem im EU-Vertrag und EU-Verordnungen wieder und umfassen die Förderung von Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Respekt von Menschenrechten und Förderung der internationalen Zusammenarbeit (vgl. Obermann 2007: 19ff.). Von daher eignet sich das Konzept von Merkel et al. gut für die Analyse im empirischen Teil der Arbeit. Die wichtigsten Kriterien der Teilregime beinhalten laut Merkel et al. Folgendes:

- Das Wahlregime: es umfasst das aktive und passive Wahlrecht, freie und faire Wahlen und gewählte Mandatsträger.
- Die effektive Regierungsgewalt: ist nur dann gegeben, wenn „die zentralen politischen Entscheidungen tatsächlich von öffentlich kontrollierten Vertretern im Rahmen der hierfür ausgewiesenen Institutionen und entsprechend der gesetzten normativen Regeln getroffen werden" (Merkel et al. 2003: 91f. zitiert nach Rüb 1994: 117). In diesem Kontext ist laut Merkel et al. die Einmischung von demokratisch illegitimen Kräften (wie Militär oder Machtclique) in der politischen Entscheidungsfindung (z.B. durch institutionelle Vetopositionen oder Interventionen) zu verstehen.
- Die politischen Teilhaberechte: vor allem Assoziations-, Meinungs- und Pressefreiheit.
- Die horizontale Gewaltenkontrolle: Vorhandensein von Gewaltenteilung und Korruption. Erstere würde nicht vorliegen, wenn es eine mangelnde Kontrolle der Exekutive durch Parlament und Gerichte geben würde und wenn eine mangelnde Eigenständigkeit der Gerichtsbarkeit, insbesondere gegenüber der Exekutive, registriert würde (vgl. Merkel et al. 89, 91). Korruption wird von Merkel et al. „als generalisierte informelle Regel des politischen Spiels" interpretiert (Merkel et al. 2003: 91).
- Die bürgerlichen Freiheitsrechte: Gewährung von „Individuellen Schutzrechten", die das Individuum vor willkürlichen Handlungen öffentlicher und privater Akteure schützen, und von „Justizrechten", die die gleichen Zugangsrechte an Gerichte für alle Bürger und die Gleichheit Letzterer vor dem Gesetz garantieren.

Im Hinblick auf die Objektivität, Reliabilität und Validität der Daten, Indizes, Institutionen und NGOs muss erwähnt werden, dass sie anhand von bestimmten Kriterien gewählt wurden. Es wurden hauptsächlich Organisationen und NGOs berücksichtigt, deren Indikatoren und Berichte auf internationaler Ebene eine fachliche und wissenschaftliche Zuverlässigkeit aufweisen. Zudem mussten die Indizes die Bedingung erfüllen, alle drei Fallbeispielländer in ihrer Bewertung zu erfassen, damit ein direkter Vergleich zwischen ihnen ermöglicht wird. Zusätzlich genießen die bei der Untersuchung angewendeten Daten und Bewertungssysteme von internationalen Organisationen aufgrund der wissenschaftlichen Methoden und statistischen Verfahren, die ihre Erstellung kennzeichnen, eine gewisse internationale Glaubwürdigkeit und Relevanz. Bezüglich der Berichte und Indizes von NGOs findet man sowohl in der Literatur als auch in politischen und gesellschaftlichen Diskursen einige Kritik hinsichtlich ihrer Unabhängigkeit. NGOs werden von privaten Spendern und Mitgliedern oder von einigen Regierungen finanziert. Die NGOs sehen sich mit dem Vorwurf konfrontiert, eventuell unter Einfluss ihrer zahlungskräftigen Spender zu stehen. Die Kritiker zweifeln daher die Unabhängigkeit und die Glaubwürdigkeit ihrer Berichte und Indikatoren an. Auf der Gegenseite wird argumentiert, dass NGOs aufgrund ihres zivilgesellschaftlichen Charakters und ihrer Distanz zu politischem Machtkalkül besser geeignet sind, beispielsweise zivile Rechte zu verteidigen und eventuelle Menschenrechtsverletzungen aufzudecken. Diese Theorie wird durch mehrere Beispiele aus der Vergangenheit, die auch in dieser Forschungsarbeit bearbeitet werden, gestützt. Unstrittig ist auch, dass NGOs durch ihr Engagement sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene fach- und gebietsübergreifend zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft beigetragen haben. Dennoch werden die in dieser Forschungsarbeit angewendeten Indizes und Berichte von NGOs durch die Fachliteratur, Berichte von nationalen und internationalen Organisationen sowie Institutionen, die EU-Berichte über die Fortschritte in den drei arabischen MDL, Fachzeitschriften, Zeitungsartikeln und Fallbeispiele aus der Realität gestützt.

Der Barcelona-Prozess stellt für die arabischen MDL sowohl aus normativer als auch aus materieller Sicht das umfassendste Partnerschaftskonzept dar, welches die Chance für ambitionierte und lukrative Zukunftsperspektiven für diesen Länderraum bietet. Hierbei sind besonders Demokratie, Prosperität und Techniktransfer zu nennen. Die EMP sowie die Beziehungen zu den arabischen MDL genießen in der Außenpolitik der EU und ihrer Mitglieder aus mehrfacher Hinsicht ebenfalls einen hohen Stellenwert. Bezugnehmend auf der Fragstellung und den Vorgaben der EMP werden im Rahmen der Analyse zunächst die Entwicklungen in den drei Fallbeispielländern in Anlehnung an den festgelegten Faktoren und

Variablen untersucht. In einem zweiten Schritt werden die erreichten Ergebnisse in den drei untersuchten MDL an den Zielen und Dauer des Barcelona-Prozesses gemessen. Werden dann im Rahmen der EMP positive Entwicklungen gemäß den Untersuchungsfaktoren in den drei Staaten festgestellt, so können diese als positive Wirkung und Erfolg des Barcelona-Prozesses angesehen werden. Werden im Umkehrschluss in 20. bzw. 25. Jahre EMP minimale oder keine spürbaren Entwicklungen in den drei Fallbeispielländern erreicht, so kann dies als mäßige oder nichtzufriedenstellende Wirkung des Barcelona-Prozess auf den drei MDL interpretiert werden. In einem dritten Schritt sollen dann mögliche Wirkungszusammenhänge der Bilanz von der EMP unter die Lupe genommen werden. In diesem Kontext soll die Rolle der politischen Konditionalität, des innenpolitischen Kalküls und der Interdependenz beleuchtet werden.

Im nächsten empirischen Teil der Dissertation wird zunächst in Kapitel vier eine Darstellung der erzielten Erfolge in den drei Ländern im Rahmen der EMP aufgeführt. Dabei wird eine kompakte Darstellung der Erfolgswerte in Bezug auf die drei Körbe des Barcelona-Prozesses skizziert. Kapitel fünf widmet sich der Analyse des Faktors Demokratie und den entsprechenden Untersuchungsvariablen. In dieser Hinsicht wird die Entwicklung des politischen Systems, der Parteien, Abhaltung von Wahlen, Pressefreiheit und Menschenrechte in Algerien, Tunesien und Ägypten untersucht, und zwar seitdem der Barcelona-Prozess 1995 aus der Taufe gehoben wurde. Das sechste Kapitel widmet sich der Analyse des Faktors Wirtschaftsliberalisierung im Zuge der EMP anhand der Variablen Energie-, Industrie-, Tourismus- und Landwirtschaftssektor. Die Kooperation in diesem Bereich nimmt eine relevante Position in der EMP ein, weil sie die Wirtschaft in den MDL ankurbeln und zum Wohlstand der Bevölkerung beitragen sollte. Darüber hinaus werden die Gesichtspunkte und die Dimension der Handelsbeziehungen zwischen der EU und den drei Untersuchungsländern beleuchtet. Im Anschluss daran wird in Kapitel sieben der Faktor soziale Entwicklung an den Variablen Bildung, Arbeitslosigkeit und Migration sowie Zivilgesellschaft und soziale Rechte untersucht. Die Soziale Partnerschaft im Rahmen der EMP sollte im Zusammenwirken mit der Kooperation in Korb zwei das Wirtschaftswachstum in den MDL fördern und die Defizite im sozialen Bereich verringern bzw. an deren Lösung mithilfe einer nachhaltigen sozio-ökonomischen Politik beitragen. Ferner sollte der kulturelle Austausch und die Völkerverständigung durch gemeinsame Programme und Projekte gefördert werden. Im achten Kapitel folgen dann eine vergleichende Analyse der Länderergebnisse und der kausalen Zusammenhänge im Hinblick auf der Fragestellung. Zum Schluss folgt ein Fazit, in dem die Entwicklungen sowie die Zukunftsperspektiven der drei Fallbeispielländer und der EMP reflektiert werden.

4 Darstellung der erzielten Ergebnisse in Algerien, Tunesien und Ägypten

Die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozesse in Algerien, Tunesien und Ägypten durchliefen vor 1995 mehrere Phasen. Seitdem die drei Fallbeispielländer ihre Unabhängigkeit von Frankreich[18] und Großbritannien[19] erlangt hatten, wurden zwar politische und ökonomische Reformen verabschiedet, die nach außen eine Reformierung der politischen Systeme suggerieren sollten, aber in der Tat dienten sie eher dazu, eine „demokratische Fassade" zu errichten (vgl. Axtmann 2007: 31ff.). Die Regierungen in Nordafrika und im Nahen Osten insgesamt nahmen zunächst die politischen Systeme der ehemaligen Kolonialmächte als Vorbild, indem beispielsweise in einigen Länder Parlamente geschaffen wurden oder die politische Pluralität erlaubt wurde. Allerdings wurden die Reformen von ihrem demokratischen Charakter entleert, da die Staatsführungen in diesen Ländern den gesamten Macht-, Staats- und Sicherheitsapparat in Griff hatten, sodass sie die Kontrolle über Politik und Gesellschaft weiter behielten. „Bis in den frühen 1990er Jahre war es in der vergleichenden Politikwissenschaft weitgehend unstrittig, dass kein Staat im Nahen Osten und Nordafrika als Demokratie zu klassifizieren war" (Axtmann 2007: 2). Der Barcelona-Prozess 1995 hat also eine institutionalisierte Kooperation zwischen demokratischen und wohlhabenden EU-Staaten auf der einen Seite und einer mehrheitlich von Autoritarismus geprägten und wirtschaftlich unterentwickelten süd- sowie südöstlichen Staatengruppe auf der anderen Seite eingeläutet.

Mit der 1995 aus der Taufe gehobenen EMP wurde ein innovativer Ansatz zur Bindung der süd- und südöstlichen EU-Nachbarn an ein euromediterranes Staatenbündnis geschaffen, der die Herausforderungen an der Südflanke Europas in Angriff nehmen sollte. Zudem sollte die wirtschaftliche Integration der MDL in den EU-Binnenmarkt gefördert werden. Dennoch gab es bereits zu Beginn eine Divergenz im Hinblick auf die jeweiligen Sichtweisen und Interessen an der Mitgliedschaft am Barcelona-Prozess, was zu Verzögerungen bei Abschluss und Ratifizierung der AA geführt hatte. Die arabischen MDL waren 1995 auf ausländische Investoren und finanzielle Hilfe angewiesen, um die heimische kriselnde Wirtschaft zu retten und die schlechte sozio-ökonomische Situation aufzurichten. Durch die Finanzmittel und die europäischen Investitionen, die von der EU im Zuge der EMP in Aussicht gestellt wurden, erhofften sich die (drei) arabischen MDL einen Wirtschaftsaufschwung. Die Regierungen der (drei) arabischen MDL sahen insgesamt in der EMP den ersehnten Ausweg aus ihrer Notlage,

[18] Betrifft Tunesien sowie Algerien, die nacheinander 1956 und 1962 ihre Unabhängigkeit erlangten.
[19] Betrifft Ägypten, als das Land seine Unabhängigkeit im Jahr 1922 erklärte.

um sowohl die Wirtschaft anzukurbeln und somit ihre politische Legitimität zu begründen als auch internationale Anerkennung zu genießen. Die EU-Staaten ihrerseits bezogen eine beachtliche Menge an Erdöl und –gas (insbesondere aus Algerien, Ägypten und Libyen) sowie andere Rohstoffe aus der Region und wünschten sich Stabilität. Zudem erhofften sich die EU-Staaten die Erschließung neuer Märkte. Darüber hinaus sahen sich vor allem die südlichen EU-Mitglieder mit Sicherheitsrisiken aus den MDL konfrontiert, die man selbständig nur zu hohen Kosten hätte bewältigen können. Diese Interdependenz zwischen den Mitgliedstaaten des Barcelona-Prozesses offenbart ihre wechselseitige Abhängigkeit und erklärt die damit verbundene Bedeutung ihrer Kooperation im Rahmen der EMP.

Die Menschen in den drei Fallbeispielländern (Algerien erlebte in den 1990er Jahren einen blutigen Bürgerkrieg), die hier stellvertretend für die Bürger der anderen arabischen MDL fungieren, freuten sich auf die EMP und erwarteten in erster Linie eine Verbesserung ihrer politischen und sozio-ökonomischen Lage. Das Projekt Barcelona-Prozess sah eine win-win-Konstellation für die Mitglieder vor und sollte gemessen an den Zielvorgaben die Demokratie fördern, die sicherheitspolitischen Risiken bewältigen und den arabischen MDL zum sozio-ökonomischen Aufstieg verhelfen. Nach zehn Jahren EMP herrschte in der Literatur Einigkeit darüber, dass die Erfolge auf arabischer Ebene gering ausgefallen waren. Cilja Harders empfand aus arabischer Perspektive, dass sich im Rahmen von Korb zwei bis 2005 „keine ausgeprägten Wohlfahrtseffekte“ gezeigt hätten, und dass die dringend nötigen Auslandsinvestitionen ausgeblieben wären (vgl. Harders 2005: 15). Es wird dennoch darauf verwiesen, dass die Verhandlungen über die AA und das entsprechende Ratifizierungsverfahren fast zehn Jahre gedauert haben (das AA mit Algerien wurde 2005 ratifiziert), was es aus Sicht einiger Autoren erschwerte, den Korb 2 vom Barcelona-Prozess zu diesem Zeitpunkt objektiv zu bewerten.

In den Bereichen Demokratisierung, Förderung von Menschenrechten und Rechtstaatlichkeit stufte A. Jünemann „die Zusammenarbeit in Korb 1 als extrem unbefriedigend“ ein (vgl. Jünemann 2005: 7). Sigrid Faath und Hanspeter Mattes beschrieben die zehnjährige politische Zwischenbilanz der EMP innerhalb wissenschaftlicher Diskurse in Europa folgendermaßen: „Die Bilanz europäischer Wissenschaftler nach zehn Jahren Euromediterraner Partnerschaft (…) fällt eindeutig negativ aus, wenn die politische Reformagenda der EMP bewertet wird: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, so die einhellige Meinung, haben keine signifikanten Fortschritte gemacht“ (Faath/Mattes 2005: 11). Die Gründe für die Verfehlung der skizzierten Ziele vom Barcelona-Prozess lagen laut Literatur sowohl in den arabischen MDL selbst als auch in den Strukturen und der außenpolitischen Gestaltung der EU. Die (drei)

arabischen MDL hatten bis 2005 wenig Kooperationsbereitschaft bei der Umsetzung normativer Vorgaben der EMP gezeigt. Dies könnte womöglich dadurch begünstigt worden sein, dass die EU bis zu diesem Zeitpunkt auf die Anwendung der politischen Konditionalität verzichtet hatte. In diesem Zusammenhang wird von Annette Jünemann der Fall Algerien zitiert. Gegen das Land wurde trotz mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen in den 1990er Jahren aufgrund seiner Sonderbeziehungen zum EU-Land Frankreich keine Aussetzung der Finanz- und Wirtschaftspartnerschaft verhängt, obwohl dies von der EMP vorgesehen wird (vgl. Jünemann 1999: 55f.). Dementsprechend schienen einige EU-Staaten aufgrund ihrer Interessen in den arabischen MDL die interne Konsensfindung innerhalb der EU hinsichtlich einer möglichen Verhängung von Sanktionen gegen die MDL zu beeinträchtigen.

In der Literatur galten hingegen die Vereinigung der Konfliktparteien des Nahostkonfliktes auf einer multilateralen Kooperationsplattform, in der über sicherheitspolitische Themen diskutiert wurde (vgl. Jünemann 2005: 7) und die zum Teil geäußerte Reformbereitschaft der arabischen MDL zur schrittweisen Liberalisierung der politischen Systeme als wichtige Erfolge des zehnjährigen Bestehens vom Barcelona-Prozess. In diesem Kontext führen Jacobs und Mattes auf, dass „wenngleich nicht zu leugnen ist, dass in den EU-Partnerländern Nordafrikas und des Nahen Ostens bislang keine Demokratien entstanden, so ist doch festzustellen, dass nicht nur wirtschaftliche und soziale Reformen umgesetzt, sondern durchaus auch politische Reformen eingeleitet wurden“ (Jacobs/Mattes 2005: 8). Die Rolle des Militärs und der sozio-kulturellen Hintergründe (u.a. Zivilgesellschaft) an den Entwicklungen in den drei arabischen MDL wurden bis 2010 rudimentär behandelt.

Nach rund 20 bzw. 25 Jahren Barcelona-Prozess fallen die Erfolge der drei Fallbeispielländer unterschiedlich und insgesamt mäßig aus. Auch die Aufstände, die seit Ende 2010 zunächst Tunesien und dann sukzessiv mehrere arabische Staaten erfassten, haben noch keine tiefgreifenden Veränderungen herbeiführen können. Im sicherheitspolitischen Bereich kamen Algerien, Tunesien und Ägypten ihren Verpflichtungen im Rahmen der EMP überwiegend nach. Ihre Zusammenarbeit mit der EU in Bezug auf die Terrorismusbekämpfung, irreguläre Migration und grenzüberschreitende Kriminalität wurde im untersuchten Zeitraum ausgebaut. Die drei arabischen MDL erhöhten in juristischer und operativer Hinsicht ihre Bemühungen, um die illegale Einwanderung aus ihren Gebieten in Richtung EU-Raum zu unterbinden und die drei Staaten zeigten sich überwiegend bereit, ihre in der EU irregulär lebenden Staatsbürger wieder aufzunehmen. Zudem wurden der Informationsaustausch zwischen Sicherheitsorganen und die Ausbildung von Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden dank der EMP besser

koordiniert. Die EU-Staaten unterstützten außdem die drei arabischen MDL u.a. durch Trainingsprogramme und Ausrüstung. Die Arbeit der Sicherheits- und Justizbehörden in den drei Fallbeispielländern wurden während der Untersuchungsphase jedoch von Vorwürfen in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen überschattet. Letztere reichten von willkürlichen Verhaftungen über Folter bis hin zu Massentötungen. Während Tunesien seit 2011 große Fortschritte im Bereich Demokratisierung macht und Algerien eine leichte Verbesserung verzeichnet, bleibt die Lage in Ägypten angespannt.

Seit der Unabhängigkeit wurden Tunesien und Ägypten bis 2011 und Algerien bis 2019 fast durchgehend von einer Staatspartei und von Langzeitpräsidenten regiert. Der freie Wettbewerb um die Bekleidung politischer Ämter und die Partizipation am politischen Prozess waren deutlich beschränkt. Die politischen Handlungen wurden zentral gestaltet. Zudem spielte das Militär eine wichtige Rolle bei der politischen und ökonomischen Gestaltung von Ägypten und Algerien und unterlag kaum einer zivilen Kontrolle. In Tunesien marginalisierte hingegen das herrschende politische System aus Furcht vor einem Militärputsch bis Anfang 2011 die Armee im Land und setzte stattdessen zum Machterhalt auf den Polizei- und Geheimdienstapparat sowie auf ein Netzwerk von Interessengruppen. Die Wahlen in den drei Staaten dienten mehr der Machtsicherung der bestehenden Regierungssysteme als der Ermöglichung eines Machtwechsels. Die Abhaltung von Wahlen in Ägypten, Algerien und Tunesien (für Letzteres galt dies bis Anfang 2011) war aufgrund der erzielten hohen und auffälligen Ergebnisse der regierenden Staatsparteien (fast oder über 90 Prozent der abgegebenen Stimmen) mit regelmäßigen Manipulationsvorwürfen konfrontiert. Zudem wurden in allen drei untersuchten Staaten (auf Tunesien traf dies bis 2011 zu) eine deutliche Einschränkung der Pressefreiheit und der Menschenrechte registriert. Die NGO *Reporter ohne Grenzen* misst jährlich anhand des Grades an Zensur, staatlicher Monopole und der restriktiven Pressegesetze und Übergriffe auf Medienschaffende die Pressefreiheit in der Welt. Die Tabelle 2 zeigt die Bewertung der drei untersuchten Staaten auf der Skala für Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen von 2002 bis 2015. Im Jahr 2019 belegte Tunesien auf der Liste von Reporter ohne Grenzen als bestplatziertes arabisches Land Rang 72, Algerien landete auf Platz 141 und Ägypten seinerseits kam auf Rang 163 von insgesamt 180 bewerteten Staaten[20].

[20] Vgl. Reporter ohne Grenzen: *„Rangliste der Pressefreiheit 2019“*, unter: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2019/Rangliste_der_Pressefreiheit_2019.pdf, abgerufen am 18.12.2020.

Tabelle 2: Platzierungen von Algerien, Tunesien und Ägypten auf der Pressefreiheitskala von Reporter ohne Grenzen von 2002 bis 2015

Jahr / Länder	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Algerien	95	108	128	129	126	123	121	141	133	122	122	125	121	119
Tunesien	128	149	152	147	148	145	143	154	164	134	134	138	133	126
Ägypten	102	112	129	143	133	146	146	143	127	166	166	158	159	158
Insgesamt	139	166	167	167	168	169	173	175	178	179	179	179	180	180

Quelle: Eigne Darstellung basierend auf Daten von Reporter ohne Grenzen: „*Ranglisten der Pressefreiheit: Archiv*“ (mehrere Internetseiten von Reporter ohne Grenzen), unter: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/archiv/, abgerufen am 03.02.18.

Die während der Untersuchungsphase mehrmals nach Innen und nach Außen versprochenen demokratischen Reformen und politische Öffnung durch die drei Regierungssysteme (für Tunesien galt dies bis Anfang 2011) wurden nicht umgesetzt. Vielmehr war der untersuchte Zeitraum durch beliebige Verfassungsänderungen geprägt, die zur Zementierung der Macht von den etablierten politischen Systemen (auf Tunesien traf dies bis Anfang 2011 zu) beigetragen haben. Eine Gewaltenteilung, wie sie von Merkel et al. beschrieben wird und die von einer Kontrolle der Exekutive durch Parlament und Judikative geprägt ist, wurde abgesehen von Tunesien seit 2011 weder in Algerien noch in Ägypten installiert. Die Erwähnung der Gewaltenteilung und von demokratischen Prinzipien in den jeweiligen Landesverfassungen der drei arabischen MDL blieben lediglich Lippenbekenntnisse und wurden von den herrschenden Staatsführungen nicht beachtet. Eine weitere Problematik manifestiert sich in der persistierenden Korruption in den drei analysierten Staaten, wobei Tunesien während der Untersuchungsphase vergleichsweise besser abschnitt. Die Tabelle 3 zeigt die Bewertung der drei Staaten auf dem Index der NGO *Transparency International* im globalen Vergleich. Die Einstufung der Länder durch Transparency International basiert auf Daten von internationalen Institutionen und auf statistische Messverfahren über das Vorhandensein von Korruption im jeweiligen Land. Da Algerien erst seit 2003 in der Bewertung aufgenommen wurde, wird ein Vergleich der Platzierungen von 2003, 2011 und 2019 vorgenommen.

Tabelle 3: Bewertung der drei Fallbeispielländer auf dem Index von Transparency International im globalen Vergleich.

Jahr / Länder	2003	2011	2019
Algerien	88	112	111
Tunesien	39	74	76
Ägypten	72	113	112
Deutschland	16	14	10
Frankreich	23	25	24
Insgesamt	133	183	180

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten von Transparency International (mehrere Seiten von Transparency International) unter: https://www.transparency.org/en/cpi/2019/index/nzl, abgerufen am 30.06.2020

Die bekannte US-amerikanische NGO *Freedom House* bewertet jährlich mithilfe von Daten und Indikatoren den Freiheitsgrad in der Welt, gemessen an den bürgerlichen Freiheiten und politischen Rechten. Auf einer Stufenskala von 1 bis 7 (1 bedeutet den Wert „best" und 7 den Wert „worst") klassifiziert Freedom House die Länder in drei Kategorien, nämlich *Free* (Wert 1 bis 2,5), *Partly Free* (Wert 3 bis 5) und *Not Free* (Wert 5,5 bis 7). „Zwar misst der Freedom House-Index die Freiheit und nicht den Demokratiegrad eines Staates, es existieren jedoch zahlreiche Überschneidungen zu anderen Ansätzen der Demokratiemessung" (Obermann 2007: 31 zitiert nach Lauth 2000: 51f.). Von daher ist davon auszugehen, dass ein Staat, der in der Kategorie „Not Free" klassifiziert wird, auch als undemokratisch gelten sollte, und dass „ein Staat, der als „Free" eingeordnet wird auch als relativ demokratisch bezeichnet werden kann" (Obermann 2007: 31). Freedom House stuft Algerien im Untersuchungszeitraum durchgehend in der Kategorie „Not Free" ein[21]. Tunesien seinerseits wurde von 1995 bis 2011 in der Kategorie „Not Free" aufgeführt, von 2012 bis 2014 wurde das Land als „Partly Free" bewertet und seit 2015 wird Tunesien fortlaufend als einziges arabisches Land in der Kategorie „*Free*" (höchste Stufe) klassifiziert[22]. Ägypten wurde von Freedom House von 1995 bis 2012 durchgehend in der Kategorie „Not Free" eingeordnet. Im Jahr 2013 wurde das Land nach den ersten pluralistischen und freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zum ersten Mal in seiner Geschichte in die Kategorie „Partly Free" aufgenommen[23]. Nach dem Militärputsch 2013

[21] Vgl. Freedom House: *„Freedom in the World.* Algeria", unter: https://freedomhouse.org/report/freedom-world/1998/algeria, abgerufen am 03.07.18; Vgl. Obermann 2007: 101.
[22] Vgl. Freedom House: *„Freedom in the World. Tunisia"*, (mehrere Internetseiten von Freedom House) unter: https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2015/tunisia, abgerufen am 01.10.18.
[23] Freedom House: *„Freedom in the World 2013. Egypt"*, unter: https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2013/egypt, abgerufen am 23.05.18.

wurde Ägypten von 2014 bis zum Jahr 2020 wieder als „Not Free“ eingestuft. Gemäß dem neuen Bewertungssystem von Freedom House erreichten die drei Staaten im Jahr 2020 folgende Werte: Tunesien bekam 70/100, Algerien 34/100 und Ägypten 21/100 Punkten. Während die Entwicklung des politischen Prozesses und der Transformation in der Untersuchungsphase in Algerien und Ägypten noch nicht das Konzept der embedded democracy nach Merkel et al. erfüllen, hat Tunesien seit 2011 einen Großteil der Teilregime von der embedded democracy umgesetzt und dabei große Fortschritte in Richtung Demokratie gemacht.

Während der Untersuchungsphase konnte dank der Assoziierungsabkommen eine deutliche Steigerung des Handels zwischen der EU auf der einen Seite und Algerien, Tunesien sowie Ägypten auf der anderen Seite verzeichnet und hunderttausende Arbeitsplätze geschaffen werden. Die wirtschaftliche Leistungskraft und die Produktivität der Wirtschaftszweige in den drei Untersuchungsländern blieben allerdings hinter den Erwartungen zurück und zeigten keine ausreichende Wettbewerbsfähigkeit. Die Gründe dafür liegen insbesondere in weiterhin bestehenden strukturellen und institutionellen Defiziten, welche eine positive Entwicklung der Wirtschaft in den drei untersuchten arabischen MDL behinderten. Hinzu kommt der mangelnde politische Wille insbesondere in Algerien und Ägypten, aktiv und effektiv die Wirtschaft zu modernisieren, zu diversifizieren und zu liberalisieren.

Die drei arabischen MDL teilten während des Untersuchungszeitraumes auf ökonomischer Ebene insbesondere zwei Gemeinsamkeiten, die in erster Linie als Spiegelbild für die verfehlte Wirtschaftspolitik gelten. Zum einen war die Wertschöpfung der auf Produktion basierten Wirtschaftszweige (außer in der Energiebranche) zu gering, um die Leistungskraft der Wirtschaft signifikant anzuheben. Algeriens Exporte basieren zu fast 96 Prozent auf fossilen Energieträgern, deren Einnahmen stark von Weltmarktpreisen abhängen. Die ägyptische und die tunesische Wirtschaft sind zwar etwas diversifizierter, beide Staaten legen aber großen Wert auf Branchen (Energie, verarbeitende Industrie, Tourismus und Landwirtschaft), deren Wertschöpfung überwiegend von Know How (aus dem Ausland), klimatischen Bedingungen und innerer Stabilität abhängen. Zudem prägt die zentrale politische Entscheidungsfindung die Gestaltung der Wirtschaftspolitik in allen drei Staaten, was sich u.a. in einer ungleichen inter- und intraregionalen Verteilung von Wirtschaftsprojekten und –zonen manifestiert und die Bildung von Patronagesystemen fördert. Fehlende Investitionen und ein insbesondere von Algerien und Ägypten umgesetzter aggressiver Protektionismus komplettieren die Defizite, die dazu führten, dass die Wirtschaft in Algerien, Tunesien und Ägypten trotz beachtlicher Potenziale nicht prosperierte. Ein wichtiges Merkmal für die schwache Wirtschaftsleistung der

drei Fallbeispielländer wird durch das chronische Handelsbilanzdefizit dargestellt, das seit Jahren eine positive Wirtschaftsentwicklung in den drei Staaten erschwert. Die algerische Handelsbilanz beklagte 2017 ein Defizit von 10,8 Mrd. USD, während im gleichen Zeitraum das Handelsbilanzdefizit Tunesiens bei 6,4 Mrd. USD lag und das von Ägypten rund 41 Mrd. USD betrug (siehe hierfür die Kapiteln 6.1.3, 6.2.4 und 6.3.4).

Das angestrebte Ziel, nämlich die Errichtung einer Europa-Mittelmeer-Freihandelszone für Industriegüter, konnte bis 2020 nicht erreicht werden. Die Gründe hierfür manifestierten sich vor allem in der schwachen Wettbewerbsfähigkeit der Industriezweige in den arabischen MDL, die Letztere dazu veranlasste, eine protektionistische Politik zu verhängen. in Bezug auf die arabischen MDL und auf bilateraler Ebene hat die EU ihre Handelsbeziehungen mit Tunesien (und Marokko) am weitesten liberalisieren können. In diesem Kontext ist die Errichtung der Freihandelszone für Industriegüter mit Tunesien, die im Jahr 2008 planmäßig in Kraft trat und als erste ihrer Art zwischen der EU und einem arabischen MDL war, zu erwähnen (siehe Kapitel 6.2.4). Seit 2016 haben Tunesien und die EU Verhandlungen über den Abschluss und die Umsetzung eines umfassenden und vertieften Freihandelsabkommens mit dem Namen ALECA (*Accord de Libre Échange Complet et Approfondi*) aufgenommen, welches als Instrument für eine fortgeschrittene Integration der tunesischen Wirtschaft in den EU-Binnenmarkt dienen soll. Im Kern soll ALECA die 2008 eingerichtete Freihandelszone für Industriegüter ergänzen, auf andere Sektoren ausweiten und Handelshemmnisse abbauen[24]. In Bezug auf der Handelsliberalisierung mit Agrarerzeugnissen war es im Umkehrschluss überwiegend die EU, die auf strenge Zufuhrkontingente aus den arabischen MDL und Protektionismus setzte, damit in erster Linie der Landwirtschaftssektor u.a. der südlichen EU-Mitglieder, die ähnliche Erzeugnisse produzieren wie die MDL, geschützt wird.

Im *Ease of Doing Business Report* der Weltbank, der im Jahr 2006 eingeführt wurde und die Geschäftsfreundlichkeit sowie die Geschäftsregulierung in etwa 190 Staaten misst, belegte Algerien im Jahr 2019 den 157. Platz, Tunesien kam auf Rang 78 und Ägypten landete auf den 114. Platz (siehe Kapitel 6.1.3, 6.2.4 und 6.3.4). Auf dem *Index of Economic Freedom* der *Heritage Foundation*, der den Grad der wirtschaftlichen Freiheit in der Welt misst, kommt man in Bezug auf die drei Staaten zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie im Doing Business Report. Auf Basis statistischer Verfahren erstellt die Heritage Foundation ein Bewertungssystem von 0 bis 100 Punkte, die letztendlich die Kategorisierung der einzelnen Wirtschaftssysteme von

[24] Vgl. Accord de Libre Échange Complet et Approfondi: *„Présentation de l'ALECA"*, unter: http://www.aleca.tn/decouvrir-l-aleca/presentation-de-laleca/, abgerufen 26.09.2019.

Staaten in „Free“ (100-80 Punkte), „Mostly Free“ (79.9-70), „Moderately Free“ (69.9-60), „Mostly Unfree“ (59.9-50) und „Repressed“ (49.9-0) ermöglichen[25]. Die Heritage Foundation berücksichtigt bei ihrer Bewertung vier Faktoren[26]:

- Rechtstaatlichkeit: Property Rights, Judicial Effectiveness (Unabhängigkeit der Justiz) und Government Integrity (insbesondere die Dimension von Korruption im Land).
- Die Rolle des Staates im Wirtschaftsbereich: Steuerbelastung und Staatsausgaben.
- Die Effizienz von Regulierungen: Business Freedom, Labor Freedom und Monetary Freedom.
- Die Freiheit der Märkte: Handels-, Investitions- und Finanzfreiheit.

The Heritage Foundation kategorisiert die drei Staaten im Jahr 2020 folgendermaßen: Algerien wurde aufgrund einer aggressiven protektionistischen Politik in der niedrigsten Kategorie „Repressed“ (46,9 Punkte) eingestuft, die synonym für Platz 169 (von insgesamt 180 bewerteten Staaten) war (siehe Kapitel 6.1.3). Ägypten wurde mit 54 Punkten und Rang 142 der Kategorie „Mostly Unfree“ zugeordnet. Tunesien schnitt im Vergleich zu den beiden Staaten besser ab, belegte aber mit 55,8 Punkte den 128. Rang und gehörte somit auch der Kategorie „Mostly Unfree“ an. Dennoch ist im Fall Tunesien noch zu erwähnen, dass das Land seit dem Aufstand 2011 und noch bis 2020 überwiegend politisch und wirtschaftlich instabil war, sodass die neuen institutionellen Beschlüsse der Regierung noch nicht optimal greifen konnten. In Tunesien wird im Vergleich zu Algerien und Ägypten (sowie zu mehreren arabischen Staaten) seit Jahrzehnten eine relativ liberale Marktwirtschaft praktiziert.

Die politischen und wirtschaftlichen Defizite in den drei Fallbeispielländern haben die soziale Entwicklung negativ beeinflusst, trotz gemeinsamer Projekte sowie Programme u.a. mit der EU und einzelnen EU-Staaten. Die Erfolge im Bereich soziale Entwicklung in Algerien, Tunesien und Ägypten fallen während der Untersuchungsphase insgesamt mäßig bis schlecht aus. Die soziale Lage in den drei untersuchten Staaten litt an ähnlichen strukturellen, administrativen und finanziellen Defiziten, die durch eine zentrale politische Entscheidungsfindung und Machtgestaltung verschärft wurden. Vor allem die Probleme auf dem Bildungs- und Beschäftigungsmarkt und im Gesundheitssektor, drei Bereiche, die für Produktivität, Wirtschaftswachstum und für eine bessere menschliche Entwicklung essenziell sind, scheinen noch das Fortschreiten einer nachhaltigen Entwicklung zu bremsen. Ergänzend dazu ist

[25] Vgl. The Heritage Foundation: *„2020 Index of Economic Freedom“*, unter: https://www.heritage.org/index/ranking, abgerufen am 10.06.2020.
[26] Ebd.

anzumerken, dass in allen drei Fallbeispielländern große inter- und intraregionale Disparitäten hinsichtlich der sozialen Entwicklung bestehen. Dies betrifft u.a. den Beschäftigungsbereich und die Errichtung von Infrastrukturprojekten, wobei ländliche Gebiete deutlich im Nachteil sind, da die meisten Investitionen im städtischen Raum getätigt werden. Dadurch wird das Leben auf dem Land erschwert (betrifft u.a. den Zugang in den Arbeitsmarkt und zu sauberem Trinkwasser sowie zu sanitären Einrichtungen), was die Binnenwanderung fördert und die sozio-ökonomischen Probleme in den Städten verschärft.

Der Bildungsbereich leidet unter Leistungs- und Qualitätsmängel, die sich u.a. in einer geringen Passung zwischen Bildungsangeboten und Bedarf auf dem Arbeitsmarkt zeigen. Die Quote der Analphabeten bei den über 15-jährigen scheint trotz gewisser Fortschritte vergleichsweise in allen drei Staaten hoch zu liegen. In Algerien betrug sie im Jahr 2018 etwa 18,5 Prozent (über 5,6 Mio. Menschen), in Tunesien lag die Analphabetenrate 2015 bei fast 20 Prozent (ca. 1,85 Mio. Menschen) und in Ägypten betrug sie sogar im Jahr 2017 rund 29 Prozent (über 18,5 Mio. Menschen). Dementsprechend minimiert diese hohe Analphabetenquote die Aufstiegschancen von fast einem Fünftel der Bevölkerung in Algerien und Tunesien und sogar von rund einem Drittel der Menschen in Ägypten. Die Folge davon ist der Sturz in die Falle von Armut und Arbeitslosigkeit. Die offiziellen Zahlen hinsichtlich der Armuts- und Arbeitslosigkeitsrate in den drei Fallbeispielländern sind schwer zu überprüfen. Die Daten der Weltbank sowie von lokalen und internationalen NGOs lassen darauf schließen, dass die Armutsrate insbesondere in Ägypten und Algerien deutlich höher liegt als die offizielle Version. Die Hintergründe und die Details zur Armutsrate in den drei Staaten werden in Kapitel 7 erläutert. Im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit in den drei untersuchten Ländern fällt u.a. die hohe Jugendarbeitslosigkeit unter den 15- bis 24-Jährigen auf. Ein Phänomen, das seit Jahren hartnäckig bleibt und gegen das die Regierungen der (drei) arabischen MDL machtlos scheinen. In dieser Hinsicht verzeichnete Algerien im Jahr 2019 eine Jugendarbeitslosigkeitsquote von rund 30 Prozent, Tunesien 36,2 Prozent und Ägypten 31,5 Prozent[27]. Die Begleiterscheinung dieser hohen Jugendarbeitslosigkeit werden u.a. durch das Florieren des informellen Sektors und die regelmäßigen Versuche der illegalen Migration in Richtung Europa manifestiert, zumal die Leistungen der lokalen Sozialsysteme in den drei Fallbeispielländern schwach sind und eine Grundsicherung nicht ermöglichen.

[27] Vgl. La Banque Mondiale: *„Chômage, total des jeunes (% de la population active âgée de 15 à 24 ans) (estimation modélisée OIT) - Tunisia, Algeria, Egypt, Arab Rep.“*, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/SL.UEM.1524.ZS?locations=TN-DZ-EG, abgerufen am 12.03.2020.

Seit 1990 gibt der *United Nations Development Programme* (UNDP) jährlich einen Bericht für menschliche Entwicklung (*Human Development Report*) heraus, auf dem Staaten der Welt gemäß dem *Human Development Index* (HDI) bewertet werden. Der HDI misst den Entwicklungsstand von Ländern insbesondere auf Basis von drei Indikatoren, nämlich der Lebenserwartung bei Geburt, der Bildung (hier spielt die Schulbesuchsdauer eine wichtige Rolle) und einem angemessenen Lebensstandard (u.a. gemessen an der Kaufkraft)[28]. Der Human Development Report teilt die Weltstaaten anhand eines Punktesystems in vier Kategorien, wobei der Wert 1 die maximal zu erreichende Punktzahl darstellt. Länder ab einen Wert von 0,8-1 werden der Staatengruppe mit einer „sehr hohen menschlichen Entwicklung" zugerechnet. Länder mit einem Index zwischen 0,7 und 0,799 Punkte gehören der Kategorie „hohe menschliche Entwicklung" an. Staaten mit einem Wert von 0,550 bis 0,699 zählen zur Ländergruppe mit „mittlerer menschlicher Entwicklung" und Staaten mit einem Index unter 0,549 Punkte weisen eine „niedrige menschliche Entwicklung" auf. Die Messmethode des HDI bildet zwar einen guten Ansatz zur Bewertung der sozialen Entwicklung, in der Literatur wird jedoch bemängelt, dass die angewandten Indikatoren kein umfassendes Bild über den Entwicklungsstand eines Landes geben. Im Human Development Report werden z.B. der Zugang zur Bildung oder zur Gesundheitsversorgung bewertet und nicht deren Qualität, wie u.a. der Fall von Algerien und Ägypten vermuten lassen (siehe hierfür Kapitel 7). Zudem gewährt der HDI kaum einen Überblick über mögliche regionale Disparitäten hinsichtlich der Verteilung von Reichtum und Infrastruktur. Dieses Phänomen findet man insbesondere in Entwicklungsländern, zu denen auch die drei untersuchten Staaten gehören.

Auf dem HDI von 2019 landete Algerien mit einem Wert von 0,748 Punkten (gegenüber 0.595 im Jahr 1995) auf dem 91. Platz (von insgesamt 189 Länder) und zählte somit zu den Staaten mit einer „hohen menschlichen Entwicklung"[29]. Tunesien kam im selben Zeitraum mit 0,740 Punkte (gegenüber 0.605 im Jahr 1995) auf Rang 95 und gehörte ebenfalls zur Gruppe der Länder mit „hoher menschlicher Entwicklung". Ägypten lag 2019 mit einem Wert von 0,707 (gegenüber 0,578 im Jahr 1995) auf den 116. Platz und wurde ebenso den Ländern mit einer „hohen menschlichen Entwicklung" zugewiesen. Der Londoner Thinktank *Legatum* berechnet den *Wohlstandindex* von Staaten. Das *Legatum Institute* misst anhand duzender politischer, ökonomischer und sozialer Indikatoren die Förderung von Staaten für Wirtschaftswachstum

[28] Vgl. United Nations Development Programme: *„Überblick. Bericht über die menschliche Entwicklung 2019"*. UNDP (Hrsg.), Berlin 2019, Seite 35, unter: http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr_2019_overview_-_german.pdf, abgerufen am 24.06.2020.

[29] Vgl. United Nations Development Programme: *„Human Development Index"*, unter: http://hdr.undp.org/en/indicators/137506, abgerufen am 24.06.2020.

und Lebensqualität und wendet damit mehr statistische Daten an als das HDI. Tunesien lag im Jahr 2019 gemäß dem *Wohlstandindex* auf Platz 95, Algerien landete auf den 108. Rang und Ägypten belegte den 124. Platz von insgesamt 167 untersuchten Staaten[30]. Im Rahmen der ENP haben Tunesien (seit Ende 2004) und Ägypten (seit Ende 2006) Aktionspläne mit der EU vereinbart und somit deutlich mehr von der Zusammenarbeit mit der EU profitiert. Angeblich aus Sorge vor einer Einmischung der EU in seine inneren Angelegenheiten hat Algerien hingegen während des Untersuchungszeitraumes keinen Aktionsplan mit der EU unterschreiben können[31].

Zusammenfassend kann man in Bezug auf der Gesamtlage in den drei MDL anmerken, dass der Entwicklungstrend in den Fallbeispielländern unterschiedliche Abläufe genommen hat. Dabei scheinen sowohl interne als auch externe Gründe für die abweichenden Ergebnisse verantwortlich zu sein. Tunesien schneidet in der Untersuchungsphase in Bezug auf der Umsetzung von Reformen im Vergleich zu Algerien und Ägypten bereichsübergreifend besser ab. Hierbei scheinen mehrere politische und gesellschaftliche Merkmale eine Rolle zu spielen. Letztere betreffen insbesondere die Machtverhältnisse im Staat, die Gesellschaftsform und die Mitwirkung der Zivilgesellschaft. Auf politischer Ebene scheint einzig Tunesien seit 2011 signifikante Fortschritte in den Bereichen Demokratie und Rechtstaatlichkeit zu machen. Im Hinblick auf der wirtschaftlichen Entwicklung weisen alle drei MDL Defizite auf, wobei die Marktliberalisierung in Tunesien am fortgeschrittensten ist, weil das Land mehr Bereitschaft und Wille diesbezüglich zeigt, obwohl die Leistungskraft der heimischen Wirtschaft verglichen mit Algerien und Ägypten niedriger einzustufen ist. Im Bereich soziale Entwicklung schneidet Tunesien trotz bescheidener Ressourcen vergleichsweise besser ab.

Die Erfolge der EMP fielen bisher insgesamt durchschnittlich aus und entsprachen noch nicht den anfangs formulierten Zielen. Im Jahr 2005 und 2008 wurden sowohl von Seiten der Politik als auch von der Wissenschaft einige Schwachstellen der EMP identifiziert, der Barcelona-Prozess wurde jedoch zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt oder als gescheitert gebrandmarkt. Es wurde mehr sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft eine Reformierung angemahnt, die dem Barcelona-Prozess neue Impulse verleihen sollte. Die Wirkung der EMP auf die Entwicklungen in den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten und die damit verbundenen Ergebnisse in den drei MDL scheinen insgesamt mäßig auszufallen. Die durchschnittlichen

[30] Vgl. Legatum Institute: „*The Legatum Prosperity Index 2019*“, unter: https://www.prosperity.com/rankings, abgerufen am 10.07.2020.

[31] Vgl. Lannon 2018: 119; Sénat (France): *„La politique européenne de voisinage“*, unter: https://www.senat.fr/rap/r07-451/r07-4511.html, abgerufen am 24.06.2020.

Werte auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene in den drei MDL (auf Tunesien traf dies zunächst bis 2011) scheinen darauf hinzudeuten, dass das Entwicklungsmodell der drei untersuchten Staaten und die Umsetzungsmechanismen der Vorgaben vom Barcelona-Prozess überarbeitet werden müssen, damit die in der EMP gesteckten Hoffnungen erfüllt werden können. Warum es bisher unterschiedliche Entwicklungen in Algerien, Tunesien und Ägypten im Zuge der EMP gegeben hat, wird in den folgenden vier Kapiteln ausführlich analysiert.

5 Erklärungsfaktor Grad der Demokratie in den Untersuchungsländern

Die Analyse in diesem Kapitel basiert auf die Teilregime der embedded democracy von Merkel et al. In Bezug auf Pluralismus wird der Fokus insbesondere auf die Struktur der politischen Systeme und auf die Parteienlandschaft gerichtet. Zum Zweck der Vereinfachung werden im Verlauf der Arbeit die Begriffe „Partei" und „politische Partei" als Synonyme verwendet, wobei die Ziele und Funktion einer Partei im politischen System zunächst in Anlehnung an die minimalistische Begriffsdefinition von Giovanni Sartori verstanden werden muss. Dabei beschreibt Sartori eine Partei als Vereinigung oder Gruppe politischer Natur, in der Personen sich rechtmäßig zusammenschließen, um von eben jener Partei bei abgehaltenen Wahlen als Kandidaten zur Bekleidung öffentlicher Ämter aufgestellt zu werden (vgl. Sartori 1976: 63, 76). Im erweiterten Sinne sieht Siegrid Faath Parteien als „Zusammenschlüsse von Menschen mit ähnlichen politischen Vorstellungen, die politisch meinungs- und willensbildend in der Bevölkerung wirken, um Zustimmung für ihr politisches Programm (bei Wahlen) zu erhalten" (Faath 2017: 26). Darüber hinaus nehmen Parteien die Rolle eines Mittlers zwischen staatliche Instanzen und Bürgern, fördern eine aktive Partizipation unterschiedlicher Volksgruppen an der Gestaltung des öffentlichen Lebens und garantieren somit einen Fortbestand der Bindung der Gesellschaft an politischen Prozessen. Beim Kapitelabschnitt Wahlen werden deren regelmäßige und ordnungsmäßige Abhaltung sowie die Neutralität staatlicher Organe analysiert. Bezüglich der Themenschwerpunkte Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit werden die Lage der Pressefreiheit sowie der Menschenrechte im Mittelpunkt stehen und der Grad der Gewaltenteilung untersucht.

5.1 Die Demokratie in Algerien

Die Demokratische Volksrepublik Algerien (wird im Laufe der Arbeit Algerien genannt) mit der Hauptstadt *Algier* ist mit einer Gesamtfläche von ca. 2.381.740 Km² (fast siebenmal so groß wie Deutschland) das flächenmäßig größte Land auf dem afrikanischen Kontinent. Aufgrund seiner geografischen Lage zwischen Europa und den Ländern der Subsahara kommt Algerien eine bedeutende Rolle zu, da das Land als Bindeglied und Brücke zwischen Europa und den afrikanischen Subsahara-Staaten fungieren könnte, um die demokratischen Werte und Normen aus Europa ins Land und weiter in die Region transportieren könnte. Denn positive politische

Entwicklungen in Algerien können theoretisch nicht nur zur Befriedung des Landes beitragen, sondern können auch eine positive Strahlkraft auf die politischen Geschehnisse in der regionalen Umgebung des Landes projizieren. Dies war auch einer der Gründe, warum Algerien für einige EU-Staaten in politischer und sicherheitspolitischer Hinsicht eine wichtige Rolle in der Region im Rahmen der EMP gespielt hat.

5.1.1 Die politische und sicherheitspolitische Lage in Algerien vor 1995

Der Kontext der politischen Entwicklungen in Algerien ab 1995 kann ohne kurze historische Rückblicke auf die politische Lage im Land nicht plausibel erklärt werden. Nachdem das Land 1962 seine Unabhängigkeit von Frankreich erlangt hat, riss die Partei *Front de Liberation Nationale* (Abkürzung: FLN; zu Deutsch: Nationale Befreiungsfront) die Macht an sich. Der FLN wurde 1954 gegründet und bestand u.a. aus der ehemaligen algerischen Befreiungsarmee bzw. -bewegung, die den bewaffneten Kampf gegen die französische Kolonialherrschaft angeführt hat. Nach der Unabhängigkeitserklärung sah sich der FLN, deren Anführer in der algerischen Bevölkerung als Befreiungshelden galten, als legitime Kraft, um die politischen Fäden im Land zu ziehen. Der FLN errichtete ein Einparteiensystem, fungierte als hegemoniale Partei und regierte in der Folgezeit, begünstigt durch die Unterstützung des militärischen Machtapparats, als Einheitspartei durchgehend zunächst bis 1991. Die Parteipolitik des FLN war sozialistisch-revolutionär geprägt. Die Planwirtschaft war dominierend und der Staat zentralistisch strukturiert. Andere politische Strömungen wurden nicht geduldet.

Nach einem Militärputsch vom damaligen Verteidigungsminister und Armeechef *Houari Boumedienne* gegen den ersten Staatspräsidenten des Landes *Ahmed Ben Bella* im Jahr 1965 wurde die Verfassung außer Kraft gesetzt. Das Parlament wurde abgeschafft und durch ein Politbüro bestehend aus einem 26-köpfigen Revolutionsrat, der fast ausschließlich aus Militärs bestand, ersetzt (vgl. Werenfels 2005). Seitdem stieg die Bedeutung des Militärs an und trat nun verstärkt als Träger des politischen Systems auf (vgl. Axtmann 2007: 101). Ein nationales Parlament wurde erst 1976 von Boumedienne wieder eingeführt. Im gleichen Jahr wurde eine Verfassungsreform verabschiedet, in der der Sozialismus als Staatsdoktrin verankert wurde. Sowohl bei Parlaments- als auch bei Kommunalwahlen durfte sich das algerische Volk nur zwischen Wahlkandidaten aus Listen mit FLN-Funktionären entscheiden (vgl. Werenfels 2005). Der kurze Rückblick in die neue algerische Geschichte sollte zeigen, dass „die Weichen

für das algerische Regierungssystem, in dem das Militär die Politik bestimmt“ (Werenfels 2005), schon bei der Staatsgründung 1962 gestellt wurden. Diese Verbindung zwischen Politik und Militärapparat sollte auch für die Folgezeit fortbestehen.

Die Staatsführung hat einen bedeutenden Reformwille erst 1988 gezeigt als Massenproteste, gelöst durch eine sozio-ökonomische Krise, das Land erfassten. Die Demonstartionen gegen die in Algerien herrschenden schlechten Zuständen (u.a. hohe Teuerungsrate und mehr als 30 Prozent Jugendarbeitslosigkeit[32]) wurden von der algerischen Jugend initiiert und angeführt. Die folgende blutige Niederschlagung der Massenproteste durch die Armee kostete mehr als 500 Menschen das Leben (vgl. Werenfels 2005; Nünlis 2017: 2). Diese Ereignisse stellten den im Land herrschenden Sozialismus sowie das Nachtmonopol des FLN in Frage. Im Jahr 1989 beugte sich die Staatsführung um Präsident *Chadli Bendjedid* (Amtszeit von 1979–1992) dann den politischen und gesellschaftlichen Druck. Auf Antrieb des FLN wurde im Februar 1989 eine neue Verfassung initiiert und nach einem Referendum angenommen. Dadurch wurde u.a. der Sozialismus abgeschafft.

Das bis dahin geltende Einparteiensystem wurde beendet und durch ein Mehrparteiensystem ersetzt. Dies wurde u.a. in Artikel (Art.) 40 der Verfassung verankert, obwohl der algerische Staatsapparat einen vorsichtig formulierten Ausdruck nutzte, der vom Recht zur Gründung von „associations à caractère politique“[33] (zu Deutsch: Vereinigung mit politischem Charakter) sprach und nicht eindeutig von politischen Parteien. Die Folgen des neueingeführten Pluralismus im Land führten zu einer lebhaften Dynamik innerhalb der algerischen Gesellschaft. „Innerhalb von nur zwei Jahren entstanden 42 neue Parteien, formierten sich mehr als ein Dutzend neuer feministischer Gruppierungen und stieg die Zahl der Zeitungen und Zeitschriften in Französisch, Arabisch und Tamazight[34] von 37 auf 137“ (Werenfels 2005). Zu den wichtigsten und einflussreichen neugegründeten Parteien gehörte die islamistische Partei *Front Islamique du Salut* (FIS, zu Deutsch: Islamische Heilsfront), die im März 1989 gegründet wurde und für viele Protestwähler als politische Kraft gesehen wurde, die die bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Defizite des Landes verbessern könnte (vgl. Werenfels 2005). Die südlichen EU-Staaten Frankreich, Italien und Spanien plädierten ihrerseits auf EU-Ebene für eine Unterstützung der schwächelnden algerischen Wirtschaft um somit den angestoßenen

[32] Vgl. Werenfels 2005.

[33] Vgl. International Crisis Group: *„Islamisme, violence et reformes en Algerie: tourner la page“*. ICG (Hrsg.), Le Caire/Bruxelles, Juillet 2004, Seite 5, unter: https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/29-islamism-violence-and-reform-in-algeria-turning-the-page-french.pdf, abgerufen am 12.10.18.

[34] Tamazight ist die Berbersprache in Algerien und Marokko. Berber bilden sprachlich und kulturell einen wichtigen Bestandteil der algerischen Gesellschaft.

Demokratisierungsprozess im Land zu stützen. In diesem Kontext gewährte allein Italien 1991 dem Land einen Handelskredit zu günstigen Bedingungen von 7,2 Mrd. USD (vgl. Jacobs 2003: 158). Ein Darlehen-Gesuch der algerischen Regierung bei der EU in Höhe von 900 Mio. USD. wurde aufgrund deutscher und britischer Einwände angesichts des harten Vorgehens der Sicherheitskräfte gegenüber Demonstranten nur zu Hälfte gewährt.

Die ersten pluralistischen und freien Wahlen in Algerien seit der Unabhängigkeit 1962 waren die Kommunalwahlen am 12 Juni 1990, bei denen der FIS mit 54 Prozent der abgegebenen Stimmen einen überraschenden und deutlichen Sieg errang. Der Unmut und das Misstrauen des Staatsapparats sowie der Armeeführung gegenüber dem rasanten Aufstieg des FIS und deren moralischen Vorstellungen mündete in die Festnahme ihrer Anführer sowie tausender ihrer Anhänger im Sommer 1991[35]. Trotzt dieser Festnahmen gewann der FIS den ersten Wahlgang der Parlamentswahlen Ende Dezember 1991 und errang 188 Sitze (von insgesamt 430 Sitze)[36]. Der FLN kam hingegen auf lediglich 16 Sitze. Als sich auch beim zweiten Wahlgang ein Sieg des FIS abzeichnete, schritt das Militär am 11. Januar 1992 ein, annullierte die Wahlen und das sich im Entstehen befindliche Mehrparteiensystem und die Demokratie im Land wurden durch den militärischen Machtapparat gestoppt[37]. Nachdem Präsident Chadli Bendjedid auf Druck des Militärs das Parlament aufgelöst hatte, drängten die Anführer der Armee anschließend den Staatschef selbst zum Rücktritt auf (vgl. Axtmann 2007: 107; Benchikh 2004: 11, Mattes 2005: 48). Im Februar 1992 wurde dann der Ausnahmezustand verhängt. Die Führungsriege der Armee schuf ein in der Verfassung nicht vorgesehenes und vorwiegend aus Militärs bestehendes *Haut Comité d'Etat* (zu Deutsch: Hoher Staatsrat), das als Gremium bis Ende 1993 die Rolle des zurückgetretenen Bendjdid übernahm und den Staat führte (vgl. Axtmann 2007: 107; Werenfels 2005; Obermann 2007: 32). An der Spitze des Hohen Staatsrates stellte die Armee *Mohamed Boudiaf*, eine im Exil lebende und ehemalige Gallionsfigur des algerischen Unabhängigkeitskriegs, auf.

Die islamistische Partei FIS wurde nach Abbruch der Wahlen Anfang März 1992 verboten. Die Begründung der Armee für diesen Schritt war, dass der FIS einen Gottesstaat errichten wolle, und dass das Militär das Land vor einer islamistischen Diktatur schützen wolle[38]. „Den algerischen Machthabern war es gelungen, in Europa und den USA die Angst vor einer islamischen Theokratie à la Iranienne zu wecken“ (Werenfels 2005a: 9). Die Kontroverse über

[35] Vgl. Werenfels 2005; International Crisis Group 2004: Seite 4.
[36] Ebd.
[37] Vgl. Obermann 2007: 32; Werenfels 2005; International Crisis Group 2004: Seite 4.
[38] Vgl. International Crisis Group 2004: Seite 8f; Werenfels 2005; Werenfels 2005a: 9.

die Glaubwürdigkeit dieser Aussagen der Armee sowie die Legitimität des Militärputsches in Algerien sind nicht Gegenstand der Untersuchung im Rahmen dieser Dissertation und werden auch nicht tiefer analysiert. Die Folgen der Ereignisse Anfang der 1990ern werden aufgrund ihrer Relevanz für die weitere Entwicklung im Verlauf dieser Arbeit noch thematisiert. Es gab dennoch sowohl innerhalb als auch außerhalb Algerien berechtigter Zweifel daran, „dass es der neuen algerischen Führung – in der die Generäle das Sagen hatten – tatsächlich um Demokratie ging" (Werenfels 2005a: 9), als sie in den Ablauf der Wahlen unrechtsmäßig einschritt.

Der Abbruch der Wahlen 1992 löste Proteste der FIS-Anhänger im Land aus. Als Mohamed Boudiaf, Chef des Hohen Staatsrates und amtierender Präsident, dann im Juni des gleichen Jahres einen Anschlag[39] zum Opfer fiel, versank das Land in einer Phase der Instabilität. In der Folgezeit wurden tausende Anhänger des FIS von den Sicherheitskräften verhaftet. Einige Segmente der frustrierten Anhänger innerhalb des FIS gingen in den Untergrund und schlossen sich radikale Terrorgruppen an (vgl. Obermann 2007:32; Werenfels 2005). „Anschläge der bewaffneten islamistischen Gruppen (Groupe Islamique Armé, GIA) und der *Islamischen Heilsarmee* (bewaffneter Arm des FIS) wurden vom Militär und dessen Machtapparat mit Massenverhaftungen und Hinrichtungen beantwortet" (Obermann 2007: 32 zitiert nach Fischer Weltalmanach 1997: 33). Infolgedessen brach ein Bürgerkrieg im Land aus, in dessen Verlauf Schätzungsweise zwischen 150.000 und 200.000 Menschen ihr Leben verloren (unter ihnen 100 Ausländer bis zum Jahr 2005[40]) und tausende Vermisste verzeichnet wurden. Diese Phase wird in Algerien als *Schwarzer Jahrzehnt* oder *Schwarze Dekade* bezeichnet.

Die Konsultationen über die Richtlinien für die Partnerschaft im Rahmen des Barcelona-Prozess standen somit unter keinen guten Stern. Der algerische Bürgerkrieg erreichte in den Folgejahren nach dem Wahlabbruch 1992 ungeahnte Dimensionen und gefährdete zunehmend die gesamte Region. Die restriktive Politik der algerischen Militärregierung stellten die EU und ihre Staaten vor große politische und sicherheitspolitische Herausforderungen. Die Reaktion der EU und des Europaparlaments Anfang der 1990er Jahre auf die blutigen Ereignisse in Algerien waren von Passivität und Vorsicht geprägt (vgl. Obermann 2007: 34f.). Eine

[39] Die Umstände des Anschlags auf Boudiaf sind bis heute nicht aufgeklärt. Während das Militär der Auffassung war, dass der Täter ein Angehöriger der Sicherheitskräfte mit Sympathien für islamistische Kräfte war, beschuldigte die Familie von Boudiaf sowie andere algerische Persönlichkeiten die Armeeführung, Boudiaf aufgrund seiner Reformpläne und starker Persönlichkeit ermordet zu haben (vgl. Werenfels 2005; Pierre Magnan: *„Il y a 25 ans, le président algérien Mohamed Boudiaf était assassiné"*. In: France Info 29.06.2017, unter: https://www.francetvinfo.fr/monde/afrique/politique-africaine/il-y-a-25-ans-le-president-algerien-mohamed-boudiaf-etait-assassine_3060415.html, abgerufen am 07.09.18).

[40] Vgl. Mattes 2005: 50.

gemeinsame Strategie der EU zum Umgang mit dem Bürgerkriegsland konnte aufgrund von Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedstaaten zunächst nicht erarbeitet werden. „Vor allem Frankreich sah in der algerischen Militärregierung die letzte Bastion gegen die Islamisierung des Landes“ (Obermann 2007: 35). Diese Ansicht war nach Meinung von Anja Obermann auch von anderen EU-Staaten geteilt und letztendlich für die Zurückhaltung der EU verantwortlich, weil man sich in Europa u.a. gefürchtet hatte, dass durch eine Machtergreifung des FIS ein islamistisches und anti-westliches Regime in unmittelbarer Nähe der EU-Grenzen entstehen könnte (vgl. Obermann 2007: 34). Darüber hinaus scheute man innerhalb der EU, der algerischen Militärregierung Empfehlungen oder Vorschläge zur Beilegung der inneren Auseinandersetzungen im Land zu unterbreiten, da die algerische Staatsführung dies als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes interpretieren und dementsprechend empört und ablehnend darauf reagieren würde (vgl. Obermann 2007: 34ff.). Am 30. Januar 1994 wurde, trotz Kritik der Oppositionsparteien, *Liamine Zéroual* (ehemaliger Armeegeneral und damals amtierender Verteidigungsminister) von einer einberufenen *Nationalen Konsenskonferenz* zum Übergangspräsidenten gewählt (vgl. Axtmann 2007: 107).

Die Maßnahmen und die Versuche zur Stabilisierung der inneren politischen Lage in Algerien zwischen 1992 und 1995 scheiterten allerdings an der Ablehnung der Staatsführung und damit auch des Militärs, die islamistischen Extremisten in einem Dialog einzubeziehen sowie am Widerstand der Fundamentalisten, die Gewalt von ihrer Seite bedingungslos zu beenden (vgl. Obermann 2007: 32). Aufgrund der kritischen Entwicklungen und des Ausmaßes des algerischen Bürgerkriegs sowie der Unterzeichnung der Barcelona-Deklaration 1995 fingen die EU-Staaten sukzessiv an, ihre bisherige passive Haltung zu ändern[41]. Demnach waren die wichtigsten Beweggründe für den Kurswechsel in der EU-Politik gegenüber Algerien die zahlreichen verübten Massaker an der Zivilbevölkerung, zunehmende Flüchtlingsströme in Richtung Europa sowie die Angst vor einem Übergreifen der Gewalt auf die Nachbarländer. Der ehemalige deutsche Außenminister *Klaus Kinkel* übte Druck auf die EU-Partner, um gemeinsame Schritte zur Eindämmung der Gewalt in Algerien zu unternehmen (vgl. Obermann 2007: 37). Nach den von algerischen Islamisten verübten Anschlägen in Frankreich 1995 veränderte auch die Französische Regierung ihre relativ unterstützende Haltung an der algerischen Sicherheitspolitik und forderte politische Reformen. Es folgten daraufhin Besuche

[41] Die Präferenzen der EU Anfang der 1990er Jahre in Bezug auf Algerien standen laut Anja Obermann und Hanspeter Mattes primär nicht darin, Demokratie, Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte zu fordern. Vielmehr lag der Fokus der EU aufgrund der unsicheren Lage auf eine schnelle Stabilisierung sowie Befriedung des Landes und die Minimierung des Terrorrisikos. Dementsprechend bot die EMP einen Rahmen zur Intensivierung der Konsultationen mit der algerischen Führung (vgl. Obermann 2007: 53f; Mattes 2005: 48f.).

von EU-Vertreter sowie EU-Abgeordneten nach Algerien, wo politische Konsultationen über die prekäre Lage im Land stattfanden. Zudem wurden bei den Gesprächen die Themen Menschenrechte und Demokratisierung intensiver thematisiert als es bei früheren Besuchen der EU-Vertreter Anfang der 1990er Jahre der Fall war (vgl. Obermann 2007: 37f.).

5.1.2 Das politische System

Die Aufrechterhaltung des politischen Systems von Algerien wird seit der Unabhängigkeit des Landes durch eine Legitimation begründet, nämlich die Einhaltung der Prinzipien und Werte der Revolution gegen die französische Kolonialmacht vom Jahr 1954. Mit der Unabhängigkeit wurde zunächst ein Präsidialsystem etabliert, in dem die zentrale Macht im Staat in den Händen des Staatspräsidenten und der Armee konzentriert war. Alle ehemaligen Präsidenten seit der Unabhängigkeit 1962 bis zum Jahr 1999 hatten einen militärischen Hintergrund. Zudem kam der Einheitspartei FLN eine führende Rolle im administrativen und legislativen Staatsapparat und bei der Umsetzung der exekutiven Gewalt zu. Die Legislative war bis 1996 mit einem Einkammersystem (*Assemblée Populaire Nationale*; Nationale Volksversammlung) vertreten, dessen Mitglieder bis 1988 ausschließlich von der Einheitspartei FLN stammten. Durch die Verfassungsreform von 1989 und die anschließende politische Öffnung schien der erste Schritt auf dem Weg zur Etablierung eines demokratischen Systems, das als Vorzeigemodell für die Region gelten sollte, unternommen zu sein. Der Abbruch der Parlamentswahlen im Frühjahr 1992 beendete allerdings den kurz zuvor eingeleiteten Reformprozess.

Die Verfassungsänderung von 1996 war eine von mehreren Maßnahmen, die die algerische Staatsführung unternommen hatte, um die Rückkehr zur vermassungsmäßigen Ordnung zu vollziehen. Der algerische Staatsapparat führte zwar im Vorfeld der Reform mehrere politische Konsultationen mit den wichtigsten Parteien im Land über die beabsichtigten Ergänzungen, im Wesentlichen aber wurde der neue Verfassungstext „durch einen Kreis von Beratern um den Präsidenten[42] ausgearbeitet“ (Axtmann 2007: 107). Die Oppositionsparteien kritisierten daraufhin die Umstände, unter denen die neue Verfassung angefertigt wurde und riefen zum Boykott des Referendums auf, währenddessen unterstützten u.a. der FLN und das Militär den Erneuerungen des Verfassungsentwurfs (vgl. Axtmann 2007: 108). Ende November 1996 wurde die Verfassungsreform nach offiziellen Angaben mit fast 86 Prozent angenommen. Die

[42] Liamine Zéroual.

neue Verfassung etablierte zwar ein formales semipräsidiales System, untermauerte aber die Machtkonzentration in den Händen des Staatspräsidenten. Die französische Tageszeitung *Le Monde* beispielsweise kritisierte die wenig demokratischen Neuheiten der Reform sowie die fehlende Verankerung von Gewaltenteilung und schrieb u.a. in Bezug auf den Verfassungstext: „le président algerien veux concentrer tous les pouvoirs" (vgl. Axtmann 2007: 108), oder dass die Verfassung „dem Präsidenten auf den Leib geschneidert" sei (vgl. Axtmann 2007: 173).

Die Machtfülle, mit der sich der Staatspräsident durch die neue Verfassung ausgestattet wurde, umfasste mehrere Bereiche im Staat. Die Aufwertung gegenüber dem Premierminister manifestierte sich in den dem Staatschef zugeteilten exekutiven Rollen und Befugnissen. Gemäß der Verfassungsreformen von 1996 und vom 15. November 2008 ernennt der Staatspräsident u.a. den Premierminister (und entbindet ihm von seinen Funktionen), einer oder mehrere Vizepremier sowie nach Konsultationen mit dem Premierminister auch die anderen Kabinettsmitglieder (vgl. Art. 77 und 79)[43]. Außerdem vergibt der Staatspräsident laut Art. 78 die zivilen und militärischen Staatsposten und ernennt die Verantwortlichen in den Sicherheitsdiensten, den Generalsekretärs der Regierung, den Präsidenten des *Conseil d'Etat*[44], den Chef der Zentralbank sowie die *Walis* (die Präfekten der 48 Departements). Außerdem ist der Staatspräsident oberster Befehlshaber der Streitkräfte und leitet den Ministerrat (Art. 77). Der Premierminister setzt nach der Reform von 2008 laut Art. 79 das Programm des Staatspräsidenten um und koordiniert lediglich die Regierungsarbeit.

Der Staatspräsident wurde durch die Verfassung von 1996 und die anschließenden Verfassungsreformen von 2008 sowie 2016 in seiner Position gegenüber der legislativen Gewalt gestärkt. Eine zweite Kammer des Parlaments (Oberhaus), nämlich der *Conseil de la Nation* (Rat der Nation), wurde mit der Reform von 1996 eingeführt. Der Conseil de la Nation ist eine „Länderkammer" und gilt als Vertretung der 48 algerischen Departement (*Wilaya*) im politischen System. Der Rat der Nation setzt sich aus 144 *Senatoren* zusammen, die zu 2/3 (96) durch indirekte Wahlen von und aus den Reihen der Mitglieder von Kommunal- und

[43] Algerische Verfassung von 1996 inklusive der 2008 bei der Verfassungsreform angenommenen neuen Artikeln. Internationale Arbeitsorganisation (ILO), unter: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---protrav/---ilo_aids/documents/legaldocument/wcms_125825.pdf, abgerufen am 17.10.18.

[44] Conseil d'Etat (Staatsrat) ist eine staatliche Institution, die 1996 eingeführt wurde und mit einer juristischen und bratenden Funktion ausgestattet ist. Seine zentrale Funktion liegt insbesondere darin, die Entscheidungen von zentralen administrativen Stellen und Verwaltungsgerichten auf ihre Rechtmäßigkeit zu prüfen (inklusive der Möglichkeit, Entscheidungen zu annullieren) sowie die Regierung bei Gesetzesvorhaben juristisch zu beraten. Der Staatsrat gilt als oberste Instanz der Verwaltungsgerichtbarkeit und ist mit dem Obersten Verwaltungsgericht zu vergleichen (vgl. unter anderem Art. 152 der Verfassung von 1996 und Art. 171 des Verfassungstextes von 2016).

Departementräten gewählt werden (je 2 Senatoren pro Wilaya)[45]. 1/3 der Mitglieder (48) werden direkt vom Staatspräsidenten ernannt. Da laut den Verfassungsreformen nun alle Gesetze, die von der Nationalen Volksversammlung verabschiedet werden, eine 3/4 Mehrheit im Rat der Nation bedürfen, damit sie in Kraft treten können, kommt dadurch dem weniger demokratisch legitimierten Oberhaus und letztendlich dem Staatspräsidenten (durch die Ernennung von einem Drittel der Senatoren) bei der Gesetzgebung eine Veto-Position zu (vgl. Axtmann 2007: 128; Art. 120 der Verfassungsversion von 2008). Gesetze können somit ohne Zustimmung des Präsidenten, falls er die Mehrheit im Parlament nicht auf seiner Seite hätte und diese von anderen politischen Lagern gebildet würde (was bisher noch nie der Fall war), blockiert werden, was letztendlich eine Beeinträchtigung der Arbeit der Legislative darstellt und die Gewaltenteilung in Frage stellt. Der Staatpräsident kann darüber hinaus „zwischen den parlamentarischen Sitzungsperioden über Ordonnanzen gesetzgeberisch tätig" (Axtmann 2007: 128) werden und sogar den Staatshaushalt ebenfalls per Ordonnanz in Kraft setzen, falls das Parlament daran scheitern sollte, den Staatsetat innerhalb von 75 Tagen nach Einbringung im Unterhaus zu verabschieden (vgl. Art. 120 der Verfassungsversion von 2008).

Die gewählte Assemblée Populaire Nationale wurde durch die Verfassungsreformen von 1996 und 2016 nicht nur gegenüber dem Staatspräsidenten entwertet, sondern auch gegenüber dem neueingeführten Oberhaus. Im Falle einer langen Erkrankung oder Todes des Staatspräsidenten, die ihm eine Weiterführung der Amtsgeschäfte unmöglich macht, sieht Art. 88 vor, dass der Präsident des Senats die Amtsgeschäfte des Staatspräsidenten übergangsmäßig übernimmt und nicht wie bisher (Verfassungstext von 1989) der Präsident des direkt gewählten Parlaments. Die Einführung des Bikameralismus wird als Versuch der algerischen Staatsführung (oder „*Pouvoirs*" wie ihn die Algerier nennen) interpretiert, einen legislativen Gegenpol zum direkt gewählten Parlament zu schaffen, um einer eventuellen Dominanz im Unterhaus durch den Sieg von Oppositionskräften entgegenzuwirken.

In Bezug auf die Judikative betont die Verfassung zwar laut Art. 138 (Verfassung von 1996) und Art. 156 (Verfassung von 2016) die Unabhängigkeit der Justiz („le pouvoir judiciaire est indépendant"). Im gleichen Artikel wird allerdings nach der Verfassungsergänzung von 2016 erklärt, dass der Staatspräsident und damit die Exekutive der Garant dieser Unabhängigkeit sei, was eine mögliche Beeinflussung der Justiz durch die Exekutive begünstigen kann. Wenn man die Judikative weiter unter die Lupe nimmt, so fällt auf, dass die Exekutive umfangreiche Einflussmöglichkeiten auf die Justiz hat. So ernennt beispielsweise der Staatspräsident laut

[45] Vgl. Art. 101 der Verfassung von 1996.

Verfassung die Richter (Art. 78 der Verfassung von 1996 und Art. 92 des Textes von 2016). Letztere müssen sich laut Art. 149 (der Verfassung von 1996) und Art. 167 (nach der Reform von 2016) vor dem Obersten Richterrat (*Conseil Supérieur de la Magistrature*) verantworten. Dieser Oberster Richterrat wird vom Staatschef präsidiert (Art. 154 der Verfassung von 1996 und Art. 173 von 2016) und der Justizminister fungiert als dessen Vizepräsident. In westlichen Demokratien wie Frankreich durchlaufen potenzielle Richter ein striktes Auswahlverfahren und werden zum Schluss ebenfalls vom Staatspräsidenten formal per Dekret ernannt[46]. Einige Regierungen in den arabischen MDL führen ähnliche Fälle als Beispiele vor, um ihre Vorgehensweise bei der Ernennung von Richtern zu legitimieren. Man darf aber nicht die verankerte Gewaltenteilung, die transparenten Auswahlverfahren und die echte Einbindung von unabhängigen Richterorganen bei der Auswahl von Richtern in demokratischen Staaten mit den Zuständen in Algerien vergleichen, wo das politische System große Demokratiedefizite aufweist. Die Zusammensetzung des Verfassungsrates wurde im Zuge der Verfassungsreform 2016 (Art. 183) von 9 (Art. 164 vom Jahr 1996) auf 12 erhöht. Ein Drittel (4 Verfassungsrichter) seiner Mitglieder, darunter der Präsident des Rates und sein Stellvertreter, werden direkt vom Staatspräsidenten ernannt. Jeweils zwei Mitglieder werden vom Unterhaus, Oberhaus, Obersten Gericht und vom Staatsrat (dessen Präsident wird direkt vom Staatschef ernannt) designiert.

Die Übermacht der Exekutive wirft Fragen auf die Unabhängigkeit der Judikative und stellt die Rechtstaatlichkeit in Frage. Die unklare Trennlinie bei der Gewaltenteilung öffnet die Tür für eine Politisierung der Justiz zugunsten der Exekutive. Ein Beispiel dafür liefert der interne politische Machtkampf innerhalb des FLN im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2004. Der damals amtierende Staatspräsident *Abdelaziz Bouteflika* lieferte sich einen politischen Machzkampf mit dessen ehemaligen Premierminister *Ali Benflis* um die Kontrolle des FLN, da während dieser Zeit zwei Parteiflügel um die Macht rangen[47]. Ein Parteitag wählte zunächst Benflis im September 2003 zum Generalsekretär des FLN. Benflis beabsichtigte, als Kandidat des FLN für den Präsidentenamt zu kandidieren. Ein Vorhaben, das vom FLN-Flügel, der den amtierenden Präsidenten Bouteflika unterstützte, abgelehnt wurde. Ende 2003 annullierte dann ein administratives Gericht die Entscheidung des FLN-Parteitages, der Benflis zum

[46] Deutscher Bundestag: *„Auswahl und Ernennung von Richtern in Frankreich"*. Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (Hrsg.), Bericht vom 24.09.2019, Nr. 228/19, Seite 1, unter: https://www.bundestag.de/resource/blob/670620/c7a5cb678c837257a8a2ea4a0ba1bac6/WD-3-228-19-pdf-data.pdf, abgerufen am 18.05.2020.

[47] Vgl. Amnesty International: *„Algérie: Communication au Comité des droits de l'homme"*. Amnesty International (Hrsg.). September 2007, Seite 45, unter: https://www.amnesty.org/download/Documents/68000/mde280172007fr.pdf, abgerufen am 25.10.18.

Generalsekretär des FLN gewählt hat[48]. Anfang 2004 bestätigte der Conseil d'Etat, dessen Präsident direkt vom Staatschef ernannt wird, die Entscheidung der ersten Instanz. Ali Benflis trat daraufhin aus der FLN aus. Richter, die diese Politisierung der Justiz kritisierten, wurden vom Dienst beurlaubt oder disziplinarischen Maßnahmen unterzogen[49].

Die unklar definierte Gewaltenteilung im algerischen Politiksystem kann zu möglichen Kompetenzüberschreitungen durch die Exekutive und staatliche Organe beitragen, die die Neutralität der Judikative verletzen können. So kann eine legale politische Partei, obwohl die Verfassung die Versammlungsfreiheit garantiert (Art. 41 von 1996 und Art. 48 des Verfassungstextes von 2016), keine Versammlungen in öffentlichen Räumen ohne die schriftliche Genehmigung des Walis (Präfekten bzw. Gouverneur), der vom Staatspräsidenten direkt ernannt wird, organisieren (vgl. Dris/Aït-Hamadouche 2017: 151f). Unter welchen Bedingungen die Zustimmung des Präfekten, ein Vertreter der Exekutive, dann erteilt oder abgelehnt wird, ist nicht deutlich definiert. Diese Intransparenz wird anhand eines Beispiels von Dris/Aït-Hamadouche teilweise verdeutlicht. „Die Verwaltungsbehörde des Wilaya von Algier erteilte dem Oppositionsbündnis CNLTD (Coordination Nationale pour les Libertés et la Transition Démocratique) die Genehmigung zur Organisation einer öffentlichen Veranstaltung über die Erdölkrise, verweigerte ihm diese jedoch für Veranstaltungen zum Thema Korruption und Schiefergas in Algerien" (Dris/Aït-Hamadouche 2017: 152).

Positiv zu bewerten im Untersuchungszeitraum ist die Einführung einer Frauenquote in den gewählten kommunalen und nationalen Kammern. Durch die Verfassungsergänzung von 2008 wurde angeregt, die politischen Rechte von Frauen zu stärken und die Chancen für ihren Zugang zu den gewählten Räten zu erhöhen. Die Verabschiedung des organischen Gesetzes Nr. 12-03 vom 12. Januar 2012 durch den Staatspräsidenten Bouteflika läutete die rechtliche Verankerung der politischen Rechte von Frauen ein, in dem der Staat Parteien festschrieb, im Verhältnis zu den errungenen Sitzen mindestens 20 Prozent der Mandate bei Kommunal- oder Parlamentswahlen an Frauen zu vergeben[50]. Als Anreiz stellte der Staat zusätzliche finanzielle Fördermittel für Parteien in Aussicht[51]. Die erste Bewährungsprobe für die Frauenquote war die Parlamentswahl vom 10. Mai 2012, die als historischer Tag in die algerische Geschichte der Frauenrechtbewegung einging. Bei diesen legislativen Wahlen zogen 146 Frauen (ein Anteil von 31,6 Prozent der Gesamtsitze) in die Nationale Volksversammlung statt 29 Frauen in der

[48] Ebd.
[49] Ebd.
[50] Vgl. Art. 2 des organischen Gesetzes Nr. 12-03 vom Januar 2012.
[51] Vgl. Art. 7 des organischen Gesetzes Nr. 12-03 vom Januar 2012.

vorherigen Legislaturperiode (vgl. Benzenine 2013: 1). Die positive starke Repräsentanz im Unterhaus, die Algerien an die Spitze der arabischen Länder mit den meisten weiblichen Abgeordneten setzte, spiegelte sich allerdings nicht in der darauf folgenden Regierungsbildung wider. Denn von 36 vergebenen Regierungsposten wurden gerade 3, darunter eine delegierte Ministerin, Frauen zugesprochen (vgl. Benzenine 2013: 14). Es bleibt daher abzuwarten, ob diese Reform tatsächlich darauf abzielt, die politischen Rechte von Frauen umfassend zu stärken und ihre Einbindung in den politischen Entscheidungsprozessen zu fördern. Außerdem muss beobachtet werden, ob die Parlamentarierinnen es schaffen würden, sich in einer männerdominierten politischen und gesellschaftlichen Struktur zu behaupten und den Fokus des Gesetzesgebers auf die Stärkung der Rechte von algerischen Frauen zu lenken.

5.1.3 Pluralismus und Parteienlandschaft

Nachdem der Barcelona-Prozess am 28-29 November 1995 aus der Taufe gehoben wurde, fanden sich in den Vereinbarungen der Barcelona-Deklaration nun neue Richtlinien und Vorgaben, zu denen sich die Unterzeichnerstaaten bekennen und u.a. in ihren künftigen politischen Handlungen beachten sollten. Diese umfassten „die Akzeptanz und nachdrückliche Förderung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus“ (Obermann 2007: 41). Letztere Richtlinien finden sich auch im AA zwischen der EU und Algerien wieder, wo man die Achtung der demokratischen Prinzipien (Art. 2) und die friedliche Konfliktlösung (Art. 3 und 4) unterstreicht[52]. Obwohl die Barcelona-Deklaration bereits Ende November 1995 von den Unterzeichnerstaaten beschlossen wurde, konnte das AA zwischen Algerien und der EU aufgrund der politischen und sicherheitspolitischen Entwicklungen im Land erst im Jahr 2002 unterschrieben werden. Das Ratifizierungsverfahren durch das nordafrikanische Land und die EU-Staaten dauerte bis 2005, als im September das AA dann in Kraft trat. Die Gewährung von Pluralismus und politischen sowie zivilen Rechten, gehörte zu den Verpflichtungen Algeriens im Rahmen der EMP. Diese Rechte werden u.a. durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Algerien unterschrieben hatte[53] und auf deren Achtung sowie Umsetzung

[52] Vgl. Assoziierungsabkommen zwischen Algerien und der EU. EU-Kommission, unter: https://cdn2-eeas.fpfis.tech.ec.europa.eu/cdn/farfuture/kP-ftJAHcnFH04sfcPej0cXc3xprs9S1VxuY8y3sJd4/mtime:1472024264/sites/eeas/files/accord_association_fr.pdf, abgerufen am 16.10.18.

[53] Algerien unterschrieb im Jahr 1968 den 4. Internationalen Pakt über die Gewährung von zivilen und politischen Rechten. Der Pakt trat allerdings erst im September 1989 in Kraft. Vgl. Abkommen-Abteilung der Vereinten

sich die Vertragspartner des Barcelona-Prozesses geeinigt hatten, gedeckt. In Artikel 21 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte werden die politischen Rechte betont, indem jeden Bürger u.a. das Recht eingeräumt wird, sich an der Gestaltung des öffentlichen Lebens aktiv zu beteiligen, persönlich für öffentliche Ämter zu kandidieren und andere beliebige Personen zu wählen, die öffentliche Ämter bekleiden wollen[54]. Diese Aufgaben werden auf nationaler Ebene in der Regel von politischen Parteien erfüllt.

Die Parteienlandschaft in Algerien wird seit der Unabhängigkeit vom Front de Liberation Nationale dominiert. Fast drei Jahrzehnte lang war der FLN mit Unterstützung der Armee als Einheitspartei an der Macht im Land, und damit keine Konkurrenz von anderen Parteien ausgesetzt (im Jahr 1963 wurden alle Parteien im Land offiziell verboten[55]). Erst mit der Verfassungsänderung 1989 wurde ein Mehrparteiensystem eingeführt und der sozialistisch-revolutionäre Charakter des politischen Systems beendet. Diese Schritte bildeten die Basis für die Schaffung eines pluralistischen politischen Systems. In Art. 40 des im Jahr 1989 neueingeführten Verfassungstextes wurde jedoch nicht eindeutig vom Recht auf Gründung von „politischen Parteien" gesprochen, sondern es war lediglich von der rechtlichen Grundlage zur Gründung von „associations à caractère politique"[56] (zu Deutsch: Vereinigung mit politischem Charakter) die Rede. In den modifizierten und überarbeiteten Verfassungstexten von 1996 und 2016 sowie in den Neuauflagen der Parteiengesetze von 1997 und 2012 wurden dann die Bedingungen für die Gründung neuer Parteien festgelegt und ihre Merkmale sowie die politischen Rechte der Algerier konkretisiert. Zunächst wurden politische Rechte für alle Algerier eingeräumt, in dem man unterstrich, dass „tout citoyen jouissant de ses droits civils et politiques" (zu Deutsch: alle Bürger genießen zivile und politische Rechte) (Art. 41 der Verfassung von 1989, Art. 44 des Verfassungstextes von 1996 und Art. 55 der Verfassungsversion von 2016)[57].

Nationen, unter: https://treaties.un.org/pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=IV-4&chapter=4&clang=_fr, abgerufen am 20.10.18.

[54] Vgl. Vereinte Nationen: *„Allgemeine Erklärung der Menschenrechte"*, Artikel 21, unter: https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf, abgerufen am 20.10.18.

[55] Das Verbot wurde durch die Verabschiedung des Gesetzes Nr. 63-297 vom 31. August 1963 vollzogen (Vgl. Axtmann 2007: 139).

[56] Vgl. Artikel 40 der algerischen Verfassung von 1989. Conseil Constitutionnel (Algerien): „Constitution de 1989", unter: http://www.conseil-constitutionnel.dz/pdf/CONSTITUTION%20DE%201989.pdf, abgerufen am 12.10.18.

[57] Conseil Constitutionnel (Algérie): *„Constitution de 1989"*; Internationale Arbeitsorganisation. Algerische Verfassung von 1996 inklusive der 2008 bei der Verfassungsreform implementierten neuen Artikeln, unter: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---protrav/---ilo_aids/documents/legaldocument/wcms_125825.pdf; Algerischen Verfassungsversion von 2016: http://www.conseil-constitutionnel.dz/pdf/constitution.pdf, abgerufen am 17.10.18.

Die Verfassungstexte von 1996 und 2016 beschrieben die Funktion und die Eigenschaften, die Parteien erfüllen müssen, damit sie von den zuständigen staatlichen Instanzen (in diesem Fall das Innenministerium) zugelassen werden können. Unter anderem dürfen Parteien nun als Reaktion auf den gewalttätigen Auseinandersetzungen mit militanten Islamisten im Land im Gegensatz zur Leseart der Verfassung und Parteiengesetz von 1989 nicht mehr auf religiöser Basis gegründet werden[58]. Die Auslegung von diesem Aspekt bleibt allerdings aus juristischer Sicht umstritten. Denn in der Folgezeit, wie in diesem Abschnitt an späterer Stelle noch erwähnt wird, wurden mehrere Parteien zugelassen bzw. konnten ihre Arbeit fortsetzen, obwohl in ihrer Parteiprogrammatik steht, dass die islamischen Wertevorstellungen zu ihrem Leitbild gehören. Zusätzlich muss ergänzt werden, dass die offizielle Staatsreligion der Islam ist (Art. 2 der Verfassungstexte von 1989, 1996 und 2016), dass fast 99 Prozent der algerischen Bevölkerung dem sunnitischen Islam angehören und dass der Staatspräsident bei seinem Amtseid die „Verehrung der islamischen Religion" beschwört (Art. 76 des Verfassungstextes von 1996 und Art. 90 der Verfassungsversion von 2016). Also der Religionsbezug ist verfassungsrechtlich verankert, was dazu ableitet, dass das Parteienverbot mehr auf militante Islamisten und radikale Gruppen gerichtet war. Dementsprechend wurde es, in Anspielung auf die von Teilen des FIS und anderen Extremisten verübten Terroranschläge, Parteien untersagt, jegliche Art von Gewalt anzuwenden oder zu legitimieren. In Art. 42 der Verfassung von 1996 und in Art. 52 des Verfassungstextes von 2016 werden Kriterien für Parteigründungen festgelegt:

„Le droit de créer des partis politiques est reconnu et garanti. Ce droit ne peut toutefois être invoqué pour attenter aux libertés fondamentales, aux valeurs et aux composantes fondamentales de l'identité nationale, à l'unité nationale, à la sécurité et à l'intégrité du territoire national, à l'indépendance du pays et à la souveraineté du peuple ainsi qu'au caractère démocratique et républicain de L'Etat (…) Les partis politiques ne peuvent être fondés sur une base religieuse, linguistique, raciale, de sexe, corporatiste ou régionale (…) Aucun parti politique ne peut recourir à la violence ou à la contrainte, quelles que soient la nature ou les formes de celles-ci (…)".

Begleitend zur verfassungsrechtlichen Verankerung des neuen pluralistischen Charakters des politischen Systems wurde auch in den Jahren 1997 und 2012 das Parteiengesetz reformiert. Die parteipolitischen Reformen von 1997 standen im Zeichen des Bürgerkriegs und zielten insbesondere darauf ab, die Aufgabe und Rolle von Parteien genauer zu definieren und die strikte Verpflichtung von Parteien zur Ablehnung und Distanzierung von Gewaltanwendung zu

[58] Artikel 5 des algerischen Parteiengesetzes von 1989 untersagte unter anderem die Gründung politischer Parteien auf „konfessioneller, sprachlicher oder regionaler Basis". Trotzdem wurden mehrere islamistische Parteien, wie die FIS, zugelassen. Vgl. hierzu Art. 5 des algerischen Parteiengesetzes von 1989 unter: International Labour Organization, unter: https://www.ilo.org/dyn/natlex/docs/ELECTRONIC/8146/77640/F1257130522/DZA-8146.pdf, abgerufen am 17.10.18.

unterstreichen (vgl. Art. 1, 2, 3 und 6[59]). Das modifizierte Parteiengesetz versuchte den islamistischen Parteien Wind aus den Segeln zu nehmen (islamistische Strömungen sehen sich u.a. als Beschützer von islamischen Werten), indem betont wurde, dass keine Partei gegründet werden darf, die gemäß ihr Gründungsziel und ihre Handlungen gegen die islamische Moral und Werte verstößt (vgl. Art. 5 Absatz 3)[60].

Die administrativen und formalen Schritte für Parteigründungen wurden im Zuge der 1996 eingeleiteten Reformen verschärft. So musste zunächst ein von drei Gründungsmitglieder unterzeichneter Legalisierungsantrag für eine Partei beim Innenministerium gestellt werden (Art. 12 und Art. 14 Absatz 1 des Parteiengesetzes von 1997). Zusätzlich mussten statt wie bis dahin 15 unterzeichnete Verpflichtungen von Gründungsmitgliedern nun 25 solcher Erklärungen eingereicht werden, wobei diese Gründungsmitglieder aus mindestens einem Drittel der 48 algerischen Departements stammen müssen (Art. 14. Absatz 2 des Parteiengesetzes von 1997). Nach Überprüfung des Antrags durch das Innenministerium wird eine Partei entweder zugelassen oder der Antrag wird abgelehnt. Der Art. 18 des Parteiengesetzes schreibt dann vor, dass die rechtmäßige konstituierende Sitzung einer Partei innerhalb eines Jahres organisiert werden und aus 400 bis 500 Delegierten bestehen müsse, wobei letztere von mindestens 2500 Mitgliedern, wohnhaft in mindesten 25 Departements, gewählt werden müssen. Dabei müssen laut demselben Artikel mindestens 16 Delegierte und 100 Mitglieder aus jeweils ein Departement stammen. Das Parteiengesetz von 1997 unterstrich darüber hinaus, dass Parteien sich zum politischen Pluralismus, dem republikanischen Charakter des Staates sowie zum Respekt des friedlichen Machtwechsels bekennen müssen (Art. 3 Absätze 9 bis 11).

Die neuen Vorgaben des Parteiengesetzes von 1997 stellten viele kleinere Parteien vor große Herausforderungen. „Dies gilt insbesondere für jene Parteien, die nicht auf Netzwerke in Verwaltung oder Armee zurückgreifen können“ (Axtmann 2007: 143). Alle bisher zugelassenen Parteien mussten sich nach dem neuen Gesetz von 1997 registrieren lassen[61]. Diese Vorschrift führte anschließend zu einer gewissen „Bereinigung“ der Parteienlandschaft, da in der Folgezeit rund 30 Parteien sich entweder auflösten oder vom Staatsapparat verboten wurden (vgl. Axtmann 2007: 143). Viele dieser Parteien waren in der Zahl mitglieds- und

[59] Algerisches Parteiengesetz vom 6. März 1997. In: International Labour Organization, unter: http://ilo.org/dyn/natlex/docs/ELECTRONIC/46747/77628/F341022004/DZA-46747.pdf, abgerufen am 11.10.18.
[60] Ebd.
[61] Vgl. Art. 43 des Parteiengesetzes von 1997; Vgl. Axtmann 2007: 143.

finanzmäßig überschaubar, ihre Programmatik kaum voneinander zu unterscheiden und stoßen letztendlich auf einen niedrigen Zuspruch innerhalb der Bevölkerung. Trotz der verschärften Gesetzeslage wurden mehrere gemäßigte islamistische Parteien zugelassen. Diese verzichteten allerdings bei der Namensvergabe für ihre Parteien auf die Bezeichnung „islamique". Eine Neuzulassung des Front Islamique du Salut hingegen wurde von Seite der algerischen Staatsführung trotz mehrerer Schlichtungsversuche abgelehnt. Im Mai 1998 belief sich die Zahl politischer Parteien in Algerien der staatlichen Nachrichtenagentur APS (Algérie Presse Service) zufolge auf insgesamt 20 (vgl. Axtmann 2007: 143).

Am 15. Januar 2012 wurde das Parteiengesetz reformiert. Der algerische Staat reagierte damit auf die seit Ende 2010 andauernden Proteste[62], die vielen arabischen Staaten erfassten und Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit forderten. Die antizipierte Reform des Parteiengesetzes brachte wichtige formale Veränderungen mit sich, indem politisch gesehen der rechtliche Status von Parteien aufgewertet wurde und die Rahmenbedingungen für ihre Arbeit gelockert wurden. Das Parteiengesetz von 2012 räumte zum ersten Mal den politischen Parteien in Algerien, im Gegensatz zu den bisherigen Gesetzen, ausdrücklich das Recht ein, durch ihre politischen Aktivitäten und auf demokratischem und friedlichem Wege, die Macht zu erlangen und öffentliche Aufgaben zu übernehmen (vgl. Dris/Aït-Hamadouche 2017: 150 f.). Der entsprechende Art. 3 beschreibt Parteien und konkretisiert ihre Arbeit folgendermaßen: „Le parti politique est un groupement de citoyens nationaux qui partagent les mêmes idèes et qui s'associent dans le but de mettre en oeuvre un projet politique commun et d'accèder, par des voies démocratiques et pacifiques, à l'exercice des pouvoirs et des responsabilitÈs dans la conduite des affaires publiques"[63]. Als weitere Aufwertung der Parteien können Art. 11, 13 und 14 des Parteiengesetzes von 2012 angesehen werden. Art. 13 unterstreicht, dass Parteien untereinander konkurrieren um ihr politisches Programm auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene bekannt zu machen und umzusetzen. Art. 11 sieht die Rolle und Aufgabe von Parteien darin, zur Bildung des politischen Volkswillens beizutragen, die Bürger zur aktiven Beteiligung am politischen Leben zu fördern sowie die Bereitstellung einer geeigneten Elite, die öffentliche Verantwortung übernehmen kann. Art. 14 räumt Parteien zudem das Recht ein, bei Fragen der „nationalen Interesse" von den staatlichen Entscheidungsträgern konsultiert zu werden.

[62] Auf die Proteste im arabischen Raum seit 2010 wird ausführlicher in den Kapiteln betreffend die Länderanalyse Tunesien und Ägypten, wo bedeutende politische Veränderungen verzeichnet wurden, eingegangen.

[63] Art. 3 des reformierten algerischen Parteiengesetzes von 2012, unter: Assemblée Populaire Nationale: *„Amtsblatt der Republik Algerien"*, unter: http://www.apn.dz/fr/images/textes_reformes_politiques_fr/08-loi_organique12-04.pdf, abferufen am 20.08.2018

Die Bedingungen zur Gründung von Parteien wurden im Vergleich zum Gesetz von 1997 leicht gelockert. Statt bisher 25 unterzeichnete Verpflichtungen von Gründungsmitgliedern, die aus 16 Departement (1/3 der algerischen Wilaya) stammen und ihre Erklärungen dem Legalisierungsantrag beigefügt werden müssen, werden nun laut Art. 19 Absatz 2 des Parteiengesetzes von 2012 lediglich 24 solcher Verpflichtungen benötigt, die von jeweils 2 Gründungsmitglieder, wohnhaft in 12 Departement (1/4 der Wilaya), unterschrieben werden. Ferner schreibt Artikel 17 Absatz 6 vor, dass unter den Gründungsmitgliedern einen proportionalen Frauenanteil geben müsse. Nach Antragstellung sehen Art. 20 und 29 vor, dass das Innenministerium innerhalb von 60. Tage die Modalitäten sowie Bedingungen bezüglich des Gründungsantrags einer Partei überprüft. Sollte sich das Innenministerium im Rahmen dieser Frist in keiner Weise bei den Gründungsmitgliedern zurückmelden, so gilt „le silence de l'administration" (das Schweigen der Administration) laut Art. 34, und das ist ein Novum in Algerien, als Zulassungserlaubnis für die betreffende Partei[64]. Die Parteifinanzierung wird durch die Artikeln 52 bis 63 des Parteiengesetzes von 2012 geregelt. Sie erfolgt durch Mitgliedsbeiträge, Spenden (ihre Höhe darf nicht das 300. fache des algerischen Mindestlohns pro Spende und pro Jahr übersteigen), Beträge aus unkommerziellen Aktivitäten und durch staatliche Unterstützung, die sich an die Zahl von Parlamentssitzen bzw. von gewählten Vertretern in den verschiedenen nationalen und regionalen Kammern richtet.

Unter den umstrittenen Verordnungen des neuen Parteiengesetzes von 2012 werden dem Innenminister laut Art. 64 und 71 das Recht eingeräumt, im Falle von Notstand oder einer drohenden Störung der öffentlichen Ordnung („troubles imminents à l'ordre public"), durch eine „ordnungsgemäß begründete Entscheidung" die „notwendigen Vorsichtsmaßnahmen" zu unternehmen und die Aktivitäten einer Partei zu suspendieren sowie ihre Räume zu schließen[65]. Zu kritisieren ist in dieser Hinsicht, dass der Artikel schwammig formuliert ist und dem Innenminister, der Teil der Exekutive ist, das Recht gewährt, in die Aktivitäten einer Partei ohne gerichtliche Entscheidung oder Prüfung durch eine unabhängige Instanz zu greifen. Dies könnte in Anbetracht der Annullierung der Wahlen von 1992 Anlass für politisch-motivierte Entscheidungen geben. Die Zahl der politischen Parteien in Algerien erreichte zunächst ihren Höhepunkt in der Zeit von 1989 bis 1991 und lag bei ca. 60 Parteien (vgl. Axtmann 2007: 140). Manche dieser Parteien haben allerdings ihre Gründung einen Teil der Staats- und Armeeführung zu verdanken, die „einzelne Persönlichkeiten mit der Gründung von

[64] Vgl. Art. 34 des algerischen Parteiengesetzes.
[65] Vgl. hierzu Art. 64 und 71 des Parteiengesetzes von 2012.

Kleinstparteien beauftragten“ (Axtmann 2007: 140). Dadurch sollten aufgrund der fast identischen Parteiprogramme im Land die Stimmen für die Opposition zerstreut werden, in der Hoffnung, dass die Oppositionsparteien die Mehrheit verfehlen. Infolge des Bürgerkriegs und der politisch instabilen Lage lösten sich viele Parteien auf, fusionierten oder wurden verboten. Nur etwa zehn Parteien, die in der Zeit der politischen Öffnung 1989 bis 1992 entstanden waren, blieben bis 2017 bestehen. „Viele überlebten nicht wegen mangelnder Finanzierung, vor allem aber, weil es ihnen vor dem Hintergrund einer politischen Ordnung, die regimenahe Parteien begünstigt, nicht gelang, sich durchzusetzen“ (Dris/Aït-Hamadouche 2017: 152 unten). Bis Anfang 2017 zählte man in Algerien um die 60 legal registrierten politischen Parteien (vgl. Faath 2017: 21). In diesem Kontext weist Dirk Axtmann daraufhin, dass der Fortbestand einer hohen Anzahl von kleinen Parteien in Algerien, deren Anführer aus der alten Regimeeliten stammen, bis in die Gegenwart die These bestärkt, dass weiterhin Teile der Staats- und Militärführung das Bestehen von bestimmten Parteien fördern (vgl. Axtmann 2007: 140).

Die hohe Zahl der politischen Parteien suggeriert eine Verankerung des Pluralismus. Dris/Aït-Hamadouche sehen den „fast sakrosankte Verweis der Parteien auf die „Werte der Revolution des 1. November 1954“, die als „festverankerte und nationale Werte“ bezeichnet werden“, kritisch (vgl. Dris/ Aït-Hamadouche 2017: 154). Wie von Art. 8 Absatz 2 des Parteiengesetzes von 2012 vorgeschrieben wird, darf keine Partei gegründet werden, deren Ziele den Werten der Revolution von 1954 entgegenstehen. „Wenn sich die gesamte politische Klasse auf das gleiche ideologische Fundament stützt, ist es berechtigt zu fragen, ob tatsächlich ein echter, auf den Prinzipien des Meinungsaustauschs und der Weiterentwicklung von Ideen und Konzepten aufbauender Pluralismus existiert“ (Dris/Aït-Hamadouche 2017: 154). Zudem sollten die Leitlinien von Parteien nicht gegen islamische Prinzipien verstießen (Art. 8 Absatz 2 des Parteiengesetzes von 2012). Ein weiterer Aspekt, der eine Differenzierung zwischen Parteien für den Wähler schwer macht und zur Schwächung des Pluralismus führt, ist die Bedienung bzw. Behandlung des Themas „Sicherheit“. Die blutigen Auseinandersetzungen von 1992 bis 2002 und die Angst vor einer Wiederholung der Ereignisse veranlassen die politischen Lager, gleichermaßen ob oppositions- oder regierungsnah, dazu, die Sicherheitsfrage in ihren Reden oder Parteiprogrammen präsent zu halten. Die Parteien konkurrieren außerdem untereinander, die wichtige Stellung der Armee für die nationale Sicherheit hervorzuheben. Die Identifikation mit dem Militär sowie dessen offene und eindrucksvolle Unterstützung gelten unter den Parteien als Symbol von Nationalismus und Patriotismus (vgl. Dris/Aït-Hamadouche 2017: 155). Die Angst vor einer Destabilisierung einte von 2011 bis 2018 fast allen algerischen Parteien in ihrer Ablehnung für eine politische Veränderung durch Massendemonstrationen. Im

Vergleich zu den Millionen Menschen in vielen arabischen Staaten, die seit Ende 2011 auf die Straßen für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit gingen, war die einhellige Meinung der Parteien in Algerien, dass „die politische Veränderung nicht durch Protestbewegungen auf der Straße erfolgen" (Dris/Aït-Hamadouche 2017: 156) sollte. Zu groß schien die Sorge davor, dass das Land wieder in instabilen Verhältnissen wie jene der 1990er Jahre gerät.

Das Parteienleben in Algerien ist von Abspaltungen und Neugründungen geprägt. Dris/Aït-Hamadouche merken diesbezüglich an, dass Parteien, die aus einer Abspaltung entstanden sind, bei ihrem Kampf um die Wählergunst sich trotzdem dem gleichen Repertoire an Themen und Prinzipien bedienen (vgl. Dris/Aït-Hamadouche 2017: 156ff). Die Abspaltung von Parteien in Algerien ist weniger Ausdruck von programmatischen Meinungsverschiedenheiten als das Ergebnis undemokratischer innerer Struktur, interne Machtkämpfe um politische Ämter und die Haltung zur Staatsführung. Letztendlich tragen die Parteien bewusst oder unbewusst zu ihrer eigenen Schwächung bei und können daher kein signifikantes politisches Zeichen setzen und somit den Wählern andere Alternativen als die Regierungsparteien anbieten. Die Defizite der algerischen Parteienpolitik spiegeln sich auch in repräsentativen Umfragen, die vom *Arab Barometer* [66] und *Afrobarometer*[67] in den Jahren 2012 sowie 2015 veröffentlicht und von Dris/Aït-Hamadouche analysiert wurden, wider. In den Fragen, die im Jahr 2012 in Bezug auf die algerische Parteienlandschaft gestellt wurden, attestierte die algerische Bevölkerung den politischen Parteien im Land ein schlechtes Zeugnis. Demnach gaben 52 Prozent der Befragten an, „kein Vertrauen" in den Parteien zu haben, 27 Prozent hatten „wenig Vertrauen" und nur 15 Prozent sprachen Parteien ein „mäßiges Vertrauen" zu (vgl. Dris/Aït-Hamadouche 2017: 414[68]). In der Umfrage des Afrobarometers aus dem Jahr 2015 wird das Misstrauen gegenüber Parteien und Politik weiterhin unterstrichen. Über 40 Prozent der Umfrageteilnehmer waren der Meinung, dass „politische Parteien die Bevölkerung spalten und es nicht gut ist, wenn es zu viele Parteien gibt" (vgl. Dris/Aït-Hamadouche 2017: 414). Außerdem war mehr als die Hälfte der Befragten der Auffassung, dass die Parteiführer ihre eigenen Interessen verfolgen als sich um die Belange des Volkes zu kümmern. Dementsprechend trauen dem Arab Barometer

[66] Arab Barometer ist ein relativ unabhängiger und unkommerzieller Forschungsnetzwerk, das die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einstellungen sowie Werten der Bürgerinnen und Bürger im arabischen Raum analysiert und misst, unter: http://www.arabbarometer.org/.

[67] Afrobarometer is a pan-African, non-partisan research network that conducts public attitude surveys on democracy, governance, economic conditions, and related issues in more than 35 countries in Africa. Through our findings, ordinary citizens can have a voice in policy-making processes that affect their lives, unter: http://www.afrobarometer.org/about.

[68] Anhang 1, Seite 414.

zufolge rund 60 Prozent der Befrgaten weder den Regierungs- noch den Oppositionsparteien zu. Die genannten Werte offenbaren eine bedenkliche Kluft zwischen der politischen Klasse und der Bevölkerung und würden vermutlich in Zukunft die Politikverdrossenheit verstärken.

Die Zahl der Parteien, die gemessen an ihrem politischen Gewicht, eine Rolle im algerischen Politikfeld spielen, ist gering. Der Front de Liberation Nationale bleibt trotz der Reformen die dominierende politische Kraft seit der Unabhängigkeit 1962. Wie im nächsten Kapitelabschnitt anhand der abgehaltenen Wahlen noch gezeigt wird, scheint sich der FLN zum Staats- und Systempartei weiterhin zu etablieren. Mit Ausnahme der Phase von 1989 bis 1991 konnte der FLN dank der Unterstützung staatlicher Stellen durch die anderen politischen Kräfte nie in Bedrängnis gebracht werden. In Tabelle 4 werden die wichtigsten Parteien des Landes sowie ihre politische Ausrichtung aufgeführt. Ausschlaggebende Merkmale für diese Liste sind die Wahlergebnisse, die gesellschaftliche Verankerung und die politische Ausrichtung der Partei.

Tabelle 4: Die wichtigsten Parteien in Algerien während der Untersuchungsphase

Parteiname und Gründungsjahr	Politisches Gewicht	Politische Ausrichtung
Front de Liberation Nationale (FLN), wurde am 01.11.1956 gegründet	Zunächst als Einheitspartei bis 1989. Danach verlor die Partei an Zustimmung. War zwar gegen den Wahlabbruch 1992, beteiligte sich aber gleichzeitig an der Regierung. Ab 1999 wieder stärkste Partei und stellte den Staatspräsidenten auf.	Nationalistisch-konservativ. Verteidigt die Werte der Revolution von 1954. Steht für einen zentralistischen Staat. der algerischen Administration sehr nah. Wird als „Parti du pouvoir" (Regimepartei) bezeichnet
Rassemblement National Démocratique (RND), wurde am 21.02.1997 gegründet	Als Abspaltung vom FLN kurz vor den Parlamentswahlen 1997 mit dem Ziel gegründet, den damaligen Präsidenten Zeroual zu unterstützen. Errang im gleichen Jahr aus dem Stand die Mehrheit im Parlament.	Nationalistisch-konservativ. Verteidigt die Werte der Revolution von 1954. Steht der algerischen Administration nah. Steht für die Förderung eines moderaten Verständnisses des Islams.
Front des Forces Socialistes (FFS), wurde zwar am 19.09.1963 gegründet, bekam aber erst 1990 eine offizielle Zulassung.	Wurde seit der Gründung bis 2015 vom charismatischen *Hocine Aït Ahmed*, eine wichtige Figur der Befreiungsarmee, angeführt. Partei gehört zu den relevanten Kräften der Opposition.	Demokratisch-säkular. Wichtigste Machtbasen sind besonders die Kabylei (Berberregion) und der Hauptstadt Algier. tritt für die Rechte der Berber ein. Steht für glaubwürdige Förderung des Pluralismus sowie für die Anerkennung der Berbersprache und -kultur
Rassemblement pour la culture et la démocratie (RCD), wurde 1989 gegründet	Als Abspaltung vom FFS durch Saïd Saâdi gegründet. Beteiligte sich an die Regierung im Jahr 1999.	Säkular-republikanisch. Unterstützte die harte Politik der Armee gegenüber Islamisten. Wichtigste Machtbasis ist die Kabylei. Steht für einen dezentralen Staat und die Förderung der Berbersprache Tamazight.
Mouvement de la Société pour la Paix (MSP), zunächst als „Mouvement de la Société Islamique „ im März 1991 gegründet. Dann im Jahr 1997 in MSP umbenannt.	War 1997 an der Regierung mit 5 Ministern vertreten und ist danach regelmäßig im Parlament mit mehreren Mandaten vertreten. Partei Sollte die Wähler des verbotenen FIS anwerben und als alternative gemäßigte islamistische Kraft die Lücke des FIS schließen.	Islamistisch-pragmatische Partei. Tritt für die Stärkung sozialer Politik und die Einführung eines parlamentarischen Systems ein. Steht für die Förderung der arabischen und Berbersprache. Unterhält gute Beziehungen zur Administration. Gesellschaftspolitisch konservativ.
Parti des Travailleurs (PT), wurde 1990 gegründet	Seit Gründung der Partei durch die charismatische „Louisa Hanoune" als Generalsekretärin angeführt. Partei war 1997 mit 4 und 2002 mit 21 Sitzen im Parlament vertreten.	Sozialistisch-trotzkistisch, säkular. Steht für eine zentrale und starke Republik sowie für eine Stärkung des öffentlichen Sektors. Tritt für soziale und gesellschaftliche rechte ein. Ruft zur Gleichberechtigung zwischen beiden Geschlechtern.
Le Mouvement pour la réforme Nationale (MRN)/ bzw. Enahda wurde 1999 gegründet	Viertstärkste Kraft bei den legislativen Wahlen 1997, bevor die Partei sich abspaltete und „Enahda" als neue Partei entstand. Drittstärkste Kraft bei den Parlamentswahlen 2002. Zählte zu den stärksten legalen islamistischen Parteien in dieser Periode.	Islamistisch und wertekonservativ. Systemtragende populistische Partei. Sozialpolitisch steht sie für eine Verbreitung konservativer Werte, unterwirft sich aber den demokratischen Spielregeln.

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten von: Dris/Aït-Hamadouche 2017; Lahouari Addi 2006; Werenfels 2005; Werenfels 2005a

5.1.4 Wahlen

Die Präsidentschaftswahlen finden in Algerien laut der Verfassung von 1996 alle 5 Jahre statt. Der Staatspräsident durfte bei Wiederwahl insgesamt 2 Wahlperioden hintereinander im Amt bleiben. Durch die Verfassungsergänzung von 2008, wurde die Mandatseinschränkung aufgehoben und auf eine unbestimmte Zahl erhöht (vgl. Art. 74 nach der Verfassungsänderung von 2008[69]). Durch die Verfassungsänderung von 2016 wurde die Einschränkung auf zwei Amtszeiten wieder eingeführt (Art. 88 der Verfassung von 2016), nachdem die Staatsführung infolge der Proteste von 2011 dieses Zugeständnis in Aussicht gestellt habe. Die Parlaments- und Kommunalwahlen werden ebenfalls alle 5 Jahre abgehalten. Die Senatoren für den Conseil de la Nation (Oberhaus) werden ihrerseits für 6 Jahre gewählt, wobei alle 3 Jahre die Hälfte der Mitglieder erneuert wird (Art. 102 der Verfassung von 1996). Im Untersuchungszeitraum von 1995 bis 2015 wurden insgesamt fünf Präsidentschafts- und vier Parlamentswahlen durchgeführt. Im Rahmen der Untersuchung werden lediglich die Ergebnisse der Parlamentswahlen berücksichtigt, weil dessen Mitglieder direkt vom Volk gewählt werden.

Der Abbruch der Wahlen 1992 und die darauffolgenden Ereignisse rissen in Algerien eine konstitutionelle Lücke auf. Um die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen und die rechtlichen Bedenken zu minimieren, traf Anfang 1994 zunächst die *Conférence Nationale du Consensus* (Nationale Konsenskonferenz), die aus gesellschaftlichen sowie politischen Persönlichkeiten bestand und einen nationalen Dialog unter der Schirmherrschaft des hohen Staatsrates koordinierte, zusammen. Am 30. Januar 1994 wählte dann die undemokratisch legitimierte Nationale Konsenskonferenz den amtierenden Verteidigungsminister *Liamine Zéroual* zum Übergangspräsidenten. Im Winter 1994/1995 trafen sich auf Einladung und Vermittlung der christlichen Gemeinschaft *Sant Egidio* bei Rom die Vertreter von sieben algerischen Parteien zusammen, um über eine politische Lösung für die bewaffnete Auseinandersetzung im Land zu diskutieren. Zu den wichtigsten teilnehmenden politischen Kräften, die sich *Plattform von Rom* nannte, gehörten Funktionäre des FLN[70], FFS, PT und des verbotenen FIS. Zum Schluss der Gespräche unterzeichneten die Versammelten „eine Agenda für nationale Versöhnung und Demokratisierung“ (Werenfels 2005a: 9), die als Friedensplan für das Land gedacht war und die blutige Spirale der Gewalt ein Ende setzen sollte. In ihrer Erklärung forderte die Plattform von Rom u.a. eine Legalisierung des FIS, die Abhaltung freier Wahlen, die Achtung der Demokratie und eine friedliche Lösung des bewaffneten Konflikts

[69] Conseil Constitutionnel, unter: http://www.conseil-constitutionnel.dz/index.php/fr/1996/constitution-revisee-en-2008.

[70] Der FLN war in dieser Zeit auch in der Regierung vertreten.

(vgl. Axtmann 2007: 108 Fußnote 77). Der algerische Staatsapparat lehnte die Forderungen der Plattform von Rom ab und bestand darauf, obgleich die Militärführung mit inhaftierten Anführern des FIS über eine Beendigung der Gewalt bereits verhandelte, den Bürgerkrieg militärisch zu beenden (vgl. Axtmann 2007: 108 Fußnote 77; Werenfels 2005a: 9).

5.1.4.1 Präsidentschaftswahlen

Auf dem Weg zu einer schrittweisen Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung wurden am 16 November 1995 die ersten pluralistischen Präsidentschaftswahlen in der algerischen Geschichte abgehalten. Dieser Urnengang fand unter dem verhängten Ausnahmezustand und der instabilen Sicherheitslage im Land statt. Aus den Wahlen ging der bisherige Übergangspräsident Liamine Zéroual mit 61 Prozent der Stimmen als Sieger hervor. „Unter den anderen Kandidaten erhielt der Generalsekretär des gemäßigt islamistischen MSI-Hamas[71], *Mahfoud Nahnah*, 25,6 Prozent, *Saad Saadi* (RCD) 9,6 Prozent (…) der Stimmen" (Axtmann 2007: 107). Mehrere wichtige Oppositionsparteien (u.a. der FFS und der verbotene FIS), riefen zum Boykott der Präsidentschaftswahlen auf und warfen nach Bekanntwerden der Ergebnisse der algerischen Regierung Wahlmanipulationen vor. Auch vom Ausland wurde der Wahlablauf kritisiert. „Auf bilateraler Ebene deutete Frankreich als Reaktion auf die vom Regime manipulierten 1995er Wahlen an, dass es die Anhebung zukünftiger Finanzhilfen mit der Bedingung echter politischer Reformen verknüpfen wolle" (Obermann 2007: 36). Diese vorsichtige Anspielung löste allerdings einen heftigen Protest der algerischen Führung aus, „dass die Idee einer Konditionierung von Finanzhilfe gleich fallen gelassen wurde" (Obermann 2007: 36 zitiert nach Youngs 2001a: 98).

Aufgrund von Meinungsverschiedenheiten mit der Armee verkündete am 11. September 1998 Liamine Zeroual, gut zwei Jahre vor Ende seiner Amtszeit, überraschend seinen zeitnahen Rücktritt von seinem Posten und die Ausrufung von vorgezogenen Wahlen[72]. „An den Präsidentschaftswahlen im Jahr 1999 durften nur von der Armee gebilligte Kandidaten teilnehmen" (Obermann 2007: 33). Bei den Wahlen am 15. April sollten 7 Bewerber um das Präsidentenamt konkurrieren. Ein Tag vor dem Urnengang gaben sechs Kandidaten in einer gemeinsamen Erklärung an, aus Protest wegen Wahlmanipulationen, die fehlende Neutralität des Militärs und Unregelmäßigkeiten ihre Kandidatur zurückzuziehen. Eine Einschätzung, die auch von unabhängigen Beobachtern geteilt wurde (vgl. Benchikh 2004: 11f; Werenfels 2005).

[71] MSI-Hamas: Mouvement de la Société Islamique „Hamas" wurde nach Inkrafttreten des Parteiengesetzes von 1997 in „Mouvement de la Société pour la Paix" umbenannt.
[72] Vgl. Benchikh 2004: 11; International Crisis Group 1999: 6f.

Die Reaktion der EU auf den Wahlbedingungen war von relativer Zurückhaltung geprägt (vgl. Obermann 2007: 38). Bei einer veröffentlichten Stellungnahme, in der sich die EU auf die Wahlen Bezug nahm, wurde erklärt, dass man „die Entscheidung von sechs der sieben Kandidaten, ihre Kandidatur zurückzuziehen, einschließlich der von ihnen dafür geltend gemachten Gründen zur Kenntnis genommen“ habe (Obermann 2007: 38). Bei einer Wahlbeteiligung von ca. 61 Prozent ging der einzig verbliebene Kandidat und von der Armee gestützte *Abdelaziz Bouteflika* mit 73,8 Prozent der Stimmen als Sieger hervor (vgl. Obermann 2007: 33; Benchikh 2004: 11).

Bouteflika beteiligte sich in den Reihen des FLN am algerischen Befreiungskrieg, war aber nach der Unabhängigkeit vorwiegend im administrativen Bereich tätig und gehörte seit seiner Jugendzeit zu den wichtigsten Bestandteilen des algerischen Machtzirkels[73]. Er war u.a. persönlicher Sekretär des ehemaligen Staatschefs Houari Boumédiène und war lange Jahre als Außenminister tätig. Nach seinem Amtsantritt gelang es Bouteflika das Land schrittweise zu stabilisieren und die militanten Islamisten im Land in einem nationalen Versöhnungsdialog einzubinden. Das sogenannte *Concorde Civile* sah sowohl Straffreiheit für islamistische Extremisten, die nicht in schwerwiegenden Verbrechen verwickelt waren, ihre Waffen niederlegten und sich dem Staat unterwarfen als auch für die Mitglieder der Sicherheitskräfte, denen systematische Menschrechtsverletzungen vorgeworfen wurden, vor. Die zunehmende Stabilisierung des Landes brachte Bouteflika viel Zustimmung in der Bevölkerung ein und war maaßgeblich für dessen Wiederwahl am 8. April 2004, als er mit 85 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt wurde. Die anderen fünf Kandidaten, vor allem Ali Benflis, erhoben Vorwürfe über Wahlmanipulationen, ohne jedoch Belege dafür zu legen[74]. Der Verfassungsrat seinerseits erklärte Bouteflika zum Wahlsieger.

Im Jahr 2005 wurde Bouteflika zum Ehrenpräsidenten des FLN gewählt. Im Jahr 2006 wurde auf Initiative von Bouteflika der zweite Pakt des Concorde Civile, die *Charta für Frieden und nationale Versöhnung*, zwecks weiterer Stabilisierung des Landes per Ordonanz verabschiedet (vgl. Mattes 2014: 2). Im Umkehrschluss wurde im Zuge der Verfassungsergänzung von 2008

[73] Organisiert im sogenannten „Clan d´Oujda“ (Clan von Oujda), genannt nach der ostmarokkanischen Stadt Oujda, die an der algerischen Westgrenze liegt und als Rückzugsgebiet für die Anführer der „Armée de Liberation Nationale“ während des algerischen Befreiungskrieges galt. In dieser Gruppe waren Politiker, Militärs sowie Geheimdienstler organsiert und hatten den Unabhängigkeitskampf gegen Frankreich koordiniert. Mehrere Persönlichkeiten aus diesem Umfeld, darunter zählt auch der bis Anfang 2019 amtierende Staatschef Bouteflika, bestimmen noch im Jahr 2019 die Geschicke des Landes (vgl. Ouissa 2014: 2f.).

[74] Vgl. Mellah, Salima: *„Die Wiederwahl Bouteflikas und was hinter den Kulissen geschah“*. Algeria-Watch (Hrsg.), Mai 2004, unter: https://algeria-watch.org/?p=2178, abgerufen am 30.10.18.

auf Wunsch von Bouteflika und vom algerischen Machapparat die Mandatsbeschränkung auf zwei Wahlperioden aufgehoben. Bouteflika kandidierte daraufhin im Jahr 2009 und gewann die Präsidentschaftswahlen bei einer Wahlbeteiligung von 74,5 Prozent mit 90,2 Prozent der Stimmen. Auf die übrigen anderen fünf Mitbewerber entfielen weniger als 10 Prozent der Stimmen. Während die Oppositionsparteien von massiven Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen sprachen, führten die Anhänger von Bouteflika dessen Wahlsieg auf dessen starken Rückhalt in der Bevölkerung zurück, weil er den Bürgerkrieg beendet hätte und die Fortsetzung des Versöhnungsprozesses anstrebe (vgl. Mattes 2014: 2; Hasemann 2009: 1f.).

Als im Frühjahr 2011 Volksaufständen und Massenproteste die Region Nordafrika und den Nahen Osten erfassten, protestierten auch in mehreren algerischen Städten größtenteils junge Menschen und forderten politische Reformen und Beschäftigung. Die algerische Regierung reagierte durch ein „hartes Durchgreifen der Sicherheitskräfte bei Protesten auf der Straße" sowie durch teilweise massive Lohnerhöhungen, Preissenkungen bei Grundnahrungsmitteln und die Aufhebung des seit 1992 geltenden Ausnahmezustandes (vgl. Kellner 2012: 1f; Mattes 2014: 3). Zudem wurde eine Reformierung der Verfassung und des Parteiengesetzes in Aussicht gestellt. Diese Vorhaben wurden von der EU und den USA positiv aufgenommen (vgl. Kellner 2012: 1). Die Versprechen der Regierung und die polizeilichen Maßnahmen zeigten letztendlich ihre Wirkung, als die Intensität der Proteste schnell abklang. Die traumatischen Erlebnisse des Bürgerkrieges waren zudem in den Gedächtnissen großer Teile der Bevölkerung eingraviert. „Trotz aller Frustration über Perspektivlosigkeit, Armut, Missmanagement und Repression wird die innere Sicherheit und Stabilität des Staates immer noch von einer großen Mehrheit als wichtigste Errungenschaft der letzten Jahre angesehen – eine Errungenschaft, die auf keinen Fall aufs Spiel gesetzt werden darf" (Kellner 2012: 1). Die durch den Massenprotesten in arabischen Staaten ausgelösten politischen Umbrüchen, die u.a. zum Sturz mehrerer Regime geführt hatten, nutzte Bouteflika sogar zur Stärkung seiner Position gegenüber inneren politischen Gegnern. „Der Staatspräsident nutzte die „Reformen" von 2012, um seine Rivalen um Macht und Einfluss, insbesondere den Nachrichtendienst DRS (Département de Renseignement et de Sécurité[75]), zu neutralisieren und die politischen Aktivitäten bestehender Parteien durch die Zulassung zahlreicher neuer Parteien zu schwächen" (Dris/ Aït-Hamadouche 2017: 150).

[75] Stand unter Kontrolle der Armeeführung. Im Jahr 2016 wurde dann der DRS aufgelöst und durch einen neuen Geheimdienst (Département de surveillance et de sécurité, DSS), der direkt unter Kontrolle des Präsidialamtes steht, ersetzt.

Ende April 2013 erlitt Bouteflika einen Schlaganfall und begab sich direkt zur Behandlung in einer französischen Spezialklinik. In der Folgezeit vermied der Staatspräsident öffentliche Veranstaltungen, bewegte sich nur noch mit einem Rollstuhl, konnte die Regierungsgeschäfte nur eingeschränkt ausführen und konnte keine öffentliche Ansprache an das Volk halten. Die Entwicklungen seines Gesundheitszustands wurden zum Staatsgeheimnis. Ohne die Abhaltung einer Wahlkampagne stellte sich Bouteflika im Jahr 2014 für eine vierte Amtszeit zur Wiederwahl auf. Bei den abgehaltenen Wahlen vom 17. April 2014 wurde überraschend Bouteflika mit ca. 81,5 Prozent der Stimmen und einer Wahlbeteiligung von knapp 51 Prozent zum Sieger erklärt. Aufgrund der auffälligen Ergebniswerten und der fehlenden Zulassung für internationale Wahlbeobachter während des Urnengangs klagten sowohl die anderen fünf Gegenkandidaten als auch die Opposition eine „massive Wahlfälschung" an (vgl. Ouaissa 2014: 1). In gleicher Richtung kommentierte die französische Tageszeitung le Monde den Wahlsieg von Bouteflika, den sie als „vom System vorprogrammierter Sieg" bezeichnete:

„Il ne marche pas, il ne parle pas, il n'apparaît presque jamais en public. D'une certaine façon, Abdelaziz Bouteflika est l'incarnation parfaite du système politique algérien: opaque, verrouillé, fermé, secret (…) Bouteflika, le président sortant, n'a pas fait campagne. Mais il a gagné l'élection du jeudi 17 avril (…) La victoire (…) était programmée par le « système »". Le Monde[76] vom 21. April 2014.

Bouteflika blieb trotz seiner schweren Erkrankung bis Anfang 2019 im Amt. Zu beobachten in dieser Phase war die Ablehnung des Staatschefs, wie die Opposition und Intellektuelle forderten, aufgrund seines Gesundheitszustandes einen Vizepräsidenten zu ernennen um einen geordneten politischen Übergang zu sichern. Es entstand außerdem eine Polemik über die Nachfolge von Bouteflika. Es wurde gemutmaßt, dass *Said Bouteflika*, Bruder des Präsidenten und sein ständiger Begleiter gegen den Willen des algerischen Machtapparats aber auf Wunsch des Staatschefs auf dessen Nachfolge vorbereitet werden würde. Ende 2018 erklärte der FLN, dass die Partei 2019 mit dem körperlich angeschlagenen und 81 Jahre alten Bouteflika in den Präsidentschaftswahlen antreten würde. Angesichts der internen Machtstrukturen innerhalb des algerischen Staatsapparats schien es, als ob man sich vermutlich noch nicht auf einen adäquaten Nachfolger für den amtierenden Präsidenten geeinigt hätte. Am 10. Februar 2019 verkündete der FLN offiziell die umstrittene Kandidatur von Bouteflika für eine fünfte Amtszeit. Dies löste Wochenlange Massenproteste in Algerien aus, die Bouteflika zunächst zum Verzicht auf die Kandidatur bewegten und schließlich am 02. April 2019 zum Rücktritt zwangen.

[76] Le Monde: *„L'Algérie, un système de pouvoir voué à l'échec"*. Artikel vom 21.04.2014, unter: https://www.lemonde.fr/afrique/article/2014/04/21/l-algerie-un-systeme-de-pouvoir-voue-a-l-echec_4404829_3212.html, abgerufen am 26. Oktober 2018.

5.1.4.2 Parlamentswahlen

Die Auflösung des Parlaments durch die Armeeführung im Jahr 1992 hinterließ eine legislative Lücke im politischen System. Zunächst wurde der *Conseil National de Transition* (der Nationale Übergangsrat) von der Nationalen Konsenskonferenz ins Leben gerufen, der beratend in legislativen Fragen (eine Art Parlament) fungierte (vgl. Axtmann 2007: 107). Der Nationale Übergangsrat bestand aus 192 Mitglieder[77] und sollte für die Dauer von drei Jahren als konsultatives Gremium die Rolle des Parlaments füllen sowie an der Seite der Regierung Gesetze verabschieden, bis ein neues Unterhaus gewählt wird. Die ersten zu Ende geführten pluralistischen Parlamentswahlen in der Geschichte Algeriens fanden am 05. Juni 1997 statt. Sie sollten die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung ebenen. Als Sieger der Wahlen ging die erst im Februar 1997 neugegründete und vom FLN-abgespaltene Partei Rassemblement National Démocratique (RND), die den amtierenden Staatspräsidenten Zeroual nah stand und diesen in seiner Regierungsarbeit unterstützen sollte. Auf das RND entfielen aus dem Stand ca. 34 Prozent der Stimmen und die Partei wurde mit 156 Mandaten (von insgesamt 380 Sitze) stärkste Kraft im Parlament[78]. An zweiter Position rangierte die gemäßigte islamistische Partei le Mouvement de la Société pour la Paix (MSP) mit 69 Sitzen vor dem drittplatzierten FLN (62 Sitze). Die zweite gemäßigte islamistische Partei Enahda kam mit 8,7 Prozent der Stimmen (34 Mandate) an vierter Stelle. „Die Zulassung zweier von gemäßigten Islamisten geführten Parteien zu den Wahlen und die Einbindung einer dieser Parteien[79] in die Regierung kann zudem als der Versuch gesehen werden, moderate Islamisten zu beteiligen“ (Werenfels 2005). Aufgrund von angeblichen Wahlmanipulationen protestierte die Opposition gegen die Wahlergebnisse. Ebenfalls wie bei den Präsidentschaftswahlen von 1995 waren unabhängige Beobachter der Einsicht, dass die Unterhauswahlen manipuliert worden wären (vgl. Werenfels 2005). Insbesondere der große Erfolg des RND, fast vier Monate nach dessen Gründung, verstärkte die Zweifel in die Rechtmäßigkeit der Wahlen. Insgesamt waren 11. Parteien im Parlament vertreten, wobei 4 davon weniger als 5 Sitzen innehatten.

Die Wahlen vom 30. Mai 2002 waren von der seit Frühjahr 2001 andauernden Revolte in der Berberregion *die Kabylei* überschattet worden, nachdem die berberische Bevölkerung für mehr

[77] Vgl. Assemblée Populaire Nationale, unter: http://www.apn.dz/fr/les-membres/ancienne-legislature/liste-des-membres-du-conseil-national-de-transition-1994-1997, abgerufen am 27.10.18.

[78] Amokrane, Imène: *„Rétrospective des élections législatives depuis 1997 (tableaux)“*. Artikel vom 20.01.2017. In: Liberté (Algérie), unter: https://www.liberte-algerie.com/actualite/retrospective-des-elections-legislatives-depuis-1997-tableaux-262667, abgerufen am 27.10.18.

[79] le Mouvement de la Société pour la Paix war mit 5 Ministern an der Regierung beteiligt.

kulturelle, politische und ökonomische Rechte auf die Straße gegangen war. Die Protestbewegung genoss Sympathien in weiten Teilen der Bevölkerung, weshalb die algerische Regierung daraufhin versuchte, mit Unterdrückung und Gewalt die Proteste einzudämmen (vgl. Werenfels 2005). Infolgedessen erklärten die zwei größten Parteien, die den Berbern nah stehen und besonders in der Region verwurzelt sind, der FFS und der RCD, die Parlamentswahlen zu boykottieren. In der Kabylei wurden die Wahlen nur teilweise abgehalten. Die Rathäuser in der Berberregion, die unter Kontrolle des FFS und des RCD standen, lehnten eine Wahlbeteiligung ab. Die Kabylei war während der Wahl medial von der Außenwelt abgeschnitten und die Sicherheitskräfte errichteten Straßensperren[80].

Bei den Parlamentswahlen 2002 konkurrierten landesweit 24 Parteien für insgesamt 389 Sitze. Die Wahlen wurden vom Wiedererstarken des FLN gekennzeichnet. Nach dem Wechsel im Präsidentenamt durch den Sieg von Bouteflika, gewann anschließend seine Partei der FLN mit fast 34,5 Prozent der Stimmen und 199 Mandaten die absolute Mehrheit. Die zweite administrationsnahe Partei und bisher regierende RND rutschte mit nur noch 47 Sitze auf den zweiten Rang knapp vor den gemäßigten islamistischen Parteien Mouvement pour la réforme nationale (43 Mandate) und das MSP (38 Sitze)[81]. Von den zehn im neuen Parlament vertretenen politischen Kräften errangen drei Parteien lediglich jeweils 1 Sitz. Das algerische Wahlgesetz sah zwar eine Sperrklausel von 5 Prozent Stimmenanteil vor, diese bezog sich allerdings auf Wahlkreise und nicht auf nationaler Ebene (vgl. Axtmann 2007: 193f). Dies änderte sich durch die Reformierung des Wahlgesetzes 2012 und 2016, als Sperrklauseln von 5 Prozent auf nationaler Ebene für Wahllisten bei Parlamentswahlen (Art. 86 des Wahlgesetzes) und 7 Prozent für Wahllisten bei Kommunalwahlen (Art. 66 des Wahlgesetzes) angeordnet und umgesetzt wurden[82]. Seitdem versuchen Parteien vor dem entsprechenden Urnengang parteiübergreifende Wahlbündnisse zu schließen, um die Sperrklauseln zu überwinden. Die EU-Delegation kam nach den Wahlen 2002 in ihrem Bericht zu der Einschätzung, dass die Parlamentswahlen, mit Ausnahme der Kabylei, in einer ruhigen Atmosphäre abgehalten worden wären, und dass die Ablaufbedingungen von Wahlen sich insgesamt verbessert hätten[83].

[80] Das Europaparlament schickte auf Einladung der algerischen Regierung eine fünfköpfige Delegation, die sich um den Wahltagtermin mit Regierungsvertreter sowie Anführer von Parteien traf. Außerdem sammelten die Gesandten des EU-Parlaments Informationen über den Ablauf der Wahlen. Vgl. hierzu Mitteilung des Europaparlaments Nummer 7 vom Jahr 2002, Seite 6, 9 und 10, unter: http://www.europarl.europa.eu/intcoop/election_observation/missions/20020530_algeria_fr.pdf, abgerufen am 28.10.18.

[81] Ebd. Seite 11.

[82] Vgl. Dris/Aït-Hamadouche 2017: 171; Algerisches Wahlgesetz von 2016, unter: https://www.joradp.dz/TRV/FElect.pdf, abgerufen am 28.10.18.

[83] Vgl. Mitteilung des Europaparlaments Nummer 7 vom Jahr 2002, Seite 9f.

Die EU-Beobachtergruppe kritisierte in ihrem Bericht allerdings die Zustände, unter denen die Wahlen in der Berberregion stattfanden und empfahl, die Wahlen für die Kabylei zu annullieren und möglichst zu wiederholen.

Die Dominanz der administrationsnahen Parteien FLN und RND setzte sich auch bei den Legislativwahlen von 2007, 2012[84] und 2017 fort. Bei allen drei Urnengängen ging der FLN mit großem Vorsprung vor dem RND als Sieger hervor, während die restlichen Parteien die Dominanz der regierungsnahen FLN und RND kaum gefährden konnten. Darüber hinaus haben der FLN und der RND im Untersuchungszeitraum auch die Kommunalwahlen beherrscht. Zwar gingen der FLN und das RND in Bezug auf die Regierungsbildung in den Jahren 1997, 2002 und 2007, zwecks einer formalen Einbindung der anderen politischen Kräften in die exekutive Arbeit, Koalitionen mit anderen Parteien ein, dies wird aber in der Literatur als herbeigeführte Kooptation der algerischen Staatsführung interpretiert, um das Bild einer pluralistischen politischen Ordnung zu suggerieren (vgl. Dris-Aït Hamadouche/Zoubir 2009: Abschnitte 19 bis 24; Werenfels 2005; Axtmann 2007: 138, 144). In dieser Hinsicht wird ebenso die aktive Rolle der Staats- und Armeeführung bei der Gründung von Parteien kritisiert, in dem sie bestimmte Persönlichkeiten mit der Schaffung kleinerer Parteien beauftragen (vgl. Axtmann 2007: 140). Jene Parteien decken dann unterschiedliche politische Ausrichtungen und sollen die Wählerschaft von bereits etablierten Oppositionsparteien anwerben, um die gesellschaftliche Verankerung Letzterer zu schwächen. Insgesamt werden die administrationsnahen Parteien FLN und RND aufgrund ihrer jahrzehntelangen Vormachstellung und wegen ihrer Nähe zum staatlichen Machtapparat als „Partis de L´Ètat“ (Staatsparteien) bezeichnet (vgl. Axtmann 2007: 140). Im gleichen Kontext fügen Louisa Dris-Aït Hamadouche und Yahia H. Zoubir hinzu, dass „le RND et le FLN ont un point commun majeur: ils sont tous les deux au service du pouvoir“ (Dris-Aït Hamadouche/ Zoubir 2009: Abschnitt 23).

Die Einführung des Verhältniswahlrechts seit 1997 hat die staatsnahen „Parteien RND und FLN leicht begünstigt, vor allem durch die Überrepräsentierung der ländlichen Gebiete und die geringe Durchschnittsgröße der Wahlkreise“ (Axtmann 2007: 193). Im Rahmen des Wahlgesetzes werden beispielweise bei der Wahlkreiseinteilung die Verhältnisse wie Bevölkerungsdichte oder die Fläche eines Wahlkreises nicht berücksichtigt. So können

[84] Bei den Wahlen vom 10. Mai 2012 wurden zum ersten Mal internationale Organisationen zur Beobachtung der Wahlen eingeladen. Dazu zählen die Vereinten Nationen, die EU, die Arabische Liga sowie die Islamische Organisation für Zusammenarbeit (vgl. EU-Bericht über die Wahlbeobachtermission vom Mai 2012, Seite 3, unter: http://www.europarl.europa.eu/intcoop/election_observation/missions/2009-2014/2012_05_10_algeria.pdf, abgerufen am 27.10.18.

regierungsnahe Parteien, die zumindest auf die Unterstützung der Administration in den ländlichen Gebieten zurückgreifen können und wo auch die Loyalität mehrheitlich über Stämme und Familie läuft, sich den Wählern näher präsentieren und um ihre Stimme werben. Im Vergleich dazu verfügen die anderen Parteien über deutlich weniger Ressourcen und können es logistisch gesehen nicht schaffen, eine flächendeckende Wahlkampagne abzuhalten.

Die unverhältnismäßige Einteilung der Wahlkreise führt außerdem zu einem verzerrten Stimmen/Mandatsverhältnis. Die Wahlkreiseinteilung bietet der Staatsführung mehr Spielraum für eine Einflussnahme bei der Übertragung von Stimmen in Mandate, indem „einzelnen Regionen im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl geringere bzw. größere Anzahl von Mandaten zugestanden wird als im Durchschnitt des gesamten Wahlgebiets“ (Axtmann 2007: 70). Während beispielsweise Parteien, die in den städtischen Gebieten ihr Wählerpotenzial haben (trifft meistens auf Oppositionsparteien zu), 70.000 Stimmen für ein Mandat bräuchten, können hingegen administrationsnahe Parteien, die in der Regel in ländlichen Gebieten besser vernetzt sind, mit 7.000 Stimmen einen Parlamentssitz erringen (vgl. Werenfels 2005; Axtmann 2007: 70f). Durch die Reformierung des Wahlgesetzes sollten stark mehrheitsbildende Wahlsysteme, wie es in den 1990er Jahre der Fall war, sowie den möglicherweise daraus resultierenden Kontrollverlust des staatlichen Machtapparats vermieden werden[85]. Somit könnte man in Bezug auf Algerien feststellen, dass die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Untersuchungszeitraum zwar regelmäßig abgehalten wurden, allerdings haben sie einen Politik- und Machtwechsel zwischen den politischen Kräften nicht ermöglichen können. Dies liegt u.a. an die zersplitterte Parteienlandschaft, der Zerrissenheit der Opposition und an der starken Position der Armee im politischen System, die die Umsetzung echter politischer Reformen blockieren könnte. Zudem wurde der Wahlausgang überraschenderweise bei allen durchgeführten Urnengängen bis 2017 aufgrund mutmaßlicher Wahlmanipulationen von der Opposition in Frage gestellt, was kein gutes Licht auf deren Ablauf wirft.

5.1.5 Menschenrechte und Pressefreiheit

Der Ausbruch des Bürgerkriegs stürzte Algerien nicht nur in einer politischen Krise, sondern stellte das Land auch vor den bis dahin größten Herausforderungen in den Bereichen Menschenrechte und Pressefreiheit. Die Gewaltspirale nahm seit 1992 eine ungeahnte sowie beängstigende Dimension an und forderte im Wochentakt dutzende bzw. hunderte tote

[85] Vgl. Axtmann 2007: 193; Dris/ Aït-Hamadouche 2017: 171.

Zivilisten, Anhänger der Sicherheitskräfte sowie Terroristen und ihre mutmaßlichen Sympathisanten. Auf die Annullierung der Wahlergebnisse folgten zunächst die Festnahme des Führungskaders vom FIS sowie Tausende derer Anhängern (vgl. Obermann 2007: 32; Werenfels 2005). Die Regierung ordnete anschließend die Auflösung der Provinz- und Kommunalräten, die bisher vom FIS angeführt wurden, FIS-Bürgermeister wurden abgesetzt, islamistisch dominierte Gewerkschaften und Vereine wurden ebenfalls aufgelöst und der FIS wurde verboten[86]. Einige Anhänger des FIS gingen daraufhin in den Untergrund und schlossen sich u.a. den terroristischen Untergrundorganisationen *Armee Islamique du Salut* (AIS, neugegründeter bewaffneter Arm des FIS) und *Groupement Islamique Armée* (GIA) an. Sicherheitskräfte sowie politische und gesellschaftliche Gegner der islamistischen Extremisten wurden zur Zielscheibe von terroristischen Anschlägen.

Spätestens mit der Ermordung des Übergangspräsidenten *Mohamed Boudiaf* im Juni 1992 eskalierte die Situation von einer politischen Krise zu bürgerkriegsähnlichen Konfrontationen. Begünstigt durch den seit Februar 1992 verhängten Ausnahmezustand und das im Oktober des gleichen Jahres verabschiedeten Anti-Terror-Gesetz werden in den Folgejahren sowohl von den Sicherheitskräften als auch von islamistischen Terroristen massive Menschrechtsverletzungen in Algerien begangen. Diese umfassten u.a. Vergewaltigung, Entführung, außergerichtliche Exekutionen und Folter. Das Anti-Terrorgesetz ermöglichte der algerischen Staatsführung Sondergerichte zu schaffen, die sich mit Straftaten beschäftigten, die als Terrorakten eingestuft wurden sowie „in Schnellverfahren das doppelte Strafmaß gegenüber dem sonst im Strafgesetz vorgesehenen verhängen können“[87]. Zudem wurde die Höchstdauer für Polizeigewahrsam angehoben und die Strafmündigkeit auf das Alter von 16 Jahren herabgesetzt. In der Folgezeit wurden schwere Vorwürfe über willkürliche Verhaftungen, Folter und unrechtmäßige Hinrichtungen gegen die Sicherheitsbehörden und gegen die vom Staat bewaffneten Bürgerwehren erhoben[88]. Diese Anschuldigungen konnten laut Amnesty International von der

[86] Vgl. Amnesty International: *„Algerien. Chronologie“*, Seite 6ff, unter: www.amnesty-algerien.de/Main/Informieren-Chronik?action=download&upname=algerien-chronik.pdf, abgerufen am 29.11.18.

[87] Ebd. Seite 7f. Das Anti-Terrorgesetz wurde im Februar 1995 zwar formal aufgehoben, seine gesetzlichen Vorschriften wurden allerdings im Strafgesetzbuch integriert.

[88] Ende 1993/Anfang 1994 wurden, auf Anordnung der algerischen Staatführung, Zivilisten in sogenannte „Selbstverteidigungseinheiten“ organisiert und mit Waffen versorgt, um gegen militante Islamisten zu kämpfen. Die Mitgliederzahl dieser Milizen variiert nach unterschiedlichen Angaben zwischen 100.000 (französische Zeitung Liberation vom 21.07.1998) und 500.000 (Werenfels 2005). Amnesty International und Human Rights Watch machen die Bürgerwehren für Dutzende Exekutionen von Zivilisten sowie Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkriegs verantwortlich (vgl. Human Rights Watch (HRW): *„Human Rights Developments. Defending Human Rights. The Role of the International Community“*. HRW 1999 (Hrsg.), unter, https://www.hrw.org/legacy/worldreport99/mideast/algeria.html; Amnesty International: *„Algérie:*

Staatsführung nicht widerlegt werden[89]. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen warfen den algerischen Sicherheitskräften darüber hinaus die Betreibung geheimer Gefangenenlager vor, in denen Terrorverdächtige unrechtmäßig gehalten, gefoltert und hingerichtet wurden[90]. Die EU und Frankreich erhöhten angesichts dieser Berichte den Druck auf die algerische Regierung zur Einhaltung von Menschenrechten und EU-Vertreter verstärkten seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ihre Besuche ins Land und führten Konsultationen mit der Staatsführung durch (vgl. Obermann 2007: 37f.).

Ende 1997 verkündete der bewaffnete Arm des FIS (AIS) nach langen Verhandlungen zwischen der Armee und der zuvor inhaftierten und nun aus der Haft unter Auflagen entlassene FIS-Führung einseitig einen Waffenstillstand und verurteilte durch Stellungsnahmen ihrer Sprecher die Angriffe auf Zivilisten[91]. Zudem rief die FIS-Führung die GIA und andere militanten Islamisten auf, sich den Waffenstillstand anzuschließen. Nach einer aufsehenerregenden Serie von Stadtmassakern[92] Ende 1997 und im Lauf des Jahres 1998, die mutmaßlich der Terror-Gruppe GIA angelastet wurden, verstärkte die EU sowie internationale Akteure erneut den Druck auf die algerische Staatsführung, um politische Reformen einzuleiten, Menschenrechte zu achten und nach einer politischen Lösung für den Konflikt zu suchen. Algerien gab daraufhin teilweise seine Bedenken gegenüber Demokratieklauseln der EU auf und das Land bat um EU-Unterstützung „für einen Menschrechtstraining der Polizeikräfte und zur Stärkung der Justiz" (vgl. Obermann 2007: 39f). In diesem Kontext stockte die EU den „Anteil der nach Algerien gehenden Mitteln aus dem MEDA-Demokratieförderprogramm" auf (Obermann 2007: 40). Von 1996 bis Anfang der 2000er Jahre unterstützte die EU mit 3,25 Mio. Euro 17 Projekte hauptsächlich in den Bereichen Frauen und Kinderrechte, Medienfreiheit und sozialen Rechte.

Communication au Comité des droits de l'homme". Amnesty International (Hrsg.). September 2007, Seite 1, unter: https://www.amnesty.org/download/Documents/68000/mde280172007fr.pdf, beide Links abgerufen am 30.11.18.

[89] Vgl. Amnesty International: „*Algerien. Chronologie*", Seite 8. Unter den angewendeten Foltermethoden nennt Amnesty International unter anderem Verbrennen, „Chiffon-Methode", Elektroschocks, sexueller Missbrauch, Schläge, Peitschen und Riemen sowie das Aufhängen des Opfers mit dem Kopf nach unten.

[90] Vgl. Amnesty International: „*Algérie: Communication au Comité des droits de l'homme*". Amnesty International (Hrsg.). September 2007, Seite 1; Amnesty International: „*Algerien. Chronologie*", S. 11; Human Rights Watch: „*Human Rights Developments. Defending Human Rights. The Role of the International Community*". HRW (Hrsg.) 1999; Garçon, José: „*Algérie: deux versions sur les droits de l'homme. Un document de la FIDH répond au rapport présenté à l'ONU par le gouvernement algérien*". Artikel von 21.07.1998. In: Libération (France): unter: https://www.liberation.fr/planete/1998/07/21/algerie-deux-versions-sur-les-droits-de-l-homme-un-document-de-la-fidh-repond-au-rapport-presente-a- 242072, abgerufen am 02.11.18.

[91] Vgl. HRW: „*Human Rights Developments. Defending Human Rights. The Role of the International Community*". HRW 1999 (Hrsg.).

[92] Im März 2006 gab der ehemalige Premierminister Ouyahia öffentlich zu, dass bei einem Massaker in der Nähe von Rélizane im Januar 1998 in einer Nacht etwa 1000 Dorfbewohner getötet wurden. Die offizielle Version damals sprach von 100 bis 150 Todesopfern (vgl. Amnesty International: „*Algerien. Chronologie*", Seite 57.

„Das Ausmaß dieser Arbeit war jedoch relativ gering. Die Kommission hielt (…) meist Abstand von Projekten in den Bereichen, in denen starke Vorbehalte der algerischen Regierung bestanden (Obermann 2007: 50 zitiert nach Youngs 2001a: 108).

Nach der Wahl von Bouteflika zum Staatspräsidenten im April 1999 und die Erklärung der Armee Islamique du Salut, die Kämpfe dauerhaft zu beenden und eine Zusammenarbeit mit der Armee zu pflegen, initiierte Bouteflika ein Gesetz für nationale Versöhnung. Das *Concorde Civil*, das im Jahr 2005 durch das *Charte pour la paix et la réconciliation nationale* ergänzt wurde, wurde bei einem Referendum laut offiziellen Angaben mit einer großen Mehrheit von fast 99 Prozent angenommen[93]. Dank dieser beiden Versöhungsinstrumente genossen sowohl Mitglieder terroristischer Gruppen, die nicht in Attentate oder Menschenrechtsverletzungen verwickelt waren, ihre Waffen innerhalb von gesetzten Fristen niederlegten und die Staatsmacht anerkannten als auch Mitglieder der Sicherheitsdienste und paramilitärischen Milizen eine Immunität vor Strafverfolgung bzw. Strafminderung für ihre Taten während des Bürgerkrieges. Andere Terrorgruppen, darunter die Führung der GIA, lehnten es ab, ihre Waffen niederzulegen und Friedensverhandlungen mit dem Staat aufzunehmen, obwohl Hunderte ihrer Mitglieder das staatliche Amnestieangebot annahmen. Außerdem wurden für Familien von Opfern und Vermissten Entschädigungszahlungen in Aussicht gestellt. „Voraussetzung für Zahlungen ist jedoch eine Bescheinigung über den Tod des Familienmitglieds. Zahlreichen Angehörigen von "Verschwundenen" wurden Bescheinigungen ausgehändigt, denen zufolge die Person nicht im Gewahrsam der Sicherheitskräfte "verschwunden" ist, sondern von Unbekannten getötet wurde“[94]. Zudem wurde durch die beiden Amnestiegesetze die Kritik am Vorgehen des algerischen Sicherheitsapparats während der *Schwarzen Dekade* unter Strafe gestellt[95].

Der Bürgerkrieg in Algerien, bei dem sich innerhalb des Staatsapparats die sogenannten *Éradicateur* (Vertreter einer harten Politik gegenüber militanten Islamisten) gegen die *Reconciliateurs* (Vertreter einer nationalen Dialogpolitik) durchgesetzt hatten und bei dem sich tausende militante Extremisten unnachgiebig sowie unversöhnlich gezeigt hatten, verursachte großes Leid innerhalb der algerischen Bevölkerung, die zum Schluss fast 200.000 Tote und

[93] Vgl. Amnesty International: *„Algerien. Chronologie“*, Seite 44, unter: http://www.amnesty-algerien.de/Main/Informieren-Chronik?action=download&upname=algerien-chronik.pdf, abgerufen am 01.11.18.

[94] Amnesty International: *„Länderbericht Algerien“*. Amnesty International 2017, unter: http://www.amnesty-algerien.de/Main/Informieren-Land, abgerufen am 25.10.18.

[95] Vgl. Art. 46 der Verordnung zur Charta für den Frieden. In: Amnesty International: *„Algérie: Communication au Comité des droits de l’homme“*. Amnesty International (Hrsg.). September 2007, Seite 14f; Amnesty International: *„Länderbericht Algerien“*. Amnesty International 2017.

mindestens 6.000 Vermisste zu beklagen hatte[96]. Hinzu kamen Tausende Opfer sexueller Gewalt (vorwiegend Frauen) sowie Zehntausende verletzte, gefolterte und traumatisierte Menschen. Die Amnestiegesetze führten zwar zu einer Stabilisierung der Lage in Algerien und zu einem Rückgang von Menschenrechtsverletzungen, die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Armee und Terrorgruppen, die sich in Bergregionen und in der Wüste zurückgezogen hatten, wurden auch nach Inkrafttreten der Versöhnungsinitiativen bis 2015 gemeldet.

Internationale Menschenrechtsorganisationen und Verbände von Opferfamilien haben die durch die Generalamnestie vorgesehene Straffreiheit für mutmaßliche Verantwortliche von Morden, Entführungen, Folter und Vergewaltigungen kritisiert, zumal das Schicksal Tausender Vermissten noch ungeklärt ist und die Richtlinien für Straffreiheit nicht konkret diskutiert und erläutert wurden. Die fehlende juristische Aufarbeitung der Ereignisse offenbarte die Schwachstellen der verabschiedeten Amnestiegesetze. Dies hinterließ bei den Hinterbliebenen eine schmerzhafte Ungewissheit über das Schicksal ihrer Familienmitglieder, erschütterte das Vertrauen der Opfer in den staatlichen Instanzen und erschwert noch bis 2019 das Erreichen einer echten nationalen Versöhnung, in der die Opfer und ihre Familien Gerechtigkeit erfahren und die Schuldigen aus allen beteiligten Seiten ihre gerechte Strafe bekommen. Somit konnte das Ziel der Amnestiegesetze, nämlich mit dem Kapitel Bürgerkrieg und das damit verbundene Leiden abzuschließen, nur teilweise erreicht werden.

Durch die intransparente Generalamnestie wurde außerdem verhindert, dass die Mitglieder terroristischer Gruppen und Sicherheitsbehörden, allen voran dem Militärgeheimdienst DRS, der für die Betreibung von geheimen Gefangenenlagern und die Anwendung von Folter verantwortlich gemacht wird, zur Rechenschaft gezogen werden[97]. Seit Mitte der 1990er Jahre wurden Anschuldigungen von algerischen und westlichen NGOs gegen die algerischen Sicherheitskräfte erhoben, dass Letztere hinter mehrere, den islamistischen Terroristen zur Last angelegte Gewalttaten, stecken würden, um „die Islamisten in Verruf zu bringen und die Politik der Repression zu legitimieren“ (Werenfels 2005; vgl. HRW 1999; vgl. Amnesty International)[98]. Handfeste Belege für diese Vorwürfe liegen zwar nicht vor, aber die Aussagen

[96] Es ist schwierig, eine genaue Zahl von Todesopfern zu nennen. Offizielle algerische Stellen haben im Jahr 2006 erklärt, dass es ungefähr 200.000 Menschen, die meisten davon Zivilisten, während des Bürgerkriegs ums Leben gekommen sein könnten. In Bezug auf Verschwundenen gelten 6000 Menschen als vermisst. HRW geht von 7000 und die Organisation der Opferfamilien sogar von 10.000 verschwundenen aus (vgl. Amnesty International: *„Algérie: Communication au Comité des droits de l'homme“*. Amnesty International (Hrsg.). September 2007, Seite 2; Amnesty International *„Länderbericht Algerien“*. Amnesty International 2017; Werenfels 2005).

[97] Vgl. Amnesty International: *„Länderbericht Algerien“*. Amnesty International 2017.

[98] Vgl. Human Rights Watch: *„Human Rights Developments. Defending Human Rights. The Role of the International Community“*. HRW 1999 (Hrsg.); Amnesty International, *„Algerien. Chronologie“*, Seite 23.

von Augenzeugen aus mehreren Regionen, die u.a. von Amnesty International und Human Rights Watch zitiert wurden, lassen vermuten, dass sich die algerischen Sicherheitskräfte bei einigen, durch mutmaßliche Terroristen verübten Massakern in unmittelbarer Nähe der Tatorte aufhielten und tatenlos geblieben wären ohne zu versuchen, die Zivilbevölkerung zu schützen oder die Angreifer zurückzudrängen[99]. Amnesty International bemängelte außerdem, dass Massengräber mit unbekannten Leichen teilweise nicht untersucht oder sogar zerstört wurden und präsentierte ein Beispiel aus dem Jahr 2004, als ein Massengrab in der nordwestlichen Provinz *Relizane* „willkürlich" zerstört wurde. „Das Grab war im November 2003 von einem örtlichen Menschenrechtsaktivisten entdeckt worden. Er sammelte Beweise dafür, dass sich in diesem Grab die sterblichen Überreste von Zivilisten befanden, die von örtlichen, vom Staat bewaffneten Milizen entführt und getötet worden waren"[100].

Die Charta für Frieden von 2006 stellte darüber hinaus mögliche unabhängige Untersuchungen der Ereignisse während des Schwarzen Jahrzehnts unter Strafe, weil sie als Verunglimpfung des algerischen Staates und seiner Sicherheitsorgane eingestuft werden[101]. Im Jahr 2003 wurde zwar eine nationale Kommission mit der Untersuchung von Vermisstenfällen beauftragt, aber ihr Abschlussbericht aus dem Jahr 2005, in dem die Kommission die „Verantwortung" und nicht die „Schuld" des Staates für die Fälle von Verschwundenen feststellten sollte, blieb unter Verschluss[102]. Seit 2003 versuchen einheimische Menschenrechtsorganisationen die Belange der Opfer von Anschlägen sowie Folter zu vertreten und die Rehabilitierung der betroffenen Familien voranzutreiben. Allerdings wurde trotz diesen Schritten bis zum Jahr 2019 eine abschließende Aufarbeitung der Ereignisse, eine glaubwürdige Wiedergutmachung für die Opfer und ihre Familien und die Aufklärung einer Vielzahl von Verbrechen in Algerien während der Schwarzen Dekade nicht erreicht, insbesondere weil der algerische Staat sowohl

[99] Vgl. Amnesty International, *„Algerien. Chronologie"*, Seite 21, 22, 23 und 25, unter: http://www.amnesty-algerien.de/Main/Informieren-Chronik?action=download&upname=algerien-chronik.pdf, abgerufen am 30.10.18; Human Rights Watch (HRW): *„Human Rights Developments. Defending Human Rights. The Role of the International Community"*. HRW 1999 (Hrsg.).

[100] Amnesty Internationa: *„Amnesty Report. Algerien 2011"*. Bericht vom 10.05.2011, unter: https://www.amnesty.de/jahresbericht/2011/algerien#section-6553, abgerufen am 09.12.2019.

[101] In Art. 46 der Verordnung 06-01 vom 27.02.2006 zur Charta für den Frieden heißt es: „Est puni d'un emprisonnement de trois (3) ans à cinq (5) ans et d'une amende de 250.000DA [dinars algériens] à 500.000 DA, quiconque qui, par ses déclarations, écrits ou tout autre acte, utilise ou instrumentalise les blessures de la tragédie nationale, pour porter atteinte aux institutions de la République algérienne démocratique et populaire, fragiliser l'État, nuire à l'honorabilité de ses agents qui l'ont dignement servie, ou ternir l'image de l'Algérie sur le plan international" (Vgl. Amnesty International: *„Algérie: Communication au Comité des droits de l'homme"* Amnesty International (Hrsg.). September 2007, Seite 15); Amnestie International: *„Länderbericht Algerien"*. Amnesty International 2017).

[102] Vgl. Amnesty International: *„Länderbericht Algerien"*. Amnesty International 2017.

eine nationale als auch internationale unabhängige Untersuchung der Vorfälle ablehnt (vgl. Werenfels 2005; Human Rights Watch 1999[103]).

In Bezug auf Reformen im Bereich Menschenrechte ist die Anerkennung der Berbersprache Tamazight als nationale Sprache, neben arabisch (offizielle Staatssprache), durch eine Verfassungsergänzung 2002 zu erwähnen (Art. 3 der ergänzten Verfassung von 1996). Durch die Verfassungsergänzung 2016 wurde der Status der Berbersprache Tamazight laut Art. 4 nun zur „offiziellen und nationalen Sprache" aufgewertet. Der Schritt galt 2002 als Zugeständnis für die Berber, die 30 Prozent der Gesamtbevölkerung (Stand von 2019: rund 41 Millionen Einwohner) ausmachen, infolge der Massenproteste in der Kabylei-Region vom Frühling 2001. Damals kamen nach dem gewaltsamen Tod eines Schülers in einer Polizeistation und anschließende Massendemonstrationen nach Angaben von Amnesty International 90 Zivilisten (darunter zwei Journalisten) durch Polizeigewalt und die Anwendung scharfer Munition ums Leben[104]. Die Protestbewegung forderte die Anerkennung der berberischen Kultur, Arbeit sowie demokratische Reformen und richtete sich außerdem gegen die staatliche „Willkür" und die in der Gesellschaft verbreitete „Hogra" (umgangssprachliches Wort in den Maghrebstaaten für Unterdrückung und die herabwürdigende Haltung gegenüber sozial schwachen Personen).

Die Rechte auf Ausübung freier journalistischer Arbeit und freie Meinungsäußerung werden formell durch die Verfassungstexte von 1996 und 2016 (vgl. Art. 36 und 41 vom Jahr 1996 sowie Art. 48 und 50 vom Jahr 2016) mit einer Einschränkung garantiert, nämlich dass diese Tätigkeiten mit dem Pressegesetz bzw. Strafgesetzbuch vereinbar sein müssten. Die erste Öffnung des medialen Sektors in Algerien erfolgte mit der Gewährung von politischem Pluralismus im Jahr 1989. Ein entsprechendes liberales Informationsgesetz wurde 1990 verabschiedet, in dem zwar das staatliche Monopol auf dem medialen Feld beendet und der Medienarbeit eine pluralistische Dimension verliehen wurde, aber die staatliche Kontrolle blieb durch den neugeschaffenen *Hohen Informationsrat*, der die journalistischen Tätigkeiten reguliert, erhalten (vgl. Dris 2012: Abschnitte 20, 21 und 22). Von 1989 bis 1991 sprang die Zahl der akkreditierten Zeitungen und Zeitschriften von 37 auf 137 (vgl. Werenfels 2005).

Mit dem Beginn der Bürgerkriegsdekade und den verhängten Ausnahmezustand wurden Journalisten und Presse auch in Mitleidenschaft gezogen. In seinem Antiterrorkampf schränkte

[103] Human Rights Watch: *„Human Rights Developments. Defending Human Rights. The Role of the International Community"*. HRW 1999 (Hrsg.).

[104] Vgl. Amnesty International: *„Algerien. Chronologie"*, Seite 49, unter: http://www.amnesty-algerien.de/Main/Informieren-Chronik?action=download&upname=algerien-chronik.pdf.

die algerische Staatsführung die Pressefreiheit ein, weil „dans sa guerre contre les islamistes radicaux, le gouvernement doit impérativement s'appuyer sur les médias, la presse écrite notamment. Sa campagne de communication politique vise à légitimer sa stratégie de lutte anti-terroriste et à discréditer celle de l'adversaire" (Dris 2012: Abschnitt 25). Im Jahr 1994 wurde eine Zensur von Sicherheitsrelevanten Informationen angeordnet, bei der Vertreter der Sicherheitsorgane Nachrichten, insbesondere in gedruckter Form, vor ihrer Veröffentlichung kontrollierten. Zwischen 1993 und 1997 wurden Zeitungsdruckereien und –verleger aufgefordert, die Kontrolle über journalistische Schriften zu verschärfen und einige Zeitungen konnten in der Folgezeit aufgrund von als kontrovers eingestuften veröffentlichten Artikeln in staatlichen Druckereien nicht mehr gedruckt werden (vgl. Dris 2012: Abschnitt 26f.). Eine weitere Maßnahme zur Beeinträchtigung der Arbeit von unabhängigen Zeitungen manifestierte sich in der Einflussnahme auf die Werbungsaufträge, die eine wichtige Einnahmequelle für Zeitungen und Zeitschriften darstellten. Die algerische Regierung beauftragte die Erteilung von Werbesaufträgen an einer staatlichen Agentur, wodurch man finanziellen Druck auf unliebsame Medienhäuser, die der Opposition zugeordnet werden, ausüben konnte. Im Februar 1995 verhängte die algerische Regierung eine Pressezensur. Staatliche Bedienstete aus dem Innenministerium überprüften alle Ausgaben von unabhängigen Zeitungen und sprachen Verbote aus, falls Letztere mehr als die offizielle Version über Gewalttaten veröffentlichten[105]. Anfang 1998 wurde dann diese Zensurbehörde abgeschafft.

Die kritische Berichterstattung von Medienschaffenden gegenüber islamistischen Extremisten und staatliche Organe während der Bürgerkriegsdekade ließ sie zwischen den Fronten geraten und brachte sie in einer gefährlichen Situation. Von Juni 1993 bis Juni 1997 kamen laut Reporter ohne Grenzen 69 Medienmitarbeiter (darunter 57 Journalisten) in Algerien durch Terroranschläge oder gezielte Morde ums Leben, wobei allein im Laufe einer Woche (im September 1995) 8 Journalisten erschossen wurden[106]. Eine unabhängige Untersuchung zur Klärung der Angriffe auf Journalisten wurde nicht durchgeführt. Die Mehrheit der Gewalttaten wurde der GIA zugeordnet, weil die Gruppe die Medienschaffenden der Zusammenarbeit mit der Saatsführung bezichtigte. Außerdem wurden während des Schwarzen Jahrzehnts Dutzende

[105] Vgl. Amnesty International: *„Algerien. Chronologie"*, Seite 14, unter: http://www.amnesty-algerien.de/Main/Informieren-Chronik?action=download&upname=algerien-chronik.pdf.

[106] Vgl. Amnesty International: *„Algerien. Chronologie"*, Seite 12; Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger: *„Reporter ohne Grenzen zur Pressefreiheit in Algerien"*. Artikel vom 12.06.97, unter: https://www.bdzv.de/nachrichten-und-service/branchennachrichten/artikel/detail/reporter_ohne_grenzen_zur_pressefreiheit_in_algerien/, abgerufen am 02.11.18.

Künstler und Intellektuelle ebenfalls zur Zielscheibe von Attentaten und gezielten Tötungen. Wegen ihrer Berichterstattung wurden mehrere Zeitungen in den 1990er Jahren verboten oder zensiert und Journalisten vor Gericht gestellt und zu Haftstrafen verurteilt[107]. Im August 1998 wurde der Journalist *Ali Bensaad* wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in Abwesenheit zum Tode verurteilt, obwohl er sich zum Zeitpunkt der gegen ihn erhobenen Vorwürfe in Hamburg aufhielt. Drei Monate später wurde das Urteil nach Kritik vom Obersten Gerichthof aufgehoben[108]. Im Mai 2001 wurde das Mediengesetz verschärft, in dem die Diffamierung des Staatspräsidenten oder die „Beleidigung" des Parlaments, der Armee und allen öffentlichen Institutionen unter Strafe gestellt wurde[109]. Eine Konkrete Definition von diffamierenden oder beleidigenden Inhalten wurde nicht genannt und blieb Auslegungssache von Gerichtsinstanzen. Im Oktober 2002 forderten die Abgeordneten des Europaparlaments Algerien auf, u.a. mehr für die Gewährung von Pressefreiheit zu tun. Im Gegenzug würde das EU-Parlament die Verhandlungen über den Abschluss des AA mit Algerien unterstützen.

Im Jahr 2012 wurde ein neues Pressegesetz verabschiedet, das durch vage Formulierungen auffiel und die Vorgaben für die mediale sowie journalistische Arbeit verschärfte (vgl. Kellner 2012: 2). Art. 2 des neuen Informationsgesetzes knüpfte die Arbeit von Medienschaffenden zunächst an 12 Bedingungen: u.a. den Respekt der nationalen Identität und Werte, den Vorgaben der nationalen Sicherheit und Verteidigung sowie die Nicht-Gefährdung der öffentlichen Ordnung, der ökonomischen Interessen des Landes sowie der Mission und Pflichten des öffentlichen Dienstes[110]. Art. 93 stellt darüber hinaus die direkte oder indirekte Verletzung der Privatsphäre von öffentlichen Persönlichkeiten unter Strafe[111]. Was jedoch unter Privatsphäre zu verstehen ist, bleibt wage und hängt von der Auslegung der Staatsanwälte und Gerichte ab. Weitere Artikel des Informationsgesetzes von 2012 sehen Geld- oder Haftstrafen für Journalisten bei möglichen Verstößen gegen das Strafgesetzbuch (z.B. Art. 122) oder bei Kritik an ausländischen Staatsoberhäuptern und in Algerien tätigen Diplomaten (Art. 123) vor.

Aufgrund des verschärften Informationsgesetzes mussten zwei private Fernsehsender in den Jahren 2014 und 2015 nach Kritik an der Regierung und nach erfolgter staatlicher Intervention

[107] Im Juli 1996 wurde beispielsweise der Journalist *Chawki Amari* von der Tageszeitung La Tribune wegen einer veröffentlichten Karikatur zu drei Jahre Freiheitsstrafe und fünf Jahre auf Bewährung verurteilt. La Tribune wurde für sechs Monate suspendiert.
[108] Vgl. Amnesty International: *„Algerien. Chronologie"*, Seite 32.
[109] Vgl. Amnesty International: *„Algerien. Chronologie"*, Seite 50.
[110] Vgl. Art. 2 des algerischen Informationsgesetzes von 2012. Informationsministerium, unter: http://www.ministerecommunication.gov.dz/fr/node/351, abgerufen am 03.11.18.
[111] Vgl. Art. 93 des algerischen Informationsgesetzes von 2012.

schließen[112]. Im Juli 2016 verurteilte ein Gericht den Journalisten *Mohamed Tamalt* wegen Facebook-Einträgen, in denen er dem Präsidenten Korruption vorwarf, zu zwei Jahren Haft. Nach Misshandlungen im Gefängnis trat er aus Protest in den Hungerstreik und starb anschließend im Dezember 2016 im Krankenhaus[113]. Während der Schwarzen Dekade zählte Algerien zu den gefährlichsten Orten für Journalisten Weltweit. Reporter ohne Grenzen beschreibt die Lage von Medienschaffenden im Land als „schwierig", bewertet den Grad der Pressefreiheit im Land während der Untersuchungsphase insgesamt negativ und stufte Algerien im Jahr 2019 auf den 141. Platz (von insgesamt 180 Staaten) ihrer Pressefreiheitsskala ein. Angesichts der verschärften Gesetzeslage und die Strafverfolgung von Medienschaffenden wird „die ohnehin schon weit verbreitete Selbstzensur algerischer Journalisten die algerische Medienberichterstattung künftig wohl noch stärker prägen" (Kellner 2012: 2). Freedom House klassifizierte Algerien von 1995 bis 2020 in der Kategorie „Not Free". Angesicht der Indikatoren, die im Untersuchungszeitraum das algerische politische System aufgewiesen hat, kann man die politische Ordnung im Land bis 2019 nicht als demokratisch bezeichnen. Eine Einschätzung die auch in der Literatur geteilt wird (vgl. Obermann 2007: 31, 53f; Axtmann 2007: 281; Werenfels 2005; Dris-Aït Hamadouche/Zoubir 2009). Nach dem Rücktritt von Bouteflika im April 2019 wurden dessen Bruder und mehrere Persönlichkeiten aus dem Umfeld des scheidenden Staatschefs wegen Korruptions- sowie Machtmissbrauchsvorwürfe verhaftet und vor Gericht gestellt. Bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 12. Dezember 2019 siegte mit *Abdelmadjid Tebboune* (58 Prozent der Stimmen) ein Vertreter des inneren Machtzirkels[114] in Algerien.

5.2 Die Demokratie in Tunesien

Die Republik Tunesien mit der Hauptstadt *Tunis*, einer Gesamtfläche von ca. 163.000 Km² und einer Bevölkerung von ungefähr 11,5 Millionen (Stand 2019) ist flächenmäßig das kleinste arabische Land Nordafrikas. Tunesien spielt allerdings aufgrund seiner geostrategischen Lage u.a. in (sicherheits-) politischer und wirtschaftlicher Hinsicht eine bedeutende Rolle für die

[112] „Al-Atlas-TV" berichtete z.B. über Antiregierungsproteste im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2014. „El Watan TV" stellte den Betrieb im Jahr 2015 ebenfalls wegen ähnlichen Vorwürfen ein (vgl. Amnesty International: *„Länderbericht Algerien"*. Amnesty International 2017.

[113] Ebd.

[114] Bekleidete seit Anfang der 1990er Jahre mehrere Ministerposten und war zwischen Mai und August 2017 Premierminister unter Bouteflika.

Region und die EU (liegt etwa 155 km Seeweg von der italienischen Insel Sizilien entfernt), zumal das Land sowohl als Zwischenstation als auch Ausgangspunkt für illegale Migration Richtung Europa fungiert. Zudem grenzt Tunesien geografisch gesehen an Algerien (vom Westen), wo ein jahrelanger Bürgerkrieg sowie Konfrontationen zwischen Sicherheitskräften und militante Islamisten tobte, und Libyen (vom Osten), wo der unberechenbare und autoritär regierende *Muammar Al Gaddafi* herrschte. Frankreich von seiner Seite unterstrich die besondere Stellung seiner ehemaligen Kolonie Tunesien relativ früh und setzte eine privilegierte Partnerschaft zum nordafrikanischen Land in den römischen Verträgen 1958 durch. Tunesien pflegte ebenfalls aufgrund der regionalen und politischen Nähe tiefe und gute politische sowie wirtschaftliche Beziehungen zur EU.

5.2.1 Die politische und sicherheitspolitische Lage in Tunesien vor 1995

Die politische Ordnung Tunesiens wurde nach der Unabhängigkeit am 20. März 1956 maßgeblich von *Lahbib Bourguiba* geprägt, der zwischen 1957 bis 1987 durchgehend als Staatspräsident regierte. Bourguiba führte über seine Partei *Parti du Neo-Destour* (PND; Neue Liberale Konstitutionelle Partei) den politischen Unabhängigkeitskampf gegen Frankreich und zählte zu den wichtigsten Figuren der tunesischen Widerstandsbewegung. Nach Erklärung der Unabhängigkeit wurde Burguiba zunächst vom König zum Ministerpräsidenten ernannt sowie an der Spitze der verfassungsgebenden Versammlung gewählt, um eine neue Verfassung zu erarbeiten. Bourguiba erklärte daraufhin, „eine Republik errichten zu wollen, wenn das Volk dies wünsche“ (Axtmann 2007: 110). Am 27. Juli 1957 wurde dann die Republik ausgerufen, Bourguiba von der konstituierenden Versammlung zum ersten Staatspräsidenten Tunesiens gewählt und die Monarchie abgeschafft. Das eingeführte semipräsidiale System ähnelte dem algerischen Muster in Bezug auf die starken Machtbefugnisse, mit denen der Staatspräsident ausgestattet war. Die Legislative war mit einem Einkammersystem vertreten, wobei die Kompetenzen der *Assemblée Nationale*[115] (Nationalversammlung) in der Gesetzgebung und in der Regierungskontrolle deutlich hinter den Kompetenzen des Staatspräsidenten zurücklagen.

Das PND dominierte das politische Feld und regierte, obwohl die tunesische Verfassung kein Einparteiensystem vorsah, als „Staats- und Einheitspartei, die alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens monopolisierte“ (Erdle 2005). Das Parti du Neo-Destour wurde zunächst 1964 in *Parti Socialiste Déstourien* (PSD; Sozialistisch-konstitutionelle Partei) und dann 1988 in *Rassemblement Constitutionnel Démocratique* (RCD, Konstitutionelle und Demokratische Vereinigung) umbenannt. Alle konkurrierenden politischen Kräfte wurden bis

[115] Die Assemblée Nationale wurde 1981 in *Chambre des Députés* (Unterhaus) umbenannt.

Anfang der 1980er Jahre verboten und im Assemblée Nationale saßen ausschließlich Vertreter des PND bzw. PSD (vgl. Axtmann 2007: 111f, 145). Somit etablierte sich ein Einparteiensystem durch die staatliche restriktive Politik. Verglichen mit dem Nachbarland Algerien gelang es Bourguiba und dem PND allerdings durch eine weniger fixierte ideologische Ausrichtung eine breitere Verankerung in der Gesellschaft zu erreichen. Insgesamt war die Politik von Bourguiba laizistisch, modernistisch und gleichszeitig autoritär geprägt sowie von einer Einbindung der Opposition durch Kooptierung gekennzeichnet (vgl. Axtmann 2007: 110f; Jacobs 2003: 161). Darüber hinaus wurden Frauenrechte und die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen während der Regierungszeit von Bourguiba im Vergleich zu anderen arabischen Staaten gesetzlich verankert.

Als 1973 die vierte und gemäß der Verfassung letzte Amtszeit von Bourguiba dem Ende zuneigte, ernannte das tunesische Parlament Bourguiba per Verfassungsgesetz im Jahr 1975 zum Staatspräsidenten auf Lebenszeit. Am 7. November 1987, dreißig Jahre nach seinem Amtsantritt, wurde Bourguiba aufgrund politischer, wirtschaftlicher und sozialer Krisen, die das Land erfassten, von seinem Premierminister *Zine El Abidine Ben Ali* (ehemaliger General im Staatssicherheitsdienst) wegen „gesundheitsbedingter Regierungsunfähigkeit“[116] seines Amtes enthoben (vgl. Erdle 2005; Axtmann 2007: 113). Ben Ali kündigte politische und ökonomische Reformen an, die das Vertrauen in das herrschende politische System wiederherstellen und den Pluralismus fördern sollten. Es folgte zunächst mit der Verabschiedung eines Parteiengesetzes im Mai 1988 eine „vorsichtige Pluralisierung des politischen Lebens“ (Axtmann 2007: 114), die der Arbeit politischer Parteien zum ersten Mal in der Geschichte Tunesiens eine rechtsverbindliche Grundlage gewährte. Auf dieser gesetzlichen Basis legalisierte die Staatsführung Ende 1988 einige kleine Oppositionsparteien. Die starke islamistische Oppositionspartei *Mouvement de la Tendance Islamique* (MTI) bekam zunächst für ihren Zulassungsantrag keine Zustimmung vom zuständigen Innenministerium.

Am 25. Juli 1988 wurde auf Initiative Ben Alis eine Verfassungsreform verabschiedet, die u.a. die umstrittene Präsidentschaft auf Lebenszeit abschaffte und diese auf insgesamt 3 Mandate begrenzte. Außerdem wurde als Anspielung auf die schlechte Gesundheitssituation von Bourguiba (war zum Zeitpunkt seiner Entmachtung 84 Jahre alt) vor seiner Absetzung eine Altershöchstgrenze von 70 Jahren für Präsidentschaftskandidaten festgelegt. Darüber hinaus

[116] Durch die Unterstützung eines Teils des tunesischen Sicherheitsapparats und (formal) gestützt auf Verfassungsartikel 57 führte Ben Ali einen politischen und unblutigen Putsch gegen den amtierenden Staatspräsidenten Bourguiba wegen Senilität.

wurde die langjährige Staatspartei PSD in *Rassemblement Constitutionnel Démocratique* umbenannt, um dadurch den Willen zum Neuanfang zu betonen. Ben Ali gelang es anschließend die Parteistrukturen des RCD neu auszurichten, in dem eine Verjüngung der Gremien und Führungskader innerhalb der Partei in Gang gesetzt und die Staatspartei für neue gesellschaftliche Eliten geöffnet wurde. Diese Schritte zur vorsichtigen Reformierung und Öffnung des politischen Systems werden in der Literatur als Maßnahmen interpretiert, um „die Legitimität und die Akzeptanz des Systems" sowie die Reputation der Staatsführung zu erhöhen, ohne jedoch die eigene „politische Macht in substanziellem Maße" zugunsten konkurrierender politischer Kräfte (z.B. die islamistische Opposition)" aufs Spiel zu setzen (vgl. Erdle 2005; Axtmann 2007: 112f.).

Nach dem guten Abschneiden der islamisch-konservativen Partei MTI, das sich in *Mouvement Ennahdha* (Bewegung der Renaissance) umbenannt hatte, bei den Kommunalwahlen vom April 1989, fühlte sich die tunesische Staatspartei RCD aufgrund des starken Aufstiegs islamistischer politischer Kräfte in der Region um ihre Führungsposition bedroht. Ennahdha errang insgesamt rund 20 Prozent der Stimmen, wobei die Partei in den Städten einen Anteil von über 25 Prozent verbuchen konnte (vgl. Erdle 2005). Als Reaktion wies das tunesische Innenministerium am 7. Juni 1989 den Legalisierungsantrag von Ennahdha endgültig ab (vgl. Axtmann 2007: 114). Ein tödlicher Überfall auf ein RCD-Büro sowie ein angeblich geplanter Anschlag gegen Ben Ali im Laufe des Jahres 1991 dienten der tunesischen Staatsführung als Vorwand, um gegen die Opposition vorzugehen und „die Bekämpfung des Islamismus" zum Ziel zu erklären (vgl. Faath 2005: 73). „Tausende wirklicher oder angeblicher Islamisten wurden festgenommen und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt" (Erdle 2005). Im Laufe des Jahres 1992 wurde die islamistische Opposition zerschlagen und der im britischen Exil lebenden Anführer der Ennahdha *Rached El Ghannouchi* in Abwesenheit zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Zudem geriet die Tunesische Menschenrechtsliga auch in Ungnade der Regierung, als die Staatsmacht ihre Führer und Mitglieder festnahm oder außer Land vertrieb, ihre Sitze schloss und insgesamt alle oppositionellen Schriften verbot (vgl. Erdle 2005). Linke und liberale politische Kräfte wurden neutralisiert, indem die Rolle von Parteien marginalisiert wurde und ihre Führungskader vom RCD angeworben wurden. Für die Alleinherrschaft des RCD und von Ben Ali stand somit nichts mehr im Weg. Im Jahr 1994 wurden die ersten formalen pluralistischen Parlamentswahlen abgehalten. Dabei wurden „19 von 144 Sitzen für die legalen „Oppositionsparteien" reserviert, während die restlichen Sitze weiterhin nach dem Mehrheitsprinzip verteilt wurden und somit dem RCD sicher waren" (Erdle 2005).

Die politischen Entwicklungen und die Menschenrechtslage in Tunesien vor 1995 standen wie im Fall Algerien unter keinem guten Stern. Einige Monate vor dem Beschluss des Barcelona-Prozesses, nämlich im Juli 1995, unterzeichnete die EU mit Tunesien ein umfassendes Kooperationsabkommen, das als Model für die künftige Zusammenarbeit mit den Ländern der Region gedacht war und die späteren AA mit den MDL im Rahmen der EMP ähnelte. Tunesien war das erste arabische Land aus dem südlichen Ufer des Mittelmeers, mit dem die EU ein derartiges AA abschloss. Im März 1998 trat nach einem mehrjährigen Ratifizierungsverfahren das AA zwischen Tunesien und der EU in Kraft. Darin wurden u.a. die Ziele Demokratie, Pluralismus und Achtung der Menschenrechte formuliert. Insbesondere in Art. 2 des AA wurde von beiden Seiten betont, dass „les relations entre les parties, de même que toutes les dispositions du présent accord, se fondent sur le respect des principes démocratiques et des droits de l'homme qui inspirent leurs politiques internes et internationales et qui constituent un élément essentiel de l'accord"[117].

5.2.2 Das politische System

Nach der Unabhängigkeit Tunesiens wurde eine Republik ausgerufen und ein semipräsidiales Regierungssystem mit einer starken Machtkonzentration in den Händen des Staatspräsidenten etabliert. Die tunesische Verfassung wurde seit 1959 auf Wunsch der ehemaligen Staatschefs Bourguiba und Ben Ali mehrmals modifiziert bzw. ergänzt. In Bezug auf die Gewaltenteilung wird die Exekutive hauptsächlich vom Staatspräsidenten verkörpert, wobei dem Premierminister lediglich die Rolle blieb, die Politik des Präsidenten umzusetzen (Art. 37, 50, 51, 58, 59 und 60 der tunesischen Verfassung[118]). Die Legislative wurde zunächst bis 2002 mit einem Einkammersystem (Chambre des Députés) vertreten, bis eine Verfassungsreform im Juni des gleichen Jahres die Einführung des Oberhauses (*Chambre des Conseillers*)[119] besiegelte. Die Judikative und die Gerichtbarkeit wird durch den Verfassungsrat (*Conseil Constitutionnel*), den Staatsrat (*Conseil d'Etat*) und den verschiedenen Gerichten dargestellt.

---

[117] Vgl. Assoziierungsabkommen zwischen Tunesien und der EU. Offizielles Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, veröffentlicht am 30.03.1998, unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/PDF/?uri=OJ:L:1998:097:FULL&from=DE, abgerufen am 04.11.18.

[118] Die tunesische Verfassung wurde am 01. Juni 1959 verabschidet und danach mehrere Mal ergänzt bzw. reformiert. Unter dem folgenden Link wird die Verfassung der Republik Tunesien inklusive der vorgenommenen Veränderungen bis zum Jahr 2008 aufgeführt. Tunesisches Justizministerium, unter: http://www.e-justice.tn/fileadmin/fichiers_site_francais/org_juridictionnelle/Constitution_de_la_republique_tunisiennefr.pdf, abgerufen am 04.11.18.

[119] Auf die Kompetenzen und die Zusammensetzung der neugeschaffenen zweiten Parlamentskammer „Chambre des Conseillers" wird an anderer Stelle von diesem Kapitel nochmals eingegangen.

Der Staatspräsident wurde nach der Verfassungsreform von 1988 für eine Amtszeit von fünf Jahre in einem „universellen, freien, direkten und geheimen“ Urnengang und nach dem Prinzip der absoluten Mehrheit gewählt (Art. 39 der Verfassungsversionen von 1988 und 2008). Als Reaktion auf die Erkrankung von Bourguiba wurde für Präsidentschaftsbewerber eine Altersgrenze (70 Jahre) und eine Mandatsbeschränkung (maximal drei Wahlperioden) festgelgt (vgl. Faath 2005: 74; Erdle 2005). Als die dritte Amtszeit von Ben Ali aber sich dem Ende zuneigte (Wahlen waren für 2004 geplant), startete die Regierung in den staatlich kontrollierten Medien im Jahr 2001 eine intensive Kampagne mit dem Ziel, für eine Verfassungsreform zu werben, durch die die Mandatsbeschränkung für den Staatspräsidenten abgeschafft wird. „Der RCD, Organisationen der offiziell zugelassenen „Zivilgesellschaft“ und die verschiedensten Berufsverbände riefen etwa in Zeitungsannoncen Präsident Ben Ali dazu auf, im nationalen Interesse durch Verfassungsänderung seine Kandidatur für weitere Amtszeiten zu ermöglichen“ (Axtmann 2007: 116). Ohne dass die Reform eine politische oder öffentliche Debatte unterzog, wurde am 26. Mai 2002 ein Volksreferendum abgehalten. Dabei wurde die Verfassungsreform laut offiziellen Angaben mit 99,5 Prozent der Stimmen angenommen (vgl. Axtmann 2007: 117). Durch die Reform wurde nicht nur die Mandatsbeschränkung aufgehoben, sondern die im Jahr 1988 eingeführte Alternsgrenze von 70 Jahren wurde auch auf 75 Jahre angehoben, damit Ben Ali, der im Jahr 2009 das Alter von 70 Jahre erreichen würde, theoretisch für eine fünfte Amtszeit kandidieren könnte (vgl. Faath 2005: 74).

Die Machtfülle des tunesischen Staatspräsidenten in den 1990er und 2000er Jahre umfasste nicht nur Bereiche in der Exekutive, sondern erstreckte sich auch auf Kompetenzen der Legislative und Judikative. Der Staatschef definierte laut Verfassungstext (Version von 2008) die allgemeine Politik des Staates (Art. 49), ernannte den Premierminister und auf Vorschlag von Letzterem auch die weiteren Kabinettsmitglieder, präsidierte den Ministerrat (Art. 50) und entließ auf eigene Initiative jedes Regierungsmitglied (Art. 51). Zu den zentralen Kompetenzen des tunesischen Staatpräsidenten im politischen System gehörte die Vergabe von Staatsposten in der Armee, Verwaltung, Justiz und legislativen Organen. Der tunesische Staatspräsident war zudem Garant für den Respekt der Verfassung und für die regelmäßige Funktion der konstitutionellen Ordnung (vgl. Art. 41). Außerdem war er laut Verfassung Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Art. 44) und ernannte die hohen zivilen sowie militärischen Mitarbeiter u.a. auf Vorschlag der Regierung (Art. 55). Auf Empfehlung des Hohen Justizrats nominierte er ebenfalls die Richter per Dekret (Art. 66).

Die durch den Präsidenten zusammengestellte Regierung bedurfte für die Aufnahme der Amtsgeschäfte keine Bestätigung oder Legimitierung durch la Chambre des Députés (Parlament) und brauchte sich nicht auf eine parlamentarische Mehrheit zu stützen (vgl. Axtmann 2007:132f, 162). Der Premierminister koordinierte gemäß der Verfassung die Regierungsarbeit in Vereinbarung mit der vom Staatspräsidenten skizzierten politischen Agenda und er sowie die weiteren Minister tragen gegenüber dem Staatsoberhaupt die Verantwortung für ihre politischen Handlungen (vgl. Art. 58, 59 und 60 der Verfassungsversion von 2008; Axtmann 2007: 176). Das Amt des Premierministers wurde im Zuge der Verfassungsreformen in Tunesien bis 2010 nicht aufgewertet. Schrittweise wurden sogar die Befugnisse des Premiers insbesondere in Bezug auf die Verwaltung und die öffentliche Gewalt eingeschränkt (vgl. Axtmann 2007: 162). Darüber hinaus übernahm laut Art. 57 der Verfassung im Todesfall, Rücktritt oder absolute Behinderung des Staatschefs nicht der Premierminister übergangsweise die Amtsgeschäfte, sondern in erster Linie der Präsident von la Chambre des Députés oder an zweiter Stelle der Präsident der im Jahr 2002 neugeschaffenen *Chambre des Conseillers* (Oberhaus).

Die Legislative wird nach der Verfassungsergänzung vom Juni 2002 vom Chambre des Députés (Erste Parlamentskammer), dessen Mitglieder direkt vom Volk für 5. Jahre gewählt wurden und vom neugeschaffenen Chambre des Conseillers, dessen Mitglieder indirekt durch die Vertreter der kommunalen Räte und Berufsverbände gewählt[120] wurden, wobei ein Teil (gesellschaftliche Akteure) direkt vom Staatspräsidenten ernannt wurde (vgl. Verfassungsartikel 19). Im Juli 2005 wurde das erste Chambre des Conseillers (Ratskammer) gewählt. Von den insgesamt 126 Mitgliedern wurden 41 von Präsident Ben Ali direkt ernannt[121]. Die Mitglieder der Ratskammer wurden für 6. Jahre gewählt und zur Halbzeit der Legislaturperiode wurde die Hälfte der Mitglieder erneuert. Die Gesetzesinitiative teilte sich das Unterhaus mit dem Staatspräsidenten, wobei die vom Staatsoberhaupt eingebrachten Gesetze Vorrang bei der Verabschiedung genossen[122]. Die von Parlamentsabgeordneten eingebrachten Gesetzesänderungen, die eine Verringerung der öffentlichen Mittel zur Folge gehabt oder zu neuen Ausgaben geführt hätten,

[120] Laut Art. 19 setzt sich das Oberhaus zu je ein Drittel von Vertretern der Kommunalräte und Berufsverbände. Der Rest der Conseillers wird direkt vom Staatsoberhaupt ernannt.

[121] Vgl. Union Interparlementaire (Internationale Organisation der Parlamente): *„Tunisie: Majlis al-Mustasharin (Chambre des conseillers)*". Union Interparlementaire 2011, unter: http://archive.ipu.org/parline-f/reports/1322.htm, abgerufen am 05.11.18.

[122] Laut Art. 28 der tunesischen Verfassung (Version von 2008) heißt es unter anderem: „L'initiative des lois appartient concurremment au Président de la République et aux membres de la Chambre des députés (…) Les projets présentés par le Président de la République ont la priorité".

waren laut Art. 28 unzulässig[123]. Der Staatspräsident konnte Art. 52 zufolge eine zweite Lesung für die vom Chambre des Députés verabschiedeten Gesetzen verlangen. Eine erneute Verabschiedung der betroffenen Gesetze bedurfte dann eine Zweidrittel-Mehrheit der Stimmen von Abgeordneten (Verfassunsartikel. 52).

In gesetzgeberischer Hinsicht konnte das Staatsoberhaupt zwischen den parlamentarischen Sitzungsperioden laut Art. 31 der Verfassungsversion von 2008 Gesetze per Dekret (*décrets-lois*) umsetzen. Diese Gesetze müssen nach Ablauf der parlamentarischen Pause dem Unterhaus und gegebenenfalls auch der Ratskammer zwecks einer „formalen"[124] Verabschiedung vorgelegt werden (vgl. Art. 31 der Verfassung von 2008; Axtmann 2007: 177). Ferner wurde dem Staatspräsidenten das Recht eingeräumt, persönlich gesetzgeberisch tätig zu werden und dabei das Legislativorgan Chambre des Députés komplett zu umgehen. Laut Art. 47 konnte der Staatschef Gesetzinitiative zu Fragen, die er als von nationaler Bedeutung betrachtet oder die hohen Interessen des Landes betreffen, solange sie den Verfassungstext nicht widersprechen, direkt zum Volksreferendum vorlegen[125]. Bei einer positiven Entscheidung wurden die Gesetze dann, ohne Lesung in der Abgeordnetenkammer, im Amtsblatt veröffentlicht und traten sofort in Kraft. Darüber hinaus wurde die starke Machtposition des Präsidenten laut Art. 28 des Verfassungstextes vom 2008 zusätzlich zementiert, indem ihm das Recht eingeräumt wurde, den Staatshaushalt oder Finanzgesetze per Dekret in Kraft zu setzen, falls nur das Unterhaus die Gesetzesentwürfe zustimmte oder wenn beide Parlamentskammer bis zum 31. Dezember die entsprechenden Gesetze nicht verabschiedet hatten.

Die Artikeln 62 und 63 der Verfassungsversion von 2008 sahen trotz der starken Machtbefugnisse der Exekutive ein Misstrauensvotum gegen die Regierung (nicht gegen den Staatspräsidenten) vor, falls die Abgeordneten des Unterhauses der Ansicht wären, dass die Regierung die vom Staatschef skizierten Politik nicht umsetzt. In diesem Fall musste laut Art 62 ein Drittel der Parlamentarier das sogenannte „motion de censure" unterschreiben, dem Präsidenten vorlegen und das Parlament sich mit absoluter Mehrheit den Vertrauensentzug für die Regierung aussprechen. Der Staatschef würde daraufhin den Rücktritt des Premierministers annehmen. Im Falle eines zweiten Misstrauensvotums in der gleichen Legislaturperiode gegen die Regierung, das von Zweidrittel der Parlamentarier unterschrieben wurde, boten sich dem

[123] Vgl. Art. 28 der tunesischen Verfassung (Version von 2008).

[124] Die hegemoniale Stellung des Staatspräsidenten und der Staatspartei RCD ermöglichten eine reibungslose Verabschiedung der Gesetze in beiden Parlamentskammern.

[125] In Art. 47 der Verfassungsversion von 2008 heißt es: „Le Président de la République peut soumettre directement au référendum les projets de la loi ayant une importance nationale ou les questions touchant à l'intérêt supérieur du pays sans que ces projets et questions soient contraires à la Constitution".

Staatspräsidenten Art. 63 zufolge allerdings dann zwei Möglichkeiten, und zwar entweder den Rücktritt der Regierung zu akzeptieren oder das Unterhaus aufzulösen und zu Parlamentsneuwahlen aufzurufen[126].

Das Chambre des Conseillers (Zweite Kammer) „verfügt bei weitem nicht über Kompetenzen der „parlamentarischen Kontrolle" und unterliegt der Abgeordnetenkammer (vgl. Axtmann 2007: 167). Zwar bedurfte im Gesetzgebungsverfahren nach der Verabschiedung von Gesetzestexten im Unterhaus auch die Zustimmung der Rätekammer, bevor die Gesetze dem Präsidenten zur endgültigen Inkraftsetzung präsentiert werden (Art. 28 der Verfassung von 2008), aber das Votum im Parlament gab letztendlich den Ausschlag[127]. Außerdem verfügte laut Art. 28 neben den Staatspräsidenten nur das Unterhaus über das Gesetzinitiativerecht. Zudem fehlte der Rätekammer im politischen System die demokratische Legitimität aufgrund der fehlenden direkten Wahl durch das Volk und die Ernennung eines Drittels der Mitglieder durch das Staatsoberhaupt. Die Einführung des Bikamerlismus in Tunesien muss u.a. im regionalen politischen Kontext verstanden werden, wo in Algerien und Marokko bereits im Jahr 1996 auch eine zweite Parlamentskammer geschaffen wurde. Wenn das Oberhaus in Algerien theoretisch gesehen ein zusätzliches Vetorecht für den Staatspräsidenten bei der Gesetzgebung in Zeiten fehlender Mehrheiten im Parlament gewährt hätte, stellte sich diese Frage in Tunesien nicht, da „die überwältigende Mehrheit der Regierungspartei RCD in der Deputiertenkammer nie gefährdet war" (Axtmann 2007: 168). Von daher kann man in Bezug auf die Einführung vom Chambre des Conseillers nur darüber mutmaßen, welche Aufgabe für das Oberhaus in einem stark zentralisierten politischen System vorgesehen war. Es wird vermutet, dass die tunesische Staatsführung ihre Einflusssphäre auf weitere Teile der Gesellschaft (z.B. Berufsverbände) ausdehnen wollte und in Anlehnung an das europäische Modell, Regionen und Departements am politischen Entscheidungsprozess zu beteiligen, eine Dezentralisierung zu suggerieren (vgl. Axtmann 2007: 167f.).

Die Judikative in Tunesien wurde in der Verfassungsversion von 2008 durch die Richter verkörpert, die beispielsweise im Verfassungsrat (*Conseil Constitutionnel*), Staatsrat (*Le*

[126] Der tunesische Präsident konnte im Falle einer Notstandsituation laut Art. 46 der Verfassungsversion von 2008 das Parlament nicht auflösen.

[127] Laut Art. 33 der Verfassungsversion von 2008 muss das Oberhaus die vom Staatspräsidenten vorgelegten sowie die vom Unterhaus verabschiedeten Gesetzentwürfe innerhalb einer Frist von 15 Tage verabschieden. Andernfalls würde das Votum der Abgeordnetenkammer ausreichen. Wenn das Chambre des Conseillers die jeweilige Gesetzinitiative modifizieren möchte, dann muss laut demselben Artikel auf Vorschlag der Regierung ein gemischter Vermittlungsausschuss aus beiden Kammern innerhalb einer Woche über die möglichen Veränderungen debattieren. Falls dabei kein Konsens erzielt werden konnte, dann wird die Gesetzversion vom Chambre des Députés adoptiert.

Conseil d'Etat[128]) oder in den unterschiedlichen Gerichtsinstanzen für die Einhaltung von Gesetzen und ihre rechtmäßige Ausführung sorgen sollten. Bei genauer Betrachtung der verfassungsmäßigen Form der Judikative fällt auf, dass die Richter wie in Algerien laut Art. 66 von der Spitze der Exekutive, nämlich vom Staatspräsidenten, auf Vorschlag des Obersten Justizrats (*Conseil Supérieur de la Magistrature*) per Dekret ernannt wurden. Aufgrund der Demokratiedefizite im Land war das problematisch. Umstritten ist ebenfalls, dass der Staatschef den Conseil Supérieur de la Magistrature, der die Richter vorschlägt und u.a. für Disziplinarverfahren zuständig ist, präsidierte (vgl. Gaddes 2014b). Diese Richtlinien hätten der Exekutive die Gelegenheit geboten, durch die Ernennung von regierungsnahen Richtern Einfluss auf juristische Entscheidungen zu nehmen und Zweifel an die Unparteilichkeit der Richter gegenüber Staatsorganen aufkommen lassen[129]. Art. 64 der Verfassung von 2008 offenbarte diese fehlende Trennlinie zwischen den unterschiedlichen Staatsgewalten, da zwar die Gerichtsurteile im Namen des Volkes gefällt wurden, aber ihre Vollstreckung wurde im Namen des Präsidenten durchgeführt. Richter unterlegen zudem Sanktionen des Justizressorts in Form von Verwarnungen, Versetzungen oder Suspendierungen. Art. 51 des Gesetzes Nr. 67-29 beispielsweise gestattete dem Staatssekretär für Justiz Richter und Staatsanwälte zu verwarnen[130]. Art. 54 Absatz 1 des gleichen Gesetzes fügte hinzu, dass „le secrétaire d'Etat à la Justice (…) peut, s'il y a urgence, interdire au magistrat faisant l'objet d'une enquête l'exercice de ses fonctions jusqu'à la décision définitive sur l'action disciplinaire"[131].

Der Verfassungsrat (*Conseil Constitutionnel*), der als Staatsorgan die Konformität der Gesetze und Handlungen staatlicher Akteure mit der Verfassung überprüfen soll, durfte seine Kontrollfunktion erst nach Anrufung durch den Staatspräsidenten wahrnehmen[132]. Hinzu kommt, dass 4 von 9 Mitgliedern des Conseil Constitutionnel, darunter der Präsident des Gremiums direkt vom Staatspräsidenten ernannt wurden (Art. 75 Absatz 5 der Verfassung von 2008). Zwei weitere Mitglieder wurden vom Präsidenten der Abgeordnetenkammer bestimmt. Die restlichen drei Plätze werden jeweils von den Ersten Präsidenten des Kassationsgerichts,

[128] Le Conseil d'Etat bestand laut Art. 69 der Verfassungsversion von 2008 aus dem Verwaltungsgericht und dem Rechnungshof.

[129] Vgl. Amnesty International: „*Tunesien. Jabeur Mejri ist frei – Urteil muss jetzt aufgehoben werden*". Artikel vom 06.03.14, unter: https://www.amnesty.de/2014/3/6/tunesien-urteil-gegen-jabeur-mejri-muss-aufgehoben-werden, abgerufen am 23.09.18.

[130] In Art 51 vom Gesetz 67-29 heißt es unter anderem: „dehors de toute sanction disciplinaire, le secrétaire d'Etat à la Justice a le pouvoir de donner un avertissement aux magistrats" (Fédération internationale des ligues des droits de l'Homme: „*Instrumentalisation de la justice en Tunisie. Ingérence, Violations, Impunité*". Bericht von Januar 2011, Seite 9, unter: https://www.fidh.org/IMG/pdf/tunisie553f-2.pdf, abgerufen am 05.11.18).

[131] Ebd.

[132] Vgl. Art. 73 und 75 Absatz 1 der Verfassungsversion von 2008; Axtmann 2007: 116, Fußnote 87.

des Rechnungshofes sowie des Verwaltungsgerichts komplettiert. Die Präsidenten der eben erwähnten Gerichtsorganen wurden allesamt vom Staatspräsidenten designiert (vgl. Axtmann 2007: 116, Fußnote 87). Die angenommene Verfassungsergänzung vom Juni 2002 gewährte dem Staatspräsidenten auf einer einzigartigen Art juristische Immunität nicht nur während seiner Regierungszeit, sondern auch nach Ende seiner Amtszeit, und zwar im Hinblick auf Handlungen, die er im Zusammenhang mit der Ausübung seiner Regierungsfunktion durchgeführt hatte. Im neu eingeführten Absatz 2 des Art. 41 hieß es: „Le Président de la République bénéficie d'une immunité juridictionnelle durant l'exercice de ses fonctions. Il bénéficie aussi de cette immunité juridictionnelle après la fin de l'exercice de ses fonctions en ce qui concerne les actes qu'il a accomplis à l'occasion de l'exercice de ses fonctions".

Angesichts der bisher aufgeführten Strukturen des politischen Systems kann man in Bezug auf Tunesien eine Gewaltenteilung nach klassischem Muster bis Anfang des Jahres 2011 nicht erkennen. Die herausragende Machtposition der Exekutive über die Legislative und Judikative sowie die hegemoniale Stellung der Staatspartei RCD verwischten die Trennlinien zwischen den Staatsgewalten und ließen insgesamt auf ein politisches System mit autoritärem Charakter schließen (vgl. Erdle 2005; Axtmann 2007: 133, 175, 176f; Schiller 2011: 8, 12). Die vom tunesischen Machtapparat seit der Machtergreifung von Ben Ali 1987 praktizierte Politik, nämlich „die Liberalisierung der Wirtschaft ohne Demokratisierung der Politik" (vgl. Erdle 2005), verbunden mit einer restriktiven Haltung gegenüber potenzieller Oppositionellen, diente vielmehr der Errichtung einer „demokratischen Fassade" nach außen und schien noch bis 2010 zu funktionieren. Die tunesische Führung ignorierte seit der Jahrtausendwende den steigenden Unmut unter der gut gebildeten städtischen Mittelschicht, die aufgrund der polizeilichen Willkür und den mangelnden politischen Reformwillen der Regireung zunehmend, auch wenn nicht öffentlich, an die Staatsführung zu zweifeln begann. Zudem verpasste Ben Ali, die sozio-ökonomische Kluft im Land zu verringern. Der Präsident vertraute zum Schutz und Erhalt seiner Macht mehr auf den von ihm errichteten Polizeistaat und auf der Wirtschaftselite im Land, die durch die Bereitstellung von Finanzmitteln und Expertise die Aufrechterhatung des Systems sicherstellen sollte (vgl. Erdle 2005; Schiller 2011: 10f; Faath 2005: 80f, 86).

Am 17. Dezember 2010 löste die Selbstverbrennung vom Obst- und Gemüsehändler *Mohamed Bouazizi*[133] in der zentraltunesischen Stadt *Sidi Bouzid* Massenproteste im ganzen Land aus, die

[133] Mohamed Bouazizi (Jahrgang 1984) brach aufgrund der Armut seiner Familie seine gymnasiale schulische Bildung, um seine Mutter sowie 6 jüngere Geschwister finanziell zu unterstützen, damit sie ihre schulische Bildung beenden können und bessere Perspektiven bekommen. Nach mehreren Gelegenheitsjobs wird er Straßenverkäufer für Obst- und Gemüse in der tuneischen Stadt *Sidi Bouzid*. Am 17. Dezember 2010 wird seine

binnen Tagen sich flächendeckend verbreiteten und sich gegen Unterdrückung, Polizeigewalt, Machtmissbrauch durch Staatsbeamte sowie die schlechten sozio-ökonomischen Bedingungen, unter denen große Teile der tunesischen Bevölkerung litten, richtete. Nachdem Bouazizi am 04. Januar 2011 seinen schweren Verletzungen erlag, erhöhten die Demonstranten ihre Forderungen und riefen offen nach Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und dem Sturz des Regimes. Die Selbstverbrennung und der anschließende Tod von Bouazizi waren der Tropfen, der das Fass in Tunesien zum Überlaufen brachte. Die Protestbewegung bekam im Laufe ihrer Demonstrationen eine aktive Unterstützung durch die Gewerkschaft UGTT (*Union Générale Tunisienne du Travail*) und die Anwaltskammer, die ihre Mitglieder für die Belange der Protestbewegung mobilisierten (vgl. Schiller 2011: 14).

Obwohl die Proteste weitgehend einen friedlichen Charakter aufwiesen, reagierten die Polizeikräfte mit Massenverhaftungen und die Anwendung von scharfer Munition. Nachdem die EU zu Beginn der Proteste zurückhaltend reagiert hatte, zeigte sie sich mit zunehmendem Anstieg der Opferzahlen kritischer. Am 12. Januar 2011 verurteilte die EU-Außenbeauftragte *Catherine Ashton* die Unverhältnismäßigkeit der tunesischen Polizei und forderte die Freilassung aller im Zusammenhang mit den Protesten verhafteten Demonstranten, Journalisten und Blogger auf[134]. Frankreich, das die engsten Beziehungen zu Tunesien unterhält, tat sich seinerseits schwerer mit Kritik am Vorgehen der tunesischen Staatsführung[135]. Die damals amtierende französische Außenministerin *Michèle Alliot-Marie* bot bei einer Sitzung im französischen Parlament am 13. Januar 2011 an, die französische Expertise („le savoir-faire français“) an die tunesische Regierung zur „Gewährleistung von Sicherheit“ weiterzugeben[136]. Diese Haltung brachte Alliot-Marie viel Kritik sowohl von der tunesischen Protestbewegung als auch von der französischen Opposition ein und löste eine kontroverse Debatte in Frankreich aus. Nachdem bekannt wurde, dass die Außenministerin im Dezember 2010 einen Urlaub in Tunesien verbracht hatte, der von einem Ben Ali-nahen Geschäftsmann gesponsert wurde,

Ware und Waage von Polizisten beschlagnahmt. Als er Beschwerde beim Rathaus dagegen legen wollte, wurde er von einer Polizistin mutmaßlich geohrfeigt und verhöhnt. Infolge dieser Demütigung übergoss sich Bouazizi auf dem zentralen Platz der Stadt mit Benzin und zündete sich selbst an. Bouazizi erlitt dabei schwere Verbrennungen und wurde nach einigen Tagen aufgrund der landesweiten Proteste auf Anordnung von Ben Ali in eine spezielle Klinik behandelt. Am 04. Januar 2011 erlag Bouazizi allerdings seinen schweren Verletzungen.

[134] Vgl. Le Point (France): *„L'Union européenne dénonce l'usage "disproportionné" de la force en Tunisie“*. Artikel vom 12.01.2011, unter: https://www.lepoint.fr/monde/l-union-europeenne-denonce-l-usage-disproportionne-de-la-force-en-tunisie-12-01-2011-129179_24.php, abgerufen am 06.11.18.

[135] Vgl. Le Monde: *„Tunisie: les propos "effrayants" d'Alliot-Marie suscitent la polémique“*. Artikel vom 13.01.2018, unter: https://www.lemonde.fr/afrique/article/2011/01/13/tunisie-les-propos-effrayants-d-alliot-marie-suscitent-la-polemique_1465278_3212.html, abgerufen am 06.11.18.

[136] Vgl. Stahl 2017: 56; Le Monde: *„Tunisie: les propos "effrayants" d'Alliot-Marie suscitent la polémique“*, Artikel vom 13.01.2018.

geriet sie unter Druck und die Regierung von Präsident Sarkozy ging auf Distanz zu ihr. Aufgrund der politischen und öffentlichen Kritik erklärte Michèle Alliot-Marie Ende Februar 2011 dann ihren Rücktritt.

Am 14. Januar 2011 beugte sich Ben Ali den Druck des tunesischen Volks und floh mit seiner Familie in Richtung Saudi-Arabien. Damit gelang es der tunesischen Protestbewegung ein einmaliger Erfolg im arabischen Raum, nämlich einen amtierenden Staatspräsidenten zu stürzen. Die Bilanz der Proteste auf Seite der Demonstranten war allerdings blutig. Laut der tunesischen Untersuchungskommission wurden während der vier Wochen andauernden Protesten 338 Menschen durch das brutale Vorgehen der Polizei getötet (mehrheitlich durch Schussverletzungen) und weitere 2174 verletzt[137]. In der Literatur und in den Medien wird die erfolgreiche Revolte in Tunesien auch als *Jasmin Revolution* genannt. Die Protestwelle, die im Anschluss dazu mehrere arabische Länder insgesamt seit Ende 2010 erfasst hatte, wird in wissenschaftlichen und Medienbeiträgen als *Arabischer Frühling* bezeichnet.

Ein Tag nach der Flucht von Ben Ali übernahm, wie es der Verfassungsartikel 57 vorsah, der Parlamentspräsident *Fouad Mebazaa* interimsmäßig die Amtsgeschäfte. Am 23. Oktober wurde bei einer direkten, demokratischen und freien Wahl eine verfassungsgebende Versammlung (*Assemblée Nationale Constituante*) mit 217 Mitglieder gewählt. Die Verfassung von 1959 sowie ihre bisherige Version von 2008 wurden ausgesetzt. Stattdessen wurde am 10. Dezember 2011 von der verfassungsgebenden Versammlung für die Zeit der Transitionsphase eine provisorische „kleine Verfassung“[138] zur Regulierung der politischen Sachverhalte im Land verabschiedet. Nach schwierigen Verhandlungen in den formierten Ausschüssen, insbesondere betreffend die politische und religiöse Ausrichtung des Staates, konnte drei Jahre nach dem Sieg der Jasmin-Revolution ein Konsens zwischen allen politischen Lagern gefunden werden, sodass am 26. Januar 2014 die Assemblée Nationale Constituante mit großer Mehrheit (200 der 217 Mitglieder stimmten für den Verfassungstext) die neue Verfassung verabschiedete.

[137] Laut Angaben der UN wurden bei den Protesten 300 Menschen getötet und 700 verletzt. Vgl. Radio France Internationale: *„Tunisie: l'heure est au bilan humain de la révolution“*. Bericht vom 06.05.12, unter: http://www.rfi.fr/afrique/20120506-tunisie-morts-revolution-indemnisation-taoufik-bouderbala-bilan, abgerufen am 06.11.18.

[138] Bekannt unter dem Gesetz „Loi d´Organisation provisoire des Pouvoirs Publics“. Diese verkürzte Verfassung führte in der Transitionsphase ein parlmentarisches Regierungssystem ein, bei dem die Assemblée Nationale Constituante die zentrale Rolle in der Politikgestaltung des Landes spielte (vgl. Mustapha Ben Jaafar: *„Le processus transitionnel en Tunisie 2011-2014: L'Assemblée Nationale Constituante et la sauvegarde de l'esprit de la Révolution (3eme partie)“*. In: Huffington Post. Bericht vom 12.10.16, unter: https://www.huffpostmaghreb.com/mustapha-ben-jaafar/lassemblee-nationale-constituante-et-la-sauvegarde-de-lesprit-de-la-revolution-_b_12438852.html, abgerufen am 07.11.18.

Die Verfassung von 2014 berief sich auf die Anliegen der Revolution von 2011 und führte eine politische Ordnung ein, die die bisherige alleinige Dominanz des Staatspräsidenten im politischen System ein Ende setzte. Bereits in Art. 2 des neuen Verfassungstextes wird der zivile Charakter des Staates unterstrichen und gleichzeitig betont, dass dieser Artikel künftig nicht Gegenstand einer Modifizierung oder Veränderung werden könne: „La Tunisie est un État civil, fondé sur la citoyenneté, la volonté du peuple et la primauté du droit. Le présent article ne peut faire l'objet de révision"[139]. Im Gegensatz zur Verfassung von 2008 kommt der Legislative in der neuen Verfassung eine zentrale Position zu, nachdem ihre Machtbefugnisse gestärkt wurden. Die Aufgaben der Exekutive werden anteilig vom Staatspräsidenten und vom Regierungschef ausgeübt. Insgesamt stellt das neue politische System in Tunesien nach der Verfassung von 2014 „weder ein rein präsidentielles noch ein vollständiges parlamentarisches System dar" (Gaddes 2014b), vielmehr kann man die neuerrichtete politische Ordnung als „semi-parlamentarisches System" bezeichnen.

Die Exekutive wird laut Art. 71 vom Staatspräsidenten sowie vom Regierungschef je nach politischem Bereich verkörpert[140], wobei Letzterem (wird vom Parlament legitimiert) in der exekutiven Arbeit im Vergleich zum Staatspräsidenten eine bedeutende Rolle zukommt (vgl. Gaddes 2014a: 43, Gaddes 2014b). Beide Pole der Exekutive sind allerdings aufeinander angewiesen und zur Zusammenarbeit verpflichtet, um die exekutive Arbeit auszuüben. Der Staatspräsident wird laut Art. 75 Absatz 1 bei direkten, freien und geheimen Wahlen für 5 Jahre gewählt, wobei Absatz 5 eine Wiederwahl nach zwei Amtsperioden kategorisch ausschließt. Eine Konstitutionelle Änderung zur Erhöhung der Amtsdauer oder Anzahl von Mandaten des Staatschefs wird laut Art. 75 Absatz 6 untersagt. Dies dürfte als Reaktion auf die von den beiden ehemaligen Staatspräsidenten Bourguiba und Ben Ali beliebigen Verfassungsänderungen interpretiert werden, die ihnen eine uneingeschränkte Amtsdauer ermöglicht hatten.

Der Präsident kann laut Art. 76. Abs. 2 seine Amtsfunktionen nicht mit einer anderen parteipolitischen Verantwortung kombinieren. Der Staatspräsident ist außerdem höchster politischer Vertreter des Landes und seine exekutiven Kompetenzen liegen laut Verfassung lediglich darin, nach Konsultationen mit dem Premierminister die Allgemeine Politik in den Bereichen Verteidigung, Außenbeziehungen und nationale Sicherheit (der Staatspräsident ist gemäß Art. 77 Absatz 2 Satz 3 oberster Befehlshaber der Armee) zu bestimmen (Art. 77 Absatz

[139] Art. 2 der Verfassung von 2014. Tunesische Regierung, Verfassung der Republik Tunesien von 2014, unter: http://www.legislation.tn/sites/default/files/news/constitution-b-a-t.pdf, abgerufen am 07.11.2018.

[140] In Verfassungsartikel 71 heißt es: „Le pouvoir exécutif est exercé par le Président de la République et un gouvernement présidé par un chef du gouvernement".

1 der Verfassung von 2014). Zusätzlich ernennt der Staatschef laut Art. 78 Satz 1 den *Mufti* (oberster Religionsbeauftragter) und die hohen Beamten im präsidentiellen Regierungsapparat (Art. 78 Satz 2). Die Nominierung von Hohen Funktionäre in Militär, Sicherheitsdienste und Diplomaten erfolgen hingegen erst nach Rücksprache mit dem Regierungschef (Art. 78 Satz 3). Ferner designiert der Staatschef auf Vorschlag des Ministerpräsidenten und Bestätigung durch das Unterhaus (mit absoluter Mehrheit) den Chef der Zentralbank (Art. 78 Satz 4). Im Falle einer vorübergehenden Beeinträchtigung des Staatschefs zur Ausübung seiner verfassungsmäßigen Aufgaben übernimmt im Gegensatz zur Verfassungsversion von 2008 der Regierungschef (statt der Präsidenten der ersten bzw. zweiten Parlamentskammer) interimsmäßig (nicht länger als 60 Tage) die Amtsgeschäfte des Staatspräsidenten (vgl. Art.83, 84 Absatz 1 der Verfassung von 2014). Im Falle des Rücktrittes, einer vorübergehenden Hinderung über 60 Tage oder des Todes vom Staatschef übernimmt gemäß Artikeln 84 Absatz 2, 85 und 86 der Parlamentspräsident interimsmäßig die Funktion des Staatsoberhauptes.

Der Präsident beauftragt laut Verfassung den Spitzenkandidaten der Wahlsiegerpartei oder den Chef der Koalition mit den meist erhaltenen Mandaten mit der Regierungsbildung (Art. 89 Absatz 2). Der Regierungschef ernennt nach dem neuen Verfassungstext nun eigenmächtig die Minister und bestimmt laut Art. 91 die allgemeinen politischen Richtlinien des Staates[141]. Die Regierung ist alleine dem Unterhaus gegenüber verantwortlich (Art. 95). Der Staatspräsident kann während seiner Amtsperiode Art. 99 Absatz 1 zufolge dem Unterhaus maximal 2-Mal um die Vertrauensfrage für die Regierung bitten. Falls das Parlament diesen präsidialen Wunsch nachkommt, dann tritt die Regierung zurück und eine neue Persönlichkeit wird mit der Regierungsbildung beauftragt. Wenn allerdings das Parlament der Regierung in beiden Malen sein Vertrauen ausspricht, dann muss laut Art. 99 Absatz 3 der Staatspräsident zurücktreten[142]. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Position des Staatschefs in Bezug auf die Auflösung der Regierung verglichen mit der alten Verfassung (Staatspräsident konnte die Regierung beliebig umbilden) nicht nur schwacher geworden ist, sondern birgt auch Gefahren für ihn selbst, von seinem Amt zurücktreten zu müssen (vgl. Art. 99 Absatz 3; Gaddes 2014b).

[141] Laut Art. 89 Absatz 1 ernennt der Regierungschef selbstständig alle Mitglieder seines Kabinetts außer die Außen- und Verteidigungsminister, die unter den Zuständigkeitsbereichen des Staatspräsidenten (Art. 77 Absatz 1) liegen und nur nach Absprache mit letzterem designiert werden können. Darüber hinaus bestimmt der Regierungschef zwar die allgemeine Staatspolitik, kann aber in den Bereichen Verteidigungs- und Außenpolitik nur in Absprache mit dem Staatschef handeln.

[142] Art. 99 Absatz 3 heißt es: „Si les deux fois, l'Assemblée renouvelle sa confiance au Gouvernement, le Président de la République est réputé démissionnaire."

Der Regierungschef präsidiert den Ministerrat (außer bei Sitzungen zu Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik, die vom Staatspräsidenten geleitet werden) und kann jeden Minister seines Kabinetts im Rahmen seines politischen Zuständigkeitsbereichs entlassen (Art. 92 Absatz 1 Satz 1 und 2). Er besitzt außerdem die komplette Kontrolle über die Verwaltung und den öffentlichen Sektor, ernennt Persönlichkeiten in den Hohen zivilen Ämtern des Staates und garantiert die Umsetzung der geltenden Gesetze (vgl. Art. 92). Bei möglichen Konflikten bezüglich der Kompetenzen zwischen dem Regierungs- und Staatschef wird das neugeschaffene Verfassungsgericht, das innerhalb einer Woche auf den Antrag der beschwerenden Seite entscheidet, angerufen (vgl. Art. 101).

In Bezug auf die Legislative fällt auf, dass die im Jahr 2002 neueingeführte zweite Kammer Chambre des Conseillers abgeschafft wurde. Die legislative Gewalt wird hauptsächlich von der *Assemblée des Représentants du Peuple* (Versammlung der Volksvertreter) ausgeübt. Diese genießt laut Art. 52 Absatz 1 unter dem Schirm des Staatshaushalts eine administrative und finanzielle Autonomie von den anderen Staatsorganen. Die Abgeordneten werden bei einem direkten, freien und geheimen Urnengang für eine Periode von 5 Jahre gewählt (Art. 55 und 56). Die Gesetzinitiative teilen sich der Verfassung zufolge die Assemblée des Représentants du Peuple, der Staatspräsident sowie der Regierungschef (vgl. Art. 50 und 62 Absatz 1). In Bezug auf Gesetzvorschläge haben welche, die vom Regierungs- oder Staatschef vorgelegt werden, Priorität und stehen im Parlament vorrangig zur Debatte (Art. 62 Absatz 3). Zudem reichen in Bezug auf Gesetzvorschläge mindestens zehn Parlamentarier aus, um vom Gesetzinitiativrecht Gebrauch zu machen und ein Gesetzvorschlag im Plenum vorzubringen (Art. 62 Absatz 1 der Verfassung von 2014).

Im Hinblick auf die Kompetenzen und die Machtbefugnisse im neuen politischen System genießt die Assemblée des Représentants du Peuple eine Schlüsselrolle gegenüber der Exekutive (vgl. Gaddes 2014a: 42; Gaddes 2014b). Denn die Aufnahme der Regierungsarbeit bedarf das Vertrauen des Parlaments sowohl für die Kabinettsmitglieder als auch für das Programm der Regierung (Art. 89 Absatz 3 und 5). Das Parlament kann außerdem sowohl der Regierung als auch einem Kabinettsmitglied das Vertrauen aussprechen (Art. 97). Zudem kann jeder Abgeordneter schriftliche oder mündliche Fragen stellen (Art. 96). Als Novum gilt außerdem, dass dem Unterhaus laut Verfassungsartikel 88 eingeräumt wird, das Mandat des Präsidenten wegen einer „schweren Verletzung der Verfassung“ zu beenden. Dazu bedarf es einen von Zweidritteln der Abgeordneten unterschriebenen Antrag ans Verfassungsgericht, das

ebenfalls mit der Entscheidung von einer Zweidrittelmehrheit ihrer Mitglieder ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Staatspräsidenten einleiten kann.

Die Stellung der Opposition und ihre Aufgaben im neuen politischen System werden betont. In diesem Kontext wurde u.a. ein Verfassungsartikel der Arbeit der parlamentarischen Opposition gewidmet. Darin wird sie als fester Bestandteil des Unterhauses bezeichnet und ihr wird eine adäquate Repräsentanz in allen parlamentarischen Gremien zugesichert. In dieser Hinsicht fällt insbesondere auf, dass der Opposition die Präsidentschaft des wichtigen Finanzausschusses und das Amt des Berichterstatters vom ebenso wichtigen Auswärtigen Ausschuss per Gesetz reserviert werden. Der entsprechende Art. 60 der Verfassung von 2014 besagt:

„L'opposition est une composante principale de l'Assemblée des représentants du peuple. Elle jouit des droits lui permettant de mener à bien ses fonctions dans le cadre de l'action parlementaire et lui garantissant la représentativité adéquate et effective dans tous les organes de l'Assemblée ainsi que dans ses activités internes et externes. La présidence de la commission des finances et le poste de rapporteur de la commission des relations extérieures lui reviennent de droit. Il lui revient également, une fois par an, de constituer et présider une commission d'enquête. Il lui incombe de participer activement et de façon constructive au travail parlementaire".

Das Parlament kann gemäß der Verfassung von 2014 nur in zwei Fällen aufgelöst werden. Zum einen, wenn das Unterhaus nach Benennung des Regierungschefs sowie nach Konsultationen zwischen Parteien und Staatspräsident innerhalb von vier Monaten der Regierung das Vertrauen nicht ausspricht (Art. 89 Absatz 3 und 4). Die zweite Möglichkeit sieht zum anderen Art. 99 Absatz 2 vor. Dabei ist es dem Staatschef gestattet, das Parlament aufzulösen, wenn das Legislativorgan innrhalb der gesetzlichen Fristen der Regierung das Vertrauen nicht ausspricht. In beiden oben genannten Fällen muss der Präsident dann Neuwahlen ausrufen, die innerhalb von 90 Tage abgehalten werden müssen. Durch die Einschränkung der Macht vom Staatschef zur Auflösung des Parlamentes sollte die mögliche Einflussnahme durch die Exekutive auf das Legislativorgan im Vergleich zu der Zeit vor 2011 reduziert werden.

Die Kompetenzen der Judikative im politischen System wurden im Verfassungstext von 2014 gestärkt. Die Art. 102 und 103 unterstreichen die Unabhängigkeit sowie das Neutralitätsprinzip der Justiz und der Richter. Jegliche Einmischung in die Arbeit der Justiz wird laut Art. 109 untersagt. Die Errichtung von Sondergerichten oder die Einführung rechtsabweichender Verfahren, die die Grundsätze eines fairen Gerichtsprozesses beeinflussen können, sind laut Art. 110. Absatz 1 verboten. Die Rolle der Anwälte bei der Verteidigung der Rechte und Freiheiten wird durch Verfassungsartikel 105 gewürdigt. Außerdem gewährt die Verfassung laut demselben Artikel Garantien für Rechtsanwälte bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten. Die Ernennung der Richter erfolgt laut Art. 106 Absatz 1 nun nach Zustimmung des unabhängigen *Obersten Richterrates* und anschließend durch präsidentielle Dekrete. Die Obersten Richter

werden hingegen laut Art. 106 Absatz 2 ausschließlich auf Vorschlag des Obersten Richterrates und Absprache zwischen Staatspräsidenten und Regierungschef designiert.

Zum Schutz der Richter wurde ihnen Art. 104 zufolge eine strafrechtliche Immunität ausgesprochen, die nur im Falle einer ihnen angehängten signifikanten Straftat vom Richterrat aufgehoben werden kann. Darüber hinaus können Richter gemäß Art. 107 nicht gegen ihren Willen versetzt werden und können weder entlassen, suspendiert noch gekündigt werden, außer in Fällen, die vom Gesetz vorgeschrieben werden und in Verbindung mit einer begründeten Entscheidung des Obersten Richterrates. Der Oberste Richterrat (*Le Conseil Supérieur de la Magistrature*) garantiert den reibungslosen Ablauf der Justiz sowie ihre Unabhängigkeit und fungiert als Kontrollinstanz der Richter. Le Conseil Supérieur de la Magistrature verfügt laut Art. 113 über administrative sowie finanzielle Autonomie und eine freie Verwaltung seiner Angelegenheiten. Der Präsident des Obersten Richterrates wird durch die Richter aus den Reihen der Mitglieder mit dem Höchsten Berufsgrad gewählt (Art. 112 Absatz 3). Die Organe des Conseil Supérieur de la Magistrature setzen sich gemäß Art. 112 Absatz 2 zu zwei Drittel aus gewählten Richtern und zu einem Drittel aus unabhängigen Spezialisten (keine Richter).

Das neugeschaffene Verfassungsgericht (*La Cour Constitutionnelle*) wird als „unabhängige gerichtliche Instanz aufgeführt“, die aus 12 kompetenten Mitglieder besteht, von denen Dreiviertel Juristen mit mindestens einer zwanzigjährigen Berufserfahrung sein müssen (Art. 118 Absatz 1). Der Staatspräsident, das Parlament sowie der Oberste Richterrat designieren jeweils 4 Verfassungsrichter für eine einmalige Amtsperiode von 9 Jahre, wobei alle 3 Jahre ein Drittel der Mitglieder erneuert wird. Die Verfassungsrichter wählen aus ihren Reihen einen Präsidenten sowie sein Vize (unter Ben Ali wurde u.a. der Präsident des Verfassungsrates vom Staatschef direkt ernannt). Die Hauptaufgabe vom Cour Constitutionnelle besteht u.a. darin, die Vereinbarkeit der Gesetze und Handlungen der Staatsgewalten mit der Verfassung zu prüfen (Art. 120). Das Verfassungsgericht kann vom Präsidenten, Regierungschef oder mindestens 30 Parlamentsabgeordneten angerufen werden (Art 120). Bis 2010 stand dieses Recht nur dem Staatsoberhaupt zu. La Cour Constitutionnelle verkündet seine Entscheidung innerhalb von 45 Tagen mit der absoluten Mehrheit ihrer Mitglieder. Die Entscheidung des Verfassungsgerichtes ist dann für alle Staatsgewalten und Instanzen rechtlich bindend (Art. 121 Absatz 2). Bis Juli 2020 haben sich allerdings die tunesischen Staatsorgane noch nicht auf die Bildung des Verfassungsgerichts einigen können, wodurch im Falle einer Überschneidung von Kompetenzen zwischen den Staatsgewalten, was bis dahin noch nicht eingetreten ist, zu einer Verfassungskrise führen könnte.

Die tunesische Verfassung von 2014 war das Ergebnis eines schwer erkämpften Kompromisses zwischen säkularen und islamisch-konservativen Kräften in der Assemblée Nationale Constituante. Der neue Verfassungstext, der am 10. Februar 2014 in Kraft trat, setzte die im Jahr 2011 eingeleitete politische Transformation fort und stellte einen Meilenstein für das Land in Richtung Konsolidierung demokratischer Strukturen dar (vgl. Schäfer 2017: 284). Außerdem fördert die neue Verfassung das Prinzip der Transparenz bei der Bekleidung politischer und juristischer Ämter, indem z.B. eine Offenlegung der Besitztümer u.a. vom Staatspräsidenten, Regierungschef und Abgeordneten vor Amtsantritt gefordert wird. Verfassungsartikel 11 schreibt diesbezüglich vor:

„Toute personne investie des fonctions de Président de la République, de Chef du Gouvernement, de membre du Gouvernement, de membre de l'Assemblée des représentants du peuple, de membre des instances constitutionnelles indépendantes ou de toute autre fonction supérieure doit déclarer ses biens, conformément à ce qui est prévu par la loi" (Art. 11 der tunesischen Verfassung von 2014).

Die Schlüsselposition des Parlamentes im politischen System, die starke Position des Regierungschefs in der Exekutive sowie die neuen Machtbefugnisse, mit denen die Judikative ausgestattet wurde, minimieren und erschweren gleichermaßen den Verfall in autoritären Strukturen. Gleichwohl werden die politischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte aufgerufen, in Zukunft wachsam zu bleiben, damit die Vorgaben der neuen Verfassung in demokratischen und rechtmäßigen Gesetzen münden. Die EU ihrerseits begrüßte die Verabschiedung der neuen Verfassung und sicherte Tunesien ihre politische und wirtschaftliche Unterstützung zu. Das EU-Parlament hob insbesondere die im Verfassungstext enthaltenen Garantien für Menschenrechte hervor, die laut ihm vorbildlich für die Region seien[143]. Mehrere Vertreter von EU-Staaten, darunter die damals noch amtierenden Bundestagspräsident *Norbert Lammert*, der französische Staatspräsident *Francois Hollande* sowie der Präsident des Europäischen Rates *Herman Van Rompuy* reisten zu den Feierlichkeiten über das Inkrafttreten der neuen Verfassung nach Tunesien. Hollande lobte den neuen Verfassungstext, sicherte das Land französische Wirtschaftshilfen in Höhe von 500 Millionen Euro sowie weitere EU-Zuschüsse zu und erklärte bei seiner Rede am 07.02.2014 vor der Assemblée Nationale Constituante, dass Tunesien zum Vorbild und Hoffnungsträger für viele Länder (u.a. in der arabischen Welt) aufgestiegen sei[144].

[143] EU-Parlament: *„Délégation d´Observation des Élections Législatives et Présidentielles 26 Octobre 2014, 25 Novembre et 21 Décembre 2014*". Bericht der Beobachterkommission des EU-Parlaments zur Kontrolle der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2014 in Tunesien, unter: http://www.europarl.europa.eu/intcoop/election_observation/missions/2014-2019/2014_10_26_tunisie_general_elections.pdf, abgerufen am 12.10.2018.

[144] Vgl. französische Tageszeitung Le Figaro: *„Tunisie: François Hollande salue la nouvelle Constitution*". Bericht vom 07.02.2014, unter: http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2014/02/07/97001-20140207FILWWW00115-tunisie-hollande-salue-la-nouvelle-constitution.php, abgerufen am 06.011.18.

Der ehemalige UN-Generalsekretär *Ban Ki-Moon* gratulierte Tunesien ebenfalls zur neu angenommenen Verfassung, die er als „historischen Schritt" bezeichnete[145]. Human Rights Watch, die unabhängige tunesische Rechtsorganisation *Al Bawsala* und Amnesty International begrüßten auch die Erneuerungen durch die neue Verfassung. Sie veröffentlichten zu diesem Anlass eine gemeinsame Erklärung, in der sie den neuen Verfassungstext lobten. Darin hieß es:

„La constitution confirme de nombreux droits essentiels dans les domaines civil, politique, social, économique et culturel. Il s'agit notamment des droits à la citoyenneté, à créer des partis politiques, à l'intégrité physique et à la liberté de circulation, d'opinion, d'expression, de réunion et d'association"[146].

5.2.3 Pluralismus und Parteienlandschaft

Das politische Leben in Tunesien vor 1995 war, wie bereits in den vorherigen Abschnitten erwähnt wurde, maßgeblich von der Einheitspartei RCD sowie von der restriktiven staatlichen Politik gegenüber anderen politischen Strömungen im Land geprägt. In den 1980er Jahren versuchte die Staatsführung durch die Zulassung einiger links und liberal gerichteten Parteien, die mehrheitlich ehemaligen Persönlichkeiten der Staatspartei PSD (Vorgängerpartei des RCD) zuzurechnen waren, das Erstarken von Gewerkschaften und der islamisch-konservativen Partei Ennahdha einzudämmen (vgl. Axtmann 2007: 145ff.). Die legalisierten Oppositionsparteien konnten bei den Wahlen allerdings u.a. aufgrund von Wahlmanipulationen und der schwachen gesellschaftlichen Verankerung keine Mandate erringen. Nach der Machtübernahme von Ben Ali wurde im Mai 1988 durch das Organgesetz Nr. 88-32 (Parteiengesetz) eine vorsichtige Öffnung des politischen Lebens gewagt, bei der die politische Rolle von Parteien formal aufgewertet wurde. Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit des Landes räumte die tunesische Staatsführung Parteien explizit einen rechtlichen Rahmen für die Ausübung parteipolitischer Aktivitäten ein (vgl. Axtmann 2007: 146; Erdle 2005). Der Versuch eines Mehrparteiensystems wurde allerdings schnell eingeschränkt, nachdem die tunesische Staatsführung Anfang der 1990er Jahre jegliche politischen Kräfte und Gewerkschaften, u.a. die islamisch-konservative Partei Ennahdha, die bei Kommunalwahlen gut abschnitt und somit die Alleinherrschaft vom RCD gefährdete, verbot und ihre Mitglieder verfolgen ließ.

[145] Vgl. Le Monde: *„En Tunisie, la nouvelle Constitution adoptée"*. Bericht vom 26.01.2011, unter: https://www.lemonde.fr/tunisie/article/2014/01/26/le-premier-ministre-tunisien-a-compose-son-gouvernement_4354757_1466522.html, abgerufen am 06.11.18.

[146] Human Rights Watch/ Al Bawsala/ Amnesty International: *„Tunisie: L'adoption de la constitution devrait marquer le début d'une nouvelle ère pour les droits humains"*. Human Rights Watch 2011 (Hrsg.), unter: https://www.hrw.org/fr/news/2014/02/01/tunisie-ladoption-de-la-constitution-devrait-marquer-le-debut-dune-nouvelle-ere-pour, abgerufen am 07.11.18.

Das Parteiengesetz von 1988 schuf einen rechtlichen Rahmen für die Arbeit von politischen Parteien. Art. 2 und 5 des Parteiengesetzes verpflichtete Parteien zu einer „demokratischen Binnenorganisation, zur Achtung der Verfassung, der Demokratie, der Volkssouveränität, der Menschenrechte (…) der republikanischen Staatsform sowie bestimmter Errungenschaften der Nation[147]“ (Axtmann 2007: 146). Außerdem untersagte das Gesetz Parteien extremistische Bestrebungen zu verfolgen und Handlungen, die die innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung sowie die öffentlichen Rechte und Freiheiten verletzten (vgl. Axtmann 2007: 146f). Ferner setzte Art. 6 des Parteiengesetzes bei der Legalisierung einer Partei voraus, dass ihr Programm sich von dem bestehender Parteien unterscheiden müsse. Bei der Verfassungsergänzung vom 27. Oktober 1997 wurden zum ersten Mal die gesellschaftlichen und politischen Aufgaben von Parteien im Verfassungstext verankert sowie die rechtlichen Bedingungen für ihre Gründung skizziert. So mussten Parteien u.a. dazu beitragen, die Bürger politisch zu organisieren und ihre Teilnahme am politischen Leben zu fördern (Art. 8 Absatz 3 der Verfassung von 2008). Gemäß demselben Artikel mussten Parteien auf einer demokratischen Basis gründen und die Menschenrechte respektieren. In der Folgezeit blieb „Die Freiheit zur Gründung politischer Parteien und Vereinigungen“ durch die „Grundhaltung der Staatsführung deutlich eingeschränkt“, zumal die öffentliche Administration „lediglich Parteien und Vereinigungen zugelassen bzw. unbehelligt gelassen und staatlicherseits unterstützt“ hatte, die „sich kooperativ gegenüber der Staatsführung verhalten“ hatten (vgl. Faath 2005: 77f.).

Traditionell und historisch betrachtet lässt sich die tunesische Parteienlandschaft zumindest seit der Unabhängigkeit bis 2019 in drei größere politische Strömungen einteilen, die sich um Einfluss und die kulturelle Prägung der tunesischen Gesellschaft konkurrieren. Zum einen findet man die Reformorientierten und Modernisten, die sich überwiegend aus Liberalen sowie regierungsnahen Strömungen aus dem Umfeld der Staatspartei RCD zusammensetzen (vgl. Schäffer 2017: 282f). Die zweite Gruppe bilden konservative und traditionsorientierte Kräfte, die sich u.a. in der Partei Ennahdha organisieren. Die dritte politische Strömung wird von den Linken (Kommunisten und Sozialisten) und der ihnen nahestehenden Gewerkschaftsbewegung dargestellt (vgl. Schäfer 2017: 283). Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal der politischen Landschaft in Tunesien besteht in der Lagerzugehörigkeit. Dabei lassen sich zwei Hauptlager erkennen, nämlich das säkulare und islamisch-konservative Lager.

[147] Unter „Errungenschaften der Nation“ ist besonders das Personenstandgesetz von 1956 zu verstehen, das Frauen in Tunesien im Vergleich zu anderen arabischen Ländern deutlich mehr Rechte einräumte.

Die legalisierten Parteien litten in den 1990er und 2000er Jahren unter einer restriktiven Politik der Staatsführung. Durch das hegemoniale Machtmonopol von Ben Ali und vom RCD und den errichteten Polizeistaat war der Handlungsspielraum der Parteien vor 2011 erheblich eingeschränkt (vgl. Axtmann 2007: 147f; Schäfer 2017: 284; Erdle 2005, Schiller 2011: 10; Faath 2005: 77f.). So wurde z.B. der Vorsitzende der Partei *Mouvement des Démocrates Socialistes* (MDS) *Mohamed Moadda* „zu 11 Jahren Zwangsarbeit[148] verurteilt, als er nach den Kommunalwahlen von 1995 in einem offenen Brief an die Staatsführung die „Rückkehr zu einparteienstaatlichen Praktiken" anprangerte" (Axtmann 2007: 148f). Andere Politiker, die den aggressiven Kurs der Regierung gegenüber Oppositionellen kritisierten, wurden von ihren Parteien auf Druck der Staatsführung parteiintern abgestraft[149]. Ein weiteres Druckmittel auf Parteien war die Kürzung der staatlichen Finanzierung, die den legalisierten Parteien in Form von Wahlkampfhilfe und für den erreichten Stimmenanteil bei Wahlen gewährt wurde. Da die zugelassenen Parteien zur Ausübung ihrer Tätigkeiten sich darauf einließen, inhaltliche Kritik an die Staatsführung zu unterlassen, konnten aufgrund von Wahlmanipulationen nur diejenigen Parteien ausreichende Stimmen erhalten und somit von der staatlichen Finanzförderung profitieren, die die Linie des tunesischen Machtapparats folgten (vgl. Axtmann 2007: 148ff; Erdle 2005, Schiller 2011: 10ff; Schäffer 2017: 284f; Faath 2005: 77f.).

Die durchgeführten politischen Reformen unter Ben Ali stellten die Weichen für einen formalen Pluralismus. Parteien konnten im faktisch errichteten Einparteiensystem weder eine autonome politische Agenda verfolgen noch aktiv an der Mitgestaltung des politischen Geschehens in Tunesien mitwirken. Der tunesische Machtapparat in Form des Innenministeriums behielt als Zulassungsorgan von Parteien die Oberhand in der Zusammensetzung des politischen Spektrums im Land und konnte je nach Opportunität den Legalisierungsantrag von Parteien bewilligen oder ablehnen. Insgesamt hatten die kleinen zugelassenen Parteien unter Ben Ali nach Ansicht von Isabelle Schäffer aber „keinen politischen Einfluss, wurden kooptiert, stark kontrolliert und in ihren Aktivitäten behindert" (Schäffer 2017: 285). Insgesamt existierten in

[148] Nach seiner Verurteilung 1996 wegen angeblicher „Weitergabe von Informationen an einem ausländischen Staat" und die anschließende Verhaftung wurde Moadda im Laufe des gleichen Jahres unter Auflage wieder freigelassen. Stand daraufhin unter polizeilicher Beobachtung und wurde wieder nach Kritik am tunesischen Staatspräsidenten im Jahr 2001 verhaftet.

[149] Als Beispiele für interne Strafmaßnahmen gegen Regierungskritiker erwähnt Dirk Axtmann die Nicht-Nominierung von Betroffenen bei Wahlen oder ihre Entfernung von parteipolitischen Ämtern. In diesem Kontext wurden beispielsweise von den 1994 gewählten 19 Parlamentsabgeordneten der Opposition 13 aus ihrer Partei ausgeschlossen (vgl. Axtmann 2007: 149).

der Regierungszeit von Ben Ali 7 kleine Oppositionsparteien[150] (vgl. Axtmann 2007: 151; Schäffer 2017: 285).

Die Revolte im Jahr 2011 läutete eine neue Epoche in der tunesischen Parteienlandschaft ein. Am 6. Februar 2011 wurde die jahrzehntelang regierende Staatspartei RCD durch das Innenministerium zunächst suspendiert und „am 28. März 2011 per Gerichtsbeschluss bzw. am 22. April 2011 durch den Kassationsgerichtshof definitiv für aufgelöst und verboten erklärt" (Schäffer 2017: 285). Begünstigt durch neue einfache sowie transparente Richtlinien zur Gründung und Legalisierung neuer Parteien erlebte Tunesien dann eine bemerkenswerte politische Öffnung. „Während unter dem autoritären Regime Ben Alis die Regierungspartei RCD de facto wie eine Einheitspartei herrschte, wurden nach 2011 in einer Freiheitseuphorie über hundert neue Parteien gegründet" (Schäfer 2017: 282). Am Urnengang zur Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung im Oktober 2011 nahmen dann 116 Parteien teil[151].

Mit dem Parteiengesetz[152] vom 24. September 2011 wurde die Prozedur zur Gründung politischer Parteien erleichtert und ihre Handlungsmöglichkeiten erweitert (vgl. Schäfer 2017: 285). Die Formulierungen vom ersten Artikel untermauern den neuen pluralistischen Charakter des politischen Feldes und unterstreichen die Freiheit zur Gründung und Ausübung politischer Aktivitäten. Darin heißt es u.a.: Das Parteiengesetz „garantit la liberté de constituer des partis politiques, d'y adhérer et d'y exercer des activités. Il a pour objectif de consacrer la liberté de s'organiser politiquement, appuyer et promouvoir le pluralisme politique (…)"[153]. Die Verfassung von 2014 verlieh den Pluralismus darüber hinaus eine konstitutionelle Dimension und garantierte laut Art. 35 das Recht auf die Gründung von politischen Parteien, Gewerkschaften sowie Vereinigungen[154]. Außerdem wurde gemäß dem Parteiengesetz und als Reaktion auf die Beteiligung der Jugend an den Protesten gegen Ben Ali das Mindestalter für die Mitgliedschaft in einer Partei auf 16 Jahre herabgesetzt[155].

[150] Isabelle Schäffer zählt zu den „Pseudo Oppositionsparteien" im Parlament vor das Jahr 2011 das *Parti de l'Unité Populaire*, die *Union Démocratique Unioniste* und das *Mouvement des Démocrates Socialistes*. Als wirkliche und schikanierte kleine Oppositionsparteien nennt Schäffer hingegen die legalisierten Parteien *Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés* und das *Parti Démocrate Progressiste* (vgl. Schäffer 2017: 285).

[151] Von den 116 zur Wahl registrierten Parteien wurden 108 nach dem Sturz von Ben Ali 2011 neugegründet (vgl. Schäfer 2017: 285f).

[152] Das Parteiengesetz wurde nach Einigung zwischen den zivilgesellschaftlichen und politischen Kräften in Tunesien von Interimspräsident *Fouad Mebazaa* am 24. September 2011 per Dekret in Kraft gesetzt.

[153] Art. 1 des tunesischen Parteiengesetzes von 2011.

[154] In Art. 35 Absatz 1 der tunesischen Verfassung von 2014 heißt es: „La liberté de constituer des partis politiques, des syndicats et des associations est garantie".

[155] Laut Art. 7 des Parteiengesetzes können alle Tunesier (-innen), die über 16. Jahre alt sind, Parteimitglieder werden.

Parteien müssen sich dem Parteiengesetz von 2011 zufolge im Rahmen ihrer Satzung u.a. ausdrücklich dazu bekennen, Demokratie, Pluralismus, den friedlichen Machtwechsel und Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau zu respektieren (Art. 3). Ferner wird es Parteien insbesondere untersagt, in Bezug auf ihre Satzung, Programmatik oder Handlungen die Neutralität von Gotteshäusern, Justiz und Verwaltung zu verletzen (Art. 3) oder sich auf Gewalt, Diskriminierung und Intoleranz zu stützen (Art. 4). Zur Vermeidung der unerlaubten Einflussnahme auf die Wähler verbietet Art. 18 des Parteiengesetzes von 2011 Parteien jegliche Geld- oder Sachleistungen an die Bürger zu gewähren. Auf der anderen Seite wird hingegen laut Art. 5 den staatlichen Behörden untersagt, die Aktivitäten politischer Parteien direkt oder indirekt zu behindern oder einzuschränken[156].

Die Modalitäten zur Legalisierung einer Partei wurden in mehrfacher Hinsicht erleichtert. Das Innenministerium ist gemäß dem neuen Parteiengesetz nicht mehr für die Zulassung politischer Parteien zuständig. Statt einen Antrag müssen die Gründungsmitglieder nun lediglich ein Einschreiben mit Empfangsbestätigung an dem Ministerpräsidenten adressieren, in dem eine Erklärung mit Parteiname, -programm, -emblem und -sitz enthalten ist sowie dem die Kopien der Personalausweise von Gründern und die Satzung der Partei beizufügen ist (Art. 9 des Parteiengesetzes von 2011). Der Regierungschef kann nur in einem Fall die Zulassung einer Partei verweigern, nämlich wenn innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einschreibens eine begründete Inkompatibilität zwischen der Parteisatzung und den obengenannten Artikeln 3 und 4 des Parteiengesetzes festgestellt wird (Art. 10 Absatz 1). Die betroffene Partei kann juristisch gegen die Entscheidung des Regierungschefs vorgehen und diese vor dem Verwaltungsgericht anfechten (Art. 10 Abs. 2). Falls die Klage der Partei vom Verwaltungsgericht entsprochen wird, dann kann sie ihre Registrierung unter Angabe des Parteinamens sowie Programms, ohne Rücksicht auf den Regierungschef zu nehmen, innerhalb von 15 Tagen im offiziellen Amtsblatt veröffentlichen lassen (vgl. Art. 10 Absatz 3 und 4 des Parteiengesetzes von 2011).

Das tunesische Parteienspektrum ist seit 2011 in ideologischer Hinsicht breit gefächert. Unter den zugelassenen Parteien findet man (neo-) liberale, marxistische, sozialistische, islamistische, modernistische, salafistische (ultrakonservative), nationalistische bis hin zu links- bzw. linksextremistische politische Strömungen. „Die Profile der Parteien, ihre Größe und Organisationsstrukturen und der Grad an Professionalisierung unterscheiden sich stark“ (Schäffer 2017: 290). Die tunesische Parteienlandschaft ist extrem dynamisch und ständig in

[156] Art. 5 besagt: „Il est interdit aux autorités publiques d'entraver ou de ralentir l'activité des partis politiques de manière directe ou indirecte“.

Bewegung. Wie im Fall Algerien kommt es oft aufgrund von internen Machtkämpfen, programmatische Unstimmigkeiten oder Ämtergerangel innerhalb der tunesischen Parteien ebenso zu Spaltungen, Neugründungen, Umbenennungen oder bei Mangel an finanziellen Ressourcen zu Fusionen. Die starke Dynamik im Parteienspektrum könnte auf der einen Seite „als ein lebendiger Parteienpluralismus verstanden werden, der sich nach Jahrzehnten politischer Stagnation, Zensur und Blockade nun endlich frei entfalten kann“ (Schäfer 2017: 282). Auf der anderen Seite könnte die Instabilität innerhalb der tunesischen Parteienlandschaft den 2011 mühsam eingeleiteten Transformationsprozess gefährden und somit die angestrebte demokratische Umstrukturierung des Landes beeinträchtigen. „Eine starke Fragmentierung und Atomisierung der politischen Parteien, „Parteientourismus“[157], sowie langwieriges Personal- und Ämtergerangel erschweren ein effizientes Regieren bzw. kontinuierliche Parlamentsarbeit und wirken sich negativ auf die Wahrnehmung der Parteien in der Bevölkerung aus“ (Schäfer 2017: 282). Hinzu kommen tiefe ideologische Gräben, die die tunesische Parteienlandschaft prägen und in der Gesellschaft ihre Fortsetzung finden. Dies beeinträchtigt die Konsenfindung zwischen Parteien und beschädigt das Ansehen der Politik in der öffentlichen Wahnehmung. Von daher würde die Geschwindigkeit der Transformation in Tunesien zu einem beachtlichen Teil vom Lernverhalten und Konsensfähigkeit politischer Parteien abhängen.

Bis zum Jahr 2019 wurden „massive autoritär-monopolistische Tendenzen“, wie zu Zeiten von Ben Ali, bei keiner tunesischen Partei verzeichnet (vgl. Schäfer 2017: 318). Dennoch bedarf es in Tunesien einer wachsamen und kritischen Begleitung des Transformationsprozesses von Seite der zivilgesellschaftlichen und politischen Akteure sowie der Medienvertreter, damit negative Entwicklungen bzw. Verfehlungen im politischen Prozess frühzeitig erkannt und angegangen werden. Bis Ende des Jahres 2016 zählte die tunesische Parteienlandschaft insgesamt 206 Parteien, von denen zu diesem Zeitpunkt etwa zehn politisch relevant waren, wobei davon auszugehen ist, dass künftig von diesen zehn politischen Kräften aufgrund der Parteiendynamik nicht alle über politisches und gesellschaftliches Gewicht verfügen werden (vgl. Schäfer 2017: 283). In Tabelle 5 werden die wichtigsten Parteien in Tunesien während der Untersuchungsphase aufgeführt.

[157] Unter Parteientourismus versteht man ein in Nordafrika breit verankertes Phänomen, bei dem die Parteimitglieder oder Abgeordnete die Parteizugehörigkeit ändern, falls sie durch den Parteiwechsel eine bessere Umsetzung ihrer eigenen Interessen sehen.

Tabelle 5: Die wichtigsten Parteien in Tunesien während der Untersuchungsphase

Parteiname und Gründungsjahr	Politisches Gewicht	Politische Ausrichtung
Nida Tounes (Appel de la Tunisie) wurde am 6.7.2012 zugelassen	Nida Tounes wurde bei den ersten freien Parlamentswahlen von 2014 mit 86 Sitze stärkste Kraft. Nach der Abwanderung von ihren Abgeordneten zu anderen Fraktionen sowie Parteiaustritte schrumpfte die Macht von Nida Tounes und wurde hinter Ennahda zweitstärkste Kraft (Stand: Dezember 2016). Außerdem stellte die Partei nach den Präsidentschaftswahlen 2014 mit „Béji Caid Essebsi" (bekleidete unter Bourguiba mehrere Ministerposten) den Staatschef auf.	Säkular-modernistisch. Partei umfasst ein extrem breites Spektrum von linken bis hin zu ehemaligen RCD-Mitgliedern. Sie steht für einen Starken, demokratischen sowie sozialen Staat. Partei richtet sich ideologisch an die Prinzipien von Bourguiba und versteht sich als Bewahrerin von dessen Erbe (insbesondere die Gleichberechtigung von Mann und Frau). Hinzu tritt Nida Tounes für die Förderung des privaten Sektors, für die freie Marktwirtschaft sowie den Abbau des öffentlichen Sektors ein.
Mouvement Ennahda (Bewegung Ennahdha) wurde 1981 unter dem Namen „Mouvement de la Tendance Islamique" gegründet und erst am 01.03.2011 offiziell als politische Partei legalisiert	Wichtigste und stärkste islamisch-konservative Kraft des Landes. Zählte seit ihrer Gründung 1981 bis 2010 trotz ihren Verbot unter Ben Ali zu den Hauptsäulen der Opposition. Wurde bei den Wahlen zur konstituierenden Versammlung mit 41 Prozent der Stimmen stärkste Kraft. Bei den Parlamentswahlen 2014 belegte die Partei mit ca. 32 Prozent der Stimmen den zweiten Platz.	Islamisch-konservativ. Ennahdha verkündete im Jahr 2016, sich von religiösen Aktivitäten in der Gesellschaft zu trennen und dies parteinahen Organisationen zu überlassen. Tritt für eine „islamische Demokratie", eine soziale Marktwirtschaft ein und steht für eine intensive Korruptionsbekämpfung. Lehnt Gewalt ab und bekennt sich zu Demokratie, Pluralismus sowie zum Schutz von Minderheiten.
Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés (auch bekannt unter den Namen Ettakatol: auf Deutsch: Forum) wurde 1994 gegründet	Partei zählte zu Zeiten von Ben Ali zu den wenigen echten Oppositionsparteien. Mit 20 Sitzen vierstärkste Kraft in der verfassungsgebenden Versammlung 2011. Der Parteichef „Mustapha Ben Jaafar" wurde zum Präsidenten der konstituierenden Versammlung gewählt und die Partei beteiligte sich an der Regierung. Bei den Parlamentswahlen 2014 gewann die Partei keine Mandate.	Linke sozialdemokratische Partei. Ihr Ziel manifestiert sich unter anderem im Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit und die Umsetzung einer sozial gerechteren Wirtschaftspolitik. Eine finanzielle Not, der Dialog und die Zusammenarbeit mit Ennahdha nach dem Sturz Ben Alis kosteten der Partei viele Stimmen und Sympathien aus dem säkularen Lager, was sich in ihre schlechten Ergebnisse bei den Parlamentswahlen 2014 widerspiegelte.
Mouvement Tunisie Volonté wurde am 20. Dezember 2015 gegründet	Trat die Nachfolge vom 2011 gegründeten „Congrès pour la République". Mit 29 Sitze Zweitstärkste Kraft in der Versammlung von 2011. Außerdem stellte die Partei mit „Mocef Marzouki" den Interimsstaatschef von 2011-2014 auf.	Linke säkulare Zentrumspartei, die vom Menschenrechtler Moncef Marzouki gegründet wurde. Partei stellt Demokratie, Korruptionsbekämpfung und Menschenrechte im Zentrum ihres Programms. Partei steht Ennahdha programmatisch nah.
Mouvement Machrou Tounes (Bewegung Projekt Tunesien) wurde am 20. März 2016 gegründet	Entstand durch eine Abspaltung von Nida Tounes. Mit 25 bzw. 20. Abgeordneten (allesamt aus Nida Tounes ausgetreten) drittstärkste Kraft im Parlament von 2014.	Nationalistisch-laizistische Partei. Strebt eine Wiederbelebung des politischen Projekts vom ehemaligen Präsidenten Lahbib Bourguiba. Steht für sozialliberale und modernistische Werte. Lehnt islamitischen Parteien ab.
Afek Tounes (Parti Horizons de Tunisie) wurde am 28.3.2011 gegründet	Partei belegte mit 4 Mandate den 8. Platz in der verfassunggebenden Versammlung. Bei den Parlamentswahlen 2014 war die Partei mit 8 Sitze fünftstärkste Kraft.	Zentrum-rechts Partei. Steht für ein liberales und säkulares Gesellschaftsmodell. Plädiert für Dezentralisierung und eine umfassende soziale Entwicklung der Regionen.
Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD)	Ging der Unabhängigkeitsbewegung hervor. Regierte seit der Unabhängigkeit bis 2011 als Einheits- und Staatspartei. Wurde nach dem Sturz Ben Alis verboten. Die Nachfolgepartei *Le Mouvement Destourien* konnte bis 2020 nicht an den ehemaligen Erfolgen des RCD anknüpfen.	Am 28. März 2011 wurde der RCD per Gerichtsbeschluss verboten. 2013 gründeten ehemalige Führungskader des RCD *Le Mouvement Destourien*, der sich 2016 in *Parti Destourien Libre* umbenannte. Progressive Partei. Steht für eine säkulare Staatsform und lehnt islamistischen Parteien ab.

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten von: Schäfer 2017; Axtmann 2007; Erdle 2005.

5.2.4 Wahlen

Die Präsidentschaft- und Legislativwahlen in Tunesien wurden zwischen 1995 und 2010 laut Verfassungsartikeln 22 Absatz 1 (bezogen auf Parlamentswahlen) und Art. 38 Absatz 1 (bezogen auf Präsidentschaftswahlen) im 5. Jahresrhythmus abgehalten. Nach dem Sturz von Ben Ali und die Einführung einer neuen politischen Ordnung wurden die Dauer der Legislaturperiode und der Amtszeit vom Staatschef, mit Ausnahme der Übergangsphase zwischen 2011 und 2014, in der neu erarbeiteten Verfassung von 2014 beibehalten[158]. Im Rahmen der Analyse werden aufgrund der fehlenden demokratischen Legitimität der zweiten Parlamentskammer Chambre des Conseillers (indirekte Wahlen und Ernennung eines Drittels der Mitglieder durch den Staatspräsidenten) lediglich die Umstände der Abhaltung von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen aufgeführt.

Bis zum Jahr 2010 wurde die tunesische Politik von der Staatspartei RCD dominiert. Sowohl bei Präsidentschafts- als auch bei Legislativwahlen erreichte der RCD astronomische Ergebnisse. Bei den allgemeinen Wahlen vom 20. März 1994, die kurz vor Inkrafttreten des Barcelona-Prozesses abgehalten wurden und bei denen der amtierende Staatschef Zine El-Abedine Ben Ali als einziger Kandidat[159] auftrat, kam Letzterer auf 99,9 Prozent der abgegebenen Stimmen und wurde mit diesem umstrittenen Ergebnis in seinem Amt bestätigt. In Bezug auf die am gleichen Tag abgehaltenen Parlamentswahlen wurde eine im Jahr 1993 von der Staatsführung verabschiedete Wahlgesetzänderung umgesetzt, die zum ersten Mal „Kompensationsmandate“[160] im Rahmen von nationalen Wahllisten vorsah (vgl. Axtmann 2007: 200). Dadurch gewährte der tunesische Machtapparat im Jahr 1994 zum ersten Mal 19 der insgesamt 144 Sitze der „legalen“ und domestizierten Oppositionsparteien, wobei auf den RCD 125 Mandate entfielen (vgl. Erdle 2005; Axtmann 2007: 200).

5.2.4.1 Präsidentschaftswahlen

Vor den allgemeinen Wahlen 1999 veranlasste die tunesische Staatsführung zunächst eine Verfassungsänderung, die erstmalig in der Geschichte des Landes „formal-pluralistische Präsidentschaftswahlen“ erlaubte (vgl. Faath 2005: 75f; Axtmann 2007: 200f). Dieser Schritt wurde von der Staatsführung als eine Stufe in die schrittweise Demokratisierung des politischen Systems angepriesen. In diesem Kontext und im Anschluss dazu wurde die Kandidatur von den

[158] Vgl. hierzu Art. 56 Absatz 1 für Parlaments- und Art. 75 Absatz 1 in Bezug auf Präsidentschaftswahlen.

[159] Als der Oppositionspolitiker und ehemaliger Vorsitzender der tunesischen Menschenrechtsliga *Moncef Marzouki* Anfang 1994 seine Absicht erklärte, bei den Präsidentschaftswahlen gegen den amtierenden Ben Ali anzutreten, wurde er verhaftet (vgl. Axtmann 2007: 149). Dabei verbrachte er 4 Monate in Isolationshaft.

[160] Kompensationsmandate wurden auf Grundlage der kumulierten Gesamtzahl an erhaltenen Stimmen vergeben, die eine Parteiliste in Bezug auf den nationalen Wahlkreis erreicht hat (vgl. Axtmann 2007: 268).

Parteichefs zweier kleiner Parteien aus dem linken und panarabischen Spektrum angenommen. Dabei handelte es sich um *Mohamed Belhaj Amor* vom *Parti de l'Unité Populaire* (PUP) und *Abderrahmane Tlili* vom *L'Union Démocratique Unioniste* (UDU). Bei den am 24 Oktober 1999 abgehaltenen Präsidentschaftswahlen wurde nach offiziellen Angaben der Amtsinhaber Ben Ali mit etwa 99,4 Prozent der Stimmen zum Sieger erklärt. Die Wahlbeteiligung soll bei gut 91 Prozent gelegen haben. Auf den beiden anderen Mitbewerber entfielen somit weniger als 0,6 Prozent der Stimmen.

Vor den Wahlen 2004 wurde auf Wunsch von Ben Ali die Verfassung modifiziert[161] und damit die Mandatsbeschränkung von maximal drei Amtszeiten aufgehoben. Dadurch wurde die letzte Hürde vor einer erneuten Kandidatur Ben Alis beseitigt und den Weg für eine Präsidentschaft auf Lebenszeit, wie es zuvor beim ersten tunesischen Staatspräsidenten und Amtsvorgänger Bourguiba der Fall war, geebnet. Bei der Präsidentschaftswahl am 24. Oktober 2004, an der formal mehrere Kandidaten teilnahmen, gewann erwartungsgemäß wieder der amtierende Staatschef Ben Ali mit 94,5 Prozent der Stimmen. Der regierungsnahe *Mohamed Bouchiha* vom PUP belegte mit 3,78 Prozent der Stimmen den zweiten Rang, während *Mohamed Ali Halouani* von der *l'Initiative Démocratique-Ettajdid* mit 0,95 Prozent dritter wurde (vgl. Chouikha 2004: Abschnitt 3). Die Wahlbeteiligung soll laut offiziellen Angaben bei 91,5 Prozent gelegen haben. Die Kandidatur von potenziellen Bewerbern der Opposition wie *Néjib Chebbi* vom *Parti Démocrate Progressiste* (PDP) oder *Mustapha Ben Jaafar* vom *Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés* wurden durch die Behörden aus unterschiedlichen Gründen nicht gestattet (vgl. Chouikha 2004: Abschnitt 12).

Bei der Präsidentschaftswahl vom 25. Oktober 2009, die ebenso durch die formale Teilnahme mehrerer Bewerber gekennzeichnet war, ging Ben Ali wieder mit sehr großem Abstand als Sieger hervor. Der Amtsinhaber kam mit 89,62 Prozent der Stimmen an erster Position (bis dahin das erste Mal, dass ein tunesischer Staatschef ein Wahlsieg unter der Marke von 90 Prozent verbucht), gefolgt von den Kandidaten Mohamed Bouchiha (5,01 Prozent) vom PUP, *Ahmed Inoubli* (3,8 Prozent) von *l'Union Démocratique Unioniste* und *Ahmed Brahim* (1,57 Prozent) vom *Parti Ettajdid*. Potenzielle Kandidaten der Opposition wurde die Teilnahme auch an dieser Wahl verweigert. Die Wahlbeteiligung soll laut Regierungsangaben 89,45 Prozent betragen haben. Die Präsidentschaftswahlen bis 2009 standen unter Manipulationsverdacht.

[161] Die Verfassungsreform, die am 26. Mai 2002 zum Volksreferendum stand, soll laut offiziellen Angaben mit 99,5 Prozent der Stimmen angenommen worden sein.

Nach dem Sturz von Ben Ali Anfang 2011 wurde im Dezember 2013 die unabhängige Instanz für Freiheit und Würde (*Instance Vérité et Dignité*) ins Leben gerufen, die Verletzungen von Menschenrechten im Land aus den Jahren 1955 bis 2013 untersuchen und klären sollte. Im Rahmen von öffentlichen Anhörungen, in deren Rahmen Beweise vorgelegt wurden, erklärten Staatsbedienstete, einheimische Wahlbeobachter und ehemalige Minister, dass die Wahlen und Referenden in den Amtszeiten von Bourguiba und Ben Ali von massiven Manipulationen sowie Fälschungen überschattet worden waren[162]. Diese Anschuldigungen wurden zusätzlich dadurch erhärtet, dass bei den abgehaltenen Wahlen weder internationale noch unabhängige Wahlbeobachter zugelassen wurden. Zudem zählten Sicherheitskräfte und Geheimdienste zur Hauptsäule des Systems von Ben Ali (vgl. Erdle 2005). Da in diesem Kontext das Innenministerium für die Organisation und Durchführung von Wahlen verantwortlich war, hätten die staatlichen Institutionen die Möglichkeit gehabt, die Wahlen zugunsten Bourguibas und Ben Alis zu fälschen (siehe Kapitel 5.2.4.2). Andernfalls wären die astronomischen Wahlergebnisse von Ben Ali und der Staatspartei RCD während der Untersuchungsphase schwer zu erklären. Als Ben Ali nach dem Aufstand das Land in Richtung Saudi-Arabien verließ, übernahm zunächst Parlamentspräsident Fouad Mebazaa gemäß Art. 57 der Verfassung interimsmäßig die Amtsgeschäfte. Am 12. Dezember 2011 wurde dann der ehemalige Menschenrechtler und Oppositionelle *Moncef Marzouki* (CPR) von der verfassungsgebenden Versammlung mit 153 Stimmen (von 202 an der Wahl teilnehmenden Abgeordneten) zum Staatspräsidenten für die Transitionsphase (12.2011 bis 12.2014) gewählt. Ein Tag später wurde Moncef Marzouki als erster, indirekt demokratisch gewählter Staatspräsident in der Geschichte Tunesiens vereidigt.

Die Trasitionsphase wurde von Terroranschlägen sowie politischen und sozio-ökonomischen Problemen überschattet. Insbesondere die politischen Morde an den linken Politikern *Chokri Belaïd* im Februar 2013 sowie *Mohamed Brahmi* im Juli des gleichen Jahres stürzten das Land in einer schweren politischen Krise und gefährdeten den Übergangsprozess in Tunesien. Nach mehreren Vermittlungen im Laufe der Jahre 2013 und 2014 durch das *Tunesische Quartett*[163], das einen nationalen Dialog zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern organisierte,

[162] Vgl. Huffington Post: *„Tunisie: Les fraudes électorales sous la dictature au menu d'auditions publiques"*. Artikel vom 22.07.17, unter: https://www.huffpostmaghreb.com/2017/07/23/tunisie-fraudes-electoral_n_17557356.html; Radio France International: *„«Vérité et Dignité» en Tunisie: 50 ans de fraudes électorales expliquées à la TV"*. Artikel vom 22.07.17, unter: http://www.rfi.fr/afrique/20170722-tunisie-temoignages-fraude-electorale-ben-ali-instance-verite-dignite, beide Links abgerufen am 05.11.18.

[163] Das Tunesische Quartett wurde im Sommer 2013 gebildet und betand aus der *„Union Générale des Travailleurs Tunisiens"*, der *„Union Tunisienne de l'Industrie, du Commerce et de l'Artisanat"*, dem *„Conseil de l'Ordre National des Avocats de Tunisie"* und die *„Ligue Tunisienne des Droits de l'Homme"*.

konnte ein Konsens gefunden und eine Einigung über eine Roadmap erzielt werden. Daraufhin trat u.a. die amtierende Regierung zurück und eine unabhängige, aus Technokraten bestehende Regierung übernahm vorübergehend die Amtsgeschäfte. Außerdem wurde eine schnellere Verabschiedung der Verfassung sowie die Abhaltung neuer Wahlen vereinbart. Der Einsatz vom Tunesischen Quartett für Demokratie sowie politischer und gesellschaftlicher Frieden wurde sowohl national als auch international gewürdigt und im Jahr 2015 mit dem Friedensnobelpreis belohnt.

Das Inkrafttreten der neuen Verfassung Anfang 2014 läutete das Ende der Transitionsphase ein. Dementsprechend wurden am 23 November 2014 die ersten direkten, pluralistischen und demokratischen Präsidentschaftswahlen in der Geschichte des Landes abgehalten, die von der Teilnahme von 27 Bewerbern[164], darunter eine Frau, geprägt waren. Für die Organisation und Durchführung der Wahlen war die im Dezember 2012 neugegründete *L'Instance Supérieure Indépendante pour les Élections* (ISIE; zu Deutsch: die Hohe Unabhängige Instanz für Wahlen) zuständig. Zahlreiche Nationale und internationale Wahlbeobachter, darunter auch eine Beobachtermission der EU, konnten den Wahlablauf ungehindert sowohl im Vorfeld, während als auch nach den Präsidentschaftswahlen beobachten und begutachten.

Am 23 November 2014 wurden die Präsidentschaftswahlen organisiert. Der laizistische Kandidat *Béji Caid Essebsi* von Nidaa Tounes kam mit 39,46 Prozent der Stimmen an erster Position, gefolgt von Amtsinhaber Moncef Marzouki mit 33,43 Prozent. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreichte, wurde am 21 Dezember 2014 eine zweite Runde durchgeführt. Aus dieser Stichwahl ging dann bei einer Wahlbeteiligung von 64,56 Prozent der 88-jährige Béji Caid Essebsi mit 55,68 Prozent der Stimmen als Sieger hervor[165]. Damit war Essebsi der erste direkt und demokratisch gewählte Staatspräsident des Landes. Als Neuheit in Tunesien und im arabischen Raum und wie es in demokratischen Staaten eigentlich üblich ist, räumte der Wahlverlierer Marzouki ein Tag später seine Niederlage ein und rief den künftigen Präsidenten an, um ihn zu dessen Wahlsieg zu gratulieren. Am 31 Dezember 2014 folgte die friedliche Machtübergabe zwischen den scheidenden Staatschef Marzouki und dessen

[164] Insgesamt reichten 70 Bewerber ihre Kandidatur bei der unabhängigen Wahlkommission ein. Nach Prüfung der Zulassungskriterien durch letztere konnten lediglich 27 Kandidaten die Voraussetzungen erfüllen und sich für die Präsidentschaftswahlen stellen.

[165] Vgl. EU-Parlament: *„Délégation d´Observation des Élections Législatives et Présidentielles 26 Octobre 2014, 25 Novembre et 21 Décembre 2014"*. Bericht der Beobachtermission der EU zur Kontrolle der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2014 in Tunesien, Seite 7, unter: http://www.europarl.europa.eu/intcoop/election_observation/missions/2014-2019/2014_10_26_tunisie_general_elections.pdf, abgerufen am 12.10.2018.

Nachfolger Essebsi. Damit wurde der Schlusspunkt für die Transitionsphase gesetzt. Die Beobachtermission der EU lobte den Ablauf der Wahlen und bezeichnete sie als transparent, demokratisch und mit internationalen Standards vereinbar[166]. Die EU-Wahlbeobachter würdigten darüber hinaus die Arbeit der tunesischen Wahlkommission ISIE und attestierten Letztere Unabhängigkeit, Kompetenz und Unparteilichkeit[167].

5.2.4.2 Parlamentswahlen

Nachdem die Staatsführung bei den Legislativwahlen 1994 der Opposition 19 von 148 Sitze (ca. 12,8 Prozent) mit Hilfe von Kompensationsmandate vergeben hatte, stieg diese Zahl bei den Parlamentswahlen vom 24 Oktober 1999 auf ca. 20 Prozent, als die tunesische Regierung der „legalen Opposition" 34 von insgesamt 182 Parlamentssitze gewährte (vgl. Erdle 2005; Axtmann 2007: 149, 268). Dabei handelte es sich um das *Mouvement des Démocrates Socialistes* mit 13 Mandate, *Parti de l'Unité Populaire* sowie die *Union Démocratique Unioniste* mit jeweils 7 Sitze, *Mouvement Ettajdid* mit 5 und das *Parti Social Libéral* an letzter Stelle mit 2 Sitze. Die restlichen 148 Mandate entfielen allesamt auf die Staatspartei RCD.

Bei den Wahlen zur Deputiertenkammer am 24 Oktober 2004 ergab sich eine ähnliche Konstellation wie 1999. Oppositionelle und nicht zugelassene Parteien hatten im Vorfeld der Wahlen aufgrund von Übergriffen sowie Unregelmäßigkeiten zum Boykott aufgerufen und Reporter ohne Grenzen sprach von einer fehelenden unabhängigen Medienberichterstattung, die während der Wahlkampagne geherrscht hatte[168]. Der RCD gewann trotzdem mit einem breiten Vorsprung die Legislativwahlen und kam laut offiziellen Angaben auf 87.59 Prozent der abgegebenen Stimmen (152 von insgesamt 189 Sitze). Die gleichen regierungsnahen Oppositionsparteien zogen ins Parlament und teilten sich in ähnlicher Reihenfolge wie 1999 die übrigen 37 Mandate. Die tunesische Menschenrechtsliga verurteilte in der Folge die auffälligen Ergebnisse der Präsidentschafts- sowie Parlamentswahlen und sprach ihnen jegliche Vereinbarkeit mit demokratischen Standards ab[169]. Fünf Jahre später zeichnete sich bei den Legislativwahlen am 25 Oktober 2009 wieder ein fast identischer Wahlausgang wie bereits 1999 und 2004 ab. Der RCD belegte nach offiziellen Angaben mit 84.59 Prozent und 161 Mandate (von insgesamt 214) mit großem Abstand den ersten Rang. Die verbleibenden 53 Sitze

[166] Vgl. Bericht der Beobachtermission der EU zur Kontrolle der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2014 in Tunesien, Seite 7, 29f.
[167] Ebd. Seite 29f.
[168] Vgl. Union Interparlementaire: *„Tunisie. Élections en 2004"*, unter: http://archive.ipu.org/parline-f/reports/arc/1321_04.htm, abgerufen am 26.10.18.
[169] Ebd.

bekamen anteilig die bereits im Parlament von 1999 sowie 2004 vertretenen Parteien und das neu zugelassene *Parti des Verts pour le Progrès*[170].

Bei den Legislativwahlen von 1995 bis 2009 soll ebenfalls wie bei den Präsidentschaftswahlen davon ausgegangen werden, dass sie von staatlichen Stellen manipuliert wurden, damit Ben Ali seine Macht zusätzlich durch eine treue und komfortable parlamentarische Mehrheit sichern kann. Im Rahmen der öffentlichen Anhörungen vom Instance Vérité et Dignité berichtete Beispielsweise *Abdeljaoued Jounaïdi*[171] im Juli 2017 von den Umständen, unter denen die Wahlen in der Ära Ben Ali abgehalten wurden: „A la préfecture, la gomme fonctionnait à plein tube avant la proclamation des résultats: ils prenaient les bulletins de vote, ils effaçaient et rectifiaient ce qu'ils voulaient pour que tout concorde"[172]. *Mongi Ellouze*, Mitglied der linksgerichteten Partei *Aljoumhouri* fügte hinzu, dass ein Wahlbeobachter seiner Partei nach Schließung eines Wahllokales von der Polizei aus dem Raum evakuiert wurde, nachdem er dagegen protestiert hatte, dass der Inhalt der Wahlurne vor Beginn der Stimmenauszählung in den Müll gekippt wurde[173]. In gleicher Richtung erklärte *Mohamed Ghariani*, Generalsekretär der ehemaligen Staatspartei RCD, dass die Wahlmanipulationen unter Ben Ali in Abstimmung zwischen der Präsidentschaft der Republik und dem Innenministerium durchgeführt worden seien[174]. Laut Ghariani wurde alles dafür getan, um dem RCD einen überwältigenden Sieg zu bescheren, wobei selbst die Quoten, die den Oppositionsparteien zugewiesen wurden, sorgfältig vom Innenministerium ausgewählt wurden[175]. Dadurch sollte eine politische Landschaft mit einem pluralistischen Charakter suggeriert werden.

Nach dem Sturz Ben Alis wurden anlässlich der Konstituierung einer Verfassungsgebenden Versammlung die ersten pluralistischen, freien und demokratischen Wahlen am 23 Oktober 2011 abgehalten (vgl. Schäfer 2017: 284; Braune 2011: 1). Statt das unter Ben Ali umgestezte „Mehrheitswahlrecht nach (starren) Listen", das die Hegemonie des RCD konsolidierte, anzuwenden, wurde nun ein neues Wahlsystem umgesetzt, das „eine breite Streuung des

[170] Vgl. Union Interparlementaire: *„Tunisie. Élections en 2009"*, unter: http://archive.ipu.org/parline-f/reports/arc/1321_09.htm, abgerufen am 26.10.18.
[171] Wahlbeobachter und ehemaliges Mitglied der kommunistischen Partei *Ettajdid*, die während der Amtszeit von Ben Ali im Parlament vertreten war.
[172] Radio France International: *„«Vérité et Dignité» en Tunisie: 50 ans de fraudes électorales expliquées à la TV"*. Artikel vom 22.07.17, unter: http://www.rfi.fr/afrique/20170722-tunisie-temoignages-fraude-electorale-ben-ali-instance-verite-dignite, abgerufen am 05.11.18.
[173] Ebd.
[174] Huffington Post: *„Tunisie: Les fraudes électorales sous la dictature au menu d'auditions publiques"*. Artikel vom 22.07.17, unter: https://www.huffpostmaghreb.com/2017/07/23/tunisie-fraudes-electoral_n_17557356.html, abgerufen am 05.11.18.
[175] Ebd.

politischen Spektrums“ vorzog und insbesondere auf eine Begünstigung kleinerer Parteien und Listen abzielte (vgl. Faath 2005: 76; Braune 2011: 1).

Die Wahlen wurden von der unabhängigen Wahlkommission ISIE organisiert, die den Kandidaten, Wahlbeobachtern und Journalisten ermöglichte, zwecks Transparenz den Ablauf der Wahlen zu verfolgen und diesen auch zu begutachten. „Auf die über 7.000 Wahlstationen kommen mindestens die rund 7.472 akkreditierten Wahlbeobachter, davon 400 Ausländer von insgesamt 7 internationalen Organisationen inklusive der EU und rund 2550 von einheimischen NGOs“ (Braune 2011: 6). Die erste freie und demokratische Wahl überstand Tunesien im Oktober 2011 mit dem friedlichen Ablauf sowie die Anerkennung der Ergebnisse durch die beteiligten Parteien insgesamt gut. Angesichts der jahrelang von der Staatsführung betriebenen politischen Erosion wurde der überraschend erfolgreiche Ablauf dieser Wahlen gelobt und als wichtigen Schritt zur Konsolidierung demokratischer Strukturen im Land gefeiert. In Bezug auf die Wahlergebnisse sicherten sich über 11 Parteien und unabhängige Listen den Zugang in die verfassungsgebende Versammlung. Bei einer Wahlbeteiligung von 54,1 Prozent gewann die Bewegung Ennahda mit 89 von insgesamt 217 Sitze vor dem CPR (29 Mandate) und *le Mouvement Al-Aridah Chaabia* (26 Sitze) die Wahlen[176]. Nach schwierigen Verhandlungen zwischen ihren Mitgliedern konnte die Assemblée Nationale Constituante nach mehr als zwei Jahren Arbeit eine Verfassung erarbeiten und diese am 26. Januar 2014 verabschieden.

Im Vorfeld der Legislativwahlen vom 26 Oktober 2014 schlossen sich mehrere ideologisch- und programmatisch-nahe Parteien in Wahlbündnissen zusammen, um ihre Chance zu erhöhen. Bei den ersten freien und demokratischen Parlamentswahlen feierte dann die säkulare Partei *Nidaa Tounes* mit 85 (von insgesamt 217) Sitzen einen Sieg vor der zweitplatzierten islamisch-konservativen Bewegung Ennahdha, die 69 Mandate errang. An dritter und vierter Stelle folgten dann die *Union Patriotique Libre* (säkular) und der *Front Populaire* (linkes-sozialistisches Bündnis) mit 16 bzw. 15 Sitze. Insgesamt zogen bei diesen Legislativwahlen 19 Parteien und Wahlbündnisse bzw. Listen in die Assemblée des Représentants du Peuple ein. Die Wahlergebnisse 2014 zeichneten sich außerdem durch einen hohen Anteil an weiblichen Abgeordneten aus. Von den 217 Parlamentariern zogen in der Zahl 149 Männer und 68 Frauen (fast ein Drittel) ins Parlament ein. „Damit steht Tunesien auf Platz 40 von 193 Ländern im Ranking der Interparlamentarischen Union hinsichtlich der Anzahl weiblicher Abgeordneter in

[176] Vgl. Le Monde: *„Tunisie: les résultats définitifs ont été annoncés“*. Artikel vom 14.11.2011, unter: https://www.lemonde.fr/tunisie/article/2011/11/14/tunisie-les-resultats-definitifs-ont-ete-annonces_1603365_1466522.html, abgerufen am 15.10.18.

Parlamenten weltweit“ (Schäffer 2017: 288). Die Wahlen verliefen insgesamt friedlich und wurden von über 14.000 einheimische zivilgesellschaftliche und internationale Wahlbeobachter begleitet, die neben Delegierten von Parteien sowohl während der Abstimmung als auch bei der Stimmenauszählung in den Wahllokalen anwesend waren[177]. Die Beobachtermission des EU-Parlaments lobte die professionelle Organisation der Wahlen durch die ISIE sowie ihre Unabhängigkeit. In ihrem Abschlussbericht werteten die EU-Wahlbeobachter die Wahlen insgesamt als frei, transparent und glaubwürdig[178].

Die freien Wahlen von 2014 sowie der anschließende friedliche Machtwechsel markierten die bisher signifikanteste demokratische Wende in der Geschichte Tunesiens. Die Wahlen bzw. das Wahlsystem ermöglichen eine breitere parlamentarische Repräsentation von Parteien, trotz Schwankungen der Mehrheitsverhältnisse aufgrund von Fraktionswechsel der Abgeordneten während der Legislaturperiode, bescheren der politischen Führung die bisher fehlende Legitimität und fördern die aktivere Teilnahme der Bevölkerung am politischen Leben. Nach den heftigen ideologischen Auseinandersetzungen zwischen säkularen und islamisch-konservativen Kräften, die die Transitionsphase von 2011 bis 2014 geprägt haben, scheint ein Teil tunesischer Parteien nach den Wahlen 2014 einen pragmatischeren Kurs einzuschlagen. Damit sollte die Bildung von Koalitionen, die sich auf solide Mehrheiten im Parlament stützen und die sozio-ökonomischen Defizite im Land besser bewältigen können, ermöglicht werden. Das Koalitionspotential und die Konsensbereitschaft zeigten sich bei der anschließenden Regierungsbildung 2015, als sich vier Parteien mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung zusammenschlossen. Dabei handelte es sich um Nidaa Tounes (säkular), Ennahda (islamisch-konservativ), Afek Tounes und Union Patriotique Libre (beide laizistisch). Ideologische Feindschaften scheinen allerdings noch bis 2020 die tunesische Parteienlandschaft zu überschatten, weil einige politische Kräfte die neue Kultur der Demokratie im Land noch nicht verinnerlicht haben und einen längeren Reifeprozess brauchen.

5.2.5 Menschenrechte und Pressefreiheit

Die Menschenrechtslage in Tunesien war von 1995 bis zum Sturz vom Zine El Abidine Ben Ali Anfang 2011 von der Beschneidung ziviler sowie journalistischer Rechte geprägt. Aufgrund seines militärischen Hintergrunds als ehemaliger General im Staatssicherheitsdienst sowie seine Tätigkeiten u.a. als Innenminister (unter Bourguiba) war Ben Ali mit den Strukturen des

[177] Vgl. EU-Parlament: *„Délégation d´Observation des Élections Législatives et Présidentielles 26 Octobre 2014, 25 Novembre et 21 Décembre 2014“*. Bericht der Beobachtermission der EU zur Kontrolle der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2014 in Tunesien, Seite 4f.
[178] Ebd. Seite 14.

tunesischen Sicherheitsapparats gut vertraut. Dies nutzte er zur Errichtung eines Polizei- und Überwachungsstaates, in dem weder Kritik an seiner Politik geduldet noch freie Presse oder Menschenrechte gewährt wurden (vgl. Faath 2005: 77f; Erdle 2005; Schiller 2011:10ff.). Außerdem wurden durch die staatliche Kontrolle von Sicherheitsdiensten und Justiz Folter, willkürliche Verhaftungen und die Politik des Verschwindenlassens praktiziert. Zudem wurden Menschen auf Basis konstruierter Anschuldigungen verhaftet, angeklagt und verurteilt[179].

Bereits Anfang der 1990er Jahre wurden „tausende wirklicher oder angeblicher Islamisten", denen eine Mitgliedschaft oder eine Nähe zum Mouvement de la Tendance Islamique (Vorgängerpartei der islamistischen Bewegung Ennahdha), vorgeworfen wurde, festgenommen und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt (vgl. Faath 2005: 77; Erdle 2005). Viele von ihnen wurden laut Menschenrechtsorganisationen Opfer des gezielten Verschwindenlassens und anschließender Folter in Geheimgefängnissen der Sicherheitsbehörden, bevor sie infolge erzwungener Geständnisse in Schnellprozessen zu langen Haftstrafen verurteilt wurden oder in Haft an den Folterfolgen starben. In dieser Hinsicht kann man beispielsweise die Fälle der politischen Gefangene *Rachid Chammakhi*, *Kamel Matmati* und *Rached Jaidane* erwähnen, denen Anfang der 1990er Jahre eine Mitgliedschaft bzw. Nähe zur islamisch-konservativen Ennahda vorgeworfen wurde. Während Rached Jaidane (damals Promotionsstudent an der Pariser Sorbonne-Universität) nach 13-jähriger Haft (wurde eigentlich zu 26. Jahren Haft verurteilt) infolge von Folter im Jahr 2006 mit mehreren körperlichen und seelischen Einschränkungen entlassen wurde, verloren Rachid Chammakhi und Kamel Matmati hingegen kurz nach ihrer Verhaftung ihr Leben aufgrund der Anwendung von Folter[180]. Die Leiche von Matmati wurde von den Sicherheitsbehörden heimlich vergraben und konnte bis zum Jahr 2018, trotz aufwendiger Bemühungen seiner Familie und juristischer Aufarbeitung im Rahmen der ins Leben gerufene Instance Vérité et Dignité, nicht gefunden werden.

Im April 1995 unterzeichnete die EU ein AA mit Tunesien, dem anschließend mit dem Barcelona-Prozess ein rechtlicher Rahmen verliehen wurde. Nach Inkrafttreten des Kooperationsabkommens im März 1998, in dem die Vertragspartner, Tunesien und die EU, sich dazu verpflichteten, u.a. die demokratischen Prinzipien und die Menschenrechte, zu

[179] Vgl. Amnesty International: *„Tunesien. Jabeur Mejri ist frei – Urteil muss jetzt aufgehoben werden*". Artikel vom 06.03.14.

[180] Vgl. Gehlen, Martin: *„Diktatur. Tunesien stellt sich seiner Geschichte*". Artikel vom 30.07.18. In: Frankfurter Rundschau, unter: https://www.fr.de/politik/tunesien-stellt-sich-seiner-geschichte-10957877.html; Nechi, Oumeïma: *„Tunisie: le premier procès de la justice transitionnelle accueilli dans l'émotion*", Bericht vom 30.05.18. In: Jeune Afrique, unter: https://www.jeuneafrique.com/563391/societe/affaire-kamel-matmati-en-tunisie-le-premier-proces-de-la-justice-transitionnelle-accueilli-dans-lemotion/, beide Links abgerufen am 28.10.18.

respektieren[181], erhoffte man sich im nordafrikanischen Land eine Verbesserung der Menschenrechtslage. Die herrschenden Zustände sowie die Berichte internationaler und nationaler Organisationen zeigten aber, dass im Bereich Menschenrechte weiterhin ein negativer Trend zu verzeichnen war (vgl. Faath 2005: 77).

Die alltägliche Realität von Menschenrechtler sowie Oppositionelle war von juristischer und polizeilicher Verfolgung gekennzeichnet. Die *Ligue Tunisienne des Droits de l'Homme* (LTDH), Anfang der 1990er Jahre noch wichtigste unabhängige Menschenrechtsorganisation im Land, wurde systematisch in ihre Arbeit behindert, ihre Führungsmitglieder schikaniert sowie Zeitweise verboten bis regierungsnahe Mitglieder den Vorsitz der LTDH übernahmen und einen freundlichen Kurs gegenüber der Regierung von Ben Ali fuhren[182]. Daraufhin gründeten im Jahr 1998 international bekannte Menschenrechtler und Rechtsanwälte den *Conseil National pour les Libertés en Tunisie* (CNLT). In der Folge wurden aus politischen Gründen auch Führungsmitglieder des CNLT verfolgt, eingeschüchtert und verhaftet. In dieser Hinsicht sind insebsondere Moncef Marzouki und *Sihem Ben Sedrine* (auf ihren Fall wird noch in diesem Abschnitt eingegangen) zu nennen. Die tunesische Staatsführung blieb nach 1995 ihrer restriktiven Politik treu und weigerte sich, den wichtigsten Menschenrechtsorganisationen im Land (LTDH und CNLT) einen Rechtsstatus zu gewähren. Dies war auch die rechtliche Lücke, die die Sicherheitsbehörden regelmäßig nutzten, um die Arbeit von Menschenrechtlern zu behindern oder strafrechtlich zu verfolgen. Die staatlichen Schikanen zur Einschränkung der Arbeit von Menschenrechtsgruppen umfassten Ende der 1990er Jahre/Anfang 2000 die umfangreiche polizeiliche Überwachung, Einschüchterung durch Einbrüche in den Domizilen der Menschenrechtler sowie Vandalismusakte an ihrem Besitztum[183], Reiseverbote und Kündigung vom Arbeitsplatz[184], Belästigung von Ehepartnern und Kindern sowie Organisationsverbote von Fachtreffen[185].

---

[181] Vgl. Art. 2 des Assoziierungsabkommens zwischen Tunesien und der EU. Offizielles Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/PDF/?uri=OJ:L:1998:097:FULL&from=DE, abgerufen am 04.11.18.

[182] Vgl. Marsad Majles (politisches Online-Portal der tunesischen Menschrechtsorganisation „Al Bawsala"): „*Mohamed Moncef Marzouki*", unter: https://majles.marsad.tn/fr/deputes/4f4fbcf3bd8cb561570000a5, abgerufen am 18.09.18.

[183] Hierzu einige dokumentierte Fälle von Amnesty International: „*Amnesty Report. Tunesien 2009*". Bericht vom 12.05.2009, unter: https://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/tunesien; Amnesty International: „*Amnesty Report. Tunesien 2010*". Bericht vom 20.05.2010, unter: https://www.amnesty.de/jahresbericht/2010/tunesien, beide Links abgerufen am 18.09.18.

[184] Hier ist unter anderem die Kündigung von Moncef Marzouki im Jahr 2000 durch die Fakultät für Medizin in der tunesischen Stadt Sousse zu nennen, wo er seit 1981 als Medizinprofessor tätig war.

[185] Vgl. Human Rights Watch: „*World Report 2003. Tunisia*". Human Rights Watch (Hrsg.), unter: https://www.hrw.org/legacy/wr2k3/mideast8.html, abgerufen am 16.09.18.

Die Repressionen wurden durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA, den Anschlag auf die Synagoge der tunesischen Insel *Djerba* mit 21 Toten (darunter viele deutsche Touristen) im April 2002 und den anschließenden weltweiten Antiterrorkampf angefacht. Die Staatsführung schränkte im Anschluss unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung u.a. die Menschenrechte weiter ein. Es wurden Dutzende verdächtige Islamisten vor Militärgerichte gestellt und zu langen Haftstrafen verurteilt, obwohl das Gericht laut ihren Rechtsanwälten weder Beweise für die Schuld ihrer Mandanten vorlegen noch ihre Folteranschuldigungen prüfen konnte[186]. Im Laufe des Jahres 2002 starben mehrere politische Häftlinge, teilweise unter ungeklärten Umständen, in tunesischen Haftanstalten. *Abdelwahab Boussaa* z.B. soll infolge eines vier Monate andauernden Hungerstreiks gestorben sein, *Lakhdar Essdiri* seinerseits an medizinischer Vernachlässigung verstorben und *Habib Saïdi* einige Tage vor seiner Freilassung laut Human Rights Watch unter „mysteriösen Umständen" ums Leben gekommen sein[187]. Die Anwälte, die die Misshandlungen und Folterpraktiken in Polizeigewahrsam oder in Gefängnissen öffentlich kritisierten und Menschenrechtsorganisation diesbezüglich kontaktierten, wurden verhaftet, eingeschüchtert, geschlagen und mit einem Besuchsverbot belegt[188]. Ähnlich erging es z.B. dem Menschenrechtsanwalt *Mohammed Abbou*, der im Jahr 2005 zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt wurde, nachdem er im Internet zwei Artikeln veröffentlicht hatte, in denen er die tunesischen Behörden kritisierte und dabei die weitverbreitete Folteranwendung anprangerte[189]. Abbou wurde dann in Haft selber Opfer von Misshandlungen und ging im Jahr 2006 für fünf Wochen in den Hungerstreik.

Die tunesische Staatsführung verschärfte im Juli 2010 zwecks Geheimhaltung der Menschenrechtsverletzungen im Land die Gesetzeslage, um lokale Menschenrechtler und Oppositionelle vor Kontaktaufnahmen zu Menschenrechtsorganisationen oder zu den UN-Gremien abzuschrecken. Artikel 61a des Strafgesetzbuches sah u.a. Strafen für Personen vor, die direkten oder indirekten Kontakt zu Vertretern eines ausländischen Staates, einer ausländischen Institution oder einer ausländischen Organisation aufnehmen, um diese dazu zu bewegen, die vitalen Interessen Tunesiens und die Wirtschaft des Landes zu schaden[190]. Diese

[186] Ebd.
[187] Ebd.
[188] Vgl. Amnesty International: *„Amnesty Report. Tunesien 2009"* (Bericht vom 12.05.2009) und *„Amnesty Report. Tunesien 2010"* (Bericht vom 20.05.2010).
[189] Vgl. Amnesty International: *„Mohammed Abbou, en détention arbitraire depuis avril 2005"*. Artikel vom 22.09.2006, unter: https://www.amnesty.be/je-veux-agir/agir-localement/agir-a-l-ecole/l-espace-enseignants/enseignement-secondaire/dossier-papiers-libres-2006-les-defenseurs-des-droits-humains/article/tunisie?lang=fr, abgerufen am 16.09.18.
[190] Vgl. Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme: *„Instrumentalisation de la justice en Tunisie. Ingérence, Violations, Impunité"*. Bericht von 2011, Seite 16; Human Rights Watch: *„World Report 2003. Tunisia"*.

Gesetzänderung verstößt laut der *Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme* (FIDH) gegen das AA zwischen der EU und Tunesien, das u.a. die Beteiligung der tunesischen Gesellschaft am politischen Leben und die Förderung der zivilgesellschaft vorsieht[191]. In diesem Kontext hatte HRW die Haltung der EU gegenüber den Menschenrechtsverletzungen in Tunesien kritisiert und beanstandete die fehlende konsequente Anwendung der politischen Konditionalität, die in den AA mit den MDL aufgenommen wurde. „Despite a provision in the Association Agreement expressly addressing human rights, however, the E.U. never suggested that Tunisian rights violations imperiled the agreement or aid programs"[192]. Die EU-Vertreter bemängelten ebenfalls die Menschenrechtslage unter Ben Ali, betonten aber, dass sie das Thema mit der tunesischen Führung auf Fachebene behandeln würden[193]. Die FIDH, Amnesty International und HRW zählten für die Zeit von 2001 bis 2009 mehrere Fälle von Repressionen und Haftstrafen gegen Menschenrechtler, Anwälte und Richter, hinter denen die tunesische Staatsführung gestanden haben soll[194]. Der ungeklärte Tod von (politischen) Gefangenen, ihre mutmaßliche Misshandlung sowie die mögliche Anwendung von Folter durch die tunesischen Sicherheitsbehörden konnte aufgrund der Gesetzeslage sowie der ausgeübten Kontrolle der Exekutive (Justiz- und Innenministerium) über juristischen Wegen bis 2010 nicht unabhängig untersucht werden. Die FIDH stellte während dieser Phase eine systematische Passivität der Justizbehörden gegenüber der erhobenen Foltervorwürfe gegen staatliche Akteure fest[195].

Die Opfer polizeilicher Willkür wurden eingeschüchtert und bedroht, damit sie sich nicht an die Öffentlichkeit wenden. Tunesische Dissidenten und politische asylsuchende im Ausland hingegen versuchten, durch Kontaktaufnahme mit internationalen Organisationen auf die prekäre Menschenrechtslage im Land aufmerksam zu machen oder nach Gerechtigkeit für sich selber als Folteropfer zu suchen. Mithilfe der „Regel der universellen Gerichtbarkeit", die einige Staaten in ihrem Rechtsystem umsetzen und ihnen erlaubt, gegen ausländische mutmaßliche Kriegsverbrecher oder Folterer vorzugehen, erhob im Jahr 2001 die Tunesierin *Zoulaikha Gharbi* in Frankreich eine Anklage gegen den damals amtierenden tunesischen Vizekonsul *Khaled Ben Saïd*, den sie als ehemaligen Chef der Polizeistation von *Jendouba* identifizierte, wo sie nach eigenen Angaben im Jahr 1996 wegen angeblicher Nähe zur

[191] Ebd. Seite 16.
[192] Human Rights Watch: „*World Report 2003. Tunisia*".
[193] Vgl. Human Rights Watch: „*World Report 2003. Tunisia*".
[194] FIDH: „*Instrumentalisation de la justice en Tunisie. Ingérence, Violations, Impunité*". Seite 9-13 und Seite 21-30; Human Rights Watch: „*World Report 2003. Tunisia*".
[195] FIDH: „*Instrumentalisation de la justice en Tunisie. Ingérence, Violations, Impunité*". Seite 14.f.

Bewegung Ennahdha gefoltert wurde[196]. Nach Bekanntwerden der Anschuldigungen gegen ihn setzte sich Ben Saïd nach Tunesien ab und wurde ins Innenministerium (Spitzenamt in der Antiterrorabteilung) wieder eingestellt[197]. Nach einem langjährigen Prozess wurde Ben Saïd zunächst im Jahr 2008 von einem Gericht in Straßburg in erster Instanz zu einer Haftstrafe von 8 Jahre verurteilt, bevor diese im Berufungsverfahren im Jahr 2010 von einem Gericht in Nancy auf 12 Jahre erhöht wurde[198]. Seitdem wurde er per internationalen Haftbefehl gesucht.

In Bezug auf die Bereiche Presse-, Medien- und Meinungsfreiheit wurden vom Jahr 1995 bis 2010 ebenfalls Einschränkungen verzeichnet (vgl. Faath 2005: 77f.). Sowohl der öffentliche als auch der private Mediensektor standen unter Kontrolle staatlicher Instanzen (u.a. das Informations- und Innenministerium). Zunächst waren Anfang der 1990ern Ennahdha-nahe Medien staatlichen Repressionen ausgesetzt. Dementsprechend wurde die Wochenzeitung *Al-Fajr* geschlossen und einige ihrer Journalisten landeten im Gefängnis, wobei einer von ihnen, *Jouhari Sahnoun*, Anfang 1995 aufgrund innerer Blutungen in der Haft gestorben war[199]. Ausländische Printmedien, die kritisch über die Staatsführung und die Lage in Tunesien berichteten, wurden auch Opfer staatlicher Repressionen. Die französischen Tageszeitungen *Le Monde* sowie *Liberation* wurden das ganze Jahr 1994 in Tunesien verboten, einige ausländische Journalisten übten Selbstzensur um nicht ausgewiesen zu werden und andere ausländische Korrespondenten verließen hingegen aus Angst um ihr Wohl das Land[200].

Zur Kontrolle der Medienlandschaft verabschiedete die tunesische Führung im Jahr 1993 ein Pressegesetz, das sie als Speerspitze gegen kritische Medienschaffende nutzte. Das Gesetz sah u.a. eine zeitliche Einschränkung der erteilten Publikationsgenehmigungen für Medienorgane vor (ein Jahr Gültigkeitsdauer), beinhaltete eine breitere Auslegung des Begriffs

[196] Vgl. Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme: „*Tunisian diplomat and torturer sentenced in appeal trial*". Bericht vom 25.09.2010, unter: https://www.fidh.org/en/issues/litigation/litigation-against-individuals/Ben-Said-Case/Tunisian-diplomat-and-torturer; Boisselet, Pierre: „*Khaled Ben Saïd condamné à douze ans de réclusion criminelle*", Bericht vom 25.09.2010. In: Jeune Afrique, unter: https://www.jeuneafrique.com/184333/politique/khaled-ben-saed-condamn-douze-ans-de-r-clusion-criminelle/, beide Links abgerufen am 21.09.18.

[197] Vgl. Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme: „*Instrumentalisation de la justice en Tunisie. Ingérence, Violations, Impunité*". Bericht von 2011, Seite 15.

[198] Vgl. Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme: „*Tunisian diplomat and torturer sentenced in appeal trial*". Bericht vom 25.09.2010; Boisselet, Pierre: „*Khaled Ben Saïd condamné à douze ans de réclusion criminelle*", Bericht vom 25.09.2010. In: Jeune Afrique.

[199] Vgl. Boltanski, Christophe: „*La mort suspecte d'un dirigeant islamiste tunisien en détention*". Bericht vom 31.01.95. In: Libération (Franca), unter: https://www.liberation.fr/planete/1995/01/31/la-mort-suspecte-d-un-dirigeant-islamiste-tunisien-en-detention_117926, abgerufen am 19.09.18.

[200] Vgl. Ayad, Christophe: „*Tunisie: la presse esclave du Président. A force de persuasion et de répression, Ben Ali a mis au pas tous les médias*". Bericht vom 29.11.1997. In: Libération (France), unter: https://www.liberation.fr/medias/1997/11/29/tunisie-la-presse-esclave-du-president-a-force-de-persuasion-et-de-repression-ben-ali-a-mis-au-pas-t_221089, abgerufen am 19.09.18.

„Verleumdung“ und verpflichtete Zeitungen und Zeitschriften dazu, jeweils ein Exemplar der veröffentlichten Ausgaben beim Innenministerium einzureichen[201]. Zudem übte die tunesische Regierung im Hinblick auf die Vergabe von Werbeaufträgen zusätzlich einen finanziellen Druck auf die Presse. Da die Erteilung von Werbelizenzen ausschließlich von der staatlichen Stelle *Agence Tunisienne de Communication Extérieure* (ATCE) erfolgte, besaß die Staatsführung dadurch ein Druckinstrument in der Hand, um beispielsweise unliebsame Medien durch den Entzug einer wichtigen Finanzquelle unter Existenzdruck zu setzen.

Die Staatsführung unter Ben Ali tendierte darüber hinaus dazu, kritische Journalisten in den staatlichen und regierungsnahen Medien zu diskreditieren und zu diffamieren. So erging es auch Sihem Ben Sedrine, eine prominente linke Journalistin und Menschenrechtlerin (arbeitete u.a. als Sprecherin der Tunesischen Menschenrechtliga), die sich im Jahr 2002 eine mediale Diffamationskampagne wegen eines angeblichen Treffens mit israelischen Diplomaten in Genf konfrontiert sah[202]. Ben Sedrine erlebte während der Regierungszeit von Ben Ali insgesamt mehrere Formen von staatlicher Repression. Sie wurde u.a. mehrmals wegen ihrer journalistischen und menschenrechtlichen Arbeit verhaftet, auf der Straße geprügelt, mit Reiseverbot belegt, ihre Kinder wurden auf der Straße bedroht und ihr Verlag wurde von den Behörden geschlossen[203]. Aufgrund dieser Zustände sahen sich in der Folge sowohl lokale als auch ausländische Journalisten dazu genötigt, Selbstzensur zu üben, um nicht in Konflikt mit der vom Staatsapparat kontrollierten Justiz oder Behörden zu geraten (vgl. Faath 2005: 78).

Die Restriktion gegen Medienschaffenden in setzte sich in den 2000er Jahren fort. „Personen, die Kritik an der Regierung übten oder Korruption und Menschenrechtsverletzungen anprangerten, riskierten, von den Staatssicherheitskräften schikaniert, eingeschüchtert oder tätlich angegriffen zu werden“[204]. Der Fernsehjournalist *Fahem Boukadous* wurde beispielsweise im Jahr 2008 wegen seiner Berichterstattung über soziale Unruhen in der tunesischen Bergbauregion von *Gafsa* und die unverhältnismäßige Reaktion der Sicherheitskräfte[205] in Abwesenheit zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt. Ihm wurden „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung“ und „Verbreitung von Informationen zur

[201] Ebd.

[202] Die Diffamationskampagne liegt zugrunde, dass die öffentliche Meinung in arabischen Ländern aufgrund des Nahostkonfliktes aus Solidarität mit den Palästinensern ablehnend dazu steht, dass Verantwortliche oder Intellektuelle sich mit israelischen Vertretern treffen.

[203] Vgl. Erdle 2005 zitiert nach Kyra Wolf: *„Der Fall Ben Sedrine“*. In: Frankfurter Rundschau. Artikel vom 01.08.2001.

[204] Vgl. Amnesty International: *„Amnesty Report. Tunesien 2010“*. Bericht vom 20.05.2010.

[205] Bei den Protesten soll es laut Amnesty International mindestens zwei Tote Demonstranten, zahlreiche Verletzte und hunderte Festgenommene gegeben haben.

Störung der öffentlichen Sicherheit“ vorgeworfen[206]. Im Jahr 2009 wurde u. a. der unabhängige Radiosender *Radio Kalima* von den Behörden verboten sowie dessen Chefredakteurin Sihem Bensedrine unter Bewachung gestellt und die Mitarbeiter wurden von der Polizei eingeschüchtert[207]. Im August 2009 wurden darüber hinaus die Vorstandsmitglieder der Journalistengewerkschaft (*Syndicat National des Journalistes Tunisiens*) ihres Amtes enthoben, nachdem die Gewerkschaft einen Bericht veröffentlicht hatte, in dem die mangelhafte Pressefreiheit kritisiert wurde. In der Folge beriefen Regierungstreue Gewerkschaftsmitglieder eine Sonderversammlung ein und wählten einen neuen Vorstand[208].

Der ehemalige Präsident Ben Ali nutzte seit seiner Machtergreifung die Exekutive, Legislative, Judikative und die Medien aus, um gegen Menschenrechtler und Medienschaffende vorzugehen. „Sie wurden wegen konstruierter Beschuldigungen strafrechtlich verfolgt und inhaftiert oder waren Opfer von Verleumdungskampagnen regierungstreuer Medien“[209]. Außerdem nutzte die tunesische Regierung vor 2011 die Justiz als Instrument zur Behinderung der Arbeit von Menschenrechtsorganisationen[210]. Nach der Revolution 2011 wurde als Instrument der *Transitional Justice* die unabhängige *Instance Vérité et Dignité* (IVD) im Dezember 2013 gegründet. Ihre Aufgabe lag darin, die Menschenrechtsverletzungen sowohl in der Regierungszeit von Bourguiba als auch von Ben Ali (vom Jahr 1955 bis 2013) aufzuklären, aufzuarbeiten und die möglichen Opfer zu entschädigen. Die Ziele der IVD manifestierten sich darin, eine nationale Versöhnung zu erreichen sowie institutionelle Reformen vorzuschlagen, um eine eventuelle Wiederholung von Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden und dadurch das Vertrauen der Bevölkerung im Staat wiederherzustellen. Die IVD wurde zwar durch Verfassungsartikel 148 Abs. 9, der den Staat zur Umsetzung und Unterstützung der Transitional Justice verpflichtet, in ihrer Arbeit gestärkt. Mitglieder des alten Staatsapparats, die noch in unterschiedlichen Funktionen in öffentlichen Stellen aktiv waren, erschwerten aber durch ihre unzureichende Kooperationsbereitschaft mit der IVD die Aufklärung mehrerer Fälle[211]. Insgesamt nahm die IVD unter der Leitung der ehemaligen Oppositionelle Sihem Bensedrine

[206] Vgl. Amnesty International: *„Amnesty Report. Tunesien 2009“*. Bericht vom 12.05.2009.
[207] Vgl. Amnesty International: *„Amnesty Report. Tunesien 2010“*. Bericht vom 20.05.2010.
[208] Ebd.
[209] Amnesty International: *„Amnesty Report. Tunesien 2010“*. Bericht vom 20.05.2010.
[210] Vgl. Fédération Internationale des Ligues des Droits de l’Homme: *„Instrumentalisation de la justice en Tunisie. Ingérence, Violations, Impunité“*. Bericht von 2011, Seite 15.
[211] Vgl. Bobin, Frédéric: *„La Tunisie peine à solder les comptes de la dictature“*. Artikel vom 27.12.18. In: Le Monde, unter: https://www.lemonde.fr/afrique/article/2018/12/27/la-tunisie-peine-a-solder-les-comptes-de-la-dictature_5402522_3212.html, abgerufen am 29.12.18.

55.000 Akte, darunter 10.000 Fälle von Folter, auf. Die IVD veranstaltete zwecks Transparenz öffentliche Anhörungen, die teilweise live im Fernsehen und im Rundfunk übertragen wurden.

Mit dem Sturz von Ben Ali öffneten sich neue Horizonte für Menschenrechte und Pressefreiheit in Tunesien. Die Einschränkungen für beide Bereiche wurden aufgehoben, sodass tausende neue nationale sowie internationale Organisationen (auch NGOs), Medien, Parteien und Gewerkschaften gegründet werden konnten oder sich im Land niederließen (vgl. Chouikha 2013: Abschnitt 2; Kaddour 2014: Abschnitte 38 bis 54). Ferner wurden neue Gesetze zur Bekämpfung von Folter und Machtmissbrauch verabschiedet. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und die Europäische Union hatten im Jahr 2014 Programme zur Reform des Sicherheits- und Justizapparats unterstützt[212]. Ben Ali, sein ehemaliger Innenminister, mehrere Polizisten und Staatsfunktionäre wurde der Prozess vor Militärgerichten wegen des gewaltsamen Todes von Demonstranten während der tunesischen Revolution gemacht. Im Anschluss an den Prozessen, die u.a. von Human Rights Watch insgesamt als fair bezeichnet wurden, wurden die Angeklagten im Laufe des Jahres 2012 zu Haftstrafen zwischen 15 Jahren und lebenslänglich verurteilt[213]. Trotz der verabschiedeten Gesetze sowie die Gründung einer neuen Instanz zur Prävention von Folter verzeichneten Menschenrechtsorganisationen im Jahr 2014 weiterhin einzelne mutmaßliche Folterfälle in Polizeistationen und Gefängnissen[214].

In Bezug auf den Mediensektor wurden die Aufsichtsbehörden über die Presse aus der Zeit von Ben Ali abgeschafft und die restriktiven Gesetze aus dieser Phase ersetzt, sodass die Medienlandschaft die Geburt zahlreicher neuer Sender und (Online-) Zeitungen erlebte. Zur Regulierung der Arbeit von Medienschaffenden wurden mit den Dekreten Nr. 2011-115 (Pressegesetz) und Nr. 2011-116 (zur Gründung der *Haute Autorité Indépendante de la Communication Audiovisuelle*) vom 02. November 2011 ein neuer Rechtsrahmen geschaffen, der die Medienarbeit regulieren soll. Nach Verzögerungen bei der Umsetzung vom Pressegesetz protestierten zivilgesellschaftliche Akteure und Journalisten bis sie am 03 März 2013 die effektive Umsetzung beider Dekrete, die sie als ersten konkreten Schritt für die Etablierung von Presse- und Meinungsfreiheit im Land sahen, erwirkten (vgl. Kaddour 2014: Abschnitt 48).

[212] Vgl. Human Rights Watch: „*Rapport mondial 2015: Tunisie. Événements de 2014*". HRW (Hrsg.) 2015, unter: https://www.hrw.org/fr/world-report/2015/country-chapters/268162, abgerufen am 25.12.18.
[213] Ben Ali wurde in Abwesenheit zu lebenslanger Gefängnisstrafe verurteilt (Vgl. Human Rights Watch: „*Rapport mondial 2015: Tunisie. Événements de 2014*". HRW (Hrsg.) 2015).
[214] Vgl. Human Rights Watch: „*Rapport mondial 2015: Tunisie. Événements de 2014*. HRW (Hrsg.) 2015.

Die Medien- und Presselandschaft kennt seit 2011 eine Zeit des Aufblühens und nimmt eine signifikante positive Entwicklung. Reporter ohne Grenzen lobte die vielfältige und teils politisierte Medienlandschaft im Land. „Die Verfassung von 2014 hat ungeachtet einiger Schwachstellen große Fortschritte für die Pressefreiheit gebracht“[215]. Insgesamt schnitt Tunesien seit 2011 im Bereich Pressefreiheit sukzessiv besser ab. Während das Land von 2002 bis 2011 gemessen am Index von Reporter ohne Grenzen Plätze im letzten Viertel der Liste belegte, verbesserte sich Tunesien im Jahr 2019 auf Platz 72 der Welt (von insgesamt 180 Länder). Die positiven Entwicklungen in der tunesischen Medienlandschaft seit 2011 decken sich mit dem Bereich Menschenrechte. Zwar scheint die Etablierung der Meinungsfreiheit noch einige Defizite zu haben, wie das Beispiel von *Jabeur Mejri* aus dem Jahr 2012 zeigt, als er wegen Veröffentlichung islamkritischer Artikel und Cartoons wegen Störung der öffentlichen Ordnung zu siebeneinhalb Jahre Gefängnis verurteilt wurde[216], aber Tunesien festigt insgesamt seit 2011 schrittweise seine demokratischen Strukturen. Jabeur Mejri wurde seinerseits zwei Jahre nach seiner Verhaftung im Februar 2014 aufgrund des Drucks internationaler und lokaler Menschenrechtsorganisationen vom Präsidenten Moncef Marzouki begnadigt und Anfang März des gleichen Jahres aus der Haft entlassen. Freedom House klassifiziert Tunesien seit 2015 fortlaufend bis 2020 als einziges arabisches Land in der Kategorie „*Free*“ (höchste Stufe).

5.3 Die Demokratie in Ägypten

Die *Arabische Republik Ägypten* mit der Hauptstadt *Kairo* ist mit ca. 96 Millionen (Stand: 2015) Einwohner das bevölkerungsreichste arabische Land und liegt geographisch gesehen zwischen Afrika, Asien und Europa an einer strategisch wichtigen Stelle. Dem Land kommt sowohl auf arabischer als auch auf internationaler Ebene aufgrund dessen politischen, militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gewicht eine bedeutende Rolle zu. Ägypten als regionale Großmacht belegt seit dem Friedensschluss mit Israel am 26. März 1979 insbesondere in Bezug auf die Vermittlerrolle des Landes im Nahostkonflikt zwischen Palästinenser und Israelis eine bedeutende Stellung auf der internationalen politischen Bühne. Dies war auch einer der wichtigsten Gründe hinter der Aufnahme Ägyptens gemeinsam mit Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde in der EMP. Dadurch sollte den Konfliktparteien im Nahen Osten neben den Vereinten Nationen eine zusätzliche Verhandlungsplattform angeboten

[215] Reporter ohne Grenzen: *„Tunesien“*, unter: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/tunesien/, abgerufen am 02.01.19.
[216] Vgl. Amnesty International: *„Tunesien. Jabeur Mejri ist frei – Urteil muss jetzt aufgehoben werden“*. Artikel vom 06.03.14.

werden, in der Hoffnung, an der Lösung des jahrzehntelangen anschwellenden Konflikts beizutragen. Im Kontext der Forgschungsarbeit ist es wichtiger zu erfahren, wie sich das politische System Ägyptens seit Beginn des Barcelona-Prozesses entwickelt hat.

5.3.1 Die politische und sicherheitspolitische Lage in Ägypten vor 1995

Politisch gesehen wurde Ägypten seit dem Sturz der Monarchie am 23. Juli 1952 infolge eines Militärputsches bzw. „Revolution", die von der Geheimorganisation der *Freien Offiziere* durchgeführt wurde und in Ägypten jährlich als Revolution zelebriert wird, durchgehend bis Anfang 2011 von Staatspräsidenten regiert, die aus den Reihen der Streitkräfte stammten. Die Armee verstand sich seit dem unblutigen Sturz der Monarchie als einzige legitime Macht, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Geschicke des Landes lenken soll. Die Republik wurde im Jahr 1953 ausgerufen, ein Semipräsidialsystem eingeführt und *Muhammad Nagib* (Führungsmitglied der Freien Offiziere) übernahm von 1953 bis 1954 das Amt des Staatschefs. Nagib wurde nach einer kurzen Amtszeit wegen politischer Meinungsverschiedenheiten von den Freien Offiziere entmachtet, u.a. als er seine Absicht erklärte, ein parlamentarisches Regierungssystem zu etablieren. Nagib wurde unter Hausarrest gestellt und auf ihn im Amt des Präsidenten folgte *Gamal Abdel Nasser* (Amtszeit von 1954 bis 1970), auch Mitglied der Freien Offiziere und zum Zeitpunkt seiner Machtübernahme Armeeoberst. Nach seinem Tod 1970 übernahm sein Stellvertreter *Mohamed Anwar El Sadat* (ebenfalls Armeeoberst) bis zum Jahr 1981 das Amt des Staatsoberhauptes. Nach der Ermordung von El Sadat am 6. Oktober 1981 trat sein Stellvertreter *Mohamed Hosny Mubarak* (Luftwaffenchef) dessen Nachfolge im Posten des Staatspräsidenten an und bekleidete dieses Amt 30. Jahre lang bis zum Februar 2011.

Das politische Leben in Ägypten wurde nach der Machtergreifung von Abdel Nasser einschränkt, nachdem er alle in Ägypten bereits existierenden Parteien verbot und stattdessen die sozialistische und nationalistische Einheitspartei *Arabische Union* (1962 in *Arabische Sozialistische Union*, ASU, umbenannt) im Jahr 1957 ins Leben rief. In der Regierungszeit von El Sadat wurde Ende der 1970er Jahre wieder ein Mehrparteiensystem zugelassen, in dem aber auf Wunsch von El Sadat die im Jahr 1978 gegründete und aus der herrschenden Einheitspartei ASU entstandene *National Democratic Party* (NDP; Nationaldemokratische Partei) weiterhin die absolut dominierende politische Rolle im Land spielte (vgl. Biegel 2000: 4). Außenpolitisch profilierte sich El Sadat während seiner Amtszeit durch eine Abkehr von den klassischen Beziehungen Abdel Nassers zur Sowjetunion hin zu einer Öffnung in Richtung Europa und den westlichen Industriestaaten. Dies war sowohl aus politischen als auch wirtschaftlichen Gründen. Die Annäherung an den Westen gipfelte dann im Jahr 1979 in einem von El Sadat

mit Israel ausgehandelten und abgeschlossenen Friedensvertrag, der aus Ägypten das erste arabische Land machte, mit dem Israel diplomatische Beziehungen aufnahm und die militärischen Feindseligkeiten beendete. Nach der Ermordung El Sadats wurde gemäß der Verfassung sein Stellvertreter Mohamed Hosni Mubarak zum Staatspräsidenten erklärt und der Ausnahmezustand, der jährlich bis 2011 verlängert wurde, verhängt.

Nach seiner Machtübernahme verstärkte Mubarak in seiner Funktion als Präsident und Parteivorsitzender (ägyptische Staatschefs übten übelicherweise beide Ämter in Personalunion aus) die Schlüsselposition der Staatspartei NDP, nachdem er deren Einfluss neben Politik auch auf die Wirtschaft und Gesellschaft ausgedehnt hatte. Dabei stützte sich die NDP „als Regierungspartei hauptsächlich auf den staatlichen Verwaltungsapparat, den sie für ihre parteipolitischen Ziele“ beliebig ausnutzte, zumal die Provinzgouverneure und andere hohe regionale Staatsbedienstete allesamt Mitglieder der NDP waren (vgl. Biegel 2000: 5). Somit ergaben sich für die NDP große Vorteile gegenüber der Opposition, da die Partei sich dadurch eine flächendeckende Präsenz und Vernetzung im Land sichern konnte, die ihr den Zugang zur Wählerschaft erleichterten. Die NDP fungierte in den Folgejahren nach ihrer Neugründung trotz formal herrschender Parteienpluralismus als Staatspartei. Sie konnte die Parlamentswahlen bis Anfang der 1990er Jahre mit Werten von fast 90 Prozent gewinnen sowie Führungskader aus unterschiedlichen Bereichen anwerben und diese im Dienst der Regierung stellen.

Mubarak hatte zu Beginn seiner Amtszeit 1981 u.a. liberale Reformen versprochen. Zwar ließ Mubarak in Bezug auf die innere Politik auch in den 1980er und Anfang der 1990er Jahre eine gebändigte und kontrollierte Opposition gewähren, allerdings war er, wie bereits zuvor seine Vorgänger Abdel Nasser und El Sadat, auch „zu keiner Zeit dazu bereit, Wahlbedingungen zuzulassen, die der faktischen Alleinherrschaft der Staatspartei gefährlich hätten werden können“ (Jacobs 2003: 183). Mithilfe des verhängten Notstandes sicherte sich Mubarak weitreichende Befugnisse, zementierte seine Herrschaft durch die Kontrolle der Verwaltung und schränkte die Arbeit von Oppositionellen und Menschenrechtler ein. Denn „während des Ausnahmezustands können Zivilisten vor Militärgerichte gestellt“ sowie politische und zivile Rechte beschnitten werden (vgl. Hegasy 2005; Fürtig 2005: 97). In diesem Kontext nutzte der Staatsapparat unter Mubarak den Notstand aus, um den Oppositionskräften, und insbesondere die gesellschaftlich stark verankerte islamistische Bewegung der *Muslimbruderschaft* (in der Literatur auch *Muslimbrüder* genannt), die Anerkennung als politische Partei zu verwehren (vgl. Hegasy 2005; Biegel 2000: 4, 7f; Fürtig 2005: 100).

Die Vergabe des Präsidentenamtes nach der Machtübernahme Mubaraks erfolgte nicht über allgemeine, pluralistische und direkte Wahlen, sondern per Volksreferendum, nachdem das Parlament im Vorfeld ein Kandidat für den Volksentscheid vorgeschlagen hatte. Somit konnte Hosni Mubarak zunächst 1987 und 1993 ohne Gegenkandidaten per Volksbefragung in seinem Amt bestätigt werden (vgl. Biegel 2000: 6). Die Anwendung eines derartigen Mechanismus zur Wahl des höchsten Amtes im Staat wies auf ein Demokratiedefizit in Ägypten hin. Zudem stellte die Ausübung des Präsidentenamtes und des Parteivorsitzes in Personalunion die Neutralität von Mubarak in Frage, da ein Staatschef die Belange der gesamten Bevölkerung vertreten und nach seinem Amtsantritt die gleiche Distanz zu allen politischen Kräften aufrechterhalten sollte. „Mubarak betont zwar, dass er Präsident eines demokratisch-pluralistischen Systems sei, in der Realität agiert er aber eher als Staats- und Parteichef eines nasseristischen[217] Einparteienstaates“ (Biegel 2000: 5).

Die Repressionen gegen die Opposition in Zusammenhang mit fehlenden politischen Reformen prägten die Regierungszeit von Mubarak Anfang der 1990ern. Dazu noch „anhaltend schlechte Lebensverhältnisse und ein wirtschaftlicher Aufschwung, der weitgehend an der Bevölkerung vorbeiging, sorgte in der ersten Hälfte der neunziger Jahre für eine weitere Verschlechterung des innenpolitischen Klimas“ (Jacobs 2003: 183). In der Folge führten zudem „mangelnde Wahlgerechtigkeit, geringe Partizipation und Beibehaltung politischer Restriktionen zu einer Infragestellung der Regierung“[218]. Die Spannungen im Land nahmen dann zu, als gewaltbereite islamistische Kräfte die schlechten Zustände im Land zum Anlass nahmen, um ab Herbst 1992 ihre Übergriffe im Land auszuweiten. Ziel der Anschläge waren neben Mitglieder der Sicherheitskräfte auch Intellektuelle, Journalisten und *Kopten* (Angehörige der christlichen Minderheit in Ägypten). Die Gewalt militanter Islamisten in Ägypten nahm allerdings keine ähnliche Dimension, wie es etwa in Algerien der Fall war. Unter dem Vorwand des algerischen Abschreckungsszenarios reagierte die ägyptische Staatsführung auf die Konfrontationen mit radikalen Kräften mit Härte und Todesurteile. Diese Instabilität reichte allerdings aus, um der Tourismusbranche (eine der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes) zu schaden und trug letztendlich zur Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Krise bei. Außerdem litt der Demokratisierungsprozess unter dem geltenden Ausnahmezustand und unter den neuen Anti-Terrormaßnahmen. In dieser Hinsicht wurde u.a. die Pressefreiheit eingeschränkt und im Laufe der 1990er Jahre standen verschiedene Legislativwahlen und Präsidentschaftsreferenden unter

[217] In Anlehnung an das politische Machtstill vom ehemaligen Staatschef Jamal Abdel Nasser.
[218] Bertelsmann Stiftung: *„Ländergutachten 2003. Ägypten“*, unter: http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/139.0.html, abgerufen am 02.03.18.

Manipulationsverdacht (vgl. Jacobs 2003: 183). In der Literatur spricht man in Bezug auf die politischen Entwicklungen in Ägypten Anfang der 1990er Jahre von „process of political deliberalisation“ (Jacobs 2003: 183).

Die schwierige sozio-ökonomische Lage in Ägypten trieb Mubarak im Anschluss an dem *Zweiten Golfkrieg* 1991 zur Verstärkung der Beziehungen zu den Golfstaaten, den USA und Europa. Die Annäherung an die EG bzw. EU war für Mubarak in mehrfacher Hinsicht relevant. Ägypten erhoffte sich u.a. finanzielle Unterstützung zur Bewältigung innerer wirtschaftlicher Probleme. „Die französischen Bemühungen um eine Intensivierung der multilateralen Zusammenarbeit im westlichen Mittelmeer hatten 1991 in Kairo Befürchtungen europäisch-nordafrikanischer Sonderbeziehungen und damit einer Beschneidung des ägyptischen Einflusses im Mittelmeerraum und Europa aufkommen lassen“ (Jacobs 2003: 192f.). Aus Sorge davor schlug Ägypten daraufhin die Gründung eines *Mittelmeer-Forums* zwischen den Mittelmeeranrainerstaaten, dessen Ziel laut ägyptischer Sicht darin liegen sollte, die wirtschaftliche Kooperation in der Region zu fördern. Einige Ziele des Mittelmeer-Forums mündeten dann in dem im Jahr 1995 abgeschlossenen Barcelona-Prozess ein.

Ägypten zeigte in den Anfangsjahren der EMP eine intensive Mitarbeit und versuchte mehr Einfluss zu nehmen, indem Präsident Mubarak die Bildung einer einheitlichen arabischen Position unter ägyptischer Führung gegenüber Europa anstrebte (vgl. Jacobs 2003: 195). Die Verhandlungen über ein AA zwischen der EU und Ägypten gestalteten sich im Vergleich zu Marokko oder Tunesien, insbesondere im Hinblick auf den vorgesehenen Zollabbau und die Marktöffnung für Industriegüter, welche von Ägypten als Bedrohung für die heimische Wirtschaft gesehen wurden, schwierig. Nach jahrelangen Gesprächen und anschließenden Ratifizierungsverfahren (Ende 2001 wurde das AA vom Europaparlament ratifiziert, während das ägyptische Unterhaus das AA erst im April 2003 beschloss) konnte das AA zwischen der EU und Ägypten im Rahmen der EMP am 1.6.2004, und damit fast 9 Jahre nach der Barcelona-Deklaration, in Kraft treten. Ägypten und die EU einigten sich u.a. auf die Förderung von Menschenrechten und Demokratie. In Art. 2 des AA heißt es sinngemäß:

„Die Beziehungen zwischen den Vertragsparteien und alle Bestimmungen des Abkommens beruhen auf der Wahrung der Grundsätze der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind, von denen sich die Vertragsparteien in ihrer Innen- und Außenpolitik leiten lassen und die wesentlicher Bestandteil dieses Abkommens sind“[219].

[219] Europäische Kommission: *„Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Arabischen Republik Ägypten andererseits“*. Amtsblatt der Europäischen Union, unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32004D0635&from=DE, abgerufen am 05.10.19.

5.3.2 Das politische System

In Ägypten wurde nach dem Sturz der Monarchie ein semipräsidentielles System mit einer starken Machtkonzentration in den Händen des Staatsoberhauptes etabliert. In Bezug auf den Untersuchungszeitraum bildete zunächst die Verfassung von 1971 bis zum Jahr 2011 die Grundlage für die politische Ordnung im Land. Der betroffene Verfassungstext wurde seit seinem Inkrafttreten drei Mal, nämlich in den Jahren 1980, 2005 und 2007, modifiziert. Art. 1 hob den sozialistischen (der Verfassungsbezug auf den Sozialismus wurde bei der Reform von 2007 abgeschafft) demokratischen Charakter des Staates hervor: „The Arab Republic of Egypt is a democratic, socialist state based on the alliance of the working forces of the people" (Art. 1 der Verfassungsversion von 1971). Darüber hinaus betonte Art. 3 die Volkssouveränität (Sovereignty is for the people alone. they are the source of authority. The people shall exercise and protect this sovereignty).

Die Exekutive wurde laut Verfassung bis 2011 hauptsächlich vom Staatspräsidenten (Art. 137), der gleichzeitig das wichtigste Machtzentrum im Staat war, geprägt. Das Staatsoberhaupt legte im Zusammenwirken mit dem Ministerrat, den er ernennt, die Richtlinien der Staatspolitik fest und setzte sie um (vgl. Art. 138). Der Staatschef wurde bis 2004 nicht direkt vom Volk gewählt, sondern er wurde per Volksreferendum auf Vorschlag der Ersten Parlamentskammer ohne Mandatsbeschränkung für 6 Jahre bestimmt (Art. 76). Das bedeutet, dass das Volk nur über einen einzelnen Bewerber ohne Gegenkandidaten zu entscheiden hatte. Art. 76 besagte:

„The People's Assembly shall nominate the President of the Republic. The nomination shall be referred to the people for a referendum. The nomination to the post of President of the Republic shall be made in the People's Assembly upon the proposal of at least one-third of its members. The candidate who wins two-thirds of the votes of the Assembly members shall be referred to the people for a referendum".

Der Art. 76 wurde nach Kritik der Opposition bei der Verfassungsreform vom 25. Mai 2005 geändert. In der Folge wurde der Staatschef durch direkte und geheime Wahl für 6 Jahre vom Volk gewählt. Dadurch wurde die Abhaltung einer pluralistischen Präsidentschaftswahl aus theoretischer Sicht zum ersten Mal möglich. Dies wurde allerdings durch die Bedingungen der Kandidatur in Verfassungsartikel 76 Absatz 1. erschwert, weil „in order to be accepted as a candidate to the presidency, a person must be supported by at least 250 elected members of the People's Assembly, the Shura Council and the elected regional assemblies who must include at least 65 members of the People's Assembly, 25 of the Shura Council and 10 of members of the regional assemblies in at least 14 regions" (Art. 76 Absatz 1. der Verfassungsversion von 2007).

Angesichts der Machtverhältnisse durch die Dominanz der Staatspartei NDP war es für Präsidentschaftsbewerber schwierig, die Bedingungen für eine Kandidatur zu erfüllen.

Der Staatschef ernannte laut Art. 141 der Verfassungsversion von 2007 den Premierminister und entband ihn von seinen Funktionen. Außerdem ernannte und entließ der Staatspräsident auf Vorschlag des Premiers die weiteren Kabinettsmitglieder (Art. 141). Der Premier und dessen Regierung galten als Exekutiv- und Verwaltungsorgane des Staates (Art. 153) und setzten die Politik des Staatsoberhauptes um. Die verfassungsmäßige Machtfülle des Staatschefs umfasste auch die Ernennung sowie die Abberufung von zivilen, militärischen und diplomatischen Beamten (Art. 143), darunter zählten auch die Gouverneure der insgesamt 27 ägyptischen Provinzen (*Gouvernorate*) und ihre Stellvertreter. „The President of the Republic shall issue the necessary regulations for the implementation of the laws" (Art. 144), he „shall issue control regulations" (Art. 145) and he „shall issue the decisions necessary for establishing and organizing public services and administrations" (Art. 146 der Verfassung von 2007). Darüber hinaus war der Präsident gemäß des Verfassungstextes von 2007 oberster Befehlshaber der Streitkräfte (Art. 150) und konnte den Notstand erklären (Art. 148). Der Staatschef verfügte zudem in legislativer Hinsicht über ein Vetorecht. Er konnte Gesetze vorschlagen (Art. 109) und sowohl Gesetze erlassen als auch bereits vom Unterhaus verabschiedete Gesetze ablehnen (Art. 112). In diesem Fall bedurften die vom Staatsoberhaupt zurückgeschickten Gesetze im Parlament eine Zweidrittel Mehrheit, damit sie in Kraft treten können (Art. 113).

Die Legislative wurde zunächst bis 2011, wie im Fall Algerien und Tunesien, von einem Zweikammersystem verkörpert, wobei das Unterhaus (*People's Assembly*) über den großen Teil des Gesetzinitiativerechts verfügte, während das Oberhaus Hauptsächlich eine beratende Funktion erfüllte (Art. 86 und 194 der Verfassungsversion von 2007). „The People's Assembly shall exercise the legislative power, approve the general policy of the State, the general plan of economic and social development and the general budget of the State" (Art. 86). Die Mitglieder der ägyptischen Volksversammlung wurden für 5 Jahre vom Volk direkt gewählt. Die Zahl der Abgeordneten durfte nicht unter 350 liegen, mindestens die Hälfte der Parlamentarier mussten Bauern sowie Arbeiter sein und der Staatschef durfte auf eigener Initiative bis zu zehn Abgeordneten bestimmen (Art. 87 der Verfassung von 2007). Die Erste Kammer teilte sich das Gesetzesinitiativrecht mit dem Staatspräsidenten (Art. 109 der Verfassung von 2007).

Zu den wichtigsten Aufgaben der People's Assembly laut der Verfassungsversion von 2007 zählten insbesondere die Genehmigung des Staatshaushaltes sowie des „general plan for economic and social development" (Art. 114 und 115). Hinzu kam die formale Kontrolle der

Regierung durch die Befragung des Premiers und der weiteren Kabinettsmitglieder durch die Abgeordneten (Art. 124 und 125). Infolge der Verfassungsreform von 2007 wurden die Befugnisse des Unterhauses gegenüber dem Präsidenten und die von ihm eingesetzte Regierung einschränkt. Laut Art. 133 musste die Regierung nach ihrer Bildung ihr Programm dem Parlament innerhalb von 60 Tagen präsentieren und um dessen Vertrauen werben. Im Falle, dass das Regierungsprogramm keine Mehrheit in der ersten Kammer bekommen sollte, so musste der Regierungschef zurücktreten. Wenn die neue Regierung ebenfalls vom Unterhaus kein Vertrauen bekam, so durfte das Staatsoberhaupt entweder den Rücktritt der Regierung annehmen oder das Parlament auflösen (Art. 133). Dem Staatchef wurde zudem gemäß Art. 136 die Auflösung der Volksversammlung und Ausrufung von Neuwahlen innerhalb von 60 Tagen eingeräumt, falls er dies für notwendig halten sollte (in der Verfassungsversion von 2005 durfte das Parlament erst nach einem Volkreferendum aufgelöst werden)[220].

Die zweite Parlamentskammer *The Shoura Assembly* (der Schura-Rat) wurde im Zuge der Verfassungsreform 1980 eingeführt und besaß vorwiegend eine beratende Funktion. In der Gesetzgebung trat die zweite Kammer nicht in Erscheinung. Die zentrale Aufgabe des Senats lag schwerpunktmäßig darin, Vorschläge zu unterbreiten, die die nationale Einheit und den sozialen Frieden fördern sowie die Grundwerte der Gesellschaft, die Bürgerrechte und Freiheiten schützen sollen (Art. 194 der Verfassungsversion von 2007). Die Zustimmung des Oberhauses in legislativer Hinsicht wurde hauptsächlich für Verfassungsänderungen sowie für international abgeschlossene Friedens- und Bündnisverträge benötigt. Die Zahl der Schura-Ratsmitglieder durfte nicht unter 132 liegen und mindestens die Hälfte von ihnen mussten Arbeiter und Bauer vom Beruf sein. Während Zweidrittel der Mitglieder von der Shoura Assembly für sechs Jahre direkt gewählt wurden, räumte Verfassungsartikel 196 dem Staatspräsidenten das Recht ein, das restliche Drittel zu ernennen. Damit fehlte dem Oberhaus im Vergleich zum Parlament neben den gesetzgeberischen Kompetenzen auch die demokratische Legitimität. Die legislative Gewalt hat es unter Mubarak insgesamt geschafft, mithilfe der gesetzgeberischen Funktion, den Systemerhalt zu dienen (vgl. Fürtig 2005: 97).

Die Judikative wurde von den unterschiedlichen Gerichtsorganen, von den Richtern und vom Verfassungsgericht verkörpert. Die Unabhängigkeit der Justiz und von Richtern wurde in der Verfassungsversion von 2007 betont (Art. 165 und 166). Neben den üblichen Gerichten wurde

[220] Vgl. Ägyptische Verfassung von 1971. The International Institute for Democracy and Electoral Assistance (International IDEA), Seite 45, unter: http://constitutionnet.org/sites/default/files/Egypt%20Constitution.pdf, abgerufen am 30.09.2018.

laut Verfassungsartikel 171 auch die Schaffung von Staatssicherheitsgerichten (*State Security Court*) angeordnet, wo man neben Militärgerichten mutmaßlichen Terroristen oder politischen Gefangenen den Prozess machen konnte. In dieser Hinsicht wurde dem Staatschef gemäß Art. 179 das Recht eingeräumt, bei der Terrorbekämpfung Notstandgesetze zu erlassen und nach seinem Ermessen jede terroristische Straftat einer in der Verfassung oder im Gesetz festgelegten Justizbehörde weiterzuleiten. Diese Befugnisse der Exekutive (Auslegung von terroristischen Straftaten) erhöhte die Gefahr der juristischen Verfolgung von Zivilisten und Oppositionellen vor Militär- und Sondergerichten, die auf eine striktere Rechtsordnung basieren.

Unter dem Einfluss des seit 1981 geltenden Notstandgesetzes gelang es Mubarak mithilfe der legislativen und exekutiven Kompetenzen die Unparteilichkeit der Judikative (u.a. durch die Anrufung von Militär- und Sondergerichten) zu beeinträchtigen. Zudem gefährdete „die starke Zentralisierung der Machtstrukturen und ein omnipräsentes Patronagesystem (…) permanent die Unabhängigkeit jeden einzelnen zivilen Richters“ (Fürtig 2005: 97). Trotzdem bildete sich in den 1990er und 2000er Jahre eine Strömung unter Richtern, die sich für die Unabhängigkeit der Justiz einsetzte. Diese Bewegung war aber Disziplinarverfahren durch die Mubarak-treuen Justizorgane ausgesetzt, insbesondere nachdem das Oberverfassungsgericht im Jahr 2000 die Abhaltung der Wahlen von 1990 bis 2000 aus formalen Gründen für verfassungswidrig erklärt hatte, weil die Wahlen teilweise von Staatsangestellten und nicht flächendeckend von Richtern beobachtet wurden (vgl. Fürtig 2005: 97). Der entsprechende Gerichtsbeschluss ordnete für die Zukunft eine ausschließliche Kontrolle der Wahlen durch Richter an. Die Reaktion der Regierung und des NDP-dominierten Parlaments darauf war die Verabschiedung eines neuen Gesetzes, das die Abhaltung der Wahlen auf mehreren Tagen erlaubt. Auf diese Weise sollten der mehrfache Einsatz von (regierungsnahen) Richtern landesweit und die damit verbundene flächendeckende Wahlbeobachtung ermöglicht werden. Das *Supreme Constitutional Court* befasste sich mit der Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und die Interpretation von Verfassungsartikeln. Die Unabhängigkeit des Oberverfassungsgerichts wurde zwar betont (Art. 174 der Verfassung von 2007), seine Zusammensetzung könnte aber Zweifel an ihre Unparteilichkeit aufkommen lassen. Der Präsident des Verfassungsgerichtes wurde direkt vom Staatsoberhaupt designiert und die weiteren Verfassungsrichter nach Konsultationen mit dem Obersten Richterrat ebenfalls ernannt. *The State Council* widmete sich seinerseits als weiteres Justizorgan administrative Rechtsfälle und Disziplinarverfahren von Verwaltungsbeamten (Art. 172 der Verfassung von 2007).

Die Unabhängigkeit der Justiz und von Richtern wurde zwar in der Verfassungsversion von 2007 betont (Art. 165 und 166), allerdings schien die Gewaltenteilung in Ägypten bis zum Jahr 2011 nicht zu funktionieren. Die Justiz konnte zwar zeitweise unabhängig Urteile fällen, jedoch wurden diese oftmals von der Exekutive nicht umgesetzt[221]. Die Exekutive besaß mehrere Mechanismen, um die Justiz zu beeinflussen sowie die Einsetzung von Richtern und deren Arbeit zu kontrollieren[222]. Denn Richter wurden durch Präsidialdekrete auf Vorschlag und Zustimmung (seit 2006) des Obersten Richterrates ernannt, in dessen Führungsgremien aber Mitglieder sitzen, die direkt vom Staatschef designiert wurden (Generalstaatsanwalt und Präsident des Kassationsgerichtes). Darüber hinaus wurden Richter aus den Reihen der Staatsanwälte, welche vom Staatspräsidenten auf Vorschlag des Justizministers und damit der Exekutive ernannt wurden, in den obersten Richterrat einberufen. In Bezug auf die Einleitung von Disziplinarverfahren gegen Richter verfügte die Exekutive außerdem über weitreichende Möglichkeiten, weil die Verfahren u.a. auf Initiative des Generalstaatsanwaltes oder des Justizministers, die vom Staatschef designiert wurden, erfolgen können[223].

Neben der starken Machtposition des Staatspräsidenten und damit der Exekutive kommt der Armee seit 1953 eine bedeutende Rolle im politischen System Ägyptens zu. Bis Anfang 2011 hatten alle amtierenden Staatspräsidenten des Landes einen militärischen Hintergrund gehabt. Zudem bekleidet ein hoher Anteil an (u.a. pensionierte) Offiziere zivile Ämter in staatlichen Verwaltungsorganen, wobei die Mehrheit der Provinzgouverneure z. B. durch frühere Generäle in den Sicherheitsdiensten gebildet wird (vgl. Fürtig 2011: 4). Letztere werden direkt vom Staatschef designiert. Der Verteidigungsminister, den das Staatsoberhaupt ernennt, soll im Gegensatz zum Vorgang in demokratischen Staaten, wo meistens ein Zivilist das Verteidigungsressort leitet, ein aktives Mitglied der Streitkräfte sein (vgl. Schoeller-Schletter 2013: 18). Der Haushalt und die Angelegenheiten des Militärs werden allein vom *National Defense Council* (Nationaler Verteidigungsrat) und dem *Supreme Council of the Armed Forces* (Oberster Rat der Streitkräfte), die beide unter Leitung des Staatschefs stehen, beraten. Die Streitkräfte in Ägypten unterliegen weder eine zivile noch eine parlamentarische Kontrolle.

Die Armee stellte „auch unter Mubarak die entscheidende Machtbasis der Regierung dar“ und nahm „eine Reihe wirtschaftlicher und sozialer Privilegien in Anspruch“, auch wenn das Militär

[221] Vgl. Bertelsmann Stiftung: *„Ländergutachten 2003. Ägypten“*.
[222] Ebd.
[223] Vgl. Fédération Internationale pour les Droits de l'Homme: *„Les conseils supérieurs de la magistrature: Quelles réformes pour un pouvoir judiciaire indépendant? Les exemples de l'Egypte, la Jordanie, le Liban, le Maroc et la Palestine“*, Seite 10f. Bericht von April 2009, FIDH (Hrsg.), unter: https://www.fidh.org/IMG/pdf/ConSupMag523fr2009.pdf, abgerufen am 22.09.18.

im Hintergrund blieb und sich nicht in die Tagespolitik offensiv einmischte (vgl. Jacobs 2003: 184; Fürtig 2011: 4). Infolge des Friedensschlusses mit Israel, das daraus resultierende Ende der militärischen Feindseligkeiten und der von Mubarak bewusst weiter gewährten und aufgestockten Privilegien „verlegten sich die obersten Dienstränge der Armee seit den 1980er Jahren auf die Generierung ökonomischer Gewinne“ (Fürtig 2011: 4). „Dem Militär gehörende oder unterstellte Unternehmen erbringen (…) etwa ein Fünftel[224] der gesamten ägyptischen Wirtschaftsleistung und produzieren eine Vielzahl ziviler Güter von Elektronikartikeln bis zu Nahrungsmitteln“ (Fürtig 2011: 4). Zudem wurden Militärgerichte, die ursprünglich für Verfahren und Vergehen von Militärangehörigen zuständig wären, durch die Staatsmacht und mit Bewilligung der Armee für Prozessverhandlungen gegen Zivilisten und Oppositionellen angewendet (vgl. Hegasy 2005; Art. 179 der Verfassung von 2007).

Die Ausübung des Staatspräsidentenamtes und des Parteivorsitzes in Personalunion verlieh nicht nur Mubarak eine große Macht in Ägypten, sondern auch der Staatspartei NDP, die zur Erreichung ihrer parteipolitischen Ziele auf den staatlichen Verwaltungsapparat ohne Einschränkung zurückgreifen konnte. Damit komplettierte die NDP neben dem Militär und Sicherheitsdiensten sowie zahlreiche Geschäftsleute den wichtigsten Kreis, aus dem sich das politische System seit 1953 zusammensetzte und die Macht der amtierenden Präsidenten zunächst bis 2011 sicherte (vgl. Fürtig 2011: 2; Biegel 2000: 2). Die Formel aus der Gewährung von wirtschaftlichen Privilegien, die zur Schaffung eines Patronagesystems beitrug und von dem ein einflussreicher Personenkreis und eine entstehende Mittelklasse profitierte in Kombination mit der Unterdrückung der Opposition und die praktizierte Kooptierungspolitik schienen lange Zeit die Macht von Mubarak zu sichern (vgl. Biegel 2000: 2).

Mubarak hat im Laufe der 2000er Jahre die Reformforderungen der Oppositionsplattform *Kifaya*[225] (arabisches Wort für „es ist genug“ oder „es reicht“) und die schwierigen sozio-ökonomischen Probleme, die die neu eingeleitete Privatisierungswelle im Jahr 2007 ausgelöst hatte, ignoriert. „In late 2007 and 2008, growing popular discontent with the government’s economic and social policies led to unprecedented waves of employee strikes and protests, in

[224] Andere Quellen sprechen mittlerweile von einem höheren Anteil an der ägyptischen Wirtschaftsleistung. Dazu mehr in Kapitel 6.3.4.

[225] Gegründet unter dem Namen „die Ägyptische Bewegung für den Wechsel. Kifaya“. Der im Jahr 2004 gegründeten Oppositionsbewegung gehörten hunderte ägyptische Politiker, Intellektuelle und öffentliche Persönlichkeiten, die dem linken, bürgerlichen, säkularen, liberalen und islamistischen (Muslimbrüder) Spektrums zugerechnet wurden. Die Bewegung stand für demokratische Reformen, gegen Unterdrückung und für ein Ende der Herrschaft von Mubarak und seinem Sohn Jamal, der in den Fußstapfen seines Vaters treten und ihm im höchsten Staatsamt beerben wollte.

both the public and private sectors“ (Bertelsmann Stiftung 2009: 3)[226]. Trotzdem setzte die Staatsführung die Unterdrückung der Opposition fort[227]. Die politischen Spannungen im Land erreichten 2010 aufgrund von Manipulationsvorwürfen der Opposition bei den legislativen Wahlen ihren Höhepunkt. Der erfolgreiche Sturz von ebenfalls Langzeitherrscher Ben Ali im Nachbarland Tunesien durch das tunesische Volk ermutigte sowohl die ägyptische Bevölkerung als auch die Opposition dazu, trotz der Restriktionen gegen die Staatsführung auf die Straße zu gehen. In der Folge wurde insbesondere auf Initiative der Bewegung Kifaya, der *Jugendbewegung des 6. April* sowie des *National Association for Change* in sozialen Netzwerken zu Protesten u.a. gegen die hegemoniale Stellung der Staatspartei NDP, gegen die Unterdrückung, Wahlmanipulation, Korruption und Arbeitslosigkeit unter Mubarak aufgerufen. Eine erste Demonstration wurde für den 25. Januar 2011 angekündigt, ein Tag mit Symbolcharakter, weil an diesem Datum auch „der Tag der Polizei“ in Ägypten zelebriert wird.

Inspiriert von den Massenprotesten aus Tunesien demonstrierten am 25. Januar 2011 zunächst Tausende Menschen in der Hauptstadt Kairo und anderen großen Städten. Der zentrale Slogan der Proteste war der Ruf nach „*Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit*“. Die Staatsführung reagierte mit Polizeihärte und nahm Hunderte Menschen fest. „Die Polizei hatte Schießbefehl und ging wie die Schlägertrupps des Regimes äußerst repressiv gegen die Demonstranten vor“ (Mattes 2013: 3). Als Reaktion auf die gesteigerte Polizeigewalt gingen in den Folgetagen Landesweit Hunderttausende, (vorwiegend) junge Menschen auf die Straße und forderten offen den Sturz von Mubarak. Das Militär, die tragende Säule des politischen Systems seit 1952, hielt sich offiziell und öffentlich in Bezug auf Gewaltanwendung gegen Demonstranten zurück, unterstützte deren Forderungen und erhoffte sich durch seine taktische neutrale Position während des Aufstandes seine Macht und Privilegien in einer möglichen Post-Mubarak-Ära zu sichern (vgl. Fürtig 2011: 7). Ferner kam der Aufstand der Armeeführung gelegen, da sie ohnehin mit großem Argwohn und Sorge die Einflusszunahme des Präsidentensohns *Jamal Mubarak* und dessen Vorbereitung auf die Beerbung seines Vaters verfolgte.

Die internationale Reaktion auf die Dimension der Revolte in Ägypten war zurückhaltend. Jahrzehntelang hatte man in Mubarak ein Stabilitätsanker sowie Sicherheitsgarant in der Region gesehen und dessen Vermittlerrolle im Nahostkonflikt geschätzt. Auf EU-Ebene forderten sowohl die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton als auch die Außenminister mehrerer EU-

[226] Bertelsmann Stiftung: *„BTI 2010. Egypt Country Report“*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2010, unter: https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2010/pdf/BTI_2010_Egypt.pdf, abgerufen am 21.09.18.
[227] Ebd. Seite 2.

Staaten Ende Januar 2011 von Mubarak die Aufnahme von Verhandlungen mit der Opposition auf und riefen zu einem politischen Übergang auf. Vor Beginn eines ordentlichen Treffens der EU-Außenminister in Brüssel Ende Januar 2011 erklärte Ashton, „es müsse nun rasche und konkrete Antworten auf die Hoffnungen der Bevölkerung nach einer besseren und gerechteren Zukunft geben. Sie rief zu einem „friedlichen Weg" und einem „offenen und ernsthaften Dialog" mit den Oppositionsparteien und allen Teilen der Gesellschaft auf"[228]. In gleicher Richtung gingen auch die meisten Statements der EU-Außenminister. Im Hinblick auf die EMP hatte allerdings kein EU-Mitgliedstaat „in den vorbereitenden Sitzungen eine Generaldebatte über die Beziehungen Europas zum Mittelmeerraum gefordert, der seit dem Umsturz in Tunesien in Unruhe" gewesen sei[229].

Die Haltung der EU aufgrund ihrer Schätzung der Rolle Ägyptens als Stabilitätsfaktor in der Region und die uneinheitliche Reaktion der EU auf die Geschehnisse im Land wurden sowohl innerhalb der EU (u.a. vom EU-Parlament) als auch von den Demonstranten kritisch gesehen. Weitere Kritik an der Haltung der EU in Bezug auf die Lage in Ägypten kam auch vom ehemaligen belgischen Premierminister und damals aktueller Vorsitzender der liberalen Fraktion im EU-Parlament *Guy Verhofstadt*. Er war der Meinung, dass es nicht gut sei, „zu zaudern und abzuwarten, ob sich das Regime gegen den Willen des Volkes durchsetzen wird" und fügte angesichts des Vorgehens der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten hinzu, dass das eben genau was in Ägypten passiere[230]. Der damalige Außenminister Luxemburgs *Jean Asselborn* sprach sich wie seine Amtskollegen zwar gegen ein aktives Eingreifen der EU aus. Er merkte aber an, dass man innerhalb der EU sich mehr auf die eigene Außen- sowie Sicherheitspolitik konzentriert habe und dabei wie in Bezug auf Ägypten (und den MDL) vermutlich übersehen habe, „dass Menschen da leben, die auch Demokratie wollen, die Mitbestimmung wollen - politische, wirtschaftliche, kulturelle, soziale"[231].

Am 11 Februar 2011 beugte sich Mubarak den inneren Druck (durch die andauernden Demonstrationen und Armeeführung) und der Vizepräsident *Omar Suleiman* verkündete den Rücktritt des Staatschefs. Entgegen der verfassungsmäßigen Ordnung (Art. 82) beauftragte

[228] Busse, Nikolas: *„Treffen der EU-Außenminister: EU fordert Mubarak zu „offenem Dialog" mit der Opposition auf"*. Bericht vom 31.01.11. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, unter: https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/treffen-der-eu-aussenminister-eu-fordert-mubarak-zu-offenem-dialog-mit-der-opposition-auf-1576294.html, abgerufen am 06.09.18.
[229] Ebd.
[230] Vgl. Zeit Online: *„Ägypten: Ashton fordert Mubarak zu Verhandlungen auf"*. Artikel vom 31.01.2011, unter: https://www.zeit.de/politik/ausland/2011-01/aegypten-opposition-generalstreik/komplettansicht, abgerufen am 06.09.2012.
[231] Ebd.

Mubarak den *Supreme Council of the Armed Forces*[232] (SCAF) statt den Vizepräsidenten oder den Premierminister[233] mit der Führung der Staatsgeschäfte. Im Namen der EU begrüßte die Außenbeauftragte Ashton den Rücktritt Mubaraks, sicherte dem Land die Unterstützung der EU zu und rief zu einem nationalen politischen Dialog auf. Ashton fügte hinzu, dass Mubarak „die Stimme des ägyptischen Volkes" erhört habe und er mit diesem Schritt „den Weg für schnellere und tiefgreifendere Reformen" im Land geöffnet habe[234]. Der Rücktritt Mubaraks krönte den 18-tägigen Volksaufstand, der von den Ägyptern und in der Literatur auch als *Revolution vom 25. Januar* bezeichnet wird. Der Sturz des 30 Jahre lang herrschenden Mubarak durchkreuzte auch dessen Plan, seinen jüngsten Sohn Jamal Mubarak zum Präsidentenamt zu verhelfen. Die Bilanz der Massenproteste während der gut zwei Wochen belief sich nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen auf mindestens 840 Tote und zehntausende Verletzte sowie Gefangene. „Im April 2013 drangen neue Erkenntnisse über das Verhalten des Militärs in den Tagen bis zum Rücktritt des Präsidenten an die Öffentlichkeit. Demnach hatte es sich nicht -wie behauptet- neutral verhalten, sondern war bis zum 10. Februar 2011 an der Niederschlagung der Proteste beteiligt" (Mattes 2013: 4)[235].

Der SCAF unter Führung von Verteidigungsminister *Mohammed Hussein Tantawi* übernahm erwartungsgemäß die Macht und versprach zunächst die Transitionsphase nach Wunsch der Protestbewegung zu gestalten und an der Etablierung einer zivilen demokratischen Ordnung zu arbeiten. Im Schnellverfahren wurde zunächst die Verfassung außer Kraft gesetzt und im März 2011 eine vom SCAF erarbeitete Verfassungserklärung per Volksreferendum verabschiedet. Das 2010 unter Manipulationsverdacht gewählte Parlament sowie das Oberhaus wurden aufgelöst und die Staatspartei NDP verboten. Der Militärrat ernannte eine unter seiner Kontrolle stehende neue Regierung. Der seit 1981 geltende Ausnahmezustand blieb trotz Aufforderungen nach dessen Aufhebung bestehen. Die Abwesenheit eines gewählten Parlaments nutzte der SCAF aus, indem er sich mit legislativen Befugnissen ausstattete. In der Folge erließ er mehrere Dekrete und Gesetze, die die Macht der Armee auch in der Post-Mubarak-Ära sichern sollten.

---

[232] Der Oberste Rat der Streitkräfte in Ägypten setzte sich 2011 aus einem Dutzend ranghohen Militäroffiziere und befasste sich vordergründig mit den Angelegenheiten des Militärs sowie mit der nationalen Verteidigung.

[233] Mubarak ernannte Ende Januar 2011 auf Druck der Proteste zum ersten Mal einen Vizepräsidenten (der amtierende Geheimdienstchef Omar Suleiman).

[234] Vgl. Deutsche Welle: *„Ashton: Europa hilft Ägypten"*. Artikel vom 11.02.11, unter: https://www.dw.com/de/ashton-europa-hilft-%C3%A4gypten/a-6435686, abgerufen am 02.07.18.

[235] Basierend auf einen Bericht der britischen Zeitung The Guardian (vgl. Hill, Evan/ Mansour, Muhammad: *„Egypt's Army Took Part in Torture and Killings During Revolution"*. Artikel vom 10. April 2013. In: The Guardian, unter: https://www.theguardian.com/world/2013/apr/10/egypt-army-torture-killings-revolution, abgerufen am 03.07.18.

Die Judikative blieb in der Regierungszeit des Obersten Militärrates unangetastet. Dadurch konnten Richter, die Obersten- und Verfassungsrichter, die von Mubarak eingesetzt wurden, in ihre Funktion bleiben und drohten zum Stolperstein für den Übergangsprozess zu werden. Dies zeigte sich besonders an der langsamen juristischen Verarbeitung des Vorgehens der Sicherheitskräfte während der Revolte gegen Mubarak. Die Transitionsphase vom Februar 2011 bis Juni 2012 wurde von einer Polarisierung der ägyptischen Gesellschaft zwischen das (ultra-) konservative und säkulare Lager bezügllich des Gesellschaftsmodells geprägt. Zusätzlich wurden weitere harte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen friedliche Demonstranten registriert. Auf Druck der Protestbewegung konnte Ende 2011/Anfang 2012 ein Unterhaus demokratisch gewählt werden, bei dem islamistische Kräfte 70 Prozent der Sitze gewannen. Aufgrund dieser Konstellation sicherten sich islamistische Kräfte gemäß der im März 2011 verabschiedeten Verfassungserklärung, die die Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung durch das Parlament vorsah, auch in der verfassungsgebenden Kommission die absolute Mehrheit. Dies führte sowohl bei den Beratungen über die Verfassungsartikel als auch bei gesellschaftlichen Debatten zu weiteren politischen Spannungen.

Am 23/24 Mai 2012 folgten dann die ersten freien, pluralistischen und demokratischen Wahlen in der Geschichte Ägyptens, an denen 13 Kandidaten teilnahmen. Nachdem keiner der Bewerber beim ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreichen konnte, wurde am 16 und 17 Juni 2012 eine Stichwahl abgehalten. Daraus ging mit knapp 52 Prozent der Stimmen der Kandidat der islamistischen *Freedom and Justice Party* (FJP) *Mohammed Morsi* als Sieger hervor und trat, wie es gesetzlich vorgesehen war, in der Folge aus der Partei zurück. Damit wurde Morsi der erste freigewählte zivile Präsident Ägyptens. Schon „vor der Verkündung des Wahlsiegs von Mohammed Morsi am 24. Juni 2012 hatte das Militär bereits zentrale Weichen gestellt, um die wirtschaftlichen und politischen Vorrechte des Militärs, die es seit der Gründung der ägyptischen Republik 1953 durch einen Militärcoup besitzt, auch in ein Post-Mubarak-Ägypten zu retten“ (Iskander/Ranko 2012: 5). Die durch den SCAF beschlossenen Maßnahmen umfassten verfassungsrechtliche, juristische und gesetzgeberische Vorteile. Das Verfassungsgericht erklärte am 14. Juni 2012 das Wahlrecht, auf dessen Grundlage das erste frei gewählte Parlament vor sechs Monate gewählt wurde, für „nicht verfassungskonform“. Der SCAF löste zwei Tage später dementsprechend das Unterhaus auf und sicherte sich wieder bis zur neuen Wahl eines Parlaments das Legislativrecht zu.

Am 17. Juni 2012 und Tage vor der geplanten Vereidigung des neuen Präsidenten Morsi verabschiedete der Militärrat eine Ergänzung zur Verfassungserklärung vom März 2011, indem

er sich weitreichende Befugnisse auf Kosten der gewählten Staatsorgane gewährte. „In dem neuen Dokument sicherte er sich ein Vetorecht für einzelne Artikel der Verfassung zu und hielt darüber hinaus fest, dass im Fall eines Scheiterns der Verfassungsgebenden Versammlung der Militärrat eine neue Versammlung eigenständig einberufen könne“ (Iskander/Ranko 2012: 6). Zusätzlich schnitt die neue Verfassungserklärung die Rechte des künftigen Staatschefs in mehrfacher Hinsicht ab. „Dieser ist nun nicht mehr Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Zudem bedürfen eine Kriegserklärung und die Anordnung eines Einsatzes des Militärs im Inneren der Einwilligung des Militärrates“ (Iskander/Ranko 2012: 6). Ferner beschloss der SCAF, dass das Militärbudget keinerlei zivilen Aufsicht unterliegen solle, und dass der SCAF eigenständig seine Führungsfunktionäre, inklusive den Verteidigungsminister, designieren solle. Diese aus Sicht des Obersten Militärrates „roten Linien“ sollten auch nach Ende der Transitionsphase in der neuen Verfassung enthalten sein.

Nach seinem Amtsantritt versprach Morsi demokratische Reformen anzustreben und seine durch den Militärrat beschnittene Rechte wieder zu erlangen. Die Jugendbewegung sowie liberale und säkulare Kräfte zeigten sich nach der Vereidigung Morsis aufgrund seines islamistischen politischen Werdegangs zurückhaltend und abwartend. Mit der Entlassung des Verteidigungsministers und Vorsitzenden des Militärrates Tantawi sowie des Generalstabchefs *Sami Anan* erhielt Morsi Rückendeckung vom zivilen politischen Lager. Es entbrannte jedoch im Umkehrschluss ein „unsichtbarer und kalter“ Machtkampf zwischen Präsident Morsi und den SCAF über die abgeschnittenen Befugnisse des Präsidenten sowie über die Deutungshoheit im Land. Als Morsi im November 2012 ein Dekret erlies, durch dem er seine gesetzgeberische und exekutive Rechte erweitern wollte, kam es zum Zerwürfnis zwischen Morsi auf der einen Seite und dem Militärrat, die Justizorgane, den zivilen säkularen Parteien und die gespaltene Revolutionsjugendbewegung auf der anderen Seite. Morsi nahm nach ein paar Wochen zwar sein Dekret zurück, jedoch stieg seitdem das Misstrauen zwischen Islamisten und Säkulare bzw. Liberale deutlich. Obwohl nach schwierigen Verhandlungen in der verfassungsgebenden Versammlung ein neuer Verfassungstext erarbeitet wurde, und im Dezember 2012 bei einem Volksreferendum mit ca. 64 Prozent der abgegebenen Stimmen angenommen wurde, hielt die Polarisierung die ägyptische Gesellschaft in der postrevolutionären Phase fest in Griff. Säkulare und liberale Kräfte, die zeitweise die verfassungsgebende Versammlung boykottierten, kritisierten die verabschiedete Verfassung als „islamistisch“ und warfen der Regierung vor, den Verfassungstext ohne gesellschaftlichen Konsens durchgesetzt zu haben.

Die Umstände, unter denen die neue Verfassung angenommen wurde, zeigte eine Spaltung der ägyptischen Gesellschaft und vertiefte die Gräben innerhalb der Revolutionsbewegung. Die Verfassung etablierte ein semi-präsidiales System mit weiterhin einen starken Präsidenten, der allerdings nur für maximal 2 Amtszeiten von jeweils 4 Jahre gewählt werden darf. Zudem wurden die Kompetenzen der Legislative gegenüber der Exekutive gestärkt. Dies manifestierte sich beispielsweise in der Ausrufung des Notstandes (Unterhaus musste innerhalb einer Woche darüber entscheiden) und in der Erklärung des Kriegszustandes, die inzwischen vom Parlament mitentschieden werden mussten (vgl. Mattes 2013: 5f.). Das Militär konnte seine herausragende Stellung im ägyptischen Machtapparat auch in der neuen Verfassung sichern. So sollten u.a. die Armeeangelegenheiten ohne Einmischung der zivilen Machtordnung geregelt werden, der Verteidigungsminister müsse weiterhin aus den Reihen der Offiziere stammen und damit den Streitkräften angehören und der Militärhaushalt wurde der Kontrolle der zivilen staatlichen Institutionen entzogen (vgl. Mattes 2013: 5). Umstritten blieben der weiterhin bestehende gesetzgeberische Bezug auf der islamischen Rechtsordnung sowie der Einbezug der Religionsbehörden (die Institution *Al-Azhar* und *die Kirche*) bei der Erarbeitung von Gesetzen. Angesichts der späteren Entwicklungen in Ägypten seit Mitte 2013 wird an dieser Stelle auf die Verfassung vom Dezember 2012 nicht intensiver eingegangen.

Die seit dem Sturz Mubaraks schleichende politische und gesellschaftliche Polarisierung setzte sich im Jahr 2013 fort. Morsi wurde von der Opposition zunehmend vorgehalten, autokratisch zu regieren und die wirtschaftlichen Herausforderungen des Landes nicht gewachsen zu sein. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den politischen Lagern wurden aufgrund der fehlenden Kompromissbereitschaft und des aufgelösten Parlaments auf der Straße ausgetragen. Säkulare und islamistische Strömungen versuchten durch die Mobilisierung ihrer Anhänger Legitimität für ihre politische Agenda zu erlangen. Die Proteste zwischen Regierungs- und Oppositionsanhänger schlugen bis Mitte 2013 verstärkt in gewalttätigen Zusammenstößen um. Das Verfassungsgericht befand am 02. Juni 2013 die verfassungsgebende Versammlung, die die Verfassung von 2012 erarbeitet hatte, für ungültig, weil sie unter „nicht gesetzeskonformen" Umständen zustande gekommen sei[236]. Ebenfalls ordnete das Verfassungsgericht die Auflösung des Anfang 2012 frei gewählten Oberhauses an, weil das Wahlgesetz, auf dessen Grundlage die Zweite Kammer gewählt wurde, nicht verfassungsgemäß gewesen sein sollte. Diese Entscheidungen beeinflussten letztendlich den Transitionsablauf.

[236] Vgl. Zeit Online: *„Ägyptens Verfassungsgericht erklärt Schura-Rat für ungültig"*. Artikel vom 02.06.13, unter: https://www.zeit.de/politik/ausland/2013-06/aegypten-schura-rat, abgerufen am 08.07.18.

Aufgrund der tiefen Risse zwischen den politischen Lagern wandten sich oppositionelle Kräfte, im Laufe des Jahres 2013 offen an die Armee, damit sie Morsi zu vorgezogenen Neuwahlen zwingt. Die Polarisierung gipfelte am 30. Juni 2013 in Massendemonstrationen, bei denen die Regierung und die Opposition Millionen ihrer Anhänger auf die Straße schickten. Als Lösung schlug Morsi die Bildung einer Einheitsregierung vor und warnte gleichzeitig vor einer Einmischung der Streitkräfte im politischen Prozess. Die Opposition lehnte den Vorschlag ab und bestand auf Neuwahlen. Am 01. Juli 2013 teilte der amtierende Verteidigungsminister und Armeechef *Abdel Fattah Al Sisi* im Namen der ägyptischen Streitkräfte mit, der Regierung und der Opposition eine 48-stündige Frist für die Vereinbarung einer politischen Lösung zu geben, bevor das Militär einschreiten würde. Am 03. Juli 2013 führte dann die Armee unter Führung von Al Sissi unter den Jubel der Opposition einen Militärputsch gegen den ersten frei gewählten Präsidenten Morsi durch. Umgeben u.a. von den obersten religiösen Autoritäten der Muslime und der Christen in Ägypten sowie von Oppositionspolitiker verkündete Al Sissi in einer im Fernsehen übertragenen Rede die Absetzung Morsis, die Außerkraftsetzung der Verfassung und die Ernennung von *Adli Mansur* (Präsident des Verfassungsgerichtes) zum Interimspräsidenten. Außerdem verkündete Al Sissi im Namen des SCAF eine Roadmap für die Übergangsphase, die u.a. die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, eines Komitees zur Überarbeitung der Verfassung und einer Kommission für nationale Versöhnung sowie die Etablierung eines Ethikrahmens für die Regulierung der Medienlandschaft vorsah. Vor der Verkündung des Staatsstreiches wurden der gestürzte Morsi und Führungsmitglieder seines Teams vom Militär festgenommen. Hunderte Führungsmitglieder der Muslimbrüder und der aus ihr entstandenen FJP wurden darüber hinaus verhaftet oder zur Fahndung ausgeschrieben. Zudem wurden regierungsnahe und islamistische Medien Abgeschaltet bzw. verboten.

Die Armeeführung wies in den Folgetagen den Vorwurf des Staatsstreichs gegen Morsi zurück und Al Sissi behauptete, nicht an die Macht interessiert zu sein. Als Reaktion auf den Militärputsch verurteilte die *Afrikanische Union* am 5. Juli 2011 den Schritt der Armeeführung, suspendierte die Mitgliedschaft Ägyptens in dem Gremium und forderte eine schnelle Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung. Die Vereinigten Staaten als engster Verbündeter Ägyptens vermieden es, den Militärcoup zu verurteilen oder als Solches zu bezeichnen und forderten lediglich eine schnelle Machübergabe an einer zivilen Regierung[237]. Die EU von ihrer Seite sah die Entwicklungen in Ägypten im Sommer 2013 kritischer. „In einer Stellungnahme vom 14.

[237] Vgl. Rüb, Matthias: „*Machtwechsel in Ägypten. Amerika: Es war kein Militärputsch*". Artikel vom 05.07.13. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, unter: https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afrika/machtwechsel-in-aegypten-amerika-es-war-kein-militaerputsch-12271524.html, abgerufen am 08.07.18.

Juli 2013 äußerten sich die EU-Außenbeauftragte ebenso wie eine Woche später der EU-Außenministerrat besorgt über die Gewalt und die Verhaftungswelle, die mit dem Umsturz einhergingen. Sie vermieden es allerdings, den Putsch zu verurteilen“ (Jürgensen 2018).

Am 09. Juli 2013 wurde eine neue Übergangsregierung unter Führung von *Hazem Al-Beblawi* ernannt. Al Sissi übernahm im neuen Kabinett neben seiner Rolle als Verteidigungsminister auch den Posten des Vizepremiers. Der Oppositionsführer und Nobelpreisträger *Mohammed El Baradei* wurde zum Stellvertreter von Übergangspräsident Mansur ernannt. Die Putschgegner und die Muslimbruderschaft setzten ihrerseits die Proteste landesweit fort und lehnten Gespräche mit der neuen Regierung ab, die sie als „Putsch-Kabinett“ bezeichneten. Im Laufe von Juli 2013 startete zunächst die Afrikanische Union einen Vermittlungsversuch, der ergebnislos blieb. Ende Juli versuchte dann die EU-Außenbeauftragte Ashton in Kairo die Kluft zwischen den Konfliktparteien zu verkleinern sowie für einen Dialog zu plädieren. Ashton rief zu einem Ende der Gewalt gegen Demonstranten auf und gab an: „Wir brauchen einen vollständig integrativen Übergangsprozess, der alle politischen Gruppen inklusive der Muslimbruderschaft einbezieht“[238]. Ashton präsentierte einen Sechs-Punkte-Plan, der u.a. die Freilassung des inhaftierten Präsidenten Morsi und die Einstellung der Strafverfahren gegen die Mitglieder seiner Partei vorsah, im Gegenzug sollten die Muslimbrüder ihre Proteste beenden[239]. Die Vermittlung der EU scheiterte letztendlich an der Ablehnung der Militärführung, die „das Zustandekommen eines Kompromisses verhinderte“[240].

Am 14. August 2013 wurden bei der gewaltsamen Räumung zweier Protestcamps der Muslimbruderschaft in Kairo unter Anordnung der Regierung laut HRW und anderen Menschenrechtsorganisationen ca. 1200 überwiegend friedliche Morsi-Anhänger getötet und weitere Tausende verhaftet (siehe Kapitel 5.3.5). In der Folgezeit wurden zusätzlich hunderte Putschgegner bei Protesten von den Sicherheitskräften getötet. Militante islamistische Gruppen verübten Terroranschläge auf der Sinai-Halbinsel und einigen ägyptischen Großstädte gegen Sicherheitskräfte, Kirchen und Moscheen. Die Regierung reagierte mit Militäreinsätzen sowie Massenverhaftungen gegen Terrorverdächtige. Trotz ihrer geäußerten Gewaltverurteilung und Distanzierung von Anschlägen wurde die FJP und die Muslimbruderschaft verboten und ihre

[238] Riesbeck, Peter: *„Ägypten. Ashton wirbt für Freilassung Mursis“*. Bericht vom 30.07.13. In: Frankfurter Rundschau, unter: https://www.fr.de/politik/ashton-wirbt-freilassung-mursis-11084785.html, abgerufen am 08.07.18.
[239] Vgl. Ebd.
[240] Gresh, Alain: *„Ägypten und die anderen. Erstaunliche Allianzen nach dem Machtwechsel am Nil“*. Artikel vom 13.09.13. In: Le Monde Diplomatique, unter: https://monde-diplomatique.de/artikel/!451162, abgerufen am 08.07.18.

Vermögen konfisziert. Infolge der blutigen Niederschlagung der Proteste am 14. August erklärte der Vizepräsident Mohammed El Baradei seinen Rücktritt an und verließ daraufhin nach Anfeindungen der Regierung und einer medialen Kampagne gegen ihn das Land.

In Bezug auf die Modifikation des Verfassungstextes ernannte Interimspräsident Mansur im Laufe von Juli 2013 eigenständig (im Auftrag des Obersten Militärrates) zunächst per Dekret eine Kommission bestehend aus 10 Verfassungsrechtler, die mit der Überarbeitung der Verfassung von 2012 beauftragt wurden. Anschließend präsentierten sie im August 2013 einen Verfassungsentwurf, über den ein ebenfalls vom Übergangspräsidenten designiertes und undemokratisch legitimiertes 50-köpfiges Gremium beriet und am Ende die Modifikationen verabschiedete. Im Januar 2014 wurde der neue Verfassungstext bei einem Volksreferendum mit einem Wert von 98,1 Prozent der Stimmen verabschiedet. In der neu angenommenen Verfassung wurden die umstrittenen Artikel aus der Verfassung von 2012, die den islamischen Charakter des Staates betonen, entfernt bzw. abgeschwächt. „Zugleich garantiert sie den Sicherheitskräften ein hohes Maß an Autonomie und festigt damit den Status des Militärs als „Staat im Staat“ und dessen politische und wirtschaftliche Vorrechte“ (Ranko/Sabra 2015: 4). So sollte der Verteidigungsminister, der gleichzeitig oberster Befehlshaber der Streitkräfte ist, aus den Offizierrängen der Armee stammen und auf Wunsch Al Sissis für zwei aufeinander folgende Präsidentschaftsperioden designiert werden (Art. 234 der Verfassung von 2014). Außerdem blieb der Militärhaushalt jeglicher zivilen Kontrolle, beispielsweise durch legislative Organe, entzogen (Art. 203 der Verfassung von 2014). „Auch Polizei und Sicherheitsdienste konnten sich weitgehende Autonomie sichern. So hat ein Gremium an Polizeioffizieren künftig ein Mitspracherecht bei der Gesetzgebung, die den Polizeiapparat betrifft, und Offizieren der Sicherheitsdienste kann vor zivilen Gerichten nicht der Prozess gemacht werden“ (Ranko/Sabra 2015: 4). Die Amtszeiten eines Staatschefs wurden in dem neuen Verfassungstext zunächst auf maximal zwei Perioden von jeweils vier Jahren beschränkt (Art 140).

Im März 2014 erklärte Al Sissi bei einer Fernsehansprache, entgegen seiner Beteuerung nach dem Putsch 2013, nicht das höchste Amt im Staat anzustreben, seine Kandidatur für die anstehenden Präsidentschaftswahlen Ende Mai 2014. Der Armeechef kündigte daraufhin seinen Armeerückzug an und begründete seinen Schritt insbesondere damit, dass das Volk seine Kandidatur wünsche und er im Präsidentenamt den islamistischen Terror besser bekämpfen könnte. Al Sisi gewann die anschließenden, einseitig geführten, Präsidentschaftswahlen gegen den einzig zugelassenen Gegenkandidaten *Hamdeen Sabahi* mit einem Stimmenanteil von nahezu 97 Prozent der Stimmen. Nach seiner Amtseinführung duldete Al Sissi keine Kritik an

seiner Herrschaftsform, schaltete jegliche Opposition aus und ging nun auch gegen säkulare, liberale und linke politische Kräfte vor, die sich von seinem Regierungsstyl abwandten. Darüber hinaus dehnte Al Sissi seine Kontrolle neben dem Militär auch auf das Parlament, die Justiz und die Medien aus (siehe Kapitel 5.3.3, 5.3.4 und 5.3.5).

Ende März 2018 wurde Al Sissi mit gut 97 Prozent der gültigen Stimmen wiedergewählt. Ein Jahr später initiierte das Unterhaus auf Wunsch Al Sissis eine Verfassungsänderung, durch die der Staatschef mehr Macht erhalten soll. Die Modifizierung wurde im Schnellverfahren vom Parlament verabschiedet. Beim anschließenden Volksreferendum vom April 2019 hätten laut offiziellen Angaben über 88 Prozent der Stimmberechtigten für die Verfassungsänderungen gestimmt. Der neue Verfassungstext sieht u.a. vor, die Präsidentenschaftszeit von 4 auf 6 Jahre anzuheben. Diese Veränderung wirkte rückwirkend auf die Wahlen von 2018, sodass Al Sissi statt die auf vier Jahre bestimmte Amtszeit nun sechs Jahre bis zum Jahr 2024 im Amt bleiben kann. Zudem erlaubt die neue Verfassung Al Sissi auch eine weitere Kandidatur für eine zweite Amtsperiode. 2016 hatte Al Sissi noch beteuert, keine dritte Amtszeit anzustreben und die Verfassungsvorgaben (u.a. Beschränkung auf zwei Amtsperioden) zu respektieren.

Die Verfassungsergänzung von 2019 räumte außerdem Al Sissi einen weitreichenden Einfluss auf die Justiz ein. Demnach ernennt der Staatschef den Präsidenten des Verfassungsgerichtes, den Generalstaatsanwalt sowie die Vorsitzenden der Justizbehörden und wird den Hohen Justizrat, der sich insbesondere mit der Aufsicht über die Justizorgane befasst, präsidieren[241]. Zudem stärkten die neuen Änderungen die Rolle der Armee im politischen System. Das Militär wird die Pflicht haben, „protect the constitution and democracy, and safeguard the basic components of the State and its civilian nature, and the people's gains, and individuals rights and freedoms"[242]. Damit würde wahrscheinlich auch der Weg für eine künftige Einmischung der Streitkräfte in der zivilen politischen Ordnung oder für mögliche Militärputsche „auf verfassungsrechtlicher Basis" geebnet. Die politische Übermacht der Sicherheitsdienste unter Al Sissi wurde bereits auf innerstaatlicher Ebene zementiert und manifestiert sich u.a. in der Ernennung von Gouverneuren. 17 der insgesamt 27 von Al Sissi ernannten Gouverneure der

[241] International Commission of Jurists: *„Egypt Constitutional Amendments: Unaccountable Military, Unchecked President and a Subordinated Judiciary"*. Bericht vom April 2019, Seite 1 und 2, unter: https://www.icj.org/wp-content/uploads/2019/04/Egypt-Constitutional-amendments-advocacy-analysis-brief-2019-ENG.pdf, abgerufen am 30.08.19.

[242] International Commission of Jurists: *„Egypt Constitutional Amendments: Unaccountable Military, Unchecked President and a Subordinated Judiciary"*. Bericht vom April 2019, Seite 5.

ägyptischen Departements sind Armee- (mehrheitlich) oder Polizeigeneräle[243]. Angesichts der seit 2014 herrschenden politischen Zustände und der Diskrepanz zwischen einer theoretischen und praktischen Umsetzung der Verfassungsvorgaben wird an dieser Stelle auf eine weitere Analyse der Verfassung von 2014, inklusive der Modifikation von 2019, verzichtet.

5.3.3 Pluralismus und Parteienlandschaft

Seit der Machtübernahme des Militärs in Ägypten im Juli 1952 wurden Parteien zeitweise entweder verboten bzw. aufgelöst (beispielsweise während der Herrschaft von Jamal Abdel Nasser) oder im Rahmen der Dominanz der Staatspartei NDP geduldet. Die erste formale politische Öffnung erfolgte in der zweiten Hälfte der Regierungszeit von El Sadat, wobei die monopolistische Machtstellung der Einheitspartei ASU, auf deren Basis die systemtragende Partei NDP danach entstand, unangetastet blieb. Nach seinem Amtsantritt trieb Mubarak die Dominanz der NDP voran und ließ die Partei zu den wichtigsten Säulen seiner Herrschaft aufsteigen. Der Umgang mit politischen Parteien unter Mubarak unterschied sich nicht grundlegend von dem seines Vorgängers. Während die hegemoniale Stellung der Staatspartei NDP stetig ausgebaut wurde, klassifizierte der Machtapparat die restlichen politischen Kräften, im Gegensatz zu demokratischen Ländern, wo die Opposition als gleichwertige Gegenkraft zur regierenden Partei (-en) fungiert und als fester Bestandteil des politischen Systems wahrgenommen wird, in loyale oder illoyale Oppositionsparteien. Dementsprechend wurden potenzielle politische Gruppen, die die Macht der NDP hätten gefährden können, vom Staatsapparat unter Mubarak als „illegitim und somit illegal“ angesehen, während „die loyale Opposition als institutionell legalisiert“ betrachtet und leichter zugelassen wurde (vgl. Biegel 2001: 1f.). Ferner begünstigte der seit 1981 jährlich verlängerte Ausnahmezustand die Einschränkung parteipolitischer Arbeit. So nutzte die ägyptische Staatsführung z.B. Militärgerichte vor den Legislativwahlen aus, um die potenziellen politischen Gegner unter Druck zu setzen. „Die zwar illegalen, aber weitgehend tolerierten Muslimbrüder wurden 1995 und 1999 jeweils im Vorfeld von Parlamentswahlen durch präsidialen Erlass vor Militärgerichte gestellt und konnten somit nicht an den Wahlen teilnehmen. Militärgerichte lassen darüber hinaus keine Berufungsverfahren zu“ (Hegasy 2005).

Die Grundlage für die rechtmäßige Registrierung sowie die Regulierung der Arbeit politischer Parteien in Ägypten bildete bis zum Jahr 2011 das Parteiengesetz von 1977 (Gesetz 40/1977), das vom ehemaligen Staatschef El Sadat angeordnet wurde und als erstes Parteiengesetz

[243] Vgl. Egypt State Information Service: *„Name der aktuellen Gouverneure“*, unter: http://www.sis.gov.eg/section/75/4528?lang=ar, abgerufen am 27.09.19.

Ägyptens seit der Unabhängigkeit in die Geschichte einging. Das Parteiengesetz, das u.a. in den Jahren 1978 und 2005 reformiert wurde, markierte das Ende des One-Party Systems und gestattete formell die Gründung von Parteien. Die Parteizulassung setzte laut Parteiengesetz u.a. voraus, die islamische Rechtsordnung als Hauptquelle der Gesetzgebung, die Einhaltung der nationalen Einheit und des sozialen Friedens anzuerkennen sowie die Prinzipien der Revolutionen von 1952 und 1971 zu akzeptieren (vgl. Art. 4. Absatz 1 des Parteiengesetzes[244] von 1977; Biegel 2001: 10). Ebenfalls wie in Algerien und Tunesien war es in Ägypten auch nicht erlaubt, Parteien auf Basis der Religion, Ethnie, Geschlecht oder Rasse zu gründen. „Über die Zulassung als Partei entscheidet ein Parteienkomitee, dem überwiegend Mitglieder der Regierungspartei NDP angehören" (Biegel 2001: 10). Diese zuständige Parteikommission wurde vom Vorsitzenden des Shura-Rates (Zweite Parlamentskammer, die vom NDP dominiert war) präsidiert und bestand aus dem Innenminister, Minister für Parlamentsangelegenheiten sowie jeweils drei ehemalige Vorsitzenden von Justizorganen und öffentliche Persönlichkeiten, die vom Staatspräsidenten ernannt wurden[245]. Zusätzlich erschwert wurde die Registrierung von Parteien durch die Gründungskriterien, die besagten, dass „einer neuen Partei als Gründungsmitglieder mindestens 20 Parlamentarier angehören und mindestens die Hälfte der 50 Gründungsmitglieder Arbeiter oder Bauern" sein müssten (Biegel 2001: 10). Nach der Reform des Parteigesetzes im Jahr 2005 musste zudem jede neue Partei ihren Gründungsantrag von mindestens 1.000 Gründungsmitglieder aus mehr als 10 Gouvernorate (mindestens 50 Gründungsmitglieder pro Gouvernorate) unterschreiben und beglaubigen lassen.

Die schwierigen Zulassungskriterien von Parteien unter Mubarak zeugten von einer kalkulierten Politik zur Einschränkung regulärer Oppositionsarbeit. Denn obwohl Mubarak die vorsichtige politische Öffnung seines Vorgängers fortgesetzt hatte, wurden potenzielle Oppositionsparteien, die über eine starke gesellschaftliche Verankerung (u.a. durch karitative Arbeit) verfügen, wie etwa die islamistischen Muslimbrüder oder Liberale, daran gehindert, einen legalen Status zu erhalten. Trotz der Betonung von Verfassungsartikel 5 (Version von 2007) auf das Recht der Bürger auf der Gründung politischer Parteien, wurden mehrere Legalisierungsanträge der Muslimbruderschaft beispielsweise von 1995 bis 2011 abgewiesen, weil Art. 3 des Parteiengesetzes u.a. die Gründung von Parteien auf religiöser Basis verbietet. „Anträge können aber auch mit dem Hinweis abgelehnt werden, es bestehe kein

[244] Ägyptisches Parteiengesetz von 1977: „*Gesetz 40 vom Jahr 1977*", unter: https://www.aljazeera.net/specialfiles/pages/92d34a5b-e547-4a65-9bef-ffb93afdcf07, abgerufen am 24.09.18.
[245] Vgl. Fürtig 2005: 100; Egypt State Information Service: „*Entwicklung des Parteienlebens in Ägypten*", unter: http://www.sis.gov.eg/section/325/121?lang=ar#4, abgerufen am 23.08.18.

gesellschaftlicher Bedarf bzw. das Anliegen sei bereits in den Programmen legalisierter Parteien enthalten“ (Fürtig 2005: 100).

Die Kandidaten von politischen Strömungen, deren Parteien die Legalisierung von der Parteieizulassungskommission verweigert wurde, konnten sich bei Legislativwahlen nur als „Unabhängige“ zur Wahl stellen. Während der dreißig jährigen Amtszeit von Mubarak stieg die Zahl offiziell registrierter Parteien im Land von anfänglich 6 auf 24 an. Es ist jedoch zu erwähnen, dass die die Mehrheit der neuregistrierten Parteien (11 von 18 Parteien) „ihre Zulassung nicht vom zuständigen Parteienkomitee erhielten, sondern sie erstritten sich ihren legalen Status durch die Gerichte, nachdem ihre Anträge auf Zulassung vom Parteienkomitee abgelehnt worden waren“ (Biegel 2001: 4). Darüber hinaus „wurden nur solche Parteien zugelassen, die den vorgegebenen restriktiven politischen Rahmen akzeptierten und der NDP nicht gefährlich werden konnten. Eine tatsächliche Opposition konnte sich hierdurch nicht herausbilden“ (Grimm/Roll 2017: 110). Ferner wurden die zugelassenen Parteien von der Staatsführung, wie es bereits in Algerien und Tunesien der Fall war, kooptiert, wodurch sich keine Partei politisch profilieren und die hegemoniale Position der NDP gefährden konnte.

Die Entwicklung der ägyptischen Parteienlandschaft wurde nicht nur durch die restriktiven staatlichen Maßnahmen beeinträchtigt, sondern auch durch fehlende interne Parteidisziplin und Transparenz. Die Parteienstruktur im Land wurde durch interne Interessenkonflikte und Ämtergerangel geprägt, die insbesondere im Vorfeld von Parlaments- oder Senatswahlen in Erscheinung traten und von den Parteifunktionären öffentlich ausgetragen wurden. Dieses negative Bild vom Parteienleben war vor dem Jahr 2011 symptomatisch für Ägypten (und für den arabischen Raum) und wurde durch die auf Parteienebene fehlende interne demokratische Entscheidungsfindung z.B. bei der Ernennung von Kandidatenlisten oder bei der Vergabe von internen Führungsposten begünstigt. Die Symptome der ägyptischen Parteienlandschaft erfassten im Laufe der 2000er Jahre auch die Staatspartei NDP, nachdem der Präsidentensohn Jamal Mubarak damit begann, die Partei zu seinen Gunsten umzustrukturieren mit dem Ziel, sich innerhalb der Partei zu profilieren und somit den Weg zur Beerbung seines Vaters Hosni Mubarak im Präsidentenamt zu ebnen. Dies stieß nicht nur auf Widerstand der Armeeführung und Opposition, sondern auch innerhalb der Regierungspartei NDP.

Die internen Interessenkonflikte innerhalb der NDP, die betriebene Klientelpolitik der Regierungspartei, die Bezichtigung der Wahlmanipulation durch staatliche Stellen zugunsten Mubaraks und seiner Partei sowie die schlechten sozio-ökonomische Situation im Land ließen die NDP seit 2005 zunehmend in einem schlechten Licht rücken und stärkte den Unmut in der

Bevölkerung. Aufgrund der jahrelangen Schwächung bzw. Nicht-Zulassung von Parteien formierten sich oppositionelle Kräfte in politischen Bewegungen oder Bündnisse, um gegen die Herrschaft von Mubarak, seine geplante Machtübergabe an seinem Sohn sowie die Missstände im Land zu kämpfen. Im Jahr 2004 riefen ägyptische Akademiker, Intellektuelle und öffentliche Persönlichkeiten zunächst die Bewegung *Kifaya* ins Leben, der die Behörden allerdings die Anerkennung verweigerten. Zentrale Forderung von Kifaya war u.a. die Ablehnung einer fünften Wiederwahl von Mubarak.

Am 23. März 2008 folgte dann mit der (nicht genehmigten) Gründung des *6th of April Youth Movement* (Jugendbewegung des 6. April) die Geburt der wichtigsten Jugendbewegung im Land. Der Start der Gruppe ging einer Idee ihrer Gründer der Ingenieur *Ahmed Maher* und die Personalsachbearbeitern *Israa Abdel-Fattah* voraus, Textilarbeiter in der ägyptischen Stadt *Al-Mahalla Al-Kubra* bei ihrem Generalstreik sowie Protest gegen Niedriglöhne und steigende Lebenshaltungskosten am 6. April 2008 zu unterstützen. Aufgrund des seit 1981 geltenden Notstandes waren Demonstrationen im Land offiziell verboten. Die Jugendbewegung bildete eine Facebook-Gruppe und startete im Vorfeld der Demonstrationen eine Online-Kampagne auf dem Sozialnetzwerk, die dazu aufrief, Solidaritätskundgebungen in der Hauptstadt Kairo und anderen ägyptischen Städten zu organisieren und die Protestgründe der Arbeiter unter einer online gut vernetzten Jugend zu verbreiten. Die Jugendbewegung des 6. April konnte mit ihrer Kampagne binnen kurzer Zeit ca. 70.000 Facebook-Nutzer (überwiegend Jugendliche) als Online-Mitglieder anwerben, denen ebenfalls die schlechte sozio-ökonomische Lage im Land missfiel. Die Demonstrationen der Arbeiter wurden von der Polizei blutig niedergeschlagen und Israa Abdel-Fattah wurde zwischenzeitlich wegen „Unruhestiftung" festgenommen.

Die Repressionen in der Folgezeit konnten zwar die Proteste gegen die Mubaraks-Politik eindämmen, der Einfluss des 6th of April Youth Movement in sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter blieb aber weiterhin ungebrochen und befeuerte insbesondere die Wut einer gut gebildeten und im Internet vernetzten Jugend („Social Media Generation") über die Missstände im Land. Nach der Ermordung des jungen Bolgers *Khaled Said* durch die Geheimpolizei im Jahr 2010 wurde die Facebook-Gruppe „*We are all Khaled Said*" vom Aktivisten *Wael Ghonim*[246] errichtet. Die Gruppe konnte wieder rasch zehntausende überwiegend junge Online-Mitglieder gewinnen, die neben der Verurteilung von Polizeigewalt auch für politische Reformen standen. In Abwesenheit organisierter und strukturierter Oppositionsarbeit auf Parteienebene, waren vor allem die Bewegung Kifaya, die

[246] Wael Ghonim war zu diesem Zeitpunkt Marketingchef von Google für die Regionen Nahost und Nordafrika.

Jugendbewegung des 6. April und die Facebook-Gruppe „We are all Khaled Said“, die nach dem Sturz von Ben Ali in Tunesien die Initiative ergriffen und die Revolte gegen Mubarak ins Rollen brachten. Auf Facebook und Twitter hatten die Initiatoren dann Aufrufe zu Massendemonstrationen gegen Mubarak für den 25. Januar 2011 verbreitet.

Nach der Machtübernahme des SCAF übte die Protestbewegung Druck aus, um neben den gestürzten Mubarak auch die bisherige Systemtragende Partei NDP zur Rechenschaft zu ziehen. Die NDP versuchte in der Post-Mubarak-Ära sich umzustrukturieren und ihre Führungsämter neu zu besetzen, in der Hoffnung, politische und juristische Maßnahmen gegen die Partei zu entgehen. Zunächst wurde das von der NDP dominierten Unterhaus vom SCAF aufgelöst. „Die Partei wurde am 16. April 2011 schließlich gerichtlich verboten und ihre Vermögenswerte konfisziert. Den NDP-Mitgliedern wurde durch die Militärführung zudem die Kandidatur bei Neuwahlen untersagt“ (Grimm/Roll 2017: 110). Der regierende Militärrat erleichterte nach dem Sturz Mubaraks die Bedingungen für die Gründung neuer Parteien. Dies sorgte für eine rege Zulassungswelle neuer Parteien und ermöglichte zunächst zum ersten Mal seit 1954 die Registrierung mehrerer Parteien aus dem islamistischen Spektrum. Dazu gehörten die moderat-islamistische *Al-Wasat Party* (Partei der Mitte), die seit Jahrzehnten nach Anerkennung strebende islamistische Muslimbruderschaft gründete die Freedom and Justice Party und die ultra-konservative salafistische Strömung konnte ebenfalls neue Parteien Gründen. „Im Unterschied zum islamistischen Lager taten sich dagegen andere politische Kräfte - insbesondere solche, die für sich beanspruchten, die Revolutionäre des Tahrir Platzes zu repräsentieren - schwer, tragfähige Parteistrukturen auszubilden“ (Grimm/Roll 2017: 112). Die jahrzehntelang durch staatliche Restriktionen bedingte parteipolitische Erosion und die fehlende parteipolitische Praxis stellten liberale und säkulare Kräfte vor der Herausforderung, entweder neue Parteien zu gründen oder bereits etablierte Parteien beizutreten.

Angesichts der für Ende 2011/Anfang 2012 geplanten Parlamentswahlen entschieden sich Teile der liberalen, Linken und säkularen Bewegung trotz fehlender parteipolitischer Erfahrung für die Schaffung neuer Parteien. In diesem Kontext ist beispielsweise die wirtschafts-liberale *Free Egyptians Party* (FEP) zu nennen, die durch die finanzielle Unterstützung des koptischen Unternehmers und Milliardärs *Najib Sawiris* entstanden ist oder die *Egyptian Social Democratic Party* (ESDP), die vor allem als Sammelbecken für Intellektuelle, wie der Politikwissenschaftler *Amr Hamzawy* oder der Mediziner *Mohammed Abul Ghar*, galt. Zudem konnten auch einige ehemalige Kader, die der ehemaligen Staatspartei NDP zuzurechnen sind, neue kleine Parteien gründen. Die Schwächen des liberalen und laizistischen Lagers vor allem

aufgrund der unzureichenden Vorbereitung und internen Interessenkonflikte wurden durch die Legislativwahlen 2011/2012 offenbart, als die islamistischen Parteien und ihre Wahlbündnisse rund 70 Prozent der Stimmen errangen. Das Schlechte Abschneiden der säkular und liberal gerichteten Parteien war symptomatisch für die zersplitterte ägyptische Parteienlandschaft, in der oft „nicht ideologische oder programmatische Unterschiede, die Allianzen oder Fusionen zwischen Parteien verhinderten, sondern vielmehr die jeweiligen Führungspersönlichkeiten. Diese waren allzu oft nicht bereit, ihren eigenen Machtanspruch gemeinsamen Zielen unterzuordnen“ (Grimm/Roll 2017: 116).

Nach dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen im Juni 2012, bei dem liberale und laizistische Kandidaten eine erneute Niederlage erlebten, erfolgte eine zweite Gründungswelle politischer Parteien in Ägypten. Der ehemalige Friedensnobelpreisträger und Anführer der liberalen Opposition gegen Mubarak Mohammed El Baradei gründete die liberale *Al Dustur Party* (zu Deutsch: die Verfassungspartei), um Kräfte aus dem Revolutionslager zu vereinen. Der letzte Premierminister in der Ära Mubarak und Verlierer der Präsidentschaftswahlen *Ahmed Shafiq* gründete Anfang 2013 den *Egyptian National Movement Party* und auch der langjährige ehemalige Außenminister und Generalsekretär der Arabischen Liga *Amr Mussa* rief im September 2012 den laizistischen *Conference Party* ins Leben. Sowohl Shafiq als auch Mussa warben ehemalige Mitglieder und Kader der damaligen Regierungspartei NDP an. Die Verfassung von Dezember 2012 stärkte das Recht auf Gründung politischer Parteien und betonte das Mehrparteiensystem. Artikel 6 besagte: „The political system is based on the principles of democracy and shura (…), citizenship (…), multi-party pluralism, peaceful transfer of power, separation of powers and the balance between them, the rule of law, and respect for human rights and freedoms“[247].

Ägypten erlebte zwischen Februar 2011 und Juni 2013 zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine freie und lebhafte Parteikultur. Zahlreiche neue Parteien aus einem breit gefächerten Spektrum erblickten das Licht der Welt. Die zunehmende politische Polarisierung und die fehlende Kompromissbereitschaft zwischen Parteien trugen allerdings zu einem wesentlichen Teil zum Militärcoup im Sommer 2013 sowie zur Schwächung der Parteikultur im Land bei. „Das Eingreifen des Militärs beendete indes nicht nur die Präsidentschaft Morsis, sondern leitete auch das Ende des kurzen ägyptischen Experiments mit Parteienpluralismus ein“ (Grimm/Roll 2017: 117). Die Muslimbruderschaft wurde daraufhin von der Regierung zur

[247] Carnegie Endowment for International Peace: *„Comparing Egypt's Constitutions“*, Seite 20, unter: https://carnegieendowment.org/files/Comparing-Egypt-s-Constitutions.pdf, abgerufen am 17.06.18.

Terrororganisation erklärt und verboten sowie ihr politischer Arm die FJP aufgelöst. Außerdem wurden ihre Mitglieder und Führungskader in politisch motivierten Prozessen strafrechtlich verfolgt sowie ihre Vermögen konfisziert. Das harte Vorgehen der durch den SCAF unterstützten Regierung gegen die Muslimbruderschaft ließ Zweifel aufkommen, ob es der Armeeführung nur darum ging, den Willen der Opposition nach Neuwahlen nachzukommen und den (teil-) polarisierenden Regierungsstil von Morsi zu beenden. Vielmehr scheint das Eingreifen des SCAF daraufhin zu deuten, dass es dem Militär eher darum ging, den „wichtigsten und mitgliederstärksten Gegner politisch, sozial und gegebenenfalls sogar physisch durch die Zerschlagung der Organisationsstrukturen bis hin zum Entzug der Lebensgrundlagen der Mitglieder auszuschalten“ (Grimm/Roll 2017: 117f.).

Die staatlichen Repressionen gegen die Mitglieder der Muslimbruderschaft und ihre Verbündeten sowie die erneute Machtkonzentration in den Händen des SCAF stießen zunehmend auf der Ablehnung liberaler und säkularer Kräfte aus dem Revolutionsblock (insbesondere die Jugendbewegung), die trotz ihrer anfänglichen Unterstützung des Staatsstreiches die Handlungen der Regierung zunehmend kritisch beäugten. Nach der Wahl von Al Sissi im Jahr 2014 wurde der restriktive Kurs gegenüber Parteien verschärft und betraf dann nicht nur die Muslimbruderschaft, sondern wurde auch auf Oppositionelle aus dem liberalen, linken und laizistischen Spektrum ausgeweitet. Unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung wurde jegliche Opposition im Land systematisch unterdrückt.

Sowohl der vom Militär gestützte Übergangspräsident Adly Mansour als auch Al Sissi verabschiedeten eigenständig und in Abwesenheit eines gewählten Parlaments legislative Präsidialdekrete, die die Ausübung der legislativen Gewalt (laut der Verfassung von 2014 wurde die zweite Parlamentskammer abgeschafft) und eine konstruktive Arbeit der Opposition beeinträchtigten. Die Gesetze traten im Sommer 2015 in Kraft und zielten darauf ab, durch das Wahlgesetz die Bildung von starken Fraktionen, insbesondere die von Oppositionsparteien, zu verhindern, in dem die Wahlkreise proportional unverhältnismäßig zerteilt wurden. Zudem begünstigte das angewendete Wahlsystem unabhängige Kandidaten auf Kosten von Parteien. Denn lediglich ein Fünftel der Parlamentssitze wird über Wahllisten, die laut Gesetz nur in vier Wahldistrikten praktiziert werden, vergeben, während die restlichen Sitze (ca. 448 von 596 Mandate) mithilfe eines Mehrheitswahlverfahrens in einzelnen Wahlkreisen besetzt werden, in denen aber jeweils nur ein einziges Mandat errungen werden kann (vgl. Grimm/Roll 2017: 121f.). Auf diese Praxis griff auch Mubarak während seiner Regierungszeit zurück und ermöglichte somit wohlhabenden und regierungsnahen Kandidaten den Zugang ins Unterhaus.

Hinzu kamen zusätzlich bürokratische Hürden, denen sich Parteienlisten ausgesetzt sahen, wie etwa Quotenbestimmungen, die eine Parteiliste erfüllen muss, damit sie an den Legislativwahlen teilnehmen kann. Zu diesen Bedingungen gehört, dass Parteilisten je nach Gouvernorate, einen bestimmten Anteil an Frauen, Kopten, Arbeiter und Jugend sowie Menschen mit Behinderung enthalten müsse.

Nach der Wahl von Al Sissi zum Staatspräsidenten im Sommer 2014 wurde auf Anraten und Mitwirkung des Sicherheitsapparats in einem ersten Schritt die Partei *Future of the Homeland Party* gegründet. Die Partei sollte im nächsten Parlament die Rolle einer Staatspartei übernehmen und dem politischen System unter Al Sissi einen parteipolitischen Glanz verleihen. In einem zweiten Schritt koordinierte der ägyptische Geheimdienst die Bildung einer Wahlallianz aus mehreren Parteien, um daraus eine große Fraktion zur Unterstützung Al Sissis im künftigen Unterhaus zu schaffen. Die Rolle der Zusammensetzung übernahm „der ehemalige Geheimdienstoffizier *Samih Saif Al Yazal*, der nicht nur zu den staatlichen Sicherheitsorganen, sondern auch zu einer Reihe von Parteien hervorragende Beziehungen unterhielt“ (Grimm/Roll 2017: 124). Zum Schluss wurde die Wahlallianz *Aus Liebe für Ägypten* (nannte sich nach den Wahlen in *Support Egypt* um) gebildet und konnte die Legislativwahlen 2015 für sich entscheiden.

Die Restriktionen gegen Parteien wurden unter Al Sissi verstärkt. Während unter Mubarak noch eine Staatspartei das politische Geschehen mitgestalten und die Opposition teilweise frei agieren konnte, kann man seit dem Militärputsch 2013 nicht mehr von einem Parteienleben mit klassischem Muster in Ägypten sprechen. Bis Anfang 2017 zählte man in Ägypten rund 86 registrierte Parteien, die allerdings kaum eine Rolle in der politischen Entscheidungsfindung spielen und vom Staatsapparat kooptiert wurden. Zudem weisen die zugelassenen politischen Parteien eine niedrige gesellschaftliche Verankerung auf. Oppositionelle, die Al Sissi kritisieren, werden verhaftet und in politisch motivierten Prozessen zu Haftstrafen verurteilt. Andere Oppositionspolitiker mussten entweder außer Land fliehen (z.B. der ehemalige Präsidentschaftskandidat Ayman Nour und Mohammed El Baradei) oder sich mit Kritik an den Zuständen im Land zurückhalten. In Tabelle 6 werden die wichtigsten Parteien aufgeführt, die im Untersuchungszeitraum eine bedeutende Rolle in Ägypten gespielt haben.

Tabelle 6: Die wichtigsten Parteien in Ägypten während der Untersuchungsphase

Parteiname und Gründungsjahr	Politisches Gewicht	Politische Ausrichtung
Al Wafd Party, wurde im Jahr 1923 gegeründet, 1952 verboten und erst im Jahr 1984 wieder als (New) Al Wafd Party zugelassen	Eine der ältesten Parteien des Landes. Seit 1922 bis 1952 stärkste politische Kraft. Galt unter Mubarak als kooptierte Partei und im Parlament vertreten. Bei den Wahlen 2011 gewann sie noch 38 Sitze. 2015 kam die Partei auf 35 Mandate und schloss sich die Sissi-nahe Allianz „For the love of Egypt". Regierungsbeteiligung nach dem Militärcoup 2013.	nationalistisch, liberale und säkulare Partei. War die erste ägyptische Partei, die Kopten in hochrangigen inneren Positionen wählte. Plädiert für eine freie Marktwirtschaft. Steht ausländischen Direktinvestitionen allerdings kritisch gegenüber. Nach den Umbrüchen 2011 großer Gegner der Muslimbrüder und war wichtiger Teil der „Rettungsfront", die den Putsch 2013 befürwortete.
Wasat Party (Partei der Mitte), wurde im Januar 1996 gegründet und erst im Februar 2011 zugelassen	Ging einer Abspaltung der Muslimbrüder 1996 hervor. Errang bei der Wahl 2011 etwa 9 Mandate. Beteiligte sich an der Regierung Morsis (1. Ministerposten). Lehnte den Staatsstreich 2011 ab. Daraufhin wurde die Parteiführung verhaftet. Boykottierte die Wahl 2015.	Moderat islamistisch. Strebt einen demokratischen Staat auf Basis islamischer Werte an. Bekennt sich zu demokratischen Regeln, Geschlechtergleichheit und steht für eine soziale Marktwirtschaft. Lehnt die politische Rolle des Militärs ab und ist gegen die Herrschaft Al Sissis.
Free Egyptians Party (FEP), wurde im April 2011 gegründet	Vom Großunternehmer und Mubarak-nahen *Najib Sawiris* gegründet. Verstand sich als Gegengewicht zum islamistischen Lager. Gewann bei der Wahl 2011 etwa 15 Sitze. 2015 wurde die Partei mit 63 Mandate Wahlsieger. Keine Regierungsbeteiligung bis 2017.	Säkular, rechtsliberal und wirtschaftsnah mit guten Verbindungen zu staatlichen Stellen. Entschiedener Gegner des FJP. Sieht auch in Linken eine Gefahr für ihr politisches Modell. Befürwortete den Militärputsch gegen Morsi. Unterstützt das politische Agenda Al Sissis.
Freedom and Justice Party (FJP), wurde im April 2011 gegründet und im Juni 2011 zugelassen	Politischer Arm der 1928 gegründeten Muslimbruderschaft. War unter Mubarak offiziell verboten, ihre Mitglieder nahmen aber als Unabhängige an Wahlen teil. FJP gewann mit 40 Prozent der Stimmen die ersten demokratischen und freien Wahlen 2011. Außerdem stellte sie mit Morsi auch den Staatspräsidenten auf. Wurde nach dem Staatsstreich 2013 verboten.	Gemäßigte islamistische Partei. Steht für ein konservatives Gesellschaftsmodell. Lehnt Gewalt ab und steht für soziale Gerechtigkeit. Akzeptiert demokratische Regeln. Mithilfe sozial-karitativer Tätigkeiten konnten die Muslimbrüder eine starke Verankerung in der Gesellschaft erreichen. Nach dem Putsch 2013 wurden sie zur Terrororganisation erklärt und die FJP wurde verboten.
Egyptian National Movement Party (ENM), wurde im September 2012 gegründet	Wurde vom früheren Luftwaffenchef und letzten Premierminister aus der Mubarak-Ära General Ahmed Shafiq gegründet. Shafiq unterlag Morsi im Jahr 2012 knap bei den Präsidentschaftswahlen. Bei den Wahlen 2015 gewann die Partei 4 Sitze.	Nationalistisch-säkular. Warb mehrere Parteikader der aufgelösten NDP an. Partei steht für die Förderung des öffentlichen Sektors, gerechte Sozialpolitik, stärkere Anwerbung ausländischer Investitionen sowie für Public-Private-Partnership.
Future of the Homeland Party, wurde im Juli 2014 gegründet	Militärnahe Partei. zählt in ihren Reihen Abgeordneten mit militärischem oder polizeilichem Hintergrund. Wurde bei den Parlamentswahlen mit 53 Sitze aus dem Stand zweitstärkste Kraft. Bis 2017 keine Regierungsbeteiligung. Stellt sich in den Diensten der politischen Agenda Al Sissis.	Nationalistisch-populistische Partei. Vom Sicherheitsapparat zur Unterstützung Al Sissis gegründet. Sieht in der nationalen Sicherheit und Verteidigung der Armee vor Kritik ihre wichtigste Priorität. Großer Gegner der Muslimbruderschaft und jede politische Kraft, die die Militärführung in Frage stellt.
Al Nour Party (Partei des Lichtes), wurde im März 2011 gegründet	Von der einflussreichen salafistischen Gruppe „der salafistische Ruf" gegründet. War Hauptkonkurrent der FJP im islamistischen Lager. Bei den Legislativwahlen 2011/12 mit 111 Abgeordneten Zweitstärkste Kraft. Bei den Wahlen 2015 gewann die Partei nur noch 11 Mandate. Bisher keine Regierungsbeteiligung.	Politischer Arm der salafistischen Gruppe „Al Dawa Al Salafiya" (Der salafistische Ruf). Ultra-konservative religiöse Partei, plädiert für entsprechendes Gesellschaftsmodell und steht für Stärkung des Landwirtschaftszweigs und der sozialen Entwicklung. Unterstützt Al Sissi und dem Militär. Ihr Parteichef war bei der Verlesung der Putschrede von Al Sissi anwesend.
National Democratic Party (NDP), wurde 1978 gegründet	Unter Mubaraks Vorsitz Einheitspartei mit hegemonialer Stellung auf der politischen Landkarte Ägyptens. Gewann bis 2011 mit überwältigender Mehrheit alle Wahlen.	Staats- sowie Regierungspartei unter Mubarak und El Sadat. Ideologisch breit gefächert. Stand für eine Privatisierungspolitik. Wurde nach der Revolution im April 2011 verboten.

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten von: Biegel 2001 und Grimm/Roll 2017

5.3.4 Wahlen

Der rechtliche Rahmen für die Präsidentschafts- und Legislativwahlen in Ägypten bis zum Jahr 2011 bildete die Verfassung von 1971 (inklusive der Ergänzungen im Zuge der Reformen) und das Wahlgesetz. Das Staatsoberhaupt wurde für 6 Jahre ohne Mandatsbeschränkung gewählt, wobei bis 2004 der Kandidat für die Präsidentschaftswahl aufgrund verfassungsrechtlicher und bürokratischer Hürden zunächst von einem Drittel der Parlamentarier vorgeschlagen werden musste. Der Bewerber, der im Unterhaus eine Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten auf sich vereinen konnte, wurde dann für ein Volksreferendum empfohlen. Durch den Volksentscheid wurde üblicherweise der Kandidat formal im Amt bestätigt. So war es beispielsweise auch 1993, als Mubarak vom Parlament zum einzigen Kandidaten erklärt wurde. Beim anschließenden Referendum sollen sich laut offiziellen Angaben, bei einer Wahlbeteiligung von gut 84 Prozent, ca. 97 Prozent der Stimmberechtigten für Mubarak ausgesprochen haben. Somit wurde er ohne Gegenkandidaten für eine dritte Amtszeit gewählt. Das Parlament wurde hingegen für 5 Jahre in geheimer Wahl direkt vom Volk gewählt. Die Urnengänge bis 2010 fanden insgesamt in regelmäßigen Zeitabständen statt. Die Umstände rund um die abgehaltenen Präsidentschafts- und Legislativwahlen und die abschließenden Wahlergebnisse waren bis 2010 in mehrfacher Hinsicht umstritten. Nach den politischen Umbrüchen 2011 änderten sich die Bedingungen zur Abhaltung von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Aufgrund der fehlenden demokratischen Legitimität (ein Drittel der Mitglieder wurden vom Staatschef direkt ernannt) und dessen lediglich beratenden Funktion werden die Wahlergebnisse des Schura-Rates bei der folgenden Analyse nicht berücksichtigt. Insgesamt ist aber in diesem Kontext zu erwähnen, dass die Shoura Assembly bis 2010 von der Staatspartei NDP dominiert war.

5.3.4.1 Präsidentschaftswahlen

Gemäß der Verfassung nominierte die NDP-dominierte ägyptische Volksversammlung am 02. Juni 1999 den seit 1981 amtierenden Staatschef Mubarak für die anstehende Volksbefragung zur Bestimmung des Staatsoberhauptes. 443 der insgesamt 454 Abgeordneten (die NDP hatte 90 Prozent der Sitze inne) hätten sich laut Parlamentspräsidenten dafür entschieden, Mubarak ohne Gegenkandidaten dem Volk für eine vierte Amtszeit vorzuschlagen. In Anbetracht der Abstimmung im Unterhaus fällt auf, dass fast alle „domestizierte“ Oppositionsparteien für die Nominierung Mubaraks gestimmt hatten (vgl. Biegel 1999: 32). Eine vom Vorsitzenden der Ersten Kammer angeführte Parlamentsdelegation besuchte daraufhin das Staatsoberhaupt im Präsidentenpalast und verkündete ihm die Entscheidung des Unterhauses. Mubarak gab anschließend an, „dass die Pflicht ihm keine andere Wahl lasse, als die Nominierung des Parlamentes zu akzeptieren“ (Biegel 1999: 32). In den Folgetagen sprachen u.a. der SCAF, die

religiösen Autoritäten des Landes (Muslime und Christen) sowie Vertreter der Shoura Assembly den amtierenden Staatschef ihre Unterstützung aus und riefen dazu auf, beim Volksreferendum mit „ja“ abzustimmen. Beim Referendum am 26. September 1999 hätten nach offiziellen Angaben bei einer Wahlbeteiligung von 79,2 Prozent fast 94 Prozent mit Ja und damit für eine vierte Amtszeit Mubaraks gestimmt. Das Ergebnis deckte sich mit anderen Wahlergebnissen aus dem regionalen Umfeld Ägyptens (u.a. Algerien und Tunesien) überein und war umstritten, zumal am Wahltag in mehreren Landesteilen laut Wahlbeobachter „Wahlkabinen und Umschläge für den Wahlzettel, beides Voraussetzungen einer geheimen Abstimmung, nicht vorhanden“ waren (Biegel 1999: 36f.).

Die Wiederwahl Mubaraks 1999 und die fehlenden Reformen im Land stießen in den Folgejahren auf eine zunehmende Ablehnung insbesondere der außerparlamentarischen Opposition und Intellektuelle. Der durch das Bündnis Kifaya ausgeübte Druck auf die Staatsführung trug vor den Präsidentschaftswahlen 2005 seine Früchte. Angesichts der andauernden sozio-ökonomischen Krise verkündete Mubarak Ende Februar 2005 eine Verfassungsreform an, die trotz der schwierigen Zulassungskriterien für Bewerber eine direkte und geheime Mehrkandidatenwahl für das Präsidentenamt vorsah. Die Modifikationen wurden am 25. Mai 2005 bei einem Volksreferendum angenommen und traten vor der angesetzten Wahl in Kraft. Die Verfassungsergänzung 2005 ermöglichte zum ersten Mal in der Geschichte Ägyptens eine pluralistische Präsidentschaftswahl, bei der trotz bürokratischer Hürden 10. Kandidaten, gegeneinander antraten. Die Wahlkampagne verlief einseitig zugunsten des amtierenden Staatschefs Mubarak, nachdem er zum Nachteil seiner Mitbewerber von einer breiten medialen Berichterstattung durch die staatlich kontrollierten Medien sowie von der gut vernetzten Staatspartei NDP profitierte. Die Muslimbruderschaft, die Bewegung Kifaya und andere Oppositionsparteien riefen angesichts der „unfairen Wahlbedingungen“ sowie die Sorge vor Wahlmanipulationen zum Boykott der Präsidentschaftswahlen auf.

Die Wahlen vom 7. September 2005 brachten keine Überraschung. Der 77-jährige Mubarak kam laut offiziellen Angaben bei einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung von etwa 23 Prozent an erster Stelle. Auf ihn wären 88,5 Prozent der Stimmen entfallen. An zweiter Stelle rangierte überraschend der liberale und säkulare Oppositionspolitiker Ayman Nour (Al Ghad Party), der Anfang 2005 wegen angeblicher Urkundenfälschung im Zusammenhang mit der Gründung seiner Partei verhaftet wurde und nach internationaler Kritik im März vorübergehend freikam, mit gut 7,5 Prozent. Dritter wurde *Noaman Gomaa* (Al Wafd Party) mit knapp 3 Prozent. Der Mubarak-Sieg für eine fünfte Amtszeit wurde von Manipulationsvorwürfe der

Opposition begleitet. Das Wahlergebnis von Ayman Nour wurde vom Staatsapparat mit Sorge zur Kenntnis genommen und diese sah in dem Oppositionspolitiker eine Gefahr für die Vormachtstellung Mubaraks. Im Dezember 2005 wurde Ayman Nour wieder Verhaftet und in einem politisch motivierten Verfahren wegen Betrugs zu fünf Jahre Haft verurteilt. Anfang 2009 wurde Nour aus gesundheitlichen Gründen entlassen. Aufgrund seiner rechtskräftigen Verurteilung konnte er allerdings an der für 2011 geplanten Präsidentschaftswahl nicht teilnehmen, da man zu seiner politischen Rehabilitierung nach ägyptischem Recht sechs Jahre benötigt, ehe man rehabilitiert ist und sich für eine Wahl stellen kann.

Nach dem Sturz Mubaraks im Februar 2011 wurden am 23/24 Mai 2012 die ersten freien und fairen Präsidentschaftswahlen in der Geschichte Ägyptens organisiert. Der Wahlkampf stand unter der Beobachtung lokaler sowie internationaler Akteure und verlief insgesamt ruhig und fair. Die 13 teilnehmenden Kandidaten, die unterschiedliche politische Strömungen und Lager vertraten, hatten insgesamt freien Zugang zur Bevölkerung und konnten ihr Wahlprogramm ungehindert vorstellen. Nachdem keiner der Bewerber bei der ersten Wahlrunde die absolute Mehrheit erreichen konnte, wurde am 16. und 17. Juni 2012 eine Stichwahl zwischen dem erstplatzierten Mohammed Morsi (25,3 Prozent) von der FJP und den zweitplatzierten Ahmed Shafik (23,74 Prozent) abgehalten. Die Konstellation nach dem ersten Wahlgang stellte die Demokratiebewegung vor einem Dilemma, nämlich sich zwischen den zivilen islamisch-konservativen Morsi, der Teil der anti-Mubarak-Opposition war, sowie Shafik, den letzten säkularen Premierminister in der Ära-Mubaraks und somit ein Vertreter des alten Regimes zu entscheiden. Der laizistische Teil der Demokratiebewegung blieb unentschlossen und gab keine eindeutige Wahlempfehlung für seine Anhänger. Dementsprechend fiel das Ergebnis der zweiten Runde knaper als erwartet, nachdem Morsi mit rund 51,7 Prozent der Stimmen die Wahl für sich entscheiden konnte. Morsi trat in der Folge, wie es Gesetze nach 2011 vorsahen, aus der FJP zurück und wurde zum ersten freigewählten zivilen Präsidenten Ägyptens.

Nach seinem Amtsantritt Ende Juni 2012 stiegen die politischen sowie sozio-ökonomischen Spannungen im Land und führten zu einer starken gesellschaftlichen Polarisierung zwischen der Regierung und der überwiegend liberalen und säkularen Opposition. Letztere forderte seit Anfang 2013 den Rücktritt Morsis und die Abhaltung von Neuwahlen. Der SCAF unter Führung von Verteidigungsminister General Al Sissi führte in der Folge einen Militärputsch gegen die Regierung, ließ den amtierenden Staatschef festnehmen und ernannte eine von der Armee gestützte Regierung mit dem Vorsitzenden des Verfassungsgerichtes Adly Mansur an der Spitze als Übergangpräsidenten. Nachdem Al Sissi am Tag des Staatsstreiches und in den

Folgemonaten Demokratie sowie Rechtsstaatlichkeit versprach und eigene Interesse an der Macht im höchsten Staatsamt zurückwies, verkündete er im März 2014 seine Bewerbung für die anstehenden Präsidentschaftswahlen Ende Mai 2014. Al Sissi kündigte im Anschluss seinen Rücktritt als SCAF-Vorsitzenden an und erklärte, dass er bei der anstehenden Wahl ohne Wahlprogramm auftreten werde.

Mit *Hamdeen Sabbahi* (Nasserist und Gründer der *Partei Al Karama*) wurde aufgrund der Repressionen des SCAF gegen die Opposition nur ein Kandidat für die Wahl zugelassen. Andere Potenzielle Bewerber verzichteten freiwillig auf eine Kandidatur oder zogen sie auf Druck der Armee zurück. Der Wahlkampf wurde einseitig von staatlichen Stellen für Al Sissi geführt. Die Präsidentschaftswahlen fanden unter großen Sicherheitsvorkehrungen am 26. und 27. Mai 2014 statt. „Die Wahlbeteiligung war an beiden Wahltagen jedoch derart niedrig, dass man die Wahl von zwei auf drei Tage verlängerte, den dritten Wahltag zum Feiertag erklärte und Nichtwählern eine Strafzahlung androhte“ (Ranko/Sabra 2015: 5). Am Ende siegte erwartungsgemäß Abdel Fattah Al Sissi mit dem Wert von 96,9 Prozent der Stimmen. Sabbahi, der bei den ersten pluralistischen und freien Präsidentschaftswahlen 2012 noch mit 21,5 Prozent der Stimmen Dritter wurde, bekam 2014 lediglich 3,1 Prozent. Oppositionelle im Exil warfen der ägyptischen Staatsführung Wahlmanipulation vor.

Kurz vor Ablauf seiner Amtsperiode stellte sich Al Sissi Ende März 2018 zur Wiederwahl auf. Diesmal wurden alle potenziellen Mitbewerber (darunter der ehemalige Generalstabchef Sami Anan und General Ahmed Shafiq) im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen unter unterschiedlichen Vorwänden festgenommen oder von der Wahlkommission ausgeschlossen. Am letzten Tag der Bewerbungsphase reichte der bekennende Al Sissi-Unterstützer und unbekannte Politiker *Mussa Mustafa Mussa* mit staatlicher Hilfe seine Kandidatur ein, weil er sich nach dessen Meinung um das Ansehen Ägyptens fürchtete, falls der amtierende Staatschef bei der Wahl ohne Konkurrenten auftreten sollte. Das Wahlergebnis ähnelte dem von 2014 und Al Sissi wurde laut offiziellen Angaben mit einem Stimmenanteil von gut 97 Prozent für eine zweite und letzte Amtszeit gewählt. Anfang 2019 wurde dann auf Al Sissis Wunsch die Verfassung modifiziert. Dabei wurde die Amtsdauer der Präsidentschaft von vier auf sechs Jahre angehoben. Diese Veränderung griff rückwirkend auf die aktuelle Amtszeit von Al Sissi ein und würde ihm ermöglichen, sich im Jahr 2024 zur Wiederwahl zu stellen.

5.3.4.2 Parlamentswahlen

Die Parlamentswahlen in Ägypten von 1995 bis 2011 fanden im Zeichen der NDP-Dominanz statt. Die National Democratic Party fungierte die faktisch wie eine Einheitspartei und wurde

von Mubarak als wichtiges Instrument zur Zementierung seiner Herrschaft genutzt. Die NDP konnte auf den staatlichen Verwaltungsapparat sowie dessen Ressourcen zurückreifen und sich somit eine hegemoniale Stellung im politischen und Parteiensystem aufbauen. Das Unterhaus zählte insgesamt 454 Abgeordnete, von denen 10 direkt vom Staatschef designiert wurden. Die Parlamentsmandate wurden laut Wahlgesetz durch Mehrheitswahlrecht proportional zwischen Wahllisten und Unabhängigen vergeben. An den Legislativwahlen vom 29. November und 6. September 1995 nahmen insgesamt 4000 Kandidaten (darunter Tausende Unabhängige) teil. Neben Unabhängige schafften die NDP und 5 weitere Parteien der „gezähmten" Opposition den Zugang ins Unterhaus. Die NDP errang 318 Sitze, wobei nach der Wahl 99 von 112 unabhängige Abgeordnete der NDP-Fraktion beitraten. Somit verfügte die NDP am Ende in der People's Assembly über 417 von insgesamt 454 Parlamentarier und damit weit über die nötige Zweidrittelmehrheit, die zum Vorschlagen Mubaraks für ein Volksreferendum oder zur Modifizierung der Verfassung notwendig wäre. Auf die restlichen fünf Parteien entfielen 14 Sitze, wobei 3 Parteien jeweils nur einen sitz errangen. Die außerparlamentarische Opposition warf der Staatsführung Unregelmäßigkeiten und Wahlmanipulationen vor[248].

Die Legislativwahlen im Jahr 2000 nahmen einen ähnlichen Ablauf und fanden unter gleichen repressiven Umständen statt wie die von 1995. Einzige Auffälligkeit war der leichte Verlust, den die NDP zu verzeichnen hatte und der für Unmut und Verjüngungsaufforderungen des Parteikaders innerhalb der Staatspartei sorgte. Die Wahlen wurden an drei Tagen zwischen dem 18. Oktober und 8. November 2000 abgehalten. Dabei gewann die NDP mit großem Vorsprung über Parteilisten 175 Sitze sowie über Unabhängige 213 zusätzliche Mandate und bildete mit 388 Parlamentarier (ca. 86 Prozent) die stärkste Fraktion. An zweiter Stelle mit 17 Sitze landete die Muslimbruderschaft, die vom Staatsapparat geduldet wurde und deren Kandidaten nur als Unabhängige auftreten durften. Al Wafd Party belegte mit 7 Abgeordneten den dritten Rang. Frauen und Vertreter der koptischen Minderheit blieben sowohl im Parlament von 1995 (fünf Frauen) als auch von 2000 (jeweils sieben Frauen und Kopten) deutlich unterrepräsentiert. Auch bei diesen Wahlen wurden der Staatsführung seitens der Opposition wieder Unregelmäßigkeiten vorgeworfen.

[248] Vgl. Inter-Parliamentary Union: *„Elections Held in 1995"*, unter: http://archive.ipu.org/parline-e/reports/arc/2097_95.htm, abgerufen am 23.05.18.

Nach internationaler Kritik (insbesondere der USA) an die politischen Zustände im Land und Aufforderungen der EU nach politischer Öffnung im Laufe der Jahre 2004 und 2005[249] wurde zunächst die Verfassung 2005 modifiziert. Eine weitere Gelegenheit für die politische Öffnung boten die Legislativwahlen 2005 an, die in drei Runden zwischen November und Dezember abgehalten wurden und bei denen mehrere Kandidaten der islamistischen Muslimbrüder zugelassen wurden. Der Ablauf der Parlamentswahlen wurde aber von Unregelmäßigkeiten und Gewalt überschattet. Während der drei Wahlrunden wurden rund 50 Menschen bei Ausschreitungen von den Sicherheitskräften oder Schlägertruppen im Dienst der Regierung getötet und 700 weitere verletzt[250]. Angesichts eines guten Abschneidens der Muslimbrüder bei den ersten beiden Wahlrunden wurden mehr als ein Tausend ihrer Anhänger sowie Funktionäre verhaftet und den Zugang zu hunderten Wahllokalen für ihre Anhänger durch die Polizei versperrt. „Nur die Wähler der NDP seien zu den Urnen durchgelassen worden"[251].

In Bezug auf den Wahlablauf 2005 berichteten unabhängige Richter, die mit der Wahlaufsicht in den Wahllokalen beauftragt waren, dass es „beim Transport der Wahlurnen zu den Zählstationen zu massiven Manipulationen seitens der dafür verantwortlichen Mitarbeiter des ägyptischen Innenministeriums gekommen" sei (Lange 2005: 4). Das US-Außenministerium kritisierte daraufhin die Umstände rund um die Wahl und erklärte, dass „der Urnengang (…) ein "falsches Signal" vom Einsatz der Regierung in Kairo für Demokratie und Freiheit" sende und die Fortsetzung des Reformprozesses im Land gefährde[252]. In Bezug auf die Wahlergebnisse verlor die NDP zwar an Zustimmung und erreichte nur noch 73 Prozent der Stimmen, blieb aber mit 333 Sitze und damit über die angestrebte Zweidrittelmehrheit unangefochten stärkste Kraft. Für eine Überraschung sorgte allerdings das Wahlergebnis der Muslimbruderschaft, die mit 88 Mandate (20 Prozent der Stimmen) zweitstärkste Kraft wurde. Die Wahlergebnisse veranlassten im Februar 2006 Mubarak zur Verschiebung der geplanten Kommunalwahlen um zwei Jahre sowie zur Wiederaufnahme des restriktiven Kurses

[249] Vgl. EU-Parlament: *„Arabische Republik Ägypten"*, Seite 2 und 4. EU-Parlament (Hrsg.), unter: http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-374.396+01+DOC+PDF+V0//DE&language=DE, abgerufen am 14.04.18.

[250] Vgl. Gehlen, Martin: *„Ägypten. Gekaufte Stimmen, brutaler Wahlkampf"*. Bericht vom 23.11.2010. In: Zeit Online, unter: https://www.zeit.de/politik/ausland/2010-11/parlamentswahlen-aegypten-gewalt, abgerufen am 14.04.18.

[251] Vgl. Deutsche Welle: *„Gewalt überschattet letzten Wahltag in Ägypten"*. Bericht vom 08.12.2005, unter: https://www.dw.com/de/gewalt-%C3%BCberschattet-letzten-wahltag-in-%C3%A4gypten/a-1807686, abgerufen am 14.04.18.

[252] Ebd.

gegenüber der Opposition (Haftstrafen u.a. gegen Oppositionspolitiker Ayman Nour und Mitglieder der Muslimbrüder)[253].

Aufgrund der erlittenen Verluste im Jahr 2005 mobilisierte Mubarak und die NDP im Vorfeld der Wahlen 2010 ihre Kräfte um ein besseres Ergebnis zu erzielen. Zu diesem Zweck wurden im Vorfeld der Wahlen die Restriktionen gegen die Opposition verstärkt. Die Bilanz war die Schließung bzw. Zensur mehrerer oppositionsnahen Sender und Zeitungen, Tausende Verhaftungen (insbesondere Anhänger der Muslimbruderschaft) und Einschüchterungen (vgl. Jacobs/Pinno/Toth 2010: 2ff; Human Rights Watch[254]). Vor der Wahl, die in zwei Runden am 28. November und 5. Dezember 2010 abgehalten wurde, plädierten Ayman Nour sowie Mohammed El Baradei, die die außerparlamentarische Opposition im Bündnis *National Assembly for Change* anführten, und die Muslimbruderschaft, die zunächst weniger Kandidaten aufstellte und sich nach der ersten Runde wegen Manipulationsvorwürfe zurückzog, für einen Wahlboykott. „Kurz nach dem Aufruf tauchten im Internet Bikini-Fotos von El Baradeis Tochter auf, die sein Ansehen bei konservativen und islamistisch gesinnten Ägyptern und Partnern unterminieren sollten“ (Jacobs/Pinno/Toth 2010: 3). Hinter der Kampagne gegen El Baradei, die auch in staatsnahen Medien zu seiner Diskreditierung ihre Fortsetzung fanden, wurde der ägyptische Sicherheitsapparat vermutet.

Das Wahlergebnis 2010 ergab laut offiziellen Angaben einen Sieg der NDP mit 420 Sitzen zuzüglich 53 Mandate über unabhängigen Listen (von insgesamt 508). Wenn man noch die 10 von Mubarak ernannten Abgeordneten hinzuzählt, dann hatte die NDP faktisch über 95 Prozent der Sitze errungen. Die Zahlen lösten Proteste der außerparlamentarischen Opposition aus und führten zu Demonstrationen im Land gegen die umstrittenen Wahlergebnisse, die unfrei wären und zugunsten der NDP manipuliert worden wären (vgl. Grimm/Roll 2017: 111). „The parliamentary elections in November-December 2010 which the ruling party manipulated more openly than ever before“ (Bertelsmann Stiftung 2012: 2)[255]. Die Hintergründe vom umstrittenen Wahlergebnis der NDP im Jahr 2010 waren in dem Kontext zu interpretieren, dass aufgrund interner Querelen innerhalb der NDP über die Nachfolge von Mubarak und die Vergabe von

[253] Vgl. EU-Parlament: „*Arabische Republik Ägypten*“, S. 2f. EU-Parlament (Hrsg.), unter: http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-374.396+01+DOC+PDF+V0//DE&language=DE, abgerufen am 14.04.18.

[254] Human Rights Watch: „*Egypt: Systematic Crackdown Days Before Elections*“. Bericht vom 24.11.2010, unter: https://www.hrw.org/news/2010/11/24/egypt-systematic-crackdown-days-elections, abgerufen am 14.04.18.

[255] Bertelsmann Stiftung: „*BTI 2012. Egypt Country Report*“. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2012, unter: https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2012/pdf/BTI_2012_Egypt.pdf, abgerufen am 21.09.2018.

Spitzenämtern die Staatsführung sich dazu entschloss, mit Parlamentsmandaten so viele NDP-Kader zu besänftigen, damit die internen Machtkämpfe gelöst werden. In der Tat ebneten nämlich der Wahlausgang 2010 und die Repressionen gegen die Opposition den Weg für den Aufstand von 2011, der u.a. ein Verbot der NDP zur Folge hatte.

Das Unterhaus von 2010 wurde nach der Machtübernahme des SCAF auf Druck der Protestbewegung aufgelöst. Der SCAF übernahm in der Folge die legislative Gewalt. Zwischen November 2011 und Januar 2012 wurden in drei Runden die ersten pluralistischen und freien Parlamentswahlen in der Geschichte Ägyptens organisiert. Insgesamt waren laut dem von SCAF verabschiedeten Wahlgesetz 508 Sitze zu vergeben, wobei der SCAF eigenständig 10 Abgeordnete direkt designieren durfte. Der Wahlkampf verlief insgesamt friedlich und die Parteien konnten dem Volk frei ihre Wahlprogramme vorstellen. Gut vernetzte islamistische Parteien hatten nach dem Sturz Mubaraks eine schnelle Abhaltung von Parlamentswahlen befürwortet. Der relativ frühe angesetzte Zeitpunkt für die Wahlen kam hingegen für liberale und säkulare Parteien, die sich nach der Revolution neu gegründet hatten und ihnen aufgrund langjähriger Unterdrückung die nötigen Ressourcen und Strukturen fehlten, zu früh. Im Umkehrschluss war die legislative und exekutive Machtkonzentration in den Händen des SCAF für die Protestbewegung ein Dorn im Auge und plädierte daher für schnelle Wahlen.

Die offiziellen Ergebnisse der Legislativwahlen kürten mit 47 Prozent der Stimmen und 235 Sitze die islamistische FJP zum Sieger. Zweitstärkste Kraft wurde die ultra-konservative salafistische Al Nour Party mit 123 Mandate (24 Prozent). An dritter und vierter Stelle folgten die liberale Al Wafd Party (42 Mandate) und der *Egyptian Bloc* (33 Sitze). Auf die von ehemaligen NPD-Funktionäre geführten Kleinparteien entfielen insgesamt nur 3 Prozent der Sitze (vgl. Büchs 2012: 4). Der Wahlausgang wurde von den Parteien angenommen und Wahlmanipulationensvorwürfe wurden nicht erhoben. Einige Monate nach dessen konstituierenden Sitzung wurde das gewählte Unterhaus am 14. Juni 2012 vom Verfassungsgericht, das noch von Richtern dominiert war, die von Mubarak ernannt wurden, für aufgelöst erklärt. Das Gericht begründete sein Urteil damit, dass das Wahlsystem, auf dessen Grundlage das Parlament Ende 2011/Anfang 2012 gewählt wurde, nicht verfassungskonform gewesen sei. „Ein Drittel der Sitze, die eigentlich unabhängigen Kandidaten vorbehalten waren, seien von Abgeordneten belegt worden, die von Parteien ins Rennen geschickt wurden“ (Grimm/Roll 2017: 115). In der Folgezeit entbrannte ein Streit über die gesetzgeberische Kompetenz zwischen dem neugewählten Präsidenten Morsi, dem SCAF und der Opposition

und trug weiter zur politischen Polarisierung im Land, die letztendlich in einem Militärputsch mündeten und den seit 2011 gestarteten Transformationsprozess zum Erliegen brachte.

Nach dem Staatsstreich übten Übergangspräsident Adly Mansour und sein Nachfolger Abdel Fattah Al Sissi die gesetzgeberische Kompetenz aus und nutzten dies zur Sicherung ihrer Position und die des Militärs aus. Zudem wurde die Muslimbruderschaft zur Terrororganisation erklärt und ihr politischer Arm die FJP aufgelöst. Die Parlamentswahlen von 2015 fanden unter politisch gesehen schwierigen Umständen. Zivilen Parteien wurden unterdrückt und Kritiker sowie Menschenrechtler aus allen politischen Lagern wurden verhaftet. Oppositionelle konnten sich seit dem Staatsstreich und spätestens nach dem Amtsantritt von Al Sissi nur noch aus dem Ausland frei äußern. Nach der Gründung der Future of the Homeland Party zur Gewährung einer parlamentarischen Unterstützung für Al Sissi, wurde die Wahlallianz *Support Egypt* aus mehreren Parteien durch die Koordination des Geheimdienstes geschmiedet und konnte im Anschluss an die abgehaltenen Wahlen vom Oktober und November 2015 die größte Fraktion im Parlament bilden. Al Sissi durfte darüber hinaus der neuen Verfassung zufolge eigenständig 28 Abgeordnete ernennen. „Aufgrund der unfreien und unfairen Parlamentswahlen war die Herausbildung einer tatsächlichen Opposition im Parlament kaum zu erwarten. Wenig überraschend war daher, dass bei Abstimmungen, die für die Regierung von zentraler Bedeutung waren, kaum Gegenstimmen zustande kamen“ (Grimm/Roll 2017: 130).

5.3.5 Menschenrechte und Pressefreiheit

Nach der Ermordung von El Sadat 1981 und die Verhängung des seitdem jährlich verlängerten Ausnahmezusandes standen u.a. der politische Transformationsprozess, die Menschenrechte und die Pressefreiheit unter den negativen Begleiterscheinungen der Notstandgesetze. Trotz der Verpflichtungen des Landes im Rahmen des Barcelona-Prozesses 1995 und das im Jahr 2004 in Kraft getretene AA zwischen der EU und Ägypten, das eine Klausel zur Achtung der Menschenrechte und der Demokratie beinhaltete, prägten Menschrechtsverletzungen sowie die schlechte Lage der Pressefreiheit die Ära Mubarak aus. „In Ägypten gestattet der Notstand das Verbot jeglicher Kundgebung und Versammlung unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder der nationalen Sicherheit sowie die Verhaftung eines jeden, der verdächtigt wird, eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darzustellen“[256]. Im Rahmen des

[256] EU-Parlament: *„Arabische Republik Ägypten“*, S. 4. EU-Parlament (Hrsg.), unter: http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-374.396+01+DOC+PDF+V0//DE&language=DE, abgerufen am 14.04.18.

Ausnahmezustandes wurden üblicherweise Verdächtige oft vor Militär-, Sonder- oder Staatssicherheitsgerichte gestellt. In den Staatsmedien wurde die Regierungsversion propagiert und die harte Gangart gegen Oppositionelle als legitime Verteidigung der nationalen Sicherheit gelobt. Journalisten, die Menschenrechtsverletzungen anprangerten oder die Klärung der gegenüber Sicherheitskräften erhobenen Foltervorwürfe forderten, waren staatlichen Repressionen und Verleumdungskampagnen regierungsnaher Medien ausgesetzt.

Die Ausgangslage in Ägypten im Laufe der 1990er Jahre war zunächst von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen religiös-fundamentalistischen und säkularen Strömungen im Land über das Gesellschaftsmodell geprägt. Die hitzigen politischen und sozialen Diskurse uferten zunehmend aus und die militanten islamistischen Gruppen *Gamaa Islamija* (zu Deutsch: Islamische Vereinigung) und *Al Dschihad* (Heiliger Krieg) verübten Terroranschläge gegen Regierungsvertreter, touristische Ziele und staatliche Einrichtungen, bei denen Hunderte ägyptische und westliche Bürger zum Opfer fielen. Hauptziel der Terrorgruppen, die Verbindungen zu anderen Extremisten in Afghanistan unterhielten, war vor allem den Sturz Mubaraks, der u.a. durch gezielte Angriffe auf den Tourismussektor (gehört zu den Hauptdeviseneinnahmequellen des Landes) erzwungen werden sollte. Außerdem wurden laizistische sowie westlich orientierte Intellektuelle und Journalisten zur Zielscheibe von Angriffen oder Morde durch islamistische Extremisten. Die ägyptische Regierung reagierte mit Massenverhaftungen, Vollstreckung von Todesurteilen gegen Anführer der obengenannten Gruppierungen sowie mit der Verschärfung der Sicherheitsgesetze.

Nach langen Verhandlungen mit inhaftierten Anführern der Gamaa Islamija konnte die ägyptische Regierung im Juli 1997 eine Einigung mit der Gruppe erzielen, in deren Rahmen sich die Gamaa Islamija zum Gewaltverzicht verpflichtete. Im Gegenzug wurden Tausende ihrer Anhänger aus den Gefängnissen entlassen. Diese Vereinbarung führte zu einer Spaltung der Gamaa Islamija, nachdem der in Afghanistan lebende Anführer der Gruppe *Ayman Al Zawahri* eine Versöhnung mit der Regierung ablehnte und zu weiteren Anschlägen aufrief. In diesem Kontext ist u.a. der Anschlag auf einen Touristenbus in Kairo im September 1997, bei dem neun Deutsche und ein Ägypter ums Leben kamen sowie ein folgenschweres Attentat in Luxor im November des gleichen Jahres, bei dem 58 ausländische Touristen getötet wurden. Die Terroranschläge und die Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und

Extremisten forderten von 1992 bis 1997 etwa 1200 Todesopfer[257]. In der Folge ging die Zahl verübter Anschläge deutlich zurück. Die 1990er Jahre wurden auch von innergesellschaftlichen Spannungen zwischen Muslimen und der koptischen Minderheit in einigen Regionen des Landes geprägt. Koptische Kirchen und Christen waren insbesondere Anschlägen oder Angriffen militanter Islamisten ausgesetzt. Andere Minderheiten wie etwa das indigene Volk der *Nubier* im Süden Ägyptens oder die Bevölkerung der Sinai-Halbinsel waren darüber hinaus sowohl unter Mubarak als auch seine Nachfolger Opfer staatlicher und gesellschaftlicher Diskriminierung gewesen.

Das Jahr 2004 markierte eine Rückkehr der Anschläge, nachdem im Oktober bei mehreren mutmaßlichen islamistischen Attentaten auf touristischen Zielen auf der Sinai-Halbinsel 34 westliche und israelische Touristen starben. Bei anschließenden Verhaftungswellen wurden fast 3000 Verdächtige festgenommen. „Die Mehrzahl der im November 2004 wieder freigelassenen Personen hat sich beklagt, dass sie gefoltert wurden. Die große Mehrheit der noch immer Eingekerkerten würde geheim in Haft gehalten"[258]. Nicht nur mutmaßliche Islamisten und Aktivisten waren Opfer von Folter, sondern auch Andersdenkende, Homosexuelle oder einfache Bürger wurden durch Polizisten auf der Straße und in Gewahrsam geschlagen oder mit Elektroschocks gefoltert[259]. Die ägyptische Regierung unter Mubarak wies vehement Foltervorwürfe zurück. Internationale Organisationen, der Menschenrechtsausschuss der UN sowie Menschenrechtler sahen hingegen ausreichende Belege für Gewaltexzesse und Rechtsverstöße der Sicherheitskräfte. Sie stuften die Praktizierung von „Folterungen und entwürdigenden und inhumanen Misshandlungen in den Haftanstalten in Ägypten" im Laufe der 2000er Jahre als systematisch ein sowie als bewährtes Mittel der Sicherheitsbehörden, um auf diese Weise Verdächtige zu Geständnissen zu zwingen[260]. Allein zwischen 2004 und 2005 zählten ägyptische Menschenrechtsorganisationen mindestens 28 Foltertote im Land[261]. In dieser Hinsicht verweigerte die Staatsführung mehreren NGOs, wie etwa die *Egyptian Association Against Torture* oder das *Al Nadeem-Zentrum für die Rehabilitierung von Folteropfern*, die gesetzliche Zulassung und ihre Mitglieder wurden strafrechtlich verfolgt. Die

[257] Vgl. Müller, Felix E.: *„Das Massaker von Luxor schockiert die Schweiz"*. Bericht vom 11.11.2017. In: Neue Zürcher Zeitung, unter: https://www.nzz.ch/schweiz/das-massaker-von-luxor-schockiert-die-schweiz-ld.1327654, abgerufen am 16.04.18.

[258] Europäisches Parlament: *„Arabische Republik Ägypten"*, S. 4. EU-Parlament (Hrsg.), unter: http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-374.396+01+DOC+PDF+V0//DE&language=DE, abgerufen am 14.04.18.

[259] Vgl. Human Rights Watch: *„Egypt: Homosexual Prosecutions Overturned"*. Bericht vom 21.07.2003, unter: https://www.hrw.org/news/2003/07/21/egypt-homosexual-prosecutions-overturned, abgerufen am 15.04.18.

[260] Vgl. Europäisches Parlament: *„Arabische Republik Ägypten"*, S. 4. EU-Parlament (Hrsg.).

[261] Ebd.

Verurteilten Häftlinge konnten oft weder von einem unabhängigen und fairen Prozess vor den Sonder- bzw. Militärgerichten noch von einer „erneuten vollständigen Überprüfung ihrer Akten durch eine höhere Gerichtsbarkeit“[262] profitieren.

Die gewalttätigen Handlungen der Sicherheitsbehörden richteten sich auch gegen Flüchtlinge im Land, nachdem es beim Auseinandertreiben eines Protestzugs sudanesischer Asylbewerber vor dem Regionalbüro des *UN-High Commissioner for Refugees* durch Sicherheitskräfte am 30 Dezember 2004 mindestens 27 Demonstranten getötet und Dutzende verletzt wurden. Am Tag des Verfassungsreferendums am 25. Mai 2005 wurden laut HRW Dutzende Oppositionelle der Bewegung Kifaya, die bei einem Protest zum Boykott des Volksentscheids aufriefen, von Sicherheitskräften und Schlägertruppen zusammengeschlagen und weibliche Demonstranten wurden sexuell belästigt und begrabscht[263]. Anwesende Journalisten, die über die Proteste berichteten, waren ebenso Übergriffen ausgesetzt. In der Folgezeit wurden die entsprechenden Klagen gegen die Sicherheitskräfte und NDP-Anhänger trotz vorgelegter Beweise ohne juristische Konsequenzen abgewiesen[264]. Angesichts vom harten Vorgehen der Polizei bei Protesten der Opposition kritisierte die EU die ägyptische Regierung und ermahnte sie zur Mäßigung. Zudem forderte die EU das Land auf, „den Akteuren der Zivilgesellschaft und den politischen Kräften mittels eines transparenten und angemessenen gesetzlichen Verfahrens zu gestatten, frei ihre Meinung zu äußern, friedliche Demonstrationen zu genehmigen, die Versammlungsfreiheit zu achten und die öffentliche Ordnung zu gewährleisten“[265].

Die Presse- und Medienarbeit wurde während der Amtszeit von Mubarak unter schwierigen Bedingungen ausgeübt. Der Staatschef sowie die ihm nahestehende Wirtschaftselite kontrollierten den Großteil des staatlichen und privaten Mediensektors. Mubarak durfte in seiner Funktion als Staatsoberhaupt die Chefs der staatlichen Fernsehanstalten und großen staatlichen Zeitungen ernennen. Ebenfalls stand die nationale Journalistengewerkschaft lange Zeit unter Kontrolle der Staatsführung. Oppositionsnahe oder kritische Medien sahen sich mit restriktiven Gesetzen und juristischer Verfolgung konfrontiert, da u.a. das Presse- und Strafgesetzbuch Haftstrafen für „Pressedelikte“ vorsahen. In diesem Zusammenhang wurde beispielsweise der Journalist *Abdel Nasser Al Zouhairy* von der damals unabhängigen

[262] Ebd.
[263] Vgl. Human Rights Watch: *„Egypt: Calls for Reform Met With Brutality“*. Bericht vom 25 Mai 2005, unter: https://www.hrw.org/news/2005/05/25/egypt-calls-reform-met-brutality, abgerufen am14.04.18.
[264] Vgl. Europäisches Parlament: *„Arabische Republik Ägypten“*, Seite 6. EU-Parlament (Hrsg.), unter: http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-374.396+01+DOC+PDF+V0//DE&language=DE, abgerufen am 14.04.18.
[265] Ebd. Seite 4.

Tageszeitung *Al Masri Al Youm* Anfang 2006 nach der Klage eines ehemaligen Ministers wegen Verleumdung zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt[266]. Andere kritische Journalisten oder Chefredakteure wurden entweder abgesetzt oder durch interne Strafmaßnahmen entlassen. Gegen Ende der Ära Mubarak zeigte sich die Staatsführung weniger repressiv und erlaubte zunehmend Kritik an der Regierung, jedoch ohne gewisse rote Linien zu überschreiten (z.B. die Kritik an Mubarak selbst oder die Armee). Diese Art der staatlichen Medienpolitik wird von Kai Hafez als eine „autocratie libérale" bezeichnet (vgl. Hafez 2015: 54).

Im Laufe des Jahres 2010 häuften sich die Fälle von Polizeigewalt und Folter an. In diesem Kontext ist besonders die Ermordung des jungen Bolgers *Khaled Mohammed Said* am 6. Juni 2010 in der ägyptischen Hafenstadt Alexandria durch zwei ägyptische Geheimpolizisten zu nennen. Said wurde beschuldigt, beide Polizisten bei der Teilung von Bestechungsgeld gefilmt zu haben. Letztere prügelten dann auf ihn zunächst in einem Internetcafé und später auf einer belebten Straße bis zur Bewusstlosigkeit ein, nahmen ihn dann mit zur Wache und folterten ihn. Als die Polizisten den Tod von Kaheld Said merkten, fuhren sie in das Viertel zurück und warfen den leblosen Körper auf der Straße. Nachdem Videos und Bilder vom entstellten Gesicht und verstümmelten Körper des jungen Mannes auftauchten, gingen Hunderte Menschen in Alexandria und Kairo auf die Straße. Der Sicherheitsapparat bezichtigte den jungen Mann Drogendealer gewesen zu sein, der bei einer Kontrolle von Polizisten eine Drogentüte geschluckt hätte und daran anschließend erstickt wäre. Amnesty International forderte eine unabhängige Untersuchung und stellte fest, dass die veröffentlichten Fotos der Leiche „einen seltenen Einblick in den alltäglichen Gebrauch brutaler Gewalt durch ägyptische Sicherheitskräfte" boten, wobei Letztere generell davon ausgehen, dass sie aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu den Sicherheitsbehörden Straflosigkeit genießen würden[267].

Anfang 2011 wurde Ägypten wieder von einem Foltertodesfall durch die Sicherheitskräfte überschattet. Nachdem am Neujahrestag 2011 ein Autobombenanschlag in Alexandria eine koptische Kirche getroffen und Dutzende Gläubige das Leben gekostet hatte, wurden mutmaßliche islamistische Täter in der Stadt festgenommen. *Sayed Bilal*, ein-30 jähriger Mann mit salafistischem Hintergrund, wurde am 04. Januar 2011 von der Polizei in Alexandria gebeten, sich zur Zentrale der Staatssicherheit (Inlandsgeheimdienst) zu begeben. Dort wurde Bilal dann gefoltert um ein Geständnis abzulegen, dass er am Anschlag auf der Kirche beteiligt

[266] Ebd. Seite 6.

[267] Vgl. Gehlen, Martin: *„Polizeiwillkür in Ägypten: Hört auf, der Mann stirbt"*. Bericht vom 17. Juni 2010. In: Zeit Online, unter: https://www.zeit.de/politik/ausland/2010-06/aegypten-khaled-mohammed-said, abgerufen am 12.04.18.

war. Zwei Tage später wurde die Familie von Bilal vom Leichenhaus gebeten, den entstellten Leichnam von Bilal abzuholen. Die Polizei veranlasste eine schnelle und schwer bewachte Beerdigung und riet die Familie vor Kontaktaufnahme mit Menschenrechtsorganisationen oder Journalisten ab. Der mutmaßliche Foltertod von Khaled Said und Sayed Bilal löste Spannungen innerhalb der ägyptischen Gesellschaft aus, machte aus sie ein Symbol für die Unterdrückung im Land und trug neben der schlechten sozio-ökonomischen Gesamtlage im Land maßgeblich zur Revolte gegen Mubarak im Jahr 2011 bei.

Der Sturz von Mubarak selbst wurde ebenso von massiven Menschenrechtsverletzungen und Massenerschießungen von Demonstranten durch die Sicherheitskräfte überschattet. Dem Aufstand vom 25. Januar bis zum 11. Februar 2011 fielen mindestens 840 Zivilsten zum Opfer und Zehntausende wurden verletzt, festgenommen oder vermisst. Die Ereignisse wurden größtenteils Live über die socialen Medien und internationale Fernsehkanäle übertragen. Somit konnte die unverhältnismäßige Gewalt der Sicherheitskräfte dokumentiert werden. Gegen Mubarak sowie seine Familie wurden zunächst Ausreiseverbote verhängt und aktive sowie ehemalige Führungskräfte seines Machtapparates wurden festgenommen. Am 15. März 2011 wurde der Staatssicherheitsdienst, der für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich war, von der Übergangregierung aufgelöst. Mitte April 2011 wurde dann Mubarak und seine beiden Söhne vorerst wegen „illegaler Bereicherung und Korruption“ in Untersuchungshaft genommen. Die Protestbewegung und Opferfamilien übten in der Folge Druck auf den SCAF aus, um aufgrund der ihrer Meinung nach guten Beweislage den gestürzten Präsidenten und den Mitgliedern der Sicherheitskräfte Prozesse wegen der Tötung von Demonstranten zu machen. Anfang August 2011 erfolgte dann die Gerichtsverhandlung gegen Mubarak, seine Söhne, sein langjähriger Innenminister *Habib Al Adly* und ranghohe Mitglieder des Innenministeriums wegen der Vorfälle, die den Aufstand begleitet hatten. Menschenrechtsorganisationen und unabhängige Juristen äußerten Bedenken hinsichtlich der Unpartreiligkeit von Justizorganen, die Prozesse von Mubarak und seine Regierungsmitglieder führen sollten.

Trotz der fortlaufenden Prozesse und Gerichtverhandlungen gegen die mutmaßlichen Verantwortlichen für den Tod und Misshandlungen der Demonstranten wurde die Transitionsphase nach dem Sturz Mubaraks weiterhin von Menschenrechtsverletzungen und Gewaltexzessen durch Sicherheitskräfte begleitet. Bereits im März 2011 wurden von der Polizei festgenommene Demonstrantinnen auf Anordnung des SCAF Jungfräulichkeitstest unterzogen, damit laut Sicherheitsbehörden spätere Vergewaltigungsvorwürfe der verhafteten Frauen gegen

Polizisten und Soldaten vorgebeugt werden könnten[268]. Diese rechtswidrigen Praktiken sollen in Militärgefängnissen und teilweise in Anwesenheit von männlichen Angehörigen der Sicherheitskräfte erfolgt worden sein. Am 9. Oktober 2011 gingen koptische Demonstranten auf die Straße vor der Fernsehzentrale des Landes in Kairo, um gegen die mangelhafte Aufklärung der Angriffe auf Kirchen im Land zu protestieren. Die anschließende Auflösung der Kundgebung durch die Armee führte zum Tode von etwa 30 Protestteilnehmer. Gut einen Monat später gingen Sicherheitskräfte am 18. November gegen eine Kundgebung der Opposition in Kairo vor, die eine schnelle Machtübergabe an einer gewählten Regierung forderte und gegen die uneingeschränkten Machtbefugnisse des SCAF war. In den sieben Tage andauernden Protesten an der Straße *Mohammed Mahmud* in der Hauptstadt wurden über 61 Demonstranten getötet. Weil die Polizei außerdem gezielt mit Schrotmunition auf die Protestierenden schoss, verloren in der Folge etwa 60 Menschen ihr Augenlicht. Trotz andauernder nationaler und internationaler Kritik an der harten Gangart der Sicherheitskräfte gegenüber Demonstranten oder Häftlingen konnte weder während der SCAF-Herrschaft noch unter Staatschef Morsi eine Reformierung der Polizei- und Sicherheitsgesetze oder eine Beendigung von Folter erreicht werden. Obwohl das Land die UN-Antifolterkonvention unterzeichnet hatte, wurden Folterpraktiken weiterhin ausgeübt.

Auf Medienebene wurden nach dem Sturz Mubarak zahlreiche Muslimbrüder-nahe sowie islamistische Sender und Medien zugelassen. Die staatlichen und privaten Medien, die Jahrelang dem Regierungssystem von Mubarak gegenüber treu standen und seine Repressionen rechtfertigten, erklärten in der postrevolutionären Phase ihre Reue sowie ihre Unterstützung für den eingeschlagenen Demokratisierungsprozess. Im Anschluss an dem Sturz von Mubarak hat sich eine pluralistische Medienlandschaft etablieren können, auf der zwar über politische Diskurse und Themen offen debattiert wurde. Aufgrund der politischen Polarisierung im Land wischen aber die Fernsehsender und die Zeitungen zunehmend von einer professionellen, sachlichen und neutralen hin zu einer parteiischen und polarisierenden Berichterstattung ab, was zur weiteren Spaltung der Gesellschaft beitrug. Der Militärcoup vom 3. Juli 2013 beendete dann den medialen Pluralismus im Land, nachdem unmittelbar nach Ende der Putschrede von Verteidigungsminister Al Sissi die islamistischen Medien geschlossen bzw. verboten worden waren. Auf internationaler Ebene wurde der Staatstreich gegen die islamistische Regierung in

[268] Vgl. Amnesty International: *„Ägypten: Demonstrantinnen zu „Jungfräulichkeitstests“ gezwungen“*. Bericht vom 23.03.2011, unter: https://www.amnesty.de/2011/3/24/aegypten-demonstrantinnen-zu-jungfraeulichkeitstests-gezwungen, abgerufen am 10.04.18.

Ägypten laut Kai Hafez im Vergleich z.B. zum Wahlabbruch in Algerien 1992 von den internationalen Journalistenverbänden deutlich kritisiert (vgl. Hafez 2015: 53).

Der Militärputsch läutete ein schwieriges Kapitel in der modernen Geschichte Ägyptens ein. Es fing zunächst mit der Festnahme des demokratisch gewählten Präsidenten Morsi sowie von führenden Regierungs- und FJP-Mitgliedern an. Die Sicherheitskräfte gingen dann in den Folgetagen mit Härte gegen die Putschgegner vor. Diese restriktive Politik wurde von einer intensiven und hetzerischen Medienberichterstattung gegenüber der Muslimbruderschaft und den Putschgegnern begleitet. Ägyptische Fernsehsender platzierten auf ihren Bildschirmen während der Sendezeiten ein Quadrat mit der englischen Aufschrift „Egypt Fighting Terrorism" um nicht nur auf den Antiterrorkampf in Ägypten zu verweisen, sondern auch um die Putschgegner international zu diskreditieren und sie mit Terrorismus in Verbindung zu bringen. Staatliche und dem Militär nahestehende private Medien sowie Zeitungen starteten zudem eine Hetzkampagne gegen die Muslimbrüder und die Putschgegner, was die Polarisierung im Land befeuerte und die Konsenssuche erschwerte.

Die durch den SCAF unterstützte Regierung nutzte in der Folgezeit nach dem Militärcoup verübte Terroranschläge als Vorwand aus, um die Unterdrückung der Opposition zu legitimieren. Das Resultat drückte sich dann in tausenden Festnahmen und in einer Serie von Massentötungen an Demonstranten, die entweder den Militärcoup ablehnend gegenüberstanden oder den Muslimbruderschaft nah standen, aus. Höhepunkt des blutigen Vorgehens der Sicherheitskräfte stellte die teilweise Live übertragene gewaltsame Auflösung zweier Protestcamps der Muslimbrüder auf dem Platz vor der *Rabaa Al Adawija Moschee* und *Al Nahda-Platz* in der Hauptstadt Kairo am 14. August 2013 dar. Unter massiver Anwendung von Schusswaffen und Heckenschützen erschossen Sicherheitskräfte nach Angaben von HRW binnen 12 Stunden ca. 1200 überwiegend friedlicher islamistischer Demonstranten, mehrere Tausend weiterer Menschen wurden verletzt und über 800 wurden festgenommen[269]. Regierungsstellen meldeten ebenfalls den Tod von 8 Polizisten. Die Muslimbrüder und ägyptische Menschenrechtsgruppen sprachen ihrerseita von weit über 1300 dokumentierten toten Demonstranten und 350 Vermisste. Unter den Toten der Massentötungen vom 14. August 2013 befanden sich außerdem 8 Journalisten, darunter der britische *Sky News*-Kameramann *Mick Deane*. HRW bezeichnete die Räumung der Protestlager als „eine der brutalsten

[269] Vgl. Human Rights Watch: *„Ägypten: Tötungen in Rabaa und andere Tötungen wohl Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Keine Gerechtigkeit ein Jahr nach Serie tödlicher Angriffe auf Demonstranten"*. Bericht vom 12.08.2014, unter: https://www.hrw.org/de/news/2014/08/12/agypten-totungen-rabaa-und-andere-totungen-wohl-verbrechen-gegen-die-menschlichkeit, abgerufen am 16.04.18.

Massenhinrichtungen von Demonstranten in der jüngeren Weltgeschichte“ und stellte fest, dass dies von „den höchsten Regierungsebenen geplant wurde“ und dass die Geschehnisse schlussendlich als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gewertet werden könnten[270]. Bei weiteren Demonstrationen gegen die Räumung der Protestlager starben Landesweit dutzende weitere Menschen und Polizisten. Zudem wurden viele Kirchen und Polizeistationen von islamistischen Extremisten attackiert und in Brand gesetzt.

Angesichts der Brutalität bei der Auflösung der Protestlager riefen Menschenrechtsorganisation weltweit zu einer unabhängigen internationalen Untersuchung der Vorfälle in Ägypten auf und forderten einen Lieferstopp von Waffen und Polizeiausrüstung ans Land. Die EU kritisierte das Vorgehen der ägyptischen Sicherheitskräfte und regte eine politische Lösung an. Die EU verhängte in der Folgezeit ein Ausfuhrstopp für bestimmte Waffen an Ägypten. Auf einer außerordentlichen Sitzung der EU-Außenminister am 22. August 2013 wurde eine „Aussetzung von Ausfuhrgenehmigungen für jegliche Ausrüstung, die für interne Repressionen“ durch die Sicherheitskräfte angewendet werden könnte, beschlossen, jedoch ohne einen effektiven Kontrollmechanismus auf EU-Ebene zu installieren (vgl. Jürgensen 2018). So stellte Amnesty Internation nach Recherchen im Jahr 2016 fest, „dass trotz EU-Außenministerbeschluss 12 EU-Mitgliedstaaten weiterhin zu den wichtigsten Lieferanten von Waffen und Polizeiausrüstung an Ägypten gehörten“ (Jürgensen 2018). „In 2014 alone, EU states authorized 290 licences for military equipment to Egypt, totalling more than €6 billion (US$6.77)“[271]. Die Resonanz auf die Ereignisse in Ägypten fiel in den mehrheitlich autoritär regierten arabischen Staaten schwach aus und teilweise sogar befürwortend für das Vorgehen der ägyptischen Regierung. Nach der gewaltsamen Räumung der Protestcamps der Putschgegner wurden in der Folgezeit weitere Massentötungen von überwiegend islamistischen Demonstranten registriert, bei denen hunderte Menschen ums Leben kamen[272].

Für die Massentötungen nach dem Staatstreiches 2013 macht HRW gemäß der Befehlskette insbesondere den damaligen Verteidigungs- und Vizepremierminister sowie späteren Staatschef Abdel Fattah Al Sissi, den damaligen Innenminister *Mohammed Ibrahim*, den Chef

[270] Ebd.

[271] Amnesty International: *„EU: Halt arms transfers to Egypt to stop fuelling killings and torture“*. Amnesty International (Hrsg.). Bericht vom 25.05.16, unter: https://www.amnesty.org/en/latest/news/2016/05/eu-halt-arms-transfers-to-egypt-to-stop-fuelling-killings-and-torture/, abgerufen am 09.07.18.

[272] Vgl. Human Rights Watch: *„Ägypten: Tötungen in Rabaa und andere Tötungen wohl Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Keine Gerechtigkeit ein Jahr nach Serie tödlicher Angriffe auf Demonstranten“*; Huffington Post: *„Manifestations en Égypte: au moins 50 morts dans des heurts entre islamistes et police“*. Bericht vom 06.10.13, unter: https://www.huffingtonpost.fr/2013/10/06/manifestations-egypte-islamistes-opposants-38-morts_n_4052396.html, abgerufen am 10.04.18.

der Spezialeinsatzkräfte und zuständiger Kommandeur der Rabaa-Operation *Medhat Al Menshawy* sowie den Geheimdienstchef *Mohammed Farid Tohamy* verantwortlich. HRW und Amnesty International stellten jedoch fest, dass die Sicherheitskräfte und ihre Anführer trotz der Dimension der begangenen Taten und eindeutige Beweislage Straflosigkeit genossen hätten. „Die Behörden haben nicht einmal niedrigrangige Polizisten oder Armeeoffiziere für irgendeine der Tötungen zur Verantwortung gezogen, ganz zu schweigen von den Beamten, die sie angeordnet haben"[273]. Im Laufe des Jahres 2014 ging die Zahl der Massentötungen in Ägyptischen Städten zwar zurück, dies verlagerte sich aber im Rahmen des Antiterrorkampfes auf der Sinai-Halbinsel, die zum militärischen Sperrgebiet erklärt wurde und dementsprechend der Zugang sowohl für Menschenrechtsorganisationen als auch für Journalisten untersagt wurde. Lediglich der Militärsprecher gibt regelmäßig Statements über die Tötung hunderter mutmaßlicher islamistischer Terroristen ab. Die in Großbritannien ansässige *Arab Organization for Human Rights* (AOHR) dokumentierte in den sechs Jahren nach dem Staatsstreiches 2013 in Bezug auf die Lage auf der Sinai-Halbinsel hingegen, dass „4.441 citizens were killed; 11.674 arrested; 262 houses, 2.914 huts, 4.490 motorcycles and 2.093 vehicles were set on fire and destroyed"[274].

Neben den Massentötungen wurden nach dem Putsch im Juli 2013 zehntausende Menschen aus überwiegend politischen Motiven verhaftet. Menschenrechtorganisationen zählten seit Sommer 2013 über 60.000 politische Gefangene (Stand des Jahres 2017; Andere Schätzungen sprechen von 100.000), inklusive den ersten demokratisch gewählten Präsidenten Morsi, die laut HRW systematische Folter ausgesetzt waren[275]. Aufgrund der hohen Zahl an politischen Gefangenen wurden laut der AOHR seit dem Staatsstreich 23 neue Gefängnisse trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage gebaut. Die staatlichen Repressionen, unter denen anfangs Anhänger der Muslimbruderschaft und Putschgegner gelitten hatten, wurden nach der zunehmenden Kritik infolge der Auflösung der Protestlager und des harten Vorgehens der Sicherheitskräfte auf säkulare, linke sowie liberale Kräfte und prominente Persönlichkeiten ausgedehnt. Dazu erließ

[273] Human Rights Watch: *„Ägypten: Tötungen in Rabaa und andere Tötungen wohl Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Keine Gerechtigkeit ein Jahr nach Serie tödlicher Angriffe auf Demonstranten*". Bericht vom 12.08.2014, unter: https://www.hrw.org/de/news/2014/08/12/agypten-totungen-rabaa-und-andere-totungen-wohl-verbrechen-gegen-die-menschlichkeit, abgerufen am 16.04.18.

[274] Arab Organization for Human Rights: *„Egypt: Six Years of Impunity*". AOHR (Hrsg.). Bericht vom 03.07.2019, unter: http://www.aohr.org.uk/en/all-releases/item/10826-egypt-six-years-of-impunity.html, abgerufen am 21.08.19.

[275] Vgl. Human Rights Watch: *„Egypt: Torture Epidemic May Be Crime Against Humanity. Beatings, Electric Shocks, Stress Positions Routinely Used Against Dissidents*". Bericht vom 06.09.2017, unter: https://www.hrw.org/news/2017/09/06/egypt-torture-epidemic-may-be-crime-against-humanity, abgerufen am 16.04.18.

die ägyptische Staatsführung restriktive Gesetze wie das sogenannte „Demonstrationsgesetz“ im November 2013, das vorschreibt, dass „jede Ansammlung von mehr als zehn Menschen beim Innenministerium angemeldet werden“ müsse und verboten werden könne (vgl. Ranko/Sabra 2015: 4). Zusätzlich untersagte das Gesetz jegliche Aktivitäten, die die öffentliche Ordnung sowie den reibungslosen Verkehrsfluss stören und sah bei Verstößen Haftstrafen von bis zu sieben Jahren vor. „Weiterhin erließ Präsident Al Sisi im Oktober 2014 ein Dekret, das Straftaten - und damit auch Verstöße gegen das Demonstrationsgesetz -, die an öffentlichen Einrichtungen wie etwa Schulen oder Universitäten erfolgen, der Militärgerichtsbarkeit unterstellt“ werden (Ranko/Sabra 2015: 4). Das Gesetz darf als Instrument zur Eindämmung von Studenten- und Schülerproteste nach dem Putsch interpretiert werden.

Die vom SCAF unterstützte Regierung und Al Sissi nutzten die verabschiedeten restriktiven Gesetze nicht nur zur Bekämpfung der Muslimbruderschaft, die von der Staatsführung als Terrororganisation eingestuft wurde und die Gelder ihrer Mitglieder konfisziert wurden. Prominente säkulare Anführer der Protestbewegung gegen Mubarak waren ebenfalls Restriktionen ausgesetzt. Dazu zählen u.a *Ahmed Maher* und *Israa Abdel-Fattah* (beide Gründer der Bewegung des 6. Aprils), *Alaa Abdel Fattah*, *Ahmed Douma*, *Mahienour El Masry* und *Mohammed Adel*. Darüber hinaus wurden Hunderte Oppositionspolitiker, auch wenn sie entschiedene Gegner der Muslimbrüder sind und den Militärcoup anfangs befürwortet haben, bei geäußerter Kritik an die Staatsführung mit dem Vorwurf festgenommen, eine Terrororganisation (Muslimbruderschaft) zu unterstützen.

Die Foltermethoden in Ägypten erstrecken sich von Vergewaltigung, Isolationshaft, Elektroschocks über medizinische Vernachlässigung, Nahrungs- und Medikamentenentzug sowie physische Gewalt und endeten mehrmals mit dem Tod von Häftlingen[276]. Die Zustände der ägyptischen Haftanstalten seit dem Staatsstreich 2013 hatten sich verschlechtert und waren deshalb Gegenstand mehrerer Untersuchungen von Menschenrechtsorganisationen. Die AOHR z.B. kam 2019 zum Ergebnis, dass seit dem Putsch 2013 „766 people were killed in detention centres, including 516 detainees who died as a result of medical negligence (…) 45 citizens

[276] Vgl. Human Rights Watch: *„Ägypten: Schwere Menschenrechtsverletzungen im Gefängnis „Skorpion“* Isolationshaft, Schläge, Nahrungsentzug und Verweigerung von Medikamenten“. Bericht vom 28.09.2016, unter: https://www.hrw.org/de/news/2016/09/28/aegypten-schwere-menschenrechtsverletzungen-im-gefaengnis-skorpion; Human Rights Watch: *„We Do Unreasonable Things Here”. Torture and National Security in al-Sisi's Egypt*“. Bericht vom 05.09.17, unter: https://www.hrw.org/report/2017/09/05/we-do-unreasonable-things-here/torture-and-national-security-al-sisis-egypt; Amnesty International: *„Ägypten. Immer noch bis zu 40 Personen in eine Zelle gepfercht*“. Bericht vom 14.08.19, unter: https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/aegypten-aegypten-immer-noch-bis-zu-40-personen-eine-zelle-gepfercht, alle Links abgerufen am 18.09.19.

were executed following the imposition of politicised death sentences. 83 detainees are awaiting imminent execution following the ratification of their death sentences“[277]. Ferner wurden seit dem Jahr 2014 bei Massenverfahren gegen Islamisten und Putschgegnern hunderte Todesurteile ausgesprochen, die international auf breite Kritik stießen und für Aufsehen sorgten. In u.a. laut Amnesty International in höchsten Maßen unfairen Prozessen wurden beispielsweise im März, April und Juni 2014 jeweils 528, 683 und 183 Angeklagten bei drei Massenverfahren zum Tode verurteilt[278]. Darüber hinaus stellte die AOHR zwischen 2013 und 2019 den Foltertod von 122 Gefangenen sowie die außergerichtliche Tötung von 180 Menschen durch die ägyptischen Sicherheitskräfte fest[279]. Die Menschenrechtsorganisation *Ägyptische Kommission für Rechte und Freiheiten* gab ihrerseits an, dass „Sicherheitskräfte zwischen August 2016 und August 2017 mindestens 378 Menschen, darunter 4 Frauen, verschwinden ließen“ (Jürgensen 2018).

Der vom Militär abgesetzte Staatspräsident Morsi stellt das bekannteste Folteropfer im Land seit dem Putsch 2013 dar. Morsi saß nach seiner Festnahme sechs Jahre lang in Isolationshaft und durfte während dieser Zeit insgesamt drei Mal von seiner Familie bzw. von seinem Anwalt besucht werden. Morsi musste u.a. nach Angaben des UN-Menschenrechtsrates jeden Tag 23. Stunden in Einzelhaft verbringen, durfte weder den Fernseher schauen noch Radio hören oder Zeitung lesen und hatte kein Kontakt zu anderen Häftlingen. Bei mehreren Verfahren wurde der erste frei gewählte Staatschef des Landes vor Sondergerichten in einem stimmendämpfenden gläsernen Käfig gestellt. Morsi beschwerte sich bei richterlichen Anhörungen öffentlich, dass ihm die medizinische Versorgung u.a. für eine Diabeteserkrankung sowie für Bluthochdruck mehrmals verwehrt geblieben wäre, und dass sein Leben aufgrund der widrigen Haftbedingungen in Gefahr wäre. Auch seine Familie erhob schwere Vorwürfe gegen die Sicherheitsbehörden und Gefängnisleitung. Eine juristische Untersuchung zur Klärung dieser Vorwürfe fand nicht statt. Stattdessen wurde er zu langen Haftstrafen bzw. bei einem Verfahren im Jahr 2015 sogar zum Tode verurteilt, bevor diese Entscheidung vom Kassationsgericht aufgehoben wurde.

Im Gegensatz zu Morsi wurden Ende November 2014 Mubarak, sein ehemaliger Innenminister Habib Al Adly sowie Führungskader der Sicherheitskräfte von einem ägyptischen Gericht vom Vorwurf der Komplizenschaft bei der Tötung von Demonstranten während der Revolution freigesprochen. Trotz Berufung der Opferfamilien wurde Mubarak im März 2017 vom

[277] Arab Organization for Human Rights: *„Egypt: Six Years of Impunity“*. AOHR (Hrsg.). Bericht vom 03.07.2019.
[278] Vgl. Amnesty International: *„683 Todesurteile“*. Bericht vom 01.05.2014, unter: https://www.amnesty.de/urgent-action/ua-100-2014/683-todesurteile, abgerufen am 15.04.18.
[279] Arab Organization for Human Rights: *„Egypt: Six Years of Impunity“*. AOHR (Hrsg.). Bericht vom 03.07.2019.

Kassationsgericht wegen „formellen Verfahrensfehlern“ endgültig vom Vorwurf der Mittäterschaft bei der Tötung von Demonstranten freigesprochen. Lediglich das Urteil von drei Jahre Haft wegen Korruption blieb gegen Mubarak und seine beiden Söhne bestehen. Diese Haftstrafe wurde dann mit der Untersuchungshaft angerechnet und war gleichbedeutend mit seiner Freilassung im Jahr 2017. Anfang 2016 waren Polizisten der Staatssicherheit, die für den Foltertod von Sayed Bilal Anfang 2011 verantwortlich waren und in erster Instanz teilweise zu lebenslanger Haft verurteilt wurden, ebenfalls in der Berufung freigesprochen worden.

Am 17. Juni 2019 brach Morsi laut offiziellen Angaben bei einem Gerichtstermin im gläsernen Käfig zusammen und verstarb daraufhin im Alter von 68 Jahren. Angesichts des Todes von Morsi gab der Sprecher der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte *Rupert Colville* an, dass bei einem plötzlichen Todesfall in Gewahrsam der Sicherheitsbehörden eine schnelle „unparteiische, gründliche und transparente Untersuchung durch unabhängige Stellen“ zur Klärung der Todesursache erfolgen müsse[280]. HRW befand, dass der Todeintritt von Morsi „als Folge jahrelanger schlechter Behandlung, Isolationshaft, inadäquater medizinischer Versorgung, des Entzugs von Familienbesuchen und des fehlenden Zugangs zu Anwälten“ zu verstehen ist[281]. Die Forderungen von internationalen Menschenrechtsorganisationen nach einer unabhängigen Untersuchung der Todesumstände von Morsi stießen in Ägypten auf eine Ablehnung der Staatsführung. Die ägyptische Generalstaatsanwaltschaft verkündete diesbezüglich, dass der Tod normal eingetreten sei, und dass es keine Verletzungen auf Morsis-Leichnam festzustellen gewesen wären. „Despite these questions, Egyptian authorities forced his family to bury him hastily without allowing the family to request a medical autopsy“[282]. Der UN-Menschenrechtsrat kam bei einer anschließenden Untersuchung der Todesumständen unter der Leitung von *Agnes Callamarad* (die UN-Sonderberichterstatterin für außergerichtliche und willkürliche Hinrichtungen) und der Beteiligung der UN-Gruppe für willkürliche Inhaftierung zum Ergebnis, dass die erlittenen Misshandlungen im Gefängnis maßgeblich an dem Tod von Morsi beigetragen hätten. In einem am 8. November 2019 veröffentlichten Bericht kam die unabhängige UN-Untersuchungskommission zum Ergebnis:

„The prison regime in Egypt may have directly led to the death of former President Mohamed Morsi, and may be placing the health and lives of thousands more prisoners at severe risk (…) Dr. Morsi was held in conditions that can only be described as brutal, particularly during his five-year detention in the Tora prison complex (…) Dr. Morsi’s death after enduring those conditions could amount to a State-sanctioned arbitrary killing. We have

[280] Vgl. Gehlen, Martin: *„Mohammed Mursi: Repressionen bis nach dem Tod“*. Bericht vom 22.06.2019. In: Zeit Online, unter: https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-06/mohammed-mursi-ex-praesident-aegypten-mord-politische-gefangenschaft/komplettansicht, abgerufen am 30.06.2019.
[281] Ebd.
[282] Arab Organization for Human Rights: *„Egypt: Six Years of Impunity“*. AOHR (Hrsg.). Bericht vom 03.07.2019.

received credible evidence from various sources that thousands more detainees across Egypt may be suffering gross violations of their human rights, many of whom may be at high risk of death. This appears to be a consistent, intentional practice by the current Government of President Adel-Fattah Al-Sisi to silence dissenters"[283].

Ein weiteres Beispiel vom Foltertod in Polizeigewahrsam stellte der Fall des Rechtsanwalts *Karim Hamdy* dar, der Ende Februar 2015 von Polizisten in seiner Familienwohnung in Kairo festgenommen wurde. Zwei Tage danach kam Hamdy in einer Polizeistation ums Leben. „Medical officials who examined his body reported signs of torture, including a beating that had left him with ten broken ribs and bleeding in the brain"[284]. Der Anwendung von Folterpraktiken in Ägypten sind mutmaßlich auch Europäer zum Opfer gefallen. In diesem Kontext ist der Fall des italienischen Doktoranden und Journalisten *Giulio Regeni* zu erwähnen, der an der britischen *Universität Cambridge* über „die Arbeiterbewegung sowie die Rolle von unabhängigen Gewerkschaften in Ägypten nach 2011" promovierte. Zu Forschungszwecken hielte sich der 28-jährige Regeni Anfang 2016 in Kairo auf. Am 25. Januar 2016 verschwand er kurz nach dem Verlassen seiner Wohnung spurlos. Am 3. Februar 2016 wurde die schwer misshandelte Leiche Regenis an der Seite einer Schnellstraße am Stadtrand Kairos gefunden. Die ägyptischen Behörden bestritten eine Involvierung des Sicherheitsapparates und gaben in den Folgetagen mehrere Versionen für den Tod Regenis bekannt. „Erst hieß es, es habe sich um einen Autounfall gehandelt, später wurden Terroristen und unbekannte Ausländer für den Mord verantwortlich gemacht. Kurz vor Ostern gab das Innenministerium an, man habe als Täter vier Mitglieder einer Bande ermittelt und erschossen"[285]. Die ägyptische Polizei zeigte zudem im Fernsehen persönliche Dokumente und Sachgegenstände von Regeni, die sie bei den getöteten Kriminellen gefunden haben will. Die italienische Regierung lehnte die ägyptische Darstellung ab und forderte eine Aufklärung des Vorfalls.

Die italienischen Justizbehörden ordneten nach Rückführung des Leichnams von Regeni nach Italien aufgrund von Folterspuren eine erneute Autopsie an. Diese ergab, dass der italienische Doktorand mehrere Tage gefoltert und schwer misshandelt wurde, ehe er an den Folgen verstarb. „Regenis Mörder hatten ihm die Ohren abgeschnitten und seine Finger- und Fußnägel

[283] The Office of the High Commissioner for Human Rights: *„Egypt: UN experts denounce Morsi "brutal" prison conditions, warn thousands of other inmates at severe risk"*. Bericht vom 08.11.19, unter: https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=25270&LangID=E, abgerufen am 08.11.19.

[284] The Guardian: *„Human rights groups fear for rule of law in Egypt after lawyer dies in custody"*. Bericht vom 12.08.15, unter: https://www.theguardian.com/world/2015/aug/12/human-rights-groups-fear-rule-law-egypt-karim-hamdy-dies-police-custody, abgerufen am 10.04.18.

[285] Zeit Online: *„Giulio Regeni: Italien bestraft Ägypten wegen Studentenmord"*. Artikel vom 30.06.2016, unter: https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-06/giulio-regeni-italien-aegypten-sanktion, abgerufen am 17.04.18.

herausgerissen. Sein Körper war übersät mit Brandmalen und Schnittwunden“[286]. Der Obduktionsbericht offenbarte außerdem „Elektroschocks an den Genitalien, sieben Rippenbrüche, gebrochene Oberarme und Schulterblätter. Der Tod trat offenbar durch Gehirnblutung nach einem heftigen Schlag ein“[287]. Die Folteranzeichen hätten laut ägyptischen Menschenrechtlern und italienischen Medien auf eine Verwickelung des ägyptischen Staatssicherheitsdienstes am Tod von Regeni hingedeutet[288]. Diese Version wurde auch von The New York Times, die mit anonymen ägyptischen Polizeiquellen gesprochen hatte und Letztere der Zeitung einen Spionageverdacht gegenüber Regeni geäußert hätten, gestützt[289].

Im April 2016 zog Italien seinen Botschafter aus Ägypten aufgrund des innerpolitischen Drucks und nicht zufriedenstellender Zusammenarbeit mit den ägyptischen Behörden ab. Im August 2017 kehrte zwar der italienische Botschafter trotz fehlender Aufklärung der Todesumstände von Regeni nach Kairo zurück, die Spannungen zwischen beide Ländern blieben aber bestehen, zumal die ägyptischen Justizbehörden sich weigerten, Beweis- und Videomaterial an die italienische Untersuchungskommission weiterzuleiten. Das italienische Parlament fror seinerseits im November 2018 seine Beziehungen zum ägyptischen Unterhaus ein, bis eine Aufklärung der Todesumstände von Giulio Regeni erreicht würde. Gut einen Monat nach dem Leichenfund hatte das EU-Parlament am 10. März 2016 eine Dringlichkeitsentschließung zur Menschenrechtslage in Ägypten und den Fall Regeni verabschiedet. Darin wurde der Tod des Doktoranden verurteilt und die ägyptischen Behörden zu einer lückenlosen und unabhängigen Untersuchung aufgefordert. Zudem erklärte das EU-Parlament in seinem Beschluss im Hinblick auf das AA zwischen der EU und Ägypten, dass

„der Fall Giulio Regeni kein Einzelfall ist, sondern im Zusammenhang mit Folterungen, Todesfällen in Haft und Verschleppungen steht, die sich in den letzten Jahren in Ägypten ereigneten, was eindeutig ein Verstoß gegen Artikel 2 des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Ägypten ist, der besagt, dass die Beziehungen zwischen der EU und Ägypten auf der Wahrung der Grundsätze der Demokratie und der Achtung der grundlegenden Menschenrechte beruhen, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind, die ein wesentlicher Bestandteil des Abkommens ist“[290].

---

[286] Internationale Gesellschaft für Menschenrechte: „*Italienischer Student zu Tode gefoltert*“, unter: https://www.igfm.de/italienischer-student-zu-tode-gefoltert/, abgerufen am 17.04.18.

[287] Ebd.

[288] Vgl. Sydow, Christoph: „*Tod von Italiener in Ägypten. Gefoltert, ermordet, weggeworfen*“. Artikel vom 12.02.2016. In: Spiegel Online, unter: https://www.spiegel.de/politik/ausland/giulio-regeni-foltertod-eines-italieners-in-aegypten-a-1076483.html, abgerufen am 14.04.18.

[289] Vgl. Fahim, Kareem/ Youssef, Nour/ Walsh, Declan: „*Death of a Student, Giulio Regeni, Highlights Perils for Egyptians, Too*“. Artikel vom 12.02.16. In: The New York Times, unter: https://www.nytimes.com/2016/02/13/world/middleeast/giulio-regeni-egypt-killing.html?_r=0, abgerufen am 14.04.2018.

[290] Europäisches Parlament: „*Gemeinsamer Entschließungsantrag*“. Der Antrag wurde am 10.03.2016 bei einer Plenumssitzung verabschiedet. EU-Parlament, unter: http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-8-2016-0338_DE.html, abgerufen am 14.04.18.

Die ägyptische Staatsführung geht seit 2014 auch gegen Menschenrechtsgruppen vor, die mögliche Gesetzverstöße der Sicherheitskräfte dokumentierten und die Folteropfer helfen. In diesem Kontext ist vor allem das *Al Nadeem-Zentrum für die Rehabilitierung von Opfern von Gewalt und Folter* in Kairo zu nennen. Al Nadeem engagierte sich seit seiner Gründung im Jahr 1993 durch die drei Psychiaterinnen *Aida Seif Al Dawla, Magda Adly* und *Suzan Fayad* als gemeinnützige Organisation für die Unterstützung von Folter- sowie Gewaltopfer und errichtete zu diesem Zweck die einzige dafür spezialisierte Klinik im ganzen Land. Die Unterstützung umfasste insbesondere die psychologische und seelische Behandlung sowie die Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen. Das Zentrum stand seit 1993 unter ständigen staatlichen Repressionen. Mehrmals wurde dessen Vermögen konfisziert und mit dessen Schließung gedroht. Nach dem Staatsstreich wurde das Al Nadeem-Zentrum verstärkt von Folteropfern aufgesucht und war somit für den Staatsapparat ein Dorn im Auge. Am 9. Februar 2017 wurden dann die Klinik und das Al Nadeem-Zentrum von der Polizei geschlossen. Trotzdem setzte das Zentrum inoffiziell und indirekt seine Arbeit in der Gesellschaft fort. Für sein Engagement wurde Al Nadeem-Zentrum von der deutschen Sektion von Amnesty International mit dem „Amnesty-Menschenrechtspreis 2018“ belohnt. Angesprochen auf die Menschenrechtslage in Ägypten nach dem Militärputsch gab die Mitbegründerin Aida Seif Al Dawla an: „eine so willkürliche, brutale und barbarische Folter wie wir sie durch die verschiedenen Sicherheitsbehörden seit 2013 erleben, gab es seit 1993 nicht mehr“[291].

Anlässlich seiner Rede zur Absetzung von Morsi hatte der ehemalige Verteidigungsminister Al Sissi die Etablierung eines Ethikrahmens für die Regulierung der Medienlandschaft und Pressefreiheit versprochen. Aufgrund der zunehmenden staatlichen Restriktionen üben Medien in Ägypten Selbstzensur. „Les chaînes de télévision anciennement critiques telles que CBS, Dream TV, Al-Nahar TV, Tahrir TV, Mehwar, Sada El Balad, Qahira Wal Nas ou encore ONTV, relaient toutes aujourd’hui la version oficielle des événements telle que présentée par le Conseil Supérieur des Forces Armées“ (Hafez 2015: 53). Reporter ohne Grenzen fand bei Recherchen heraus, dass nach der Revolution 2011 zunächst einige staatliche sowie private Medien unter Einfluss der staatlichen Organe und Geheimdienste gestanden hätten. Nach dem Militärputsch 2013 wurde dann festgestellt, dass „la quasi-totalité des organes de presse sont désormais aux ordres du pouvoir, directement contrôlés par l’Etat, les services secrets ou

[291] Amnesty International: *„Ja. Wir nehmen Folter persönlich“*. Amnesty International (Hrsg.). Bericht vom 08.02.18, unter: https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/aegypten-ja-wir-nehmen-folter-persoenlich, abgerufen am 18.04.18.

quelques riches hommes d'affaires proche du régime"[292]. Die Staatsmedien in Ägypten berichten seit der Amtseinführung von Al Sissi besonders negativ über die Volksrevolte gegen den ehemaligen Staatschef Mubarak und bezeichnen sie offen als „ausländischen Komplott" und „internationale Verschwörung" zum Sturz des ägyptischen Staates.

Die Lage der Pressefreiheit in Ägypten und das Bild der Medien nach dem Staatsstreich 2013 werden von Kai Hafez als Rückschritt sowie als Rückkehr zu einem System nasseristischer Prägung bezeichnet. „On est passé de la critique du pouvoir politique à la fin de l'ère Moubarak à la liberté débridée sous la présidence Morsi pour finir dans une situation qui évoque ce que William Rugh a appelé les medias «mobilisationalistes» de l'ère Nasser" (Hafez 2015: 56). Die AOHR stellte in einer Untersuchung der Medienlandschaft zwischen 2013 und 2019 fest, dass „over the course of the six years, 11 journalists were killed and more than 250 were arrested, of whom 29 journalists remain in detention. Furthermore, more than 45 journalists have been placed on the terrorism lists, and the Egyptian regime has blocked 535 news websites and newspapers"[293]. Außerdem wurden sowohl lokale Medienschaffende und Bolgrer als auch ausländische Journalisten strafrechtlich verfolgt sowie zu langen Haftsstrafen oder teilweise zum Tode verurteilt[294]. Die Lage der Pressefreiheit in Ägypten hatte sich seit Beginn der Auflistung von Reporter ohne Grenzen im Jahr 2002 kontinuierlich verschlechtert. Auf der Pressefreiheitsskala von Reporter ohne Grenzen belegte das Land 2019 den 163. Platz (von 180 bewerteten Staaten). Freedom House seinerseits stuft Ägypten in der Untersuchungsphase in Bezug auf den Freiheitsgrad, abgesehen vom Jahr 2013, in der Kategorie „Not Free" ein, weil unter Al Sissi „Meaningful political opposition is virtually nonexistent, as both liberal and islamist activists face criminal prosecution and imprisonment"[295].

Zwischenfazit

Die Ergebnisse von Algerien und Ägypten während des Untersuchungszeitraumes in Bezug auf den Faktor Demokratie fallen insgesamt schlecht aus und stehen nicht im Einklang mit den fünf Teilregimen der embedded democracy von Merkel et al. (u.a. Einfluss des Militärs, fehlende Gewaltenteilung und intransparente Wahlen). Diese Bewertung galt auch für Tunesien bis

[292] Reporter ohne Grenzen: *„Egypte: des médias sous contrôle quasi-total"*. Reporter ohne Grenzen (Hrsg.) Bericht vom 22.01.2019, unter: https://rsf.org/fr/actualites/egypte-des-medias-sous-controle-quasi-total, abgerufen am 18.04.18.
[293] Arab Organization for Human Rights: *„Egypt: Six Years of Impunity"*. AOHR (Hrsg.). Bericht vom 03.07.2019.
[294] Vgl. Lindsey, Ursula: *„Attaques contre la presse. Une presse loyale"*. Bericht vom 25.04.2017. Committee to Protect Journalists (Hrsg.), unter: https://cpj.org/fr/2017/04/une-presse-loyale.php, abgerufen am 18.04.18.
[295] Freedom House: *„Freedom in the World 2019. Egypt"*, unter: https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2019/egypt, abgerufen am 07.03.2020.

Anfang 2011, als das Land sich nach dem Sturz von Ben Ali mit wichtigen Schritten in Richtung Demokratie bewegte (u.a. überwiegend funktionierende Gewaltenteilung, transparente Wahlen und zivile Kontrolle der Streitkräfte). Tunesien erfüllt daher trotz noch bestehender Defizite einen großen Teil der fünf Teilregime der embedded democracy von Merkel et al.

In Bezug auf die bisher gemachte Erfahrung im Rahmen der EMP, welche durch eine Resistenz der Regierungen in den drei Untersuchungsländer (Tunesien bis Anfang 2011) gegen die Umsetzung der vereinbarten normativen Vorgaben gekennzeichnet war, scheint die EU aufgrund ihrer Sicherheitsinteressen und im Hinblick auf der Instabilität und der Terrorgefahr in der Region nicht bereit zu sein, die politische Konditionalität gegen die drei arabischen MDL anzuwenden. Die verzeichneten Menschenrechtsverletzungen in den drei Fallbeispielländern konnten somit weder von der EU noch von der internationalen Gemeinschaft signifikant geahndet werden. Die Umsetzung normativer Vorgaben des Barcelona-Prozesses basierte trotz deren Aufnahme in den AA mehr auf Freiwilligkeit als auf Druck. Diese pragmatische Politik wurde wegen der Resistenz der (drei) arabischen MDL und die Berücksichtigung einzelner Interessen einiger EU-Staaten praktiziert (mehr dazu in Kapitel 8). Somit wurde die in den AA aufgenommene rechtsverbindliche Vereinbarung zur Umsetzung normativer Vorgaben geschwächt. Dies gab den Regierungen in den drei arabischen MDL mehr Spielraum, ihre Zusammenarbeit mit der EU in sicherheitspolitischen Fragen an der Abschwächung der normativen EU-Forderungen zu knüpfen. In diesem Punkt scheint die asymmetrische Interdependenz zugunsten der drei arabischen MDL zu verlaufen. Auf das Lernverhalten der EU im Rahmen der EMP und die nach Außen entstehenden Eindrücke einer Passivität, die der EU im Zuge der Revolten im arabischen Raum nach 2011 vorgehalten und in einigen politischen und wissenschaftlichen Diskursen thematisiert wird, wird in Kapitel 8 eingegangen. Im nächsten Kapitel wird die Wirtschaftsliberalisierung in den drei arabischen MDL im Rahmen des Barcelona-Prozess untersucht.

6 Erklärungsfaktor Grad der Wirtschaftsliberalisierung in den Untersuchungsländern

Die Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft (Korb 2) bildete das Herzstück des Barcelona-Prozesses und genoss sowohl bei den südlichen MDL als auch bei der EU einen hohen Stellenwert. In dieser Hinsicht argumentierte beispielsweise der ehemalige spanische Ministerpräsident *Felipe Gonzalez* anlässlich der Barcelona-Konferenz 1995, dass die Länder der südlichen Mittelmeerküste damals der dritte Handelspartner der EU gewesen seien, 27 Prozent ihrer Energie geliefert hätten und ihr gemeinsames Handelsvolumen sich auf 80 Milliarden ECU pro Jahr belaufen habe (vgl. Barbé 1996: 27). Die Mitgliedstaaten der EMP schrieben sich als angestrebtes Ziel für ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit u.a. die Errichtung einer Europa-Mittelmeer-Freihandelszone für Industriegüter bis zum Jahr 2010 auf die Fahne. Angesichts des Anfangs der 1990er Jahren stagnierenden Wirtschaft in den südlichen MDL sahen deren Regierungen im Barcelona-Prozess einen Ausweg aus der ökonomischen Krise. Dementsprechend zielten die drei Länder Algerien, Tunesien und Ägypten beispielhaft für die MDL darauf ab, im Rahmen der EMP ihre Handel- und Wirtschaftsbeziehungen mit der EU bzw. mit den EU-Ländern zu intensivieren. Zum Erreichen der Ziele von Korb zwei des Barcelona-Prozesses, nämlich die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den südlichen MDL, finanzierte und unterstützte die EU bzw. die EU-Länder Projekte in den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten entweder auf bilateraler Ebene durch die Gewährung staatlicher Kredite und Entwicklungshilfe oder Mithilfe von Darlehen der *Europäischen Investitionsbank* (EIB). Für die EU-Staaten standen zudem der Import von Energiestoffen, Industriegütern sowie Agrarerzeugnissen im Mittelpunkt der EMP. Ferner sollte der Barcelona-Prozess die Süd-Süd-Kooperation fördern. Im Folgenden werden die wirtschaftlichen Entwicklungen der drei Fallbeispielländer und der Einfluss der EMP darauf unter die Lupe genommen. Hierzu wird der Fokus auf die Sektoren Energie, Industrie, Landwirtschaft und Tourismus gelegt.

6.1 Die Wirtschaftsliberalisierung in Algerien

Die algerische Wirtschaft stand jahrzehntelang nach der Unabhängigkeit 1962 unter Einfluss der sozialistischen Planwirtschaft und basierte Hauptsächlich auf den Export von fossilen Energieträgern. Das Land exportierte Erdöl und Erdgas und erzielte somit die Haupteinnahmen, mit denen der Entwicklungsprozess im Land finanziert wurde. Andere Wirtschaftssektoren wurden im Rahmen der herrschenden Planwirtschaft entweder verstaatlicht oder zugunsten der Energiebranche vernachlässigt, was Algerien von ausländischen Güterimporten abhängig machte. Die wirtschaftlichen Strukturen des Landes waren von jahrelanger „ineffizienter

Planung, Korruption, Misswirtschaft und der Überschätzung eigener Kapazitäten und Fähigkeiten“ geprägt (vgl. Jacobs 2003: 152). Die hohen Erlöse aus dem Erdölexport ließen bei den algerischen Regierungen über Jahrzehnte den Eindruck entstehen, von anderen Staaten oder internationalen Institutionen zumindest finanziell unabhängig zu sein. Die Staatsführung investierte hohe Summen in Rüstungsgeschäften mit der Sowjetunion oder in weniger rentablen Großprojekten, die die Staatskasse belasteten. Aufgrund von fehlender Gewaltenteilung und einer schwachen Opposition war somit ein Umdenken der Staatsführung nicht zu erwarten.

Die unter Staatspräsident Chadli Bendjedid begonnene Umstrukturierung der Wirtschaft im Laufe der 1980er Jahre zielte auf eine Einschränkung von Großinvestitionen ab, im Gegenzug sollte der Fokus auf „die Produktionssteigerung vorhandener Kapazitäten und einer Stärkung von Klein- und Mittelbetrieben“ gerichtet werden (vgl. Jacobs 2003: 152). Der eingeleitete Kurswechsel scheiterte allerdings an den schwankenden bzw. sinkenden Erdölpreisen auf dem Weltmarkt, deren Einnahmen für die Umsetzung der wirtschaftlichen Reformpläne relevant waren. Das Land stürzte daraufhin in einer sozio-ökonomischen Krise, die mit den blutigen sozialen Protesten im Jahr 1988 deutlich sichtbar wurde und das Dilemma des Landes offenbarte, nämlich trotz hoher Renteneinnahmen durch Exporte von fossilen Energieträgern keinen wirtschaftlichen Aufschwung und Beschäftigung herbeigeführt werden konnten. Das Land wurde sogar vor allem von westlichen Krediten abhängig, um einen Zusammenbruch der Wirtschaft abzuwenden, was die Auslandsverschuldung Algeriens im Jahr 1990 auf fast 27. Mrd. US Dollar (im Folgenden USD) wachsen ließ (vgl. Jacobs 2003: 153, 429).

Mit Beginn der politischen Krise 1992 und dem Ausbruch des Bürgerkriegs verschärfte sich die ökonomische Krise im Land. Der Auslandsschuldendienst (Verhältnis zwischen dem Wert der jährlichen Rückzahlungen und dem Exportwert) von Algerien hatte 1993 einen Rekordwert erreicht und betrug 86 Prozent (Prognose des Jahres 1994 sah sogar einen Wert von 92 Prozent vor) (vgl. Bouyacoub 1997: 77). Das Ergebnis war, dass der Staat 86 Prozent seiner Exporteinnahmen alleine für die Tilgung von Auslandsschulden benötigte. Darüber hinaus war das Land auf Importe (u.a. Nahrungsmittel und Medikamente) in Höhe von 10. Milliarden USD, was genau den Gesamtexportwert des Landes in dieser Phase entsprach, angewiesen. Aufgrund dieser prekären ökonomischen Konstellation unterzeichnete die algerische Staatsführung einen Umschuldungsplan mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der aufgrund der damals instabilen Verhältnisse im Land nur auf Betreiben Frankreichs zustande gekommen war und Algerien zur Umstrukturierung der heimischen Wirtschaft verhalf (vgl. Jacobs 2003: 153, 159). Außerdem wurde dem Land mithilfe von französischem Einfluss u.a. weitere Hilfe durch die

EIB gewährt. Insgesamt wurde das Abkommen mit dem IWF von der EU als „Bekenntnis zur Ernsthaftigkeit des algerischen Reformweges und damit als Voraussetzung für die Wiederaufnahme der finanziellen Hilfen“ angesehen (vgl. Jacobs 2003: 153). Trotz dieser Hilfemaßnahmen blieb die Arbeitslosigkeitsrate bis zum Jahr 1995 hoch und erreichte 28.1 Prozent, wobei dreiviertel der Arbeitslosen noch nie eine Beschäftigung hatten und über die Hälfte davon junge Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahre waren (vgl. Bouyacoub 1997: 79; Jacobs 2003: 153). Angesichts einer Bevölkerungszahl von knapp 29 Mio. Mitte der 1990er Jahre stand das Land sozio-ökonomisch mit dem Rücken zur Wand, zumal die Inflationsrate bei fast 30 Prozent lag.

Mit dem Barcelona-Prozess schienen sich für die Algerische Führung neue Horizonte zu öffnen. Für das Land bildete die Teilnahme an der Barcelona-Konferenz einen wichtigen Schritt zur Beendigung jahrelanger internationaler Isolation (aufgrund des Bürgerkriegs und der währenddessen begangenen Menschenrechtsverletzungen) und die algerische Regierung nutzte sie daher auch als Plattform für das Vortragen eigener Anliegen. Algerien setzte sich vor allem für einen Schuldenerlass und die Umstrukturierung seiner Auslandsschulden ein. Insbesondere nach den Präsidentschaftswahlen 1995 konnten die Beziehungen zwischen der EU und Algerien wieder intensiviert werden. Im Jahr 1996 reisten wieder Ranghohe Mitglieder europäischer Regierungen ins Land und der EU-Kommissar *Manuel Marin* unterzeichnete Ende des gleichen Jahres mit der algerischen Regierung ein Strukturhilfeprogramm in Höhe von 300 Millionen Deutsche Mark (vgl. Jacobs 2003: 159f). Im Jahr 2002 wurde nach langen Verhandlungen das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Algerien im Rahmen der EMP unterschrieben und trat dann 2005 in Kraft. Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Algerien und der EU haben mehrere Facetten und umfassen mehrere Bereiche. Im Folgenden werden die Entwicklungen der algerischen Wirtschaft seit 1995, gemessen an die für das Land wichtigen Wirtschaftsbranchen Energie, Industrie und Landwirtschaft, analysiert.

6.1.1 Der Energiesektor

Algerien zählt mit seinem Erdölvorkommen von 12,2 Mrd. Barrel (15. Platz in der Welt nach dem Stand von 2018) und seinen bisher entdeckten Erdgasressourcen von 4,5 Billionen Kubikmeter (Rang 10 in der Welt nach dem Stand von 2018) zu den wichtigen Energielieferanten weltweit. Das Land ist seit 1969 Mitglied der OPEC (*The Organization of the Petroleum Exporting Countries*). Die Energiebranche in Verbindung mit dem Export fossiler Energieträger stellt den wichtigsten Wirtschaftszweig und die Haupteinnahmequelle des algerischen Staates dar. Im Jahr 1995 lag der Anteil der Energiebranche am heimischen

Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei 28 Prozent, war aber gleichzeitig für die Bereitstellung von 55 Prozent der gesamten staatlichen Finanzmittel verantwortlich (vgl. Bouyacoub 1997: 82). Fast 96 Prozent der algerischen Exporte setzten sich aus Energielieferungen (Erdgas und Erdöl) zusammen, aber lediglich 2 Prozent der aktiven Bevölkerung waren in dem Sektor beschäftigt.

Die algerische Führung startete nach dem Scheitern des bisherigen sozialistischen Wirtschaftsmodells im Jahr 1994 eine langsame Marktliberalisierung und läutete somit nach der Aushandlung eines Strukturanpassungsprogramms mit dem IWF eine vorsichtige Öffnung des heimischen Marktes ein. Aufgrund der sinkenden Erdölpreise, der fehlenden Liquidität sowie der hohen staatlichen Verschuldung wurden Investoren aus dem In- und Ausland angeworben. Die großen Erdgas- und Erdölvorkommen des Landes weckten schon seit der 1970er Jahre internationale Interessen. Angesichts der hohen und steigenden Abhängigkeit europäischer Staaten von Energieimporten (die EU zählt zu den wichtigsten Importeuren und Verbraucher von fossilen Energieträgern weltweit) richteten allen voran die südlichen EU-Staaten Frankreich, Spanien und Italien bereits vor 1995 ihren Blick auf das Land. Die EU-Mitglieder verzeichneten einen zunehmenden Energiebedarf und sahen in Algerien aufgrund der geografischen Nähe eine gute Alternative zu den russischen Lieferungen und logistisch gesehen einen günstigen Energielieferanten. Demzufolge bilden die EU-Staaten u.a. die Hauptabnehmer von algerischem Erdgas. Algerien seinerseits sah in der EU, die den wichtigsten Handelspartner des Landes darstellt, sowohl einen lukrativen Absatzmarkt für seine Energieexporte als auch einen wichtigen Lieferanten für das fehlende Know How, das für die Modernisierung der lokalen Energiebranche nötig wäre. Infolge der Verstaatlichung des Energiesektors und des Bürgerkrieges war die Branche sanierungsbedürftig. Der algerische Wirtschaftsprofessor *Abdelmajid Ahmed-Ouamar* sieht in dieser Hinsicht eine Interdependenz zwischen Algerien und der EU. „L'Union européenne est de loin le premier partenaire économique de l'Algérie, cette dernière est aussi un partenaire important pour l'UE surtout en tant que fournisseur d'énergie par gazoducs" (Ahmed-Ouamar 2008: 2f.).

Die ersten wichtigen Weichen zur Bewältigung der Interdependenz zwischen Algerien und der EU im Bereich Energie wurden 1978 mit dem Baubeginn einer Unterseegasleitung zur Versorgung Italien und weiterer EU-Länder mit algerischem Erdgas gestellt. Die Errichtung der *Trans-Mediterranean Natural Gas Pipeline* (im Jahr 2000 in *Enrico Mattei Gasline* umbenannt) wurde durch eine Kooperation zwischen den staatlichen algerischen Energiekonzern und viertgrößten EU-Erdgaslieferanten *SONATRACH* (*Société Nationale pour la Recherche, la Production, le Transport, la Transformation, et la Commercialisation des*

Hydrocarbures) und den italienischen Energiekonzern *Eni* (*Ente Nazionale Idrocarburi*, zu Deutsch: Nationale Kohlenwasserstoff-Behörde) begünstigt. Die Trans-Mediterranean Pipeline war ca. 2.475 km lang und führte vom größten Erdgasfeld des Landes in *Hassi R'Mel* über das tunesische Territorium und anschließend über Unterseeleitungen nach *Sizilien* bis in den Norden Italiens. An diesem Projekt waren insgesamt mehrere staatliche und private Unternehmen sowie Finanzinstitute aus beiden Mittelmeerufern beteiligt. „The Algerian section is operated by Sonatrach, the Algerian State Authority. The Tunisian section is owned and controlled by Sotugat and Sergaz respectively. The channel of Sicily is controlled by Trans-Mediterranean Pipeline Company (TMPC), a joint venture of Eni and Sonatrach. Snam Rete Gas, a subsidiary of Eni, operates the Italian section"[296].

Die Bauarbeiten endeten 1983 und die Transmed ging im Juni des gleichen Jahres in Betrieb. Die Unterseeröhre zwischen Tunesien und Sizilien (155 km Seeentfernung) wurden in einer Tiefe von 610 Meter verlegt. Damit war die Transmed zum damaligen Zeitpunkt die tiefste Unterwasser-Pipeline der Welt. Laut der Vereinbarung zwischen Algerien und Italien sollten durch die Gasleitung zunächst 12 Mrd. Kubikmeter Erdgas pro Jahr für eine Dauer von 25 Jahre nach Italien fließen. Tunesien als Transitland profitierte außerdem von Transitgebühren für den Erdgasexport (siehe Kapitel 6.2.2). Die Investitionskosten für die Errichtung der Pipeline beliefen sich auf 6,25 Mrd. USD. Sie wurden von nationalen und internationalen Kreditgebern bereitgestellt. Die EIB beteiligte sich von ihrer Seite mit fast 2 Mrd. USD an dem Projekt (Kredit floss überwiegend im Bau des italienischen Teils der Pipeline).

Eine im Auftrag der EU-Kommission erstellte Studie kam 1995 zum Schluss, dass die energieexportierenden Länder des südlichen und östlichen Mittelmeerraums (insbesondere Algerien und Ägypten) „mehr als 24 % des Ölbedarfs Südeuropas (Spanien, Frankreich, Italien, Griechenland und Portugal) und 42 % des Gasbedarfs (Spanien, Frankreich, Italien und in Kürze auch Portugal und Griechenland)" lieferten[297]. Zudem wurde angesichts des prognostizierten Anstiegs des Energieverbrauchs innerhalb der EU sowie der wirtschaftlichen und finanziellen Defiziten in den südlichen Produktionsländern, die staatliche Investitionen zur Modernisierung des heimischen Energiesektors erschwerten, eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen beiden Mittelmeerufern festgestellt. Dementsprechend empfahl die Studie eine

[296] Hydrocarbons Technology: *„Trans-Mediterranean Natural Gas Pipeline"*, unter: https://www.hydrocarbons-technology.com/projects/trans-med-pipeline/, abgerufen am 16.09.19.

[297] Europäische Kommission: *„Die Mittelmeerregion im Jahr 2020 und ihre Rolle im europäischen Energienetz"*. EU-Kommission (Hrsg.), Memo/95/49. Bericht vom 27. März 1995, unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEMO_95_49, abgerufen am 16.09.2019.

Vertiefung der Beziehungen zwischen beiden Seiten, die u.a. EU-Investitionen im Energiesektor der exportierenden MDL, die Modernisierung der Förderanlagen und einen schrittweisen Techniktransfer vorsahen[298]. Dadurch sollten die Energiesicherheit Europas sowie eine Diversifizierung der Energielieferungen langfristig gewährleistet werden. Auf diese Weise sollte eine wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen Lieferanten, wie etwa Russland, das 1994 vor Algerien (24 Prozent) und Norwegen (21 Prozent) an erster Stelle der EU-Energielieferanten rangierte (die EU importierte 1994 rund ein Drittel ihres Erdöl- und fast 53 Prozent ihres Erdgasbedarfs aus Russland), verringert werden. Es wurde befürchtet, dass eine Dependenz von der Russischen Föderation, mit der die EU politisch und sicherheitspolitisch gesehen oft nicht die gleichen Auffassungen teilt, mittel- und langfristig die strategische Ausrichtung der EU negativ beeinflussen wird. Von daher sollte aus EU-Sicht die Diversifizierung der Importe von fossilen Energieträgern vorangetrieben werden, was für eine Integration der Energiezusammenarbeit im Rahmen der EMP sprach.

Aufgrund des verzeichneten Erfolgs und der hohen Nachfrage in den EU-Ländern wurde im Jahr 1997 parallel zur ersten Transmed-Leitung eine zweite Unterseeverbindung zum Transport von weiteren 7 Mrd. Kubikmetern Erdgas pro Jahr errichtet. Im Jahr 2010 wurde sogar eine dritte Leitung gebaut. Somit erhöhte sich schrittweise die Exportkapazität der Transmed Pipeline bis zum Jahr 2012 auf insgesamt 33,5 Mrd. Kubikmeter Erdgas pro Jahr. Auf diese Weise hat Italien ca. 35 Prozent seines Erdgasbedarfs decken können. Durch eine zusätzlich gebaute, 35 km lange Verlängerungsleitung zwischen dem italienischen Festland und Slowenien konnte auch das seit 2004 neue EU-Mitglied sowie weitere EU-Staaten algerisches Gas importieren. Die EIB nahm ebenfalls an der Finanzierung des Ausbaus von Transmed teil und gewährte u.a. im Jahr 2007 ein Darlehen in Höhe von 185 Mio. Euro. In dieser Hinsicht erklärte die EIB ihre Beteiligung damit, dass die EU-Staaten die Transmed-Pipeline als „vorrangige Energie-Importroute" eingestuft hätten, und dass man durch den Ausbau der Pipeline die strategischen Energieziele der EU unterstütze sowie zur Energiesicherheit ihrer Mitglieder beitrage[299].

Die rentable Zusammenarbeit für alle am Projekt „Transmed" beteiligten Länder ermutigte andere EU-Staaten zum Import von algerischem Erdgas und mündete letztendlich im Abschluss weiterer Kooperationsverträge. Im November 1996 wurde die neue Pipeline *Pedro Duran*

[298] Ebd.

[299] Vgl. Europäische Investitionsbank: *„EIB unterstützt Gasversorgung und Stromerzeugung in Italien"*. Bericht vom 03.12.2007, unter: https://www.eib.org/de/press/all/2007-128-eib-supports-the-supply-of-gas-and-production-of-electricity-in-italy.htm, abgerufen am 16.09.19.

Farrell Gasline (auch *Maghreb-Europe-Pipeline* genannt) eröffnet. Das Projekt ging einer Partnerschaft zwischen vier Ländern, nämlich Algerien, Marokko, Spanien und Portugal voraus. An der Errichtung und Betreibung der Maghreb-Europe-Pipeline waren ebenfalls überwiegend Energieunternehmen aus den vier Ländern beteiligt. Durch insgesamt 120.000 Röhren mit einem Durchmesser von 48 Zoll wurde Erdgas vom Gasfeld Hassi R'Mel in Algerien über den Landweg nach Marokko und dann mit einer Unterseeleitung (etwa 47 km lang) in die spanische Stadt Cordoba transportiert. Von dort aus wurde Erdgas in den spanischen, portugiesischen und französischen Versorgungsnetzen weitergeleitet.

Die EIB steuerte bei der Konstruktion des insgesamt 3 Mrd. ECU teuren Pipelineprojektes 1,1 Mrd. ECU in Form von Darlehen bei. Durch die Pedro Duran Farrell Gasline wurden anfangs 8 Mrd. Kubikmeter Erdgas pro Jahr exportiert. Die Kapazität der Pipeline wurde im Jahr 2005 dann auf 12,5 Mrd. Kubikmeter pro Jahr aufgestockt. „The pipeline is designed to supply up to 12% of Europe's natural gas requirements in the year 2000, and is linked to the trans-European pipeline network through connections between Spain and France"[300]. Anfang 1997 wurde Portugal ebenfalls am Pipelinenetz angeschlossen. Die Maghreb-Europe-Pipeline deckte durchschnittlich 30 Prozent des auf der Iberischen Halbinsel verbrauchten Erdgases und befördert zudem Erdgas für die Inbetriebnahme von zwei Gas-Kombikraftwerken in Marokko, aus denen 17 Prozent der Stromerzeugung des Landes stammen[301]. Die Zusammenarbeit zwischen Algerien, Tunesien und Marokko mit ihren nördlichen EU-Nachbarn zur Verwirklichung der Transmed und der Pedro Duran Farrell Gasline ist ein gutes Beispiel für die Interdependenz zwischen den Mitgliedstaaten der EMP, die durch Kooperation zu einer Win-Win-Situation geführt hat. „Stabile Ölpreise und die hohe Nachfrage nach algerischem Erdgas, die dem Land Mitte der neunziger Jahre sogar ein Handelsbilanzüberschuss mit der EU bescherten, bewirkten dann ab Mitte der neunziger Jahre tatsächlich eine allmähliche Erholung der gesamtwirtschaftlichen Lage" (Jacobs 2003: 154). Diese Verbesserung der ökonomischen Situation hat allerdings die algerische Bevölkerung in ihrem Alltag kaum spüren können (vgl. Jacobs 2003: 154).

„Im Jahr 2005 haben die EU-Staaten 57 Prozent ihres Erdgas- und 82 Prozent ihres Erdölverbrauchs durch Importe gedeckt, im Jahr 2030 wird der Verbrauch auf 84 (Erdgas) bzw.

[300] Europäische Investitionsbank: *„ECU 1.1 billion for the Maghreb-Europe Gasline"*. Bericht vom 25.03.1997, unter: https://www.eib.org/de/press/all/1997-018-ecu-1-1-billion-for-the-maghreb-europe-gasline.htm?lang=fr, abgerufen am 16.09.19.

[301] Vgl. Europe Maghreb Pipeline Limited: *„Gazoduc Maghreb-Europe au Maroc"*, unter: http://www.emplpipeline.com/fr/, abgerufen 16.09.19.

93 (Erdöl) Prozent ansteigen“ (Brummer/Weiss 2007: 6). Diese wachsende Dependenz der EU-Mitglieder von Energieimporten veranlasste die Kommission dazu, im Rahmen der im Oktober 2005 gegründeten Energiegemeinschaft die Nachbarländer der EU (darunter Algerien) in ihren Energiebinnenmarkt zu integrieren. Durch den Bau weiterer Pipelines, die Diversifizierung der Lieferländer, Transportwege und Transportmechanismen sollte ein hohes Maß an Sicherung der Energieversorgung der EU erreicht und gleichzeitig die Abhängigkeit von russischen Importen weiter reduziert werden[302]. In dieser Hinsicht bekundeten sowohl die EU als auch Algerien in den 2000er Jahren im Kontext der Interdependenz ihr Interesse, ihre Partnerschaft im Energiebereich auszubauen.

Im Verlauf der 2000er Jahren zählte Algerien weiterhin zu den wichtigsten Energielieferanten der EU-Staaten, gleichzeitig blieb der EU-Raum Hauptabsatzmarkt für algerisches Erdgas. Frankreich konnte 2003 mithilfe algerischer Erdgaseinfuhren insgesamt 25 Prozent seines Erdgasbedarfs sichern. Im Jahr 2006 lieferte Algerien zudem über die bestehenden Pipelines sowie über Tankschiffe (für Flüssiggas) etwa 92 Prozent seiner Erdgasexporte, was insgesamt 60 Mrd. Kubikmeter entsprach, an Spanien, Italien und Frankreich, von wo aus weitere EU-Länder versorgt wurden (vgl. Ahmed-Ouamar 2008: 2). Im März 2008 wurde mit dem Baubeginn einer dritten Unterwasserpipeline die Kooperation im Energiebereich zwischen der EU und Algerien vertieft. Das Projekt der *Medgaz pipeline* war das Ergebnis einer Partnerschaft zwischen dem algerischen Staatskonzern SONATRACH, den spanischen Unternehmen Cepsa, Endesa und Iberdrola, den französischen Konzerne Total und Gaz de France Suez (GDF Suez) und dem britischen Energiekonzern BP. Die Pipeline war die erste direkte Unterseeverbindung zwischen Algerien und einem EU-Land, in diesem Fall Spanien, und transportierte über eine 210 km lange und über 2000 m tiefe Unterwasserleitung Erdgas von *Beni Saf* im Nordwesten Algeriens nach Almeria an Spaniens Südostküste. „Die Hafenbehörde von Almería und die Universität der Stadt haben während der Bauphase ein Umweltmanagementprogramm zur Verbesserung der Luft- und der Wasserqualität im Projektgebiet eingeleitet“[303].

Die Baukosten für die Medgaz pipeline betrugen 1 Mrd. Euro und wurden zur Hälfte von der EIB, in Form eines Kredits an dem Betreiber MEDGAZ, übernommen. Die Pipeline stellte eine

[302] Vgl. Eurostat: „*Energieerzeugung und -einfuhren*“. EU-Kommission (Hrsg.). Bericht vom Juni 2018, unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Energy_production_and_imports/de#Die_EU_und_ihre_Mitgliedstaaten_sind_alle_Nettoeinf.C3.BChrer_von_Energie, abgerufen am 18.09.19.

[303] Vgl. Europäische Investitionsbank: „*MEDGAZ: Ein Projekt von Nutzen für beide Seiten des Mittelmeeres*“. Bericht vom 03.10.2011, unter: https://www.eib.org/de/infocentre/stories/all/2011-october-01/medgaz.htm, abgerufen am 17.09.10.

Priorität für die EU dar und wurde im Kontext der *Trans-European Network Energy* (TEN-E), das auf die Vernetzung der Energieinfrastruktur der EU-Länder abzielt, errichtet. Die Medgaz Pipeline ging im April 2011 in Betrieb und beförderte jährlich 8. Mrd. Kubikmeter Erdgas an Spanien und Frankreich. Dadurch schaffte es u.a. Spanien statt bisher 30 nun etwa 55 Prozent seines Erdgasverbrauchs mit algerischen Energieimporten abzudecken[304]. In dieser Hinsicht betonte der für die Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer (FEMIP) zuständige EIB-Vizepräsident *Philippe de Fontaine Vive* die Relevanz der Medgaz Pipeline:

„Diese Pipeline symbolisiert die unbestreitbare Verbindung zwischen dem nördlichen und dem südlichen Mittelmeerraum. Energie ist für beide Seiten des Mittelmeerraums eine Triebkraft des wirtschaftlichen Wachstums und begünstigt die Entwicklung innovativer Projekte sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Sie wird zweifellos ein Eckpfeiler der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit des Mittelmeerraums sein"[305].

Der Baubeginn einer weiteren direkten Unterwasser Gasleitung, dieses Mal zwischen Algerien und Italien, verzögert sich seit 2012 aufgrund einer Reihe technischer und wirtschaftlicher Probleme. Die Fertigstellung der sogenannten *Galsi Pipeline* war für 2014 geplant und sollte zusätzliche 8 Mrd. Kubikmeter Erdgas nach Italien über Sardinien befördern. Dennoch bleibt die EU bis 2020 insgesamt der Hauptabsatzmarkt für algerisches Erdgas. Neben dem Export von Erdgas erzielt Algerien ebenfalls hohe Renteneinnahmen durch den Export von Erdöl. Das Land zählt mit Reserven von gut 12 Milliarden Barrel zu den wichtigen Energielieferanten Afrikas. Die Erdölexporte des Landes sind allerdings mehreren Herausforderungen ausgesetzt und ihre Menge hängt von mehreren Faktoren ab. Diesbezüglich ist anzumerken, dass aufgrund wiederholter Projektverzögerungen, instabiler Marktpreise, Defizite bei der Gewinnung von Investitionspartnern, unzureichender Infrastruktur und technischer Probleme an den Förderanlagen die Erdölexporte schwanken bzw. in den letzten Jahren rückläufig waren[306]. Darüber hinaus stellt die internationale Konkurrenz, insbesondere aus Russland und den USA (infolge der Förderung hoher Mengen Schiefergas im Laufe der 2000er Jahre), die algerische Energiebranche vor Herausforderungen, die künftig zu einer Reduzierung der Energieexporte führen und somit die gesamte Wirtschaft des Landes beeinflussen könnte.

Während der Untersuchungsphase profitierte sowohl Algerien als auch die EU von der Kooperation in der Energiebranche. Die EU-Staaten konnten, wie die Tabelle 7 zeigt, einen

[304] Ebd.

[305] Europäische Investitionsbank: *„Größtes EIB-Darlehen für den Energiesektor im Mittelmeerraum: MEDGAZ erhält 500 Mio EUR*". Bericht vom 23.11.2010, unter: https://www.eib.org/de/press/all/2010-207-the-biggest-eib-loan-for-energy-in-mediterranean-eur-500-million-to-medgaz.htm, abgerufen am 17.09.19.

[306] Vgl. The World Bank: *„How is Algeria Reacting to Low Oil Prices?*". Bericht vom Juli 2016, unter: https://www.banquemondiale.org/fr/country/algeria/publication/economic-brief-july-2016, abgerufen am 17.09.19.

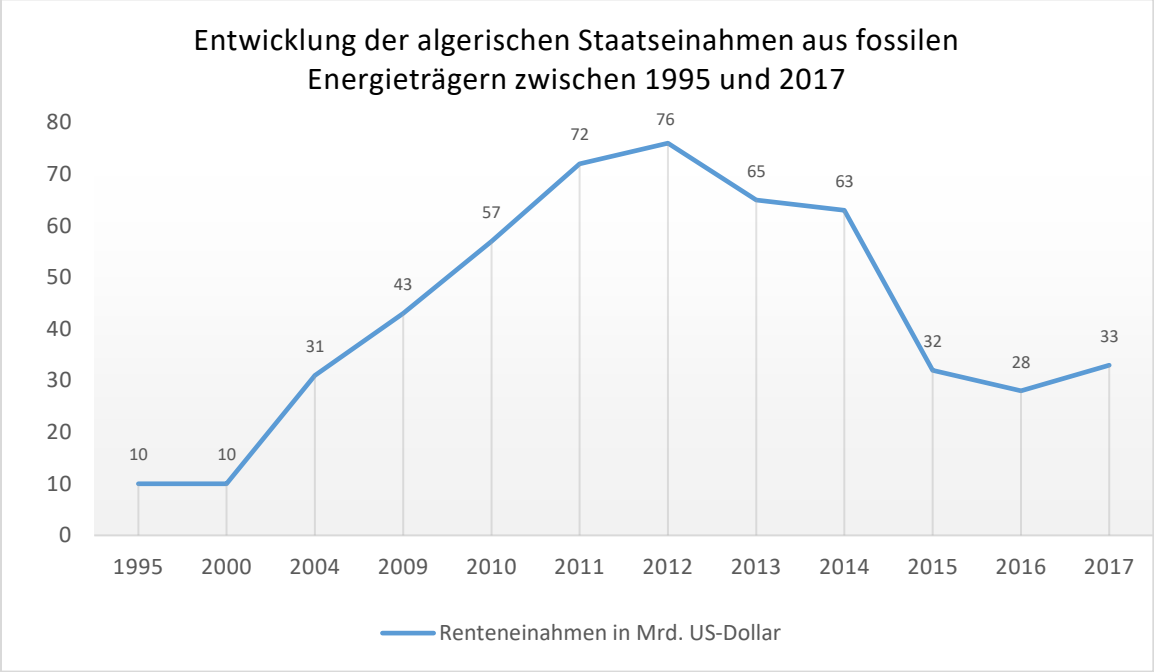
beachtlichen Teil ihres Energiebedarfs durch algerische Importe decken. Die EU blieb zudem Hauptabsatzmarkt für algerische fossile Energieträger (ca. 63 Prozent der Energieexporte) und trug damit dazu bei, dass das Land von 1995 bis 2015 hohe Renteneinnahmen erzielen konnte. Diese beliefen sich alleine zwischen den Jahren 1999 und 2014 auf fast 750 Mrd. USD[307]. Inwieweit diese hohe Summe auf der sozio-ökonomischen Entwicklung im Land gewirkt hat, wird in diesem Kapitel sowie im Laufe der Arbeit untersucht. Das folgende Diagramm skizziert die Höhe und die Entwicklung der Einnahmen aus der Energiebranche zwischen 1995 und 2017. Laut der Weltbank stellten fossile Energieträger im Jahr 2016 etwa 95 Prozent der algerischen Exporte und ca. 75 Prozent der gesamten Staatseinnahmen dar.

Tabelle 7: Anteil von algerischen Erdgas- und Erdölexporten an den gesamten Erdgas- und Erdöleinfuhren der EU in Prozent

Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Erdgasanteil	16,3	15,3	14,7	14,1	13,9	13,1	13,3	12,6	12,0	10,8	12,4
Rohölanteil	6,2	6,2	5,3	4,7	5,7	5,8	1,3	0,0	0,1	0,0	2,9

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Daten von Eurostat, unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Energy_production_and_imports/de#Die_EU_und_ihre_Mitgliedstaaten_sind_alle_Nettoeinf.C3.BChrer_von_Energie, abgerufen am 17.09.19.

Abbildung 3: Grafik über die Entwicklung der algerischen Renteneinnahmen während der Untersuchngsphase



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf die Angaben mehrerer Quellen[308]

[307] Vgl. Chabert, Patrick: *„10 chiffres pour saisir le malaise économique algérien"*. Artikel vom 01.03.2016. In: Capital, unter: https://www.capital.fr/economie-politique/10-chiffres-pour-saisir-le-malaise-economique-algerien-1106060, abgerufen am 17.09.2019.

[308] Vgl. Mebtoul, Abderrahmane: *„560 milliards de dollars de recettes: où on en est-on dans leur utilisation?"*. Artikel vom 10.06.12. In: Le Matin d'Algérie, unter: https://www.lematindz.net/news/8348-560-milliards-de-

6.1.2 Die Industrie

Seit den 1970er Jahren lautete die ökonomische Vision algerischer Entscheidungsträger im Hinblick auf die künftige Wirtschaftspolitik des Landes: „semer le pétrole en développement" (Benabdallah 2009: 85). Das heißt, die Renteneinahmen aus dem Erdöl- und Erdgasgeschäft in anderen Sektoren zu investieren, um somit das Land mit einer modernen sowie leistungsfähigeren Wirtschaft auszustatten und die soziale Entwicklung zu fördern. Die hohen Renteneinnahmen sollten neben der Finanzierung von Infrastrukturprojekte u.a. zur Diversifizierung der algerischen Wirtschaft beitragen. Der Staat tat sich aufgrund jahrzehntelanger praktizierter Planwirtschaft schwer, den Übergang von einer Rentenökonomie zu einer konkurrenzfähigen, produktiven und diversifizierten Wirtschaft zu gestalten. Mit der 1990 eingeleiteten und vorsichtigen Liberalisierung des algerischen Marktes sollten protektionistische Maßnahmen schrittweise gelockert, ausländische Investoren angeworben sowie die wirtschaftliche Effizienz des Landes verbessert werden. Im Dezember 1991 wurde die Gesetzlage für ausländische Investoren mit dem Gesetz Nr. 91/21 modifiziert. Dadurch durften ausländische Geldgeber im Energiesektor erstmals Anteile besitzen und in der Branche investieren unter der Bedingung, dass der staatliche Energiekonzern SONATRACH bei jedem vorgesehenen Projekt mit mindestens 51 Prozent als Mehrheitseigener beteiligt wird (vgl. Benabdallah 2009: 97). In den Folgejahren wurden weitere Gesetze mit Anreizen für den lokalen und ausländischen Privatsektor verabschiedet.

Obwohl die algerische Führung im August 1995 ein Gesetz beschloss, das die weitere Privatisierung staatlicher Unternehmen vorsah und die Marktwirtschaft fördern sollte, blieb der Großteil der öffentlichen Betriebe trotz fehlender Rentabilität und sinkender Energiepreise in staatlicher Hand. Dies führte aufgrund der fehlenden Liquidität zu einer zusätzlichen Belastung für den angespannten Staatshaushalt. Demnach stand die algerische Industrie zu Beginn der Untersuchungsphase unter keinem guten Stern. Die Produktionskapazität für das gesamte verarbeitende Gewerbe lag 1995 unter 50 Prozent und die Industrie (außer Petrochemie) verzeichnete ein negatives Wachstum, das 1996 etwa -4,4 Prozent erreichte und bis 1999 eine

dollars-de-recettes-sonatrach-ou-on-en-est-dans-leur-utilisation.html; Neue Zürcher Zeitung: *„Neue Wege nach Europa für Algeriens Erdgas"*, Artikel vom: 19.04.2005, unter: https://www.nzz.ch/articleCMTSC-1.123326; Ferhat, Yazid: *„Recettes extérieures: l'Algérie s'en tire à bon compte en 2014"*. Bericht vom 21.01.2015. In: Maghreb Émergent, unter: https://maghrebemergent.info/recettes-exterieures-l-algerie-s-en-tire-a-bon-compte-en-2014/; De Souza, Olivier: *„Algérie: en 2017, les recettes d'exportation de pétrole et de gaz ont atteint 33,2 milliards de dollars"*. Artikel vom 02.05.2018. Agence Ecofin, unter: https://www.agenceecofin.com/trade/0205-56578-algerie-en-2017-les-recettes-d-exportation-de-petrole-et-de-gaz-ont-atteint-33-2-milliards-de-dollars; Finkenzeller, Karin: *„Algerien: Die Avantgarde von Algier"*. Bericht vom 04.01.2016. In: Zeit Online, unter: https://www.zeit.de/wirtschaft/2016-01/algerien-oelpreis-europa-auswanderer-rueckkehr/komplettansicht, alle Links abgerufen am 18.09.2019.

Durchschnittsrate von -2,7 Prozent betrug (vgl. Bouyacoub 1997: 79; Benabdallah 2009: 90). Im Zusammenwirken der kontinuierlichen Liberalisierung des Außenhandels nach 1995 und der schwachen Industrieleistung erlitten zahlreiche Firmen branchenübergreifend hohe Umsatzverluste und lösten sich entweder selbst auf oder beantragten Insolvenz. Während der Textil- und Bekleidungssektor Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre etwa 77 Prozent seiner Produktionskraft verlor, waren Hersteller von Lederwaren und Schuhen sogar mit einem Produktionsrückgang von 90 Prozent konfrontiert. Die gleiche Tendenz wurde in anderen Industriezweigen festgestellt. In Bezug auf die Stahl-, Metall-, Maschinenbau- und Elektroindustrie, die das Herzstück des öffentlichen Industriesektors bildeten, sank ihr Produktionsindex zwischen 1989 und 2006 um 60 Prozent (vgl. Benabdallah 2009: 90). Der Anteil der Industrie am algerischen BIP (Bruttoinlandsprodukt) belief sich Anfang 2000 laut Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf 7 Prozent.

Die Defizite der algerischen Industrie von 1995 bis 2005 hatten unterschiedliche Ursachen. Die Industrialisierung blieb in dieser Phase wie die gesamte algerische Wirtschaft symptomatisch von Wirtschaftsaktivitäten dominiert, die mit der Energiebranche zusammenhängen. Andere Sektoren wurden vernachlässigt. Der starke Einbruch des öffentlichen und privaten Industriesektors nach Beginn der Liberalisierungsphase war vorhersehbar und überwiegend darauf zurückzuführen, dass die Erlöse aus den Energieexporten und damit die Haupteinnahmequelle des Staates niedrig waren. „La baisse du volume de la rente et son reflux vers les créanciers pour faire face à un service de la dette de plus en plus lourd ont eu pour effet de retirer brutalement la couverture financière inconditionnelle que l'Etat apportait à la «jeune industrie»“ (Benabdallah 2009: 89f.). Darüber hinaus waren die heimischen Industriebetriebe aufgrund des jahrzehntelang herrschenden Protektionismus und Marktmonopols nicht gut vorbereitet auf die ausländische Konkurrenz, die qualitativ und quantitativ deutlich besser ausgestattet war. Obwohl der Staat im Rahmen des Umstrukturierungsprogramms, das mit dem IWF ausgehandelt wurde, von 1995 bis 2003 ca. 15 Mrd. USD in der Sanierung öffentlicher Industrieunternehmen investierte, konnten keine spürbare Erfolge bei der Modernisierung der algerischen Industrie verzeichnet werden[309]. Der *Arab Human Development Report* von 2002 ergänzte, dass Algerien „est le pays arabe avec le plus bas niveau de productivité du capital

[309] Organisation de coopération et de développement économiques: *„Algérie“*. In: Le rapport annuel sur les Perspectives économiques en Afrique. Bericht von 2003, Seite 83, unter: https://www.oecd.org/fr/pays/algerie/2497118.pdf, abgerufen am 20.09.2019.

physique (efficacité des investissements), et cela vient s'ajouter à une très faible productivité de la main d'œuvre" (Martin 2003: 16).

Der algerische Privatsektor, dessen Anteil an der gesamten Industrieproduktion (außer Petrochemie) im Jahr 1995 lediglich 15 Prozent betrug, konnte seinerseits zunächst bis 2005 die vom öffentlichen Sektor in der Industriebranche hinterlassene Lücke nicht schließen. Er bot sich daher im Hinblick auf die Stärkung der Industrialisierung im Land und damit eine mögliche Diversifizierung der Wirtschaft nicht als ernsthafte Alternative zum Staat. Private Unternehmen litten außerdem an strukturelle Defizite und erwiesen sich im Vergleich zu ausländischen Konkurrenten und Produzenten als nicht wettbewerbsfähig (Benabdallah 2009:91f.). Der Privatsektor charakterisierte sich dadurch, dass er überwiegend aus Familienunternehmen und zu fast 90 Prozent aus kleinen Betrieben bestand, wobei mehr als 97 Prozent der Privatfirmen weniger als 10 Mitarbeiter beschäftigten (vgl. Benabdallah 2009: 91f). Diese Aspekte konnten aufgrund fehlender Finanzmittel und fachlicher Expertise die Industrialisierung im Land nicht spürbar vorantreiben. Zwar konnte der Privatsektor laut der algerischen Statistikbehörde bis zum Jahr 2004 seinen Anteil an der Gesamtwertschöpfung (außer Energiebranche) steigern, allerdings waren nur 32 Prozent der Unternehmen in der verarbeitenden Industrie (hauptsächlich in den Segmenten Lebensmittel- und Textilindustrie sowie in der Verarbeitung von Leder) tätig. Die Stahl- und Schwerindustrie, die Technik und Großmaschinen aus dem Ausland erforderte, wurde vernachlässigt.

im Laufe der 2000er startete der Staat eine neue Privatisierungswelle, die mit Ausnahme der Energiebranche fast alle anderen Wirtschaftssektoren umfasste. Der Marktzugang für ausländische Investoren blieb allerdings trotz eines reizvollen Geschäftspotenzials im Land mit bürokratischen Hürden verbunden. Ausländische Geldgeber und Firmen waren laut Gesetz weiterhin dazu verpflichtet, für ihre Geschäftsaktivitäten in Algerien mit einem lokalen Partner oder Tochtergesellschaft, die mindestens 51 Prozent der Anteile besitzt, zusammenzuarbeiten, während der ausländische Investor laut der Regelung maximale Anteile von 49 Prozent an den Geschäften besitzen darf. Das Absterben von in der Industrie tätigen Unternehmen setzte sich trotz der staatlichen Maßnahmen bis 2010 fort, auch wenn nicht mit der gleichen Intensität wie während der 1990er Jahre. Stärkstes Anzeichen dafür war der deutliche Rückgang des Industrieanteils am gesamten BIP des Landes, der von rund 15 Prozent Mitte der achtziger Jahre auf ca. 7 Prozent Anfang 2000 und sogar auf 5,5 Prozent im Jahr 2006 sank (vgl. Benabdallah 2009: 90). Dies ist für den algerischen Wirtschaftsprofessor *Youcef Benabdallah* symptomatisch für die falsche Wirtschaftspolitik des Staates, der seinen Fokus auf die

Energiebranche legte, auf nicht produktive Wirtschaftszweige setzte und somit maßgeblich zur „Deindustrialisierung“ im Land beitrug (vgl. Martin 2003: 15). Der Privatsektor scheute auch Investitionen in der Industrie und setzte neben Investitionen in der Energiebranche hauptsächlich auf rentable Wirtschaftszweige, aus denen man schnelle und lukrative Gewinne erwartet. Dazu gehörten insbesondere Infrastrukturprojekte, der Dienstleistungssektor sowie der Gebäudebau, für die der Staat alleine zwischen 2005 und 2009 Aufträge im Wert von 150 Mrd. USD, Tendenz steigend, gegeben hatte (vgl. Benabdallah 2009: 91).

Die seit dem Jahr 2010 steigenden Renteneinnahmen und die Unterstützungsprogramme der EU ließen die Hoffnung auf ein Umdenken aufkommen, nämlich dass der Staat eine ökonomische Kurskorrektur vornehmen könnte und zur Stärkung des Industriezweiges mehr Investitionen tätigen würde. Die EU assistierte Algerien im Rahmen verschiedener Programme bei seinen Bemühungen zur Diversifizierung der Wirtschaft und zur Verbesserung des Geschäftsklimas. „L'UE y contribue, entre autres, à travers ses programmes d'assistance technique PADICA (Programme d'appui à la diversification industrielle et économique et à l'amélioration du climat des affaires) et DIVECO (Programme d'appui à la diversification de l'économie)“[310]. Das Programm PADICA sollte neben der Stärkung der Assistenzsysteme für den privaten Industriesektor auch zur Konsolidierung der gesamten Branche beitragen. „Le projet régional «Développement de clusters dans les industries culturelles et créatives du Sud de la Méditerranée», financé par l'UE et l’Agence italienne de coopération et de développement, a renforcé les capacités économiques de 13 clusters-pilotes, avec des retombées sociales mesurables“[311].

Als Folge der staatlichen Maßnahmen und der EU-Assistenz entschieden sich nach 2010 in der Tat mehrere europäische Industrieunternehmen, trotz bestehender bürokratischer Hürden, in Algerien zu investieren. Im Jahr 2013 beschloss der französische Autohersteller *Renault* in Zusammenarbeit mit lokalen Partnern ein Montagewerk in der Nähe der algerischen Stadt *Oran* zu gründen. Im Rahmen eines Joint Venture zwischen dem *Groupe Renault*, der algerischen *Société Nationale des Véhicules Industriels* (SNVI) und der *Fonds National d'Investissement* (FNI) wurde die Tochtergesellschaft *Renault Algérie Production* aus der Taufe gehoben. Gemessen an die Vorgaben des lokalen Investitionsgesetzes behielt Groupe Renault 49 Prozent der Anteile an der Produktionsstätte, während die beiden algerischen Partner sich die restlichen

[310] EU-Kommission: *„Rapport sur l'état des relations UE-Algérie dans le cadre de la PEV rénovée“*. Bericht vom 06.04.2018, Seite 6, unter: https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/rapport_sur_l27etat_des_relations_ue-algerie_2018.pdf, abgerufen am 23.09.19.
[311] Ebd.

51 Prozent teilten. Das Produktionswerk, das Ende 2014 an den Start ging, stellte die Geburtsstunde der Autoindustrie in Algerien, das als zweiter Automobilmarkt in Afrika gilt, dar. Renault Algérie Production beschäftigte durch direkte und indirekte Stellen über 2000 Personen, hatte eine Produktionskapazität von 25.000 Fahrzeugen der Marke Renault im Jahr (kann auf 75.000 erhöht werden) und arbeitete zu diesem Zweck mit über 200 lokalen und internationalen Zulieferern[312]. Bis Ende 2019 wurden insgesamt fast 235.000 Renault-Wagen am Produktionsstandort in Oran fertiggestellt.

Dem Investitionsmodell von Renault folgten weitere internationale Größen aus der Branche. Nachdem der süd-koreanische Hersteller *Hyundai* im Juni 2016 ein Montagefabrik für PKW und LKW in der algerischen Stadt *Batna* eröffnet hatte, unterzeichnete im November 2017 der führende französische Automobilkonzern *PSA Groupe* (*Group Peugeot Société Anonyme*), der u.a. die Automarken Peugeot, Citroën und Opel besitzt, ein Partnerschaftsabkommen mit drei algerischen Firmen zur Gründung einer Montagefabrik. Die Kooperation zwischen PSA und lokalen Unternehmen war das Ergebnis der bilateralen französisch-algerischen Beziehungen. Die Investition von PSA belief sich auf 100 Mio. Euro und sicherte dem Unternehmen einen Anteil von 49 Prozent am neugegründeten Joint Venture *Peugeot Citroën Production Algérie* (PCPA). Die lokalen Partner *Condor Electronics*, *Palpa Pro* und *l'Entreprise Nationale de Production de Machines-Outils* behielten ihrerseits 51 Prozent der Anteile[313].

Der Baubeginn des Montagewerks von PSA in Oran verzögerte sich aufgrund logistischer Probleme bis Juni 2019 und sollte bis Mitte 2020 dauern. Nach der Fertigstellung planen PSA und ihre Partner über eine Abfertigungsband 50.000 bis 75.000 Fahrzeuge der Marken Peugeot und Citroën für den algerischen Markt jährlich zu produzieren. Im Juli 2018 errichtete PSA in der Nähe ihres künftigen Montagewerks eine Akademie zur Ausbildung der lokalen Arbeitskräfte, die im PCPA beschäftigt werden sollen. Anlässlich des Startschusses für den Baubeginn der Produktionsstätte im Juli 2019 betonte der Leitende Vizepräsident der Region Afrika und des Nahen Ostens und Mitglied des Vorstands der PSA-Gruppe *M. Jean Christophe Quemard* die Bedeutung des algerischen Marktes und bekräftigte den Willen von PSA, ein

[312] Vgl. Alouache, Khaled: *„233.000 unités assemblées par Renault Algérie Production en 5 ans“*, Bericht vom 19.11.2019. In: Autoalgerie.com, unter: https://www.autoalgerie.com/wp/actualite/industrie-automobile/233-000-unites-assemblees-au-sein-de-renault-algerie-production/; Groupe Renault: *„Usine d'Oran (Renault Algérie Production)“*, unter: https://group.renault.com/groupe/implantations/oran-renault-algerie-production-2/; beide Links abgerufen am 22.12.2019.

[313] Vgl. L'usinenouvelle.com: *„PSA signe un partenariat en Algérie pour la création d'une usine à Oran“*. Bericht vom 12.11.2017, unter: https://www.usinenouvelle.com/article/psa-signe-un-partenariat-en-algerie-pour-la-creation-d-une-usine-a-oran.N612773, abgerufen am 22.09.2019.

wichtiger Akteur in der Entwicklung der algerischen Automobilindustrie sein zu wollen. In diesem Kontext erklärte Quemard:

„L'Algérie est un marché important pour le Groupe PSA qui est présent dans le pays depuis près d'un siècle, fort de cette longue histoire le Groupe PSA se projette à long terme: nous avons su nous montrer résilient au cours des dernières années, et sommes résolument engagés à proposer des produits répondant aux souhaits de nos fidèles clients, mais également d'être un acteur majeur du développement de la filière automobile dans le pays. Une filière créatrice de valeur, performante et pérenne"[314].

Im November 2016 unterzeichnete der Deutsche Automobilkonzern *Volkswagen* ebenfalls ein Abkommen mit dem algerischen Unternehmen *SOVAC Production S.P.A.* zur Errichtung einer lokalen Montagefabrik in der Stadt *Relizane*. Die Produktionsstätte wurde im Mai 2017 fertiggestellt und kostete ein Investitionsvolumen von insgesamt 170 Mio. Euro. SOVAC war der Mehrheitseigner und stellte auch den Geschäftsführer auf. Im Juli 2017 wurde das Werk, in dem Automarken von Volkswagen, *SEAT* und *ŠKODA* produziert werden sollen, feierlich eingeweiht. Im Montagebetrieb wurden laut Volkswagen zunächst 550 Mitarbeiter beschäftigt, wobei deren Zahl sukzessiv auf 1800 ausgebaut werden soll. Zudem soll die Montagekapazität etwa 200 PKW am Tag betragen. Volkswagen sieht in ihrem Engagement einen wichtigen Schritt, um Fuß in Algerien und in Afrika zu fassen. Bei der Eröffnung des Werks unterstrich der Vorstandsvorsitzende von Volkswagen *Herbert Diess* die Bedeutung des Joint Ventures sowohl für sein Autokonzern als auch für Algerien: „Le continent africain offre de grandes opportunités de développement pour le groupe Volkswagen. Grâce à notre nouvelle usine en Algérie, nous développons avec notre partenaire (local) SOVAC la présence des marques du groupe en Afrique du Nord. Nous apportons des technologies de pointe en Afrique, notamment avec la Golf de Volkswagen"[315]. Insgesamt legt Algerien bei der technischen Modernisierung in seinen Wirtschaftszweigen einen großen Wert auf die deutsche Technologie. Das Land war von 2013 bis 2015 „mit einem gesamten Ausfuhrwert von 3,7 Mrd. Euro nach Ägypten zweitwichtigster Zielmarkt für deutsche Produzenten von Investitionsgütern in Nordafrika" und war in dieser Phase sogar erster Abnehmer von Kraftmaschinen (293 Mio. Euro),

[314] Alouache, Khaled: *„Le Groupe PSA procède au lancement officiel du chantier de son usine algérienne"*. Artikel vom: 21.07.2019. In: Autoalgerie.com, unter: https://www.autoalgerie.com/wp/actualite/industrie-automobile/le-groupe-psa-procede-au-lancement-officiel-du-chantier-de-son-usine-algerienne/, abgerufen am 22.09.19.

[315] Le Figaro: *„Algérie: Volkswagen ouvre une usine"*. Artikel vom 27.07.2017, unter: https://www.lefigaro.fr/flash-eco/2017/07/27/97002-20170727FILWWW00391-algerie.php, abgerufen am 22.09.19.

landwirtschaftlichen Maschinen (45,8 Mio. Euro) sowie Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen (28,2 Mio. Euro) aus deutscher Produktion[316].

Neben Volkswagen ist der deutsche Automobilkonzern *Mecedes Benz* ebenfalls in Algerien in der Fahrzeugmontage tätig. Im Rahmen der deutsch-algerischen wirtschaftlichen Kooperation wurde ein Joint Venture mit den lokalen Partner *Société de Développement de l'Industrie Automobile* (Anteile von 34 Prozent) und *la Société Nationale de Véhicules Industriels* (Anteile von 17 Prozent) abgeschlossen, in dessen Folge im Oktober 2014 das Unternehmen *la Société Algérienne de Développement de Véhicules Mercedes Benz* kreiert wurde. Das Montagewerk am Standort *Aïn Bouchekif* (Departement von *Tiaret*) produzierte sowohl militärische als auch zivile (u.a. Sprinter) Fahrzeuge im Auftrag des algerischen Staates[317]. Zu diesem Zweck bildete Mercedes Benz nach eigenen Angaben algerische Arbeitskräfte nach dem deutschen Model der dualen Ausbildung aus und beschäftigte im Abfertigungsbetrieb 350 Mitarbeiter. Bis 2017 wurden in den Montagewerken von Mercedes in Algerien über 10.000 Fahrzeuge (insbesondere für Militär, Polizei und Gendarmerie) produziert. Um die neugegründeten Montagewerke zu fördern, reduzierte Algerien deutlich seine Fahrzeugimporte, und zwar von 600.000 Autos im Jahr 2012 auf weniger als 100.000 im Jahr 2016, wobei die jährliche Nachfrage nach PKWs im Land auf über 400.000 geschätzt wird, die möglichst durch im Land montierte Fahrzeuge gedeckt werden soll[318]. Trotz der verzeichneten Entwicklungen in der Autoindustrie zeigte sich das algerische Industrieministerium 2017 unzufrieden mit der geringen Integration lokaler Autozulieferer in der Beschaffungskette der Montagewerke im Land[319]. Dem algerischen Industrieministerium zufolge sollten drei Jahre nach Produktionsbeginn etwa 15 Prozent der Autoteile in Algerien hergestellt werden. Dadurch erhoffte man sich einen Techniktransfer, der künftig die Etablierung einer autonomen algerischen Autoindustrie ermöglichen sollte.

Der algerische Markt reizte auch den französischen Konzern *Alstom S.A.*, eines der wichtigsten Unternehmen im Bereich Schienentransport und Eisenbahntechnik weltweit, in der algerischen Stadt *Annaba* zu investieren. Das Ergebnis war die Gründung des Joint Ventures *CITAL* im Jahr 2011, das einer Partnerschaft von Alstom S.A. (Anteileigner von 43 Prozent) und den

[316] Germany Trade and Invest: *„Algerien setzt auf Industrialisierung"*. Bericht vom 27.03.2017, unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/algerien/algerien-setzt-auf-industrialisierung-11006, abgerufen am 23.09.2019.
[317] Vgl. Sudhorizons: *„SAFAV/Mercedes Benz de Tiaret : 10.200 véhicules produits en 3 ans"*. Bericht vom 11.10.2017, unter: https://www.sudhorizons.dz/fr/sports/119-francais/points-titres/22814-safav-mercedes-benz-de-tiaret-10-200-vehicules-produits-en-3-ans, abgerufen am 22.09.2019.
[318] Le Figaro: *„Algérie: Volkswagen ouvre une usine"*. Artikel vom 27.07.2017.
[319] Ebd.

algerischen Unternehmen *Ferrovial*, *Entreprise du Métro d'Alger* und *Alstom Algeria* vorausging. Im Mai 2015 wurde die Montage- und Wartungsfabrik von CITAL in Annaba feierlich eröffnet. Der Geschäftsbereich von CITAL umfasste den Zusammenbau von Straßenbahnen für den algerischen Markt sowie deren Wartung. „CITAL supports the industrialisation of the country and boosts the local economy"[320]. Das Joint Venture CITAL beschäftigt Landesweit Hunderte Facharbeiter, die in Algerien und Europa aus- und weitergebildet werden. Am Montagewerk wurden bis 2019 fast 150 neue Straßenbahnen fertiggestellt. Mitte 2015 vereinbarte CITAL mit der algerischen Regierung, ihre Aktivitäten auf der Entwicklung, Herstellung und Wartung von algerischen Intercity-Zügen zu erweitern. Die gute Zusammenarbeit zwischen Alstom und Algerien mündete Ende Juli 2015 in einem Vertragsabschluss zwischen Alstom und der algerischen Eisenbahngesellschaft SNTF (*Société Nationale des Transports Ferroviaires d'Algérie*) über die Lieferung von 17 Intercity-Zügen im Wert von 200 Mio. Euro. An der Produktion der Bahnen werden sechs französische Standorte beteiligt und somit Arbeitsplätze auch in Frankreich gesichert[321].

Die schwache algerische Textilindustrie profitierte ebenfalls von Investitionen dank der nach 2010 erzielten hohen Renteneinnahmen. Das Land musste während der Untersuchungsphase bis zu 96 Prozent (Stand 2016) seines Bedarfs aus der Textil- und Bekleidungsindustrie importieren. Zur Reduzierung von dieser Dependenz gingen die Staatsunternehmen *Confection et Habillement* und *Texalg* nach der Mehrheitsregel 51/49 Prozent einer strategischen Partnerschaft mit der türkischen Textilfirma *Taypa* ein. Dadurch entstand im Rahmen eines Joint Venture sowie mit einem Investitionsvolumen von 700 Mio. USD das Unternehmen *Tayal* im Departement *Relizane*. Die Bauarbeiten für das größte Textilwerk Afrikas begannen Anfang 2016 und dauerten zwei Jahre an. Neben dem Produktionswerk, das nach Wunsch des algerischen Staates insgesamt 25.000 Arbeitsplätze schaffen soll, entstanden weitere Büro- und Wohnanlagen sowie Ausbildungszentren[322]. Zur Stärkung der heimischen Textil- und

[320] Vgl. Alstom S.A.: *„CITAL inaugurates its assembly and maintenance site for Alstom Citadis trams in Annaba"*. Bericht vom 12.05.2015, unter: https://www.alstom.com/press-releases-news/2015/5/cital-inaugurates-its-assembly-and-maintenance-site-for-alstom-citadis-trams-in-annaba, abgerufen am 22.09.2019.
[321] Vgl. M'Bida, Aurélie: *„Alstom Transport remporte un contrat de 200 millions d'euros en Algérie"*. Artikel vom 29.07.2015. In: L'usinenouvelle.com, unter: https://www.usinenouvelle.com/article/alstom-transport-remporte-un-contrat-de-200-millions-d-euros-en-algerie.N343234, abgerufen am 23.09.2019.
[322] Vgl. Germany Trade and Invest: *„Algerien setzt auf Industrialisierung"*. Bericht vom 27.03.2017.

Bekleidungsindustrie wurden außerdem zwischen den Jahren 2013 und 2015 u.a. Maschinen für einen Gesamtwert von etwa 72 Mio. Euro aus Deutschland importiert.

Weitere positive Effekte wurden auch in der Pharmaindustrie verzeichnet, wo algerische Unternehmen mit staatlicher Unterstützung bei Projekten zur Herstellung von Medikamenten insbesondere mit deutschen (u.a. *Merck* und *Bayer*) und französischen (u.a. *Sanofi*) Pharmakonzerne kooperierten. In dieser Hinsicht ist beispielweise die Errichtung der wichtigsten Produktionsstätte von Sanofi in Afrika und den Nahen Osten im algerischen *Sidi Abdallah*, die Investitionen von 85 Mio. Euro erforderte, zu erwähnen. Darüber hinaus verband eine Partnerschaft Ende 2015 Merck mit dem lokalen Labor *Novapharm* und dem deutschen Pharmaunternehmen *Böhringer-Ingelheim*, die dann gemeinsam mit dem algerischen Medikamentenhersteller *Biopharm* bei der Produktion eines Bluthochdruckmittels für den lokalen Markt zusammenarbeiten[323]. Bis 2013 zählte Algerien nach Angaben des Ministeriums für industrielle Entwicklung rund 61 staatliche und private Pharmaunternehmen, die ca. 36 Prozent der im lokalen Markt gehandelten Medikamente produzierten[324]. Algerien strebte an, den Anteil der lokalen Produktion am heimischen Markt bis 2015 auf etwa 65 Prozent zu erhöhen, um die hohen Medikamentenimporte zu reduzieren. Jedoch gelang dies der Regierung nicht, da noch bis 2018 Medikamenten im Wert von durchschnittlich 2 Mrd. USD pro Jahr importiert werden mussten[325].

Die leichte positive Entwicklung in der heimischen Pharmaindustrie war besonderes der protektionistischen Politik des Staates zu verdanken, zumal die Regierung in 2008 ein Gesetz verabschiedete, das für lokal hergestellte Medikamentensorte ein Einfuhrverbot vorsah, damit eine Rationalisierung der bisher hohen Kosten von Medikamenteneinfuhren erreicht wird. Die protektionistischen Maßnahmen zum Schutz lokal produzierter Waren wurden seit 2015 auf diverse Produkte ausgeweitet. Ab 2018 ordnete Algerien Einfuhrquoten für Fahrzeuge sowie Zement und die Einfuhr von fast 900 Produkten wurde ausgesetzt[326]. Weil diese Regeln auch eine negative Wirkung für europäische Betreiber hatten, bedauerte die EU die instabile

[323] Ebd.

[324] Vgl. Agence Nationale de Développement de l'Investissement: „*Secteur de santé*“, unter: http://www.andi.dz/index.php/fr/secteur-de-sante, abgerufen am 31.12.2019.

[325] Vgl. Agence Nationale de Développement de l'Investissement: „*Secteur de santé*“; Chibani, Ali: „*Le système de santé algérien entre corruption, privatisations et charlatanisme*“. Bericht vom 23.04.2019. In: Orient XXI, unter: https://orientxxi.info/magazine/algerie-la-debacle-du-systeme-de-sante,3032, abgerufen am 31.12.2019.

[326] Vgl. Tur, Gérard: „*L'Europe constate les progrès de l'Algérie mais regrette la limitation brutale des importations*“. Artikel vom 04.05.2018. In: Econostrum, unter: https://www.econostrum.info/L-Europe-constate-les-progres-de-l-Algerie-mais-regrette-la-limitation-brutale-des-importations_a24377.html, abgerufen am 31.12.2019.

Gesetzgebung im Land und kritisierte die Schritte der algerischen Regierung. „Ces mesures sont contraires aux clauses de l'Accord d'association qui régit, entre autres, les relations commerciales entre l'UE et l'Algérie“[327]. Die zuständigen EU-Vertreter führten im Jahr 2018 mehrere Gespräche mit algerischen Amtsträgern über die Lockerung oder Aufhebung der algerischen protektionistischen Maßnahmen, jedoch ohne einen Durchbruch zu erzielen.

Obwohl Algerien nach dem Jahr 2010 einen neuen Anlauf zur Stärkung der heimischen Industrie genommen hat und mehrere ausländische Investitionen in unterschiedlichen Industriezweigen anwerben konnte, bleibt der erzielte Ertrag aus algerischer Sicht niedrig. Die algerische Industrie weist aufgrund des fehlenden Know How, der schwach qualifizierten Fachkräfte und des unzureichenden Willens der Staatsführung, strategisch im Industriesektor zu investieren, sowohl in der Tiefe als auch in der Breite deutliche Defizite auf. Die heimische Schwerindustrie war bis 2018 kaum entwickelt. Selbst die für das Land sehr wichtige Energiebranche erlebte bis zum Jahr 2016 eine schwache Entwicklung. „Trotz hoher Erdgasvorkommen ist die Petrochemie in Algerien kaum entwickelt. Sowohl beim Bau von Raffinerien als auch in der Petrochemie gab es trotz Ankündigungen großer Pläne seit Jahren kaum Fortschritte“[328]. Anfang 2017 kündigte der staatliche Energiekonzern seine Absicht, den Bau von vier Raffinerieprojekte ausschreiben zu wollen. Angesichts der seit 2015 sinkenden Erdölpreise scheinen die Pläne von SONATRACH aber vor ernsten finanziellen Herausforderungen zu stehen. Die schwache Entwicklung des Industriesektors widerspiegelte sich in seinem Anteil am BIP, der im Jahr 2017 lediglich 4,3 Prozent betrug. Die algerische Regierung strebt dennoch den Ausbau von Joint-Venture-Plänen an, damit der Industrieanteil am BIP eigenen Angaben zufolge bis zum Jahr 2020 auf über 8 Prozent angehoben werde, was angesichts der bestehenden strukturellen und bürokratischen Defizite (vor allem die Anteilsregelung von 51/49 Prozent) als unwahrscheinlich eingeschätzt werden muss.

6.1.3 Die Landwirtschaft

Der Landwirtschaftssektor stellt für die strategische und wirtschaftliche Orientierung von Staaten einen wichtigen Faktor dar, weil die Branche maßgeblich zur ländlichen Entwicklung und der Ernährungssicherheit von Nationen beiträgt. In Bezug auf Algerien wurde die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums regelmäßig von den algerischen

[327] EU-Kommission: *„Rapport sur l'état des relations UE-Algérie dans le cadre de la PEV rénovée“*. Bericht vom 06.04.2018, Seite 7.
[328] Germany Trade and Invest: *„Algerien setzt auf Industrialisierung“*. Bericht vom 27.03.2017.

Regierungen als Priorität eingestuft. Angesichts der jahrzehntelang praktizierten Planwirtschaft und der schwierigen klimatischen Bedingungen (Wüstengebiete erstrecken sich über den Großteil der Fläche Algeriens) war die Produktivität des Agrarsektors Anfang der 1990er Jahre schwach. Die Branche stand unter dem Einfluss struktureller und technischer Defizite, sodass Algerien die Mehrheit seiner konsumierten Lebensmittelprodukte importieren musste. Zudem konnte der Staat aufgrund der niedrigen Erdölerträge Anfang der 1990er Jahre weniger Investitionen im Agrarsektor tätigen. Private Investoren scheuten ihrerseits angesichts der schwachen Infrastruktur und der klimatischen Bedingungen im Land in der heimischen Landwirtschaft zu investieren. Die Verschlechterung der Lebensverhältnisse in ländlichen Gebieten befeuerte letztendlich die Binnenwanderungen in Richtung von Großstädten.

Die Nutzfläche für landwirtschaftliche Zwecke, die sich hauptsächlich über den Norden erstreckt, schrumpfte im Laufe der Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit aufgrund der Urbanisierung und den damit verbundenen Zuwachs von betonierten Flächen in der Nordhälfte des Landes, wo die stärkste Bevölkerungsdichte verzeichnet wird. Vom Süden her schritt darüber hinaus die Wüstenbildung nordwärts voran. Algerien setzt sich mit seinen 2.381.740 km² zu 85 Prozent aus Sahara (trockene und halbtrockene Gebiete) zusammen, während das Ackerland im Jahr 1995 lediglich 3,5 Prozent der Gesamtfläche (ca. 8 Mio. Hektar) betrug, wobei zu dieser Zeit nur 5 Prozent dieser Nutzfläche bewässert wurde und der Rest auf Regen angewiesen war. Zum Vergleich verfügte Deutschland 1995 über eine Agrarnutzfläche von insgesamt rund 17 Mio. Hektar (ca. 167.000 km²), was etwa 47 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands entspricht. Da Algerien mit einem gewichteten Niederschlagsindex von 241,5 Millimeter im Jahr (entspricht 241,5 Liter pro Quadratmeter) den schlechtesten Wert im Vergleich zu Marokko und Tunesien hatte, wurde eine positive Entwicklung der Landwirtschaft zu Beginn der Untersuchungsphase 1995 zusätzlich erschwert. Dennoch erreichte der Agrarsektor zunächst 1995 und 1996 aufgrund zahlreicher Regenmengen eine Wachstumsrate von 5 Prozent, beschäftigte gut ein Fünftel der aktiven Bevölkerung, trug mit einem Anteil von etwa 13 Prozent am BIP bei und sorgte für Warenexporte im Wert von 149 Mio. USD (Bédrani 2001: Abschnitte 2, 3 und 4). Außerdem wurde 1996 die für algerische Verhältnisse Rekordernte an Getreide von 4,6 Mio. Tonnen erzielt, wobei im Folgejahr angesichts der Schwankungen von Regenmengen die Getreideproduktion im Land dann auf lediglich 0,9 Mio. Tonnen zurückfiel. Bis Ende der 1990er Jahre musste Algerien generell Lebensmittel (insbesondere Getreide, Milch und Obst) in Höhe von ca. 2,7 Mrd. USD (Tendenz steigend) importieren. Damit musste der Staat rund 90 Prozent von seinem Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen importieren und war wie die meisten Entwicklungsländer nicht in der Lage, aus

eigener Kraft eine Ernährungssicherheit zumindest im Hinblick auf die Grundnahrungsmittel (z.B. Getreide) zu gewähren.

Mit der Jahrtausendwende und den damit zusammenhängenden Anstieg von Energiepreisen rückte der Landwirtschaftssektor im Fokus der algerischen Staatsführung, die im Sinne einer Diversifizierung der Wirtschaft und der Reduzierung von Lebensmittelimporte eine Serie von Reformen und Maßnahmen zur Entwicklung der Branche und letztendlich zur Verbesserung der nationalen Ernährungssicherheit verabschiedete. Anfang 2000 beschloss die Regierung den *Plan National de Développement de l'Agriculture* (PNDA). Dieses Programm zielte darauf ab, die Nutzung von Ackerland, das sich im Besitz des Staates befindet, im Rahmen von Konzessionsverträgen mit Investoren zu fördern, Erzeugern technische Hilfe zur Verfügung zu stellen und Landwirte durch den *Fonds National de Développement et de Régulation Agricole* (FNDRA) finanziell zu unterstützen[329]. Zusätzlich sollten Zwecks einer Verbesserung und Steigerung der Produktivität die in der Landwirtschaft angewendeten Systeme angepasst werden. Im Jahr 2002 verabschiedete Algerien angesichts der steigenden Renteneinnahmen den *Plan National de Développement Agricole et Rural* (PNDAR), der parallel zur Steigerung der Leistungsfähigkeit vom Agrarsektor eine lokale ländliche Entwicklung vorsah. Insgesamt bezuschusste der Staat die heimische Landwirtschaft zwischen 2001 und 2004 mit etwa 850 Mio. USD (Martin 2003: 10).

Basierend auf den Lehren sowie gewonnenen Erfahrung aus den Programmen PNDA und PNDAR arbeitete Algerien im Jahr 2004 eine ambitionierte und umfassende Strategie zur ländlichen Entwicklung aus, die bis zum Jahr 2013 den Rahmen und die Modalitäten für die Wiederbelebung ländlicher Gebiete anstrebte und in dem die Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor gebündelt werden sollte. Zudem sollte die Grundlage für eine lokale, sektorenübergreifende Integration der Lebensmittelindustrie und landwirtschaftlichen Aktivitäten in ländlichen Gebieten gelegt werden, um eine nachhaltige Entwicklung und eine Sicherung der Arbeitsplätze vor Ort zu ermöglichen. In diesem Kontext wurde im Jahr 2009 das *Programme de Développement Rural* (Programm für ländliche Entwicklung) gestartet. Ein Jahr später beschloss die algerische Regierung ein Gesetz, das die Bedingungen für die Nutzung der im Staatsbesitz befindlichen Agrarflächen lockert und die Pacht Letzterer für Privatinvestoren für ein langfristiges Nutzungsrecht von bis zu 40 Jahren (inklusiv mögliche

[329] Vgl. Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„Algérie"*. In: Le rapport annuel sur les Perspectives économiques en Afrique. Bericht von 2003, Seite 78, unter: https://www.oecd.org/fr/pays/algerie/2497118.pdf, abgerufen am 21.09.19.

Verlängerung) ermöglicht (vgl. Bessaoud 2019: 26). Durch die neue Gesetzeslage sollte ebenfalls der Weg für ein Public-Private-Partnership geebnet werden.

Die staatlichen Bemühungen im Agrarsektor wurden durch weitere Maßnahmen und Projekten von internationalen Institutionen sowie Partnerschaften u.a. mit der EU ergänzt. Die *Weltbank* und das *International Fund for Agricultural Development* finanzierten beispielsweise im Laufe der 2000er Jahre mehrere Projekte zur Qualifizierung und Förderung von Arbeitern in ländlichen Bergregionen. Das Ziel lag darin, Fachkräfte auszubilden, um u.a. gegen Bodenerosion zu kämpfen, Hochwasserschutzstrukturen aufzubauen, die Aufforstung voranzutreiben, eine ressourcenorientierte Wassernutzung von Menschen und Tiere zu gewährleisten sowie heimische Landwirte im Hinblick auf die klimatischen Bedingungen bei der Auswahl vom passenden Saatgut zu unterstützen[330]. Darüber hinaus wurden Gelder in Programme gesteckt, die eine Entwicklung und Förderung von Kleinstunternehmen in ländlichen Gebieten durch die Schaffung von lokalen Finanzdienstleister ermöglichen sollen. Die *Afrikanische Entwicklungsbank* und die *Food and Agriculture Organization* (FAO) leisteten ihrerseits Algerien finanziellen, beratenden und technischen Beistand für die kurz- und mittelfristige Entwicklung des ländlichen Raums sowie des Agrarsektors.

Die ergriffenen Maßnahmen im Rahmen von PNDA und PNDAR sowie die Zunahme öffentlicher Investitionen führten zu einer Verbesserung der Situation im Agrarsektor. Die staatlichen Investitionen in der Landwirtschaft stiegen von durchschnittlichen 450 Mio. USD pro Jahr im Laufe der 2000er Jahre auf jährlich gut 2,5 Mrd. USD für die Zeit von 2010 bis 2014, bevor sie angesichts des Preisverfalls von Erdöl seit 2015 auf durchschnittlich 1,2 Mrd. USD im Jahr schrumpften (vgl. Bessaoud 2019: 21). Algerien hat in der Untersuchungsphase insbesondere die Einführung und Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen und Techniken, die das Land aus Deutschland und anderen EU-Staaten importierte, gefördert. Infolgedessen wurde bereits im Jahr 2001 ein Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion von 18,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet und die Agrarbranche wurde im Rahmen der staatlichen Sanierungspolitik im Laufe der 2000er Jahre an zweiter Stelle der Prioritätenliste gesetzt (vgl. Martin 2003: 10f; Bessaoud 2019: 26).

Die Produktivität des algerischen Agrarsektors hat sich während des Untersuchungszeitraums verdreifacht und stieg von durchschnittlich 2,9 Prozent für die Periode zwischen 1990 und 2000

[330] Food and Agriculture Organization of the United Nations: *„Algérie. Appui à la mise en œuvre du NEPAD–PDDAA*". Bericht von September 2006, Seite 8, unter: http://www.fao.org/3/aH205f/aH205f00.pdf, abgerufen am 224.09.19.

auf 9,2 Prozent für die Zeit zwischen 2008 und 2013 an. Aufgrund von Wasserknappheit sowie der häufigen Dürreperioden im Land errichtete Algerien von 1990 bis 2016 etwa 56 neue Staudämme, die die Speicherkapazität des Landes von etwa 3,3 Mrd. m³ (1990) auf über 12 Mrd. m³ im Jahr 2016 erhöht hatten. Davon profitierte insbesondere der Agrarsektor, der die Hälfte der gespeicherten Wasserressourcen verwendete. Demzufolge erhöhte sich im Land die für landwirtschaftliche Zwecke bewässerte Nutzfläche von 5 Prozent im Jahr 1995 auf mehr als 15 Prozent im Jahr 2017. Auf 40 Prozent dieser Nutzfläche wurde der Getreideanbau betrieben. Die Tabelle 8 zeigt die jährliche durchschnittliche Evolution der Agrarproduktion von einzelnen Produkten zwischen den Perioden von 1995 bis 1999 und 2011 bis 2015.

Tabelle 8: Die durchschnittliche jährliche Entwicklung von landwirtschaftlichen Produkten in Algerien (in Tonnen)

Produkte (in Tonnen)	1995 bis 1999	2011 bis 2015	Wachstum in Prozent
Getreide	2.590.044	4.196.602	62%
Hülsenfrüchte	44.338	88.008	98%
Gemüse	2.113.454	11.321.378	436%
Kartoffel	1.078.757	4.436.260	311%
Trauben	203.600	509.827	150%
Zitrusfrüchten	432.650	1.202.486	178%
Oliven	217.100	547.984	152%
Datteln	365.600	857.441	135%
Milch (in Liter)	1.583.500.000	3.700.000.000	134%

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten von Bessaoud 2019: 30 und vom Ministère de l'Agriculture et du Développement Rural (Algérie): „*Statistiques Agricoles*“, unter: http://madrp.gov.dz/agriculture/statistiques-agricoles/, abgerufen am 16.09.2019.

Die Investitionen im Landwirtschaftssektor umfassten auch die Lebensmittelindustrie, die ebenfalls während der Untersuchungsphase ein deutliches Wachstum erlebte. Die Branche liegt zu ungefähr 80 Prozent in privater Hand, beschäftigt ca. 150.000 Menschen (wichtigster Arbeitgeber im Industriebereich) und trägt zu ca. 55 Prozent am Industrie-BIP (ohne Petrochemie) bei. Die Hauptbetreiber in der Lebensmittelindustrie operieren in erster Linie in der Getreideverarbeitung, in der Herstellung von Milchprodukten sowie in der Fertigstellung von Getränkewaren. Diese Bereiche zählen zu den weit entwickelten Segmenten des Industriesektors. Die Lebensmittelbranche weist trotzdem Defizite auf und deckt in qualitativer und quantitativer Hinsicht wenige Marktsegmente ab. Dies liegt besonders an der „dépendance vis-à-vis des marchés extérieurs, une proximité trop faible avec l'amont agricole national et un déficit dans le processus de valorisation de produits locaux“ (Bessaoud 2019: 19). Darüber hinaus leidet die Lebensmittelindustrie an den schwachen Vertriebsstrukturen im Land, die

durch unzureichende Kapazitäten bei Kühllagerung sowie -transport angefacht wird und somit eine frische Belieferung und die Verbreitung von Tiefkühlkost beeinträchtigen[331].

Im Rahmen des seit 2009 gestarteten Programms für ländliche Entwicklung wurden bis 2018 über 12.000 Projekte auf lokaler Ebene umgesetzt, die 1.127.469 ländlichen Haushalten zugutekamen, was einer Bevölkerungszahl von 6.390.000 entspricht und damit mehr als der Hälfte (54,5 Prozent) der Landbevölkerung (vgl. Bessaoud 2019: 30). Die Projekte erstreckten sich landesweit auf etwa 10.700 Ortschaften in 1.439 Gemeinden (2/3 der algerischen Gemeinden). Im Jahr 2015 folgte der Plan *FILAHA* (arabisches Wort für Landwirtschaft), der bis zum Jahr 2020 die Lebensmittelimporte des Landes um bis zu 2 Mrd. USD pro Jahr reduzieren sollte. FILAHA zielt u.a. darauf ab, Landwirtschaftsmodelle auf der Grundlage eines intensiven Produktionssystems mit Kapazitäten zur Lagerung, Qualitätsverbesserung sowie Verarbeitung von Agrarprodukten zu schaffen (vgl. Bessaoud 2019: 27). Ferner sieht er die Gründung von landesweit 350 großen Farmen vor, die möglichst im Rahmen von Public-Private-Partnership verpachtet werden und letztendlich als Plattform für sektorenübergreifende landwirtschaftliche Aktivitäten dienen sollen. Im Jahr 2017 trug der Landwirtschaftssektor mit einem Anteil von 12,2 Prozent am nationalen BIP bei.

In Bezug auf das AA zwischen Algerien und der EU, das eine schrittweise und gegenseitige Marktöffnung für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf der Grundlage von Zollquoten, also eine zollfreie bzw. Zollreduzierung für die Einführung bestimmter Güterkontingente, vorsah, bat Algerien im Jahr 2012 um eine Überarbeitung des AA, weil es aus Sicht der Staatsführung die algerischen Erwartungen nicht erfülle (vgl. Bessaoud: 2019: 52). Von daher wurde die vollständige Umsetzung der Vereinbarungen vom AA in Bezug auf Agrarprodukte auf Wunsch Algeriens vorerst vom Jahr 2017 auf 2020 verschoben. Zudem wurden Zollbestimmungen für mehr als 40 Agrarerzeugnisse revidiert. In dieser Hinsicht führte Algerien bis zum Jahr 2018 u.a. vier Zollstufen ein, die die Verhängung von bis zu 60 Prozent Einfuhrgebühren vorsahen. Der Beschluss dieser Zollvorgaben wurde von EU-Seite kritisiert, da dies mit dem AA nicht vereinbar sei und negative Effekte auf EU-Betreiber haben würde[332]. Diese Problematik wurde auf Fachebene mit der algerischen Regierung thematisiert.

[331] Vgl. Germany Trade and Invest: *„Ziel der algerischen Regierung ist Agrarimporte größtenteils zu substituieren"*. Bericht vom 17.01.2018, unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/algerien/ziel-der-algerischen-regierung-ist-agrarimporte-groesstenteils-14826, abgerufen am 24.09.19.

[332] Vgl. EU-Kommission: *„Rapport sur l'état des relations UE-Algérie dans le cadre de la PEV rénovée"*. Bericht vom 06.04.2018, Seite 6f.

Im Rahmen des AA unterstütze die EU sowohl die qualitative als auch die quantitative Modernisierung sowie Produktion der algerischen Landwirtschaft mit dem Ziel, den gemeinsamen Export von Agrarerzeugnissen zu fördern und gleichzeitig einen allgemeinen Rahmen für eine nachhaltige landwirtschaftliche Entwicklung zu etablieren[333]. Die EU war während der Untersuchungsphase Algeriens wichtigster Lieferant von Agrarprodukten und ebenfalls wichtigster Absatzmarkt für algerische landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die Produkte beider Seiten (u.a. europäische Getreide) profitierten im Rahmen des AA von einem Marktzugang zu besseren Konditionen. Der Anteil der EU-Staaten an den algerischen Agrarimporten sank im Laufe der 2000er Jahre aufgrund der internationalen Konkurrenz von 52 Prozent im Jahr 2001 auf 39 Prozent in 2010 und ging in 2017 sogar auf 31 Prozent zurück, (vgl. Bessaoud 2009: 57). Der Wert der EU-Agrarexporte nach Algerien betrug 2017 knapp 3 Mrd. USD. Die EU blieb während der Untersuchungsphase insgesamt Algeriens wichtigster Handelspartner. Im Jahr 2017 importierte das Land aus den EU-Staaten Waren im Wert von 18,8 Mrd. Euro und exportierte in Richtung der EU gleichzeitig Produkte in Höhe von 18,6 Mrd. Euro. Bezogen auf die einzelnen EU-Mitglieder war Frankreich im Jahr 2019 mit einem Exportwert von 4,98 Mrd. Euro und einem Marktanteil von 8,7 Prozent Algeriens zweitwichtigster Handelspartner (hinter China mit einem Marktanteil von 19,8 Prozent) vor Italien (7,8 Prozent) und Deutschland (7 Prozent)[334]. Der Anteil von Agrarerzeugnissen an den gesamten algerischen Exporten blieb im Untersuchungszeitraum schwach und variierte beispielsweise von 0,15 Prozent im Jahr 2001 und 1 Prozent in 2017. In Tabelle 9 werden die algerischen Importe und Exporte von landwirtschaftlichen Produkten gemessen an der Gesamtheit der Einfuhren und Ausfuhren des Landes skizziert.

[333] Vgl. EU-Kommission: *„Rapport sur l'état des relations UE-Algérie dans le cadre de la PEV rénovée"*. Bericht vom 06.04.2018, Seite 7.

[334] Vgl. Ministère de l'Europe et des Affaires Étrangères (France): *„Algérie. Relations bilatérales"*, unter: https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/dossiers-pays/algerie/relations-bilaterales/, abgerufen am 21.09.19.

Tabelle 9: Der Anteil landwirtschaftlicher Erzeugnisse an den algerischen Gesamteinfuhren und -ausfuhren (in Mrd. USD und in Prozent)

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Wert der Gesamtimporte	9,95	12,01	13,55	18,3	20,36	21,46	27,63	39,47	39,26	41	47,22	50,37	54,91	58,62	51,8
Importwert der Agrarprodukte	2,62	3,04	3,06	4,03	3,96	4,15	5,52	8,51	6,46	6,75	10,84	10,08	10,56	11.88	10.08
Prozentanteil der Agrarprodukte	26	25	23	22	19	19	20	22	16	16	23	20	19	20	19
Wert der Gesamtexporte	19,15	18,83	24,65	32,08	46	54,61	60,16	79,3	45,19	57,05	73,44	71,86	66	60,39	34,79
Exportwert der Agrarprodukte	0,03	0,04	0,05	0,06	0,07	0.08	0,09	0.13	0,12	0,32	0,36	0,32	0,40	0,32	0,24
Prozentanteil der Agrarprodukte	0,15	0,23	0,21	0,19	0,15	0,16	0,16	0,16	0,26	0,56	0,49	0,45	0,61	0,54	0,68

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten von: Bessaoud 2019: 78f.

Obwohl Algerien seinen Bedarf beispielweise an Geflügel und Eier bis zum Jahr 2010 aus eigener Kraft decken und bei anderen landwirtschaftlichen Produkten (z.B. Kartoffeln) sogar einen Überschuss erzielen und exportieren konnte, musste das Land bis 2017 weiterhin „mehr als 50 Prozent seines Getreides, 50 Prozent des Milchbedarfs und 30 Prozent des Rindfleischs importieren“[335]. Der algerischen Landwirtschaft mangelte es bis 2017 u.a. aufgrund der chronischen Wasserknappheit im Land, der schwachen Produktivität und der hohen Produktionskosten an einer langfristigeren Planung und ressourcenorientierteren staatlichen Agrarpolitik. „Le rôle de l’agriculture, dans la construction d’une économie de marché qui se veut compétitive, a toujours été de produire des biens alimentaires aux coûts les plus bas possibles“ (Bédrani 1995: 89). Wenn aber der Staat z.B. zwischen 1995 und 2015 die Preise einiger Düngemittel um bis zu 2.100 Prozent anhebt, dann wäre es laut Benyoucef in Anlehnung an das Zitat von Bédrani berechtigt zu fragen, ob die Agrarpolitik strategisch gesehen im Sinne der Landwirte und der Entwicklung der Branche im Land wäre (vgl. Benyoucef 2016: 21).

Algerien ist zur Abdeckung seines Lebensmittelkonsums insgesamt von Agrareinfuhren aus dem Ausland stark abhängig und muss dementsprechend, trotz der verzeichneten Fortschritte des heimischen Agrarsektors, immer noch über 70 Prozent (stand 2019) seines Bedarfs an landwirtschaftlichen Gütern importieren (Vgl. Bessaoud 2019: 8f, 60f; Benyoucef 2016: 10,

[335] Vgl. Germany Trade and Invest: *„Ziel der algerischen Regierung ist Agrarimporte größtenteils zu substituieren“*.

13; Benabdallah 2019[336]). Algerien gehört zu den weltweit größten Weizenimporteuren und liegt diesbezüglich auf internationaler Ebene an zweiter Stelle hinter Ägypten (Stand von 2020). Die Agrareinfuhren (inklusive Fischprodukte) des Landes beliefen sich im Jahr 2017 auf fast 10 Mrd. USD (20 Prozent der Gesamtimporte) und belasten angesichts der instabilen Energiepreise (Hauptexportgut des Landes) die Staatskasse. Die algerische Handelsbilanz wies im Jahr 2017 ein Defizit von 10,8 Mrd. USD auf, wobei über 9 Mrd. USD davon dem Handelsdefizit des Landwirtschaftssektors zuzuschreiben sind (vgl. Bessaoud 2019: 78f.). Angesichts dieser Konstellation könnten künftig die Geldreserven des Landes unter Druck geraten und letztendlich die Handlungsfähigkeit der algerischen Staatsführung im Wirtschaftsbereich einschränken. Bisher haben die algerischen Regierungen während der Untersuchungsphase einige Lebensmittelprodukte, insbesondere Brot, Milch, Zucker und Speiseöle subventioniert, um die Kaufkraft der Konsumenten zu stützen. „Ces subventions maintiennent la sécurité alimentaire de très nombreux ménages de condition modeste tout en contribuant à la stabilité sociale et politique du pays" (Bessaoud 2019: 39).

Die algerische Agrarbranche litt während des Untersuchungszeitraumes, symptomatisch wie die gesamte algerische Wirtschaft, an strukturellen, technischen und bürokratischen Hürden (Benyoucef 2016: 29; Benabdallah 2019[337]). Den Programmen der Staatsführung fehlten Zielstrebigkeit, effektive Projektplanung und klare Rechtsgrundlage (vgl. Bessaoud 2019: 23ff, 51; Benyoucef 2016: 29; Martin 2003: 15f; Benabdallah 2019[338]). Dementsprechend blieb die gesamte sozio-ökonomische Entwicklung im Land von 1995 bis Mitte 2020 von den Einnahmen aus den Energieexporten, die auch 2017 für fast 96 Prozent der algerischen Ausfuhren sorgten, abhängig. Die angestrebte und benötigte Diversifizierung der Wirtschaft schritt trotz der zeitweise hohen Renteneinnahmen nur langsam voran. Diese Problematik scheint daher mehr mit der Politikgestaltung im Land zusammenzuhängen als mit finanziellen Ressourcen. Angesichts der niedrigen Rate lokal produzierter Nahrungsmittel und der wachsenden Bevölkerungszahl waren in den letzten Jahren in Algerien Stimmen laut geworden, die eine gründliche Reformierung des Agrarsektors fordern, da das Land ansonsten in Bezug auf die Gewährung von Lebensmittelsicherheit auf eine ungewisse Zukunft zusteuern würde (vgl. Benyoucef 2016: 29). Makro-ökonomisch gesehen wurde im Jahr 2017 betreffend die

[336] Benali, Arezki: *„Youcef Benabdellah, Pr. en économie: «La ration alimentaire consommée par l'Algérien est importée à hauteur de 70%»"*. Artikel vom 08.07.2019. In: Algerie Eco, unter: https://www.algerie-eco.com/2019/07/08/youcef-benabdellah-pr-en-economie-la-ration-alimentaire-consommee-par-lalgerien-est-importee-a-hauteur-de-70/, abgerufen am 24.09.2019.
[337] Ebd.
[338] Ebd.

gesamte wirtschaftliche Situation in Algerien insgesamt ein BIP von etwa 142 Mrd. Euro erwirtschaftet. Im Vergleich dazu wurde im selben Jahr in Deutschland ein BIP von 3.26 Billionen Euro und in Frankreich ein BIP von 2.59 Billionen Euro erreicht, obwohl beide Länder kaum über Energievorkommen verfügen.

Die protektionistische Politik Algeriens in Verbindung mit der 51 Prozent-Regelung, die ausländischen Investoren zur Kooperation mit einem lokalen Partner verpflichtet und selbst nur über höchstens 49 Prozent der Anteile zu verfügen, schaden dem Geschäftsklima im Land und erschweren das Anwerben von ausländischem Kapital. Im Ease of Doing Business Rankings der Weltbank landete das Land von 2010 bis 2019 auf den hinteren Rängen (Platz 143 im Jahr 2010 und 157 im Jahr 2019 von etwa 190 bewerteten Länder)[339]. Auf dem Index of Economic Freedom der Heritage Foundation wird Algerien im Jahr 2020 aufgrund eines aggressiven Protektionismus in der niedrigsten Kategorie „Repressed" aufgeführt[340]. Demnach belegte Algerien Platz 169 (von 180 untersuchten Staaten) und war damit in der MENA-Region letzter unter den 14 bewerteten Ländern[341].

6.2 Die Wirtschaftsliberalisierung in Tunesien

Die ökonomische Lage im flächenmäßig kleinsten Land Nordafrikas bewegte sich vor 1995, trotz der Umsetzung einer im arabischen Vergleich relativ liberalen Wirtschaftspolitik, zwischen Aufschwung und Instabilität. „Bereits zu Beginn der siebziger Jahre wurden die Staatsregulierung zurückgefahren, Investitionsanreize für exportorientierte Industrien geschaffen, der Tourismussektor zum streckenweise wichtigsten Devisenbringer ausgebaut und ausländische Investoren ins Land geholt" (Jacobs 2003: 164). In der Folge wurde eine positive Tendenz in der Wirtschaft beobachtet und ein Anstieg der Produktion in mehreren Branchen festgestellt. Anfang der achtziger Jahre erfasste Tunesien dann, wie seine Nachbarn Algerien, Ägypten und Marokko, eine Wirtschaftskrise. Das Land verfügte im Vergleich zu Libyen oder Algerien über deutlich geringere Reserven an Erdöl- und Erdgas, die dem Staat zwar Deviseneinnahmen bescherten, jedoch ohne die sozio-ökonomische Lage der wachsenden tunesischen Bevölkerung entscheidend zu verbessern (vgl. Jacobs 2003: 161). Angesichts der

[339] Vgl. The World Bank: *„Ease of Doing Business rankings"*, unter: https://www.doingbusiness.org/en/rankings, abgerufen am 10.01.2020.

[340] Vgl. The Heritage Foundation: *„2020 Index of Economic Freedom. Country Rankings"*, unter: https://www.heritage.org/index/ranking, abgerufen am 10.06.2020.

[341] Vgl. The Heritage Foundation: *„2020 Index of Economic Freedom. Algeria"*, unter: https://www.heritage.org/index/country/algeria, abgerufen am 10.06.2020.

schlechten ökonomischen Aussichten während der 1980er und Anfang der 1990er Jahre fand ein beachtlicher Teil der Tunesier in der Landwirtschaft, trotz deren Abhängigkeit von klimatischen Bedingungen, eine gute Chance um der Arbeitslosigkeit zu entgehen und eine Existenzgrundlage zu sichern.

Infolge der Zuspitzung der politischen und wirtschaftlichen Krisen seit Mitte der 1980er Jahren beschloss die Staatsführung mit der Weltbank und dem IWF eine Vereinbarung zur Umsetzung eines Strukturanpassungsprogramms (Plan d'Ajustement Structurel), das die Wirtschaft kurz und mittelfristig ankurbeln sollte. Dabei verpflichtete sich das Land u.a. zu einer weiteren Marktöffnung, zur Reduzierung staatlicher Subventionen für Importe sowie zur Umsetzung einer strengen Sparpolitik. In der Folgezeit wurden weitere Investitionsanreize durch die Staatsführung für ausländische Investoren bereitgestellt und ein Wirtschaftswachstum konnte registriert werden. Die Exporte nahmen Anfang der 1990ern jährlich um 5,1 Prozent zu, das BIP stieg um 4,6 Prozent, die Inflationsrate sank bis 1994 auf 4,7 Prozent und das Haushaltsdefizit ging bis zum Jahr 1994 auf 2,6 Prozent des BIP (lag 1986 bei 3,8 Prozent des BIP) zurück (vgl. Chaker 1997: 152; Abbate 2002: 17). „In wichtigen Bereichen wie der Privatisierung von Staatsbetrieben und der Einführung einer unabhängigen Geld- und Kreditpolitik wurden aber kaum Fortschritte erzielt“ (Jacobs 2003: 165).

Im Juli 1995 unterzeichnete Tunesien als erstes arabisches MDL ein AA mit der EU, das nach einem fast drei jährigen Ratifizierungsverfahren im März 1998 in Kraft trat. Darin bekräftigte die EU u.a. ihren Willen dazu, Tunesien bei der wirtschaftlichen Entwicklung sowie bei den Reformbemühungen zur Liberalisierung des Marktes zu unterstützen. In dieser Hinsicht fing der nordafrikanische Staat bereits 1995 damit an, seine Markstrukturen anzupassen und die heimischen Wirtschaftszweige auf die Herausforderungen der EMP vorzubereiten. Das AA zwischen beiden Seiten sah bis zum Jahr 2008 die schrittweise Aufhebung von Zöllen für bestimmte Produkte sowie die Schaffung einer Freihandelszone für Industriegüter vor. „Die Beseitigung der Zölle gemäß dem Abkommen wurde 2008 abgeschlossen und hat zur Schaffung einer Freihandelszone geführt – der ersten zwischen der EU und einem Partner aus dem Mittelmeerraum“[342]. Die Freihandelszone sah allerdings weiterhin Zollkontingente insbesondere für landwirtschaftliche Erzeugnisse und einige Industriegüter vor. Das AA zielte außerdem darauf ab, das Investitionsklima für einen besseren Marktzugangs zu fördern.

[342] Vgl. Europäische Kommission: *„Beziehungen EU-Tunesien“*. Bericht vom 10.05.2017, unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEMO_17_1263, abgerufen am 26.09.2019.

Zur Reduzierung möglicher Wettbewerbsnachteile für heimische Unternehmen vor Eintritt der Freihandelszone soll in diesem Hinblick betont werden, „que les entreprises industrielles tunisiennes ont bénéficié de mesures d'accompagnement et de mise à niveau, au titre du programme MEDA (1995-2006) et de l'instrument européen de Voisinage et de Partenariat (à partir de 2007)"[343]. Die EU-Unterstützungsmaßnahmen waren sowohl materieller (Maschinen und Ausrüstung) als auch immaterieller (Schulungen bzw. Fortbildungen für Personal und Software) Natur. Bis 2016 profitierten etwa 3.500 tunesische Unternehmen von diesen Programmen, um ihre Struktur und die Qualität ihrer Produktion zu verbessern und die Konkurrenzfähigkeit gegenüber europäischen Firmen zu steigern.

Die tunesische Wirtschaft wies bis Mitte der 1990er Jahre insgesamt ein positives Ergebnis. Diese Entwicklung war insbesondere den Sektoren Tourismus, Energie, Textil- und Elektroindustrie zu verdanken. „Das reale Wirtschaftswachstum und allgemein die positiven Eckdaten der gesamtwirtschaftlichen Bilanz waren allerdings im Wesentlichen konjunkturbedingt und nur zum geringen Teil auf die neue Wirtschaftspolitik und das Strukturanpassungsprogramm zurückzuführen" (Jacobs 2003: 165). Der Abschluss des Barcelona-Prozesses 1995 und das Inkrafttreten des AA 1998 beschleunigten die Marktöffnung Tunesiens und gaben einen Schub an die gesamtwirtschaftliche Lage des Landes (vgl. Abbate 2002: 20f, 26f.). Tunesien verabschiedete mehrere Reformen zur Konsolidierung der Richtlinien einer offenen Marktwirtschaft und war dementsprechend seinem regionalen Umfeld im arabischen und afrikanischen Raum mehrere Schritte im Voraus. Im Folgenden wird die Entwicklung der tunesischen Wirtschaft gemessen an den für das Land wichtigen Sektoren Energie und Bergbau, Industrie, Tourismus und Landwirtschaft analysiert.

6.2.1 Die Energie- und Bergbaubranche

Tunesien verfügt in Bezug auf Bodenschätzen im Vergleich zu Algerien über bescheidene Vorkommen. Dennoch spielte die Energiebranche von den 1970er bis in den 1990er Jahren eine wichtige Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und absorbierte bis 2000 etwa 80 Prozent der ausländischen Investitionen. Der Anteil des Sektors am BIP ging allerdings kontinuierlich zurück, und zwar von durchschnittlichen 13 Prozent (bis 1982) auf 11,5 Prozent

[343] Accord de Libre Échange Complet et Approfondi: *„Relation Tunisie / UE. Les relations entre la Tunisie et l'Union Européenne"*, unter: http://www.aleca.tn/decouvrir-l-aleca/relation-tunisie-ue/, abgerufen am 26.09.2016.

(bis 1986) und betrug Anfang der 1990er Jahre nur noch 8 Prozent[344]. Dieser Rückgang widerspiegelte sich auch in den Erdölexporten des Landes, die im Jahr 1973 noch ca. 22 Prozent der Gesamtausfuhren präsentierten und Anfang der 1990er Jahre auf einen Anteil von 6 Prozent sanken. Die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft, welche noch bis 1986 für die Bereitstellung eines Viertels des Staatsbudgets verantwortlich waren, verringerten sich ebenfalls und deckten bis 1995 lediglich weniger als 14 Prozent des Staatshaushaltes. In den Folgejahren wechselte Tunesien angesichts des Bevölkerungszuwachses und den damit verbundenen Anstieg des Energieverbrauchs im Land von einem Erdgas- und Erdölexporteur zu einem Importeur fossiler Energieträger. Die Erdölproduktion verzeichnete zudem zwischen 1995 und 2006 aufgrund niedriger Investitionen einen durchschnittlichen jährlichen Rückgang von 3,3 Prozent, der sich zwischen 2007 und 2016 sogar auf jährlich 9 Prozent vergrößerte (vgl. Chebil 2017: 8).

Mithilfe der *Trans-Mediterranean Natural Gas Pipeline* (im Jahr 2000 in *Enrico Mattei Gasline* umbenannt), die algerisches Erdgas nach Italien und andere europäische Staaten über tunesisches Territorium und dann über eine Unterseeleitung zwischen Tunesien und Europa transportiert, konnte das Land ein Teil seines Erdgasbedarfs decken bzw. seine Energieimporte minimieren. Als Transitland profitierte Tunesien z.B. bis 2008 von mindestens 600 Mio. USD Transitgebühren pro Jahr, die dem Land sowohl in Form von Devisen als auch von Erdgas im Rahmen dieser Kooperation zugestanden wurden (vgl. Ahmed-Ouamar 2008: 3). Außerdem entstanden im Zusammenhang mit dem Bau, Betrieb, Erweiterung und Wartung der Pipeline zahlreiche Arbeitsplätze in Tunesien. Gleichzeitig trägt das Land durch seine Beteiligung an der Enrico Mattei Gasline im Kontext der EMP an der Energiesicherheit Europas bei.

Die Dependenz Tunesiens von den Erdöl- und Erdgaseinfuhren nahm im Laufe der 2000er Jahre zu und die Energiekosten belasteten die Staatskasse. Das Energiedefizit im Land wuchs von 2001 bis 2010 jährlich um durchschnittlich 5,8 Prozent an und setzte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung unter Druck (vgl. Chebil 2017: 5f.). In der gleichen Phase wurde zwar ein stetiges Wachstum in der nationalen Erdgasproduktion registriert, eine Kompensation zur gesunkenen Erdölförderung konnte dadurch allerdings nicht erzielt werden. Die Regierung beschloss daher bis 2005 ein Bündel von Maßnahmen zur Wiederbelebung des Energiesektors, in dem man zwecks Erschließung sowie Exploration neuer Erdöl- und Erdgasfelder u.a. neue Suchgenehmigungen erteilte und Anreize für Investoren schuf. Durch

[344] Vgl. Banque Africaine de Développement: *„Tunisie. Rapport d´achèvement. Projet d èlectrification rurale. Èlectricitè IV*". Département infrastructure et industrie, Region Nord. Bericht vom Juni 1995, unter: https://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Project-and-Operations/ADB-BD-IF-96-25-FR-SCANNEDIMAGE.030.PDF, abgerufen am 27.09.19.

diese neue Strategie erhoffte sich die Staatsführung vor allem eine Erhöhung der heimischen Produktion, um die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren. Obwohl in der Branche deutlich weniger Menschen beschäftigt waren (zusammen mit dem Bergbausektor fast 2 Prozent der aktiven Bevölkerung) als beispielweise in der Industrie oder Landwirtschaft, bekam der Energiebereich in den 2000er Jahren eine besondere staatliche Aufmerksamkeit aufgrund des steigenden Energieverbrauchs und der entsprechenden Importe, die die Last auf den Staatshaushalt verstärkten.

Die vorgenannten getroffenen Maßnahmen lockten in der Folgezeit mehrere ausländische und überwiegend europäische Investoren ins Land. Auf dem tunesischen Energiesektor entfielen dann allein zwischen 2006 und 2010 etwas mehr als 60 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen. Nach der Erteilung mehrerer Explorationsgenehmigungen im Jahr 2005 begann die Rohölförderung von einem neuen Feld, das eine tägliche Förderkapazität von 19.500 Barrel hatte, was etwa 8 Prozent der nationalen Produktionsmenge entsprach[345]. Was Erdgas anbelangt, investierte das englische Unternehmen *British Gas*, der bis dahin wichtigste ausländische Investor im Land, im Jahr 2005 rund 160 Millionen USD in einem neuen 1.500 Tonnen-Kompressor, um die Erdgasproduktion des Konzerns am Golf von *Gabes* von etwa 1,8 auf ca. 2,1 Mrd. Kubikmeter pro Jahr aufzustocken[346].

Die wachsende Abhängigkeit von Energieimporten und deren Einfluss auf der Gesamtwirtschaftslage sollte aus staatlicher Sicht nicht länger hingenommen werden. So verabschiedete die Staatsführung im September 2004 eine Reform, die ein Umdenken in Richtung einer ressourcenorientierten Nutzung von Energie bzw. Energiequellen herbeiführen sollte in der Hoffnung, durch erlassene Gesetze den Energieverbrauch im Land rationalisieren zu können. Im August 2005 folgte die Gründung des *Fonds National de Maîtrise de l'Énergie*, der „l'appui des actions visant la rationalisation de la consommation de l'énergie, la promotion des énergies renouvelables et la substitution de l'énergie" zum Ziel hatte (Chebil 2017: 15). Ferner sollte der Fonds zusätzliche Investitionen und technische Unterstützung für den schonenden Umgang mit den vorhandenen Ressourcen beisteuern. Angesichts dieser Schritte wurde Tunesien Partner des *Mediterranean Renewable Energy Program*s (MEDREP). Dieses Programm wurde von der italienischen Regierung in Zusammenarbeit mit der IEA (*International Energy Agency*), der OME (*Observatoire Mediterranéen de l'Energie*),

[345] Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„Tunisie*". In: Le rapport annuel sur les Perspectives économiques en Afrique 2005-2006. Bericht von 2005, Seite 544, unter: https://www.oecd.org/fr/dev/36803495.pdf, abgerufen am 30.09.19.
[346] Ebd.

MEDENER (*Mediterranean Energy Association*), UNEP (*United Nations Environment Programme*) und der Weltbank zwecks Förderung von groß angelegten Maßnahmen zur Entwicklung regenerativer Energien ins Leben gerufen (vgl. Ben Jannet Allal 2006: 16).

Im Jahr 2009 startete Tunesien einen Solarplan, um sowohl seine Energiedependenz zu reduzieren als auch das Fundament für die Diversifizierung seiner Energiequellen zu legen. Neben den Solarplan wurde generell ein Ausbau der Landeskapazitäten von erneuerbarer Energie angestrebt (insbesondere Photovoltaik, Biomasse und Windenergie), die überwiegend der Stromerzeugung für den lokalen und möglicherweise auch für den europäischen Markt gewidmet werden soll. Der Elektrizitätsexport nach Europa wurde insbesondere durch den Erlass der europäischen Richtlinie vom 17. Dezember 2008 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen von einigen MDL mit Interesse verfolgt. Diese europäische Verordnung wurde im Sinne des Umweltschutzes beschlossen, und sollte entsprechend den EU-Energiezielen bis 2020 den Anteil erneuerbarer Energiequellen am Energieverbrauch der EU-Staaten ein verbindliches Ziel von insgesamt 20 Prozent setzen[347]. Zum Erreichen dieses Ziel ermöglichte die EU ihren Mitgliedstaaten aus erneuerbaren Energien erzeugter Strom aus Drittländern zu importieren[348]. In dieser Hinsicht sah Tunesien eine Chance, seine Pläne für regenerative Energien auszubauen in Erwartung, u.a. mögliche künftige Aufträge von der EU für Stromexporte zu bekommen. Der tunesische Solarplan sah eine Exportkapazität von insgesamt 1.000 Megawatt vor und wurde in der Folgezeit u.a. von der EU und der *Agence Française de Développement* mit Finanzmitteln und durch Erfahrungsaustausch assistiert (vgl. Chebil 2017: 16f.). „Les programmes ambitieux de maîtrise de la demande d'énergie ont permis de réduire le taux de croissance de la consommation d'énergie et d'améliorer substantiellement l'intensité énergétique. Grâce à ces programmes, pour produire le même niveau de richesse, la Tunisie consomme aujourd'hui 20% de moins d'énergie qu'en 2000"[349].

[347] Vgl. Europäische Kommission: „*Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen*". Bericht vom 23.1.2008, Seite 3, unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52008PC0019&from=DE; Europäisches Parlament: „*Angenommene Texte. 17. Dezember 2008*". Straßburg 17.12.2008, unter: https://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0609+0+DOC+XML+V0//DE#BKMD-3; Europäisches Parlament: „*Standpunkt des Europäischen Parlaments*". Bericht vom 17.12.2008, Seite 7f, 18, unter: https://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TC+P6-TC1-COD-2008-0016+0+DOC+PDF+V0//DE, alle Links abgerufen am 28.09.2019.

[348] Vgl. Europäische Kommission: „*Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen*". Bericht vom 23.1.2008, Seite 17f; Europäisches Parlament: „*Standpunkt des Europäischen Parlaments*". Bericht vom 17.12.2008, Seite 7f, 18.

[349] Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ): „*Strategie nationale de maîtrise de l'energie. Objectifs, moyens et enjeux*". Bericht im Auftrag der République Tunisienne. Ministère de l'Industrie, de l'Energie

Die ergriffenen Maßnahmen durch die tunesische Staatsführung in der Untersuchungsphase konnten zwar den heimischen Energieverbrauch rationalisieren, die Energieabhängigkeit des Landes und die damit verbundenen hohen Importkosten sowie staatlichen Subventionen aber nicht überwinden. Die nationale Erdölproduktion machte im Jahr 2014 etwa 40 Prozent des Primärenergieverbrauchs aus, während 60 Prozent durch Importe gedeckt wurden. Ein ähnliches Bild ist auch beim Konsum von Erdgas zu konstatieren, wo der Import von algerischem Gas etwa 47 Prozent des nationalen Bedarfs deckte und die restlichen 53 Prozent von der heimischen Erdgasförderung stammten. Seit Mitte der 2000er Jahre nahmen die Energiekosten ein weitreichendes Ausmaß an, das eine Belastung für die Handelsbilanz darstellte. Der BIP-Anteil von Energiekosten wandelte von 8,7 Prozent im Jahr 2008 auf 13,7 Prozent in 2012 und die mit den Einfuhren in Verbindung stehenden Energieausgaben erreichten z.B. 2012 etwa 6,4 Mrd. tunesische *Dinar* (ca. 2,5 Mrd. Euro gemäß dem damaligen Wechselkurs), was den Wert von 16,8 Prozent der Gesamtimporte entsprach[350].

Die Zunahme des tunesischen Energiedefizits im Laufe der Jahre ist in erster Linie ein Synonym für die Verschlechterung des Grades der Energieunabhängigkeit (Verhältnis der nationalen Primärenergieerzeugung zum nationalen Verbrauch) des Landes, der von 124 Prozent im Jahr 1990 auf 80 Prozent in 2012 zurückging bevor er schließlich auf 56 Prozent im Jahr 2015 sank (vgl. Chebil 2017: 13). Aufgrund der stetig steigenden Weltmarktpreise für Erdöl und der seit 2012 schwächelnden nationalen Währung Dinar musste der Staat seine Subventionen für den heimischen Energiemarkt alleine zwischen 2010 und 2013, als diese sich auf fast 2,3 Mrd. USD (gut 3,7 Mrd. tunesischer Dinar) beliefen, um mehr als das sechsfache erhöhen (vgl. Chebil 2017: 5f.). in Anbetracht des relativ kleinen Staatsbudgets im Jahr 2013, welches ca. 17 Mrd. USD (26,79 Mrd. Dinar) betrug, waren die vorgenannten Subventionen (9 Prozent des Staatsbudgets) in diesem Jahr beispielsweise eine deutliche Belastung für die Staatskasse. Bis 2018 musste Tunesien etwa die Hälfte seines Energiebedarfs durch Einfuhren decken[351].

Um die hohen und steigenden Energieimportkosten reduzieren zu können, suchte Tunesien nach internen Lösungen wie die Erteilung neuer Explorationsaufträge oder die Aufstockung der Förderung in bereits entdeckten Feldern. Hierzu förderte die Regierung die Zusammenarbeit

et des Mines. Agence Nationale pour la Maîtrise de l'Energie. GIZ (Hrsg.). Bericht vom Juni 2014, Seite 9, unter: https://www.giz.de/en/downloads/giz2014-fr-strategie-energie-tunisie.pdf, abgerufen am 27.09.19.

[350] Ebd. Seite 10.

[351] Vgl. Germany Trade and Invest: „*Wirtschaftsausblick-Tunesien (September 2018). Leichte Erholung bei weiterem Reformdruck*". Bericht vom 28.09.2018, unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/wirtschaftsumfeld/wirtschaftsausblick/tunesien/wirtschaftsausblick-tunesien-september-2018--10734, abgerufen am 27.09.2019.

zwischen tunesische und vor allem europäische Energieunternehmen. Britisch Gas investierte als größter Erdgasproduzent des Landes über seine Tochtergesellschaft *British Gas Tunisia* während der Untersuchungsphase ca. 4 Mrd. USD im lokalen Energiesektor und zahlte Tunesien u.a. zwischen 2007 und 2014 Steuern und Gebühren in Höhe von mehr als 1,4 Mrd. USD[352]. Dazu betrieb British Gas Tunisia als alleiniger Betreiber das Feld Miskar und im Rahmen eines Joint Ventures (Anteil von jeweils 50 Prozent) mit der *Entreprise Tunisienne d'Activités Pétrolières* das Feld *Hasdrubal*. Dank der Entwicklung dieser beiden Felder konnte Tunesien bis 2014 seine Abhängigkeit von Energieimporten, insbesondere vom algerischen Erdgas, leicht reduzieren. Zudem investierte British Gas Tunisia jährlich mehr als 3 Mio. Dinar (ca. 1,6 Mio. USD) in sozialen Projekten (z.B. Berufsausbildung, Schulen und Infrastruktur), von denen Hunderte Familien profitierten[353].

Im Juli 2019 konnten die tunesische Regierung und der italienische Energiekonzern Eni einen neuen Vertrag zur Erneuerung des Übereinkommens über die Transmed-Pipeline unterzeichnen. Dadurch sicherte sich Tunesien für die nächsten 10 Jahre eine jährliche Erdgasmenge von 3,8 Mrd. Kubikmeter, was etwa 65 Prozent des nationalen Konsums und einer Einsparung von jährlich fast 165 Mio. Euro (500 Mio. tunesischer Dinar) an Energiesubventionen entspricht[354]. Zudem verpflichtete sich Eni gemäß dem neuen Abkommen dazu, die Wartungskosten des tunesischen Teils der Pipeline und der Pumpanlagen in Höhe von 160 Mio. USD über eine Dauer von zehn Jahren zu übernehmen. Im Februar 2020 startete die tunesische Erdölgesellschaft *Entreprise Tunisienne des Activités Pétrolières* im Rahmen eines Joint Ventures mit dem österreichischen Energiekonzern *OMV* mit der Erdgas- und Erdölförderung aus dem im Jahr 2006 entdeckten Feld *Nawara* in der Wüste von *Tataouine* im Süden des Landes. Das Projekt erforderte ein Investitionsvolumen von gut 1,2 Mrd. USD und soll fast 1 Mrd. Kubikmeter Erdgas pro Jahr produzieren und damit das Energiedefizit im Land

[352] Vgl. Webmanagercenter: „*Tunisie-Energie: British Gas Tunisia dément les informations sur sa gouvernance*". Bericht vom 09.08.2014, unter: https://www.webmanagercenter.com/2014/08/09/153407/tunisie-energie-british-gas-tunisia-dement-les-informations-sur-sa-gouvernance/, abgerufen am 28.09.19.

[353] Ebd.

[354] Vgl. Webmanagercenter: „*ENI: Renouvellement de la convention du gazoduc acheminant le gaz algérien vers l'Italie, via la Tunisie*". Bericht vom 03.07.19, unter: https://www.webmanagercenter.com/2019/07/03/436684/eni-renouvellement-de-la-convention-du-gazoduc-acheminant-le-gaz-algerien-vers-litalie-via-la-tunisie/; Webmanagercenter: „*Tunisie/ENI: L'ARP entame la discussion du projet d'accord sur l'exploitation du gazoduc trans-tunisien*". Artikel vom 16.07.19, unter: https://www.webmanagercenter.com/2019/07/16/437146/tunisieeni-larp-entame-la-discussion-du-projet-daccord-sur-lexploitation-du-gazoduc-trans-tunisien/, beide Links abgerufen am 28.09.19.

um 20 und das Handelsbilanzdefizit um 7 Prozent verringern[355]. Die EIB beteiligte sich an dem Projekt und stellte Finanzmitteln in Höhe von 380 Mio. EUR zur Verfügung, um u.a. den Bau einer 370 km langen Gasleitung vom Förderfeld in die Küstenstadt Gabès, wo auch eine Gasaufbereitungsanlage erbaut wurde, zu ermöglichen[356].

Der Bergbausektor in Tunesien, der mit der Energiebranche etwa 2 Prozent der aktiven Bevölkerung beschäftigt und einen BIP-Anteil von gut 3 Prozent erwirtschaftet, konzentriert sich schwerpunktmäßig auf die Ausbeutung und Produktion von Phosphat insbesondere in der Zentralregion um die Städte *Ghafsa* und *Métlaoui*. Das Land zählt zu den weltweit größten Exporteuren und Produzenten von Phosphat, der hauptsächlich in der Herstellung von Düngemittel und in der Lebensmittelindustrie gebraucht wird. Phosphat stellte während der Untersuchungsphase mit einem Anteil von etwa 80 Prozent das wichtigste Exportgut der Bergbaubranche dar. Letztere wies allerdings in den 1990er und Anfang der 2000er Jahre, wie der Energiesektor, strukturelle und finanzielle Defizite auf, die eine Entwicklung der Leistungsfähigkeit der Standorte und die Vermarktung erschwert hatten. Die Gründe hierfür lagen in der internationalen Konkurrenz und die damit verbundenen Preisschwankungen auf dem Weltmarkt sowie im Rückgang der Vorkommen. Der Sektor verzeichnete ein negatives Wachstum und erreichte 2005 ein Wert von minus 3,7 Prozent[357]. Nach einer Aufstockung der Investitionen und die Modernisierung der Anlagen in den Jahren 2006 und 2007 verbesserte sich die Lage. Die Bergbauausfuhren erreichten dann 2008 mit etwa 2,6 Mrd. USD ihren Höhenpunkt. Die Zahl der Beschäftigten stieg stetig an und lag 2018 bei etwa 30.000 Menschen (2010 waren es noch 9.000). Die Erholungsphase in der Produktion von Phosphat war allerdings von kurzer Dauer. Entgegen des positiven Trends in der Beschäftigung ging die Ausbeutung sowie Verarbeitung von Phosphat seit 2010, als die Produktion noch bei 8 Mio. Tonnen lag, kontinuierlich zurück und betrug 2019 nur noch ungefähr 4 Mio. Tonnen, was dem Land laut Energieministerium seit 2010 einen jährlichen Marktverlust von fast 1. Mrd. USD bescherte[358].

---

[355] Maghreb Émergent: *„Tunisie: entrée en production du champ gazier «Nawara» de Tataouine"*. Artikel vom 06.02.20, unter: https://maghrebemergent.info/tunisie-entree-en-production-du-champ-gazier-nawara-de-tataouine/, abgerufen am 17.02.20.

[356] Vgl. Europäische Kommission: *„Beziehungen EU-Tunesien"*. Bericht vom 10.05.2017, unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEMO_17_1263, abgerufen am 26.09.2019.

[357] Organisation de coopération et de développement économiques: *„Tunisie"*. In: Le rapport annuel sur les Perspectives économiques en Afrique 2005-2006. OCDE (Hrsg.). Bericht von 2005, Seite 545.

[358] Vgl. Chaabane, Maher: *„Tunisie: La production de phosphate à 3,8 millions de tonnes en 2019"*. Bericht vom 10.12.2019. In: Webdo, unter: http://www.webdo.tn/2019/12/10/tunisie-la-production-de-phosphate-a-38-millions-de-tonnes-en-2019/, abgerufen am 23.12.19.

Die Nachteile in Bezug auf den Phosphatabbau waren nicht nur finanzieller Natur, sondern betrafen auch die Umwelt sowie die Gesundheit der Bevölkerung und Belegschaft. Die Revolution 2011 und die gestiegene Meinungsfreiheit ermutigten zivile Akteure zunehmend dazu, die Missstände in den Bergbauregionen anzuprangern. Infolge der Phosphatproduktion werden u.a. rund um die Stadt Gabès große Mengen an giftigen Stoffen freigesetzt, die für schwere Erkrankungen von Arbeiter und Einwohner verantwortlich gemacht werden. „Lokale Mediziner berichten von Fehlbildungen bei Neugeborenen sowie erhöhten Raten von Krebs- und Atemwegerkrankungen in der Region. Offizielle Zahlen gibt es jedoch nicht"[359]. Es wird davon ausgegangen, dass fast 5 Mio. Tonnen Phosphorgips pro Jahr vom *Groupe Chimique Tunisien* aus dem Werk zur Phosphatverarbeitung in Gabès ins Meer entsorgt werden[360]. Die schwerwiegende Folge: „Ganze Landstriche und Teile der Küste um die Städte Gabès und Sfax in Südtunesien sind auf lange Sicht verseucht. Der Golf von Gabès ist so stark mit Phosphatrückständen belastet, dass der Fischbestand dort erheblich zurückgegangen ist" (Claes 2016: 3). Ein von der EU finanziertes Umweltprojektes kam zum Schluss, dass der Golf von Gabès verseucht sei und, dass es im Umkreis von 20 Kilometern kaum etwas wachse, weder auf dem Land noch am Meeresgrund[361].

6.2.2 Die Industrie

Angesichts der knappen Erdölressourcen sowie des vorhersehbaren Produktionsrückgangs Mitte der 1990er Jahre entschied sich Tunesien, im Rahmen seiner Liberalisierungspolitik andere Wirtschaftszweige zu stärken und die Diversifizierung der Wirtschaft voranzutreiben. Zu den wichtigsten Sektoren, die im Mittelpunkt dieser staatlichen Bestrebungen lagen, findet man vor allem die Industriebranche, die sich in dieser Phase aufgrund technischer und struktureller Defizite langsam entwickelte und ihre Evolution vom ausländischen (insbesondere europäische) Wissenstransfer und Maschinen abhängig blieb. Der Sektor war für ausländische Investoren im Hinblick auf die niedrigen Löhne und der Nähe zu Europa verlockend, zeichnete sich aber durch unzureichend ausgebildetes lokales Personal und Führungskräfte aus (vgl. Abbate 2002: 61).

[359] Neue Zürcher Zeitung: *„Das Phosphat-Werk an Tunesiens Küste ist eine Dreckschleuder – schliessen wollen es aber selbst Umweltaktivisten nicht"*. Artikel vom 03.02.19, unter: https://www.nzz.ch/international/das-phosphat-werk-an-tunesiens-kueste-ist-eine-dreckschleuder-schliessen-wollen-es-aber-selbst-umweltaktivisten-nicht-ld.1456152, abgerufen am 30.09.19.
[360] Ebd.
[361] Ebd.

Um die Probleme der Branche in den Griff zu bekommen sowie die heimische Industrie aufzuwerten trat im Jahr 1996 ein *Programme de Mise à Niveau* (PMN) in Kraft, das das tunesische Produktionssystem auf die ausländische Konkurrenz vorbereiten soll (u.a. im Hinblick auf die geplante Schaffung der euromediterranen Freihandelszone). Das PMN bot Industriefirmen zunächst bis 2006 öffentliche Subventionen von rund 3,4 Mrd. Dinar (1 Dinar kostete 2005 noch 0,6 Euro) an. Diese manifestierten sich in Form einer Staatsbeteiligung an materiellen und immateriellen Investitionen der Betriebe, um Letztere bei der Beschaffung von Maschinen und Geräten sowie bei der Ausbildung von Arbeitskräften und sonstigen Dienstleistungen (Kostenübernahme von bis zu 70 Prozent) zu unterstützen. (vgl. Callies de Salies 2007: Abschnitt 3). Nach offiziellen Angaben konnten Unternehmen, die vom PMN profitierten, ihre Investitionen um 70 Prozent und ihre Exporte um 16 Prozent erhöhen. Bis Ende 2005 wurden im Rahmen des PMN die Anträge von 3.372 Firmen bearbeitet, von denen 2.153 Fälle (mehr als 800 davon waren im Textilsektor tätig) bewilligt wurden. Außerdem wurden steuerliche und finanzielle Maßnahmen getroffen, die u.a. auf die Förderung der Gründung von klein- und mittelständischen Betrieben abzielten sowie Anreize für ausländische Investoren schufen (vgl. Abbate 2002: 9f, 28; OCDE 2018[362]). Zusätzlich wurden Importzölle für notwendige Maschinen und Rohstoffe reduziert bzw. subventioniert.

Nach Inkrafttreten des AA zwischen Tunesien und der EU wurden die Investitionsmodalitäten für ausländische Geldgeber durch staatliche Maßnahmen zusätzlich erleichtert. Die Industriebranche profitierte daraufhin von 1998 bis 2006 zunächst von einem deutlichen Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen, die sich im Durchschnitt auf rund 800 Mio. Dinar (ca. 450 Mio. Euro) pro Jahr beliefen, wobei die Hälfte davon aus Europa stammte (vgl. Callies de Salies 2007: Abschnitt 3). Zudem stieg die durchschnittliche Wertschöpfung des Industriesektors zwischen 1997 und 2004 um jährliche 7 Prozent an und der Produktionswert der verarbeitenden Industrie erreichte 2006 etwa 29,2 Mrd. Dinar (ca. 16 Mrd. Euro zum damaligen Wechselkurs) gegenüber 19,6 Mrd. Dinar (ca. 10 Mrd. Euro) im Jahr 2000, was eine jährliche Wachstumsrate von 7 Prozent entsprach (vgl. Kammoun Hammami/Hammami 2008: 5). Der positive Effekt machte sich auch auf dem Wert der Exportgüter des verarbeitenden Gewerbes bemerkbar, der von fast 7 Mrd. Dinar (ca. 4 Mrd. Euro) im Jahr 2000 auf gut 13 Mrd. Dinar (rund 7 Mrd. Euro) im Jahr 2006 wuchs, was einer jährlichen Wachstumsrate von ca. 11 Prozent entsprach (vgl. Kammoun Hammami/Hammami 2008: 6). Angesichts der schrittweisen

[362] Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„OCDE Études économiques: Tunisie"*. OCDE (Hrsg.). Bericht von März 2018, Seite 19, unter: http://www.oecd.org/fr/economie/etudes/Tunisia-2018-OCDE-etudes-economiques-synthese.pdf, abgerufen am 29.09.19.

Handelsliberalisierung im Zuge der EMP profitierte Tunesien am meisten von den Zolllockerungen, zumal das EU-Gebiet den Hauptzielmarkt tunesischer Ausfuhren darstellte. In dieser Hinsicht wurden z.B. mehr als die Hälfte der 2005 aus der EU importierten Produkte zollfrei eingeführt, im Gegenzug hatten tunesische Industriegüter sogar von 1998 bis 2005 von einem freien Zugang zum europäischen Markt profitiert (vgl. Callies de Salies 2007: Abschnitt 4). In diesem Kontext erklärte die Weltbank 2002, dass Tunesien innerhalb von zehn Jahren seine Umsätze so verdoppelt habe, dass das Land erster Exporteur von Industriegütern auf dem Kontinent vor Südafrika geworden sei (vgl. Callies de Salies 2007: Abschnitt 4).

Zur Leistungssteigerung der heimischen Industrie trugen auch Programme im Rahmen der EMP bei. Mit EU-Hilfe wurde 2003 Dank des AA und mit etwa 50 Mio. Euro aus dem MEDA-Fond ein Modernisierungsprogramm für tunesische Industriebetriebe (*Programme de Modernisation Industrielle*, kurz: PMI) geschaffen. Die EU bezweckte damit, tunesische Unternehmen bei Entwurf und Herstellung von Produkten zu unterstützen um internationalen technischen Standards zu entsprechen, die Konkurrenzfähigkeit zu steigern sowie den Zugang für Betriebe zu Rechts- und Managementberatung zu verstärken (vgl. Callies de Salies 2007: Abschnitt 3). Die Beweggründe der Staatsführung und die Motivation der EU zur Unterstützung der tunesischen Industrie lag insbesondere darin, die Folgen der bisherigen Exportabhängigkeit von Erdöl, dessen Anteil an den Ausfuhren im Laufe der 1980er und 1990er Jahre überwog, für das Land abzufedern und gleichzeitig auf produktive Wirtschaftszweige, die z.B. im Jahr 2002 für etwa 70 Prozent der Warenexporte verantwortlich waren, zu setzen (vgl. Abbate 2002: 25ff).

Die tunesische Industriebranche erstreckt sich auf mehrere Segmente und konzentriert sich schwerpunktmäßig auf das verarbeitende Gewerbe, das überwiegend exportgerichtet (*Offshore-Unternehmen*) ist und im Laufe der 1990er und 2000er Jahre von privaten regierungsnahen und ausländischen Investoren dominiert war. Im Gegenzug produzierten die *Onshore-Betriebe* hauptsächlich für den heimischen Markt. „Der Offshore-Sektor besteht vor allem aus Fertigungsbetrieben. Dazu werden Komponenten importiert, die dann in Tunesien verarbeitet werden. Dies sind u. a. Maschinenteile oder auch Kleidung. Die fertigen Produkte werden anschließend wieder exportiert“ (Claes 2016: 2). Die Offshore-Unternehmen wurden vom Staat besonderes gefördert und durch niedrige Steuersätze begünstigt in der Hoffnung, dass sie neue Arbeitsplätze schaffen, Techniktransfer ermöglichen und zur industriellen Entwicklung im Land beitragen (vgl. Abbate 2002: 39, Cleas 2016: 2). Die Zahl der Offshore-Betriebe erhöhte sich zwischen 1996 und 2016 um das 13-fache, sie beteiligten sich im Jahr 2015 mit 78 Prozent an den nicht-energetischen Exporten des Landes und beschäftigten 34 Prozent der Angestellten

des formellen Sektors, was ihre bedeutende Rolle für die heimische Wirtschaft unterstreicht[363]. Hierzu ist zu erwähnen, dass sich 53 Prozent der tunesischen Industriebetriebe anteilsmäßig in den Händen von hauptsächlich europäischem Kapital[364] befinden, wobei 17 Prozent davon vollständig ausländischen Investoren angehören, während der Rest sich aus tunesisch-ausländisches Mischkapital zusammensetzt (vgl. Tizaoui 2015: Abschnitt 8).

Die verarbeitende Industrie (außer Energie) in Tunesien beschäftigte von 1995 bis 2005 bis zu 20 Prozent (etwa 450.000) der aktiven Bevölkerung und stützte sich während des Untersuchungszeitraumes Schwerpunktmäßig auf die Sektoren Textil und Bekleidung, Elektro- und Maschinenteile sowie Lebensmittelindustrie (für Letztere siehe Abschnitt 6.2.4). Als Folge der eingeleiteten Diversifizierungspolitik und der staatlichen Anreize erweckte das verarbeitende Gewerbe das Interesse sowohl lokaler als auch internationaler Geldgeber. Die Branche steigerte zwischen 1995 und 2000 ihren Anteil an angeworbenen ausländischen Direktinvestitionen, welche während dieser Phase um das Dreifache anstiegen und im Jahr 2000 gut 1. Mrd. Dinar (ca. 450 Mio. USD) betrugen, von 8 auf 65 Prozent (vgl. Abbate 2002: 39). Dabei entfiel ein Drittel dieser Investitionen auf die Bekleidungs- und Textilindustrie, der seit 1995 eine bedeutende Rolle in der sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes zukam und zu den hauptindustriellen Aktivitäten aufstieg.

Die Bekleidungs- und Textilbranche wurde von Klein- und Mittelbetrieben dominiert, die größtenteils die Form von einfachen Werkstätten hatten und ihre Dienstleistungen als Subunternehmer überwiegend an europäische Auftraggeber boten, da letztere ihre Produktion aufgrund günstiger Herstellungskosten und guter Warenqualität in das nordafrikanische Land auslagerten. In Tunesien operierten bis 2005 über 2000 Unternehmen, die zu Dreiviertel exportgerichtet waren, in der Textilindustrie und beschäftigten über 250.000 Arbeiter. Die Textilbetriebe stellten in Bezug auf die verarbeitende Industrie etwa 47 Prozent der Unternehmen und 46 Prozent der Arbeitsplätze dar (vgl. Callies de Salies 2007: Abschnitt 6). Darüber hinaus sorgten sie für über 70 Prozent der der verarbeitenden Industrie zuzurechnenden Exporte. Insgesamt gingen bis 2008 etwa 96 Prozent der Ausfuhren vom Bekleidungs- und Textilsektor in Richtung EU-Staaten (ca. 4 Prozent ihres jährlichen Bedarfs), die den Hauptabsatzmarkt für tunesische Produkte bildeten (vgl. Abbate 2002: 25; Kammoun Hammami/Hammami 2008: 7). In diesem Kontext war Tunesien 2005 sechstwichtigster

[363] Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„OCDE Études économiques: Tunisie"*. OCDE (Hrsg.). Bericht von März 2018, Seite 21.

[364] Gemäß dem Stand von 2012 stammte gut 76 Prozent des ausländischen Kapitals von Industrieunternehmen aus 4 EU-Länder, nämlich Frankreich (36%), Italien (27%), Deutschland (7,5%) und Belgien (6%).

Textillieferant der EU und exportierte Waren im Wert von ca. 5,2 Mrd. Dinar (gut 3 Mrd. USD) vor allem an Frankreich, Italien, Deutschland und Belgien.

Die Bekleidungsindustrie, die für die Steigerung der Ausfuhrerlöse und der Arbeitsplätze verantwortlich ist, gilt als Fertigungsdienstleister und Zulieferer und ist stark vom Auftraggeber abhängig. Die tunesischen Subunternehmer stellen Textilprodukte nach den Vorstellungen und bereitgestellten Modellen ihrer überwiegend europäischen Kunden her, in dem sie hauptsächlich die Nähaufgaben, Stickerei und Siebdruck durchführen. Nach dem Export der günstig hergestellten Waren übernehmen dann die europäischen Firmen das Marketing sowie den Vertrieb der Endprodukte und profitieren somit von deutlich höheren Gewinnmargen (vgl. Abbate 2002: 25). Die Textilbetriebe in Tunesien ihrerseits konzentrierten sich auf die Spinnerei sowie Weberei und mussten Stoffe, Garne, Accessoires und andere Abfertigungsprodukte für die Herstellung importieren (vgl. Callies de Salies 2007: Abschnitt 6). Im Jahr 2005 musste beispielsweise die Bekleidungs- und Textilbranche Rohstoffe im Wert von 3,3 Mrd. Dinar (2 Mrd. USD) aus dem Ausland beziehen.

Die Exportkonzentration der Bekleidungs- und Textilindustrie auf dem EU-Markt erwies sich auf lange Sicht als riskante Strategie. Diese Politik stellte das wichtigste Ausfuhrgut des Landes seit 2005 aufgrund der zunehmenden Konkurrenz chinesischer, südostasiatischer und türkischer Produkte vor ernsten Herausforderungen. Ende Dezember 2004 endete das internationale *Multifaserabkommen*, das Entwicklungsländer seit 1973 Marktanteile gesichert und die Textilbranche von Industriestaaten geschützt hatte. Der Textilsektor unterlag daher seit 2005 marktliberale Vorgaben der Welthandelsorganisation. Zudem bereitete die vorgesehene Errichtung einer Freihandelszone am Mittelmeerraum den Sektor ebenfalls Sorgen. Es sollten in dieser Hinsicht vor allem Zölle abgeschafft werden, die Konkurrenz deutlich ansteigen und die bisher von der EU zugesprochenen Kontingente an Tunesien sollten aufgehoben werden. Angesichts dieser Zukunftsszenarien versuchte das Land die Bandbreite seiner Industrieexporte zu diversifizieren und aufzuwerten. „La production du secteur offshore s'est diversifiée vers des produits plus complexes que la confection textile traditionnelle, avec une progression nette des industries mécaniques et électriques"[365].

In der Tat registrierten die Ausfuhren der Textil- und Bekleidungsindustrie seit 2006 zunächst einen leichten rückläufigen Trend (Rückgang um fast 20 Prozent gegenüber 2004) und

[365] Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„OCDE Études économiques: Tunisie"*. OCDE (Hrsg.). Bericht von März 2018, Seite 21

erreichten 2008 noch einen Wert von fast 5 Mrd. Dinar (knapp 3 Mrd. USD), bevor der Exportanteil der Branche in den Folgejahren weiter einbrach und sich dann auf durchschnittlich 22 Prozent (Stand 2016) der Gesamtausfuhren stabilisierte. Die Defizite des Sektors lagen nicht nur in der harten Konkurrenz auf dem europäischen Markt, sondern waren auch der schwachen Investitionen der Textilbranche in der Weiterbildung ihrer Belegschaft, deren Qualifikation den Ansprüchen einer modernen Textilindustrie nicht mehr gewachsen war, geschuldet. Etwa 75 Prozent der Unternehmen, die vom Programme de Mise à Niveau profitiert hatten, haben keine Schulungsmaßnahmen durchgeführt (vgl. Abbate 2002: 33).

Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des für Tunesien beschäftigungsrelevanten Sektors und zur Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit, finanzierten u.a. europäische Geldgeber Weiterbildungs- und Schulungsprojekte im Land und europäische Unternehmen aus der Branche tauschten ihre Expertise mit tunesischen Betrieben. In diesem Zusammenhang errichtete die *Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit* (GIZ) im Auftrag der Bundesregierung im Jahr 2014 in Kooperation mit der tunesischen Firma *Sartex* ein modernes Ausbildungszentrum (*Sartex Training Center*). Für eine Optimierung des Unterrichtsablaufs und eine effektive Leitung seines Ausbildungszentrums arbeitete Sartex mit dem in der Branche bekannten deutschen Aus- und Weiterbildungszentrum der Textilindustrie *Gatex* zusammen[366]. Die Führungsspitze von Sartex reiste zu diesem Zweck im Juli 2016 nach Deutschland, wo sie die Gatex-Ausbildungsstätte besichtigten und sich über die duale Ausbildung sowie Managementstruktur informierten. Ausgestattet mit qualifizierten Trainern und modernes Material konnten dann bis 2018 etwa 500 junge Tunesier am Sartex Training Center ausgebildet werden und das Textilhandwerk erlernen, bevor sie anschließend zum größten Teil von Sartex bzw. andere Betriebe eingestellt wurden[367]. Im Oktober 2018 beschloss der deutsche Bundesentwicklungsminister *Gerhard Müller* im Rahmen einer Dienstreise mit der tunesischen Regierung ein Abkommen zur Errichtung eines weiteren Ausbildungszentrums in der Stadt *El Alia* (Departement *Bizerte*), wo u.a. das deutsche Textilunternehmen *Van Laak* produziert[368].

[366] Vgl. Südwesttextil: „*Tunesische Textilfirma Sartex zu Besuch in der Gatex*“. Bericht vom 05.07.16, unter: https://www.suedwesttextil.de/nachrichten/tunesische-textilfirma-sartex-zu-besuch-in-der-gatex, abgerufen am 01.10.19.

[367] Vgl. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit: „*Perspektiven schaffen. Ausbildungsförderung in Tunesien*“. Bericht vom Juni 2018, unter: https://www.giz.de/de/leistungen/55898.html; Germany Trade and Invest: „*Tunesiens Textilsektor erholt sich. Von Produktionserweiterungen können deutsche Zulieferer profitieren*“. Bericht vom 09.11.2019, unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/tunesien/tunesiens-textilsektor-erholt-sich-19774, beide Links abgerufen am 01.10.19.

[368] Vgl. Germany Trade and Invest: „*Tunesiens Textilsektor erholt sich. Von Produktionserweiterungen können deutsche Zulieferer profitieren*“. Bericht vom 09.11.2019.

Tunesien vertraut außerdem in der Textil- und Bekleidungsindustrie vorwiegend auf Maschinen und Geräten aus den EU-Ländern Italien, Frankreich und Deutschland, die beispielsweise im Jahr 2017 einen Importwert von knapp 33 Mio. Euro (2015 betrug der Importwert ca. 28 Mio. Euro) aufwiesen[369].

Dem Leistungseinbruch der Textil- und Bekleidungsbranche in den 2000er Jahre stand ein Zuwachs der Exporte von Elektro- und Maschinenteile, die seit 1995 das zweitwichtigste Segment der heimischen verarbeitenden Industrie darstellten und ein beachtliches Wachstumspotenzial zeigten, gegenüber. Die im Land unter den Namen „elektronische und mechanische Industrie" bekannter Zweig wird ebenfalls von europäischen Offshore-Unternehmen dominiert, die entweder Tochtergesellschaften gründen oder im Rahmen von Joint Venture mit lokalen Betrieben insbesondere Autoteile, elektrische Kabel und Drähte sowie Elektrogeräte hauptsächlich für den Export produzieren lassen. „Teile, die viel Handarbeit erfordern, wie etwa Kabelbäume, werden in Tunesien gefertigt und anschließend exportiert. Viele deutsche Unternehmen sind in diesem Bereich in Tunesien tätig" (Claes 2016: 2). Machte der Sektor 1995 noch einen Anteil von gut 10 Prozent an den Gesamtexporten des Landes aus, so gewann er im Laufe der 2000er Jahre aufgrund der staatlich geförderten Diversifizierungspolitik in der Industriebranche, des Anstiegs von ausländischen Direktinvestitionen und der hohen Nachfrage aus dem EU-Gebiet mehr an Bedeutung und erreichte beispielsweise 2005 einen Ausfuhranteil von fast 25 Prozent (vgl. Callies de Salies 2007: Abschnitt 10; OCDE 2018[370]).

Der Exportwert von elektrischen Kabeln und Drähten, die zu den wichtigsten Produkten dieses Industriezweiges zählen und für europäische Auto- und Maschinenbauer hergestellt werden (60 Prozent der Kabel von im Jahr 2005 in Europa gebauten Fahrzeugen sollen tunesischen Ursprung gewesen sein), erreichte 2005 etwa 763 Mio. Dinar (ca. 470 Mio. USD) (vgl. Callies de Salies 2007: Abschnitt 10). In diesem Kontext ist das deutsche Unternehmen *LEONI AG*, ein globaler Anbieter (Jahresumsatz von ca. 4 Mrd. Euro im Jahr 2011) von Kabeln, Glasfasern, Verkabelungs- und Bordnetzsysteme u.a. für die Automobilindustrie zu nennen. LEONI AG betreibt in Tunesien drei Produktionsstandorte. *LEONI Tunisie* beschäftigt mehr als 14.000 Facharbeiter (Stand 2012) sowie Führungskräfte und ist in der Herstellung von elektronischen und elektrischen Kabeln für die Automobilbranche, insbesondere für die deutsche Marke

[369] Ebd.
[370] Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„OCDE Études économiques: Tunisie"*. OCDE (Hrsg.). Bericht von März 2018, Seite 24, 47.

Mercedes, spezialisiert[371]. Im gleichen Industriesegment operiert seit 1995 auch *KBE Elektrotechnik S.C.S*, die Teil des deutschen *BEHG Holding AG* ist, in der tunesischen Stadt *Sousse*. KBE Elektrotechnik S.C.S. zählt zu den wichtigen in Tunesien ansässigen Offshore-Unternehmen und produziert Kupferlitzen sowie Elektroleitungen für die Automobilindustrie und Haushaltsgeräte[372]. Insgesamt haben sich in der Untersuchungsphase mehrere große globale Elektronik- und Autoteilehersteller in Tunesien installiert, die in der Produktion von Drähten, Kabel und Kabelbäume, elektronischen Komponenten und Kunststoffe spezialisiert sind. Hierbei sind u.a. *Robert Bosch* und *Kromberg & Schubert* (beide aus Deutschland), *Valeo* sowie *Plastivaloire* (beide Frankreich) und der weltbekannte italienische Reifenhersteller *Pirelli* zu erwähnen. Diese Unternehmen tragen teilweise zum Wissenstransfer nach Tunesien sowie die Ausbildung von Fachkräften bei und bieten Arbeitsplätze für Zehntausende Menschen. Allein die rund 109 Betriebe, die elektrische sowie elektronische Komponenten und Kraftfahrzeugsteile herstellen, beschäftigen fast 35.000 tunesische Mitarbeiter (Stand 2010)[373].

Im Bereich Automontage, der im Vergleich zu anderen Industriezweigen keine große Rolle spielt, ging der französische Automobilkonzern PSA Groupe im Jahr 2008 einer innovativen Partnerschaft mit zwei jungen tunesischen Unternehmern zur Herstellung einer neuen Automarke in Tunesien nach. Die zwei Brüder *Zied* und *Omar Guiga* entwarfen 2006 zunächst das Design für einen neuen Wagen mit dem Namen *Wallys*, ein Geländewagen mit Allradantrieb, und gründeten die neue Automarke *Wallyscar*. Im Jahr 2007 fing unter der Leitung der beiden Brüder eine tunesische Mannschaft mit dem Bau eines ersten Prototyps an. Dazu wurden 57 Prozent der Teile, u.a. das Fahrgestell und die Karosserie, in Tunesien hergestellt, während der gesamte mechanische Teil, nämlich der Motor, die Vorder- und Hinterachse, Bremssysteme und Lenksäule von PSA bereitgestellt wurde[374]. Im Oktober 2008 wurde *Wallys IZIS*, das erste in Tunesien entworfene und hergestellte Automodell, im Rahmen des Pariser Autosalons vorgestellt. Bis 2013 wurde Wallys IZIS produziert und sowohl in Europa als auch in Tunesien für einen günstigen Preis ab 10.500 Euro vermarktet. Danach

---

[371] Vgl. Invest in Tunisia: *„Success Stories. LEONI Tunisie. LEONI AG“*, unter: http://www.investintunisia.tn/Fr/success-stories_129_60_D154, abgerufen am 01.10.19.

[372] Vgl. KBE Elektrotechnik S.C.S: *„Vorstellung“*, unter: https://tn.kbe-elektrotechnik.com/unternehmen/, https://www.behg-ag.com/unternehmen/, beide Links abgerufen am 01.10.19.

[373] Vgl. Observatoire Europe-Afrique 2030: *„Secteur: Construction automobile. Principales caractéristiques du tissu industriel. Afrique“*. Bericht von 2016, S. 7, unter: http://observatoire-europe-afrique-2020.org/wp-content/uploads/2016/10/Construction-automobile-_-Carcteristiques-tissu-industriel_-Afrique.pdf, abgerufen am 14.12.2019.

[374] Vgl. Econostrum: *„Wally's Car s'apprête à commercialiser la première voiture tunisienne“*. Artikel vom 20.10.2008, unter: https://www.econostrum.info/Wally-s-Car-s-apprete-a-commercialiser-la-premiere-voiture-tunisienne_a132.html; Wallyscar: *„L´histoire Wallys“*, unter: https://www.wallyscar.com/histoire-famille, beide Links abgerufen am 02.10.2019.

wurde mit dem Entwerfen und Bau eines neuen Modells, *Wallys IRIS*, begonnen. Das neue SUV (Sport Utility Vehicle) wurde ab 2017 in den Markt gebracht und ist ab ca. 15.000 Euro (etwa 42.500 tunesischer Dinar: Stand Anfang 2020) zu bekommen. Seit ihrer Gründung konnte Wallyscar mehr als 2200 Fahrzeuge verkaufen. Zusammen mit dem Segment Automontage, das im Land von vier Unternehmen dominiert wird, wurden dann in der Untersuchungsphase im Durchschnitt rund 5.000 Fahrzeuge pro Jahr in Tunesien fertiggestellt[375].

Das gute Geschäftsklima im Land sowie die Nähe zu Europa weckten auch das Interesse von Europas größten Flugzeugbauer *Airbus*, der durch seine französische Tochtergesellschaft *Aerolia* Ende 2009 mit dem Bau eines Parks für Luftfahrt in der industriellen Zone von *Ben Arous* (Umland der Hauptstadt Tunis) begann. Aerolia errichtete neben ihrem Werk am gleichen Standort auch die Fabriken von sechs ihrer französischen Zulieferer, die ebenfalls zu Airbus angehören, um somit die Kommunikation, Logistik und Produktionsablauf zu erleichtern. Die für das Projekt benötigte Fläche von 40 Hektar wurde vom tunesischen Staat für Aerolia und seine Zulieferer kostenlos zur Verfügung gestellt[376]. Die tunesische Filiale des Deutschen Konzerns *Thyssen Krupp* belieferte ihrerseits Aerolia und ihre Partner mit Aluminiumprodukte.

Die Subunternehmen von *Aerolia Tunisie* an der Produktionsstätte führen Aufgaben in den Bereichen Bearbeitung von Metall sowie Bleche, Lackiererei, Herstellung von Flugzeugteilen und Verbundwerkstoffen, Logistik sowie Oberflächenbehandlung durch. Am Aerolia-Werk wird anschließend die Abfertigung von Teilen des Flugzeugsrumpfs (vom Cockpit bis zu den Motoren) sowie der Ladetürrahmen und die Seitenwände von mehreren Airbus-Serien (insbesondere des Flugzeugstyps A319, A320 und A321) abgeschlossen[377]. Zu diesem Zweck wechseln sich 120 lokale Facharbeiter in Schichten ab, um u.a. per Handarbeit den inneren Teil des Flugzeugsrumpfes anzupassen. Zum Schluss werden die fertigen Teile zur Endmontage nach Frankreich verschifft. Aerolia investierte zum Bau seines Firmennetzwerks in Tunesien 120 Mio. Euro (Stand 2013) und beschäftigt 1.700 tunesische Facharbeiter (Stand 2014), die

[375] Vgl. Observatoire Europe-Afrique 2030: *„Secteur: Construction automobile. Principales caractéristiques du tissu industriel. Afrique*". Bericht von 2016, S. 6.

[376] Vgl. Krimi, Brahim: *„Aerolia booste le pôle aéronautique tunisien*". Artikel vom 29.07.2009. In: Econostrum, unter: https://www.econostrum.info/Aerolia-booste-le-pole-aeronautique-tunisien_a1423.html, abgerufen am 02.10.19.

[377] Vgl. Clémençot, Julien: *„Aerolia, le fournisseur tunisien d'Airbus*". Artikel vom 11.01.2013. In: Jeune Afrique, unter: https://www.jeuneafrique.com/23118/economie/aerolia-le-fournisseur-tunisien-d-airbus/; Bel Hadj Ali, Amel: *„Tunisie – Aéronautique: STELIA n'a jamais envisagé de quitter la Tunisie*". Artikel vom 08.05.2015. In: Webmanagercenter, unter: https://www.webmanagercenter.com/2015/05/08/163404/tunisie-aeronautique-stelia-n-a-jamais-envisage-de-quitter-la-tunisie-ouassim-berraies/, beide Links abgerufen am 02.10.19.

größtenteils von Aeorlia und ihre Partner ausgebildet wurden. Nach einer Fusion im Jahr 2015 zwischen Aeorolia und der anderen Tochtergesellschaft von Airbus *SOGERMA* entstand die Firma *Stelia Aérospace* (und folgerichtig auch *Stelia Aérospace Tunisie*).

Die verarbeitende Industrie konnte während der Untersuchungsphase ihre Schlüsselrolle in Bezug auf den Exporten behaupten und sorgte 2016 für etwa 70 Prozent (mit der Lebensmittelindustrie sogar fast 80 Prozent) der Ausfuhren Tunesiens, die hauptsächlich Richtung Europa exportiert wurden[378]. Die elektronischen und mechanischen Güter lösten die Textil- und Bekleidungsprodukte an der Spitze der wichtigsten Exportgüter des Landes ab. Der Anteil der Industriebranche am BIP lag 2017 insgesamt bei ca. 23 Prozent. Der Textil- und Bekleidungssektor konnte sich trotz der harten Konkurrenz aus asiatischen Länder und die daraus resultierenden Produktionsschwankungen im Jahr 2018 erholen und beschäftigte noch insgesamt 180.000 Menschen (70.000 weniger als zwischen den Jahren 1995 und 2003), was etwa 40 Prozent der industriellen Arbeitsplätze ausmacht. Die Offshore-Unternehmen, die von staatlichen Erleichterungen in Form von steuerlichen, logistischen und administrativen Begünstigungen profitiert haben, boten hunderttausenden von Tunesiern eine Arbeitschance und trugen maßgeblich zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bei.

Die Ansiedlung von Industrieaktivitäten in Tunesien, die hauptsächlich auf aufwendiger und kostspieliger Handarbeit sowie auf den Import benötigter Produktionsmaschinen basieren, ermöglichten aber kaum ein Technologie- oder Wissenstransfer nach Tunesien, zumal die Offsohre-Unternehmen exportgerichtet sind (vgl. Claes 2016: 2). Die Onshore-Industrie, also die heimischen Industriebetriebe, die für den lokalen Markt produzieren, entwickelte sich schwach und musste daher inklusive ihrer hergestellten Güter durch eine protektionistische Politik geschützt werden. Der Onshore-Sektor büßte aufgrund fehlender Technik, Fachwissen und finanziellen Ressourcen an Wettbewerbsfähigkeit ein und war überwiegend entweder von großen öffentlichen oder von kleinen privaten Betrieben dominiert. Darüber hinaus fielen die tunesischen Einnahmen aus dem Exportgeschäft „gemessen an der Größe der Industrie sehr gering aus“, weil „der Offshore-Sektor von großzügigen Steuervorteilen profitiert“ (Claes 2016: 2). Hintergrund dieser Maßnahme ist, dass die tunesische Staatsführung mit dem Ziel der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit mittels steuerlicher Begünstigungen ausländisches Kapital anwerben wollte. „Die Reinvestition der Gewinne“ von der Offshore-Branche in Tunesien ist außerdem „nur schwach ausgeprägt“, zumal die meisten Gewinne „repatriiert“ werden, also aus

[378] Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„OCDE Études économiques: Tunisie“*. OCDE (Hrsg.). Bericht von März 2018, Seite 24, 47.

dem Land abgezogen werden (vgl. Claes 2016: 2). In diesem Kontext wurden z.B. von 2011 bis 2016 etwa 2 Mrd. Dinar (ca. 850 Mio. USD zum Wechselkurs von 2016) mehr aus Tunesien abgezogen als investiert (vgl. Claes 2016: 2).

6.2.3 Der Tourismus

Der Dienstleistungssektor in Tunesien bietet mehr als die Hälfte der aktiven Bevölkerung einen Arbeitsplatz und trägt am meisten zum BIP bei. Sein Anteil am BIP stieg zwischen Anfang der 1990er Jahre und 2010 von 48 auf ca. 60 Prozent des BIP. Eines der wichtigsten Branchen des Dienstleistungssektors und der Wirtschaft insgesamt in Tunesien ist der Tourismus, der eine der Haupteinnahmequellen von Devisen im Land darstellt. Bis Mitte der 1990er Jahre basierte die Entwicklung des Tourismus auf einer überwiegend europäischen Kundschaft, die das milde Klima, die archäologischen Denkmäler, die liberale Gesellschaftsform und die zufriedenstellende Verkehrsinfrastruktur schätzte (vgl. Mollet/Neffati 2004: 34f.). Trotz seiner im Vergleich zu anderen Mittelmeerländern geringe Fläche zählte Tunesien zu den beliebtesten Reisezielen in Nordafrika und am Mittelmeer. Das Land verfügt vergleichsweise das ganze Jahr über ein angenehmes Wetter sowie über eine vielfältige Landschaft und Sehenswürdigkeiten. Lange Sandstrände erstrecken sich über eine Küstenlänge von etwa 1.150 km, Bergregionen sowie die Sahara komplettieren die natürlichen touristischen Ziele. Darüber hinaus befinden sich im Land mehrere Kulturstätten, die auf das reiche Kulturerbe des Landes und insbesondere auf die Epochen der Phönizier, der Römer, der Berber sowie der Muslime hindeuten und das Interesse zahlreicher Touristen aus dem Ausland wecken.

Das mit der Weltbank und dem IWF vereinbarte Strukturanpassungsprogramme Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre beinhalteten Maßnahmen, die angesichts der internationalen Konkurrenz eine Modernisierung des heimischen Tourismussektors vorsahen. Diese umfasste einen Ausbau der Infrastruktur und die Errichtung neuer touristischer Anlagen, die internationale Standards entsprechen und die hohen Erwartungen ausländischer Besucher erfüllen. Zunächst wurden seit 1995 die Zahl neuer Hotels der Kategorie „3 und 4 Sterne“ sowie der Übernachtungsbetten aufgestockt. Innerhalb von fünf Jahren wurden dem *Office National du Tourisme Tunisien* zufolge bis 1995 etwa 104 neue touristische Einrichtungen gebaut, was die Zahl der Betten von 116.534 im Jahr 1990 auf 161.498 in 1995 anwachsen ließ[379]. Dank

[379] Vgl. Agence Foncière Touristique (Tunisie): *„Indicateurs Touristiques“*, unter: http://www.aft.nat.tn/fr/tourisme_indicateurs_tunisie.php, abgerufen am 03.10.19.

weiterer Investitionen steigerte sich bis 2000 die Zahl touristischer Einrichtungen auf 736 und die Bettenzahl auf knapp 200.000. Zudem wurden mithilfe einer neuen Marketingstrategie günstige Reiseangebotspakete eingeführt, die es dem Land ermöglichten, mehr Marktanteile in Ost- und Südeuropa (vor allem in Polen und Spanien) zu gewinnen (Mollet/Neffati 2004: 35). Hierzu steuerte die nationale Fluggesellschaft *Tunisair* neben den Hauptstädten europäischer Staaten, aus denen die meisten Touristen herkamen, auch andere Metropole dieser Länder für angemessene Flugpreise an (vgl. Miossec 1997: 59). Der von der Regierung neu eingeschlagene Kurs wirkte in der Folge positiv auf die Touristenzahlen, die von gut 3,2 Mio. im Jahr 1990 auf knapp 4,2 Mio. im Jahr 1995 und sogar auf gut 5 Mio. in 2000 stiegen. Diese überwiegend europäischen Besucher bescherten dem Land z.B. im Jahr 2000 Deviseneinnahmen im Wert von über 2. Mrd. tunesischer Dinar (etwa 1,3 Mrd. USD zum damaligen Wechselkurs).

Trotz des verzeichneten Zuwachses, litt der Sektor bis Ende der 1990er Jahre an strukturellen Schwachstellen, die ein maximales Ausschöpfen der heimischen Potenziale behinderten. Es mangelte vor allen an einer Diversifizierung der Palette von Urlaubszielen im Land. Die touristischen Angebote konzentrierten sich schwerpunktmäßig auf Regionen am Meer, die abgesehen von der Badesaison kaum Touristen anlockten. Es wurde versäumt, im Landesinneren, wo es nur sehr wenige Übernachtungen gab, und im Umkreis archäologischer Standorte für eine angemessene Infrastruktur zu sorgen und damit das Interesse von ausländischen Touristen zu wecken (vgl. Mollet/Neffati 2004: 38). Die tunesische Staatsführung modifizierte nach der Jahrtausendwende ihre Strategie zur Entwicklung des Tourismus. Eine Reihe von Nationalparks wurden errichtet, der Wüstenurlaub wurde stärker vermarktet, spezielle Programmangebote für eine jüngere sowie ältere ausländische Klientel für die Nebensaison wurden entworfen (vgl. Mollet/Neffati 2004: 38f.). Zu diesem Zweck wurden die Kapazität von Ferienhäusern sowie Jugendherbergen ausgebaut. Ferner wurden neue mittelgroße und günstige Hotels erbaut, die sich besonders an tunesische Urlauber richten und ihre Konsumkraft entsprechen. Angesichts der guten Marktchancen stiegen mehrere überwiegend europäische Investoren und Hotelketten aus Frankreich, Deutschland und Großbritannien in der tunesischen Tourismusbranche ein und brachten neue Expertise sowie Marketingkonzepte ins Land ein. Der Strategiewechsel trug bereits 2001 die ersten Früchte, nachdem fast 5,4 Mio. Besucher ins Land kamen. Im Laufe der 2000er Jahre bot der Tourismussektor in Tunesien direkt und indirekt insgesamt Arbeitsplätze für etwa 400.000 Menschen und trug mit 6 Prozent am BIP bei (Callies de Salies 2007: Abschnitt 5).

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 sowie der Terroranschlag 2002 auf die Synagoge in der bei Ausländern beliebten tunesischen Insel *Djerba*, bei dem u.a. 14 deutsche Urlauber ums Leben kamen, sorgten für eine Verlangsamung der positiven Entwicklung in der Branche. Nach einer kurzen Einbruchsphase zeigte jedoch seit 2004 die Entwicklungskurve steil nach oben und die Besucherzahl konnte 2010 mit über 7,8 Mio. einen Höhepunkt in der Geschichte Tunesiens verbuchen, was dem Land Einnahmen von gut 3,5 Mrd. Dinar (gut 2 Mrd. USD laut des damaligen Wechselkurses) einbrachte (vgl. Akrout/Khadimallah 2013: Abschnitt 23; La Banque Mondiale[380]). Dabei stammten die meisten Urlauber aus europäischen Staaten (Frankreich, Deutschland, Italien und Großbritannien). Der fast zehn Jahre andauernde Höhenflug der Tourismusbranche wurde im Jahr 2011 infolge der politischen Umbrüche im Land gestoppt und die Urlauberzahlen sanken auf 5,7 Mio. Touristen, nachdem mehrere Staaten Reisewarnungen für das Land herausgegeben hatten. Nach Wiederherstellung der politischen Ordnung stabilisierten sich die Touristenzahlen von 2012 bis 2014 auf ein jährliches Niveau von durchschnittlich 7 Mio. Besucher, bevor zwei Terrorangriffe gegen ausländische Urlauber mit etwa 60 Toten im Laufe des Jahres 2015 den Sektor hohe Verluste bescherten. Nach einer Verbesserung der Sicherheitslage konnte sich die Branche 2016 zunächst leicht erholen. Seit 2017 zeigten die Touristenzahlen dann deutlich nach oben. Sie erreichten im Jahr 2018 einen Spitzenwert von 8,3 Mio. Urlaubern und brachten dem Land Einnahmen von 4,1 Mrd. Dinar (etwa 1,5 Mrd. USD gemäß dem damaligen Wechselkurs) ein[381]. Im Jahr 2019 kamen sogar 9 Mio. Touristen und bescherten dem Land einen neuen Besucherrekord.

Der deutliche Touristenzuwachs in Tunesien nach 2011 ist einem Bündel von Faktoren und Strategien zurückzuführen. So wurden die Urlaubsangebote für ausländische Urlauber je nach Alter und Kaufkraft ausgeweitet. Einige Musikfestivals wurden z.B. seit 2014 jährlich in der Wüste organisiert und lockten daraufhin junge Besucher an. Angebote von Agrotourismus, die nach italienischem Vorbild u.a. Erkundungs- und Freizeitaktivitäten in ländlichen Gebieten umfassten und sich auf einer zahlungskräftigeren und kulturinteressierten Kundschaft richten, wurden ebenfalls ausgebaut[382]. Im Dezember 2017 vereinbarte Tunesien die Aufnahme von

[380] Vgl. La Banque Mondiale: *„Tourisme international, nombre d'arrivées - Tunisia"*, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/ST.INT.ARVL?end=2018&locations=TN&start=1995; Ministère du Tourisme et de l'Artisanat: *„Tourisme en chiffres. Réalisations du secteur touristique"*, unter: http://www.tourisme.gov.tn/realisations-et-perspectives/tourisme-en-chiffres/statistiques-2011.html, beide Links abgerufen am 03.10.19.

[381] Vgl. Germany Trade and Invest: *„Tunesiens Tourismussektor boomt. Investitionen kommen eher aus dem Ausland"*. Bericht vom 01.07.2019, unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/tunesien/tunesiens-tourismussektor-boomt-110796, abgerufen am 03.10.19.

[382] Ebd.

Verhandlungen zur Unterzeichnung des *Open Sky-Abkommens* mit der EU zur Liberalisierung des Luftfahrtsektors. Dabei sollte in einem ersten Schritt sowohl der tunesische als auch der europäische Luftraum und die nationalen Flughäfen (zu Beginn mit Ausnahme von Tunis) für die verschiedenen Fluggesellschaften beider Seiten geöffnet werden[383]. Dadurch sollten die Verbraucher von einer breiteren Auswahl an Fluggesellschaften und somit bei Reisen von niedrigeren Preisen profitieren. Im zweiten Schritt sollte die Marktliberalisierung dann auf andere internationale Fluggesellschaften ausgedehnt werden. Nach intensiven Verhandlungen soll das Open Sky-Abkommen zwischen Tunesien und der EU im Laufe des Jahres 2020 unterzeichnet und ratifiziert werden. „Des études ont démontré que l'open sky favorise une croissance entre 2 et 3% du PIB, la création d'emplois et une visibilité de la destination tunisienne, d'autant que certains pays européens ne connaissent pas la Tunisie"[384].

Tunesien hat nach 2011 sein Marktanteil in den benachbarten Staaten durch spezielle Reiseprogramme steigern können. In dieser Hinsicht trug die gegenseitige Abschaffung von Grenzeintrittsgebühren (Taxe touristique) zwischen Tunesien und Algerien im Oktober 2016 zu einer deutlichen Zunahme der algerischen Urlauberzahlen in Tunesien bei, nachdem diese von 1,8 Mio. in 2016 auf 2,7 Mio. algerische Touristen im Jahr 2018 gestiegen waren[385]. Somit bildeten Algerier 2018 bezogen auf die Herkunftsländer die größte Touristengruppe in Tunesien vor den Libyern (1,5 Mio. Besucher). Angesichts dieser positiven Konstellation entschieden sich 2018 mehrere überwiegend europäische Reiseveranstalter in Tunesiens Tourismussektor einzusteigen bzw. ihre Investitionen und Geschäftsmodelle für das Land auszuweiten[386].

6.2.4 Die Landwirtschaft

Die Landwirtschaft zählt traditionell seit der Unabhängigkeit zu den Schlüsselsektoren der tunesischen Wirtschaft. Ihre Entwicklung hat eine signifikante sozio-ökonomische Tragweite für viele Landesteile und betrifft dabei gleichermaßen sowohl die Stadtbewohner (als Konsumenten, die auf günstige Agrarprodukte angewiesen sind) als auch die Landbevölkerung

[383] Vgl. African Manager: *„Open Sky: L'accord entre l'UE et la Tunisie pourrait être signé en mars prochain*". Artikel vom 18.02.2010, unter: https://africanmanager.com/open-sky-laccord-entre-lue-et-la-tunisie-pourrait-etre-signe-en-mars-prochain/, abgerufen am 20.02.20.

[384] Ebd.

[385] Vgl. Germany Trade and Invest: *„Tunesiens Tourismussektor boomt. Investitionen kommen eher aus dem Ausland*". Bericht vom 01.07.2019; Apim, Eric: *„La Tunisie a accueilli près de six millions de touristes en 2016*". Artikel vom 25.01.2017. In: Econostrum, unter: https://www.econostrum.info/La-Tunisie-a-accueilli-pres-de-six-millions-de-touristes-en-2016_a22755.html, beide Links abgerufen am 03.10.19.

[386] Vgl.Germany Trade and Invest: *„Tunesiens Tourismussektor boomt. Investitionen kommen eher aus dem Ausland*". Bericht vom 01.07.2019.

(Garant zur Sicherung von Arbeitsplätzen und wichtigste Einnahmequelle). „Tunesiens Agrarpolitik verbindet zwei Hauptziele miteinander, nämlich starke Exportkonzentration auf wenige Produkte und Versorgungsautarkie“ (Rudloff 2019: 14). Letztere zielt in erster Linie darauf ab, die Lebensmittelsicherheit des Landes zu gewährleisten und somit die Lebensmittelimporte zu reduzieren. Hinzu kommt die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Schutz des nationalen Ökosystems. Die gesamte landwirtschaftliche Fläche im Land wird auf 10,4 Mio. Hektar, was etwa 63 Prozent des Territoriums entspricht, geschätzt, wobei lediglich 4 Mio. Hektar (Stand von 2016) davon bewirtschaftet werden (vgl. Chebbi 2019: 22). Angesichts der schwierigen klimatischen Bedingungen im Land und den damit verbundenen knappen Wasserressourcen konnte jedoch nur weniger als ein Zehntel der landwirtschaftlichen Nutzfläche (durchschnittlich 372.000 Hektar für die Zeit von 2000 bis 2010) bewässert werden. Eine erfolgreiche Bewirtschaftung des größten restlichen Teils der Agrarfläche war vom Regen bzw. Niederschlagsmenge abhängig.

Tunesien zählte 1995 gut 8,5 Mio. Einwohner, von denen fast die Hälfte noch im ländlichen Raum lebte. Die wichtige sozio-ökonomische Dimension der Branche manifestierte sich Mitte der 1990er Jahre zuerst in ihrem Beschäftigungspotenzial, da sie zusammen mit dem Fischereisektor Arbeitsplätze für rund 22 Prozent (überwältigende Mehrheit davon entfällt auf die Landwirtschaft) der aktiven Bevölkerung bot. Der Agrarsektor trug mit etwa 13 Prozent (mit der Lebensmittelindustrie machte das ca. 17 Prozent) am BIP bei und ermöglichte insbesondere der ländlichen Bevölkerung die Sicherung ihrer Existenz und hielt sie zunächst vor einer Binnenwanderung in Richtung der Stadtgebiete ab. Im Jahr 1995 fiel allerdings der Ertrag aus der landwirtschaftlichen Produktion aufgrund zweier Dürrejahre in Folge negativ aus, was das Wirtschaftswachstum verlangsamte und die Inflationsrate auf ein hohes Niveau anschwellen ließ (vgl. Chaker 1997: 152). Diese schwierige Lage setzte die Landbevölkerung unter Druck und trug zum Anstieg der Arbeitslosigkeit bei.

Tunesien verfügt über ein mediterranes Klima, das durch eine Regen- und eine Trockenzeit gekennzeichnet ist. Das Land ist geografisch gesehen in einem feuchten Norden und teilweise auch Mitte sowie einen trockenen Süden geteilt, beide unterliegen sowohl Einflüssen vom Mittelmeer als auch aus der Wüste, die etwa zwei Drittel der Gesamtfläche ausmacht. Der gewichtete Niederschlagsindex liegt bei 326,1 Millimeter im Jahr (entspricht 326,1 Liter pro Quadratmeter) und die Regenmengen weichen je nach Region und Jahr stark ab (vgl. Bessaoud 2019: 16). „Ausgedehnte Landwirtschaft findet sich vor allem im Norden und in der Mitte des Landes, während sich die Agrarproduktion im Süden, der durch die Sahara geprägt ist, auf den

Dattelanbau beschränkt“ (Rudloff 2019: 7). Die wiederkehrenden Dürreperioden, die die Region in zeitlichen Abständen heimsuchen und die nordafrikanische Landwirtschaft seit Jahrzehnten begleiten, veranlasste die tunesische Regierung dazu, mehrere Maßnahmen zu treffen, um die Leistung der Branche zu verbessern. In diesem Kontext sollten u.a. die knappen Wasserressourcen angesichts der schwachen Niederschlagsmengen geschont werden, zumal Mitte der 1990er lediglich etwa 530 Kubikmeter Wasser pro Einwohner und Jahr zur Verfügung stand – diese Menge lag gerade oberhalb der internationalen Schwelle vom Wasserstress, die 500 Kubikmeter pro Einwohner und Jahr beträgt (vgl. Chebbi 2019: 50).

Tunesien unternahm zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit seines Landwirtschaftssektors zahlreiche Schritte. im Laufe der 1980er und 1990er Jahre wurden zunächst im Rahmen des *Agricultural Sector Adjustment Program* mehrere Projekte umgesetzt, um u.a. auch die Vorgaben der Geldgeber wie die Weltbank und der IWF, zu erfüllen. Hierzu wurde das Staatsmonopol teilweise aufgehoben, die Agrarproduktivität stimuliert und die Staatsausgaben für die Agrarbranche reduziert (vgl. Rudloff 2019: 14). Die öffentliche Subventionierung von Grundnahrungsmitteln, wie etwa Mehl, Brot, Milch, Nudeln, Zucker und Pflanzenöl blieb allerdings, wie es in Nordafrika üblich ist, bestehen, um die Kaufkraft der Konsumenten zu schützen und somit den sozialen Frieden zu wahren. 1995 wurde ein nationaler Aktionsplan für Lebensmittel und Ernährung erstellt, der darauf abzielte, den Ernährungszustand und die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern. In Zusammenarbeit mit der *Food and Agriculture Organization* (FAO) der UN und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF (*United Nations International Children's Emergency Fund*) wurden Programme zur Rationalisierung von Lebensmittel- sowie vom Wasserkonsum erstellt und umgesetzt sowie Pläne zur Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums erarbeitet.

Im Vordergrund der staatlichen und international geförderten Hilfemaßnahmen standen der nachhaltige Umgang mit natürlichen Ressourcen, die Aufklärung der Landwirte und die Verbesserung der Agrarproduktion durch Einstellung von qualifizierten Fachkräften. Außerdem wurde deutlicher auf die Gesundheit von Tieren und Fleischproduktion geachtet, technische Hilfe für die Waldentwicklung sowie die Sicherstellung hygienischer Bedingungen und Qualität von Lebensmitteln wurden ebenfalls als Ziele benannt (vgl. FAO[387] 2011: 11; Chebbi 2019: 31, 48f.). Zudem wurden von staatlicher Seite Projekte für den „integrierten

[387] Food and Agriculture Organization: *„Coopèration FAO-Tunisie en matière de développement agricole en Tunisie*“. Organisation des Nations Unies pour l’alimentation et l’agriculture (Hrsg.). Bureau Sous-Régional pour l’Afrique du Nord, Représentation en Tunisie, Juillet 2011, unter: http://www.fao.org/3/a-ba0009f.pdf, abgerufen am 03.10.19.

Landbau“ gefördert, in deren Rahmen den Landwirten technische und fachliche Unterstützung sowie Kredite gemessen an das beobachtete Produktionspotenzial gewährt wurden (vgl. Abbate 2002: 63; Chebbi 2019: 31). Diese Maßnahmen trugen zu einem sprunghaften Anstieg des Öko-Anbaus bei, der seit Beginn der 2000er Jahre eine deutliche und positive Entwicklung erlebte. In dieser Hinsicht ist zu erwähnen, dass Tunesien hinter Tansania der Zweitgrößte Lieferant biologischer Landwirtschaftsprodukte Afrikas ist und dementsprechend auf internationaler Ebene nach Stand von 2016 den 24. Platz belegt. „Hauptprodukte der etwa 3.000 zertifizierten und überwiegend für den Export produzierenden Unternehmen sind Olivenöl, Datteln, Mandeln, Orangen, getrocknete Früchte und Gewürze sowie Honig“ (Rudloff 2019: 7). Der Ausfuhranteil von tunesischen Agrargütern in Richtung EU-Länder, die als organisch gelten, stieg stetig an von ca. 2 Prozent im Jahr 2006 auf über 13 Prozent im Jahr 2016.

Die EU-Staaten stellten in der Untersuchungsphase mit einem Anteil von zeitweise über 50 Prozent die wichtigsten Abnehmer tunesischer Agrarerzeugnisse dar. Der Barcelona-Prozess sowie das AA zwischen Tunesien und der EU sahen zwar die Errichtung einer Freihandelszone (zunächst für Industriegüter) bis 2010 vor, allerdings konnten in Bezug auf landwirtschaftliche Produkte aufgrund des von beiden Seiten praktizierten Protektionismus lediglich die Zölle für wenige Agrarerzeugnisse reduziert bzw. aufgehoben werden (vgl. Rudloff 2019: 18f.). Nach dem Aufstand in Tunesien konnten erst ab 2015 wieder die Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des Handels mit Agrar- und Fischereierzeugnissen aufgenommen werden. In der Zwischenzeit wurden Importe bzw. Exporte mithilfe von Zollsenkungen sowie einer Festlegung von Zollquoten für „sensible“ Produkte geregelt, wenn diese von den jeweiligen heimischen Bauern produziert werden und deshalb geschützt werden sollen. Die entsprechenden Verfahren und Mechanismen dafür waren Gegenstand aufwändiger Gespräche. Die EU legte daher zunächst Zollquoten für viele tunesische frische sowie verarbeitete Obst- und Gemüsesorten fest. Tunesien seinerseits verhängte auch Zollkontingente für bestimmte aus der EU eingeführte Produkte wie etwa Fleisch, Milch und Getreide. Einem Bericht der Welthandelsorganisation von 2016 zufolge betrug der durchschnittliche Zollsatz für europäische Agrarerzeugnisse, die in den tunesischen Markt gelangten, ca. 32,1 Prozent (Tarif von 2014), während die EU für die importierten tunesischen landwirtschaftlichen Produkten einen niedrigeren Zollsatz von etwa 12 Prozent erhob (vgl. Chebbi 2019: 58f; Rudloff 2019: 19f). Einzig Fischprodukte und Tomatensoße, geschälte Tomaten, Datteln, Mandeln sowie einige Obst- und Gemüsesorten konnten aus Tunesien in die EU vollständig zollfrei eingeführt werden (vgl. Rudloff 2019: 19).

In Tunesien wie in ganz Nordafrika genießt die Produktion von Getreiden und Fleisch gesellschaftlich und landwirtschaftlich gesehen einen hohen Stellenwert, da vor allem Getreide traditionell als wichtiger Bestandteil in der Zubereitung von Brot, Nudeln und Couscous gelten, die von breiten Teilen der Bevölkerung täglich verzehrt werden. Der Staat musste daher 76 Prozent seiner Lebensmittelsubventionen diesen Produkten widmen. Dementsprechend wurden lokale Landwirte und Betreiber durch Subventionen dazu ermutigt, ihre Tätigkeiten eben auf den Getreideanbau zu konzentrieren. Bei der Fleischproduktion wurde 2017 trotz allen Bemühungen eine Importabhängigkeit von 40 Prozent verzeichnet. Was Getreide anbelangt, so wurden diese zwischen 2000 und 2012 auf über 1,4 Mio. Hektar sowie von 2013 bis 2016 auf über 1,1 Mio. Hektar kultiviert, was nach den Datteln- und Olivenanbau der zweitgrößten für landwirtschaftliche Zwecke gewidmeten Fläche (ca. 30 Prozent der Agrarnutzfläche) entspricht (vgl. Chebbi 2019: 23f.). Die Qualität und Quantität der tunesischen Getreideproduktion schwanken von Jahr zu Jahr und unterlagen den klimatischen Bedingungen. Die gesamte nationale Produktion (Weichweizen, Hartweizen und Gerste) ging daher von etwa 9,5 Mio. Tonnen im Zeitraum von 2002 bis 2006 auf 9 Mio. Tonnen für die Phase von 2007 bis 2011 zurück und rutschte in der Periode von 2012 bis 2016 sogar auf einem Niedrigstand von 8,3 Mio. Tonnen ab, was den lokalen Bedarf nicht decken konnte und die Dependenz Tunesiens von Einfuhren erhöhte. Im Jahr 2017 wurde die Abhängigkeitsrate von Getreideimporte für Weichweizen auf 88,96 Prozent, für Hartweizen auf 42,54 Prozent und für Gerste auf 55,04 Prozent beziffert (vgl. Chebbi 2019: 68).

Die rückläufige Getreideproduktion war trotz staatlicher Subventionen nicht abzuwenden. Neben den schwankenden Niederschlagsmengen trugen auch die staatliche Agrarpolitik (der Fokus lag u.a. auf der Förderung von exportorientierten Produkten und Betrieben) sowie die schwache technische und fachliche Ausstattung des Sektors zu dieser negativen Tendenz bei. Um die steigende Nachfrage im Land zu decken, importierte Tunesien im Jahr 2017 etwa 3,7 Mio. Tonnen Getreide im Wert von 735 Mio. USD. Die EU war im Durchschnitt von 2001 bis 2016 der wichtigste Getreideexporteur Tunesiens bevor sie im Jahr 2017 aufgund einer schlechten Ernte von der Ukraine auf den zweiten Platz verdrängt wurde. Die Getreideexporte der EU in Richtung Tunesien profitierten von Zollvorteilen, die in Protokoll 3 des AA enthalten sind, und die niedrigen Einfuhrzölle für bestimmte Kontingente vorsahen (vgl. Chebbi 2019: 69). Seit Ende 2015 wurden dann sowohl die Mehrwertsteuer als auch die Zölle auf Getreideimporte abgeschafft (vgl. Chebbi 2019: 70). Die Zölle für weitere Agrarprodukte, die aus der EU bezogen werden, wie etwa Zucker, Rohrapsöl und Milchprodukte, unterlagen Zollquoten und ihre Einfuhrzölle wurden im Jahr 2015 reduziert bzw. annulliert.

Tunesien versuchte im Laufe der 2000er Jahre in Bezug auf seine Agrareinfuhren die Importländer zu diversifizieren, damit das Land von der internationalen Preiskonkurrenz profitiert und gleichzeitig eine Versorgungssicherheit bei Krisen oder Engpässen garantieren kann. Zudem wurden neue Exportmärkte erschlossen, damit die Landwirte bei Überschüssen möglichst keine Verluste erleiden. In diesem Kontext ist u.a. das Handelsabkommen mit Algerien, das 2010 unterzeichnet wurde und im März 2014 in Kraft trat, zu nennen. Dabei wurde in Bezug auf landwirtschaftliche Erzeugnisse vereinbart, Quoten von zwei Dutzend algerischen Agrarprodukten einen zollfreien Zugang zum tunesischen Markt zu gewähren, im Gegenzug wurden Kontingente von 26 tunesischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen ohne Einfuhrgebühren nach Algerien exportiert (vgl. Bessaoud 2019: 53). Darüber hinaus errichtete Tunesien im Jahr 2004 gemeinsam mit Marokko, Ägypten und Jordanien im Rahmen des *Agadir-Abkommens* eine Freihandelszone, die im Jahr 2007 in Kraft trat und im Jahr 2016 um den Libanon und die Palästinensischen Autonomiegebieten erweitert wurde. Diese Süd-Süd-Partnerschaft, die auch vom Barcelona-Prozess angestrebt ist und gefördert wird, konnte jedoch aufgrund protektionistischer und struktureller Defizite bis 2020 nicht den erhofften Ergebnissen bringen (siehe Kapitel 8).

Die Milchproduktion im Land verzeichnete im Vergleich zum Anfang der 1990er Jahre, als das Land noch von Einfuhren aus der EU abhängig war, einen deutlichen Anstieg. Von den EU-Staaten (traditionelle Lieferanten des Landes von Milcherzeugnissen) musste das Land zu diesem Zeitpunkt etwa 340.000 Tonnen Milchprodukte jährlich importieren, um die steigende Nachfrage zu befriedigen. Dank der Umsetzung der *Nationalen Milchstrategie* im Laufe der neunziger Jahre verdreifachte sich die heimische Erzeugung und das Land konnte innerhalb von zehn Jahren sein Milchbedarf aus eigener Kraft und mithilfe einer lokal agierenden Lebensmittelindustrie decken (vgl. Chebbi 2019: 72). Im Jahr 2017 erzielte Tunesien einen Überschuss und konnte sogar 33.000 Tonnen Milchprodukte (hauptsächlich Milch, Käse und Joghurt), u.a. nach Libyen (16.400 Tonnen) und Marokko (8.000 Tonnen) exportieren. Dennoch blieb die EU im Jahr 2017 mit einem Anteil von über 50 Prozent auch weiterhin Tunesiens wichtigster Lieferant von einigen Milchprodukten (Milchpulver, Molke und Käse).

Neben seine Bemühungen zur Gewährung der Lebensmittelsicherheit legte Tunesien großen Wert auf die Produktion von Erzeugnissen, die für den Export geeignet sind und somit Devisen einbringen können. Ganz oben auf der Prioritätenliste stehen neben Datteln vor allem Oliven bzw. Olivenöl, das wichtigste und rentabelste Exportgut der heimischen Landwirtschaft. An der Produktion von Olivenöl, der seit den 1960er Jahren vom Staat gefördert wird, wirken nach

Stand von 2017 fast 309.000 (entspricht ca. 60 Prozent aller Landwirte) zumeist kleine Olivenbauer, die auf 1,7 Millionen Hektar (ein Drittel des Ackerlandes) fast 82 Millionen Olivenbäume anbauen (vgl. Rudloff 2019: 14f; Chebbi 2019: 25; Dubessy 2015[388]). Mit ungefähr 1. Mrd. Dinar (ca. 470 Mio. USD) im Jahr stellte die Olivenölproduktion im Durchschnitt in der Periode von 2014 bis 2016 fast 30,5 Prozent des Wertes der Baumernte und 9,2 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Produktion (ohne Fischerei) dar (vgl. Chebbi 2019: 25). Wenn die Beschäftigten in der mit der Herstellung von Olivenöl verbundenen Lebensmittelindustrie zu den Olivenbauern zugezählt werden, dann sind über eine Million Menschen direkt oder indirekt an die Olivenölbranche gebunden, die in den Feldern sowie in 1.750 Ölmühlen, 15 Raffinieranlagen, 10 Fabriken für die Gewinnung von Oliventresteröl sowie rund zwanzig Abfüll- und Seifenbetrieben arbeiten[389].

Die Herstellung von Olivenöl belief sich von 2002 bis 2016 durchschnittlich auf etwa 190.000 Tonnen pro Jahr. Somit gehörte Tunesien zu den wichtigsten Produzenten weltweit. Mit einer Produktion von knapp 194.000 Tonnen war das Land im Jahr 2016 hinter Spanien, Italien und Griechenland viertgrößter Hersteller und zweitwichtigster Exporteur (hinter der EU) von Olivenöl in der Welt[390]. Der EU-Raum, wohin von 2001 bis 2017 im Durchschnitt über 50 Prozent (zeitweise über 70 Prozent) der Olivenölexporte gingen, repräsentiert den traditionellen Markt für tunesisches Olivenöl. Nach tunesischen Angaben sicherten die heimischen Olivenölexporte von 2009 bis 2013 ein Großteil der entsprechenden Importe von Frankreich (im Durchschnitt 97 Prozent), 87 Prozent der Olivenöleinfuhren von Italien und 61 Prozent von Spanien[391]. Das 1995 unterzeichnete AA sah eine zollfreie Einführung von 56.700 Tonnen tunesischem Olivenöl in die EU vor (vgl. Chebbi 2019: 77; Rudloff 2019: 20; Econostrum[392]). Im Jahr 2015 konnte Tunesien nach einer sehr guten Ernte einen Rekordexport von etwa 222.000 Tonnen Olivenöl erzielen, ca. 70 Prozent davon wurden nach Europa ausgeführt und konnten in diesem Jahr die schwache italienische Produktion und ihre Wirkung auf dem

[388] Vgl. Dubessy, Frédéric: *„Bruxelles met de l'huile dans ses relations avec la Tunisie“*. Artikel vom 15.09.2015. In: Econostrum, unter: https://www.econostrum.info/Bruxelles-met-de-l-huile-dans-ses-relations-avec-la-Tunisie_a20724.html, abgerufen am 04.10.19.
[389] Ebd.
[390] Tunesien produzierte während der Untersuchungsphase durchschnittlich 8 Prozent des weltweiten Olivenöls und sorgte für fast 19 Prozent der internationalen Olivenölausfuhren.
[391] Vgl. Dubessy, Frédéric: *„Bruxelles met de l'huile dans ses relations avec la Tunisie“*. Artikel vom 15.09.2015. In: Econostrum; Chebbi 2019: 77f.
[392] Vgl. Dubessy, Frédéric: *„Bruxelles met de l'huile dans ses relations avec la Tunisie“*. Artikel vom 15.09.2015. In: Econostrum.

Kontinent kompensieren. Im Jahr 2017 exportierte Tunesien etwa 60 Prozent seiner Olivenölausfuhren für einen Wert von 276 Mio. USD in die EU.

Angesichts des Wirtschaftseinbruchs nach den politischen Umbrüchen von 2011 und den Terroranschlägen von Sousse und Tunis im Jahr 2015, die einen Tourismuseinbruch hervorgerufen hatten, wurden zur Unterstützung der tunesischen Wirtschaft im September 2015 auf Initiative der EU-Außenminister EU-Hilfemaßnahmen für das Land beschlossen. In diesem Kontext wurde u.a. zum Beginn des Jahres 2016 die monatliche Begrenzung zum Einführen von tunesischem Olivenöl in die EU aufgehoben. Für eine Dauer von zwei Jahren (2016 und 2017) wurde angeordnet, zusätzliche Olivenölimporte von jährlich 35.000 Tonnen zu erlauben und entsprechend „dringende autonome Handelsmaßnahmen für Tunesien einzuführen, mit denen (…) insgesamt 70.000 Tonnen zum Zollsatz Null gewährt wird“ (vgl. Chebbi 2019: 77; Rudloff 2019: 20; EU-Kommission[393]). Die EU bekräftigte diesbezüglich "son engagement de soutenir le gouvernement de Tunisie et ses citoyens, afin d'approfondir la relation entre l'UE et la Tunisie et de protéger l'économie tunisienne suite aux récentes attaques terroristes"[394].

Der Landwirtschaftssektor und ländliche Gebiete in Tunesien boten 2018 weiterhin den Lebensraum für ein Drittel und Arbeitsplätze für 15 Prozent der Einwohner (vgl. Rudloff 2019: 7; Chebbi 2019: 8). Die Branche ist die Haupteinkommensquelle der Landbevölkerung und trägt außerdem mit bis zu 10 Prozent am BIP bei. Trotz der staatlichen Maßnahmen zur Modernisierung der Landwirtschaft blieb der Ertrag unter den Erwartungen. Weder eine Autarkie an Lebensmittel noch eine signifikante Minimierung der Getreideimporte konnten erzielt werden. Die Branche litt insgesamt an finanziellen und strukturellen Problemen. Sowohl die staatlichen als auch die ausländischen Direktinvestitionen erwiesen sich als schwach, um die Leistungsfähigkeit des Sektors deutlich zu steigern (vgl. Cleas 2016: 1; Chebbi 2019: 39f). Ein Großteil der Gelder wurde wirtschaftsübergreifend in Produkte und Zweigen gesteckt, die sich für den Export eignen. Die Investitionen in der Landwirtschaft entfielen vorzugsweise auf Großfarmer auf Kosten von Kleinbauern (letztere stellen fast die Hälfte der Landwirte dar). „Im Zuge von Strukturanpassungen, die durch Kredite der Weltbank gefördert worden sind, wurde Farmland von kleinen staatlichen Kooperativen an große private Farmen übergeben. Viele

[393] Vgl. Europäische Kommission: *„Beziehungen EU-Tunesien“*. Bericht vom 10.05.17, unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEMO_17_1263, abgerufen am 03.10.19.
[394] Dubessy, Frédéric: *„Bruxelles met de l'huile dans ses relations avec la Tunisie“*. Artikel vom 15.09.2015. In: Econostrum.

Arbeitsstellen wurden dadurch vernichtet; kleine Farmer (-innen) konnten mit den großen Betrieben nicht mehr mithalten“ (Cleas 2016: 1).

Die Qualität und Quantität der Ernten, wie z.B. von Oliven, hingen von 1995 bis 2020 stark von klimatischen Bedingungen ab. Wurden beispielweise im Jahr 2014 weniger als 90.000 Tonnen Olivenöl produziert, so stieg die Menge im darauf folgenden Jahr aufgrund besserer Niederschlagswerte an und erreichte einen Höhepunkt von 300.000 Tonnen. Diese Produktionsschwankungen beeinflussen zwangsläufig die Exportmengen von tunesischem Olivenöl. Generell haben die Niederschlagswerte einen großen Einfluss auf die Menge der importierten und exportierten Agrarerzeugnisse und führen zu Einnahmeverlusten bzw. höheren Ausgaben. Im Hinblick auf die knappen Wasserressourcen ist zu erwähnen, dass der Index vom Wasserstress in Tunesien im Jahr 2018 unter der internationalen Schwelle (500 Kubikmeter pro Einwohner im Jahr) auf 450m³ gesunken ist (gegenüber 530m³ im Jahr 1995) und es ist zu befürchten, dass sich diese Entwicklung weiter verschärfen wird. Somit wird das Land über deutlich begrenzte Wasserressourcen verfügen und als einer von vielen Staaten der Region bis 2025 mit ernsthaften Wasserproblemen konfrontiert sein, die eine enorme Tragweite für Mensch, Tier und Landwirtschaft haben werden (vgl. Chebbi 2019: 50).

Während der Untersuchungsphase war die EU der wichtigste Exportmarkt für tunesische Agrarprodukte. Gleichzeitig waren die EU-Staaten trotz verzeichneter Einbußen Tunesiens Hauptlieferant mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Stand von 2017). Im Jahr 2017 konnte das Land insgesamt landwirtschaftliche Güter im Wert von 1,53 Mrd. USD (11 Prozent der Gesamtexporte) ausführen, knapp 45 Prozent davon (im Wert von 681 Mio. USD) und insbesondere in Form von Olivenöl und Früchten wurden in die EU exportiert. Im Gegenzug importierte das Land im selben Jahr Agrarerzeugnisse aus den EU-Mitgliedstaaten im Wert von 586 Mio. USD, dabei handelte es sich überwiegend um Getreide- und Milchprodukte. Nachdem der Anteil europäischer Agrarausfuhren, vor allem Getreide und Zucker, im Jahr 2001 noch 37 und 2010 etwa 34 Prozent der tunesischen Agrarimporte ausgemacht hatte, ging dieser Anteil aufgrund der steigenden Konkurrenz aus der Ukraine, Russland und Brasilien im Laufe der Jahre zurück und erreichte 2017 lediglich 25 Prozent (vgl. Chebbi 2019: 66f.). Bezogen auf alle Güter blieb die EU von 1995 bis 2019 Tunesiens wichtigster Handelspartner. Dementsprechend wurden 75 Prozent der tunesischen Ausfuhren in den EU-Raum exportiert und 63 Prozent des gesamten Außenhandels von Tunesien wurde mit den EU-Staaten abgewickelt, wobei allein Frankreich, Italien und Deutschland etwa 78 Prozent der tunesischen Exporte in die EU

absorbierten[395]. Im Jahr 2015 betrug das Handelsvolumen zwischen beiden Seiten etwas mehr als 20 Mrd. EUR. Die wichtigsten Exporte Tunesiens in die EU waren Maschinen und Transportausrüstung (41 Prozent), Textilien und Bekleidung (24 Prozent) sowie Agrarprodukte (8,5 Prozent). Die wesentlichen Ausfuhren der EU nach Tunesien waren Maschinen und Transportausrüstung (36 Prozent), Textilwaren (12 Prozent), Bergbauerzeugnisse, Treibstoffe (10 Prozent) sowie chemische Erzeugnisse (8 Prozent)[396].

Mit dem Anstieg der Bevölkerungszahl, die 2018 laut der Weltbank gut 11,5 Mio. betrug, stieg auch die Nachfrage nach Lebensmitteln deutlich an und erforderte einen Zuwachs der Importe von Agrarerzeugnissen. Angesichts der knappen finanziellen Ressourcen des Staates, der strukturellen Problemen in der Landwirtschaft sowie der Entwertung der nationalen Währung Dinar sah sich Tunesien mit großen ökonomischen Herausforderungen konfrontiert. Mit Ausnahme von 2006, als ein leichter Überschuss erzielt wurde, beklagte das Land von 2001 bis 2017 ein Defizit im Agrarhandel, der 2017 ca. 797 Mio. USD betrug, was 12 Prozent des gesamten Handelsbilanzdefizits entsprach. Darüber hinaus musste der Staat mehrere Grundnahrungsmittel subventionieren. Diese Subventionen nahmen seit 2010 deutlich zu und erreichten 2017 etwa 500 Mio. Euro (1,5 Prozent des BIP), was den Haushalt zusätzlich belastete (vgl. Chebbi 2019: 46). Seit dem Jahr 2000 wuchs das gesamte Handelsbilanzdefizit Tunesiens an und erreichte im Jahr 2017 rund 6,4 Mrd. USD. Die Tabelle 10 zeigt anhand der Export- und Importwerte die Entwicklung des tunesischen Handelsbilanzdefizits.

Tabelle 10: Entwicklung des tunesischen Handelsbilanzdefizits in Mrd. US-Dollar

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gesamtimporte	9,53	9,52	10,95	12,74	13.17	15	19,1	24,64	19,1	22,22	23,95	24,47	24,27	24,79	20,22
Gesamtexporte	6,61	6,87	8,03	9,68	10,05	11,69	15,16	19,32	14,45	16,43	17,85	17	17,06	16,76	14,07
Handelsdefizit	2,92	2,65	2,92	3,06	3,12	3,31	3,94	5,32	4,65	5,79	6,1	7,47	7,21	8,03	6,15

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten von: Chebbi 2019: 66, 74.

Tunesien konnte während der Untersuchungsperiode die Diversifizierung seiner Wirtschaft ausbauen sowie beachtliche ausländische Investitionen sektorenübergreifend anwerben und somit Arbeitsplätze für hunderttausende Tunesier sichern bzw. schaffen. Dies lag besonders an der liberalen Wirtschaftspolitik der Staatsführung sowie an den gewährten administrativen und

[395] Vgl. Europäische Kommission: „*Beziehungen EU-Tunesien*“. Bericht vom 10.05.17; Accord de Libre Échange Complet et Approfondi: „*Relation Tunisie / UE. Les relations entre la Tunisie et l'Union Européenne*“, unter: http://www.aleca.tn/decouvrir-l-aleca/relation-tunisie-ue/, abgerufen am 26.09.2016.
[396] Vgl. EU-Kommission: „*Beziehungen EU-Tunesien*“. Bericht vom 10.05.17.

logistischen Erleichterungen für Unternehmen. Im Jahr 2017 konnte das Land ein BIP von 40 Mrd. USD erwirtschaften. Im Ease of Doing Business Rankings der Weltbank hat Tunesien im Jahr 2019 Rang 78 belegt[397], was im Vergleich zu Algerien eine deutlich bessere Position repräsentiert. Die schwache Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Betriebe haben allerdings keinen spürbaren Wirtschaftsaufschwung im Land herbeiführen können. So profitierten durch ein etabliertes Patronagesystem vorwiegend der ehemalige Präsident Ben Ali, seine Familie sowie eine kleine Elite in deren Umfeld vom Wirtschaftswachstum im Land, und zwar zum Nachteil der Bevölkerungsmehrheit.

Im Kontext des Barcelona-Prozesses war Tunesien bereits im Jahr 2003 das arabische Mittelmeerland mit der höchsten Handelsintegration mit der EU (vgl. Callies de Salies 2007: Abschnitt 1). Die zwischen beiden Parteien vereinbarte Freihandelszone für Industriegüter trat 2008 planmäßig in Kraft und war die erste ihrer Art zwischen der EU und einem arabischen MDL, wodurch der Handel mit Industriegütern liberalisiert wurde (vgl. Chebbi 2019: 58, EU-Kommission[398]). Nach dem Aufstand 2011 und die darauf folgenden sozio-ökonomischen Turbulenzen gewährte die EU dem Land im Jahr 2012 eine „privilegierte Partnerschaft", um die Wirtschaft anzukurbeln und den demokratischen Übergang zu unterstützen. Hierzu wurden von der EU und der EIB für die Zeit von 2011 bis 2016 u.a. Finanzmittel in Höhe von 3,5 Mrd. Euro bereitgestellt[399]. Seit 2016 haben Tunesien und die EU Verhandlungen über den Abschluss und die Umsetzung eines umfassenden und vertieften Freihandelsabkommens mit dem Namen ALECA (*Accord de Libre Échange Complet et Approfondi*) aufgenommen, welches als Instrument für eine fortgeschrittene Integration der tunesischen Wirtschaft in den EU-Binnenmarkt dienen soll.

6.3 Die Wirtschaftsliberalisierung in Ägypten

Ägypten ist das bevölkerungsreichste arabische Land und zählte 1995 laut Weltbank 62,3 Mio. Einwohner. Diese Zahl stieg bis 2019 auf über 100 Mio. an. Das ägyptische Wirtschaftsmodell basierte in den 1950er und 1960er Jahren auf den sozialistischen Prinzipien, bei denen der Planwirtschaft eine bedeutende Rolle zukam. Erst mit der Machtübernahme von El Sadat wurden im Laufe der 1970er eine vorsichtige wirtschaftliche Öffnung sowie eine wachsende

[397] Vgl. The World Bank: „*Ease of Doing Business rankings*", unter: https://www.doingbusiness.org/en/rankings, abgerufen am 10.01.2020.
[398] Vgl. Europäische Kommission: „*Beziehungen EU-Tunesien*". Bericht vom 10.05.17.
[399] Ebd.

Annährung an den Westen gewagt. „Neben Tunesien war Ägypten damit das erste arabische Land, das sich auf den mühsamen Weg einer wirtschaftlichen Liberalisierung einließ“ (Jacobs 2003: 185). In der Folge wurden entsprechende Handlungsschritte in Zusammenarbeit mit dem IWF und der Weltbank umgesetzt. Diese Maßnahmen betrafen hauptsächlich den schrittweisen Abbau staatlicher Subventionen und die Anhebung der ägyptischen Wirtschaftsleistung. Die Reduzierung der Subventionen löste gegen Ende der 1970 Jahre jedoch soziale Unruhen aus, sodass der Staat vorerst Abstand von diesem Vorhaben nehmen musste, nachdem das Ausmaß der schlechten sozio-ökonomische Situation im Land sichtbar wurde.

Die Wirkung der politischen und wirtschaftlichen Öffnung in den 1970er Jahren war von kurzer Dauer. Selbst die steigenden Energieexporte des Landes und die Einnahmen aus dem florierenden Tourismus konnten weder einen ökonomischen Aufschwung herbeiführen noch die wirtschaftlichen Defizite beheben. Angesichts des deutlichen Bevölkerungswachstums, der geringen landwirtschaftlichen Nutzfläche (ca. 4 Prozent der Gesamtfläche) und dem niedrigen Niveau der Agrar- und Industrieproduktion im Laufe der 1980er Jahre verschärfte sich die Lage in Ägypten. Ab 1985 war das Land aufgrund der stark zunehmenden Importe nicht mehr in der Lage, diese mit den eigenen Devisenvorräten zu bezahlen, was zu neuen Verhandlungen mit dem IWF und den anderen internationalen Schuldnern Ägyptens über ein neues Strukturanpassungsprogramm führte, das letztendlich trotz innerer Kritik und Widerstand der Opposition im Mai 1987 vereinbart wurde (vgl. Jacobs 2003: 186). Im Zusammenwirken mit dem 1991 beschlossenen *Economic Reform and Structural Adjustment Programme* und weiteren politischen[400] und makro-ökonomischen Reformen begannen die strukturellen Maßnahmen gegen Mitte der 1990er Jahre ihre Früchte zu tragen. Dank der steigenden Exporte, allen voran Erdöl (stellte die Hälfte der Ausfuhren dar), verschiedener Textilprodukte und industrieller sowie landwirtschaftlicher Güter konnte eine leichte Erholung der Wirtschaft verzeichnet werden.

Obwohl das Strukturanpassungsprogramm einige positive Effekte auf die wirtschaftliche Lage hatte, so litt die Bevölkerung im Umkehrschluss unter dessen Begleiterscheinungen, die sich 1995 u.a. in stetig steigenden Lebenshaltungskosten und Arbeitslosigkeit (siehe Kapitel 7.3) widerspiegelten. Außerdem wies Ägypten 1996 ein hohes Handelsbilanzdefizit auf, da der Wert der importierten Güter den der exportierten Produkte um das Dreifache überstieg (vgl.

[400] Das Engagement Ägyptens an der Seite der internationalen Allianz zur Befreiung Kuweits nach der irakischen Invasion 1990 verschaffte dem Land internationale Aufmerksamkeit, die in weitreichende Umschuldungspläne und finanzieller Unterstützung mündete.

Denis/Moriconi-Ebrard 1997: 114). Nach mühsamen Verhandlungen zwischen der EU und Ägypten über die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens im Rahmen des Barcelona-Prozesses trat das AA dann am 01.06.2004 in Kraft. Grund dieser Verzögerung war in erster Linie die Sorge Ägyptens, dass die heimische Wirtschaft im Hinblick auf die vorgesehene Errichtung einer Freihandelszone für Industriegüter Schaden nehmen könnte, zumal die Qualität der im Land hergestellten Produkte den Konkurrenzdruck aus Europa hätte nicht Stand halten können. Da das AA in erster Linie die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und Ägypten vertiefen und die Entwicklung im Land fördern sollte, wurde im Verlauf der Verhandlungen ein Konsens über das Streitthema „Freihandelszone" erzielt. So sahen u.a. die Artikel 6 bis 9 des AA die gegenseitige Gewährung von Zollkontingenten für bestimmte Güter und die schrittweise Errichtung einer Freihandelszone innerhalb von 12 Jahren ab Inkrafttreten des AA vor[401] (also im Jahr 2016 statt 2010, wie es der Barcelona-Prozess ursprünglich vorsah). Im Folgenden wird die wirtschaftliche Entwicklung in Ägypten analysiert und die Rolle der ägyptischen Armee, einen der wichtigsten Akteure innerhalb der zivilen Wirtschaft im Land, kurz beleuchtet[402]. Dabei wird der Fokus auf die wirtschaftsrelevanten Sektoren Energie und Bergbau, Industrie, Tourismus sowie Landwirtschaft gelegt.

6.3.1 Der Energie- und Bergbausektor

Ägypten verfügte zwar im Jahr 1995 im Vergleich zu Algerien, Libyen oder seinen arabischen Nachbarn in der Golfregion über bescheidene Energievorkommen, konnte aber trotzdem seinen eigenen Erdölbedarf decken und in den 1980er und 1990er Jahren eine beachtliche Menge zusätzlich exportieren. Die Erdölreserven wurden Anfang der 1990er Jahre auf über 4,6 Mrd. Barrel mit einer Lebensdauer von etwa 15 Jahren gemäß der damaligen Produktionskapazität geschätzt (vgl. Blin 1993: Abschnitt 5). Die Produktion des schwarzen Goldes im Land erreichte 1996 mit etwa 935.000 Barrel am Tag ihren Höhepunkt[403]. Dies bescherte dem Land wichtige Deviseneinnahmen, zumal sich die ägyptischen Exporte Mitte der 1990er Jahre bis zu

[401] Vgl. EU-Kommission: *„Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Arabischen Republik Ägypten andererseits"*. Amtsblatt der Europäischen Union, unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32004D0635&from=DE, abgerufen am 05.10.19.

[402] Vgl. Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): *„Égypte. Indicateurs et conjoncture"*. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom 09.12.2019, unter: https://www.tresor.economie.gouv.fr/Pays/EG/indicateurs-et-conjoncture, abgerufen am 12.01.2019.

[403] Vgl. Banque africaine de développement: *„Mise en valeur des énergies propres en Égypte"*. Bericht von 2012, Seite 19, unter: https://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Policy-Documents/Cata%20Energie%20Fran%C3%A7ais.pdf, abgerufen am 01.12.19.

50 Prozent aus Energieprodukten zusammensetzten. Der Anteil der Energiebranche am BIP lag 1996 bei 9,4 Prozent. Die Erdölförderung ging in der Folge allerdings aufgrund schwacher Investitionen kontinuierlich zurück und es wurde im Gegenzug eine steigende nationale Nachfrage festgestellt. Die wichtigsten Erdölfelder im Land konzentrieren sich laut Angaben von 2017 in drei Regionen, nämlich *die westliche Wüste* (sorgt für 55 Prozent der Gesamtproduktion), der *Golf von Suez* (40 Prozent der Gesamtproduktion) und die *Nildelta-Region* (5 Prozent der Gesamtproduktion).

Im Jahr 2003 hatte Ägypten noch 851.000 Barrel pro Tag produzieren und etwa 305.680 davon exportieren können[404]. Begleitet von einem wachsenden heimischen Konsum und angesichts der rückläufigen Erdölreserven begann die Erdölproduktion im Jahr 2006 zu stagnieren. Sie erreichte 2010 aufgrund fehlender Investitionen zur Modernisierung der Anlagen lediglich noch 660.000 Barrel pro Tag und konnte somit den nationalen Bedarf, der sich im selben Jahr auf 710.000 Barrel pro Tag belief, nicht mehr decken[405]. Seitdem wechselte Ägyptens Rolle von einem Exporteur zu einem Importeuer des schwarzen Goldes und die Einfuhren belasteten zunehmend die ohnehin negative Handelsbilanz. Demnach betrug das Defizit des Erdölhandels zwischen 2012 und 2017 im Durchschnitt 3,3 Mrd. USD pro Jahr. Dieses Handelsdefizit soll angesichts der wachsenden Nachfrage (lag 2017 bei rund 816.000 Barrel pro Tag) im Land, die bis 2023 auf etwa 1 Mio. Barrel pro Tag steigen soll, weiter anschwellen[406]. Insgesamt musste Ägypten im Jahr 2019 Erdöl im Wert von fast 10 Mrd. USD importieren, was eine bedeutende Last für die Devisenreserven im Land darstellte.

Ägypten wies 2017 mit schätzungsweise 3,3 Mrd. Barrel Öl die sechstgrößten Erdölreserven in Afrika auf. Dies entspricht etwa 0,2 Prozent des weltweiten Vorkommens. Obwohl das Land aufgrund dieser relativ kleinen Reserven nicht zu den größten globalen Erdölförderern gehört, trägt Ägypten vor allem in zweierlei Hinsicht maßgeblich zum internationalen Erdölhandel bei. Durch den 193 km langen *Suezkanal*, der sich in Staatsbesitz befindet, passieren täglich Tanker mit hunderttausenden Barrel Rohöl aus der Region am Persischen Golf u.a. in Richtung Europa und den USA und ersparen sich somit einen Umweg von fast 10.000 Km um Afrika herum, der

[404] Vgl. Institut de la Francophonie pour le développement durable: „*Égypte*“. Bericht vom 19.02.2004, unter: https://www.ifdd.francophonie.org/reseaux/hydro_quebec/pays_et_entreprises/afrique/egypte/egypte.html#entreprises_etrangeres, abgerufen am 01.12.19.

[405] Vgl. Banque africaine de développement: „*Mise en valeur des énergies propres en Égypte*“. Bericht von 2012, Seite 19.

[406] Vgl. Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): „*Le secteur pétrolier en Egypte*“. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom 17.07.18, unter: https://www.tresor.economie.gouv.fr/Articles/2018/07/17/le-secteur-petrolier-en-egypte, abgerufen am 02.12.19.

mit Kosten und Zeit verbunden ist. Im Jahr 2009 waren es beispielsweise insgesamt 29,2 Mio. Tonnen oder umgerechnet 585.000 Barrel pro Tag, die die ägyptische Wasserstraße durchquert hatten[407]. Zudem bringt der Suezkanal auch dem Staat wichtige Deviseneinnahmen ein, die je nach globaler Wirtschaftslage durchschnittlich 5 Mrd. USD (ca. 2 Prozent des BIP) im Jahr betragen und sich alleine auf die Durchfahrtsgebühren von Schiffen beziehen.

Ägypten trägt darüber hinaus Dank der *Sumed-Pipeline* (Suez-Mittelmeer-Pipeline) vor allem an der Versorgung Europas und den USA mit wichtigen Mengen Rohöl aus den arabischen Golfstaaten bei. „Sumed is a focal point connecting Middle East oil producing companies to the west refining centers. The company offers secure fast and outlet to Arab Gulf exports of oil Europe with almost 80% of such Exports transiting SUMED's pipelines"[408]. Weil große, mit Rohöl beladene Tankschiffe aus logistischen Gründen den Suezkanal nicht durchqueren können, wurde die Suez-Mittelmeer-Pipeline 1977 zur Entlastung der Wasserstraße errichtet. Die Sumed-Pipeline gehörte zu 50 Prozent dem staatlichen Ölkonzern *Egyptian General Petroleum Corporation*, der sich im Rahmen eines Joint Ventures mit Unternehmen aus den wichtigen Förderländern Saudi-Arabien, Kuweit, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten in der *Arab Petroleum Pipelines Company* zusammenschloss. Der Transportablauf funktioniert nach dem Schema, dass große mit Rohöl aus der Golfregion beladene Tanker zunächst ihre Ladung in der ägyptischen Region *Ain Sokhna* am Roten Meer entladen, bevor sie den Suez-Kanal durchqueren. Von Ain Sokhna wird anschließend das schwarze Gold über die Sumed-Pipeline (320 km Länge) nach *Sidi Kerir* bei Alexandria am Mittelmeer transportiert und dann wieder in die Tankschiffe geladen und an die Kunden exportiert. Die Sumed-Pipeline hat im Laufe der Jahre eine Transportkapazität von bis zu 2,5 Mio. Barrel pro Tag entwickelt und garantiert zudem mithilfe eines der größten Ölterminals (Lagerkapazität von bis zu 40 Mio. Barrel) am Mittelmeerraum einen kontinuierlichen Fluss von Rohöl von den Golfstaaten nach Europa und in die USA. Die maximale Transportkapazität der Sumed-Pipeline wurde aber aufgrund struktureller Defizite kaum erreicht (im Jahr 2011 konnten z.B. im Durchschnitt 1,1 Mio. Barrel pro Tag transportiert werden[409]). Diese wichtige Rolle Ägyptens im regionalen

[407] Vgl. Banque africaine de développement: *„Mise en valeur des énergies propres en Égypte"*. Bericht von 2012, Seite 19.

[408] Arab Petroleum Pipelines Company (SUMED): *„About Sumed"*, unter: http://www.sumed.org/index.php/2013-04-25-14-16-37/about-us, abgerufen am 03.12.19.

[409] Vgl. Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): *„Le secteur pétrolier en Egypte"*. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom 17.07.18; Arab Petroleum Pipelines Company (SUMED): *„About Sumed"*, unter: http://www.sumed.org/index.php/2013-04-25-14-16-37/about-us; Lutzky, Ana: *„Egypte: le canal de Suez et l'oléoduc Sumed protégés par l'armée"*. Artikel vom: 02.02.2011. In: L´Usine Nouvelle, unter: https://www.usinenouvelle.com/article/egypte-le-canal-de-suez-et-l-oleoduc-sumed-proteges-par-l-armee.N145844, beide Links abgerufen am 03.12.19.

Erdölhandel unterstreicht, warum man auf internationaler Ebene der Stabilität im Land eine große Bedeutung beimisst.

Im Zuge der Liberalisierungsphase hat Ägypten insbesondere seit den 1990er Jahren die Kooperation mit internationalen Unternehmen zur Modernisierung des lokalen Energiesektors gefördert. In dieser Hinsicht mussten ausländische Investoren und Energiekonzerne für ihre Explorations- und Produktionsaktivitäten ein Joint Venture mit dem staatlichen Ölkonzern *Egyptian General Petroleum Corporation* (EGPC), der 1956 gegründet wurde, eingehen[410]. Zahlreiche Energiekonzerne haben während der Untersuchungsphase in Zusammenarbeit mit der EGPC und anderen lokalen Unternehmen milliardenschwere Investitionen in die ägyptische Energiebranche (vor allem Erdöl- und Erdgasausbeutung sowie Stromerzeugung) gesteckt. In Bezug auf Europa sind in diesem Kontext u.a. Eni (Italien), Total (Frankreich), Siemens (Deutschland), BP (Großbritannien), Shell (die Niederlande) und Fenosa (Spanien) zu nennen. Bezogen auf den Erdölsektor verfügt Ägypten über die größte Raffineriekapazität des afrikanischen Kontinents mit einer Verarbeitungsfähigkeit von 527.000 Barrel am Tag (Stand von 2017). Diese Anlagen werden in Kooperation mit europäischen und internationalen Partnerunternehmen betrieben und gewartet. Zur Modernisierung und zum Ausbau der Leistungsfähigkeit von Ölraffinerien startete Ägypten 2017 einen fünf Jahre-Sanierungsplan mit einem Investitionsvolumen von 8 Mrd. USD[411].

Die vorhandenen Erdgasreserven in Ägypten konnten Anfang der 1990er Jahre den nationalen Bedarf nicht decken und beliefen sich auf 12 Milliarden Kubikfuß (etwa 340 Mio. Kubikmeter) (vgl. Blin 1993: Abschnitt 6). Angesichts des steigenden Konsums und den damit verbundenen hohen Importkosten intensivierte die ägyptische Staatsführung ab 1995 ihre Suche nach neuen Onshore- sowie Offshore-Gasfeldern und veranlasste entsprechende Ausschreibungen zur Erschließung neuer Quellen. In der Folgezeit konnten in Zusammenarbeit zwischen dem staatlichen und marktdominierenden *Establishment of Egyptian Natural Gas Holding Company* (EGAS) und überwiegend europäischen Energiekonzernen (u.a. Eni und BP) neue Vorkommen entdeckt werden. Das Land konnte daraufhin seine Produktion steigern und bis 2003 seinen jährlichen Erdgasbedarf von 18,3 Mrd. Kubikmeter durch heimische Förderung decken[412]. Dies ermutigte den Staat u.a. im Verlauf der 2000er Jahre zur Erteilung von Aufträgen zum Ausbau des maroden nationalen Stromnetzes. Hierbei erhielt beispielsweise der französische Konzern

[410] Vgl. Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): „*Le secteur pétrolier en Egypte*“. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.).
[411] Ebd.
[412] Vgl. Institut de la Francophonie pour le développement durable: „*Égypte*“. Bericht von 2004.

Électricité de France (EDF) den Zuschlag zum Bau neuer Kraftwerke, die auf Erdgasbasis betrieben werden (im Jahr 2003 stammte rund 80 Prozent des erzeugten Stroms im Land aus Gaskraftwerken). In diesem Kontext sind u.a. die Anlagen in den Städten *Port Said* und *Suez* zu erwähnen, die ein Investitionsvolumen von etwa 900 Mio. USD erforderten und eine Leistung von jeweils 650 Megawatt erzeugen sollten[413].

Die deutliche Zunahme der Förderungskapazität hat von 1998 bis 2010 zu einer Verdreifachung der Erdgasproduktion geführt und verhalf Ägypten seit 2004 erstmals zum Export von Erdgas. Von 2006 bis 2013 hat das Land seine Erdgasausfuhren signifikant steigern können und dabei durchschnittliche Einnahmen von jährlich 2,2 Mrd. USD erzielt[414]. Im Jahr 2001 beschloss Ägypten zunächst mit Jordanien und dann mit anderen Staaten im Nahen Osten die Errichtung der *Arab Gas Pipeline* (AGP), durch welche Erdgas aus Ägypten an arabische Staaten ausgeführt wird. Das Projekt reihte sich in die strategischen Projekte zur Stärkung der innerarabischen Beziehungen bzw. der Süd-Süd-Kooperation ein. Im Juli 2003 endete die erste Bauphase von der nordägyptischen Stadt *El-Arish* nach *Aqaba* in Jordanien und die Leitungen wurden in den Folgejahren sukzessiv auf 1200 km bis nach Syrien und zum Libanon verlängert. Die AGP verfügte über eine maximale Pumpleistung von 10,3 Mrd. Kubikmeter im Jahr und kostete insgesamt 1,2 Mrd. USD[415]. Die Finanzierung wurde zum großen Teil von arabischen Geldgebern bereitgestellt. Durch die AGP bezog Jordanien von 2004 bis 2011 ägyptisches Erdgas im Umfang von ca. 2,5 Mrd. Kubikmeter pro Jahr, wodurch das Königreich etwa 80 Prozent seines Strombedarfs erzeugte[416]. Von September 2009 bis 2011 importierte der Libanon über die AGP ebenfalls rund 600 Mio. Kubikmeter Erdgas pro Jahr aus Ägypten und betrieb damit ein Gaskraftwerk zur Stromerzeugung[417]. Dadurch konnte die libanesische Regierung ihre Energieausgaben um jährlich 240 Mio. USD reduzieren. Syrien seinerseits importierte von Ende 2009 bis 2011 jährlich etwa 900 Mio. Kubikmeter ägyptisches Erdgas.

---

[413] Vgl. Institut de la Francophonie pour le développement durable: „*Égypte*“. Bericht von 2004.

[414] Vgl. Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): „*Le secteur du gaz en Egypte: la stratégie des échanges*“. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom 20.05.2018, unter: https://www.tresor.economie.gouv.fr/Articles/2018/05/20/le-secteur-du-gaz-en-egypte-la-strategie-des-echanges, abgerufen am 04.12.19.

[415] Vgl. Hydrocarbons Technology: „*Arab Gas Pipeline (AGP), Jordan, Syria, Lebanon*“, unter: https://www.hydrocarbons-technology.com/projects/arab-gas-pipeline-agp/, abgerufen am 04.12.19.

[416] Vgl. Saleh, Jenny: „*Grosse facture pour la Jordanie après la fermeture d'un gazoduc égyptien*“. Artikel vom 07.02.2011. In: Econostrum, unter: https://www.econostrum.info/Grosse-facture-pour-la-Jordanie-apres-la-fermeture-d-un-gazoduc-egyptien_a4561.html, abgerufen am 04.12.19.

[417] Vgl. Saleh, Jenny: „*Electricité du Liban économise 240 M$ grâce au gaz égyptien*“. Artikel vom 27.10.2009. In: Econostrum, unter: https://www.econostrum.info/Electricite-du-Liban-economise-240-M-grace-au-gaz-egyptien_a1725.html, abgerufen am 04.12.19.

Im Sommer 2005 unterzeichneten Ägypten und Israel einen Vertrag über den Verkauf von ägyptischem Erdgas in Höhe von 2,5 Mrd. USD für die Dauer von 15 Jahren (inklusive einer möglichen Verlängerung um fünf Jahre). Dabei sollten jährlich 1,7 Mrd. Kubikmeter Erdgas zu einem Vorzugspreis, der unter dem internationalen Marktwert lag, über eine Unterwasserpipeline von der nordägyptischen Stadt El-Arish zur südisraelischen Küstenstadt *Aschkelon* exportiert werden[418]. Im Februar 2008 nahm die Pipeline ihren Betrieb auf und Ägypten begann Israel im Rahmen einer Süd-Süd-Partnerschaft mit Erdgas, das etwa 43 Prozent des israelischen Bedarfs deckte, zu beliefern. Im Laufe des Jahres 2011 wurde dann der ägyptische Teil der Pipeline auf der Sinai-Halbinsel Ziel von über 15 Sabotageakten und Anschlägen, was zu regelmäßigen Lieferunterbrechungen führte. Im April 2012 kündigte das staatliche Erdgasunternehmen EGAS den Exportvertrag mit Israel auf und ein Rechtstreit entbrannte in der Folge. Aus ägyptischer Sicht wurde der Schritt mit erlittenen Verlusten und Schaden, die durch die im Kaufvertrag enthaltenen und mit dem Weltmarkt nicht kompatiblen Preisen entstanden sein sollen, begründet. Eine wichtige Rolle dürften aber auch der verzeichnete Rückgang der nationalen Erdgasressourcen und die hohe heimische Nachfrage gespielt haben. Dies manifestierte sich seit 2012 in wiederholten Unterbrechungen der Stromversorgung in manchen Landesregionen sowie im zunehmenden Mangel an Gasflaschen, die zum Kochen benötigt werden. Im Dezember 2015 entschied ein internationales Schiedsgericht, dass Ägypten wegen der Kündigung des Gasvertrages mit Israel eine Entschädigung in Höhe von 1,76 Mrd. USD an die Israelische Stromgesellschaft zahlen müsse. Im Juni 2019 zahlte Ägypten zur Beilegung dieses Rechtsstreites 500 Mio. USD aus.

Die Verminderung der Erdgasvorkommen und der Einbruch der Leistungsfähigkeit von maroden Förderanlagen führten 2011 auch zur Einstellung der Erdgasexporte nach Jordanien[419]. Spätestens 2015 musste Ägypten zur Deckung seines eigenen Bedarfs zusätzlich Erdgas im Wert von knapp 2 Mrd. USD importieren. Dieses Defizit weitete sich angesichts des jährlichen Konsumanstieges von 5 bis 7 Prozent weiter aus und erreichte 2016 mit 8,2 Mrd. Kubikmeter (entsprach ein Fünftel der jährlichen nationalen Produktion und einen Wert von 2,29 Mrd.

[418] Vgl. The New York Times: „*Egypt and Israel sign 15-year natural gas deal*". Artikel vom 01.07.2005, unter: https://www.nytimes.com/2005/07/01/business/worldbusiness/egypt-and-israel-sign-15year-natural-gas-deal.html; Ouared, Safia: „*Fin du contrat gaz entre l'Egypte et Israël*". Artikel vom 23.04.2012. In: Econostrum, unter: https://www.econostrum.info/Fin-du-contrat-gaz-entre-l-Egypte-et-Israel_a9976.html, beide Links abgerufen am 04.12.19.

[419] Ein neuer Vertrag wurde Anfang 2019 abgeschlossen, wodurch Jordanien 50 Prozent seines Bedarfs mithilfe der Erdgaslieferungen aus Ägypten sichern konnte.

USD) einen Höchststand[420]. Zur Minimierung des Erdgasdefizits, vergab die ägyptische Staatsführung Aufträge zur Erschließung neuer Erdgasfelder und vereinbarte mit ausländischen Betreibern, bestehende Erdgasfelder zu modernisieren. In diesem Kontext gab der britische Energiekonzern BP im März 2015 an, in der Ausbeutung von mehreren neu entdeckten Erdgasfeldern und in der Modernisierung anderer Produktionsstätten bis zu 11 Mrd. Euro investieren zu wollen[421]. Am 30. August 2015 verkündete der italienische Energiekonzern Eni die Entdeckung eines der größten Erdgasfelder am Mittelmeer vor der ägyptischen Küste. Das Feld mit dem Namen *Zohr* soll schätzungsweise Reserven von bis zu 830 Mrd. Kubikmeter beinhalten. Ende 2017 fingen Eni und ihre Geschäftspartner (u.a. BP) schrittweise mit der Förderung an, die in den nächsten Jahren eine maximale Produktionskapazität von 29 Mrd. Kubikmeter erreichen soll. Durch die Entdeckung des Gasfeldes Zohr soll sich die Abhängigkeit Ägyptens von hohen Energieimporten zumindest mittelfristig leicht entspannen.

Zur Vermeidung der wiederholten Stromausfälle erhielt der Deutsche Technikkonzern *Siemens* von der ägyptischen Regierung im März 2015 den Zuschlag für die Errichtung von drei Erdgas- und Dampfturbinen-Kraftwerken sowie rund zwölf Windparks. Bei diesem 10 Mrd. Euro teuren Großprojekt (laut Siemens Angaben den bisher größten Einzelauftrag seiner Geschichte) arbeitete Siemens mit den lokalen Partnern *Orascom Construction* und *Elsewedy Electric* zusammen. Zum Auftrag gehörte auch der Bau einer Produktionsstätte für Rotorblätter von Windkraftanlagen, wodurch in Ägypten ein Wissenstransfer ermöglicht wird und 1.000 Ausbildungs- und Arbeitsplätze entstehen soll[422]. Während der Bauphase waren darüber hinaus bis zu 20.000 Menschen auf den Baustellen beschäftigt. Die Energieanlagen wurden dann im

[420] Vgl. Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): „*Le secteur du gaz en Egypte: la stratégie des échanges*“. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom 20.05.2018

[421] Vgl. Jousset, Astrid: „*BP va investir 11 mrds€ en Egypte*“. Artikel vom 06.03.2015. In: Econostrum, unter: https://www.econostrum.info/BP-va-investir-11-mrds-en-Egypte_a19896.html; Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): „*Le secteur du gaz en Egypte: production et consommation*“. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom 20.05.2018, unter: https://www.tresor.economie.gouv.fr/Articles/2018/05/20/le-secteur-du-gaz-en-egypte-production-et-consommation, beide Links abgerufen am 05.12.19.

[422] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: „*Siemens erhält Milliarden-Aufträge in Ägypten*“. Artikel vom 03.06.2015, unter: https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/siemens-erhaelt-milliarden-auftraege-in-aegypten-13628490.html; Neue Zürcher Zeitung: „*Milliardenauftrag für Siemens aus Ägypten*“. Artikel vom 16.03.2015, unter: https://www.nzz.ch/wirtschaft/newsticker/milliardenauftrag-fuer-siemens-aus-aegypten-1.18503060; Siemens: „*Siemens liefert beim Megaprojekt in Ägypten mehr als versprochen*“. Pressemitteilung vom 31.01.2017, unter: https://press.siemens.com/global/de/pressemitteilung/siemens-liefert-beim-megaprojekt-aegypten-mehr-als-versprochen, Links abgerufen am 05.12.19.

Juli 2018 fertiggestellt und sollten eine Gesamtleistung von 14,4 Gigawatt erbringen, was ausreichen würde, um bis zu 40 Millionen Menschen mit Strom zu versorgen[423].

Ägyptens Bodenschätze erstrecken sich neben Erdöl und Erdgas auch auf andere wertvolle Mineralien. Diese umfassen insbesondere Gold, Kupfer, Silber, Zink, Platin und eine Reihe weiterer Edel- und Basismetalle. Das Land verfügt u.a. über Vorkommen von schätzungsweise 6,7 Mio. Unzen Gold, 48 Mio. Tonnen Tantalit (viertgrößte Reserve der Welt) und 50 Mio. Tonnen Kohle[424]. Trotz dieses Potenzials blieb der Bergbausektor jedoch während des Untersuchungszeitraumes weitgehend unterentwickelt, zumal die Produktion sich größtenteils auf Mineralien mit geringerer Wertschöpfung, wie etwa Phosphat, Eisen, Salz und Gips konzentrierte[425]. Von daher blieb der Anteil der Branche am BIP bis 2017 unter 1,3 Prozent. Die Probleme des ägyptischen Bergbausektors resultieren hauptsächlich aus der staatlichen Bergbaupolitik sowie administrativen Hürden. Über mehrere Jahre fehlten staatliche Investitionen in den Bergbauregionen, die sich auf dem ganzen Land verteilen. Ausländische Investoren, die den Investitionsbedingungen nahezu dieselbe Bedeutung beimessen wie dem Bodenreichtum, wurden durch bürokratische und handelstechnische Hürden daran gehindert, in Ägypten in der Bergbaubranche zu investieren. Dies erklärt auch das Fernbleiben von internationalen Bergbaufirmen. Bis 2016 waren lediglich drei ausländische Unternehmen, nämlich *Centamin* (Australien), *Aton Resources* (Kanada) et *Thani Stratex* (Großbritannien und die Vereinigten Arabischen Emirate), die schwerpunktmäßig im Goldbergbau tätig sind, im ägyptischen Bergbausektor aktiv.

Ausländische Bergbaufirmen haben Ägypten bis 2014 gemieden, weil die Regierung neben teilweiser Deckung der Explorations- und Produktionskosten nicht nur die Teilung von mindestens 50 Prozent der Gewinne ab Produktionsbeginn verlangte, sondern auch Lizenzgebühren in Höhe von 6 Prozent der Bruttoproduktion erhob[426]. Außerdem mussten ausländische Investoren in der Branche ein Joint Venture mit einem lokalen Partner eingehen, um im ägyptischen Bergbausektor operieren zu können. Im Jahr 2014 unternahm die

[423] Vgl. Siemens: *„Weltgrößte GuD-Kraftwerke in Rekordzeit fertiggestellt"*. Bericht vom 24.07.2018, unter: https://press.siemens.com/global/de/feature/weltgroesste-gud-kraftwerke-rekordzeit-fertiggestellt, abgerufen am 05.12.19.

[424] Vgl. Kansoun, Louis-Nino: *„Potentiel minier sous-exploité ou inexploité (2e partie): le cas de l'Égypte"*. Artikel vom 11.03.2020. In: Agence Ecofin, unter: https://www.agenceecofin.com/mines/1103-74708-potentiel-minier-sous-exploite-ou-inexploite-2e-partie-le-cas-de-l-egypte, abgerufen am 28.03.20.

[425] Vgl. Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): *„Lettre économique d'Egypte"*. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom August 2017, Seite 4, unter: https://www.tresor.economie.gouv.fr/PagesInternationales/Pages/4e90418b-b909-40bf-904b-310de6379baa/files/fe4e647f-5746-4b4a-8642-e0dbe6705fca, abgerufen am 07.12.2019.

[426] Ebd.

Staatsführung eine vorsichtige Lockerung der Gesetze und Vorschriften für ausländische Investoren in der Branche. Anfang 2017 wurde dann zur Exploration von fünf Regionen auf dem Sinai und in der Östlichen Wüste eine erste Ausschreibung gemacht, durch die nationale und ausländische Unternehmen erstmals seit 2009 die Möglichkeit bekamen, ägyptischen Boden nach Mineralien zu erkunden[427]. Die Zuschläge wurden dann an das britische *Veritas Mining Company*, die spanische Firma *Ghassan* sowie die ägyptischen Unternehmen *Resolut Egypt* und *East Gas Company* erteilt. Anfang 2020 kündigte die ägyptische Regierung dann die Verabschiedung neuer Gesetze an, mit denen das System der Gewinnverteilung modifiziert, die Gebühren für erteilte Lizenzen auf maximal 20 Prozent gesenkt und die Notwendigkeit eines Joint Ventures für internationale Bergbauunternehmen abgeschafft werden sollte[428]. Diese Maßnahmen der ägyptischen Regierung zielen darauf ab, den Beitrag des Bergbausektors am BIP bis zum Jahr 2025 von 1,3 (Stand 2017) auf 5 Prozent zu erhöhen und somit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu fördern[429].

6.3.2 Die Industrie

Der Energiesektor spielte jahrzehntelang neben der Landwirtschaft eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ägyptens. Im Zuge der mit dem IWF und der Weltbank vereinbarten Strukturanpassungsprogramme wurde angesichts der strukturellen und ökonomischen Defizite im Land eine stärkere Diversifizierung der heimischen Wirtschaft empfohlen. In diesem Kontext wurde u.a. dem Industriesektor zu Beginn der 1990er Jahren mehr Aufmerksamkeit durch die Staatsführung geschenkt. Die Industriebranche in Ägypten war bis Anfang der 1990er Jahre von Unternehmen, die sich in öffentlicher Hand befanden und von einer schwachen Leistungskraft geprägt waren, sowie von klein- und mittelständischen Betrieben dominiert. Die internationalen Geldgeber, u.a. der IWF, mahnten in der Folge vor allem zur Umsetzung einer Privatisierungspolitik, um zusätzliches Kapital aus dem lokalen und ausländischen Privatsektor anzulocken, die Konkurrenz zu steigern und somit die industrielle Entwicklung voranzutreiben. Die ägyptische Regierung regierte mit einer beschränkten Privatisierungswelle der maroden Staatsbetriebe. Denn Letztere stellten traditionell eine wichtige Machtbasis (z.B. zur Mobilisierung der Beschäftigten für Belange der Regierung oder

[427] Ebd. Seite 4f.
[428] Vgl. Kansoun, Louis-Nino: „*Potentiel minier sous-exploité ou inexploité (2e partie): le cas de l'Égypte*". Artikel vom 11.03.2020. In: Agence Ecofin.
[429] Vgl. Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): „*Lettre économique d'Egypte*". La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom August 2017, Seite 5.

bei Wahlen) für die Staatsführung dar und deren Verkauf an privaten Akteuren hätte aus ihrer Sicht „einen Macht- und Legitimitätsverlust bedeutet“ (vgl. Jacobs 2003: 187). Aus diesem Grund schritten die Privatisierung staatlicher Unternehmen sowie die Industrialisierung bis Ende der 1990er Jahre nur langsam voran und die Regierung von Mubarak entschied sich oft für private Investoren, die ihr oder der Staatspartei NDP nahestanden.

Die Industriebranche hatte zwar 1996 einen Anteil von 17,6 Prozent am BIP und zählte seitdem zu den wichtigen Wirtschaftsbereichen des Landes. Der Sektor litt allerdings an den Symptomen, die häufig in Entwicklungsländer vorzufinden sind, nämlich ein Mangel an fachlichen und technischen (Know How) Ressourcen sowie die Dependenz von Produktionsmaschinen, die aus dem Ausland angeschafft und mit Devisen bezahlt werden müssen (vgl. Denis/Moriconi-Ebrard 1997: 113f). Obwohl die Zahl der ausländischen Unternehmen, die in der ägyptischen Industrie operieren, von 91 im Jahr 1995 auf 117 bis zum Jahr 1998 anstiegen und die ausländischen Direktinvestitionen von 253 Mio. USD im Jahr 1991 ebenfalls auf 1,3 Mrd. USD wuchsen[430], fehlten bis zum Jahr 2000 weiterhin nötige Investitionen, die eine signifikante industrielle Entwicklung sowohl in der Breite als auch in der Tiefe hätten ermöglichen können. Dies führte letztendlich zu niedriger Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der hergestellten Güter. Zur Verbesserung der Industrieleistung im Land und ihre Anpassung an internationale Standards hat Ägypten im Rahmen der MEDA-Programme von finanzieller und fachlicher Unterstützung der EU profitiert, wodurch entsprechende Reformen im Wirtschafts- und Finanzsektor beschlossen werden konnten. Im Zeitraum 1995 bis 2006 erhielt das Land demnach mehr als 1,24 Mrd. Euro, um im Hinblick auf der beabsichtigten Errichtung einer Freihandelszone für Industriegüter und der Öffnung des ägyptischen Markts die Konkurrenzfähigkeit des heimischen Industriesektors anzuheben[431].

Die Industrie in Ägypten fokussiert auf das verarbeitende Gewerbe und erstreckt sich schwerpunktmäßig auf die Segmente Chemie, Lebensmittelindustrie, Bekleidung- und Textilindustrie sowie Metallproduktion. Die Chemieindustrie fußte hauptsächlich auf der Petrochemie, die in den 1990er Jahren schwach entwickelt war. Obgleich Ägypten Rohöl exportierte, musste das Land im Gegenzug aufgrund von fehlenden Verarbeitungsanlagen Erdölprodukte und Flüssiggas für hohe Kosten importieren (vgl. Denis/ Moriconi-Ebrard 1997: 114). Im Laufe der 2000er Jahre erlebte die Branche dank staatlicher und ausländischer

[430] Vgl. Cottenet-Djoufelkit 2001: Abschnitt 81.

[431] Vgl. Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„Égypte“*. OCDE (Hrsg.). In: Le rapport annuel sur les Perspectives économiques en Afrique. Bericht von 2006, Seite 274, unter: https://www.oecd.org/fr/dev/36795659.pdf, abgerufen am 01.12.19.

Investitionen eine Modernisierungsphase, die den Willen der Regierung unterstrich, der Petrochemie bei der industriellen Entwicklung im Land mehr Relevanz einzuräumen. Ägypten war aufgrund der hohen Nachfrage im Laufe der 2000er Jahre zum größten Ölverbraucher in Afrika aufgestiegen und wäre ohne einen Ausbau der nationalen Förder-, Raffinerie- und Verarbeitungskapazitäten gezwungen gewesen, mehr verarbeitete Erdöl- und Chemieprodukte zu importieren. Die staatlichen Pläne in diesem Bereich gingen in der Regierungszeit des ehemaligen Präsidenten Mubarak allerdings langsam voran und konnten die anvisierten Ziele nicht erreichen. Aufgrund der wirtschaftlichen und finanziellen Defizite nach dem Aufstand 2011 konnte die ägyptische Regierung erst 2017 einen Plan umsetzen, der für ein Investitionsvolumen von gut 8 Mrd. USD die Aufstockung der Raffineriekapazität sowie die Modernisierung der Raffinerie- und Chemieanlagen im Land vorsah. Durch dieses Vorhaben sollte u.a. der Anteil des verbrauchten und nicht durch ägyptische Raffinerien verarbeiteten Erdöls bis zum Jahr 2022 von 35 (im Jahr 2016) auf 5 Prozent gesenkt werden.

Der ägyptische Privatsektor spielte ebenfalls eine wichtige Rolle in der Entwicklung der Branche und beteiligte sich an Projekten in der Petrochemie. Auf derartige Projekte entfielen während der Untersuchungsphase neben den Bereich zur Exploration von Erdöl und Erdgas die meisten ausländischen Direktinvestitionen. Im Juni 2018 wurde das Projekt *Tahrir Petrochemicals Complex* (TPC) in *Ain Sokhna* zwischen den Unternehmen *Carbon Holdings* (Ägypten) und *Bechtel* (USA) vereinbart und unterzeichnet. Das TPC, das bis 2020 fertiggestellt werden sollte, wurde in erster Linie durch Investitionen in Höhe von 10,9 Mrd. USD, die vor allem von Ägypten, den USA, der EU und China beigesteuert wurden, finanziert[432]. Während der Bauphase sollen rund um das Projekt 20.000 Menschen beschäftigt werden und nach der Fertigstellung sollten bis zu 100.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze entstehen. Das TPC sollte nach seiner Inbetriebnahme schrittweise eine Gesamtproduktion von 4 Mio. Tonnen, hauptsächlich von Propylen, Ethylen, Benzol und Butadien, pro Jahr erreichen und letztendlich für ein Viertel der ägyptischen Exporte von petrochemischen Produkten sorgen, die insbesondere nach Europa ausgeführt werden[433]. Die Umsetzung weiterer Projekte in der Petrochemie verzögert sich seit 2019 aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen.

[432] Vgl. Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): „*Le secteur pétrolier en Egypte*“. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom 17.07.18; Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V.: „*Branchencheck-Ägypten. Mai 2018*“. Bericht vom 13.06.2018, Seite 2. Germany Trade and Invest (Hrsg.), unter: https://www.zvei.org/fileadmin/user_upload/Themen/Maerkte_Recht/Aussenwirtschaft/Afrika/Aegypten/Aegypten-Wirtschaft-Handel/GTAI-Branchencheck-Aegypten-Mai-2018.pdf, abgerufen am 02.12.19.

[433] Vgl. Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): „*Le secteur pétrolier en Egypte*“. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom 17.07.18

Im Bereich Gasverflüssigung führte Ägypten nach der Entdeckung neuer Erdgasfelder am östlichen Mittelmeer im Jahr 2017 Verhandlungen mit Zypern, Griechenland und Israel, um eine strategische Partnerschaft zu schmieden mit dem Ziel, Erdgas aus den Feldern dieser Länder nach Ägypten zu transportieren, wo das Erdgas dann in zwei Anlagen in Flüssiggas umgewandelt und dann exportiert wird. Hierzu sollte die Kapazität der beiden Anlagen in den Städten *Damietta* und *Idku* ausgebaut werden. In Bezug auf die Kunststoffindustrie, die laut ägyptischen Angaben von 2018 rund 3.000 Betriebe umfasst, wurden im Jahr 2018 Waren im Wert von 4,5 Mrd. USD produziert und Güter in Höhe von über 1,1 Mrd. USD exportiert[434]. Insgesamt machte die Petrochemie 2017 ca. 12 Prozent der Industrieleistung und rund 3 Prozent des BIP Ägyptens aus. Die Anteile der Petrochemie (ohne Erdölexporte) sowie der chemischen Produkte an den Gesamtausfuhren beliefen sich 2018 auf jeweils 14,2 und 18,7 Prozent.

Neben der Petrochemie bzw. dem Chemiesektor zählte die Textilbranche zu den wichtigsten Bereichen des Industriezweiges. Das Land schützte bis Mitte der 1990er Jahre seine Textil- und Bekleidungsindustrie vor der Konkurrenz aus dem Ausland durch die Verhängung von Einfuhrverboten für bestimmte Waren. Der Sektor bot im Jahr 1996 Arbeitsplätze für rund 30 Prozent der aktiven Bevölkerung und machte ungefähr 13 Prozent der Gesamtexporte aus. Die Beteiligung des Landes an regionalen Bündnissen sowie internationalen Organisationen (seit Juni 1995 Mitglied der Welthandelsorganisation) führte zu multilateralen und globalen Vereinbarungen, die eine schrittweise Liberalisierung im Land einläuteten. 1998 wurde zunächst das Importverbot auf Textilien aufgehoben, während die Einfuhr von Bekleidungswaren in einem zweiten Schritt unter Berücksichtigung von strengen Qualitätsmerkmalen und Quoten in den Folgejahren erlaubt wurde (vgl. Cottenet-Djoufelkit 2001: Abschnitt 80). Die Hauptakteure in der Wertschöpfungskette der ägyptischen Textilindustrie sind Baumwollproduzenten, Verarbeitungsbetriebe, Webereien, Nähfabriken für gebrauchsfertige Textilprodukte, Exporteure und Einzelhändler. Die meisten Spinnereien, Webereien und Falzanlagen im Land blieben bis 2013 im Besitz mittlerer und großer Staatsunternehmen.

Im Laufe der 2000er Jahre verabschiedete die ägyptische Regierung mehrere Reformen zur Erleichterung des Marktzugangs für ausländische Investoren und förderte die Schaffung von Freihandelszonen im Land, die den Export stärken sollen. Die staatlichen Investitionen im

[434] Vgl. Idem, Oliver: *„Massiver Ausbau der Petrochemiekapazitäten in Ägypten. Allein in Tahrir-Petrochemiekomplex fließen 10,9 Milliarden US$"*. Artikel vom 27.11.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.), unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/aegypten/massiver-ausbau-der-petrochemiekapazitaeten-in-aegypten-10984, abgerufen am 02.12.19.

Textilsektor stiegen zwischen 1995 und 2007 um fast 300 Prozent von 89 Mio. auf 351 Mio. USD[435]. Das bevorstehende Auslaufen des internationalen Multifaserabkommens Ende 2004, das den Entwicklungsländern und darunter Ägypten seit 1973 eingeräumt hatte, Marktanteile auf internationaler Ebene zu erhalten, veranlasste das Land zur Suche nach anderen Optionen, um Exportmärkte für die eigenen Textilprodukte zu sichern. So unterzeichnete Ägypten im Jahr 2004 mit Israel und den Vereinigten Staaten ein Abkommen, dass die Errichtung von Freihandelszonen, die als *Qualified Industrial Zones* (QIZ) bezeichnet werden, vorsah. Diese Kooperation zielte auf eine Stärkung der ägyptisch-israelischen Wirtschaftsbeziehungen ab, in dem vorgefertigte Produkte aus Israel in Ägypten fertiggestellt und dann exportiert werden.

Im Rahmen des QIZ-Abkommens wurden insbesondere Exporte der Textil-, Lebensmittel- und Chemieindustrie gefördert. Gemäß dieser Vereinbarung konnten u.a. ägyptische Textilfabriken, die vom QIZ-Abkommen profitieren, eine bestimmte Quote von Textilgütern zollfrei in den US-amerikanischen Markt einführen. Die Bedingung hierfür ist: israelische Hersteller liefern mindestens 10,5 Prozent der für den Herstellungsprozess von Kleidungsstücken verwendeten Materialien[436]. Anschließend nähen ägyptische Beschäftigte in rund 705 QIZ-zertifizierten Fabriken die Endprodukte, bevor sie in die USA, wo sie generell von einer Reduzierung der Einfuhrzölle in Höhe von 5 bis 40 Prozent profitieren, exportiert werden[437]. Das Ergebnis dieser Kooperation manifestierte sich in einem Anstieg der ägyptischen Exporte von Textilien und Konfektionswaren in Richtung der USA zwischen 2005 und 2006 um 121 Prozent[438]. Im Jahr 2010 exportierten ägyptische QIZ-zertifizierte Unternehmen Güter im Wert von 1 Mrd. USD und beschäftigten etwa 70.000 Ägypter. Bis 2017 wurden nach ägyptischen Angaben im Rahmen des QIZ-Abkommens Kleidungstücke in Gesamtwert von 8,6 Mrd. USD in Richtung USA ausgeführt.

---

[435] Vgl. United Nations Economic Commission for Africa: *„Égypte. Monographie nationale“*. In: *„Rapport économique sur l'Afrique 2013“*, unter: https://www.uneca.org/sites/default/files/uploaded-documents/CoM/cfm2013/era2013_casestudy_fre_egypte.pdf, abgerufen am 10.12.19.

[436] Vgl. Middle East Eye: *„«Made in Egypt»? Le programme discret sur le textile qui rapporte des millions à Israël“*. Artikel vom 28.12.2017, unter: https://www.middleeasteye.net/fr/reportages/made-egypt-le-programme-discret-sur-le-textile-qui-rapporte-des-millions-israel; Africapresse.paris: *„L'importance du secteur textile habillement dans les quatre pays de l'Accord d'Agadir. Tunisie - Maroc - Egypte - Jordanie“*. Artikel vom 01.11.2009, unter: https://www.africapresse.paris/L-importance-du-secteur-textile?lang=fr, beide Links abgerufen am 10.12.19.

[437] Ebd.

[438] Vgl. Deye, Marion: *„L'Egypte tente de tirer son épingle du jeu“*. Artikel vom 30.10.2008. In: L´Usine Nouvelle, unter: https://www.usinenouvelle.com/article/l-egypte-tente-de-tirer-son-epingle-du-jeu.N63543, abgerufen am 10.12.19.

Die positiven Entwicklungen im Textilsektor trugen im Jahr 2005 zu einem Wachstum der Industriebranche um 8 Prozent bei und lockten daraufhin mehr ausländische Investoren vor allem aus Italien, der Schweiz und der Türkei an, die sich im Land niederließen oder ihre Geschäfte erweiterten und dabei hunderte Mio. USD investierten.[439]. Dank der verabschiedeten Reformen und der Unterstützung u.a. der EU nach Inkrafttreten des AA erfolgte seit 2005 eine Welle der Modernisierung und Umstrukturierung von ägyptischen Textilfabriken. Dabei wurden insbesondere kleine und mittlere Betriebe mithilfe von Darlehen und modernen Geräten gefördert, damit sie ihre Produktion sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht steigern können. Zudem startete die EU im Juli 2005 das Programm EFTP (*Enseignement et formation techniques et professionnels*), mit dem die EU Ägypten u.a. bei der Umstrukturierung der Textilbranche während eines Zeitraumes von sechs Jahren unterstützte. Dank des EFTP konnte eine umfassende Politik zur Reform der technischen Aus- und Weiterbildung in den Bereichen Industrie, Bauwesen und Tourismus im Land angestoßen werden[440]. Hierzu wurde auf nationaler Ebene ein integriertes und dezentrales Ausbildungssystem eingerichtet, um eine Ausweitung von Ausbildungsangeboten zu ermöglichen. Das EFTP trug insgesamt am Ausbau der Ausbildungskapazitäten sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor bei[441].

Anfang 2018 verkündete die ägyptische Regierung den Bau einer großen Industriezone, die sich hauptsächlich auf die Produktion von Textil- und Bekleidungswaren fokussieren soll. Der neue Standort in der Stadt *Al-Sadat* soll auf einer Fläche von gut 3 Mio. Quadratmeter etwa 658 Firmen beherbergen und ein Investitionsvolumen von 2 Mrd. USD, von denen 87 Prozent durch ausländische Investitionen gedeckt werden sollen, veranschlagen[442]. Durch die positiven Entwicklungen in der Textilbranche schlossen seit 2005 mehrere europäische und internationale Großmarken (wie etwa Zara, Decathlon, Calvin Klein oder Tommy Hilfiger) Verträge mit ägyptischen Zulieferern zur Fertigung ihrer Produkte ab. Im Jahr 2017 beschäftigte der Textilsektor in über 2.500 Betrieben etwa 1,2 Mio. Ägypter und sorgte für

[439] Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„Égypte"*. OCDE (Hrsg.). In: Le rapport annuel sur les Perspectives économiques en Afrique. Bericht von 2006, Seite 268f; Deye, Marion: *„L'Egypte tente de tirer son épingle du jeu"*. Artikel vom 30.10.2008. In: L´Usine Nouvelle.

[440] Vgl. United Nations Economic Commission for Africa: *„Égypte. Monographie nationale"*. In: *„Rapport économique sur l'Afrique 2013"*.

[441] Ebd.

[442] Vgl. African Manager: *„Egypte: Une méga-cité dédiée au textile pour 2 milliards $"*. Artikel vom 17.01.2018, unter: https://africanmanager.com/egypte-une-mega-cite-dediee-au-textile-pour-2-milliards/, abgerufen am 11.12.2019.

entsprechende Exporte im Wert von 2,8 Mrd. USD (gut 10 Prozent der Gesamtausfuhren), die hauptsächlich in die EU sowie in die USA ausgeführt wurden[443].

Die ägyptische Pharmaindustrie wird nach Stand von 2018 von 22 multinationalen Unternehmen (Marktanteil 55 Prozent), elf Staatsbetrieben (Marktanteil 5 Prozent) sowie über 14.000 Fabriken des Privatsektors, die sich einen Markt im Wert von 2,7 Mrd. USD teilen, beherrscht. Die Branche bietet eine Beschäftigung für 300.000 Mitarbeiter, leidet aber vor allem unter fachlichen und technischen Defiziten. Die heimischen Unternehmen müssen u.a. mehr als 90 Prozent der benötigten Rohstoffe und Produktionsmaschinen aus dem Ausland anschaffen, welche in Dollar zu bezahlen sind und angesichts des schwankenden Wechselkurses vom ägyptischen Pfund gegebenenfalls teurer kosten[444]. Zudem mangelt es an fachliche Kompetenz, um mit der ausländischen Konkurrenz mitzuhalten, deshalb arbeitet ein großer Teil der Pharmabetriebe als Subunternehmer und stellen im Auftrag von großen internationalen Pharmaunternehmen wie Sanofi (Frankreich) oder *Novartis* (Schweiz) Medikamente für den lokalen Markt her.

In Bezug auf die Automobilindustrie zählt Ägypten gemessen an der Bevölkerungszahl zu den größten und lukrativsten Märkten für die internationalen Automobilhersteller auf dem afrikanischen Kontinent. Die Autoindustrie im Land selbst konzentriert sich aufgrund des fehlenden Know How lediglich auf die Montage sowie die Produktion von Kfz-Teilen (Kfz Steht für Kraftfahrzeuge). Bereits 1995 und 1997 errichteten die Deutschen Automobilehersteller *Mercedes-Benz* und *BMW* in Zusammenarbeit mit lokalen Partnern in Ägypten zwei CKD-Werke (CKD steht für Completely Knocked Down), in denen PKWs (Personenkraftwagen) zunächst aus überwiegend importierten Teilen montiert und hauptsächlich im heimischen Markt abgesetzt wurden (vgl. Pries 1999: 50f.). In der Folgezeit stiegen weitere europäische und insbesondere asiatische Kfz-Hersteller im Land ein. In diesem Kontext sind u.a. *Nissan* (Japan), *Fiat* (Italien), *Hyundai* (Südkorea), *General Motors* (USA) sowie *Peugeot* und *Citroën* (beide Frankreich) zu erwähnen.

---

[443] Vgl. Olodo, Espoir: „*L'Egypte veut booster ses exportations de textiles et de vêtements grâce à la Suisse*". Artikel vom 24.09.2019. In: Agence Ecofin, unter: https://www.agenceecofin.com/agro-industrie/2409-69485-l-egypte-veut-booster-ses-exportations-de-textiles-et-de-vetements-grace-a-la-suisse; Idem, Oliver: „*Wirtschaftsstruktur-Ägypten. Regierung will Privatinvestoren an Staatsfirmen beteiligen*". Bericht vom 16.10.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.), unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/wirtschaftsumfeld/wirtschaftsstruktur/aegypten/wirtschaftsstruktur-aegypten-9470, beide Links abgerufen am 11.12.2019.

[444] Vgl. Sallon, Hélène: „*En Egypte, l'industrie pharmaceutique est en crise*". Artikel vom 17.02.2018. In: Le Monde, unter: https://www.lemonde.fr/economie/article/2018/02/17/en-egypte-l-industrie-pharmaceutique-est-en-crise_5258584_3234.html, abgerufen am 02.12.2019.

Die Montagekapazität von Kraftfahrzeugen blieb in den 2000er Jahren angesichts der schlechten sozio-ökonomischen Lage im Land und der damit verbundenen schwachen Nachfrage sowie aufgrund bürokratischer Hürden und Fachkräftemangel unter den Erwartungen. Laut Gesetz (Dekret 192 des Industrieministeriums) mussten die in Ägypten gefertigten PKWs zu mindestens 45 Prozent und LKWs sowie Busse zu mindestens 70 Prozent aus lokal hergestellten Teilen bestehen[445]. Zudem wurden zum Schutz der heimischen Montagebetriebe Kfz-Importe mit Zöllen belegt. Im Gegenzug wurden nationale Kfz-Zulieferer gefördert, sodass bis 2013 insbesondere Reifen, Schläuche, Windschutzscheiben, Aluminium- und Kunststoffteile, elektrische Drähte, Polster und Stoßstangen lokal produziert werden konnten, wobei die im Anschluss montierten Kraftfahrzeuge aufgrund der starken Konkurrenz nicht die Kriterien erfüllten, um beispielweise nach Europa exportiert zu werden[446]. Ägypten zählte 2013 rund 26 Montagewerke und ca. 5,6 Mio. zugelassene Fahrzeuge, von denen 32 Prozent über 17 Jahre alt waren, was sowohl die Luft als auch die Umwelt im Land belastet. Die Gesamtproduktion im selben Jahr belief sich auf 133.000 Fahrzeuge und zusätzliche 97.000 Kfz wurden importiert. Nach Angaben der *Egyptian Association Automobile Manufacturing* umfasste die ägyptische Zuliefererstruktur im Jahr 2013 etwa 300 Fabriken, die rund 70.000 Menschen beschäftigten und einen Produktionswert von 455 Mio. USD erwirtschafteten[447], was auf eine relativ kleine Kfz-Zulieferbranche schließen lässt.

Die wirtschaftlichen Turbulenzen nach dem Aufstand 2011 in Verbindung mit der schwierigen Transformation beeinflussten u.a. den ägyptischen Kfz-Markt und führten letztendlich zu einem Produktions- und Absatzrückgang. Zusätzlich negativ wirkte auch die Kursfreigabe und Entwertung der ägyptischen Währung *Pfund* Ende 2016, die innerhalb kurzer Zeit eine Verdoppelung der lokalen Preise mehrerer Automodelle zur Folge hatte und Kunden vor einer Neuanschaffung abhielten, was alleine zwischen 2016 und 2017 zu einem Absatzrückgang von knapp 32 Prozent geführt hatte[448]. Dies zeigte sich Ende 2016 besonderes in der geringen Anzahl der zugelassenen PKWs im Land, die bei 4,3 Mio. lag. Zum Vergleich waren im selben Zeitraum in Deutschland gut 45 Mio. Autos zugelassen. Angesichts dieser Konstellation sahen

[445] Vgl. Observatoire Europe-Afrique 2030: *„Secteur: Construction automobile. Principales caractéristiques du tissu industriel. Afrique"*. Bericht von 2016, S. 4, unter: http://observatoire-europe-afrique-2020.org/wp-content/uploads/2016/10/Construction-automobile- -Carcteristiques-tissu-industriel -Afrique.pdf, abgerufen am 14.12.2019.
[446] Ebd. Seite 3f.
[447] Ebd. Seite 3.
[448] Vgl. Idem, Oliver: *„Branche kompakt: Ägyptens Automobilsektor wartet auf politisches Signal"*. Bericht vom 29.06.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.), unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branche-kompakt/aegypten/branche-kompakt-aegyptens-automobilsektor-wartet-auf-13832, abgerufen am 13.12.19.

mehrere lokale Montagewerke, die teilweise nur Hunderte oder Tausende Autos im Jahr verkauften, aufgrund der hohen Fixkosten kaum einen wirtschaftlichen Nutzen mehr in ihrer Tätigkeit. Nach der Senkung von Einfuhrzöllen für PKWs aus der EU im Rahmen des AA Anfang 2018 von 30 auf 20 Prozent und in Erwartung ihrer geplanten Abschaffung in 2019 scheinen damit Importe in Ägypten lukrativer als die lokale Montage zu werden[449]. „Im 1. Quartal 2018 vermeldete der Hafen Alexandria einen Anstieg der Fahrzeugimporte um 61 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Das entsprach 21.382 Kfz, von denen die meisten auf Renault (3.772) und Hyundai mit 3.519 Wagen entfielen"[450]. Zum Schutz der lokalen Kfz-Industrie erklärte die ägyptische Staatsführung im Laufe von 2018 jedoch, trotz der Vorgaben des AA zur Abschaffung von Zöllen Importeinschränkungen einführen zu wollen.

Ägypten schneidet in Bezug auf die Kfz-Industrie im regionalen und kontinentalen Vergleich mäßig ab. Bei der Kfz-Produktion bzw. -Montage in Afrika lag das Land beispielsweise im Jahr 2017 mit 73.153 montierten Fahrzeuge an dritter Stelle vor Algerien (60.606), aber deutlich hinter den führenden Hersteller auf dem Kontinent, nämlich Südafrika (321.358) und Marokko (341.802), wobei der Großteil der in Marokko gefertigten Fahrzeuge (vor allem der Marken Renault und PSA) internationalen Standards entspricht und hauptsächlich in die EU sowie andere Regionen exportiert wird[451]. Die Zahl der im ägyptischen Kfz-Sektors tätigen Betriebe sank aufgrund struktureller Defizite bis zum Jahr 2018 auf 170 Unternehmen (gegenüber 326 im Jahr 2013), die insgesamt 86.000 Arbeitsplätze boten, wobei 19 Fabriken in der Montage (Pkw, Busse und leichte Transportfahrzeuge) arbeiteten, während die übrigen Firmen als Kfz-Zulieferer galten[452]. Der Exportwert von Fahrzeugen und Kfz-Teilen fiel 2017 vergleichsweise gering aus und belief sich nach offiziellen Angaben auf etwa 700 Millionen USD, was nur einen

[449] Vgl. Ghorfa Arab-German Chamber of Commerce and Industry e. V.: „Ägypten unterstützt Automobilindustrie". Bericht von 2018, unter: https://ghorfa.de/de/aegypten-automobilindustrie-zoll/, abgerufen am 13.12.19.

[450] Idem, Oliver: *„Branche kompakt: Ägyptens Automobilsektor wartet auf politisches Signal"*. Bericht vom 29.06.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.).

[451] Vgl. Afrique Magazine: *„L'automobile veut changer de vitesse"*. Bericht vom November 2018, unter: https://afriquemagazine.com/l%E2%80%99automobile-veut-changer-de-vitesse, abgerufen am 13.12.19; Idem, Oliver: *„Branche kompakt: Ägyptens Automobilsektor wartet auf politisches Signal"*. Bericht vom 29.06.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.).

[452] Vgl. Observatoire Europe-Afrique 2030: *„Secteur: Construction automobile. Principales caractéristiques du tissu industriel. Afrique"*. Bericht von 2016, S. 3; Idem, Oliver: *„Branche kompakt: Ägyptens Automobilsektor wartet auf politisches Signal"*. Bericht vom 29.06.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.); Agence Ecofin: *„Egypte: les ventes de véhicules assemblés localement en hausse de 25,8% en glissement annuel à fin juillet 2018"*. Artikel vom 08.10.2018, unter: https://www.agenceecofin.com/economie/0810-60646-egypte-les-ventes-de-vehicules-assembles-localement-en-hausse-de-25-8-en-glissement-annuel-a-fin-juillet-2018, Links abgerufen am 13.12.19.

nur kleinen Teil der Gesamtexporte entspricht, die im selben Jahr einen Wert von fast 26 Mrd. USD erreicht hatten.

Die Entwicklung der Automobilindustrie blieb bis 2019 schwach, da die Staatsführung und ausländische Investoren ihren Fokus mehr auf andere Industriesegmente richteten (z.B. Petrochemie). Zudem scheinen das fehlende Know How, die Marktgröße und der verzeichnete Fachkräftemangel in Ägypten die Kfz-Montage daran zu hindern, ihr Potenzial zu entfalten. Von daher wurde im Untersuchungszeitraum im Hinblick auf die ägyptische Kfz-Industrie der Produktion von Kfz-Teilen mehr Bedeutung beigemessen als der Automontage. Wie in Tunesien entschieden sich insbesondere europäische Automobilzulieferer einen Teil ihrer Produktion, die überwiegend auf einfache und arbeitsaufwändigere Handarbeit basierte, wie etwa Kabelbäume oder Sitzbezüge, nach Ägypten zu verlagern. In diesem Kontext ist vor allem das deutsche Unternehmen *LEONI AG* zu nennen, ein weltweit führender Autozulieferer von Kabel- und Bordnetzsystemen. LEONI AG betreibt in Ägypten vier Standorte für Draht- und Kabelsysteme und beschäftigt über 4.000 Arbeitskräfte. Bezogen auf die Gesamtkonstellation in der Industriebranche scheint der fehlende politische Wille im Zusammenwirken mit strukturellen und technischen (vor allem fehlendes Know How und qualifiziertes Personal) Defiziten zumindest mittelfristig der Entwicklung der ägyptischen Industrie im Weg zu stehen.

6.3.3 Der Tourismus

Die über Jahrtausende alte Geschichte mit faszinierenden Denkmälern und archäologischen Stätten, die als Weltkulturerbe gelten, die reiche Kultur sowie die warmen klimatischen Bedingungen haben aus Ägypten eines der beliebtesten Reiseziele am Mittelmeer und in Afrika gemacht. Die zahlreichen Sandstrände insbesondere am Roten Meer sowie die Nähe zu Europa im Zusammenhang mit den guten Flugverbindungen ergänzen die Attraktivität des Landes für ausländische Urlauber. Die Branche zählt in Ägypten zu den wichtigsten Einnahmequellen von Devisen und beschäftigt fachübergreifend einen beachtlichen Teil der aktiven Bevölkerung. Das Land konnte allerdings sein großes Potenzial im Vergleich zu seinen Konkurrenten in Nordafrika Tunesien und Marokko bis Mitte der 1990er Jahre nicht ausschöpfen (vgl. Gamblin 1996: Abschnitte 5f.). Der Tourismussektor litt insbesondere unter der schwachen Infrastruktur und den niedrigen Investitionen, die auf die Qualität des touristischen Produktes negativ wirkten und sich in relativ niedrigen Besucherzahlen widerspiegelten. Zudem wirkten verübte Terroranschläge von islamistischen Extremisten, die im Kampf gegen die Regierung vor allem westliche Touristen und Sicherheitskräfte zur Zielscheibe nahmen, ebenfalls negativ auf die

Entwicklung der Branche aus. Im Jahr 1995 konnte das Land daher lediglich knapp 2,9 Mio. Touristen empfangen, während im gleichen Zeitraum über 4,1 Mio. ausländische Urlauber nach Tunesien, das über ähnliche touristische Angebote verfügt, kamen.

Die ägyptische Regierung modifizierte im Laufe der 1990er und 2000er Jahre ihre Strategie zur Vermarktung der heimischen Tourismusindustrie, indem sie auf neue Marketingkonzepte setzte und die Angebotspalette diversifizierte. Die Anwerbungsversuche mithilfe von medialen Werbekampagnen insbesondere in den europäischen, asiatischen und amerikanischen Märkten wurden verstärkt. Außerdem wurde das Angebot von Kultur- und Erkundungsreisen für Familien und Jugendliche (wie Art. 54 und 65 des AA zwischen Ägypten und der EU vorsehen) sowie von Tauchkursen ausgeweitet. Als nach einer kurzen Erholungsphase die Tourismusbranche auf einem guten Weg schien, wurde das Land zunächst 1997 Schauplatz von zwei folgenschweren Terrorattacken, die sich gegen überwiegend europäische Touristen in Kairo und *Luxor* richteten und bei denen Dutzende Tote zu beklagen waren. Die Anschläge führten zu einem Rückgang der Touristenzahlen von ca. 3,7 Mio. im Jahr 1997 auf gut 3,2 Mio. im darauf folgenden Jahr. Erst ab 1999 konnte eine positive Tendenz verzeichnet werden. Nach einer Erhöhung der Sicherheitsvorkehrungen und Ausbau der Unterbringungskapazitäten kamen im Jahr 2000 zum ersten Mal über 5 Mio. ausländische Besucher (bisheriger Rekord) ins Land, wodurch die Branche dann mit einem Anteil von 2 Prozent am BIP beitrug[453].

Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Branche erhöhte das Tourismusressort seine Koordination mit den entsprechenden Interessengruppen, die hauptsächlich im Ägyptischen Tourismusverband organisiert sind, zur Entwicklung eines guten Preis-Leistungs-Verhältnisses, um mehr Urlauber ins Land zu locken. Hierzu wurde die Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Ministerien (u.a. das Tourismusministerium) und dem Privatsektor verstärkt, um konkurrenzfähige Reiseangebote zu erarbeiten. Außerdem wurde das Angebot von internationalen Flugverbindungen in Richtung touristischer Zentren des Landes ausgebaut und die Aufnahmekapazität von nationalen Flughäfen sukzessiv aufgestockt, um ein möglichst hohes Passagieraufkommen bewältigen zu können. Zudem wurden Gesetze angepasst, um mehr ausländische Investoren zu locken. In verwaltungstechnischer und administrativer Hinsicht wurden unter Aufsicht des Tourismusministeriums „das Amt zur Entwicklung des Tourismus“

[453] Vgl. La Banque Mondiale: „*Tourisme international, nombre d'arrivées - Egypt Arab Republic*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/ST.INT.ARVL?end=2018&locations=EG&start=1995;
Organisation de Coopération et de Développement Économiques: „*Égypte*“. In: „Le rapport annuel sur les Perspectives économiques en Afrique“. OCDE (Hrsg.). Bericht von 2002, Seite 123, unter: https://www.oecd.org/fr/pays/mozambique/1824647.pdf, beide Links abgerufen am 01.12.19.

sowie „das Ägyptische Tourismusbüro“ geschaffen, um die Aufgabenbereiche zu teilen und die Zusammenarbeit zwischen den Interessengruppen der Branche zu koordinieren. Die Aufgabe des Amtes zur Entwicklung des Tourismus lag darin, die Vorschriften für Projekte sowie Investitionen in der Branche festzulegen und umzusetzen, die Bereitstellung von Land für die benötigte Infrastruktur und den Zugang zu Darlehen für Betreiber zu erleichtern[454]. Der Fokus des nationalen Tourismusbüros lag seinerseits im Wesentlichen auf der Förderung und Vermarktung ägyptischer Tourismusprodukte sowohl im In- als auch im Ausland. Zu diesem Zweck wurden entsprechende Filialen auf nationaler und internationaler Ebene gegründet, die als Ansprechpartner für Urlaubsinteressierte und Reiseveranstalter fungieren und eine dezentrale und effektive Gestaltung des Sektors ermöglichen sollen.

Die gute Entwicklung des Tourismussektors setzte sich im Laufe der 2000er Jahre trotz einiger tödlicher Anschläge fort und die Urlauberzahlen nahmen deutlich zu. Im Jahr 2005 wurde mit über 8,2 Mio. Touristen und den daraus resultierenden Einnahmen ein neuer Rekord des Sektors registriert. Die Zahl der Beschäftigten im Tourismus sowie der BIP-Anteil der Branche wuchsen ebenfalls an. Angesichts dieser neuen Konstellation stieg auch die ökonomische Bedeutung der Branche für die gesamte Wirtschaft des Landes, da vom Tourismus zunehmend auch andere Sektoren, wie etwa Transport, Gastronomie oder die Baubranche, profitierten. Die ägyptische Staatsführung legte dementsprechend großen Wert auf die Aufrechterhaltung von Stabilität im Land und beauftragte zusätzliche Sicherheitskräfte mit der Bewachung wichtiger touristischer Attraktionen. Im Jahr 2010 erreichten die ausländischen Urlauberzahlen dann einen Höchststand, als etwa 14,7 Mio. Touristen Ägypten besuchten und dem Land die hohen Einnahmen von umgerechnet 11 Mrd. USD bescherten.

Im Zuge des Aufstandes gegen den ehemaligen Staatschef Mubarak, die darauf folgenden Proteste und die von vielen ausländischen Regierungen ausgesprochenen Reisewarnungen für Ägypten sanken im Jahr 2011 die Urlauberzahlen auf knapp 9,5 Mio. Aufgrund der Instabilität nach dem Staatsstreichs 2013 und der Häufung verübter Anschläge blieben viele ausländische Urlauber dem Land fern. Die Touristenzahlen gingen im Jahr 2016 im Vergleich zum Rekordjahr 2010 um fast zwei Drittel zurück und erreichten lediglich 5,4 Mio. Besucher, die Ägypten branchenabhängige Einnahmen von 2,6 Mrd. USD einbrachten[455]. Dabei kamen fast

[454]Vgl. Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„Égypte. Place du tourisme dans l’économie*“. OCDE (Hrsg.). Bericht von 2018, unter: https://www.oecd-ilibrary.org/sites/tour-2018-48-fr/index.html?itemId=/content/component/tour-2018-48-fr, abgerufen 14.12.2019.

[455] Vgl. Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„Égypte. Place du tourisme dans l’économie*“. OCDE (Hrsg.). Bericht von 2018.

12 Prozent der Urlauber aus Deutschland, 19 Prozent aus anderen westeuropäischen und 15 Prozent aus osteuropäischen Staaten, während 36 Prozent der Touristen Araber waren. Die rückläufigen Touristenzahlen seit 2013 waren auch das Ergebnis von weiterhin bestehenden strukturellen Defiziten, unter denen die Branche bis 2018 gelitten hat. Hierbei waren besonderes die weiterhin praktizierte protektionistische Politik gegenüber Low-Cost Airlines zum Schutz der nationalen Fluggesellschaft *Egypt Air*, die schlechte Verkehrsinfrastruktur, die sich vor allem im schlechten Straßen- und Schienennetz manifestierte sowie das schwach ausgebildete Tourismuspersonal zu erwähnen[456]. Zusätzlich kamen schwache Marketingstrategien und mangelnde Hygienestandards.

Nach der Aufhebung von Reisewarnungen für Ägypten im Laufe der Jahre 2018 und 2019 konnte wieder ein positiver Trend verzeichnet werden. Die Flugverbindungen aus europäischen Flughäfen, von wo aus die meisten Urlauber ins Land kommen, nahmen wieder deutlich zu. Im Jahr 2018 besuchten 11,2 Mio. (mehrheitlich europäische) Touristen das Land und sorgten für Einnahmen von ca. 10 Mrd. USD. Der Tourismussektor war 2018 hinter den Überweisungen ägyptischer Migranten im Ausland (26,4 Mrd. USD) und dem Wert von Exporten (25,8 Mrd. USD) die drittwichtigste Deviseneinnahmequelle des Landes[457]. Ein Jahr später setzte sich der Aufwärtstrend fort, nachdem 13 Mio. Urlauber, 2,5 Mio. davon aus Deutschland, nach Ägypten gekommen waren und der Branche die bisher höchsten Einnahmen im Wert von 12,5 Mrd. USD ermöglichten. Dieses Ergebnis wurde u.a. durch ein Förderprogramm der ägyptischen Regierung für Low-Cost Airlines begünstigt. Demnach sollten Fluggesellschaften, die mit 2 bis 25 Flügen pro Woche bestimmte touristische Regionen in Ägypten ansteuern, von einer staatlichen Prämie von bis zu 4.500 USD pro Flug profitieren[458].

Der Tourismus als Teil des Dienstleistungssektors zählte während der Untersuchungsphase trotz der sicherheitspolitischen und strukturellen Defizite zu den wichtigsten Zweigen der ägyptischen Wirtschaft. Die Branche beschäftigte im Jahr 2019 direkt und indirekt rund 10 Prozent der aktiven Bevölkerung und trug in Verbindung mit anderen verwandten Sektoren,

[456] Ebd.

[457] Vgl. Idem, Oliver: *„Aufwärtstrend im ägyptischen Tourismus hält an. Vorwiegend investieren Privatunternehmen in Tourismusprojekte"*. Bericht vom 17.01.2019. Germany Trade and Invest (Hrsg.), unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/aegypten/aufwaertstrend-im-aegyptischen-tourismus-haelt-an-21528, abgerufen am 14.12.2019.

[458] Vgl. Rohayem, Sherif: *„Nach drei Rekordjahren legt Corona Tourismus vorerst lahm. Für 2020 waren Einnahmen von 15 Milliarden US-Dollar einkalkuliert"*. Bericht vom 08.04.2020. Germany Trade and Invest (Hrsg.), unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/aegypten/nach-drei-rekordjahren-legt-corona-tourismus-vorerst-lahm-233356, abgerufen am 25.04.2020.

wie etwa Gastronomie, Handel oder Transport, mit bis zu 15 Prozent zum BIP bei[459]. Diese volkswirtschaftliche Relevanz veranlasste Ägypten dazu, dem Tourismus bei der wirtschaftlichen Vision des Landes mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Der positive Trend in der Tourismusindustrie wurde jedoch spätestens im März 2020 gebremst, nachdem Ägypten und Tunesien, wie die meisten Staaten weltweit, aufgrund der ausgebrochenen *Corona-Pandemie* ihren Luftraum für Verkehrsflugzeuge geschlossen hatten. In den Folgemonaten erlitt sowohl die ägyptische als auch die internationale Tourismusindustrie hohe Umsatzeinbußen, die kurz- und mittelfristig zur Insolvenz von touristischen Einrichtungen und Reiseanbietern führen könnten. Bezogen auf die Tourismusbranche in Ägypten und angesichts des großen Potenzials des Landes könnte der Tourismus in Zukunft bei einer durchdachten Wirtschaftspolitik, die die Interessengruppen des Sektors einbezieht, eine Schlüsselrolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung spielen.

6.3.4 Die Landwirtschaft

Traditionell belegen landwirtschaftliche Aktivitäten in Ägypten in mehrfacher Hinsicht eine Schlüsselposition in der Entwicklung des Landes. Die Anteile des Agrarsektors am BIP lagen in den Jahren 1970 und 1980 beispielsweise bei jeweils rund 30 Prozent bzw. fast 20 Prozent. Aufgrund der hohen Einwohnerzahl und der damit verbundenen Notwendigkeit zur Gewährung einer Lebensmittelsicherheit soll die Branche auch während der Untersuchungsphase zu den Wirtschaftszweigen mit der höchsten Priorität für die Staatsführung zählen. Die Agrarpolitik wurde in den 1960er und 1970er Jahren aufgrund der herrschenden Planwirtschaft von der politischen Führung bestimmt und war von staatlichem Interventionismus geprägt. Erst in den 1980er Jahren wurde eine vorsichtige Liberalisierungsphase eingeläutet, um den sozialen Frieden nicht zu gefährden. Durch zwei Reformen (von 1986-1989 und 1990-1993) im Rahmen des Strukturanpassungsprogramms vergab die Regierung Nutzungsrechte sowie den Besitz von landwirtschaftlichen Flächen an überwiegend Kleinbauern, erhöhte auf der Grundlage internationaler Marktpreise für Agrarerzeugnisse schrittweise die entsprechenden Preise im Land und hob Subventionen für Dünge- und Futtermittel, Saatgut sowie Pestizide auf (vgl. Al-Sayyid Mansur 1995: Abschnitt 4f.). Außerdem wurde der angeordnete und obligatorische

[459] Vgl. Rohayem, Sherif: *„Nach drei Rekordjahren legt Corona Tourismus vorerst lahm. Für 2020 waren Einnahmen von 15 Milliarden US-Dollar einkalkuliert“*. Bericht vom 08.04.2020. Germany Trade and Invest (Hrsg.); Adjibi Nourou, Moutiou: *„Egypte: les revenus touristiques de l'année 2018-2019 ont atteint 12,5 milliards $, un record“*. Artikel vom 21.11.2019. In: Agence Ecofin, unter: https://www.agenceecofin.com/economie/2111-71356-egypte-les-revenus-touristiques-de-lannee-2018-2019-ont-atteint-12-5-milliards-un-record, beide Links abgerufen am 25.04.2020.

Ernteverkauf durch Landwirte an den Staat im Jahr 1987 abgeschafft und die Preise mehrerer wichtiger Güter (wie etwa Getreide, Bohnen und Reis) allmählich liberalisiert. Der Handel mit weiteren Produkten wie etwa Baumwolle und Zuckerrohr blieben im Gegensatz dazu vorerst unter staatlicher Kontrolle. Die umgesetzte Liberalisierung führte zu einer Ausdehnung der Anbaufläche sowie zu einem Anstieg der erzielten Erträge bei den wichtigsten Getreidekulturen (u.a. Weizen, Mais und Reis), nachdem ihre Gesamtproduktion von 8 Mio. Tonnen im Jahr 1981 auf 15 Mio. im Jahr 1992 gestiegen war (vgl. Al-Sayyid Mansur 1995: Abschnitt 10). Mit der Liberalisierung der Landwirtschaft bezweckte die ägyptische Staatsführung hauptsächlich eine effektive Nutzung der nationalen Ressourcen (Land, Wasser sowie menschliches und materielles Kapital) zu erreichen.

Im Jahr 1996 zählte Ägypten über 63 Mio. Einwohner. Der Landwirtschaftssektor bot zu dieser Zeit eine Beschäftigung für rund 39 Prozent der aktiven Bevölkerung und trug jeweils zu 17 Prozent am BIP sowie 14 Prozent an den Warenexporten (außer Energieprodukte) bei[460]. Die Branche sah sich allerdings mit großen strukturellen, technischen und finanziellen Herausforderungen konfrontiert. In Ägypten gehörte bis zum Jahr 2004 der Anteil der Anbaufläche mit 0,05 Hektar pro Einwohner zu den niedrigsten in der Welt und der Sektor war von Kleinfarmen dominiert, da 70 Prozent der Agrarbetriebe über jeweils weniger als 0,5 Hektar verfügten[461]. Letzteres wurde durch das Erbrecht begünstigt. Eine Mechanisierung und Modernisierung der Branche schienen angesichts dieser Konstellation kaum möglich, zumal die staatlichen Investitionen nach der Liberalisierung der Landwirtschaft sukzessiv zurückgingen. Zusätzlich stellten die geringen Niederschlagsmengen sowie die im internationalen Vergleich schwachen Werte der internen erneuerbaren Wasserressourcen, also die langfristige und durchschnittliche Durchflussmenge von Flüssen und Auffüllung von Grundwasserleitungen durch endogenen Niederschlag pro Jahr[462], den Sektor vor zusätzlichen Problemen. Zudem liegt Ägypten in Bezug auf die internen erneuerbaren Wasserressourcen mit 19,76 Kubikmeter pro Jahr und Einwohner (Stand von 2014) deutlich hinter seinen

[460] Vgl. Food and Agriculture Organization: „*Egypte*“. In: „*L´agriculture, le commerce et la sécurité alimentaire. Questions et alternatives concernant les négociations de l'omc dans la perspective des pays en développement*“. FAO (Hrsg.). Volume II, Etudes de cas par pays, Rom 2000, unter: http://www.fao.org/3/X8731f/x8731f06.htm#P5_70, abgerufen am 17.12.19.

[461] Vgl. Food and Agriculture Organization: „*Egypte*“. In: „*L'accord sur l'agriculture (OMC). Bilan de sa mise en œuvre. Études de cas sur des pays en développement*“. FAO (Hrsg.), Rom 2004, unter: http://www.fao.org/3/y4632f/y4632f0t.htm#bm029, abgerufen am 17.12.19.

[462] Vgl. Knoema: „*Wasserressourcen: Gesamte, interne, erneuerbare Wasserressourcen*“, unter: https://knoema.de/atlas/topics/Wasser/Interne-erneuerbare-Wasserressourcen/Wasserressourcen-Gesamte-interne-erneuerbare-Wasserressourcen?type=maps, abgerufen am 17.12.19.

nordafrikanischen Nachbarn Tunesien (372,8 m³), Algerien (283,6 m³) und Marokko (843,6 m³) (vgl. Bessaoud 2019: 6).

Auf der klimatischen Ebene besteht die Fläche Ägyptens zu 96 Prozent aus Wüste und lediglich ca. 4 Prozent der Fläche kann für landwirtschaftliche Zwecke genutzt werden. Zum Vergleich betrug 1995 die Agrarnutzfläche von Deutschland rund 17 Mio. Hektar (ca. 47 Prozent der Gesamtfläche) und in Frankreich war 30 Prozent der Gesamtfläche für die landwirtschaftliche Nutzung geeignet. Die rund 3,3 Mio. Hektar Agrarnutzfläche in Ägypten liegen schwerpunktmäßig entlang des Flusses *Nil*, der das Land von Süden nach Norden durchquert, sowie dessen Mündungsdelta im Norden. Die landwirtschaftlichen Aktivitäten im Land hängen hauptsächlich vom Nilwasser und vom *Assuan-Staudamm* (wurde ebenfalls auf dem Nil errichtet) ab, die eine kontinuierliche Bewässerung der landwirtschaftlichen Nutzflächen über das ganze Jahr ermöglichen. Auf den kultivierten Böden wurden in der Untersuchungsphase ein Fruchtfolgesystem eingeführt, bei dem Weizen und Bohnen die wichtigsten Winterkulturen waren, während Mais, Reis und Baumwolle zu den Sommerkulturen gehörten[463]. Gemüse wie Tomaten, Kartoffeln und Gurken sowie andere Kulturen wurden in drei Jahreszeiten kultiviert. Insgesamt werden die landwirtschaftlichen Aktivitäten in Ägypten vom Weizenanbau, dominiert, der auf etwa 1,4 Mio. Hektar (Stand von 2014) angebaut wird.

Die vergleichsweise kleine Agrarnutzfläche, die Trockenheit, die jahrzehntelang verfehlte Agrarpolitik sowie die starke Konsumzunahme führten in den 1990er und Anfang der 2000er Jahre dazu, dass Ägypten seinen Lebensmittelbedarf nicht aus eigener Kraft decken konnte und somit zur Sicherung der Nachfrage auf Importe angewiesen war. Das Land galt international als einer der größten Nettoimporteure von Lebensmitteln. Von Mitte der 1980er bis Ende 1990er Jahre stellten Lebensmittel rund 80 Prozent der ägyptischen Agrarimporte dar. Hierbei sind besonderes Getreide zu nennen, da Ägypten als größter Weizenimporteur der Welt gilt[464]. Außerdem wurden Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre in unterschiedlichen Mengen Weizenmehl, welches mit Weizen in der Herstellung des wichtigsten Konsumgutes Brot benötigt wird, sowie Mais, Fleisch, Milchprodukte, Zucker und pflanzliche Öle importiert. Im Gegenzug wurden in der gleichen Phase vor allem Reis, Baumwolle, Orangen, Kartoffeln und Zwiebeln exportiert. Dabei stellten die EU-Staaten den Hauptabsatzmarkt für ägyptische Obst-

[463] Food and Agriculture Organization: *„Egypte"*. In: *„L'accord sur l'agriculture (OMC). Bilan de sa mise en œuvre. Études de cas sur des pays en développement"*. FAO (Hrsg.), Rom 2004.

[464] Vgl. Stassi, Franck: *„Le blé français retrouve sa compétitivité à l'export"*. Artikel vom 13.03.2019. In: L'Usine Nouvelle, unter: https://www.usinenouvelle.com/article/le-ble-francais-retrouve-sa-competitivite-a-l-export.N817575, abgerufen am 16.12.2019.

und Gemüseausfuhren dar[465]. Die Agrareinfuhren zwischen 1995 und 2000 waren verhältnismäßig hoch. Sie betrugen im Durchschnitt 3,85 Mrd. USD (26,3 Prozent der Gesamteinfuhren) und sorgten für ein Bilanzdefizit in der Landwirtschaft, welches sich auf durchschnittlich 3,3 Mrd. USD pro Jahr belief und die Staatskasse belastete[466]. Die Exporte von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wiesen in der gleichen Zeitspanne hingegen einen geringeren Wert von durchschnittlich 528 Mio. USD im Jahr auf. Wie in den Nachbarländern wurden auch in Ägypten aufgrund der schwachen Kaufkraft und zur Wahrung des sozialen Friedens die wichtigen Lebensmittel Brot, Weizenmehl, Zucker und Speiseöl in den 1990er und 2000er Jahren subventioniert (etwa 1,5 Prozent des BIP wurden im Durchschnitt jährlich für die Subvention der oben genannten Nahrungsmittel ausgegeben)[467].

Das 2004 in Kraft getretene AA zwischen der EU und Ägypten sah die Errichtung einer Freihandelszone für Industriegüter innerhalb einer Frist von 12 Jahre vor. In Bezug auf landwirtschaftliche Produkte wurden zunächst eine Zollbefreiung und Zollkontingente für bestimmte Agrarerzeugnisse vereinbart. Nach mehreren Verhandlungen im Laufe der 2000er Jahre konnte die Handelsliberalisierung zwischen beiden Partnern vorangetrieben und eine neue Vereinbarung beschlossen werden, die im Juni 2010 in Kraft trat. Gemäß der neuen Vereinbarung gewährt Ägypten dem Großteil der landwirtschaftlichen und Fischerei-Produkte aus der EU Zollfreiheit. Im Gegenzug gestattet die EU 67 Prozent der ägyptischen Agrarexporte einen freien Zugang, wobei beide Seiten vereinbart hatten, für die als „sensibel" eingestufte Produkte die Anwendung protektionistischer Maßnahmen zu ermöglichen[468]. Seit einem EU-Beschluss von Dezember 2011 strebt die EU an, wie am Beispiel Tunesien, Verhandlungen mit Ägypten über ein umfassendes Freihandelsabkommen (Accord de Libre Échange Complet et Approfondi) zu führen. In dieser Hinsicht konnten noch bis 2019 keine konkreten Fortschritte erzielt werden. Im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik profitierte Ägypten nach den Umbrüchen von 2011 von zusätzlichen EU-Finanzmitteln, die u.a. in der Landwirtschaft Verwendung fanden um die prekäre wirtschaftliche Situation im Land aufzurichten.

---

[465] Vgl. Food and Agriculture Organization: *„Egypte"*. In: *„L´agriculture, le commerce et la sécurité alimentaire. Questions et alternatives concernant les négociations de l'omc dans la perspective des pays en développement"*. FAO (Hrsg.). Volume II, Etudes de cas par pays, Rom 2000; Ministère de l'Agriculture et de l'Alimentation (France): *„Les politiques agricoles à travers le monde. Quelques èxemples. Égypte"*. Bericht von 2015, S. 2, unter: https://agriculture.gouv.fr/sites/minagri/files/1506-ci-resinter-fi-egypte.pdf, abgerufen am 13.12.2019.

[466] Vgl. Food and Agriculture Organization: *„Egypte"*. In: *„L'accord sur l'agriculture (OMC). Bilan de sa mise en œuvre. Études de cas sur des pays en développement"*. FAO (Hrsg.), Rom 2004.

[467] Ebd.

[468] Vgl. Ministère de l'Agriculture et de l'Alimentation (France): *„Les politiques agricoles à travers le monde. Quelques èxemples. Égypte"*. Bericht von 2015, S. 6.

Im Januar 2012 startete die EU das *European Neighbourhood Programme for Agriculture and Rural Development* (ENPARD), von dem insbesondere Ägypten, Algerien und Tunesien profitierten. Der EU-Plan zielte in erster Linie darauf ab, bei der Entwicklung des Agrarsektors, der als wichtigster Arbeitgeber und Entwicklungsmotor in ländlichen Gebieten der südlichen MDL gilt, einen Beitrag zu leisten, damit Arbeitsplätze vor Ort gesichert werden, Armut reduziert und somit die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung geschaffen werden kann. Hierzu förderte die EU die Modernisierung der Branche durch Erfahrungsaustausch bei Anbautechniken und mithilfe finanzieller Unterstützung zur Beschaffung von benötigten Geräten. Ferner unterstützte die EU Ägypten bei der Erarbeitung von Konzepten zum Schutz natürlicher Ressourcen angesichts des Klimawandels sowie bei der Optimierung der Beschaffungskette durch die Etablierung einer lokalen und regionalen Lebensmittelindustrie. Zusätzlich wurden dem Land im Hinblick auf eine Überarbeitung des institutionellen Rahmens zur Nutzung der Agrarflächen Reformvorschläge und mögliche Lösungsansätze angeboten. Darüber hinaus tauschten einzelne EU-Länder, wie Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden, im Rahmen von bilateralen Beziehungen mit Ägypten ihre fachliche und technische Expertise mit den lokalen Entscheidungsträgern und Betreibern der Branche, um die Leistungskraft der ägyptischen Landwirtschaft zu erhöhen[469].

Die Lebensmittelindustrie in Ägypten spielt in Bezug auf die Herstellung, Lagerung, Konservierung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen eine wichtige Rolle. Die Branche wurde zwar im Zuge des Strukturanpassungsprogramms reformiert, erlebte aber aufgrund von administrativen und strukturellen Hindernissen im Vergleich zu anderen Industriezweigen bis 2015 nicht die erhoffte Entwicklung. Insbesondere die protektionistische Politik durch die ägyptische Regierung zum Schutz der lokalen Produzenten vor ausländischen Konkurrenten wirkte kontraproduktiv auf die Modernisierung der Branche. Die Lebensmittelindustrie umfasste im Jahr 2015 etwa 4.700 zumeist Kleine und Mittlere Betriebe und beschäftigte etwa 250.000 Arbeitnehmer. Die Exporte des Sektors gehen schwerpunktmäßig in Richtung von Märkten im Nahen-Osten sowie in Europa und stellten 2015 einen Anteil von 6,8 Prozent der Gesamtausfuhren des Landes dar[470].

Die Leistungsfähigkeit der ägyptischen Landwirtschaft variierte von 1995 bis 2020 hauptsächlich aufgrund der schwankenden Regenmenge und der staatlichen Agrarpolitik, die

[469] Vgl. Ministère de l'Agriculture et de l'Alimentation (France): *„Les politiques agricoles à travers le monde. Quelques èxemples. Égypte“*. Bericht von 2015, S. 7.
[470] Vgl. Ebd. Seite 3.

die Ernten, wie in den benachbarten arabischen Staaten auch, jährlich entweder positiv oder negativ beeinflussen. Beispielsweise konnten Mitte der 2000er Jahre positive Ergebnisse verzeichnet werden, nachdem im Jahr 2005 Dank guter Niederschlagsmengen, Umsetzung wichtiger Bewässerungsprogramme und Inkrafttreten des AA mit der EU ein Wachstum des Sektors um 3,4 Prozent registriert werden konnte. Während in diesem Jahr die Obst- und Gemüseernte um 3,8 bzw. 10,8 Prozent anstieg, wuchs sogar die Weizen- und Reisproduktion um jeweils 32.5 und 3.2 Prozent[471]. In den Dürreperioden, die Ägypten oft heimsuchen, oder wenn der Staat zur Regulierung des Wasserverbrauchs die Fläche für den Getreideanbau reduziert, müssen schlechte Ernten hingenommen werden und das Land ist dann auf größere Agrarimporte angewiesen. Demnach schwankte z.B. zwischen 2005 und 2017 vor allem die für das Land wichtige Weizenproduktion. Nachdem die Weizenernte im Jahr 2005 zunächst 8,3 Mio. Tonnen betragen hatte, rutschte sie 2010 auf knapp 7,2 Mio. Tonnen bevor sie sich dann in der Phase von 2012 bis 2017 auf durchschnittlich 9 Mio. Tonnen im Jahr etablierte[472].

Angesichts der deutlich wachsenden Nachfrage und der instabilen Weizenproduktion musste Ägypten entsprechend steigende Importe überwiegend aus Russland, den USA, der Ukraine und Frankreich beziehen. Der Selbstversorgungsgrad mit Weizen ist seit 2009 rückläufig, nachdem er von 74,4 (im Jahr 2009) auf 35,5 Prozent im Jahr 2017 gesunken war[473]. Im Jahr 2019 musste Ägypten 13 Mio. Tonnen Weizen für über 3 Mrd. USD importieren und blieb somit größter Weizenimporteur der Welt. Mindestens 9 Mio. Tonnen Weizen werden jährlich alleine dafür gebraucht, um das subventionierte Brot, von dem fast 70 Prozent der Bevölkerung profitiert, herzustellen. Um die Agrareinfuhren und insbesondere Weizen vor einem möglichen Verderben zu schützen, vergab die Regierung im Jahr 2014 der Armee einen Auftrag zum Ausbau der Lagerungskapazitäten (von bisher 1,5 auf bis zu 6 Mio. Tonnen). Durch das Militär-Konglomerat *Arab Organization for Industrialization* sollten in einem ersten Schritt 25 Silos mit jeweils 60.000 Tonnen Speicherumfang gebaut werden[474]. Die Errichtung weiterer Silos wird in der Region rund um den Suez-Kanal für die Zukunft geplant. Trotz dieser Schritte scheint der staatliche Umgang mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen bis zum Jahr 2018 unprofessionell zu sein und offenbart Defizite in der Lieferkette. „Nachernteverluste von - je

[471] Vgl. Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„Égypte"*. In: „Le rapport annuel sur les Perspectives économiques en Afrique". OCDE (Hrsg.). Bericht von 2006, Seite 268.
[472] Vgl. Central Agency for Public Mobilization and Statistics: *„Wheat Production"*, unter: https://www.capmas.gov.eg/Pages/IndicatorsPage.aspx?Ind_id=2360, abgerufem am 18.12.2019.
[473] Vgl. Central Agency for Public Mobilization and Statistics: *„Self sufficiency ratio of wheat"*, unter: https://www.capmas.gov.eg/Pages/IndicatorsPage.aspx?Ind_id=2334, abgerufem am 18.12.2019.
[474] Vgl. Ministère de l'Agriculture et de l'Alimentation (France): *„Les politiques agricoles à travers le monde. Quelques èxemples. Égypte"*. Bericht von 2015, S. 4.

nach Schätzung - bis zu 50 Prozent machen (…) Verbesserungspotenziale bei Kühlketten und Logistiklieferketten deutlich. Transport und Lagerung von Agrarprodukten sind noch immer häufig unzureichend und improvisiert“[475].

Die Tierhaltung in Ägypten wird überwiegend, im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung von kleinen Anbauflächen in kleinen Höfen betrieben. Dabei dominiert die Geflügelhaltung, da die entsprechenden Produktionskosten niedriger sind und Grün- oder Anbauflächen, wo Futtermittel für Viehzucht wachsen könnten, aufgrund der Wasserknappheit im Land relativ gering sind. Im Laufe der Jahre nahmen aber sowohl die Tierhaltung als auch die Fleischproduktion zu, sodass im Jahr 2018 ein Selbstversorgungsgrad von etwa 90 Prozent bei Geflügel und rund 60 Prozent bei rotem Fleisch erreicht werden konnte[476]. Für die Viehzucht muss Ägypten jährlich etwa 8 Mio. Tonnen Mais, der hauptsächlich als Futtermittel verwendet wird, im Wert von durchschnittlich 1,5 Mrd. USD (Stand 2018) importieren. „Rinder und Büffel dienen als Last- und Arbeitstiere sowie zur Fleisch- und vor allem zur Milchgewinnung“[477]. Die Herstellung von Milchprodukten entwickelte sich während der Untersuchungsphase ebenfalls positiv und erzielte 2015 einen Überschuss. In Bezug auf Fischereiprodukte konnte das Land im Jahr 2017 der Statistikbehörde (*Central Agency for Public Mobilization and Statistics*, kurz CAPMAS) zufolge ca. 86 Prozent seines Bedarfs durch heimische Produktion decken. Zur Steigerung der produzierten Fischmenge und zur Deckung der wachsenden Nachfrage errichtete das ägyptische Militär in Zusammenarbeit mit der chinesischen Firma *Evergreen* Ende 2017 eine Fischfarm für 200 Mio. Euro, in der u.a. Aquakultur betrieben wird[478].

Der Agrarsektor war im Jahr 2017 aus sozio-ökonomischer Perspektive der wichtigste Wirtschaftszweig in Ägypten. Für die rund 53 Million Menschen (ca. 56 Prozent der Gesamtbevölkerung), die in ländlichen Gebieten und größtenteils in ärmlichen Verhältnissen

[475] Germany Trade and Invest: *„Ägypten strebt Importsubstitution bei landwirtschaftlichen Produkten an“*. Bericht vom 12.01.2018, unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/aegypten/aegypten-strebt-importsubstitution-bei-landwirtschaftlichen-16964, abgerufen am 18.12.2019.

[476] Vgl. Germany Trade and Invest: *„Ägypten strebt Importsubstitution bei landwirtschaftlichen Produkten an“*. Bericht vom 12.01.2018; Central Agency for Public Mobilization and Statistics: *„Amount of bird and poultry meat“*, unter: https://www.capmas.gov.eg/Pages/IndicatorsPage.aspx?Ind_id=2334, beide Links abgerufen am 18.12.2019.

[477] Agrarzeitung: *„Länderserie Ägypten. Land und Wasser sind knappe Güter“*. Artikel vom 09.05.2016, unter: https://www.agrarzeitung.de/nachrichten/wirtschaft/Land-und-Wasser-sind-knappe-Gueter-61431, abgerufen am 20.12.19.

[478] Vgl. Germany Trade and Invest: *„In Afrika soll mehr Agrarland bestellt werden“*. Bericht vom 05.03.2018, unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/aegypten/in-afrika-soll-mehr-agrarland-bestellt-werden-11946, abgerufen am 18.12.2019.

leben, ist die Landwirtschaft die Hauptquelle zur Sicherung des Lebensunterhalts und zur Gewährung der Ernährungssicherheit. Die Landwirtschaft trug 2017 mit etwa 12 Prozent[479] am BIP (betrug 235 Mrd. USD) bei, machte 19 Prozent der Gesamtexporte (im Gesamtwert von 25 Mrd. USD) sowie 21 Prozent der Gesamteinfuhren (betrugen insgesamt 65 Mrd. USD) aus und beschäftigte direkt rund 26 Prozent (25 Mio. Menschen) der aktiven Bevölkerung (vgl. Siam 2019: 5). Im Hinblick auf die Entwicklung der Produktionsleistung der Landwirtschaft hat Ägypten nach dem Stand von 2015 bei einigen Güter, wie etwa Reis, Gerste, Obst und Gemüse eine Selbstversorgung erreichen können, während bei Getreide, Mais, pflanzlichen Öle sowie rotem Fleisch noch ein hoher Importbedarf besteht[480]. Nach einem durchschnittlichen Wachstum von 4,5 Prozent in den 1990er Jahren und 3,8 Prozent in der Zeit von 2000 bis 2007 sank die Wachstumsrate der landwirtschaftlichen Produktion in Ägypten zwischen 2008 und 2013 auf etwa 1,1 Prozent (Bessaoud 2019: 73). Dieser Rückgang mündete in einer Zunahme der Einfuhren zur Deckung des nationalen Lebensmittelkonsums, der 2017 nur zu 60 Prozent durch die heimische Produktion gedeckt werden konnte (vgl. Siam 2019: 5). Dementsprechend wies die Handelsbilanz des Agrarsektors ein hohes Defizit auf und lag 2017 bei ca. 9 Mrd. USD. Diese Konstellation macht die Ägypter hinsichtlich der Volatilität von Weltmarktpreisen von Nahrungsmitteln anfällig und belastet ihre Kaufkraft.

Die ägyptische Landwirtschaft steht trotz einiger positiver Fortschritte noch unter dem Einfluss mehrerer struktureller Probleme, die die Wirtschaftsstabilität des Landes bedrohen. Die klein geteilten Anbauflächen behinderten bis 2016 weiterhin die Umsetzung einer effektiven und modernen Bewirtschaftung der Agrarnutzflächen. „Von den rund 4,5 Mio. Betrieben sind die meisten Subsistenzwirtschaften. Die durchschnittliche Flächenausstattung liegt bei 1,7 Hektar. Lediglich 12.000 Betriebe mit mehr als 100 Hektar sind in der Hand von Großgrundbesitzern“[481]. Dazu kommen eine ungenügende Ausbildung und geringe technische Ausstattung der Landwirte. Außerdem erwiesen sich die Maßnahmen gegen die widrigen klimatischen Bedingungen insgesamt als unzureichend, zumal die Zukunftsszenarien für Ägypten ernste Wassersorgen prognostizieren. Das Land hängt weiterhin stark vom Nil ab, der 90 Prozent der ägyptischen Wasserversorgung bereitstellt – hiervon werden etwa 80 bis 85 Prozent allein für landwirtschaftliche Aktivitäten verbraucht. Zudem wird im Hinblick auf den

[479] Industriesegmente und Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit der Landwirtschaft stehen, sorgen für weitere 20 Prozent des BIP. Somit trägt die Landwirtschaft gemeinsam mit verwandten Industrien und Dienstleistungen an 32 Prozent des BIP bei.

[480] Vgl. Ministère de l'Agriculture et de l'Alimentation (France): *„Les politiques agricoles à travers le monde. Quelques èxemples. Égypte“*. Bericht von 2015, S. 3f.

[481] Agrarzeitung: *„Länderserie Ägypten. Land und Wasser sind knappe Güter“*. Artikel vom 09.05.2016.

Assuan-Staudamm „der fruchtbare Nilschlamm nicht mehr auf die Felder geschwemmt wie in früheren Zeiten, was die Bodenqualität beeinträchtigt. Eine Versalzung des Bodens und die Zufuhr von mineralischem Dünger sind die Folgen“[482].

In Bezug auf die Wassersicherheit im Land scheint Ägypten durch den Bau des *Renaissance-Staudamms* in Äthiopien, wo sich die Quelle des *Blauen Nils* befindet, künftig vor zusätzlichen Herausforderungen zu stehen. Der Blaue Nil vereint sich mit dem *Weißen Nil*, der seine Quelle im Viktoriasee in Uganda hat, im Sudan. Gemeinsam bilden sie dann den *Nil*, der nordwärts durch den Sudan und Ägypten fließt, bevor er im Norden Ägyptens im Mittelmeer mündet. „Die Grand-Ethiopian-Renaissance-Talsperre soll der größte Staudamm in Afrika werden: 1800 Meter lang, 155 Meter breit und mit einem Fassungsvermögen von 74 Milliarden Kubikmetern“[483]. Der fast 5 Mrd. USD teure Staudamm, der seit Juli 2020 teilweise in Betrieb genommen wurde, soll Äthiopien zur wirtschaftlichen Entwicklung und Stromerzeugung verhelfen. Bei den Nil-Anrainern Ägypten und Sudan stieß die Errichtung des Staudamms auf Widerstand, weil vor allem Ägypten darin eine massive Bedrohung der dem Land bisher zustehenden Wassermengen von gut 55 Mrd. Kubikmeter pro Jahr sieht. Zwar fanden seit 2010 Verhandlungen zwischen Äthiopien, Sudan und Ägypten statt, allerdings konnte bis Juli 2020 kein Konsens gefunden werden, wie und in welchem Umfang das Reservoir des Staudamms aufgefüllt wird. Nach Einschätzung von Fachleuten würde der Renaissance-Damm „das verfügbare Wasser pro Kopf in Ägypten von 570 auf 500 Kubikmeter im Jahr reduzieren“ und den bisherigen ägyptischen Anteil (gut 55 Mrd. Kubikmeter im Jahr) um rund 10 Mrd. Kubikmeter verringern[484]. Zum Vergleich standen in Deutschland im Jahr 2015 rund 2.300 Kubikmeter Wasser pro Kopf zur Verfügung[485].

„In Kooperation mit der Europäischen Union erstellt das Bewässerungsministerium eine Liste potenzieller Investitionsprojekte im Rahmen einer Wasserstrategie bis zum Jahr 2037. Kern der Pläne ist eine effizientere Nutzung der Ressourcen“, weil Ägypten bis 2018 jährlich rund 60 Mrd. Kubikmeter Wasser zur Verfügung gestanden haben, während das Land insgesamt einen

[482] Vgl. Agrarzeitung: *„Länderserie Ägypten. Land und Wasser sind knappe Güter“*. Artikel vom 09.05.2016.
[483] Deutsche Welle: *„Verhandlungen zu Nil-Damm zurück auf Null?“*. Artikel vom 20.09.2019, unter: https://www.dw.com/de/verhandlungen-zu-nil-damm-zur%C3%BCck-auf-null/a-50495587, abgerufen am 20.12.2019.
[484] Vgl. Siam 2019: 24; Gehlen, Martin: *„Gigantischer Staudamm: Ägypten und Äthiopien streiten um das Wasser des Nil“*. Artikel vom 03.05.2020. In: Frankfurter Rundschau, unter: https://www.fr.de/politik/staudamm-aegypten-aethiopien-streiten-wasser-nil-afrika-13748162.html, abgerufen am 25.05.2020.
[485] Vgl. Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit: *„Reformprogramm Bewässerungslandwirtschaft“*, unter: https://www.giz.de/de/weltweit/16272.html, abgerufen am 25.05.2020.

Jahresverbrauch von 80 Mrd. Kubikmeter hatte[486]. Ein Teil des Wasserdefizits wird durch das Betreiben von Wasseraufbereitungsanlagen kompensiert. Infolge der Errichtung des Renaissance-Staudamms und angesichts der herrschenden Wasserknappheit in Verbindung mit den schwachen Niederschlagsmengen wird für die ägyptische Landwirtschaft eine schwierige Zukunft prophezeit, falls der Staat einen nachhaltigen Umgang mit den vorhandenen Wasserressourcen und die Anwendung moderner Bewässerungstechniken nicht umsetzen sollte.

Ägypten hat im Gegensatz zu den 1990er Jahren seit 2014 zur Steigerung der Produktion verstärkt Düngemittel subventioniert. Letztere wurden allerdings von den Landwirten unkontrolliert verwendet, was in den Jahren 2016 und 2017 zu einer Pestizidbelastung von einzelnen Ernten sowie zu Umsatzeinbußen bei den Agrarexporten geführt hatte. Aufgrund hoher Pestizidrückstände verhängten mehrere Staaten „Einfuhrverbote gegen einzelne Sorten oder stoppten zwischenzeitlich die gesamten landwirtschaftlichen Importe aus Ägypten“[487]. Mehrere Exportmärkte in Europa, der Golfregion und in den USA, die Ziel von ägyptischen Agrarausfuhren sind, bestanden auf einer Verschärfung der Lebensmittelsicherheit und der Qualitätskontrollen in Ägypten, um die Importbeschränkungen aufzuheben. Letztere wurden dann seit 2018 schrittweise aufgehoben.

Die ägyptische Wirtschaft entwickelte sich während der Untersuchungsphase aufgrund einer schwankenden Leistungskraft der Wirtschaftszweige insgesamt schwach und litt unter strukturellen Defiziten. Deren Diversifizierung schritt langsam voran und bürokratische sowie protektionistische Hürden blieben trotz der fortschreitenden Handelsliberalisierung bestehen. Im Ease of Doing Business Rankings der Weltbank landete Ägypten im Jahr 2019 auf Rang 114 (von insgesamt 190 Staaten)[488]. In Bezug auf den *Logistics Performance Index* der Weltbank wurden dem Land 2018 zwar gute Fortschritte in der Logistik bescheinigt (Platz 67 von 160 Länder), allerdings fiel die entsprechende Beurteilung der Unterpunkte „Zoll“ und „grenzüberschreitende Lieferungen“ deutlich schlechter aus (Platz 171 von 190 bewertete Staaten), da die Export- im Gegensatz zu den Importgeschäften schneller abgewickelt wurden

[486] Vgl. Siam 2019: 24; Germany Trade and Invest: *„Ägypten strebt Importsubstitution bei landwirtschaftlichen Produkten an“*. Bericht vom 12.01.2018.
[487] Germany Trade and Invest: *„Ägypten strebt Importsubstitution bei landwirtschaftlichen Produkten an“*. Bericht vom 12.01.2018.
[488] Vgl. The World Bank: *„Ease of Doing Business rankings“*, unter: https://www.doingbusiness.org/en/rankings, abgerufen am 10.01.2020.

und die Zollsätze häufiger Änderungen unterworfen waren[489]. Insgesamt wurde die ägyptische Wirtschaft auf dem Index of Economic Freedom der Heritage Foundation seit dem Jahr 2000 in der Kategorie „Mostly Unfree" eingeordnet und das Land belegte 2020 den 142. Rang (Tunesien landete auf den 128. und Algerien den 169. Platz von insgesamt 180 bewerteten Staaten)[490]. Dementsprechend beschreibt The Heritage Foundation die Lage in Ägypten im Jahr 2020 folgendermaßen:

„The Egyptian legal system provides protection for real and personal property, but complicated real estate laws make it difficult to establish and trace property titles, causing enforcement to be delayed. The judiciary has a proud history of independence, but the system's slowness and dependence on paper processes hurt its overall competence and reliability. Corruption remains pervasive at all levels of government (…) Progress has been made in the ease of starting a business, getting credit, protecting minority investors, paying taxes, and resolving insolvency. Dispute resolution, however, takes three to five years"[491].

Die ägyptische Wirtschaft leidet seit Jahrzehnten aufgrund der geringen Produktivität, des steigenden Konsums und den daraus resultierenden hohen Einfuhren an einem chronischen Handelsbilanzdefizit, das im Laufe der Jahre angeschwollen ist und die Gesamtentwicklung im Land gebremst hat. Im Jahr 2017 betrug das Handelsbilanzdefizit Ägyptens etwa 41 Mrd. USD und lag bis 2020 bei einer jährlichen Marke von 40 Mrd. USD (2019 betrug das Defizit 38 Mrd. USD), was ca. 13 Prozent des BIP entspricht[492]. Die Auslandsverschuldung hat sich innerhalb eines Jahrzehnts mehr als verdreifacht und stieg nach Angaben der Zentralbank von knapp 34 Mrd. USD im Juni 2010 auf rund 109 Mrd. USD bis Mitte 2019 an. Es ist davon auszugehen, dass dieser Umstand zukünftig zu einer Belastung der sozio-ökonomischen Lage im Land angesichts des steigenden Schuldendienstes führen würde. Problematisch für Ägypten gestaltet sich auch die Schlüsselposition der Armee in der Wirtschaft, die sich seit den 1970er Jahren im Engagement von Unternehmen, die dem Militär angehören, in zivilen Wirtschaftsaktivitäten manifestiert[493]. Damit konkurriert die Armee durch ihre Konzerne, die von staatlichen

[489] Vgl. The World Bank: *„LPI Global Rankings 2018"*, unter: https://lpi.worldbank.org/international/global/2018; Idem, Oliver: *„Ägypten pendelt zwischen Offenheit und Protektionismus. Neues Zollgesetz dürfte 2019 verabschiedet werden"*. Bericht vom 01.02.2019. Germany Trade and Invest (Hrsg.), unter: https://www.gtai.de/gtai-de/meta/ueber-uns/was-wir-tun/schwerpunkte/offene/aegypten-pendelt-zwischen-offenheit-und-protektionismus-21786, beide Links abgerufen am 21.12.2019.

[490] Vgl. The Heritage Foundation: *„2020 Index of Economic Freedom. Egypt"*, unter: https://www.heritage.org/index/country/egypt, abgerufen am 10.06.2020.

[491] The Heritage Foundation: *„2020 Index of Economic Freedom. Egypt"*, unter: https://www.heritage.org/index/country/egypt, abgerufen am 10.06.2020.

[492] Vgl. Idem, Oliver: *„Ägypten pendelt zwischen Offenheit und Protektionismus. Neues Zollgesetz dürfte 2019 verabschiedet werden"*. Bericht vom 01.02.2019. Germany Trade and Invest (Hrsg.); Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): *„Égypte. Indicateurs et conjoncture"*. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom 09.12.2019; Trading Economics: *„Egypt Balance of Trade"*, unter: https://tradingeconomics.com/egypt/balance-of-trade, abgerufen am 10.06.2020.

[493] Vgl. Idem, Oliver: *„Ägypten pendelt zwischen Offenheit und Protektionismus. Neues Zollgesetz dürfte 2019 verabschiedet werden"*. Bericht vom 01.02.2019. Germany Trade and Invest (Hrsg.); Ministère de l'Èconomie et

Erleichterungen (z.B. Steuer- und Zollbefreiung sowie Begünstigung bei Ausschreibungen) profitieren, mit dem Privatsektor um öffentliche Aufträge jeglicher Art. Zudem unterliegen die Militärbetriebe keiner zivilen Kontrolle. Die wirtschaftlichen Tätigkeiten des ägyptischen Militärs werden insbesondere durch das *Ministry of Military Production*, die *Arab Organization for Industrialization* und die *National Service Products Organization* durchgeführt, wobei die Armee durch ihre Unternehmen die Aufträge entweder eigenständig oder im Rahmen von Joint Ventures mit lokalen oder internationalen Konzernen erfüllt[494].

Im Jahr 2011 sollen die Unternehmen, die der Armee angehören oder unterstellt sind, rund 20 Prozent der gesamten ägyptischen Wirtschaftsleistung generiert haben und waren neben der Rüstungsindustrie auch in der Produktion einer Vielzahl ziviler Güter, von Elektronikartikeln bis hin zu Nahrungsmitteln, tätig (vgl. Fürtig 2011: 4). Zudem war das Militär der größte Landbesitzer und einer der wichtigsten Arbeitgeber im Land (vgl. Fürtig 2011: 4). Ein Teil der Beschäftigten in den zivilen Armeeunternehmen wird durch militärdienstleistende und Rekruten gebildet, was die Arbeitsmarktchancen von zivilen Arbeitskräften, die unter einer hohen Arbeitslosigkeitsrate leiden, zusätzlich schmälert. „By the time Sisi came to power in 2013, the Egyptian armed forces owned companies in almost every sector in the domestic economy" (Abul-Magd/Akça/Marshall 2020). Nach Angaben des Militärsprechers Oberst *Tamer Al-Rifai* vom September 2019 führte die ägyptische Armee zu diesem Zeitpunkt 2.300 Projekte in unterschiedlichen Bereichen durch und beschäftigte 5 Mio. zivile Angestellte. „The military now manages approximately one-quarter of total government spending in housing and public infrastructure. That's about 370 billion Egyptian pounds, which is, at today's rate, something like $24 billion - which might not seem like a lot compared to government budgets in the United States or Europe - but in Egypt, it's a great deal of money" (Sayigh 2019). „It is almost impossible to count the precise number and estimate the annual profit of Egypt's military enterprises because they are untaxed, not subject to official auditing, and not listed on the stock market" (Abul-Magd/Akça/Marshall 2020). Das „ökonomische" Gewicht der ägyptischen Armee wird unterschiedlichen Angaben zufolge auf 5 bis 40 Prozent (einige Quellen sprechen von bis zu 60 Prozent) der Wirtschaftskraft des Landes geschätzt[495].

---

des Finances (France): *„Égypte. Indicateurs et conjoncture"*. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom 09.12.2019.

[494] Vgl. Idem, Oliver: *„Wirtschaftsstruktur-Ägypten. Regierung will Privatinvestoren an Staatsfirmen beteiligen"*. Bericht vom 16.10.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.).

[495] Vgl. Abul-Magd/Akça/Marshall 2020; Schultz, Stefan: *„Wirtschaftsmacht Militär. Ägyptens General-Direktoren"*. Bericht vom 05.07.2013. In: Spiegel Online, unter: https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/aegypten-militaer-als-wirtschaftsmacht-a-909393.html; Halini,

In Bezug auf den wirtschaftlichen Beziehungen Ägyptens blieb die EU von 1995 bis 2019 wichtigster Handelspartner des Landes. Die EU-Staaten waren bis 2019 mit ca. 40 Mrd. Euro die größte Quelle für ausländische Direktinvestitionen in Ägypten[496]. Das AA hat insgesamt die Handelsbedingungen verbessert. Demnach stiegen die ägyptischen Exporte in Richtung EU zwischen 2002 und 2018 um 142 Prozent[497]. Zudem wurde eine Verdoppelung des Handelsvolumens zwischen Ägypten und der EU, welches von 11,8 Mrd. im Jahr 2004 auf 27,9 Mrd. Euro im Jahr 2017 gewachsen ist, registriert (der Handel mit der EU entspricht etwa 30 Prozent des ägyptischen Gesamthandels)[498]. Während die EU-Staaten hauptsächlich Erdöl- und Bergbauprodukte, Chemikalien sowie Bekleidungs- und Textilgüter aus Ägypten bezogen, importierte Ägypten aus der EU schwerpunktmäßig Transportmaschinen und –ausrüstung, Chemikalien, Kraftstoff- und Bergbauprodukte sowie Agrarerzeugnisse. Trotz der positiven Handelsentwicklung haben bis 2019 die protektionistischen Maßnahmen Ägyptens für Kritik der EU gesorgt, weil dadurch europäische Betreiber benachteiligt wurden[499].

Zwischenfazit

Die AA haben die Wirtschaft- und Finanzpartnerschaft zwischen der EU und den untersuchten Staaten ausgebaut. Dies mündete allerdings nicht in Wachstum und Prosperität in den drei arabischen MDL. Die Gründe hierfür waren struktureller, institutioneller und finanzieller Natur und wurden besonderes durch die zentrale und intransparente Gestaltung der Wirtschaftspolitik in den drei Staaten begünstigt. Letztere förderten auch die Etablierung von Patronagesystemen in den drei MDL, wodurch Transparenz und freier Wettbewerb beeinträchtigt wurden. Die Wertschöpfung der Wirtschaftszweige in den drei Staaten war außerdem schwach. Die Wirtschaft, insbesondere in Algerien und Ägypten, unterlag zudem bürokratische Hürden, die sich u.a. in der komplexen Rechtslage und in den verschiedenen Anlaufbehörden für Investoren zeigte, was die Korruption (siehe Kapitel 7) förderte (z.B. für die schnelle Bearbeitung von Anträgen oder für eine Begünstigung bei Ausschreibungen) und letztendlich das

Claude: „*Egypte: l'armée, capitaine d'industrie*". Artikel vom 04.03.2019. In: Libération, unter: https://www.liberation.fr/planete/2019/03/04/egypte-l-armee-capitaine-d-industrie_1712980, beide Links abgerufen am 22.12.2019.

[496] Vgl. Europäische Kommission: „*EU-Egypt Sub-Committee on Industry, Trade, Services and Investment*". Bericht vom 17.06.2019, Seite 2, unter: https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_158285.07.25%20Report%20Trade%20Sub-committee%20Egypt%20Final%20(002).pdf, abgerufen am 12.01.2020.

[497] Ebd.

[498] Vgl. Europäische Kommission: „*Countries and regions. Egypt*". Daten vom April 2020, unter: https://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/countries/egypt/#footnote-1, abgerufen am 22.12.2019.

[499] Europäische Kommission: „*EU-Egypt Sub-Committee on Industry, Trade, Services and Investment*". Bericht vom 17.06.2019, Seite 2.

Investitionsklima negativ beeinflusst hatte. Hinzu kommen technologische (fehlende Know-how und Fachkräfte), sicherheitspolitische (betrifft z.B. das Anwerben von ausländischen Touristen und Investoren) und klimatische Herausforderungen, mit denen sich die Wirtschaftssysteme der drei MDL konfrontiert sehen. Somit konnten die beachtlichen Potenziale in Algerien, Ägypten und Tunesien nicht voll ausgeschöpft werden. Betreffend die Umsetzung liberaler und marktwirtschaftlicher Reformen schneidet Tunesien in der Untersuchungsphase vergleichsweise besser ab. Hierbei sind u.a. die Schaffung der Freihandelszone für Industriegüter mit der EU und das Bereitstellen von Investitionsanreizen, die sich insbesondere in steuerliche Erleichterungen für exportgerichtete Unternehmen und in der Errichtung von Industriezonen im Land manifestieren, zu nennen.

Im Hinblick auf das Vorhaben der EU, die südlichen MDL im Rahmen der EMP bei der wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen, scheinen diese Bemühungen in Bezug auf den drei untersuchten Staaten bis 2020 noch nicht den erhofften Ergebnissen zu bringen. Angesichts der EU-Sicherheitsinteressen und der tiefen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der EU bzw. einzelnen EU-Staaten (vor allem Frankreich, Spanien, Italien und Deutschland) und den drei Fallbeispielländern ist es der EU während der Untersuchungsphase nicht gelungen, Algerien, Tunesien und Ägypten zu einer ernsthaften Wirtschaftsliberalisierung zu motivieren. Hierbei scheinen neben den fehlenden politischen Willen in den MDL zur Reformierung der Wirtschaftspolitik sowohl die weiterhin bestehenden bürokratischen Hürden (Protektionismus) als auch die vergleichsweisen bescheidenen finanziellen Anreize der EU an die drei MDL (mehr dazu in Kapitel 8) eine Rolle zu spielen. Inwieweit die erwähnten wirtschaftlichen Probleme die soziale Lage in den drei untersuchten Staaten sowie die Ziele des dritten Korbes der EMP beeinflusst haben, wird Gegenstand der Analyse im nächsten Kapitel sein.

7 Erklärungsfaktor Grad der sozialen Entwicklung in den Untersuchungsländern

Die Zusammenarbeit im Rahmen des dritten Korbes im Barcelona-Prozess zielte auf eine Unterstützung der sozialen Entwicklung in den südlichen MDL unter Beachtung der allgemeinen UN-Erklärung der Menschenrechte[500] ab. Diese besagt im Sinne der Kooperation im kulturellen, sozialen und menschlichen Bereich der EMP u.a. in Artikel 22 das Folgende:

„Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind".

In Artikel 23 der UN-Erklärung der Menschenrechte werden außerdem besonders die Rechte der Bürger auf Beschäftigung sowie der Schutz vor Arbeitslosigkeit betont. In gleicher Richtung wird in Artikel 25 ergänzt:

„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände".

Im Fokus der Partnerschaft von Korb drei stand vor allem die Verbesserung der Lebensqualität von Menschen in den südlichen MDL, um der organisierten Kriminalität, Radikalisierung und der illegalen Einwanderung den Nährboden zu entziehen. Darüber hinaus sollten der Ausbau des zwischenmenschlichen und kulturellen Austausches zwischen den Völkern auf beiden Mittelmeerufern sowie die zivilgesellschaftlichen Strukturen gefördert werden. Hierzu sollten vor allem Medien und Zivilgesellschaft eine Vermittlerrolle einnehmen. Im Folgenden werden die sozialen Entwicklungen in Algerien, Tunesien und Ägypten in der bisherigen Zeit des Barcelona-Prozesses anhand der Messgrößen Bildung, Beschäftigung und Migration, soziale Rechte und Zivilgesellschaft untersucht. Dabei ist zu bemerken, dass offizielle Daten, die in den drei untersuchten Staaten (für Tunesien gilt dies bis 2011) und generell im arabischen Raum die Themenfelder Armut, Arbeitslosigkeit und Wohlstand betreffen, mit Vorsicht zu interpretieren sind. Arabische Länder behandeln die Daten über die soziale Entwicklung vertraulich und der Zugang zu verlässlichen, aktuellen und transparenten Informationen diesbezüglich gestaltet sich schwierig, weil entsprechende negative Zahlen von den Regierungen dieser Länder oft als imageschädigend und damit als Gefahr für das Fortbestehen des sozialen Friedens angesehen werden. Aus diesen Gründen würden daher einige soziale

[500] Vereinte Nationen: *„Allgemeine Erklärung der Menschenrechte"*, unter: https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf, abgerufen am 20.10.18.

Daten unter Verschluss gehalten oder verzerrt dargestellt. Im Rahmen der Analyse in diesem Kapitel werden möglichst Daten von unabhängigen Stellen und internationalen Institutionen berücksichtigt.

7.1 Die soziale Entwicklung in Algerien

Die gesunkenen Weltmarktpreise des wichtigsten Exportgutes Erdöl in den 1980er Jahren führten in Algerien zu einer deutlichen Verschlechterung der Gesamtsituation. „Mit der ökonomischen Krise des ehemals wohlhabenden Landes verschärften sich die sozialen, politischen und ethnischen Spannungen in der algerischen Gesellschaft“ (Jacobs 2003: 148). Die jahrzehntelang umgesetzte Planwirtschaft in Verbindung mit der Beschneidung politischer sowie ziviler Freiheiten stieß an ihre Grenze und offenbarte die sozio-ökonomischen Defizite in Algerien. Die ineffiziente Planung, die verbreitete Korruption, Misswirtschaft sowie die Überschätzung eigener Kapazitäten und Fähigkeiten der staatlichen Stellen konnte nicht mehr durch hohe Renteneinnahmen gedeckt werden (vgl. Jacobs 2003: 152). Hinzu kamen ein schwaches Infrastrukturnetz, fehlende Arbeitsplätze und ein Mangel an Wohnraum. Die tiefe Kluft zwischen der herrschenden politischen Elite und weiten Teilen der Bevölkerung, die unter schwierigen sozialen Bedingungen lebten, wurde durch Sozialproteste seit 1986 sichtbar und gipfelte im Oktober 1988 in Massendemonstrationen, die von algerischen Sicherheitskräften niedergeschlagen wurden und zum Tod von über 500 Demonstranten führten. Mit Beginn der politischen und militärischen Auseinandersetzungen 1992 zwischen der Armee und militanten Islamisten verschlechterte sich vor allem die sozio-ökonomische Lage in Algerien. Das AA zwischen Algerien und der EU sah in Bezug auf die kulturelle und soziale Partnerschaft u.a. die Kooperation in den Bereichen der Aus- und Weiterbildung, der Förderung des kulturellen Austausches, der Stärkung der Zivilgesellschaft und die Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung vor. Im Folgenden werden die sozialen Entwicklungen in Algerien nachverfolgt.

7.1.1 Bildung

Die politischen und militärischen Auseinandersetzungen in Verbindung mit der prekären sozio-ökonomischen Lage in Algerien Anfang der 1990er Jahre gingen auch am Bildungssektor nicht spurlos vorbei. Die Instabilität im Land angesichts wiederholter Anschläge und Massaker an Zivilisten schreckte insbesondere die ländliche Bevölkerung in mehreren Regionen davor ab, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Letztere halfen ihre Eltern dann oft bei landwirtschaftlichen

Aktivitäten. Zusätzlich dazu kam eine psychische und traumatische Belastung der Schülerinnen und Schüler angesichts des erlebten Alltags, bei dem u.a. Bildungseinrichtungen, Lehrkräfte und Schüler Zielscheibe von Anschlägen wurden, was sich insbesondere in schwachen Leistungen und Schulabbrüchen widerspiegelte (vgl. Djebbar 1999: 52). Der Bildungssektor stand darüber hinaus aufgrund schwacher Investitionen generell in der Kritik und wies zahlreiche strukturelle und fachliche Defizite auf. Diese betrafen vor allem die zentralisierte Gestaltung des Bildungssektors durch die politische Führung. Die betroffenen Akteure (Lehrer, Schüler und Eltern) wurden in die Entscheidungsfindung relativ wenig einbezogen, was letztendlich negativ auf die Qualität der Ausbildung von Lehrkräften und der angewandten Lehrmethoden und Lerninhalte wirkte. In seiner Analyse des heimischen Bildungssystems stellte der ehemalige algerische Bildungsminister (1992 bis 1994) *Ahmed Djebbar* fest, dass es vielen Jugendlichen an kritischem Denken, insbesondere im Hinblick auf den Umgang mit gesellschaftlichen Problemen, sowie auf die Einstellung zu dogmatischen Fragen betreffend Wissenschaft und Kultur mangelte:

„Chez une bonne partie des adolescents, qu'ils soient diplômés ou qu'ils aient été victimes de la déperdition scolaire, on a observé une absence totale d'esprit critique, d'esprit d'entreprise et de curiosité. On a également remarqué un grand désintérêt pour les problèmes de la cité et le développement d'attitudes dogmatiques à propos de questions scientifiques et culturelles ou de problèmes de société" (Djebbar 1999: 51)

Eine beispielhafte Begleiterscheinung der jahrzehntelang verfehlten Bildungspolitik im Land manifestierte sich in der niedrigen Alphabetisierungsrate, die 1995 etwa 60 Prozent (Mitte der 1980er Jahre sogar nur 50 Prozent) betrug. Dies lässt darauf schließen, dass 40 Prozent der Bevölkerung (mehrheitlich Frauen) weder lesen noch schreiben konnte, was den sozialen Aufstieg und die gesellschaftliche Teilhabe von dieser Gruppe beeinträchtigte. Die Einschulungsrate von Kindern lag zudem im Jahr 1998 nach offiziellen Angaben bei 47,5 Prozent. Hauptgrund für diese niedrige Rate war vor allem die schwierige Gesamtsituation im Land. Nach Inkrafttreten des *Concorde Civil*, das die nationale Versöhnung einläutete, stabilisierte sich die sicherheitspolitische Lage in Algerien, was positiv auf mehrere Branchen (darunter der Bildungssektor) wirkte und der Regierung mehr Handlungsmöglichkeiten bot.

Algerien hat im Jahr 2002 erste Erfolge verbuchen können, nachdem die Analphabetenrate auf 37 Prozent gesunken war, wobei eine regionale Diskrepanz (ländliche und städtische Gebiete) sowie die Unterschiede unter den Geschlechtern (Frauen waren von Analphabetismus mehr betroffen als Männer) weiterhin bestehen blieben. Die Reduzierung der Zahl von Analphabeten war insbesondere der NGO *l'Association Algérienne d'Alphabétisation IQRAA* (IQRAA steht für das arabische Wort lies) zu verdanken, die seit 1990 bestand und sich im Bereich der

Erwachsenenbildung die Alphabetisierung von Erwachsenen in den 48 Departements des Landes zum Ziel gesetzt hatte[501]. Zudem engagierte sich IQRAA für die Gleichberechtigung der Geschlechter und die menschliche Entwicklung im Kontext der Millennium-Ziele der Vereinten Nationen. IQRAA koordinierte und arbeitete bei der Umsetzung ihrer Projekte mit verschiedenen Ministerien sowie mit regionalen Staatsorganen zusammen. IQRAA wurde sowohl vom algerischen Staat und lokalen privaten Unternehmen als auch von europäischen[502] sowie internationalen Geldgebern[503] unterstützt. Von 1993 bis 2012 konnte IQRAA durch ihre Kurse insgesamt 1.681.125 Mio. Menschen (1.543.906 Frauen und 137.219 Männer) das Lesen und Schreiben beibringen[504].

Trotz der in der Alphabetisierung erzielten Fortschritte wies das Schulsystem Anfang der 2000er Jahre weiterhin große Defizite auf, zumal nur 34 Prozent der Kinder die 5-jährige Grundschulzeit tatsächlich absolvierten. Die Zahl der unbeschulten Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren lag bei einer Million, ein beachtlicher Teil dieser Kinder litt unter einer Behinderung[505]. Darüber hinaus fehlten generell wirksame Mechanismen zur Bewertung des Schulsystems, die eine Analyse und Reflexion der Systemleistung hätten ermöglichen können[506]. Ähnliche Probleme wurden ebenfalls in der Berufsbildung (Unvereinbarkeit von Ausbildungsangeboten mit dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt) und in der Hochschulbildung festgestellt, die letztendlich negativ auf die Abschlussraten und den Arbeitsmarkt wirkten. „L'enseignement supérieur souffre d'une faible pertinence des programmes, de la pré-dominance de la théorie et de l'isolement des universités par rapport au monde. Ainsi,

[501] UNESCO Institute for Lifelong Learning: *„Alphabétisation, Formation et Insertion des Femmes, Algérie*". Bericht vom 24.11.2015, unter: https://uil.unesco.org/fr/etude-de-cas/effective-practices-database-litbase-0/alphabetisation-formation-insertion-femmes, abgerufen am 03.01.2020.

[502] Hierbei sind die „Spanische Agentur für Internatinale Zusammenarbeit" (AECI) und die spanische Stiftung "CUME" zu nennen.

[503] United Nations International Children's Emergency Fund (UNICEF), United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO), United Nations Development Assistance Plan (UNDAP), United Nations Development Programme (PNUD) und die japanische Botschaft in Algerien.

[504] Vgl. Association Algérienne d'Alphabétisation IQRAA: *„Donneés chiffrée*", unter: http://www.iqraa.dz/Index_fichiers/Page506.htm, abgerufen am 03.01.2020.

[505] Vgl. EU-Kommission: *„Algérie. Dokument de stratègie 2002-2006 & Programme indicatif national 2002-2004*". EU-Kommission (Hrsg.) 2002, Seite 10, 35, unter: http://eeas.europa.eu/archives/docs/algeria/csp/02_06_fr.pdf; UNICEF: *„Algérie. Rapport national sur les enfants non scolarisés*". Ministère de l'Èducation (Algérie)/UNICEF Algérie (Hrsg.), Bericht von Oktober 2014, Seite 3f, unter: https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/150410_Algeria_report_French.pdf#page=8&zoom=auto,253,492, beide Links abgerufen am 04.01.2020.

[506] Ebd.

l'efficacité des dépenses publiques est faible et le taux de promotions annuelles de diplômés par rapport aux effectifs (10%) se situe parmi les plus faibles du monde“[507].

Nach der Jahrtausendwende boten sich durch die steigenden Einnahmen aus den Energieexporten für die Regierung mehr finanzielle Möglichkeiten an, um die soziale Entwicklung im Land voranzutreiben. Eine vom Staatspräsidenten Bouteflika beauftragte „Nationale Kommission zur Reform des Bildungssystems“ legte zunächst ihren Bericht im März 2001 vor. Dabei wurden die Probleme des Bildungssystems benannt und Empfehlungen sowie Vorschläge zur Qualitätsverbesserung der schulischen, beruflichen und universitären Bildung vorgeschlagen. Dies mündete dann in zwei Bildungsreformen in den Jahren 2003 (wurde von der EU aus dem MEDA-II-Finanztopf mit insgesamt 25. Mio. Euro gefördert) und 2008 ein. Durch die Reform von 2003 wurde ein neues Bildungsgesetz verabschiedet, das eine Umstrukturierung des Schulsystems, eine Überarbeitung der angewandten Pädagogik und Lehrmethoden sowie eine Qualitätsverbesserung von Lerninhalten vorsah in der Hoffnung, das Leistungsniveau des Bildungssektors anzuheben[508]. Zusätzlich wurden durch die Reform das nationale Bildungsangebot sowie die Zahlung von sozialen Leistungen (u.a. Stipendien) landesweit ausgedehnt, um die soziale Gerechtigkeit und die Chancengleichheit von Bevölkerungsgruppen aus den sozial benachteiligten Gebieten zu verbessern.

In Bezug auf die Förderung von Studierenden und Universitäten im Land unterstützte die EU im Rahmen ihres Programms *TEMPUS* die Hochschulbildung in Algerien in den Jahren 2003 und 2004 mit jeweils 4 Mio. Euro[509]. TEMPUS förderte die institutionelle Zusammenarbeit zwischen der EU und ihren Partnerstaaten in Osteuropa, Zentralasien, westlicher Balkan und im Mittelmeerraum mit dem Ziel, die Länder dieser Regionen bei der Modernisierung ihrer Hochschulsysteme und bei der Verabschiedung von Reformen zur universitären Bildung zu helfen. Hierbei sollte schwerpunktmäßig die freiwillige Konvergenz der Bildungssysteme in den Partnerländern mit den Entwicklungen in der Hochschulbildung der EU-Mitglieder unterstützt werden. Ferner sollte mithilfe gemeinsamer Projekte im Rahmen von TEMPUS der Erfahrungs- und Studentenaustausch, gemeinsame Forschungsprojekte zwischen Hochschulen in Europa und in den MDL sowie der Wissenstransfer gefördert werden.

[507] EU-Kommission: *„Algérie. Dokument de stratègie 2002-2006 & Programme indicatif national 2002-2004“*. EU-Kommission (Hrsg.) 2002, Seite 10.
[508] Vgl. UNICEF: *„Algérie. Rapport national sur les enfants non scolarisés“*. Ministère de l'Èducation (Algérie)/UNICEF Algérie (Hrsg.), Bericht von Oktober 2014, Seite 1.
[509] EU-Kommission: *„Algérie. Dokument de stratègie 2002-2006 & Programme indicatif national 2002-2004“*. EU-Kommission (Hrsg.) 2002, Seite 35, 43.

Die Bildungsreformen von 2003 und 2008 prägten die algerische Bildungslandschaft bis 2015 und konnten zwar eine deutliche Erhöhung der Beschulungsquoten von Kindern sowie eine Reduzierung der Analphabetenrate bewirken. Die Quote von Schulabbrechern und die Zahl der Schüler, die in der Mittelstufe mehrmals sitzen bleiben und anschließend die Schule ohne Abschluss verlassen, blieben jedoch verhältnismäßig hoch[510]. Die Beschulungsrate von Kindern im Grundschulalter wuchs während der Untersuchungsphase stetig an und erreichte 2018 rund 98 Prozent. Der Erfolg in der Grundschulphase wurde durch die Ausweitung vorschulischer Programme, die das neue Bildungsgesetz 2003 einbrachte, begünstigt. Die Schulbildung der 6- bis 16-jährigen wurde 2013 von der UNICEF insgesamt gerechter und weniger diskriminierend eingeschätzt[511]. Zwar gelang es Algerien, die Abbrecherquote vor dem letzten Grundschuljahr von 5,1 im Jahr 2005 auf 3,3 Prozent in 2012 zu senken. Dies verhinderte aber nicht, dass auf diese Weise weiterhin 94.000 Kinder allein in 2012 die Bildungseinrichtungen vor Beendigung der Grundschulzeit verließen und entsprechend einer unsicheren Zukunft entgegenblicken würden[512].

Die Rate der Schulabbrecher in der Mittelstufe scheint im Vergleich zur Grundschule noch höher zu liegen, da sie im Jahr 2006 ca. 45,7 Prozent (bezogen auf den Schulabbruch vor Erreichen des letzten Jahres der Mittelstufe) betragen hatte[513]. Bis 2012 konnte die algerische Regierung dank der Fördermaßnahmen für den Bildungssektor die Zahl der Schulabbrecher vor dem letzten Schuljahr der Mittelstufe auf 18,9 Prozent reduzieren, sodass mehr Schüler den Übergang zur Oberstufe schafften und ihre schulischen und beruflichen Zukunftsperspektiven erhöhen konnten. Die Bildungsreformen und die staatlichen Investitionen hatten ebenfalls in der Oberstufe eine Verbesserung herbeigeführt, da im Laufe der 2000er Jahre die Zahlen der Schüler und Abiturienten ebenfalls gestiegen waren. Neben dem Ausbau der Infrastruktur und des Verkehrsmittelnetzes trugen auch finanzielle Anreize für die Schüler, die zunehmend von Stipendien und Schulverpflegung profitierten, wesentlich zu dieser positiven Entwicklung bei[514]. Beispielsweise erhielten im Jahr 2013 rund 733.000 (etwa 17,7 Prozent) Schülerinnen

[510] Vgl. UNICEF: *„Algérie. Rapport national sur les enfants non scolarisés“*. Ministère de l'Èducation (Algérie)/UNICEF Algérie (Hrsg.), Bericht von Oktober 2014, Seite 33f, 71.
[511] Ebd. Seite 3.
[512] Ebd. Seite 33f.
[513] Ebd. Seite 33f.
[514] Vgl. Ministère de la Solidarité Nationale (Algérie): *„Etude d'affinement de la carte de la pauvreté de 2000. Communes pauvres: territoires, populations et capacités d'action“*. In: Rapport de synthèse Mars 2006, Seite 12f.

und Schüler aus der Mittel- und Oberstufe staatliche Stipendien gegenüber 166.000 (etwa 5,9 Prozent der gesamten Schülerzahl der beiden Bildungsgänge) im Jahr 2000[515].

Eine der wichtigen Entwicklungen während der Untersuchungsphase im Zuge der Reformen im Bildungssektor wurde im Hochschulbereich verzeichnet, wo die Studienanfängerquote von knapp 30 Prozent im Jahr 2010 auf etwa 52 Prozent im Jahr 2018 zugenommen hat[516]. In Zahlen ausgedrückt stieg die Zahl der Studierenden von 425.000 im Jahr 1999 auf mehr als 1,7 Mio. im Jahr 2019 an, wobei 60 Prozent dieser Studenten weiblich war[517]. Algerien zählte im Jahr 2015 etwa 107 öffentliche Hochschulen (gegenüber 3 Universitäten im Jahr 1962), die sich schwerpunktmäßig in der Nordhälfte des Landes konzentrieren. Einen bedeutenden Anteil an diesem positiven Wandel lag in den steigenden Investitionen des Staates, der seine Zuschüsse an den Universitäten, die komplett durch öffentliche Gelder finanziert werden, aufgestockt hatte. Demnach wurde Studieninteressierte durch Kostenbefreiung und durch mehr Auswahl an Studienfächern zur Aufnahme eines Studiums motiviert. Hinzu kamen Hochschulreformen, die im Zuge der Kooperation mit den EU-Staaten im Rahmen der Programme TEMPUS und sein Nachfolger *Erasmus+* (fördert hauptsächlich den Studenten- und Erfahrungsaustausch sowie den Kapazitätsausbau von Hochschulen und berufsbildenden Einrichtungen) erarbeitet wurden und zur Modernisierung des algerischen Hochschulsystems beigetragen hatten[518].

Bei den Bildungsreformen in Algerien haben die Richtlinien des *Bologna-Prozesses*, obwohl das Land nicht zu den Unterzeichnerstaaten angehörte, ebenfalls eine wichtige Rolle in der Umstrukturierung des heimischen Hochschulsystems gespielt (u.a. Umstrukturierung der Studienabschlüsse und Einführung des Masters im Jahr 2004). Zur Förderung der Forschung unterzeichneten Algerien und die EU-Kommission im Oktober 2017 ein Abkommen über die Teilnahme Algeriens am europäischen Programm PRIMA (Partenariat pour la recherche et l'innovation dans la zone méditerranéenne), an dem mehrere EU-Mitgliedstaaten und zahlreiche südliche MDL mitwirken. PRIMA zielt darauf ab, mithilfe wissenschaftlicher Zusammenarbeit gemeinsame innovative Lösungen zu konzipieren, um z.B. die Herausforderungen im Hinblick

---

[515] Vgl. UNICEF: *„Algérie. Rapport national sur les enfants non scolarisés"*. Ministère de l'Èducation (Algérie)/UNICEF Algérie (Hrsg.), Bericht von Oktober 2014, Seite 14.

[516] Vgl. UNESCO: *„Algérie. Éducation et alphabétisme"*, unter: http://uis.unesco.org/fr/country/dz?theme=education-and-literacy, abgerufen am 05.01.2020.

[517] Vgl. Meyer, Jean-Baptiste: *„Les étudiants, clé du changement en Algérie"*. Atikel vom 11.03.2019. In: Le Monde, unter: https://www.lemonde.fr/afrique/article/2019/03/11/les-etudiants-cle-du-changement-en-algerie_5434510_3212.html, abgerufen am 05.01.2020.

[518] Vgl. EU-Kommission: *„Rapport sur l'état des relations UE-Algérie dans le cadre de la PEV rénovée"*. Bericht vom 06.04.2018, Seite 9; Algerie Eco: *„L'université algérienne a accueilli 60.000 étudiants étrangers depuis l'indépendance"*. Artikel vom 27.02.2020, unter: https://www.algerie-eco.com/2020/02/27/luniversite-algerienne-accueilli-60-000-etudiants-etrangers-lindependance/, abgerufen am 22.03.2020.

auf die Lebensmittelproduktion oder die knappen Wasserressourcen im Mittelmeerraum zu bewältigen[519]. Im gleichen Kontext hatten sich algerische Hochschulen zwischen 2015 und 2017 an 15 verschiedenen Forschungsprojekten im Rahmen von Erasmus+ beteiligt. Dabei ging es um die Entwicklung von neuen Lehrplänen, Modernisierung der Leitungsformen von Universitäten und Stärkung der Beziehung zwischen Hochschulen und Arbeitsmarkt[520].

Das algerische Bildungssystem nahm von 1995 bis 2019 insgesamt einen positiven Verlauf. Sowohl die Beschulungs- als auch die Alphabetisierungsraten konnten gesteigert werden. Letztere erreichte 2018 etwa 81,5 Prozent und bei den 15- bis 24-Jährigen sogar 97 Prozent[521]. Ferner wurde eine Schulpflicht für Kinder zwischen 6 und 15 Jahre eingeführt und die Bildung blieb von der Grundschule bis zur Universität für Algerier kostenfrei. Der Anteil der Bildungsausgaben am Staatshaushalt lag von 2000 bis 2014 bei durchschnittlich 18 Prozent, was im Durchschnitt 6 Prozent des BIP entspricht. Zum Vergleich hatten Bildungsausgaben in Deutschland im Jahr 2015 einen Anteil von etwa 10 Prozent des Staatshaushaltes bzw. entsprachen 4 Prozent des BIP. Zwei Drittel des Budgets des algerischen Bildungsministeriums wurden der Schulbildung (Grundschule, Mittel- und Oberstufe) gewidmet. Verteilt auf die gesamten Schülerzahlen entsprach dies im Jahr 2013 Ausgaben von etwa 67.000 algerischen Dinaren (rund 860 USD) pro Schüler[522]. Darüber hinaus wurden durch die Behörden sonderpädagogische Leistungen für hilfebedürftige Kinder eingerichtet[523].

Der algerische Bildungssektor scheint aber trotz der positiven Entwicklungen noch an einigen strukturellen Defiziten zu leiden, obwohl der Staat in finanzieller Hinsicht viel investiert hat. Die Probleme bestehen noch u.a. in der ungleichmäßig verteilten Infrastruktur. 87 Prozent (stand 2016) der Bevölkerung lebt im Norden des Landes auf lediglich 11 Prozent der Gesamtfläche, wo eben die bessere Infrastruktur zu finden ist. Dies führt zu einer Benachteiligung der restlichen Landesteile. Die Probleme im Bildungsbereich erstrecken sich auf weitere Faktoren. Diese umfassen schwierige Arbeitsbedingungen (Mangel an Klassenzimmern und Überlastung der Bildungseinrichtungen), die Zentralisierung der Entscheidungsfindung und die unzureichende Ausbildung der Lehrkräfte (u.a. Mängel in den

[519] Vgl. EU-Kommission: *„Rapport sur l'état des relations UE-Algérie dans le cadre de la PEV rénovée"*. Bericht vom 06.04.2018, Seite 8.
[520] Ebd. Seite 9.
[521] UNESCO: *„Algérie. Éducation et alphabétisme"*.
[522] Vgl. UNICEF: *„Algérie. Rapport national sur les enfants non scolarisés"*. Ministère de l'Èducation (Algérie)/UNICEF Algérie (Hrsg.), Bericht von Oktober 2014, Seite 13.
[523] Vgl. EU-Kommission: *„Rapport sur l'état des relations UE-Algérie dans le cadre de la PEV rénovée"*. Bericht vom 06.04.2018, Seite 4.

pädagogischen Kompetenzen), die die Qualität der Lehre und das Lernverhalten der Schüler beeinflussen[524]. Die Konsequenz ist dann eine hohe Quote an Schülern, die das Klassenziel nicht erreichen oder die Schule abbrechen sowie der geringe Anteil der Eingliederung von Kindern mit Behinderung im algerischen Bildungssystem. Ohne eine Förderung der Inklusion und eine Überprüfung der Schulkonzepte, muss davon ausgegangen werden, dass einer Vielzahl von Schülerinnen und Schüler relativ früh der soziale Abstieg droht. In Bezug auf die Lage an den Universitäten wurde die staatliche Hochschulpolitik von 2015 bis 2018 infolge hoher Durchfallquoten im ersten Studienjahr in Frage gestellt, nachdem 50 bis 70 Prozent der Studienanfänger an ihrem ersten Hochschuljahr durchgefallen waren[525].

7.1.2 Beschäftigung und Migration

Die ersten Vorboten der sozio-ökonomischen und politischen Krise in Algerien Anfang und Mitte der 1990er Jahre manifestierten sich in einer hohen Arbeitslosigkeitsquote von fast 30 Prozent, die die Jugend am meisten betraf, zumal mehr als 50 Prozent der Arbeitslosen unter 24 Jahre und 85 Prozent der Arbeitssuchenden unter 30 Jahre waren. Allein bei der Umstrukturierung und Sanierung von Staatsbetrieben zwischen 1995 und 1998 wurden zusätzlich 450.000 Beschäftigte entlassen[526]. Dies führte zu einer Verschärfung der sozialen Lage von hunderttausenden Familien, die ihre Existenz bedroht sahen. Algerien lag im Jahr 1995 mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 1.550 USD (gegenüber 2.800 USD im Jahr 1987) z.B. deutlich hinter Deutschland (29.500 USD) und Frankreich (ca. 25.700 USD) zurück[527]. Im regionalen Vergleich war das pro-Kopf-Einkommen im Land zwar noch besser als in Ägypten (920 USD) oder Marokko (1.300 USD), aber die Lebenshaltungskosten waren höher, da Algerien den Großteil seiner konsumierten Produkte aus dem Ausland bezog und mit Devisen

[524] Vgl. UNICEF: *„Algérie. Rapport national sur les enfants non scolarisés“*. Ministère de l'Èducation (Algérie)/UNICEF Algérie (Hrsg.), Bericht von Oktober 2014, Seite 71.

[525] Vgl. Le Temps d'Algérie: *„plus de la moitié des étudiants échouent en première année universitaire: Un système d'orientation défaillant“*. Artikel vom 21.07.2018, unter: https://www.letemps-dz.com/plus-de-la-moitie-des-etudiants-echouent-en-premiere-annee-universitaire-un-systeme-dorientation-defaillant/; Algerie 360: *„Taux d'échec important en première année: L'université algérienne patine“*. Artikel vom 22.07.2018, unter: https://www.algerie360.com/taux-dechec-important-en-premiere-annee-luniversite-algerienne-patine/, beide Links abgerufen am 06.01.2020.

[526] Vgl. EU-Kommission: *„Algérie. Dokument de stratègie 2002-2006 & Programme indicatif national 2002-2004“*. EU-Kommission (Hrsg.) 2002, Seite 10.

[527] Vgl. La Banque Mondiale: *„RNB par habitant, méthode Atlas ($ US courants) - Algeria, Germany, France“*, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/NY.GNP.PCAP.CD?locations=DZ-DE-FR, abgerufen am 03.01.2020.

bezahlte. Für den Verbraucher bedeutete dies in Zeiten der Arbeitslosigkeit eine Belastung, die mit Fortdauer der militärischen Auseinandersetzungen im Land größer wurde.

Die düstere sicherheitspolitische Situation trieb zunächst tausende Algerier in den 1990er Jahren zur Flucht aus dem Land sowie zur Beantragung von Asyl insbesondere in den Botschaften Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens. Dabei handelte es sich zunächst vor allem um Intellektuelle, Journalisten, Professoren und Ärzte. Lag die Zahl der Asylanträge algerischer Staatsbürger beispielsweise an Frankreich bis 1991 noch unter 200 pro Jahr, so stieg diese Zahl 1993 in Anbetracht der Entwicklungen im Land auf über 1.000 und 1994 sogar auf über 2.300 an (vgl. Belorgey 1996: 89). Die algerischen Asylgesuche bei EU-Staaten wuchsen in den Folgejahren weiter stetig an und lagen im Jahr 2000 bei 7.670[528]. Die Auswanderung algerischer Wissenschaftler in den neunziger Jahren auf der Suche nach Schutz vor terroristischen Gruppen und besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen hinterließ ein großes akademisches und wissenschaftliches Vakuum, das vom Staat nicht kompensiert werden konnte und schlussendlich zu einem Rückgang der Forschung und Qualität der Lehre im Land führte (vgl. Labdelaoui 2012: 28; Belorgey 1996: 91).

Mit der Verschärfung der sozio-ökonomischen Lage Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre stieg die Zahl der (illegalen) Migranten aus Algerien in Europa. Über den Seeweg versuchten Algerier zunächst, von Marokko oder Libyen aus europäisches Territorium in Spanien oder Italien mithilfe von Schlauch- oder Fischerbooten zu erreichen, wo sie dann nach ihrer Ankunft Asylanträge stellten. Für die Überfahrt über das Mittelmeer zahlten Migranten hohe Summen an Schleuserbanden in der Hoffnung, bessere Perspektiven in Europa zu finden, wobei zahlreiche Migrantenboote vor Erreichen des nördlichen Mittelmeerufers kenterten und das Ertrinken hunderter Algerier verursachten. Im Jahr 1995 lebten nach algerischen Angaben 89,4 Prozent (gut 1,1 Mio.) der algerischen Migranten in den EU-Staaten (75 Prozent davon allein in Frankreich). Diese Zahl nahm zu und erreichte im Jahr 2002 gut 1,2 Mio. (93 Prozent der gesamten Auslandsalgerier), wobei über 1,1 Mio. davon in Frankreich ansässig waren (vgl. Labdelaoui 2012: 31).

Das 1994 mit dem IWF ausgehandelte Strukturanpassungsprogramm sowie der (schwierige) Beginn der Zusammenarbeit im Rahmen des Barcelona-Prozesses und die steigenden Erdölpreise führten bis Ende der 1990er Jahre eine leichte Verbesserung der sozio-

[528] Vgl. EU-Kommission: *„Algérie. Dokument de stratègie 2002-2006 & Programme indicatif national 2002-2004“*. EU-Kommission (Hrsg.) 2002, Seite 8.

ökonomischen Lage im Land herbei. Die EU förderte mithilfe der MEDA I-Zahlungen, die den 12 südlichen MDL gewidmet waren und in ihrer ersten Phase (1995-1999) insgesamt 4,6 Mrd. Euro betrugen, u.a. Sozialprojekte in Algerien. Auf dem Land entfielen in diesem Zeitraum 164 Mio. Euro aus dem MEDA-Programm, von denen 129 Mio. Euro in der Finanzierung von Wirtschaftsreformen gesteckt werden sollten, während die restlichen 35 Mio. Euro für die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit (30 Mio.) und die Unterstützung von NGOs (5 Mio.) ausgegeben werden sollten (vgl. Obermann 2007: 48, 103). Aufgrund von Verzögerung bei der Projektplanung und Umsetzung auf algerischer Seite konnten letztendlich nur 30 Mio. Euro der ursprünglichen Summe ausgezahlt werden. Die EIB gewährte Algerien darüber hinaus von 1996 bis 2002 Kredite in Höhe von 620 Mio. Euro. Die Mittel für Algerien wurden im Rahmen von MEDA II, die sich auf insgesamt 5,4 Mrd. Euro beliefen und den Zeitraum 2000-2006 deckten, auf etwa 350 Mio. Euro aufgestockt. Dabei wurde u.a. die Bildungsreform, die ländliche Entwicklung sowie verschiedene soziale Projekte unterstützt.

Zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und (irregulärer) Einwanderung weitete die algerische Staatsführung im Laufe der 2000er Jahre ihre Programme für Beschäftigung aus. Das Konjunkturprogramm, das im April 2001 infolge einer wachsenden Unzufriedenheit unter weiten Teilen der Bevölkerung angesichts der Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen beschlossen wurde, fokussierte sich auf die Förderung der beschäftigungsrelevanten Sektoren (vor allem Landwirtschaft und Baubranche), auf die lokale Entwicklung und die Umsetzung von großen Infrastrukturprojekten[529]. Das *Ministerium für nationale Solidarität* entwickelte u.a. Beschäftigungsprogramme wie etwa *ESIL* (zielte auf die berufliche Integration von jungen Arbeitslosen ab) oder *TUP-HIMO* (für die Eingliederung unqualifizierter Arbeitsloser in arbeitsintensiven Berufen in sozial benachteiligten Regionen) und bot finanzielle (Mikrokredite) sowie materielle (Geräte und Maschinen) Hilfe für Arbeitslose zur Gründung von Kleinstbetrieben an[530]. In gleicher Hinsicht bot die *Caisse Nationale d'Assurance Chômage* von 1998 bis 2004 u.a. (Um-) Schulungen und Eingliederungsmaßnahmen für fast 28.000 Arbeitslose an, um sie bei der Suche nach einer Beschäftigung oder bei der Umsetzung von eigenen kleinen Geschäftsprojekten zu unterstützen[531].

[529] Vgl. EU-Kommission: *„Algérie. Dokument de stratègie 2002-2006 & Programme indicatif national 2002-2004*". EU-Kommission (Hrsg.) 2002, Seite3.
[530] Vgl. Ministère de la Solidarité Nationale (Algérie): *„Etude d'affinement de la carte de la pauvreté de 2000. Communes pauvres: territoires, populations et capacités d'action*". In: Rapport de synthèse Mars 2006, Seite 12.
[531] Vgl. Agence Nationale de Soutien à l'Emploi des Jeunes: *„Presentation de la Caisse Nationale d´Assurance Chômage*", unter: https://ansej.dz/salem2018/index.php/fr/component/k2/item/16-presentation-de-la-caisse-nationale-d-assurance-chomage, abgerufen am 21.12.2019.

Dank der staatlichen Fördermaßnahmen zur Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt hat Algerien die Arbeitslosenquote bis 2004 auf 17,7 Prozent (statt ca. 30 Prozent im Jahr 1999) senken können. In der Folgezeit startete die Staatsführung mehrere große Infrastrukturprojekte (u.a. den Bau von Autobahnen, Straßen, Häfen und den sozialen Wohnungsbau) im Land, wodurch hunderttausende Arbeitsplätze entstanden. Außerdem erweiterte die Association Algérienne d'Alphabétisation im Rahmen ihres Programms IQRAA in den 2000er Jahre ihr Angebot auf die berufliche Bildung von jüngeren Schulabbrechern und Analphabeten ab dem Alter von 16 Jahren. Dabei sollen vor allem junge Frauen berufliche Qualifikationen insbesondere in den Bereichen Textil, Nähen oder Kosmetik erwerben, um ihnen die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern oder eine finanzielle Grundlage zu sichern, indem sie nach Abschluss ihrer Ausbildung von staatlichen Mikrokrediten zum Start von eigenen Geschäftsideen profitieren.

Zur Bewältigung der Begleiterscheinungen der schwierigen sozi-ökonomischen Situation im Land koordinierten die algerische Regierung und die EU ihre Bemühungen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und irregulärer Migration. Im Rahmen der EMP unterstützten die EU-Kommission und mehrere EU-Staaten Projekte für nachhaltige Entwicklung und Beschäftigung schwerpunktmäßig im ländlichen Raum, wo die meisten sozial benachteiligten Familien leben. Von hier aus war zunächst seit den 1980er und 1990er Jahren eine verstärkte Binnenwanderung in die besser entwickelten nördlichen Regionen des Landes erfolgt. Einmal angekommen und mit den schwierigen Lebensbedingungen in den Städten konfrontiert, sahen dann hauptsächlich junge Menschen in der (illegalen) Migration nach Europa den Ausweg für ihre Perspektivlosigkeit. Die EU ergriff daher soziale und sicherheitspolitische Maßnahmen, um vor Ort in Algerien gegen die Gründe der illegalen Einwanderung vorzugehen. Für über 60 Mio. Euro unterstützten z.B. Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien im Jahr 2000 u.a. kleine und Mittelbetriebe sowie Projekte zur Sanierung von gefährdeten Wohngebäuden und für berufliche Bildung[532]. Außerdem förderte die EU im Jahr 2006 mit 11 Mio. Euro ländliche Regionen, die als wichtige Ausgangspunkte von jungen Migranten identifiziert wurden[533].

Aus sicherheitspolitischer Sicht wurde Algerien seit Ende der 1990er Jahre nicht nur wegen der bewaffneten Auseinandersetzungen im Land mehr Aufmerksamkeit durch die EU geschenkt,

[532] Vgl. EU-Kommission: *„Algérie. Dokument de stratègie 2002-2006 & Programme indicatif national 2002-2004"*. EU-Kommission (Hrsg.) 2002, Seite 18.

[533] Vgl. EU-Kommission: *„Partenariat Euro Med. Algérie. Programme Indicatif National 2005-2006"*. EU-Kommission (Hrsg.), Seite 9, 26 und 34, unter: http://www.eeas.europa.eu/archives/docs/algeria/csp/nip_05_06_fr.pdf, abgerufen am 13.12.2019.

sondern auch, weil das Land sich zunehmend zu einer der wichtigsten Transitrouten für illegale Migranten aus den Subsahara-Staaten entwickelt hatte. Letztere nutzten Algerien als Zwischenstation um Geld zu verdienen, bevor sie nach Marokko, Libyen oder Tunesien weiterzogen in der Hoffnung, von dort aus mit Booten nach Europa zu gelangen. Die Regierung verstärkte daher in Zusammenarbeit mit der EU die Kontrolle der nationalen Grenzen. Die EU finanzierte u.a. von 2001 bis 2006 Schulungsprogramme sowohl im Land als auch in Europa für lokale Grenzschützer und Polizei im Wert von fast 20 Mio. Euro. Die Schulungsprogramme der EU basierten darauf, Sicherheitskräfte zur Nutzung moderner Ausstattung zu befähigen, das Land bei der Bewältigung von Migrationsströmen unter Wahrung von rechtstaatlichen Prinzipien zu unterstützen und die Koordinierung des Informationsaustauschs zwischen beiden Seiten bei der Bekämpfung von Terrorismus, illegaler Einwanderung und organisierter Kriminalität zu verbessern[534].

Die Kooperation zwischen der EU und Algerien gestaltete sich in der Folgezeit aber aufgrund mehrerer Faktoren schwierig. Zum einen waren es die langen Landes- (6.343 km) und Seegrenzen (1.200 km), die eine Vielzahl physikalischer Merkmale aufweisen und die Überwachung erschweren (vgl. Labdelaoui 2008: 1). Zudem wäre für eine funktionierende Grenzkontrolle der Einsatz moderner Ausrüstung und eine verstärkte regionale Zusammenarbeit erforderlich, die insbesondere in Bezug auf Marokko aufgrund des Sahara-Konfliktes schwer zu realisieren war (vgl. Labdelaoui 2008: 1). Darüber hinaus äußerte Algerien Vorbehalte gegen EU-Seekontrollmissionen vor der Küste des Maghrebs, da die Regierung darin eine Verletzung der eigenen Seegrenzen sah (vgl. Labdelaoui 2008: 8). Schlussendlich lehnte die Staatsführung die Errichtung von Aufnahmelagern für irreguläre Einwanderer auf algerisches Territorium ab.

Im Verlauf der 2000er Jahre investierte Algerien dank der hohen Renteneinnahmen in der materiellen sowie technischen Ausrüstung seiner Marine und Grenzschutztruppen und verschärfte die Gesetzlage. So erlaubte das „Gesetz 08-11“ den Provinzgouverneuren Migranten bei illegaler Einreise oder irregulärem Aufenthalt, per Anordnung abzuschieben ohne dabei den Betroffenen die Möglichkeit einzuräumen, rechtlich dagegen vorzugehen[535]. Lokale und internationale Menschenrechtsorganisation warfen der Regierung daraufhin vor,

[534] Vgl. EU-Kommission: *„Algérie. Dokument de stratègie 2002-2006 & Programme indicatif national 2002-2004“*. EU-Kommission (Hrsg.) 2002, Seite 40 und 49; EU-Kommission: *„Partenariat Euro Med. Algérie. Programme Indicatif National 2005-2006“*. EU-Kommission (Hrsg.), Seite 9.

[535] Vgl. Amnesty Internationa: *„Amnesty Report. Algerien 2011“*. Bericht vom 10.05.2011, unter: https://www.amnesty.de/jahresbericht/2011/algerien#section-6553, abgerufen am 09.12.2109.

Massenausweisungen von mehrheitlich illegalen afrikanischen Migranten vorzunehmen. Im Mai 2010 äußerte darüber hinaus „der UN-Ausschuss für Arbeitsmigranten Bedenken bezüglich eines Gesetzes, das es den Behörden erlaubt, »illegale« Arbeitsmigranten auf unbestimmte Zeit zu inhaftieren“[536]. Der Zustrom an einheimischen und ausländischen Migranten in Richtung Europa konnte trotz der Verschärfung von Grenzkontrollen und Gesetzen nicht gestoppt werden.

In Algerien lebten nach Angaben von 2018 über 100.000 illegale Migranten und Flüchtlinge aus über 40 afrikanischen Ländern sowie aus den Kriegsregionen Syrien[537] und Jemen, ohne dabei auf einen langfristigen Verbleib zu hoffen, da das Land bis 2019 über kein Asylrecht verfügt hatte[538]. Generell registriert Algerien nach eigenen Angaben (stand von 2018) jährlich die Ankunft von durchschnittlich 90.000 illegalen Einwanderern, von denen die Mehrheit nach Marokko, Libyen oder Tunesien auf ihren Weg nach Europa weiterreisen. Algerien schien im Jahr 2018 trotz der verstärkten Grenzkontrollen mit der irregulären Migration im Land überfordert zu sein. Die Staatsführung begann daraufhin damit, tausende illegale Migranten aus afrikanischen Staaten der Subsahara mit Bussen an die südlichen Grenzen zu Mali und Niger (Wüstengebiete) zu transportieren und anschließend unter schwierigen Bedingungen auszuweisen, was u.a. von Human Rights Watch und Amnesty International kritisiert wurde[539]. Ähnliche Praktiken wurden auch aus Marokko gemeldet, das ebenfalls illegale Migranten mit Bussen an die algerische Grenze, die nach Ansicht der lokalen Behörden der Ausgangspunkt ihres Grenzübertrittes war, transportierte und absetzte. Angesichts dieser Zustände plädieren Marokko und Algerien für die Etablierung eines europäisch-afrikanischen Konzeptes, das die Ursache der illegalen Migration vor Ort in den afrikanischen Staaten bekämpfen soll.

Im „Annual Risk Analysis 2015“ der Europäischen Grenzschutzagentur *FRONTEX* gehörte Algerien zu den zehn Nationen, aus denen die meisten irregulären Einwanderer nach Europa

---

[536] Ebd.

[537] 40.000 Syrer wurden ohne Visa-Vorschriften seit 2013 ins Land gelassen und bekamen Zugang zu Bildungs- und medizinische Einrichtungen.

[538] Vgl. EU-Kommission: *„Rapport sur l'état des relations UE-Algérie dans le cadre de la PEV rénovée“*. Bericht vom 06.04.2018, Seite 14.

[539] Vgl. Amnesty Internationa: *„Amnesty Report. Algerien 2011“*, Bericht vom 10.05.2011; Reporters (Algérie): *„L'ONG dénonce un «traitement inhumain» des migrants clandestins: HRW appelle à «un système de prise en charge équitable et légal»“*. Artikel vom 30.06.2018, unter: https://www.reporters.dz/l-ong-denonce-un-traitement-inhumain-des-migrants-clandestins-hrw-appelle-a-un-systeme-de-prise-en-charge-equitable-et-legal/; Reporters (Algérie): *„Emigration clandestine: La reconduction à la frontière de migrants subsahariens se poursuit“*. Artikel vom 15.05.2019, unter: https://www.reporters.dz/emigration-clandestine-la-reconduction-a-la-frontiere-de-migrants-subsahariens-se-poursuit/, beide Links abgerufen am 09.12.2019.

kommen[540]. Im Jahr 2014 wurden beispielsweise insgesamt 12.933 Algerier von FRONTEX als illegale Migranten, die hauptsächlich über den See- und Luftweg nach Europa gelangten, identifiziert[541]. 11.265 Algerier[542], die überwiegend die EU-Grenzöffnung im Zuge der Flüchtlingskrise 2015 und 2016 ausnutzten und in EU-Staaten gereist waren, hatten im Jahr 2016 einen Asylantrag im EU-Raum gestellt. Da Algerien als sicheres Herkunftsland eingestuft wurde, hatten die meisten Asylanträge algerischer Bürger kaum Erfolgschancen. Die direkten Ankünfte aus Algerien über den Seeweg nach Italien fielen laut Angaben von FRONTEX in 2018 mit 2 Prozent relativ gering aus im Vergleich zu den anderen Seerouten (Libyen oder Tunesien)[543], allerdings wagen seit 2015 zunehmend algerische Staatsbürger die gefährliche Überfahrt direkt von Algerien nach Italien mit negativen Folgen. Allein zwischen 2018 und Anfang 2020 starben dutzende Algerier beim Versuch, mithilfe von Fischerbooten illegal nach Europa zu reisen und hunderte weitere algerische irreguläre Migranten wurden von der algerischen Marine am Mittelmeer aufgegriffen[544]. Mit fast 700.000 lebten 2018 die meisten algerischen regulären Einwanderer in der EU und bildeten vor allem in Frankreich mit einem Anteil von 12,8 Prozent die größte Migrantengruppe. Wenn man die eingebürgerten Algerier in Europa dazu zählt, dann kommt man insgesamt auf über 2 Millionen Menschen algerischer Abstammung, die 2018 in den EU-Staaten ansässig waren.

Die algerischen Konjunkturprogramme hingen während der Untersuchungsphase stark mit den Einnahmen aus dem Energiegeschäft zusammen. Bei steigenden Erlösen von Energieprodukten konnte die Staatsführung mehr Geld in Beschäftigungsprojekte und gegen Arbeitslosigkeit, die wichtigsten Beweggründe für die (illegale) Migration junger Algerier, investieren. Bei niedrigen Renten wurden hingegen weniger Investitionen im Arbeitsmarkt getätigt. Algerien zählte 2018 laut der lokalen Statistikbehörde gut 11 Mio. Beschäftigte im öffentlichen (37

[540] Vgl. Algerie 360: „*Chaque année selon l'agence européenne Frontex: 10 000 Algériens «grillent» leur visa*". Artikel vom 01.05.2015, unter: https://www.algerie360.com/chaque-annee-selon-lagence-europeenne-frontex-10-000-algeriens-grillent-leur-visa/, abgerufen am 10.12.2019.

[541] Ebd.

[542] Vgl. EU-Kommission: „*Rapport sur l'état des relations UE-Algérie dans le cadre de la PEV rénovée*". Bericht vom 06.04.2018, Seite 13.

[543] Vgl. Sud Horizons: „*Frontex: l'Algérie est un vrai rempart contre l'émigration clandestine*". Artikel vom 26.06.2018, unter: https://www.sudhorizons.dz/fr/les-news/les-manchettes/35124-frontex-l-algerie-est-un-vrai-rempart-contre-l-emigration-clandestine, abgerufen am 10.12.2019.

[544] Vgl. Bersali, Isma: „*Ce sont plus de 500 personnes à vouloir rejoindre l'Europe: Les harraga reprennent la mer*". Artikel vom 30.09.2019, in: El Watan, unter: https://www.elwatan.com/edition/actualite/les-harraga-reprennent-la-mer-30-09-2019; Hamadi, Ryad: „*Naufrage d'une barque de Harragas à Boumerdes: 8 morts, plusieurs disparus*". Artikel vom 18.09.2019. In: TSA Algérie, unter: https://www.tsa-algerie.com/derniere-minute-naufrage-dune-barque-de-harragas-a-boumerdes-8-morts-plusieurs-disparus/; Allia, A.: „*Retrouvées sur une plage de Bizerte (Tunisie). Guelma: les dépouilles de 3 harraga rapatriées*". Artikel vom 29.02.2020. In: Liberté (Algérie), unter: https://www.liberte-algerie.com/actualite/guelma-les-depouilles-de-3-harraga-rapatriees-334828, alle Links abgerufen am 13.03.2020.

Prozent) und privaten (63 Prozent) Sektor, die überwiegend in den Branchen Baugewerbe (16,8 Prozent), öffentliche Verwaltung (16,1 Prozent), Handel (15,7 Prozent) und Gesundheitssektor sowie Sozialarbeit (14,9 Prozent) beschäftigt waren[545]. Im Jahr 2014 waren zudem 40 Prozent der aktiven Bevölkerung in Algerien im informellen Sektor tätig, wodurch sie den Verlust ihrer Rechte an Leistungen im Sozialsystem riskierten und dem Staat Verluste bei den Steuereinnahmen brachten, da mehrere Aktivitäten des informellen Sektors in Algerien nicht gemeldet werden (z.B. Straßenhändler und nicht gemeldete Kleinbetriebe) und zu einer Wettbewerbsverzerrung beitragen (vgl. Charmes 2015: 268f; Martin 2003: 18). Im Vergleich zu den 1990er Jahren konnte im Laufe der 2000er Jahre eine rückläufige Arbeitslosigkeitsrate registriert werden. Letztere betrug 2017 ca. 11,7 Prozent, wobei die Jugendarbeitslosigkeit (16 bis 24 Jahre) mit verzeichneten rund 30 Prozent (auch im Jahr 2019) und die Arbeitslosigkeit unter Frauen (20,7 Prozent) noch problematisch scheinen (vgl. Bessaoud 2019: 13). Um diesen negativen Trend zu bewältigen müsste die algerische Wirtschaft in Zukunft jährlich bis 400.000 Stellen schaffen und ein Wachstum von bis zu 10 Prozent erzielen (vgl. Bessaoud 2019: 13). Zudem muss die Berufsbildungspolitik reformiert werden und die Angebote der beruflichen Bildung an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes angepasst werden.

Ein umfassender Blick auf die Arbeitslosenzahlen 2019 zeigt, dass 45,8 Prozent davon keinen Berufsabschluss hatten, rund 26,5 Prozent den Abschluss einer Berufsausbildung vorweisen konnten und fast 28 Prozent Hochschulabsolventen waren[546]. Die EU unterstützte mit mehreren Projekten auch im Jahr 2019 die Vorhaben der Regierung in der Beschäftigungspolitik. Dabei handelt es sich um das Programm zur Unterstützung von Berufsbildung und Beschäftigung (AFEQ), das Programm zur Förderung von Jugendbeschäftigung (PAJE) und das Programm zur Unterstützung einer sozialen, nachhaltigen und lokalen Entwicklung im Nordwesten des Landes (PADSEL-NOA)[547]. Trotz der staatlichen Maßnahmen und der EU-Förderprogramme im Bereich Beschäftigung scheint Algerien das hartnäckige Phänomen einer hohen Jugendarbeitslosigkeit noch nicht in den Griff zu bekommen, was zumindest mittelfristig den Anlass zu weiteren illegalen Migrationsversuchen sowie zur Auswanderung von jungen Menschen und qualifizierten Arbeitskräften geben wird.

[545] Vgl. Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): *„Lettre économique d'Algérie"*. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht Nr. 88 vom Dezember 2019, Seite 2, unter: https://www.tresor.economie.gouv.fr/Articles/7f1fa7b0-675e-4d44-ad67-c40b399ecd1f/files/5b6a2572-6f2b-428c-9528-0018083b1b13, abgerufen am 21.02.2020.

[546] Ebd.

[547] Vgl. EU-Kommission: *„Rapport sur l'état des relations UE-Algérie dans le cadre de la PEV rénovée"*. Bericht vom 06.04.2018, Seite 5.

7.1.3 Zivilgesellschaft und soziale Rechte

Die politische Öffnung in Algerien Ende der 1980er ging einer Verschlechterung der sozialen Situation im Land voraus. In der Folgezeit kam es zu einer Belebung der Arbeit von lokalen Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die eine Verbesserung sowie Stärkung der sozialen Rechte forderten. Aufgrund der instabilen Lage Anfang der 1990er Jahren, der niedrigen Erdölpreise und der Privatisierung einiger staatlicher Unternehmen verloren Hunderttausende ihre Arbeit. Die Arbeitslosigkeitsquote lag von 1995 bis 2000 bei rund 30 Prozent (etwa 2,1 Mio. Menschen). Hinzu kam eine hohe Inflationsrate von ca. 29 Prozent, die die Lebenshaltungskosten in die Höhe trieb und die Armutsquote anschwellen ließ (vgl. Bouyacoub 1997: 78). Im Jahr 1995 lebten 22,6 Prozent der Bevölkerung (über 6 Mio. Menschen) unterhalb der Armutsgrenze (gegenüber 12,2 Prozent im Jahr 1988), wobei Armut in ländlichen Gebieten doppelt so hoch war wie in städtischen Gebieten (vgl. Smahi/Maliki/Arif 2012). Die soziale Ungleichheit nahm in dieser Phase zu und manifestierte sich u.a. in der Unterernährungsrate, die bei Kindern unter 5 Jahre bei 9 Prozent und bezogen auf die Gesamtbevölkerung bei 10,7 Prozent (zwischen 1999 und 2001) lag (vgl. Bessaoud 2019: 35, 74; UNICEF[548]). Der Geograph und Forscher der arabischen Welt Georges Mutin beschrieb 1997 die soziale Ungleichheit in Algerien folgendermaßen:

„les écarts sociaux n'ont cessé de croître, ils rejoignent ceux du Maroc et de la Tunisie avec une nomenklatura plus large qu'en ces deux pays. Relativement discrète jusque là, la classe sociale au pouvoir, après l'époque Boumediene, s'est enrichie et élargie. Elle étale ses richesses avec ses voitures de luxe, ses immenses villas construites aux portes des villes. Le coût social des mesures de réajustement est très lourd pour les populations. La diminution du pouvoir d'achat est de l'ordre de 40 % en dix ans“ (Mutin 1997: 16).

Angesichts der schwierigen sozialen Lage und um das Ausmaß der sozialen Krise zu verringern, beschloss Algerien 1994, Arbeitslosengeld (geknüpft an Voraussetzungen[549]) für Angestellte, die aus wirtschaftlichen Gründen der Betriebe unfreiwillig ihren Arbeitsplatz verloren hatten, zu gewähren[550]. Von diesem System profitierten von 1996 bis 1999 etwa 200.000 für eine durchschnittliche Dauer von rund zwei Jahren, was allerdings im Hinblick auf die hohen Arbeitslosenzahlen einen relativ niedrigen Anteil entsprach. Zudem waren die Leistungen niedrig und konnten die Lebenshaltungskosten vieler arbeitsloser Algerier nicht decken. In der

[548] UNICEF: *„Le progrès des Nations 1996. Classement: malnutrition“*, unter: https://www.unicef.org/french/pon96/leag1nut.htm, abgerufen am 21.12.20.109.

[549] Beispielsweise, dass man zur Zeit der Entlassung im Besitz eines unbefristeten Arbeitsvertrages sein müsse oder, dass man mindestens drei aufeinander folgende Jahre an der Sozialversicherung angeschlossen war.

[550] Vgl. Caisse Nationale d'Assurance Chômage (Algérie): *„Assurance Chômage“*, unter: https://www.cnac.dz/site_cnac_new/Web%20Pages/Fr/FR_AssuranceChomage.aspx; Caisse Nationale d'Assurance Chômage (Algérie): *„Allocataire: Informations utiles“*, unter: https://www.cnac.dz/site_cnac_new/Web%20Pages/Fr/FR_AllocataireInfosUtiles.aspx, beide Links abgerufen am 21.12.2019.

Folge ging die Zahl der Begünstigten zurück, da die Staatsführung sich für Investitionen in Sachleistungen entschied. Die Aufgabenbereiche der *Caisse Nationale d'Assurance Chômage* wurden dann 2004 auf die berufliche Integration der 30- bis 50-jährigen Arbeitslosen ausgeweitet. Zu diesem Zweck wurden die zur Verfügung gestellten staatlichen Finanzmittel seit 2010 von bisher 5 auf 10 Mio. Dinar (ca. 70.000 Euro) pro Jahr aufgestockt. Diese Maßnahmen zeigten wenig Wirkung, sodass seit 2011 die Unzufriedenheit der Arbeitslosen zunehmend in (illegaler) Migration oder der Organisation von Protesten mündete mit dem Risiko, festgenommen und strafrechtlich verfolgt zu werden[551].

Zur Abfederung der im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit und niedriger Kaufkraft stehenden Folgen startete Algerien nach der Jahrtausendwende ein Programm zur Aufstockung seiner Kapazitäten an Sozialwohnungen, zumal die Bevölkerungszahl kontinuierlich anstieg (lag nach Angaben der Algerischen Statistikbehörde in 2019 bei fast 43 Mio.) und zu diesem Zeitpunkt ohnehin ein chronischer Mangel an günstigen Wohnungen im Land herrschte[552]. Angetrieben von den steigenden Erdölpreisen und unterstützt durch Darlehen internationaler Geldgeber (u.a. Afrikanische Bank und Europäische Entwicklungsbanken) investierte die algerische Regierung sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten in den Wohnungsbau und gewährte über staatliche Banken Kredite zum Erwerb von Appartements. Von 2005 bis 2012 wurden von fast 2,3 Mio. geplanten Wohnungen aber lediglich knapp zwei Drittel errichtet, wobei der entsprechende Anteil von Sozialwohnungen niedrig war. Aufgrund von Bauverzögerungen konnten erst im Laufe von 2016 und 2017 hunderttausende neue Sozialwohnungen (kosten im Durchschnitt dank staatlicher Subventionen 12.000 Euro) an ihren Käufer (manche Familien hatten eine Wartezeit von bis 15 Jahre gehabt) übergeben werden[553]. Der Wohnungsmangel und die schwache Kaufkraft stellen vor allem junge Algerier vor große Herausforderungen, die sich u.a. im hohen durchschnittlichen Heiratsalter (31 Jahre für Frauen und 34 für Männer), das zu den höchsten weltweit zählt, manifestieren[554]. Durch das späte Heiratsalter verzögern sich die Verselbstständigung und die soziale Entwicklung der jüngeren Generation (z.B. durch Verbleib in der elterlichen Wohnung).

---

[551] Amnesty International: „*Amnesty Report. Algerien 2016*“. Bericht vom 17.02.2016, unter: https://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/algerien#section-10575, abgerufen am 27.12.2019

[552] Vgl. EU-Kommission: „*Algérie. Dokument de stratègie 2002-2006 & Programme indicatif national 2002-2004*“. EU-Kommission (Hrsg.) 2002, Seite 10, 14.

[553] Vgl. EU-Kommission: „*Rapport sur l'état des relations UE-Algérie dans le cadre de la PEV rénovée*“. Bericht vom 06.04.2018, Seite 4; Macé, Célian: „*Le logement, «drame des jeunes Algériens»*“. Artikel vom 07.05.2017. In: Libération (France), unter: https://www.liberation.fr/planete/2017/05/07/le-logement-drame-des-jeunes-algeriens_1567887, abgerufen am 21.12.2019.

[554] Vgl. Macé, Célian: „*Le logement, «drame des jeunes Algériens»*“. Artikel vom 07.05.2017.

Die Gesundheitsversorgung und der Gesundheitssektor in Algerien litten in den 1990er Jahren ebenfalls unter der schlechten ökonomischen und sicherheitspolitischen Situation im Land. Die medizinische Versorgung war zu Zeiten des sozialistischen Systems schwach, obgleich die Bevölkerung größtenteils kostenlos davon profitierte (vgl. Abbou/Brahamia 2017: Abschnitt 10f.). Mit dem Rückgang der Erdölpreise Mitte der 1980er Jahre und den daraus resultierenden finanziellen Engpässen reformierte Algerien im Rahmen des Strukturanpassungsprogramms sein Gesundheitssystem, sodass ab 1995 neue Richtlinien eingeführt wurden, die eine Selbstbeteiligung der Arbeitnehmer an den Behandlungs- und Medikamentenkosten an öffentlichen medizinischen Einrichtungen vorsahen. Durch die Einführung dieser Form des Krankenversicherungsschutzes sollten nach Ansicht der Regierung die Ausgaben reduziert werden, damit mehr Geld zur Investition in die Verbesserung der Gesundheitsversorgung zur Verfügung gestellt werden konnte. Gleichzeitig übernahm der Staat weiterhin im Rahmen seiner Sozialpolitik die Versicherungskosten von Menschen mit Behinderung, Arbeitslosen und sozial benachteiligten Rentnern. Die Maßnahmen der Regierung in den 1990er Jahren konnten allerdings wenig an der Qualität der medizinischen Versorgung verbessern. Gründe hierfür waren die zentrale Steuerung des Gesundheitssystems, zu langsame Umsetzung der Reformen und ungenügende Gesundheitsausgaben im Verhältnis zum BIP (vgl. Abbou/Brahamia 2017: Abschnitt 2, 49).

Die Lage im Gesundheitssektor wurde von 1995 bis Anfang 2000 zusätzlich durch die Auswanderung hunderter (Fach-) Ärzte und Medizinstudenten verschärft, die aufgrund der Instabilität und der unsicheren Zukunftsperspektiven das Land insbesondere in Richtung Frankreich verließen. Die medizinischen Einrichtungen waren daher in der Folgezeit sowohl in fachlicher als auch in technischer Hinsicht unterbesetzt, was sich negativ auf die medizinische Versorgung auswirkte. Im Jahr 2.000 lag das Verhältnis der Ärzte in Bezug auf die Bevölkerungszahl bei einem Arzt pro 1.000 Einwohner (in Frankreich, Spanien und Portugal lag das Verhältnis zu diesem Zeitpunkt bei gut 3 Ärzten pro 1.000 Bürger)[555]. Im Jahr 2000 wurde zudem eine Kindersterblichkeitsrate von 36,9 pro 1.000 Kinder registriert, 23,6 Prozent

[555] Vgl. Bessaoud 2019: 36; Organisation de Coopération et de Développement Économiques: „*Panorama de la santé 2017. Les indicateurs de l'ocde*“. OCDE (Hrsg.), Paris 2017, Seite 157, unter: https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/health_glance-2017-fr.pdf?expires=1595275836&id=id&accname=guest&checksum=78E9B36AE4B6434696A80D64AB727A76, abgerufen am 22.12.2019.

der Kinder unter 5 Jahren litten unter Wachstumsstörung und die Lebenserwartung bei Geburt lag bei 69 Jahre (lag zu diesem Zeitpunkt in Deutschland und Frankreich bei 75 Jahre)[556].

Die Arbeit von lokalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGO) wurde in den 1990er und Anfang der 2000 Jahre insbesondere im Bereich Menschenrechte unter dem Vorwand des Anti-Terrorkampfs durch die algerische Staatsführung stark eingeschränkt. Dies betraf auch die mediale Berichterstattung (siehe Kapitel 5.1.5). Ausländischen Menschenrechtsorganisationen wurde in den 1990er Jahren die Einreise ins Land durch die Regierung verweigert. In Bezug auf algerische NGOs war neben dem Verbot auch die Verweigerung der Registrierung die bewährten Druckmittel in der Hand der Staatsführung. Außerdem hatte Algerien die Reduzierung oder den Ausschluss von staatlichen Finanzierungsprogrammen als Strafmaßnahme gegen unabhängigen NGOs angewendet, um ihren gesellschaftlichen Einfluss zu beschränken, zumal der Erhalt von Spenden aus dem Ausland als ausländische Finanzierung galt und gesetzlich untersagt war.

In der Barcelona-Deklaration wurde im Hinblick auf die dezentrale Kooperation unterstrichen, dass sie sich „im Rahmen der einzelstaatlichen Gesetze" bewegen müsse (vgl. Jünemann 1999: 58; Obermann 2007: 44). Diese Formulierung wurde auf Druck der MDL aufgenommen, weil sie durch die Beteiligung von NGOs an der sozialen Entwicklung im Rahmen der EMP einen Kontrollverlust über den gesellschaftspolitischen Entwicklungsprozess befürchteten. Dieses Zugeständnis wurde seitens des Europäischen Parlaments (EP) kritisiert. Nach dessen Ansicht würden dadurch regierungsnahe Akteure der Zivilgesellschaft am meisten von der Einbindung an EU-Programmen profitieren, weil die MDL bei gemeinsamen Projekten die Auswahl der NGOs beeinflussen können, während unabhängige NGOs, die mehr oder minder staatlichen Restriktionen (z.B. unrechtsmäßiges Verbot) ausgesetzt sind, es schwerer haben würden, an EU-Förderprojekte teilzunehmen (vgl. Jünemann 1999: 58; Obermann 2007: 44f.). Auf Druck des EP wurde zwar im Rahmen des MEDA-Demokratieprogrammes, das bilateral zwischen der EU und den jeweiligen MDL gestaltet wird, ein Konsens zur Unterstützung algerischer NGOs erzielt, diese durften aber „weder verboten, noch extern finanziert sein" (Jünemann 1999: 59).

Nach seinem Amtsantritt 1999 versuchte Präsident Bouteflika trotz seiner Reformversprechen rasch, seine Macht durch die Kontrolle von Parlament sowie Medien auszubauen und in der Folge blieben „sowohl die politischen Parteien als auch die Zivilgesellschaft weitgehend

[556] Vgl. Bessaoud 2019: 37, 74; La Banque Mondiale: *„Espérance de vie à la naissance, hommes (années) - Algeria, France, Germany"*, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/SP.DYN.LE00.MA.IN?locations=DZ-FR-DE, abgerufen am 21.12.2019.

kontrolliert“ (Obermann 2007: 38 zitiert nach Youngs 2001a: 108f. und Roberts 1998). Obwohl die algerische Staatsführung internationalen Menschenrechtsorganisationen nach langer Ablehnung erlaubte, das Land im Jahr 2000 zu besuchen, schätzte die EU die Entwicklung der algerischen Zivilgesellschaft bis 2002 als schwach ein[557]. Da das Land gerade den Bürgerkrieg beendet hatte, unterstützte die EU im Rahmen von MEDA mehrere NGOs, die in der sozialen Entwicklung tätig waren. In diesem Kontext wurde 1999 ein Förderprogramm im Wert von 5 Mio. Euro zugunsten von 50 bis 60 algerischen NGOs durch die EU-Kommission bewilligt (vgl. Obermann 2007: 48). In Zusammenarbeit mit zwei lokalen NGOs unterstützte Italien zwischen 2001 und 2003 für gut 2,1 Mio. Euro die Aufstockung der Kapazitäten eines Krankenhauses in der Hauptstadt Algier und die Errichtung eines Zentrums zur Rehabilitierung von Frauen, die Opfer des Terrorismus im Land geworden waren[558]. Im Jahr 2005 stockte die EU ihre Förderung für zivilgesellschaftliche Akteure auf 10 Mio. Euro auf. Im Mittelpunkt standen dabei vor allem die Finanzierung von Programmen zur Schulung einer Vielzahl von NGO-Mitarbeitern in der Planung, Leitung und Optimierung von Projekten, zur Förderung des europäisch-algerischen Kulturaustausches und zur Konsolidierung assoziativer Netzwerke[559].

In Bezug auf Minderheitsrechte wurde im Jahr 2002 im Zuge der Verfassungsreform die Berbersprache *Tamazight* neben der bisherigen Staatssprache arabisch als nationale Sprache anerkannt. Durch die Verfassungsergänzung 2016 wurde der Status von Tamazight laut Art. 4 dann auf „offizielle und nationale Sprache“ aufgewertet. Diese Veränderungen gingen Massendemonstrationen in der Kabylei (zentrale Region der Berber, die 30 Prozent der Gesamtbevölkerung darstellen) aus dem Jahr 2001 voraus, bei denen über 90 Zivilisten infolge von Polizeigewalt ums Leben kamen. Die Berber forderten vor allem die Anerkennung ihrer Identität und prangerten die gefühlte Unterdrückung und soziale Benachteiligung an (in der Region herrschte Anfang der 2000er Jahre eine Jugendarbeitslosigkeitsquote von fast 70 Prozent). Die Spannungen in der Kabylei blieben in der Folgezeit aufgrund der schlechten sozio-ökonomischen Lage bestehen. In seinem Bericht vom Jahr 2017 bemängelte der UN-Ausschuss gegen Rassendiskriminierung das Fortbestehen rassistischer Stereotypen und Hassreden gegen die *Amazigh* (Berber) im Land[560]. Die algerische Regierung wies ihrerseits

[557] Vgl. EU-Kommission: *„Algérie. Dokument de stratègie 2002-2006 & Programme indicatif national 2002-2004“*. EU-Kommission (Hrsg.) 2002, Seite 26.
[558] Ebd. Seite 56.
[559] Vgl. EU-Kommission: *„Partenariat Euro Med. Algérie. Programme Indicatif National 2005-2006“*, Seite 20f.
[560] Vgl. EU-Kommission: *„Rapport sur l'état des relations UE-Algérie dans le cadre de la PEV rénovée“*. Bericht vom 06.04.2018, Seite 4.

die Anschuldigungen zurück. Als Zugeständnis beschloss das Parlament im April 2018 ein Gesetz, in dem das Neujahr der Berber am 12. Januar zum nationalen Feiertag erklärt wird.

Die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit waren während der Untersuchungsphase Restriktionen ausgesetzt, obwohl diese Rechte in der Verfassung verankert sind und Algerien die UN-Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet hat. Gestützt auf den geltenden Ausnahmezustand wurden in den 1990er und 2000er Jahren generell öffentliche Versammlungen untersagt. „Friedliche Demonstrationen werden im ganzen Land regelmäßig von den Sicherheitskräften aufgelöst; Teilnehmende müssen mit Bestrafung rechnen“[561]. Gewerkschaftsarbeit wurde ebenfalls eingeschränkt, indem die Staatführung autonomen Arbeitnehmervereinigungen die Zulassung verweigerte bzw. erschwerte (u.a. durch die Verzögerung der Bearbeitungszeit von Zulassungsanträgen). Als im Zuge der politischen und sozialen Massenproteste im arabischen Raum im Jahr 2011 auch Kundgebungen seitens zivilgesellschaftlicher Akteure in Algerien organisiert wurden, griffen die Sicherheitskräfte hart durch und nahmen hunderte Demonstranten sowie einige ausländische Journalisten fest[562]. Obwohl die Versammlungsfreiheit (u.a. Art. 32 und 41 der Verfassung von 1996) durch die Verfassung garantiert wird und der Notstand im Februar 2011 aufgehoben wurde, wurde vom algerischen Staat bis 2017 „kein einziger Antrag der Oppositionsparteien für eine öffentliche Veranstaltung unter freiem Himmel genehmigt. Um der Ablehnung durch die Behörden zu entgehen, finden Versammlungen am Sitz der jeweiligen Partei statt“ (Dris/Aït-Hamadouche 2017: 152). Seit 2018 wurden einzelne Demonstrationen nach vorheriger Genehmigung erlaubt, allerdings nicht in der Hauptstadt Algier.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes Nr. 12-06 im Jahr 2012 erklärte das Büro des Hohen UN-Kommissars für Menschenrechte im Hinblick auf das Recht auf Vereinigungsfreiheit, dass die Arbeit der NGOs durch die neuen Gesetzvorschriften erschwert wurde[563]. Demnach wurde durch das Gesetz die Kontrolle über die Zivilgesellschaft verschärft, indem den staatlichen Behörden das Recht eingeräumt wurde, u.a. „NGOs aufzulösen, ihnen die Zulassung zu verweigern oder die finanziellen Mittel zu entziehen“[564]. Das gleiche Gesetz schränkte ebenso

[561] Amnesty International: *„Länderbericht Algerien“*. Amnesty International 2017, unter: http://www.amnesty-algerien.de/Main/Informieren-Land, abgerufen am 25.10.18.
[562] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: *„Protest in Algerien. 400 Festnahmen bei Demonstration in Algier“*. Bericht vom 12.02.11, unter: https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/protest-in-algerien-400-festnahmen-bei-demonstration-in-algier-1595742.html, abgerufen am 01.11.18.
[563] Vgl. EU-Kommission: *„Rapport sur l'état des relations UE-Algérie dans le cadre de la PEV rénovée“*. Bericht vom 06.04.2018, Seite 3.
[564] Vgl. Amnesty International: *„Amnesty Report. Algerien 2013“*. Bericht vom 22.05.2013, unter: https://www.amnesty.de/jahresbericht/2013/algerien#section-8316, abgerufen am 27.12.2019.

die Medienfreiheit u.a. bei Themenbereichen ein, die die Staatssicherheit, die nationale Souveränität und die Wirtschaftsinteressen des Landes betreffen. In ihrer Analyse des vorgenannten Gesetzes kam Amnesty International 2016 zum Schluss:

„Organisationen, die ihre Registrierung gemäß Gesetz 12-06 beantragten – darunter auch die algerische Sektion von Amnesty International –, wurden von den Behörden im Unklaren gelassen und erhielten auf ihre Anträge keine Antwort. Das Gesetz (…) enthält weitreichende und willkürliche Einschränkungen bezüglich der Registrierung von Vereinigungen“[565].

In der Gewerkschaftsarbeit wurden aufgrund der Gesetzeslage bis 2018 ebenfalls Repressalien registriert, obwohl Algerien die Konvention Nr. 87 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Gewerkschaftsfreiheit ratifiziert hatte. Konkret betrafen die Restriktionen in erster Linie die Organisation von Versammlungen und die Gründung von autonomen Gewerkschaften[566]. Was die Versammlungsfreiheit anbelangt, untersagten die Behörden bis zum Jahr 2019 mehrere Male die Organisation von Versammlungen, die sich vor allem mit dem Bereich der Menschenrechte befassen. So lehnten lokale Behörden Ende 2017 zwei Mal ab, der Algerischen Liga zur Verteidigung der Menschenrechte die Genehmigung zu erteilen, um jeweils ein Treffen zum Thema Menschenrechte sowie eine öffentliche Veranstaltung zu Ehren der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte abzuhalten[567]. Außerdem blieben Demonstrationen in der Hauptstadt Algier bis zum überraschenden Ausbruch der zivilen Proteste (*Hirak*: arabisches Wort für Bewegung) im Februar 2019 verboten.

In Bezug auf Frauenrechte hat das Land während der Untersuchungsphase einige Fortschritte vorweisen können. Zur Stärkung ihrer politischen Rolle wurde die Umsetzung einer festgelegten Frauenquote in Parteien sowie in den legislativen Kammern seit 2012 beschlossen. Darüber hinaus wurde durch das neue Familiengesetz von 2005 u.a. das Heiratsalter von Frauen und Männern angepasst und auf die Vollendung des 19. Lebensjahres festgelegt[568]. Zudem wurde „die Unterhaltspflicht des Ehemannes gegenüber seiner Frau und seinen Kindern verschärft und das Vormundschaftsrecht des Mannes über die Frau eingeschränkt“[569]. Einige lokale und internationale Menschenrechtsorganisationen kritisieren allerdings den weiterhin

[565] Amnesty International: *„Amnesty Report. Algerien 2016“*. Bericht vom 17.02.2016.
[566] Vgl. EU-Kommission: *„Rapport sur l'état des relations UE-Algérie dans le cadre de la PEV rénovée“*. Bericht vom 06.04.2018, Seite 3; Amnesty International: *„Amnesty Report. Algerien 2012“*. Bericht vom 03.05.2012, unter: https://www.amnesty.de/jahresbericht/2012/algerien#section-7093, abgrufen am 27.12.2019.
[567] Vgl. Amnesty International: *„Amnesty Report. Algerien 2017/18“*. Bericht vom 22.02.2018, unter: https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/algerien#section-1721500, abgerufen am 27.12.2019.
[568] Vgl. Art. 7 des Familiengesetzes von 2005, unter: https://droit.mjustice.dz/code_famille.pdf, abgerufen am 02.11.18
[569] Amnesty International 2017, unter: http://www.amnesty-algerien.de/Main/Informieren-Land, abgerufen am 25.10.18.

wenig konsequenten Umgang der Justizbehörden mit körperlicher und sexueller Gewalt gegen Frauen sowie die Beibehaltung von Regelungen betreffend das Sorge- und Erbrecht, was ihrer Meinung nach Frauen benachteiligt. In diesem Kontext wurde 2015 eine Modifizierung des Strafrechts vorgenommen, bei der „physische Gewalt innerhalb der Ehe sowie sexuelle Belästigung in der Öffentlichkeit unter Strafe“[570] gestellt wurden. Im Umkehrschluss sah das Strafgesetzbuch aber bis 2016 „weiterhin vor, dass Männer, die ein Mädchen unter 18 Jahren vergewaltigt haben, straffrei ausgehen können, wenn sie ihr Opfer heiraten“[571] würden, was weder moralisch noch strafrechtlich zu vertreten ist.

Der algerische Staat hat im Untersuchungszeitraum zwar einige Schritte unternommen sowie Reformen verabschiedet, die die Förderung von Sozial- und Menschenrechten vorantreiben sollten, aber die Effekte dieser Gesetze und der Grad ihrer Umsetzung sind in mehreren Bereichen noch nicht spürbar. Obwohl das Land von 1995 bis Mitte 2020 zeitweise hohe Renteneinnahmen erzielte und somit über finanzielle Ressourcen verfügte, haben die Defizite in der sozialen Entwicklung des Landes mehrere Schwachstellen des Sozialsystems aufgedeckt. Nach Angaben der *Ligue Algérienne pour la Défense des droits de l'Homme*, bezifferte die algerische Solidaritätsministerin *Mounia Meslem* im Juni 2016 die Zahl der armen Familien im Land mit 1,7 bis 2 Millionen, was nach Ansicht von algerischen NGOs etwa 10 Mio. Menschen betreffen würde (ca. 25 Prozent der Bevölkerung)[572]. Die Regierung ihrerseits gab von 2011 bis 2016 eine Armutsrate von durchschnittlich 5,5 Prozent an.

Im Hinblick auf dem Gesundheitssystem hat Algerien im Laufe der 2000er Jahre die Ausgaben für die Gesundheitsversorgung ausgebaut. Im Jahr 2017 und 2018 widmete das Land rund 10 Prozent der Staatsausgaben dem Gesundheitssektor (gegenüber einem Anteil von 16 Prozent in Frankreich und 14 Prozent in Tunesien)[573]. Das Land hätte nach Ansicht des algerischen Soziologieprofessors *Madani Safar Zitoun* bis 2018 ein solides Sozialsystem aufgebaut, in dem zwar ein kostenloser Krankenversicherungsschutz[574] für sozial Benachteiligte gewährt würde[575] und neue öffentliche und private Kliniken errichtet wurden – dennoch blieben die medizinische

[570] Ebd.
[571] Amnesty International: *„Amnesty Report. Algerien 2016*“. Bericht vom 17.02.2016.
[572] Vgl. Ligue Algérienne pour la Défense des droits del'Homme: *„Un Algérien sur trois vit en dessous du seuil de pauvreté*“. Bericht vom 17.10.2016. In: Algeria Watch: unter: https://algeria-watch.org/pdf/pdf_fr/laddh_seuil_pauvrete.pdf, abgerufen am 13.02.2020.
[573] Vgl. Macé, Célian: *„Algérie: «Le système de santé est devenu un grand sketch»*“. Bericht vom 08.01.2018. In: Libération (France), unter: https://www.liberation.fr/planete/2018/01/08/algerie-le-systeme-de-sante-est-devenu-un-grand-sketch_1621104, abgerufen am 31.12.2019.
[574] Gilt nur für staatliche Krankenhäuser.
[575] Vgl. Macé, Célian: *„Algérie: «Le système de santé est devenu un grand sketch»*“. Bericht vom 08.01.2018.

Versorgung und die Qualität der entsprechenden Leistungen sowie Einrichtungen hinter den Erwartungen zurück. Auf Tabelle 11 werden zunächst einige Indikatoren aufgeführt, die einen Überblick über den Stand der medizinischen Lage in Algerien im Jahr 2015 liefern. In gleicher Hinsicht ist noch zu erwähnen, dass 34,9 Prozent der algerischen Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis 49) in Jahr 2015 an Anämie und 1,8 Mio. Menschen in 2016 an Unterernährung litten, fast 22 Prozent der über 18-Jährigen waren zudem in 2014 übergewichtig und 11,7 Prozent der Kinder unter 5 Jahre litten 2012 unter Wachstumsverzögerung (vgl. Bessaoud 2019: 36).

Tabelle 11: Einige Indikatoren über die medizinische Lage der Bevölkerung in Algerien, Frankreich und der Türkei im Jahr 2015

Länder / Indikatoren	Algerien	Frankreich	Türkei
Lebenserwartung	75,6	82,4	81,2
Sterblichkeitsrate von Frauen bei Entbindung	140 pro 100.000	8 pro 100.000	16 pro 100.000
Sterblichkeitsrate von Neugeborenen (pro Geburt)	15,5 pro 1.000	2,2 pro 1.000	7,1 pro 1.000
Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahre	25,5 pro 1.000	4,3 pro 1.000	13,5 pro 1.000
Fälle von Tuberkulose	75 pro 100.000	8,2 pro 100.000	18 pro 100.000

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten der Weltgesundheitsorganisation (vgl.: Lakrimi, M´hamed: „*Performance et benchmarking de la prise en charge sanitaire. Quelle place pour le système de santé algérien dans le monde? (1re partie)*". Artikel vom 21.11.2018. In: Liberté (Algérie), unter: https://www.liberte-algerie.com/contribution/quelle-place-pour-le-systeme-de-sante-algerien-dans-le-monde-1re-partie-304117, abgerufen am 30.12.2019.

Algerien hat im Vergleich zum Jahr 2000 zwar die Zahl der Ärzte (inklusive Zahnärzte) bis zum Jahr 2017 auf gut 93.000 (entspricht 1 Arzt pro 500 Einwohner statt 1 Arzt pro 1.000 Einwohner im Jahr 2.000) aufstocken können, die Qualität der Leistungen an öffentlichen Krankenhäusern sowie Universitätskliniken und deren Belegkapazität wurden aber auch 2019 im Land kritisch gesehen und als nicht zufriedenstellend bezeichnet[576]. Diese Unzufriedenheit war Anlass mehrerer Proteste sowohl der Bevölkerung als auch des medizinischen Personals, bei denen die schlechten Zustände und Leistungen der öffentlichen medizinischen

[576] Vgl. Bessaoud 2019: 36; Macé, Célian: „*Algérie: «Le système de santé est devenu un grand sketch»*". Artikel vom 08.01.2018; Office National des Statistiques (Algérie): „*l´algérie en quelques chiffres. Resultats 2015-2017*". Nr. 48, Ausgabe von 2018, Seite 21f, unter: http://www.ons.dz/IMG/pdf/aqced2018.pdf, abgerufen am 31.12.2019.

Einrichtungen sowie die herrschende Korruption angeprangert wurden[577]. Es wurde beklagt, dass Patienten wegen Unterkapazitäten nicht aufgenommen oder unzureichend behandelt werden konnten, was gelegentlich zum Tod von schwangeren Frauen oder Kranken geführt hatte[578]. Der algerische Gesundheitsökonom Brahim Brahamia und mehrere Ärzteverbände stellen insbesondere die Effizienz der zentralen Steuerung der Branche durch die Regierung in Frage und bemängeln die daraus resultierende Inkonsistenz in Bezug auf Planung, Evaluierung und Management[579]. Neben der zentralen Gestaltung des öffentlichen Gesundheitssektors durch staatliche Stellen wird auch eine ungleichmäßige Verteilung der medizinischen Einrichtungen im Land beklagt, die Patienten und ihre Familien dazu zwingt, weite Wege in Kauf zu nehmen, um die Dienste eines Facharztes in Anspruch zu nehmen oder eine Fachuntersuchung zu bekommen[580]. Da 87 Prozent der Bevölkerung (Stand von 2016) in den 36 Departements im Norden des Landes auf lediglich 11 Prozent der Gesamtfläche leben, sind in diesen Regionen die meisten Krankenhäuser und die bessere medizinische Versorgung im Land zu finden[581].

Der medizinische Privatsektor in Algerien scheint für die Bevölkerung keine Alternative zu den problembehafteten öffentlichen medizinischen Einrichtungen zu sein. Zum einen werden trotz der vergleichsweisen besseren Leistungen die hohen Behandlungskosten kritisiert. Zum anderen wird bemängelt, dass die Arbeitsweise von Privatkliniken von einer Intransparenz über die Kosten für die entsprechenden medizinischen Leistungen überschattet wird[582]. Dies trieb algerische Patienten dazu, nach Möglichkeiten im Ausland zu suchen. Allein 2017 nahmen nach tunesischen Angaben etwa 150.000 algerische Patienten eine Behandlung bzw. eine ärztliche Untersuchung in privaten Kliniken des Nachbarlandes Tunesien vor[583]. Dabei schätzten die Algerier vor allem das gute Preis-Leistungs-Verhältnis. Seit 2018 reisen außerdem zunehmend Algerier in die Türkei und lassen sich dort untersuchen bzw. behandeln. Eine weitere Facette mit Symbolcharakter für das Misstrauen gegenüber dem heimischen Gesundheitssystem zeigt sich daran, dass die hohen algerischen Staatsfunktionäre sich in Europa untersuchen und

[577] Vgl. Macé, Célian: *„Algérie: «Le système de santé est devenu un grand sketch»"*. Bericht vom 08.01.2018; Chibani, Ali: *„Le système de santé algérien entre corruption, privatisations et charlatanisme"*. Bericht vom 23.04.2019. In: Orient XXI.
[578] Ebd.
[579] Ebd.
[580] Vgl. Macé, Célian: *„Algérie: «Le système de santé est devenu un grand sketch»"*. Bericht vom 08.01.2018.
[581] Ebd; Bessaoud 2019: 11.
[582] Chibani, Ali: *„Le système de santé algérien entre corruption, privatisations et charlatanisme"*. Bericht vom 23.04.2019. In: Orient XXI.
[583] Vgl. Ebd; Kezzar, Mourad: *„Ils ont de plus en plus confiance dans son système de santé. Plus de 150 000 Algériens sont allés se soigner en Tunisie en 2017"*. Artikel vom 25.03.2018. In: Liberté (Algérie), unter: https://www.liberte-algerie.com/reportage/plus-de-150-000-algeriens-sont-alles-se-soigner-en-tunisie-en-2017-289627, abgerufen am 01.01.2020.

behandeln lassen[584]. Ein zusätzliches und gleichzeitig alarmierendes Symptom des in der Krise stehenden Gesundheitssektors manifestiert sich in der bereits erfolgten oder beabsichtigten Auswanderung des dringend benötigten algerischen Medizinpersonals, das angesichts der niedrigen Gehälter, der fehlenden Wertschätzung und der schwierigen Arbeitsbedingungen nach besseren Perspektiven im Ausland schaut. Bis zum Jahr 2017 praktizierten nach offiziellen französischen Angaben allein in Frankreich 9.365 algerische Ärzte[585], was Algerien zum wichtigsten ausländischen „Lieferanten" von Ärzten in Frankreich macht[586].

In Bezug auf Korruption belegte Algerien auf der Skala von Transparency International während der Untersuchungsphase entweder mittlere oder hintere Ränge. Die Platzierung des Landes variierte vom 88. Rang (von insgesamt 133 Staaten) im Jahr 2003, als das Land zum ersten Mal in der Bewertung aufgenommen wurde, über den 113. Platz (von 178 Länder) im Jahr 2010 bevor Algerien im Jahr 2019 auf den 111. Platz (von 180 Staaten) mit einem niedrigen Ergebnis von 35 Punkten aus 100 landete[587]. Im Hinblick auf die Gewährung sozialer Rechte hat Algerien u.a. positive Ergebnisse in der Versorgung mit Strom und Trinkwasser[588] bis 2019 erreichen können. Die Anbindungsrate der Bevölkerung am nationalen Stromnetz erreichte im Jahr 2018 fast 100 Prozent (lag 2009 bei gut 97 Prozent)[589]. Ein deutlicher Sprung wurde auch beim Zugang zu sauberem Trinkwasser festgestellt, nachdem dank staatlicher Investitionen und der fachlichen und technischen Unterstützung der EU fast 98 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2017 mit sauberem Trinkwasser versorgt werden konnten (statt 78 Prozent im Jahr 1999 und 95 Prozent in 2013)[590]. Der größte Nachholbedarf betrifft den Zugang zu einer verbesserten Sanitärversorgung, obgleich auch in diesem Bereich Fortschritte gemacht wurden. Lediglich 90 Prozent der Bevölkerung (überwiegend in städtischen Gebieten) verfügte im Jahr 2017 über

---

[584] Vgl. Chibani, Ali: „*Le système de santé algérien entre corruption, privatisations et charlatanisme*". Bericht vom 23.04.2019. In: Orient XXI.

[585] Über 80 Prozent der Ärzte, die an einer algerischen Fakultät studiert und sich dann in Frankreich niedergelassen hatten, sollen innerhalb der letzten 15 Jahre nach Frankreich gekommen sein.

[586] Vgl. Macé, Célian: „*Algérie: «Le système de santé est devenu un grand sketch»*". Bericht vom 08.01.2018.

[587] Vgl. Transparency International: „*Corruption Perceptions Index. Algeria*", (mehrere Seiten von Transparency International) unter: https://www.transparency.org/en/cpi/2019/results/dza, abgerufen am 30.06.2020.

[588] Die UN-Vollversammlung erkennt mit der Resolution 64/292 vom 28. Juli 2010 „das Recht auf einwandfreies und sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung als ein Menschenrecht an, das unverzichtbar für den vollen Genuss des Lebens und aller Menschenrechte ist" (Vereinte Nationen: „*Resolutionen ohne Überweisung an einen Hauptausschuss*". Vereinte Nationen (Hrsg.), Seite 55, unter: https://www.un.org/depts/german/gv-64/band3/64bd3-wr.pdf, abgerufen am 01.01.2020).

[589] Vgl. La Banque Mondiale: „*Accès à l'électricité (% de la population) - Algeria*", unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/EG.ELC.ACCS.ZS?locations=DZ, abgerufen am 03.01.2020.

[590] Vgl. Mozas/Ghosn 2013: 18, 22; Djelouah, Kamel: „*Accès à l'eau et à l'assainissement en Algérie*". Seite 7. United Nations Conference on Trade and Development (Hrsg.). Genf, Mai 2018, unter: https://unctad.org/meetings/en/Presentation/c1mem2018_S2_Djelouah.pdf, abgerufen am 03.01.2020.

einen Anschluss zu verbesserten Sanitäranlagen gegenüber 72 Prozent in 1999[591]. In den Jahren 2007 sowie 2012 vereinbarte die EU mit der Regierung einen Förderplan zur Modernisierung des algerischen Wassersektors und der Kläranlagen. Dabei standen vor allem die Errichtung eines Bildungszentrums für sanitäre Berufe im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme von und dem Umgang mit Kläranlagen, die Digitalisierung des nationalen Kanalisationssystems und die Verbesserung der Trinkwasserqualität im Mittelpunkt (vgl. Mozas/Ghosn 2013: 22).

Algerien schnitt in Bezug auf den Index für menschliche Entwicklung vom Jahr 2019 mit Rang 91. Platz (von insgesamt 189 Länder) und 0,748 Punkten (gegenüber 0.595 im Jahr 1995) durchschnittlich ab und gehörte zu den Staaten mit einer „hohen menschlichen Entwicklung". Diese Position sollte dennoch nicht über die schwierige Lage u.a. im Medizin- und Bildungssektor sowie die soziale Ungleichheit hinwegtäuschen. Die algerische Staatsführung hat zwar Jahrelang Dank der Renteneinnahmen und mittels einer großzügigen Subventions- und Kreditpolitik mehrere soziale Proteste eindämmen und den sozialen Frieden bewahren können. Anfang 2019, als infolge des Rückgangs von Energiepreisen auf dem Weltmarkt die finanziellen Ressourcen des Staates knapper wurden und demzufolge Einschnitte im Sozialsystem eintraten, wurden aber die sozio-ökonomischen Defizite im Land offenbart. In Verbindung mit einer politischen Krise führte dies Anfang 2019 dann zu flächendeckenden Demonstrationen im Land, die schließlich den Rücktritt von Präsident Bouteflika im April des gleichen Jahres ausgelöst hatten.

7.2 Die soziale Entwicklung in Tunesien

Bereits nach der Unabhängigkeit versuchte die tunesische Staatsführung zur Förderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung eine Sozialpolitik zu verfolgen, die als Hebel für den sozio-ökonomischen Aufstieg dienen sollte (vgl. Chebaane/Dhaoui/Kthiri 2017: 9). Hierzu wurde ein besonderes Augenmerk auf die Förderung der Bereiche Bildung und Gesundheitsversorgung gerichtet, die als wichtige Elemente zur besseren Entwicklung des Humankapitals angesehen wurden. Zudem wurden Frauenrechte und Gleichberechtigung der Geschlechter im Vergleich zum restlichen arabischen Raum deutlich ausgebaut. Dementsprechend investierte der Staat unter Präsident Bourguiba trotz vergleichsweiser beschränkter finanzieller Ressourcen in sozialrelevanten Strukturen. Mit der Wirtschaftskrise

[591] Vgl. Djelouah, Kamel: *„Accès à l'eau et à l'assainissement en Algérie"*. Seite 9. United Nations Conference on Trade and Development (Hrsg.). Genf, Mai 2018; Mozas/Alexis Ghosn 2013: 20.

im Laufe der 1980er Jahre sah sich aber das Land mit zunehmenden Herausforderungen konfrontiert. Die soziale Lage in Tunesien Anfang der 1990er Jahre stand im Zeichen der Umsetzung des mit dem IWF vereinbarten Strukturanpassungsprogramms, das zwar Einschnitte im Sozialsystem beinhaltete, gleichzeitig aber die Wirtschaftsleistung des Landes aufrichten und ihr neuen Impulse geben sollte.

Tunesien konnte in den 1990ern im regionalen und internationalen Vergleich gute Ergebnisse in mehreren sozialen Bereichen vorweisen, obwohl das Land sich an strikten Sparmaßnahmen und Vorgaben des IWF halten musste. Von 1980 bis 1999 konnte der Anteil der Bevölkerung, die mit weniger als 1 USD pro Tag lebte, im Vergleich zu Staaten mit ähnlichen Merkmalen, wie El Salvador (25 Prozent) oder Thailand (28 Prozent), auf 1 Prozent reduziert werden[592] und die Einkommensverteilung im Land fiel ebenfalls weniger ungleich aus als in den meisten Ländern derselben Gruppe (vgl. Abbate 2002: 9). Dennoch musste sich Tunesien 1998 mit einer relativ schlechten Platzierung in Bezug auf den Index für Menschliche Entwicklung (Rang 102 von insgesamt 174 Länder und somit vorletzter unter vergleichbaren Staaten) begnügen, was insbesondere der hohen Analphabetenrate (31 Prozent der Erwachsenen) zurückzuführen war (vgl. Abbate 2002: 9, 18). Es bestanden außerdem große Disparitäten in Bezug auf Armut und soziale Entwicklung zwischen ländlichen und städtischen Gebieten sowie zwischen Regionen an der Küste und im Landesinneren.

Das Inkrafttreten des AA im März 1998 bot für die soziale Entwicklung im Land sowohl Chancen als auch Risiken. Bezogen auf dem Sozialbereich sah das AA auf der einen Seite neben der Vertiefung eines bilateralen Dialogs betreffend Fragen der Migration und des kulturellen Austauschs auch die Konsolidierung sozialer Strukturen im Land[593] vor, um die Beweggründe für die (illegale) Migration zu minimieren und einen Beitrag an der sozialen Entwicklung in Tunesien zu leisten (vgl. Art. 69 bis 72 des AA[594]). Auf der anderen Seite barg das AA aufgrund der geplanten Errichtung der Freihandelszone ein Risiko für die tunesischen Betriebe. Man befürchtete die im Vergleich zu den Unternehmen aus Europa niedrigere Konkurrenzfähigkeit, die zum Verlust von Arbeitsplätzen und zum Anstieg der Arbeitslosigkeit führen könnte. Im

[592]Die Armutsgrenze lag in Tunesien aufgrund der relativ hohen Lebenshaltungskosten aber deutlich höher als in den beiden vorgenannten Staaten. Auf die Armutsschwelle im Land wird in Kapitel 7.2.2 eingegangen.

[593] Unter anderem die Verbesserung der medizinischen und sozialen Versorgung sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen in sozial benachteiligten Regionen.

[594] Vgl. Assoziierungsabkommen zwischen Tunesien und der EU. Offizielles Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, veröffentlich am 30.03.1998, unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/PDF/?uri=OJ:L:1998:097:FULL&from=DE, abgerufen am 04.11.18.

Folgenden werden die sozialen Entwicklungen in Tunesien gemäß der Analyse einiger Bereiche und Indikatoren unter die Lupe genommen.

7.2.1 Bildung

Die Gewährung einer guten und kostenlosen Bildung stand angesichts einer hohen Analphabetenrate von fast 90 Prozent Ende der 1950er Jahre ganz oben auf der Prioritätenliste der tunesischen Staatsführung. Nach Erklärung der Unabhängigkeit wurde eine erste Bildungsreform im Jahr 1958 beschlossen, in der eine kostenlose Bildung angeordnet wurde mit dem Ziel, eine schulische Bildung für künftige Arbeitnehmer geschlechterübergreifend zu gewährleisten und die Emanzipation von Frauen durch Bildung zu fördern (vgl. Mohammed Nejib/Mohammed Jameleddine 2011: 1, 12, 15f). Im Jahr 1989 folgte eine zweite Schulreform, die das Prinzip der Kostenbefreiung in allen Bildungsgängen bekräftigte sowie das Schulsystem in inhaltlicher (Ausweitung eines säkularen und liberalen Bildungsangebots) und formeller (Diversifizierung der schulischen Abschlussmöglichkeiten und Umstrukturierung der Sekundarstufe) Hinsicht modifizierte. Gemäß dem neuen Gesetz wurde eine Schulpflicht für Kinder zwischen 6 und 16 Jahre festgelegt, damit sie im Anschluss die Möglichkeit bekommen, sich für einen Übergang in die Sekundarstufe oder für eine berufliche Bildung zu entscheiden.

Die begleitenden Gesetze der Bildungsreformen in Tunesien hatten ebenso eine Aufstockung der Investitionen zur Errichtung von neuen Bildungsstätten sowie zur Ausbildung und Weiterqualifizierung vom Lehrpersonal beinhaltet. Selbst in Zeiten wirtschaftlicher Krisen hatte Tunesien nach Angaben der UNESCO von 1999 etwa 25 Prozent der Staatsausgaben (rund 7 Prozent des BIP) dem Bildungssektor gewidmet und lag dementsprechend im Vergleich zu den Maghreb-Staaten an der Spitze (vgl. De Bouttemont: 2002: Abschnitt 9). Die Zahl der Bildungsstätten für die 9-jährige Schulpflicht (Grundschule und Sekundarstufe I) stieg zwischen 1975 und 2000 nach offiziellen Angaben von 2.319 auf 4.465 an (vgl. De Bouttemont: 2002: Abschnitt 6; Mohammed Nejib/Mohammed Jameleddine 2011: 24). Nach einer Gesetzesänderung 1991 wurde die Ausbildung von Grundschullehrern durch einen zweijährigen Studiengang an der Universität ermöglicht (vgl. Mohammed Nejib/Mohammed Jameleddine 2011: 1, 10). Demzufolge hatten 65 Prozent (rund 37.000) der im Jahr 2009 tätigen Lehrkräfte über einen entsprechenden Hochschulabschluss verfügt. Die Anwerbung von Lehrpersonal an Schulen wurde im Laufe der 2000er Jahre diversifiziert und basierte auf unterschiedliche Kriterien. So wurde u.a. die Einstellung von Hochschulabsolventen aus unterschiedlichen Fachrichtungen praktiziert, was zwar die Heterogenität der fachlichen

Qualifikationen von Schullehrern ermöglichte, sich aber aufgrund dessen, dass diese Anwärter auf den Lehrerberuf keine pädagogische Erstausbildung durchliefen, negativ auf die Qualität des Unterrichts auswirkte[595].

Die Bildungsreformen von 1959, 1989 und 1991 hatten zu einem deutlichen Anstieg der Alphabetisierung, der Schülerzahlen sowie der Beschulungsraten von Mädchen geführt, die letztendlich zu einer besseren Aufklärung von Frauen hinsichtlich ihrer Gesundheit, Familien- und Gesellschaftsrolle beigetragen hatten. Ferner wurde bei der Reform 1991 die Schullaufbahn, die mit dem Abitur abgeschlossen wird, von 12 auf 13 Jahre angehoben. Tunesien hatte die Analphabetenquote bei den über 15-Jährigen bis zum Jahr 2000 auf knapp 35 Prozent senken können, wobei Frauen mit über 1,3 Mio. mehr betroffen waren als Männer (ca. 700.000)[596]. Die Beschulungsrate von Kindern im Grundschulalter (ab 6 Jahre) erreichte Anfang 2000 etwa 95 Prozent. Währenddessen stieg die Beschulungsrate der 13- bis 19-Jährigen von 54 Prozent im Jahr 1996 auf 67 Prozent Anfang 2000 (vgl. De Bouttemont: 2002: Abschnitt 6). Dabei war zu bemerken, dass der Anteil der Mädchen an den beschulten Kindern seit 1999 höher lag als der von Jungs. Die Zahl der Studierenden nahm ebenfalls zu und sprang von 30.000 im Jahr 1980 auf über 200.000 im Jahr 2000 (vgl. De Bouttemont: 2002: Abschnitt 8). Problematisch zu dieser Zeit waren jedoch eine hohe Schulabbrecherquote sowohl in der Grundschule als auch in der Mittel- und Oberstufe sowie die Disparitäten zwischen Städten und ländlichen Gebieten, die sich generell in einer schwachen Infrastruktur manifestierten. Im Jahr 2.000 verließen 104.000 Kinder (9 Prozent) die Grundschule und 85.000 (14,5 Prozent) Schüler die Mittelstufe vor dem letzten Schuljahr[597]. Im gleichen Zeitraum wurde in der Oberstufe eine Rate an Schulabbrechern von 10 Prozent registriert. Die seit den 1990er Jahren schnell wachsende Zahl von privaten Schulen und Ausbildungszentren konnte zwar eine Alternative zum defizitären öffentlichen Bildungssektor anbieten, der Besuch solcher Einrichtungen war allerdings mit hohen Gebühren verbunden, die die Möglichkeiten vieler Familien überstiegen (vgl. Chaker 1997: 153).

[595] Vgl. Mohammed Nejib/Mohammed Jameleddine 2011: 10; UNICEF: *„Tunisie. Rapport national sur les enfants non scolarisés"*. Ministère de l'Èducation (Tunisie)/UNICEF Tunisie (Hrsg.), Bericht von Oktober 2014, Seite 4, 54, unter: https://www.unicef.org/tunisia/sites/unicef.org.tunisia/files/2020-06/rapport-national-enfants-non-scholaris%C3%A9s-fr-2014.pdf, abgerufen am 03.02.2020.

[596] Vgl. UNESCO: *„Tunisie. Éducation et alphabétisme"*, unter: http://uis.unesco.org/fr/country/tn, abgerufen am 04.02.2020.

[597] Vgl. UNICEF: *„Tunisie. Rapport national sur les enfants non scolarisés"*. Ministère de l'Èducation (Tunisie)/UNICEF Tunisie (Hrsg.), Bericht von Oktober 2014, Seite 29f.

In den Jahren 2002 und 2005 wurde das Bildungssystem reformiert. Dabei wurde insbesondere das Recht der Kinder mit Behinderung auf einen Schulplatz gestärkt und die Kapazitäten der Vorschulklassen aufgestockt. In diesem Kontext sollten Kinder mit einer Behinderung, wie in Algerien, von einer durch den Staat gewährten sozialen Karte profitieren, die u.a. Vorteile bei der Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, ärztliche Versorgung und Beschulung beinhaltet. Die berufliche Bildung litt bis Anfang der 2000 Jahre hingegen an fehlender Kohärenz zwischen dem Bildungssystem und den Anforderungen des Arbeitsmarktes, an einer niedrigen Qualität der Lehre und an einer schwachen pädagogischen Ausbildung des Lehrpersonals[598]. Durch staatlich veranlasste Maßnahmen wurden neue Mechanismen im Laufe der 2000er Jahre in der beruflichen Bildung implementiert, um sowohl das Ausbildungsangebot zu diversifizieren als auch möglichst viele Schülerinnen und Schüler, die das Schulsystem frühzeitig (vor Beendigung der Sekundarstufen I und II) verlassen, aufzufangen. Im Bereich der beruflichen Bildung standen für Auszubildende je nach erreichtem Schulniveau drei mögliche Abschlüsse zur Auswahl. Für diejenigen Bewerber, die über keinen Schulabschluss verfügten, wurde eine Option geschaffen, die ihnen die Aufnahme einer Ausbildung ermöglichen sollte, falls sie eine Grundausbildung in einem Betrieb vorweisen könnten[599]. Auf Ebene der Hochschulbildung betrafen die wichtigsten Veränderungen in den 1990er und 2000er Jahre die Umstrukturierung der technischen und Ingenieurstudiengängen sowie der Beginn der Anpassung bzw. Einführung des Abschlusssystems „Licence“ (bzw. Bachelor), Master und Doctorat nach EU-Vorbild (Vgl. Mohammed Nejib/ Mohammed Jameleddine 2011: 13).

Die EU leistete im Rahmen von MEDA I und MEDA II eine finanzielle Unterstützung für das tunesische Bildungssektor mit dem Ziel, das Bildungsangebot und die -qualität zu verbessern, um den Absolventen größere Zukunftschancen zu bieten und somit die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu decken. In diesem Kontext unterstützte die EU u.a. folgende Programme: die Reform der Grundbildung im Jahr 2000 (39,8 Mio. Euro), die Modernisierung des Hochschulsystems im Jahr 2003 (46,8 Mio. Euro), die Reform der Sekundarschulbildung im Jahr 2005 (17,5 Mio. Euro) und die Förderung der staatlichen Programme zur beruflichen Bildung in den Jahren 2006 bis 2008 mit knapp 30 Mio. Euro[600]. Die EU tauschte außerdem ihre Expertise mit der tunesischen Regierung zur Erarbeitung eines institutionellen Rahmens

[598] Vgl. Abbate 2002: 61.

[599] Vgl. Mohammed Nejib/ Mohammed Jameleddine 2011: 13f; UNICEF: *„Tunisie. Rapport national sur les enfants non scolarisés“*. Ministère de l'Èducation (Tunisie)/UNICEF Tunisie (Hrsg.), Bericht von Oktober 2014, Seite 11.

[600] Vgl. Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„Evaluation des opérations d'aide budgétaire de la Commission Européenne à la Tunisieentre 1996 et 2008“*. Bericht vom März 2011, Seite 3, 53, unter: https://www.oecd.org/countries/tunisia/48071513.pdf, abgerufen am 05.02.2020.

für die Schaffung von privaten Hochschulen (durch Anwerben von Privatinvestoren) und sie plädierte für die Förderung einer dezentralen Organisation öffentlicher Universitäten[601].

Dank der staatlichen Bildungspolitik und der getätigten Investitionen konnte Tunesien bereits Anfang der 2000er Jahre eine Beschulungsrate von Kindern im Grundschulalter von fast 100 Prozent erreichen. Die Regierung widmete wie in den 1990er Jahren auch zwischen 2010 und 2015 durchschnittlich über 20 Prozent der Staatsausgaben (entspricht über 6 Prozent des BIP) dem Bildungssektor[602]. Die positiven Entwicklungen im Bildungsbereich hatten insbesondere die Frauenemanzipation gefördert und die Bildungsmotivation von Frauen im Land gesteigert. Im Jahr 2011 waren fast 82 Prozent der weiblichen Bevölkerung im Alter zwischen 6 und 24 Jahren an einer Bildungseinrichtung eingeschrieben und die Frauenquote an tunesischen Hochschulen betrug im Jahr 2009 fast 60 Prozent (vgl. Mohammed Nejib/Mohammed Jameleddine 2011: 15). Eine Studie vom *Office National du Planning Familial* im Laufe der 2000er Jahre ergab, dass je höher das Bildungsniveau einer Frau war, desto offener und emanzipierter war sie. Zudem ergab die Studie, dass Mädchen bzw. Frauen durch Bildung ihr Selbstbewusstsein u.a. betreffend Fragen der Gesundheit stärken. Zudem wurde von der Studie abgeleitet, dass die Fertilitätsrate von Frauen mit steigendem Bildungsniveau sank, wobei Frauen, die analphabet waren, im Durchschnitt jeweils 4,02 Kind und Frauen mit einem Gymnasialniveau je 2,32 Kind bekamen (vgl. Mohammed Nejib/ Mohammed Jameleddine 2011: 15).

Im Jahr 2013 betrug die Nettoeinschulungsrate von Kindern im Alter von 6 Jahren 99,4 Prozent (bei gleicher Proportion von Mädchen und Jungen) und für Kinder zwischen 6 bis 11 Jahren 98,9 Prozent, was einen niedrigen Anteil der unbeschulten Kindern von 1,5 Prozent (rund 15.000) ergibt[603]. Außerdem wurde die Schulabbrecherquote im Grundschulalter von 9 Prozent im Jahr 2000 auf 3 Prozent im Jahr 2012 gesenkt. Bezüglich der Klassengröße in den Grundschulen wurden spürbare Fortschritte erzielt. Im Durchschnitt musste im Jahr 2010 jeder Lehrer 17,2 Schüler (-innen) betreuen und die Klassengröße lag bei durchschnittlich 22,1 Schüler (statt 57 Schüler pro Lehrer und 41,7 Schüler pro Klasse im Jahr 1964) (vgl. Mohammed Nejib/Mohammed Jameleddine 2011: 1). Was die Sekundarstufe I und II anbelangt, wurden zwar ebenfalls positive Entwicklungen hinsichtlich der Beschulungsrate und

[601] Ebd. Seite 78.
[602] Vgl. UNESCO: „*Tunisie. Éducation et alphabétisme*“, unter: http://uis.unesco.org/fr/country/tn, abgerufen am 04.02.2020.
[603] Vgl. UNICEF: „*Tunisie. Rapport national sur les enfants non scolarisés*“. Ministère de l'Èducation (Tunisie)/UNICEF Tunisie (Hrsg.), Bericht von Oktober 2014, Seite 1, 3.

Klassenumfang verzeichnet, jedoch gab es im Vergleich zur Primärstufe deutlich mehr negative Zahlen betreffend der Abbrecherquote und des Sitzenbleibens.

Die Beschulungsrate in der Mittel- sowie in der Oberstufe betrug 2012 rund 73 Prozent und stagnierte bereits seit zehn Jahren um einen durchschnittlichen Wert von 75 Prozent, wobei der Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufen I und II in städtischen Gebieten stark von dem in ländlichen Regionen abweicht (ein Unterschied von über 21 Prozent)[604]. Zusätzlich stellte eine Studie der UNICEF vom Jahr 2014 eine verhältnismäßig hohe Zahl von Klassenwiederholungen sowohl in der Mittel- (durchschnittlich 17,3 Prozent) als auch in der Oberstufe (16,8 Prozent) fest, die den Wert der Grundschulphase (im Durchschnitt 7,5 Prozent) um ca. 10 Prozent überstieg[605]. Während die Schulabbrecherquote in der Grundschule im Jahr 2013 bei 1 Prozent lag, betrug sie hingegen in der Sekundarstufe I rund 9,3 und im Gymnasium 11,9 Prozent[606]. Die hohe Schulabbrecherquote könnte im Zusammenhang mit den schlechten Berufsperspektiven im Land (Arbeitslosigkeit) stehen, die die Lernmotivation der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe negativ beeinflussen (vgl. Mohammed Nejib/Mohammed Jameleddine 2011: 2). Von der nationalen Statistikbehörde in den 2000er Jahren durchgeführte Studien kamen außerdem zum Schluss, dass Kinder, deren Eltern Analphabet bzw. bildungsfern sind oder aus sozial schwachen Verhältnissen kommen, mehr von einem Schulabbruch, Armut oder Sitzenbleiben betroffen waren als Kinder aus wohlhabenden oder gut gebildeten Familien[607]. Das heißt, dass der sozio-ökonomische Hintergrund der Familie eine wichtige Rolle bei der schulischen oder universitären Laufbahn von Kindern spielt.

Tunesien hat im Untersuchungszeitraum mit EU-Unterstützung mehrere Bildungsreformen beschließen können und dadurch in Bezug auf die Beschulungsrate von Kindern und die Alphabetisierung gute Fortschritte gemacht. Die Analphabetenrate konnte bis 2014 auf fast 20 Prozent (ca. 1,85 Mio. Menschen) gesenkt werden. Dennoch scheint der Bildungssektor bis zum Jahr 2019 Defizite aufzuweisen, die hauptsächlich struktureller und logistischer Natur sind. Die Erreichbarkeit und der Besuch von schulischen Einrichtungen in ländlichen Gebieten werden aufgrund der schlechten Infrastruktur (u.a. weitgelegne Schulen und schwache Straßen-

[604] Ebd. Seite 3, 25.
[605] Ebd. Seite 52
[606] Ebd. Seite 1.
[607] Vgl. Institut National de la Statistique (Tunisie): „*Mesure de la pauvreté, des inégalités et de la polarisation en Tunisie 2000-2010*“. Bericht vom November 2012, Seite 21, unter: http://www.ins.tn/sites/default/files/publication/pdf/Mesure_de_la_pauvrete.pdf, abgerufen am 05.02.2020; UNICEF: „*Tunisie. Rapport national sur les enfants non scolarisés*“. Ministère de l'Èducation (Tunisie)/UNICEF Tunisie (Hrsg.), Bericht von Oktober 2014, Seite 32.

und Verkehrsmittelnetze) und der schwachen sozio-ökonomischen Lage der Familien erschwert, was zum Schulabbruch beiträgt. Neben dem schwierigen Übergang von der Primär- in der Mittel- und Sekundarstufe wird auch ein ähnliches Phänomen beim Wechsel vom Gymnasium in die Hochschule beobachtet, wo zwischen 2010 und 2018 lediglich eine Einschreibungsrate von 31 bis 35 Prozent registriert wurde[608]. Diese Defizite lassen sich u.a. an der niedrigen Abschlussquote in der Sekundarstufe II, die auf 30 Prozent geschätzt wird, (vgl. Mohammed Nejib/Mohammed Jameleddine 2011: 2) sowie auf finanziellen Problemen der Familien, die sich ein Hochschulstudium ihrer Kinder nicht leisten könnn, zurückführen. Die Defizite des Bildungssystems in Tunesien manifestieren sich auch in der unzureichenden Lehrerausbildung und generell in den schwachen didaktischen Strukturen des öffentlichen Bildungssektors, die mit dem vergleichsweise hohen Bildungsetat nicht im Einklang stehen, was schlussendlich sowohl die Qualität der Lehre als auch die Chancen der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt beeinflusst[609]. Von diesen Problemen profitiert der private Bildungssektor am meisten. Letzterer konnte seit den 2000er Jahre trotz der hohen Gebühren zunehmend auch Familien aus der Mittelschicht, die sich um die Zukunftschancen ihrer Kinder sorgen, anlocken.

Insgesamt scheint der Zugang zu einer qualitativ guten Bildung auf allen Bildungsebenen in Tunesien noch vom sozio-ökonomischen Hintergrund abhängig zu sein (vgl. Chebaane/Dhaoui/Kthiri 2017: 9f.). Im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik wurde im Jahr 2016 die Förderung von vier Programmen mit einem Gesamtvolumen von 213,5 Mio. Euro u.a. für die Schlüsselbereiche Bildung, Forschung und Innovation, Gesundheit und lokale Entwicklung bewilligt[610]. Hierbei sollte u.a. ein Beitrag zur Verbesserung der Qualität und der Leistung des Bildungssystems vor allem im Hinblick auf die Themenfelder Schulabbruch, Lehrerausbildung, Lehrpläne und Lehrbücher geleistet werden[611]. Darüber hinaus wurden in den Jahren 2017 und 2018 im Rahmen des EU-Programms *Erasmus+* zusätzliche 10 Mio. Euro

[608] Vgl. Mohammed Nejib/ Mohammed Jameleddine 2011: 3; UNESCO: „*Tunisie. Éducation et alphabétisme*“, unter: http://uis.unesco.org/fr/country/tn, abgerufen am 04.02.2020.

[609] Vgl. UNICEF: „*Tunisie. Rapport national sur les enfants non scolarisés*“. Ministère de l'Èducation (Tunisie)/UNICEF Tunisie (Hrsg.), Bericht von Oktober 2014, Seite 4, 54; Attia, Syrine: „*En Tunisie, un «système éducatif à plusieurs vitesses»*“. Artikel vom 21.08.2018. In: Jeune Afrique, unter: https://www.jeuneafrique.com/611533/societe/en-tunisie-un-systeme-educatif-a-plusieurs-vitesses/; Bouaziz, Ali: „*Système éducatif tunisien: une obligation de réforme*“. Artikel vom 27.02.2020. In: Kapitalis, unter: http://kapitalis.com/tunisie/2020/02/27/systeme-educatif-tunisien-une-obligation-de-reforme/, beide Links abgerufen am 15.03.2020.

[610] Vgl. Europäische Kommission: „*Beziehungen EU-Tunesien*“. Bericht vom 10.05.2017.

[611] Vgl. Europäische Kommission: „*Relation Tunisie-Union Européenne: un partenariat privilégie. Plan d´action 2013-2017*“. EU-Kommission (Hrsg.), Seite 44, unter: https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/plan_action_tunisie_ue_2013_2017_fr_0.pdf, abgerufen am 15.03.2020.

zur Förderung des Austauschs von Studenten sowie Hochschulpersonal aus Tunesien und der EU bereitgestellt. Mithilfe dieses Projektes sollen 1.500 Studierende, Jugendliche und Hochschulmitarbeiter während diesen zwei Jahren in Europa und in Tunesien „die Möglichkeit haben, im Ausland zu studieren, zu lernen oder zu unterrichten sowie ihre Erfahrungen auszutauschen“[612].

7.2.2 Beschäftigung und Migration

Tunesien lag 1995 auf regionaler Ebene mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 1.790 USD pro Jahr trotz vergleichsweisen niedrigeren Erdölvorkommens vor Algerien (1.550 USD) und Ägypten (920 USD)[613]. Eine zum Teil diversifizierte und liberalisierte Wirtschaft sowie das Inkrafttreten des Barcelona-Prozesses trugen in den 1990er und 2000er Jahre zunächst zu einem leichten Wirtschaftswachstum und einer Verbesserung der ökonomischen Situation bei, die von einer Zunahme der Beschulungs- und Abschlussraten in allen Jahrgängen begleitet wurde. Ein ähnlicher Trend wurde auch an Universitäten verzeichnet, nachdem dank einer wachsenden finanziellen Förderung von Studierenden durch den Staat steigende Abschlussquoten an nationalen Universitäten registriert worden waren. Die Zahl von Hochschulabsolventen stieg beispielsweise von 5.566 im Jahr 1992 auf 11.200 im Jahr 1995.

Das steigende Aufkommen an Schul- und Universitätsabsolventen traf die Wirtschaft unvorbereitet und stellte sie vor Herausforderungen, da der Arbeitsmarkt mehr auf Berufe mit geringerer oder technischer Qualifizierungsanforderungen gerichtet war, wie etwa Textil- und Bekleidungsindustrie oder Baubranche (vgl. Chaker 1997: 154f.). Während der öffentliche Sektor einen Teil der Hochschulabsolventen in der Verwaltung absorbieren konnte, war die Aufnahmekapazität im Privatsektor deutlich niedriger, da Arbeitgeber einen Bedarf an ausgebildeten Fachkräften mit technischen Kenntnissen hatten, die in der verarbeitenden Industrie (u.a. Textil-, Elektro- und Kabelindustrie) eingesetzt werden sollen. Aufgrund inkohärenter Planung zwischen der staatlichen Ausbildungspolitik und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes hatten sowohl Menschen mit einem Ausbildungsabschluss als auch Arbeitssuchende mit einem akademischen Grad in den 1990er Jahren nur geringe Chancen auf einen Beschäftigungsplatz. Die schwache Arbeitsmarktorientierung der Bildung bzw.

[612] Vgl. Europäische Kommission: „*Beziehungen EU-Tunesien*“. Bericht vom 10.05.2017.
[613] Vgl. La Banque Mondiale: „*RNB par habitant, méthode Atlas ($ US courants) - Algeria, Morocco, Tunisia, Egypt Arab Republic*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/NY.GNP.PCAP.CD?locations=DZ-TN-MA-EG, abgerufen am 17.03.2020.

Berufsbildung sowie die relativ hohe Analphabetenrate unter Erwachsenen hatten bis Anfang der 2000er Jahre ihren Schatten auf die soziale Lage im Land geworfen. Die Zahl der Arbeitslosen nahm zwischen 1994 und 1999 nach offiziellen Angaben um 70.000 zu und die Arbeitslosigkeitsquote lag Ende der 1990er Jahre bei 16 Prozent, wobei fast zwei Drittel davon über einen Berufs- oder Hochschulabschluss verfügten[614]. Die Armutsrate, deren Schwelle nach Angaben der tunesischen Statistikbehörde in Städten bei 1.277 tunesischem Dinar (ca. 800 USD zum Wechselkurs von 2000) und in ländlichen Gebieten bei 820 Dinar (ca. 510 USD) pro Jahr und Person lag, belief sich im Jahr 2000 auf 32,4 Prozent, wobei über ein Drittel davon unter extremer Armut litt (12 Prozent lebten mit weniger als 1,5 USD am Tag)[615]. Dabei waren ländliche Gebiete und Regionen im Landesinneren aufgrund von wiederkehrenden Dürrejahren von Arbeitslosigkeit und Armut mehr betroffen als Großstädten an der Nordküste.

Die hohe Arbeitslosigkeit, allen voran unter der Jugend, veranlassten den Staat dazu, mehr Arbeitsplätze zu schaffen sowie das Angebot an Weiterbildungsprogrammen aufzustocken. Im Jahr 1999 nahmen Dank des staatlichen „Fonds für berufliche Integration und Anpassung" sowie im Rahmen des nationalen Weiterbildungsprogramms *PRONAFOC* mehr als 130.000 Beschäftigte aus 3.354 Unternehmen an Weiterbildungsmaßnahmen teil, die zwar dem Staat Investitionen von 26 Millionen Dinar kosteten, gleichzeitig aber zur Rettung von zehntausenden Arbeitsplätzen beitrugen (vgl. Abbate 2002: 60). Ein Jahr später profitierten dann mehr als 10.000 junge Menschen (sowohl mit abgeschlossener Ausbildung als auch Schulabbrecher) ebenfalls durch den Fond für berufliche Integration und Anpassung von berufsvorbereitenden Maßnahmen. Die EU ihrerseits unterstützte mithilfe des Programms *MANFORM* von 1997 bis 2008 die berufliche Bildung im Land und gewährte allein zwischen den Jahren 2006 und 2008 Gelder von knapp 30 Mio. Euro. In Bezug auf die ländliche sowie lokale Entwicklung wurden im Rahmen von MEDA I und MEDA II bis 2006 zahlreiche Projekte zur Bereitstellung von Trinkwasser, Umweltschutz und Infrastruktur finanziert. In diesem Kontext unterstrich insbesondere Art. 71 des AA den prioritären Charakter der sozialen Entwicklung in Tunesien, die durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und Bleibeperspektiven mithilfe berufsbildender Maßnahmen in sozial benachteiligten Regionen gefördert werden

[614] Vgl. Abbate 2002: 57; La Banque Mondiale: „*La révolution inachevée: Créer des opportunités, des emplois de qualité et de la richesse pour tous les Tunisiens*". Bericht vom Mai 2014, Seite 40, unter: https://www.banquemondiale.org/content/dam/Worldbank/document/MNA/tunisia_report/the_unfinished_revolution_fre_chap1.pdf, abgerufen am 08.03.2020.

[615] Vgl. Institut National de la Statistique (Tunisie): „*Mesure de la pauvreté, des inégalités et de la polarisation en Tunisie 2000-2010*". Bericht vom November 2012, Seite 7.

sollte und somit möglichst u.a. den Migrationsdruck reduzieren[616]. Ferner beinhalteten die Artikeln 69 und 71 des AA u.a. Vereinbarungen zur gemeinsamen Bekämpfung der irregulären Migration, Mechanismen zur Rückführung von illegalen tunesischen Einwanderern in ihre Heimat und die Wiedereingliederung Letzterer in der Gesellschaft.

Gemäß dem Stand von 2019 lebten etwa 3 Mio. Tunesier im ländlichen Raum. Die schier aussichtlose Arbeitssuche in diesen Regionen und generell im unterentwickelten Landesinneren führte während der Untersuchungsphase zu einer wachsenden Landflucht der 18 bis 35-Jährigen, die eine unverhältnismäßige Alterung der Bevölkerung in ländlichen Regionen zur Folge hatte, was sich vor allem in Bezug auf Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Agrarsektor bemerkbar macht (vgl. Chebbi 2019: 18f.). Im Jahr 2012 waren rund 57 Prozent und im Jahr 2019 fast 40 Prozent der in der Landwirtschaft aktiven Arbeitnehmer über 60 Jahre alt (vgl. Chebbi 2019: 21; Rudloff 2019: 11). Für die auf dem Land lebende Jugend bot der Agrarsektor 2019 mangels Alternativen trotzdem das Hauptbeschäftigungsfeld. „Über die Hälfte der in der Landwirtschaft beschäftigten jungen Menschen arbeitet allerdings auf Tagebasis und hat damit keinen Anspruch auf Sozialleistungen“ (Rudloff 2019: 11).

Die vom Staat in den 1990er und 2000er Jahre initiierten sowie umgesetzten und von der EU geförderten Beschäftigungsprogramme hatten die (Jugend-) Arbeitslosigkeit in den zentralen und südlichen Landesteilen nicht effektiv eindämmen können. Die intra- und interregionalen sozio-ökonomischen Disparitäten blieben trotz einiger Fortschritte bestehen, sodass ein wichtiger Teil der Bevölkerung nicht vom zeitweisen wirtschaftlichen Aufschwung im Land profitieren konnte[617]. In der Zeit von 1994 bis 2011 hatten sich beispielsweise etwa 84 Prozent der Industrieprojekte sowie 84 Prozent der industriellen Investitionen in der nordöstlichen Hälfte des Landes zwischen den Städten *Bizerte* und *Sfax* konzentriert (vgl. Tizaoui 2015: Abschnitte 11, 13). Auf alle restlichen Regionen entfielen lediglich 16 Prozent der Projekte. Diese Tendenz verursachte Schwankungen im sozio-ökonomischen Entwicklungsgrad von mehreren Landesteilen und trieb daher die Jugend im Laufe der 1990er und 2000er Jahre zunächst zur Binnenwanderung in Richtung der Küstenregionen im Norden und Nordosten, wo sich die meisten Firmen und Industriezonen des Landes befinden.

[616] Vgl. Assoziierungsabkommen zwischen Tunesien und der EU. Offizielles Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, veröffentlich am 30.03.1998, unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/PDF/?uri=OJ:L:1998:097:FULL&from=DE, abgerufen am 04.11.18.

[617] Vgl. Institut National de la Statistique (Tunisie): „*Mesure de la pauvreté, des inégalités et de la polarisation en Tunisie 2000-2010*“. Bericht vom November 2012, Seite 7.

Konfrontiert mit der Arbeitslosigkeit und den hohen Lebenshaltungskosten suchten die meisten Menschen ohne Arbeit im Land vor allem im informellen Sektor oder in der (illegalen) Migration einen Ausweg für ihre schwierige sozio-ökonomische Lage. Der informelle Sektor spielt sowohl in Tunesien als auch in Entwicklungsländern eine bedeutende sozio-ökonomische Rolle. In Tunesien stellte der informelle Sektor im Jahr 2015 rund 40 Prozent der Gesamtarbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft dar (vgl. Charmes 2015: 268). Zu den wichtigen Bereichen des informellen Sektors in Tunesien sowie in Nordafrika seit den 1990er Jahren gehören u.a. der Schmuggel von Waren und der Straßenhandel. Der Handel mit geschmuggelten Waren in Tunesien geschieht hauptsächlich an den westlichen und östlichen Grenzen zu Algerien und Libyen. Nach Schätzungen wird die Hälfte des bilateralen Handels mit Libyen illegal betrieben, was einen jährlichen Wert von ungefähr 360 Mio. Euro entspricht und wodurch etwa 30.000 Menschen an der Grenze zwischen beide Ländern ihren Lebensunterhalt sichern (vgl. Rudloff 2019: 10). Dabei bilden Nahrungsmittel (aus Tunesien) und Kraftstoffe (aus Libyen und Algerien) die beliebtesten Schmuggelgüter. Obwohl diese Praktiken eine Existenzgrundlage für Arbeitslose (Händler) bilden und dementsprechend von den Behörden teilweise toleriert werden, so entgehen dem Staat im Umkehrschluss hohe Steuereinnahmen und lokale Firmen, die Arbeitsplätze bieten, könnten durch Umsatzeinbußen Schaden erleiden und Beschäftigte entlassen. Zudem ist davon auszugehen, dass der Schmuggel die Gefahr von grenzüberschreitender organisierter Kriminalität erhöhen oder als Quelle zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten dienen könnte.

Eine weitere Begleiterscheinung der sozio-ökonomischen Krise in Tunesien zeigt sich vor allem in der (illegalen) Migration. Weil der Arbeitsmarkt nur einen Teil der (jungen) Arbeitslosen aufnehmen kann, entschieden sich überwiegend junge Menschen zur Migration nach Europa. In dieser Hinsicht sind besonders drei Trends zu erkennen. Hochschulabsolventen und Tunesier mit beruflicher Qualifizierung werden von ausländischen Firmen, insbesondere aus Frankreich und anderen EU-Staaten, mit denen das Land seit den 1960er Jahren enge Beziehungen unterhält, mit lukrativen Vertragsangeboten angeworben. Ein Teil der Abiturienten entschied sich aus bildungstechnischen und finanziellen Gründen für ein Studium vor allem in Europa. Überwiegend junge Menschen mit geringerer Qualifizierung unternahmen hingegen verstärkt seit 2011 den Versuch einer illegalen Einwanderung nach Europa, um ihre sozio-ökonomische Situation zu verbessern.

Wie im Fall Algerien ist Tunesien in den 2000er Jahre zu einer Transitroute und einem wichtigen Ausgangspunkt für Flüchtlinge und irreguläre Migranten aus arabischen sowie

afrikanischen Subsahara-Staaten geworden, die mithilfe von Schleusern und Booten entweder von der Küste des Landes aus oder über Libyen europäisches Territorium ansteuerten. Auf EU-Druck ging Tunesien in den 2000er Jahren stärker gegen die illegale Einwanderung im Land vor und erhöhte die Kontrolle der Seegrenzen. Als Teil der staatlichen Politik gegen illegale Migration verschärfte das Parlament im Januar 2004 die Strafen für die Fälschung von Reisedokumenten (vgl. Mattes 2006: 6). Tunesien entwickelte sich spätestens nach 2011 aufgrund der Nähe zur italienischen Insel *Lampedusa* (eine Entfernung von ca. 140 km zur tunesischen Küste) zunehmend zu einem der wichtigsten Ausgangpunkte für irreguläre Migration nach Europa sowohl von Einheimischen als auch von afrikanischen und asiatischen Einwanderern. Mit einer Jugendarbeitslosigkeit (15- bis 24-Jährige) von über 42 Prozent, einer Arbeitslosenquote von fast 34 Prozent unter den Hochschul- sowie Berufsschulabsolventen und einer Armutsrate von 15,5 Prozent war die soziale Lage in Tunesien im Jahr 2011 prekär[618] und trieb zehntausende Tunesier zur Flucht über das Mittelmeer nach Lampedusa.

Die instabile Sicherheitslage in Tunesien und die unzureichenden Seekontrollen nutzten seit 2011 auch Asylsuchende aus Kriegsgebieten im Nahen Osten und Nordafrika für die gefährliche Überfahrt nach Italien oder Malta. Im Jahr 2011 kamen rund 48.000 Flüchtlinge und illegale Einwanderer unterschiedlicher Herkunft (gegenüber 20.000 zwischen 2008 und 2009) über den Seeweg aus Tunesien und Libyen auf Lampedusa an, wobei allein im Februar des gleichen Jahres und innerhalb von fünf Tagen über 5.000 junge tunesische Migranten auf der italienischen Insel gelandet waren und für politische Spannungen innerhalb der EU über den Umgang mit der irregulären Migration sorgten[619]. Für die Überfahrt mussten Flüchtlinge und Migranten den Schleusern Beträge von etwa 360 bis 1.260 USD zahlen[620]. Nach dem Ertrinken von über 5.000 Flüchtlinge am Mittelmeer im Laufe der Jahre 2013 und 2014, die hauptsächlich aus Libyen gestartet waren, läuteten zunächst Italien und humanitäre Organisationen anderer Länder eine Seenotrettung auf hoher See ein. So konnten bis Oktober 2014 über 100.000 Geflüchtete und illegale Migranten aus dem Mittelmeer gerettet werden.

---

[618] Vgl. Charmes 2015: 268; Medinilla/El Fassi 2016: 3; Institut National de la Statistique (Tunisie): *„Mesure de la pauvreté, des inégalités et de la polarisation en Tunisie 2000-2010*". Bericht vom November 2012, Seite 7;

[619] Vgl. L'Express (France): *„Qui sont les Tunisiens qui gagnent l'Europe?*". Artikel vom 14.02.2011, unter: https://www.lexpress.fr/actualite/monde/qui-sont-les-tunisiens-qui-gagnent-l-europe_962346.html; Das Erste (ARD): *„Anlaufziel für Flüchtlinge. Warum Lampedusa?*". Bericht vom 03.10.2013, unter: https://www.tagesschau.de/ausland/lampedusa-hintergrund100.html, beide Links abgerufen am 10.03.2020.

[620] Vgl. Malsin, Jared: *„Tunisie: poussée de l'émigration illégale vers l'Europe*". Artikel vom 28.08.2018. In: L´Opinion (France), unter: https://www.lopinion.fr/edition/wsj/tunisie-poussee-l-emigration-illegale-vers-l-europe-160290, abgerufen am 10.03.2020.

Seit Ende 2014 koordinierte die EU über die Grenzschutzagentur FRONTEX eine europäische Mission am Mittelmeer, die sowohl auf die Sicherung der EU-Grenzen als auch auf die Seenotrettung abzielte. Darüber hinaus konnte nach europäisch-tunesischen Konsultationen auch eine Verschärfung der Seekontrollen durch die tunesische Marine vereinbart werden, sodass die Zahl der auf Lampedusa ankommenden Migranten reduziert werden konnte. Ein endgültiger Stopp der Flüchtlingsströme aus Tunesien konnte jedoch bis zum Jahr 2020 nicht erreicht werden. Im Zuge der Flüchtlingsbewegung nach Europa in den Jahren 2015 und 2016 gelangten Tausende Tunesier, wie andere Migranten aus Nordafrika auch, über die Türkei in den EU-Raum. Der überwiegenden Mehrzahl davon wurde kein Asyl gewährt und musste abgeschoben werden, da Tunesien als sicheres Herkunftsland eingestuft wurde. Nach Angaben der UN haben über 3.300 Tunesier im Jahr 2018 Italien illegal über den Seeweg erreicht und waren der Herkunft nach die größte irreguläre Migrantengruppe, die Italien mit Booten erreicht hatte[621]. In 2019 unterbanden tunesische Behörden laut eigenen Informationen 273 Versuche zur irregulären Einwanderung nach Italien und fingen dabei rund 4.177 Personen ab[622].

Europa war seit den 1960er Jahren und ist weiterhin im Jahr 2020 das Hauptziel sowohl von (überwiegend) legalen als auch irregulären tunesischen Einwandern. Ende 2014 lebten nach offiziellen Zahlen der tunesischen Regierung 87 Prozent der fast 1,3 Mio. Auslandstunesier (über ein Zehntel der Gesamtbevölkerung) in Europa, wobei fast 730.000 in Frankreich, ca. 200.000 in Italien und etwa 95.000 in Deutschland ihren Wohnsitz hatten[623]. Die Geldtransfers von tunesischen Migranten belaufen sich auf rund 1,5 Mrd. Euro im Jahr (Stand 2019) und tragen zur sozio-öknomischen Entwicklung im Land bei. Zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit und der illegalen Migration engagieren sich seit 2011 auf bilateraler Ebene, neben der EU, auch mehrere EU-Mitgliedstaaten in den Bereichen Berufsbildung und Beschäftigung in Tunesien. In diesem Kontext eröffnete Deutschland beispielsweise im Jahr 2017 in Kooperation mit lokalen Behörden ein Beratungszentrum in der Hauptstadt Tunis, das sich den Themenfeldern Arbeit, Migration und Reintegration von freiwilligen und abgeschobenen Einwanderern widmete. Die Beratungsstelle soll schwerpunktmäßig die aus der Bundesrepublik zurückgekehrten Migranten dabei unterstützen, eine Existenzgrundlage durch die Vermittlung

[621] Ebd.

[622] Vgl. Webmanagercenter: *„Baisse considérable des tentatives d'immigration clandestines vers l'Italie"*. Artikel vom 07.04.2020, unter: https://www.webmanagercenter.com/2020/04/07/447702/baisse-considerable-des-tentatives-dimmigration-clandestines-vers-litalie/, abgerufen am 30.06.2020.

[623] Vgl. Leaders (Tunisie): *„Ces Tunisiens dans le monde: Qui sont-ils? Où résident-ils?"*. Bericht vom 08.05.2016, unter: https://www.leaders.com.tn/article/19702-ces-tunisiens-dans-le-monde-qui-sont-ils-ou-resident-ils, abgerufen am 30.06.2020.

von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie Weiterbildungsmaßnahmen aufzubauen[624]. Das Beratungszentrum soll zudem gemeinsam mit einer zweiten Filiale, die im Jahr 2019 in der Großstadt *Sfax* geöffnet wurde, mittel- und langfristig Aufklärungsarbeit für junge Tunesier hinsichtlich der Risiken der irregulären Einwanderung bzw. der Voraussetzungen einer legalen Arbeitsmigration leisten. Mithilfe von deutschen Projekten konnten außerdem zwischen 2011 und 2019 etwa 88.000 Arbeitsplätze geschaffen, Arbeitsstellen in rund 600 Kleinen und Mittleren Betrieben gesichert und eine Aus- sowie Weiterbildung für gut 95.000 Personen gewährleistet werden[625]. Angesichts einer weiterhin persistierenden Jugendarbeitslosigkeit (Alter von 15 bis 24 Jahre) von 35,8 Prozent im Jahr 2019[626] und der schlechten wirtschaftlichen Lage im Land ist jedoch davon auszugehen, dass die illegale Migration Tunesien und die EU zumindest mittelfristig noch vor weitere Probleme stellen wird.

7.2.3 Zivilgesellschaft und soziale Rechte

In den 1990er und 2000er Jahren war das tunesische Sozialsystem im Vergleich zu den Nachbarstaaten in Nordafrika als fortschrittlich zu bezeichnen. Dies konnte trotzdem die Defizite in mehreren sozialen Bereichen nicht beheben. Die für die Länder der Region symptomatische hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Armut in ländlichen Gebieten standen einer nachhaltigen sozialen Entwicklung in Tunesien im Weg und stellten die Staatsführung vor Herausforderungen. Zudem wirkte die Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Strukturanpassungsprogramms negativ auf die Kaufkraft der Bevölkerung. Zur Abfederung der daraus entstehenden sozialen Nachteile schuf die Staatsführung im Jahr 1986 das *Programme National d'Aide aux Familles Nécessiteuses* (das Nationale Hilfsprogramm für bedürftige Familien), das bis 2019 als einziges Instrument des Sozialsystems gilt, in dem Geldleistungen an armen Familien gezahlt werden (vgl. Chebbi 2019: 49). Demnach wurden nach Überprüfung durch die Sozialbehörden Haushalte begünstigt, in denen die Mitglieder arbeitslos waren und unterhalb der Armutsgrenze lebten. Außerdem wurden weitere Kriterien berücksichtigt wie etwa Arbeitsunfähigkeit, fehlende familiäre Unterstützung und die Präsenz eines behinderten oder chronisch kranken Familienmitglieds im Haushalt. Die Leistungen

[624] Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: „*Tunesien*", unter: https://www.bmz.de/de/laender_regionen/naher_osten_nordafrika/tunesien/index.jsp, abgerufen am 30.04.2020.

[625] Ebd.

[626] Vgl. La Banque Mondiale: „*Chômage, total des jeunes (% de la population active âgée de 15 à 24 ans) (estimation modélisée OIT) - Tunisia*", unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/SL.UEM.1524.ZS?locations=TN, abgerufen am 12.03.2020.

wurden im Laufe der Jahre aufgrund des Anstieges von Lebenshaltungskosten sukzessiv angehoben und lagen 2010 zunächst bei 110 Dinar (ca. 50 Euro) pro Monat bevor sie infolge des Werteverlustes der nationalen Währung und der sozio-ökonomischen Krise im Jahr 2015 auf 150 Dinar (gut 60 Euro gemäß dem Wechselkurs von 2015) aufgestockt wurden[627]. Im Jahr 2014 konnten etwa 225.525 Haushalte (8,3 Prozent der Gesamthaushalte) und 802.461 Personen (7,3 Prozent der Bevölkerung) vom Nationalen Hilfsprogramm für bedürftige Familien profitieren (vgl. Chebbi 2019: 49).

Zur Stützung der Kaufkraft der Bevölkerung und zur Wahrung des sozialen Friedens richtete Tunesien 1970 einen Ausgleichsfond (*Caisse Générale de Compensation*) ein, dessen Ziel es war, die Preise von Grundnahrungsmitteln zu kontrollieren und bei möglichen Preiserhöhungen die Produkte zu subventionieren. In Tunesien wie in ganz Nordafrika gehört der Verzehr von Getreideprodukten (u.a. Brot, Mehl, Gries und Nudeln), Öle, Zucker und Milch zu den wichtigsten Konsumgütern der Bevölkerung. Die Staatsführung hatte daher großes Interesse daran, selbst bei ökonomischen Engpässen bestimmte Produkte zu subventionieren. Insgesamt sind die Lebensmittelsubventionen seit 2010 (lagen bei ca. 730 Mio. Dinar) infolge des Zuwachses von Armut und Arbeitslosigkeit nach dem Aufstand 2011 sprunghaft gestiegen und beliefen sich 2017 auf rund 1,5 Mrd. Dinar (etwa 500 Mio. Euro nach dem Wechselkurs von 2017)[628]. Im Jahr 2015 wurde das Subventionssystem durch einen Gesetzbeschluss gestärkt. Dabei wurde zwar die Preis- sowie Marktliberalisierung betont, aber Artikel 3 dieses Gesetzes schloss bestimmte Waren (vor allem Grundnahrungsmitteln) und Dienstleistungen, die einer administrativen Preisregelung unterlagen, von der marktabhängigen Preisgestaltung aus (vgl. Chebbi 2019: 45f.). Dennoch blieb der Wert von Unterernährung im Land zwischen 1999 und 2017 mit durchschnittlich 4,9 Prozent fast unverändert und die Zahl der Kinder unter 5 Jahre, die unter Abmagerung und Untergewicht im Verhältnis zur Körpergröße litten, stieg sogar von 2,9 Prozent im Jahr 1998 auf 3,4 Prozent in 2017 leicht an (vgl. Chebbi 2019: 43). Im Gegenzug kämpften im Jahr 2015 etwa 10 Prozent der Altersgruppe zwischen 20 und 69 Jahren in Tunesien mit Adipositas und fast 45 Prozent derselben Altersgruppe mit Übergewicht.

Tunesien verfügt in Bezug auf den Gesundheitssektor im regionalen Vergleich (Nordafrika) über eine bessere medizinische Versorgung, wobei hinsichtlich der Qualität regionale Disparitäten im Land verzeichnet werden. Im Zuge der Sozialreformen wurde mit dem

[627] Vgl. Chebbi 2019: 49; Centre de Recherches et d'Etudes Sociales (Tunisie): *„Redistribution des revenus"*, unter: http://www.cres.tn/index.php?id=182, abgerufen am 02.05.2020.
[628] Vgl. Chebbi 2019: 46.

Programme National d'Aide aux Familles Nécessiteuses auch das *Programme d'Aide Médicale Gratuite* installiert, das u.a. als Instrument zum kostenfreien bzw. ermäßigten Krankenversicherungsschutz für bedürftige Familien diente. Dabei bezog sich die staatlich geförderte Krankenversicherung auf eine Gesundheitsversorgung an öffentlichen medizinischen Einrichtungen und umfasste zwei Kategorien. In diesem Kontext wird eine umfassende kostenlose Behandlung für arme Familien und eine Versicherung mit einer jährlichen symbolischen Selbstbeteiligung (10 Dinar) an der medizinischen Versorgung für Familien mit geringerem Einkommen angeboten[629]. Die Zahl und der soziale Hintergrund von begünstigten Personen im Rahmen des Programmes d'Aide Médicale Gratuite wurde im Laufe der Jahre ausgeweitet. In der Zwischenzeit profitieren auch die Familienmitglieder von Begünstigten des Programmes d'Aide Médicale Gratuite. Hierbei handelt es sich u.a. um Kinder bis 25 Jahre, die sich in schulischer oder universitärer Ausbildung befinden, Kinder mit einer Behinderung oder chronischen Erkrankung sowie Frauen, solange sie kein eigenständiges Einkommen erzielen oder nicht verheiratet sind[630]. Im Jahr 2011 hatten fast 200.000 bedürftige Familien über Pflegekarten für eine kostenfreie Behandlung und 557.900 Familien mit niedrigem Einkommen über eine Versicherung für eine ermäßigte Behandlung verfügt, wobei die Zahl Letzterer im Jahr 2016 auf 620.000 gestiegen ist[631].

Die medizinischen Einrichtungen und Leistungen haben sich während der Untersuchungsphase insgesamt positiv entwickelt und widerspiegelten sich in der Verbesserung der medizinischen Versorgung und der Lebensverhältnisse der Tunesier. Die Lebenserwartung bei Geburt stieg von 71,5 im Jahr 1995 auf 76,5 Jahre in 2018. Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahre sank von 3,2 Prozent im Jahr 2000 auf 1,4 Prozent in 2016 und der Wert der Kinder (unter 5 Jahre) mit einer Wachstumsstörung ging in der gleichen Zeitspanne ebenfalls von rund 17 auf etwa 11 Prozent zurück (vgl. Chebbi 2019: 43). Die Verbesserung der Lebensverhältnisse in Tunesien war auch das Ergebnis einer guten demografischen Entwicklung, die seit den 1990er Jahren dank des gestiegenen Bildungsniveaus von Frauen sowie des staatlichen Programms zur Familienplanung konstatiert wird. Demnach sank laut einer nationalen Studie die Fertilitätsrate mit der zunehmenden Bildung von Frauen (vgl. Mohammed Nejib/Mohammed Jameleddine

[629] Vgl. Chebbi 2019: 49; Centre de Recherches et d'Etudes Sociales (Tunisie): *„Redistribution des revenus"*.
[630] Vgl. Ministère de la Santé (Tunisie): *„Soin aux consultations externes"*, unter: http://www.santetunisie.rns.tn/fr/prestations/prise-en-charge-des-malades?id=136, abgerufen am 02.05.2020.
[631] Vgl. Chebbi 2019: 49; Center for Mediterranean Integration: *„Les programmes sociaux de lutte contre la pauvreté et damélioration des conditions de vie"*. République Tunisienne, Ministère des Affaires Sociales (Hrsg.), Bericht vom Juni 2011, Seite 4, unter: http://www.cmimarseille.org/sites/default/files/newsite/AFD/tunisworkshop/general/MSU_wk1_NoteMAS.pdf, abgerufen am 02.05.2020.

2011:15). Die Zahl der Kinder pro Frau ging von 3,4 im Jahr 1994 zunächst auf 2,05 im Jahr 2009 (die damals niedrigste Rate in der arabischen Welt) zurück, bevor sie im Jahr 2018 auf rund 2,2 einpendelte[632]. Die Müttersterblichkeit bei Entbindung konnte zwar von 68,9 im Jahr 1994 auf 44,8 pro 100.000 Geburten im Jahr 2010 reduziert werden[633], sie blieb aber z.B. im Vergleich zu Frankreich (8 pro 100.000) oder die Türkei (16 pro 100.000) deutlich höher. Im Jahr 2010 sollen jeweils 2 Mütter und 30 Neugeborene in Tunesien, insbesondere in ländlichen Gebieten, pro Woche bei der Entbindung ums Leben gekommen sein[634].

Aufgrund eines günstigen Preis-Leistungs-Verhältnisses hat sich Tunesien im Laufe der 2000er Jahre in Bezug auf den privaten Gesundheitssektor zu einem wichtigen „medizinischen Tourismusziel" entwickelt. Insbesondere Patienten aus Algerien und Libyen, wo die Qualität und Leistungen der medizinischen Einrichtungen schwach sind, nehmen private Behandlungen in tunesischen Privatkliniken in Anspruch. Die private Medizinbranche in Tunesien wuchs seit 2004 deutlich an und warb Privatinvestoren aus dem In- und Ausland an. Dies manifestierte sich in der Aufstockung von Krankenbetten durch die Errichtung neuer und moderner privater Krankenhäuser überwiegend in den Großstädten. Verfügte Tunesien im Jahr 2008 noch über eine Bettenzahl für Privatpatienten von gut 2.500, so verdoppelte sich diese Zahl bis 2015 auf 5.020 Betten bei 91 bestehenden Privatkliniken[635]. Gleichzeitig hat sich offiziellen Angaben zufolge die Zahl von ausländischen Patienten von 100.000 im Jahr 2008 auf 400.000 in 2014 vervierfacht, wobei fast 80 Prozent der „Medizintouristen" aus Libyen kamen. Dabei bezogen sich die meisten Untersuchungen und Behandlungen auf die Bereiche Kardiologie, Implantation, Orthopädie sowie ästhetische und plastische Chirurgie (letztere wird zunehmend auch von europäischen Patienten in Anspruch genommen)[636]. In Afrika lag Tunesien im Jahr 2012 in Bezug auf „Medizintourismus" an zweiter Stelle hinter Südafrika und hatte im Jahr

[632] Vgl. Banque Africaine de Développement: *„Tunisie: Défis Économiques et SociauxPost - Révolution"*. Bericht von 2012, Seite 25, unter: https://www.afdb.org/sites/default/files/documents/projects-and-operations/tunisie_defis_economiques_et_sociaux.pdf; La Banque Mondiale: *„Taux de fertilité, total (naissances par femme) - Tunisia"*, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/SP.DYN.TFRT.IN?locations=TN, beide Links abgerufen am 04.05.2020.

[633] Vgl. United Nations Population Fund: *„Etat des lieux de la santé maternelle et néonatale en Tunisie"*. United Nations Population Fund (Hrsg.). Bericht vom September 2017, Seite 14, unter: https://tunisia.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/Etat_des_lieux_SMNN_tunisie_0.pdf, abgerufen am 04.05.2020.

[634] Ebd. Seite 10.

[635] Vgl. Germany Trade and Invest: *„Branche kompakt: Medizintechnikmarkt in Tunesien bleibt dynamisch"*. Bericht vom 10.08.2017, unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branche-kompakt/tunesien/branche-kompakt-medizintechnikmarkt-in-tunesien-bleibt-20424, abgerufen am 05.05.2020.

[636] Ebd.

2017 einen Rekord an ausländischen Patienten, nämlich rund 500.000 (darunter 150.000 aus Algerien), in seinen Privatkliniken empfangen können[637].

Der positive Trend im medizinischen Privatsektor wurde von unzureichenden Entwicklungen im öffentlichen Gesundheitssektor überschattet, der von regionalen Disparitäten und niedrigeren Dienstleistungen geprägt war, obwohl die tunesischen Gesundheitsausgaben im Durchschnitt 7 Prozent (Stand von 2014) des BIP entsprachen. Die über Jahre schwachen Investitionen und die ungleichmäßige Verteilung der Infrastruktur zwischen den Regionen an der Küste und im Landesinnern verringerten die Qualität der Leistungen an staatlichen medizinischen Einrichtungen. Die Zahl der Krankenbetten im öffentlichen Gesundheitswesen belief sich 2015 auf ca. 20.500 (80 Prozent der Gesamtbetten im Land), was zusammengezählt mit dem Privatsektor auf einen Wert von 2,1 Krankenhausbetten pro 10.000 Einwohner[638] (in Deutschland lag der Wert 2015 bei 81 Betten pro 10.000 Einwohner) schließen lässt. Darüber hinaus entfielen 2014 lediglich 1,6 Ärzte auf 1.000 Einwohner (verglichen mit 3,3 in Frankreich und 4,1 pro 1.000 Einwohner in Deutschland) sowie 0,38 Zahnärzte (in Deutschland 0,85) auf 1.000 Einwohner[639]. Innerhalb Tunesiens ist zudem eine interregionale Kluft zu beobachten. Während nach Informationen des Gesundheitsministeriums von 2011 in den Departements *Jendouba* 1,4 und *Sidi Bouzid*, *Medenine* und *Gafsa* 1,7 Allgemeinmediziner auf 10.000 Bürger entfielen, waren es in der Hauptstadt Tunis 4,3 pro 10.000 Einwohner[640]. Ähnliche Verhältnisse wurden auch in Bezug auf die Verteilung von Krankenhausbetten registriert (ca. 0,8 Betten pro 10.000 Bürger im Südwesten gegenüber fast 2,3 im Nordosten und rund 3,8 in der Hauptstadt).

Die niedrigen Gehälter und schlechten Arbeitsbedingungen im öffentlichen Gesundheitssektor treiben jährlich Ärzte und Medizinpersonal zum Wechsel in private Kliniken, wo die Anreize und Perspektiven besser sind. Dadurch steigt die Auslastung an öffentlichen Krankenhäusern aufgrund des reduzierten Personals insbesondere in den sozialbenachteiligten Regionen im Landesinneren, was letztendlich die Qualität der medizinischen Leistungen negativ beeinflusst. Die Defizite im Gesundheitssektor sind zum großen Teil struktureller Natur. Hierbei sind in

---

[637] Vgl. Banque Africaine de développement: *„Tunisie: Défis Économiques et SociauxPost - Révolution"*. Bericht von 2012, Seite 45; Leaders (Tunisie): *„Tunisie: 150.000 Algériens sont venus se faire soigner en 2017"*. Artikel vom 26.03.2018, unter: https://www.leaders.com.tn/article/24329-tunisie-150-000-algeriens-sont-venus-se-faire-soigner-en-2017, abgerufen am 05.05.2020.

[638] Vgl. Germany Trade and Invest: *„Branche kompakt: Medizintechnikmarkt in Tunesien bleibt dynamisch"*. Bericht vom 10.08.2017.

[639] Vgl. Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„Panorama de la santé 2017. Les indicateurs de l'ocde"*. OCDE (Hrsg.), Paris 2017, Seite 157; Germany Trade and Invest: *„Branche kompakt: Medizintechnikmarkt in Tunesien bleibt dynamisch"*. Bericht vom 10.08.2017.

[640] Vgl. Banque Africaine de développement: *„Tunisie: Défis Économiques et SociauxPost - Révolution"*. Bericht von 2012, Seite 28.

erster Linie die zentrale Gestaltung des Gesundheitswesens, die schwache technische Ausrüstung, das Missmanagement und Korruption in staatlichen Krankenhäusern zu nennen, die im Laufe der Jahre zu Leistungsschwankungen im öffentlichen Gesundheitssektor geführt haben[641]. Trotzdem verfügte Tunesien im Jahr 2018 insgesamt über ein im nordafrikanischen Vergleich gutes Gesundheitssystem.

Obwohl mithilfe der seit 2004 bestehenden staatlichen Krankenversicherung *Caisse Nationale d'Assurance Maladie*[642] ein Teil der Kosten der medizinischen Versorgung von Arbeitnehmern und Familien übernommen wird, müssen Bürger, soweit kein sozialer Grund für eine vollständige Kostenübernahme durch den Staat vorliegt, für einen beachtlichen Teil der Behandlungskosten aufkommen. Demnach beteiligten sich Familien im Jahr 2013 zu etwa 37,5 Prozent an den Gesundheitsausgaben und lagen damit über dem von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlenen Wert von 20 Prozent[643]. Zudem waren im Jahr 2017 fast 50 Prozent der Arbeiter im Land nicht krankenversichert und waren daher auf eine durch den Staat geförderte Gesundheitsversorgung angewiesen[644]. Durch die schwierige sozio-ökonomische Lage, die im Zusammenhang mit den Umbrüchen von 2011 steht, nahmen die Gesundheitsausgaben des Staates zu, was die Last auf den Staatshaushalt vergrößerte. Zur Renovierung bestehender Krankenhäuser und zur Errichtung neuer Kliniken kündigte Tunesien Anfang 2017 trotz Liquiditätsproblemen an, Investitionen von fast 370 Mio. Euro tätigen zu wollen. Zu diesem Zweck führte Tunesien u.a. Verhandlungen mit dem IWF und der Weltbank. Außerdem unterstützten die EU sowie andere Partnerstaaten das Land seit 2011 bei der Verbesserung der Gesundheitsversorgung. In diesem Kontext sind u.a. die *Agence Francaise de Développement*, die die Modernisierung von medizinischen Einrichtungen in Sidi Bouzid unterstützte sowie die EU, einige Golfstaaten und China, die den Bau von Krankenhäusern in mehreren Landesteilen finanzierten, zu erwähnen[645].

Angesichts der sozialen Defizite in Tunesien stellt sich die Frage nach der Stellung und dem Engagement von NGOs und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die für soziale Rechte und Gerechtigkeit stehen. Tunesien pflegte seit der Unabhängigkeit zwar ein liberales

[641] Vgl. Ben Sedrine/Amami 2016: 47f; Germany Trade and Invest: *„Branche kompakt: Medizintechnikmarkt in Tunesien bleibt dynamisch"*. Bericht vom 10.08.2017.
[642] Die EU unterstützte im Rahmen von MEDA I in den Jahren 1999 und 2000 die ersten Schritte zur Beschließung einer Reform für die Etablierung eines Krankenversicherungssystems mit rund 40 Mio. Euro.
[643] Germany Trade and Invest: *„Branche kompakt: Medizintechnikmarkt in Tunesien bleibt dynamisch"*. Bericht vom 10.08.2017.
[644] Ebd.
[645] Ebd.

Gesellschaftsmodell, aber im Hinblick auf die Teilhabe der gesellschaftlichen Akteure an politischen und sozialen Diskursen kannte das Land vor und nach 2011 zwei facettenreiche Phasen. Insbesondere in Bezug auf den Kampf für politische und soziale Rechte blickte Tunesien trotz der staatlichen Repressionen bis Anfang der 2000er Jahre auf eine aktive und relativ unabhängige Zivilgesellschaft zurück, die vor allem unter den ehemaligen Präsidenten Ben Ali Verfolgung, Verhaftung und Einschüchterung ausgesetzt war (vgl. Kaddour 2014: Abschnitt 39). Dabei herrschte ein Klima der Angst. Sowohl Parteien als auch NGOs standen unter regelmäßiger Kontrolle der Sicherheitsbehörden und wurden durch Einschränkungen[646] sowie den Ausschluss von der staatlichen finanziellen Förderung unter Druck gesetzt (Chouikha 2004: Abschnitte 8ff, 25).

Die Gewerkschaftsarbeit wurde hauptsächlich von der 1946 gegründeten Dachgewerkschaft *Union Générale des Travailleurs Tunisiens* (UGTT), die mehrere Berufsfelder schwerpunktmäßig im öffentlichen Sektor abdeckte, durchgeführt. Die UGTT organisierte jahrzehntelang Streiks, kämpfte für soziale Rechte der Bevölkerung und stellte die Staatsführung unter Bourguiba vor Herausforderungen. Im Jahr 1989 beendete Ben Ali im Zuge seiner Machtkonsolidierung alle Autonomiebestrebungen von Gewerkschaften in Tunesien, nachdem regierungsnahe Mitglieder die Mehrheit innerhalb der UGTT für sich sicherten und die politische Position der Gewerkschaft gegenüber der Regierung neutralisierten (vgl. Chouikha 2004: Abschnitte 28, 30). In der Folge sah sich die UGTT bis 2010 mit Vorwürfen konfrontiert, eine zentrale Machtkonzentration gepflegt sowie in ihren Strukturen Frauen und Landesregionen benachteiligt zu haben (Kaddour 2014: Abschnitt 42). Nach dem Sturz von Ben Ali 2011 wurde Pluralismus in der Gewerkschaftsarbeit eingeführt und die UGTT konnte sich reformieren. Es entstanden außerdem bis 2013 jeweils die *Confédération Générale Tunisienne du Travail* (Februar 2011), die *Union des Travailleurs de Tunisie* (Mai 2011) und die *Organisation Tunisienne du Travail* im August 2013 (Kaddour 2014: Abschnitt 43).

Im postrevolutionären Tunesien spielen Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Akteure eine wichtige Rolle im Transformationsprozess. Als das Land im Laufe des Jahres 2013 infolge der Ermordung von zwei prominenten Oppositionspolitikern von einer politischen Krise erfasst wurde, vermittelte das sogenannte *Quartet du Dialogue National* bestehend aus der UGTT, der *Union Tunisienne de l'Industrie, du Commerce et de l'Artisanat*, dem *Conseil de l'Ordre*

[646] Parteien und NGOs mussten zur Abhaltung einer Versammlung außerhalb ihrer Räumlichkeiten eine Genehmigung beantragen, wobei ihnen häufig die Nutzung oder Anmietung von öffentlichen (Kulturzentren) und privaten (z.B. Hotels) Räumen verweigert wurden.

National des Avocats de Tunisie und die *Ligue Tunisienne des Droits de l'Homme* zwischen den politischen Parteien des Landes. In der Folge konnte die Krise durch die Bildung einer Übergangsregierung aus Technokraten, die Annahme einer neuen Verfassung sowie die Abhaltung von freien Wahlen entschärft werden. Für das Engagement zur Konsolidierung des Demokratisierungsprozesses wurde das Quartet du Dialogue National im Jahr 2015 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Am 24 Oktober 2011 wurde ein Dekret zur Regulierung der Arbeit von Vereinigungen erlassen. Das neue Gesetz etablierte ein relativ demokratiekonformes System, das sowohl die Gründung von Vereinen und NGOs (eine Gründung bedurfte nun lediglich eine Benachrichtigung statt einer Genehmigung des Staates) als auch ihre Zusammenarbeit mit internationalen NGOs erleichterte (Kaddour 2014: Abschnitt 40). Die Zahl der Vereine stieg dementsprechend von knapp 9.000 vor der Revolte auf über 16.000 im Jahr 2014 an. Die Tätigkeitsfelder der NGOs in Tunesien reichen seitdem von Menschen-, Frauen- und Kinderrechten über Good Governance bis hin zur Korruptionsbekämpfung. Für letztere wurde bereits im November 2011 eine Nationale Antikorruptionsbehörde (*l'Instance Nationale de Lutte contre la Corruption*) per Dekret gerändet, zumal die Dimension des Phänomens zu den wichtigsten Gründen der Revolte gegen Ben Ali zählte. Die Verfassung von 2014 sah außerdem die Schaffung einer unabhängigen *Instance de la Bonne Gouvernance et de la Lutte contre la Corruption* vor (Verfassungsartikeln 125 und 130). Seit 2011 entstanden zudem mehrere NGOs, die sich die Bekämpfung der Korruption zum Ziel gesetzt haben. Die Zwischenbilanz des Antikorruptionskampfes fiel bis 2019 noch mittelmäßig aus. 67 Prozent der Tunesier erklärten 2017 nach Angaben der OCDE, dass ihrem Empfinden nach die Korruption in diesem Jahr zugenommen hätte und 64 Prozent waren der Meinung, dass die Bemühungen der Regierung zu deren Bekämpfung unzureichend gewesen wären[647]. Die durch Korruption entstandenen Kosten in Tunesien wurden 2017 auf 54 Prozent des BIP geschätzt[648].

Bei seinem Anti-Korruptionskampf wurde Tunesien u.a. von 2017 bis 2020 im Rahmen von gemeinsamen Projekten durch die EU (über 100 Mio. Euro waren für die Zeit von 2017 bis 2020 für Good Governance und Rechtsstaatlichkeit vorgesehen), die Deutsche GIZ sowie die OCDE unterstützt[649]. Auf dem Index von Transparency International bewegte sich Tunesien in

[647] Vgl. Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„Bonne Gouvernance et Anti-Corruption en TunisieÉtat d'avancement du projet – janvier 2019*". OCDE 2019, Seite 4, unter: http://www.oecd.org/mena/governance/Brochure-Tunisie-Gouvernance.pdf, abgerufen am 30.06.2020.
[648] Ebd. Seite 3.
[649] Vgl. Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„Bonne Gouvernance et Anti-Corruption en TunisieÉtat d'avancement du projet – janvier 2019*". OCDE 2019, Seite 1, 4ff; Deutsche Gesellschaft

der Untersuchungsphase auf Plätzen im oberen Mittelfeld. So belegte das Land im Jahr 1999 Rang 35 (von insgesamt 99 bewerteten Staaten), in 2005 den 43. Platz (von 159 Länder) und 2011 sowie 2019 Platz 74 bzw. 76 (von 183 bzw. 180 Staaten)[650]. Damit lag Tunesien vor seinen Nachbarn in Nordafrika. Trotz der noch bis 2020 herrschenden Defizite scheinen die schrittweise installierten sowie optimierten Mechanismen zur Bekämpfung von Korruption und Amtsmissbrauch in Tunesien zu greifen. Wichtigstes Beispiel hierfür war der Rücktritt des amtierenden Regierungschefs *Elyes Fakhfakh*, der weniger als fünf Monate nach seinem Amtsantritt am 15. Juli 2020 von seiner Funktion zurücktrat. Der Schritt von Fakhfakh ging einer gegen ihn geführten parlamentarischen Untersuchung und öffentlichem Druck wegen des Verdachtes von „Interessenkonflikten" sowie möglicher „Begünstigung" voraus. Demnach wurde Fakhfakh vorgeworfen, eigene Anteile an privaten Unternehmen, die Monate zuvor wichtige öffentliche Aufträge im Wert von fast 15 Mio. Euro erhalten haben, nicht abgetreten zu haben[651]. Der Rückzug eines amtierenden Premierministers wegen einer Untersuchung des Parlaments und auf Druck einer lebhaften Zivilgesellschaft wäre unter Ben Ali kaum denkbar gewesen. Dies untermauert die positiven politischen Entwicklungen im postrevolutionären Tunesien seit 2011.

In Bezug auf die Gewährung von Frauenrechten zählt Tunesien ohnehin schon seit der Regierungszeit von Bourguiba durch die Umsetzung einer säkularen Gesellschaftspolitik zu den Vorreiterstaaten im arabischen Raum. Die Polarisierung über die gesellschaftliche Ausrichtung des Staates im Anschluss an den Aufstand 2011 zwischen Konservativen und Säkularen konnte durch die Verfassung von 2014, die die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen betonte, entschärft werden, obgleich Frauenverbände bis 2019 u.a. eine Benachteiligung von Frauen beim Erbrecht anprangerten. Während der Untersuchungsphase ist darüber hinaus positiv zu bewerten, dass die Beschulungsraten von Mädchen bzw. Frauen an Schulen bzw. Universitäten seit 1998 deutlich zugenommen haben und seitdem höher liegen als die Quoten von Jungs (an Grundschulen fast identisch) und Männern. Mit 41,2 Prozent im

für Internationale Zusammenarbeit: *„Prévention et lutte contre la corruption en Tunisie"*, unter: https://www.giz.de/en/worldwide/57854.html; Europäische Kommission: *„Cadre unique d'appui UE-Tunisie (2017-2020)"*, Seite 7, 16 und 22, unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/ssf-tunisia-c_2017_5637_1_annex_fr_v1_p1_944238.pdf, beide Links abgerufen am 30.06.2020.

[650] Vgl. Transparency International: *„Corruption Perceptions Index. Tunisia"*, (mehrere Seiten von Transparency International), unter: https://www.transparency.org/en/cpi/2019/results/tun, abgerufen am 20.06.2020.

[651] Vgl. BBC: *„Démission du Premier ministre tunisien Elyes Fakhfakh"*. Artikel vom 15.07.2020, unter: https://www.bbc.com/afrique/53425721; Le Monde: *„Tunisie: démission du premier ministre Elyes Fakhfakh, après un bras de fer avec le parti islamo-conservateur Ennahda"*. Bericht vom 16.07.2020, unter: https://www.lemonde.fr/afrique/article/2020/07/15/demission-du-premier-ministre-tunisien-elyes-fakhfakh_6046290_3212.html, beide Links abgerufen am 19.07.2020.

Jahr 2018 entschieden sich fast doppelt so viele Abiturientinnen für die Aufnahme eines Studiums als es bei Abiturienten der Fall war (22,8 Prozent)[652]. Gleichzeitig ist aber auch anzumerken, dass Frauen von 1995 bis 2019 mehr von Arbeitslosigkeit und Analphabetismus betroffen waren als Männer. Anfang 2017 stellten Frauen lediglich 28,7 Prozent der aktiven Bevölkerung (insgesamt knapp 4,01 Millionen) dar und die Arbeitslosigkeit unter ihnen war mit 22,7 Prozent fast zweimal so hoch als bei Männern (12,4 Prozent)[653].

Tunesien hat in Bezug auf die Gewährleistung einiger Grundbedürfnisse für den Alltag bei der Elektrifizierung gute Fortschritte gemacht. Im Jahr 2018 waren 99,8 Prozent (gegenüber 88,7 im Jahr 1995) der Bevölkerung an das Stromnetz angebunden[654]. Bei der Wasserversorgung sieht es hingegen anders aus. Zwischen 1990 und 2012 stiegen zwar der Zugang zu sauberem Trinkwasser von 82 auf 97 Prozent der Bevölkerung und der Zugang zu einer verbesserten Sanitärversorgung von 73 auf 92 Prozent an, aber deutliche regionale Unterschiede werden zwischen der Küstenregion und dem Landesinnern registriert[655]. Im Jahr 2019 versorgten sich über 250.000 Menschen in ländlichen Gebieten mit Wasser aus Quellen oder Brunnen, fast 650.000 Einwohner wurden über öffentliche Standrohre (durch den Staat zur Verfügung gestellt) versorgt und mussten teilweise erhebliche Wegstrecken zurücklegen und rund 900.000 Menschen hatten keinen Zugang zu verbesserten Sanitäranlagen gehabt[656]. Die EU und mehrere europäische Entwicklungsbanken haben während der Untersuchungsphase die ländliche Entwicklung und die Trinkwasserversorgung gefördert. Im Februar 2020 gewährte die *Kreditanstalt für Wiederaufbau* (KfW Bank) Tunesien ein Darlehen in Höhe von 27,5 Mio. Euro zur Modernisierung eines Wasserkanals (Canal Medjerda) im Nordosten des Landes, der sowohl die Hauptstadt und die Küstenregion im Nordosten mit Trinkwasser versorgt als auch zur Bewässerung von rund 19.000 Hektar Ackerland genutzt wird[657].

---

[652] UNESCO: „*Tunisie. Éducation et alphabétisme*“, unter: http://uis.unesco.org/fr/country/tn, abgerufen am 04.02.2020.

[653] Vgl. Institut National de la Statistique (Tunisie): „*Note sur l'enquête nationale de l'emploi, T1 2017*“, unter: http://www.ins.tn/fr/publication/note-sur-lenqu%C3%AAte-nationale-de-l%E2%80%99emploi-t1-2017, abgerufen am 30.06.2020.

[654] La Banque Mondiale: „*Accès à l'électricité (% de la population) - Tunisia*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/EG.ELC.ACCS.ZS?locations=TN, abgerufen am 30.06.2020.

[655] Vgl. La Banque Mondiale: „*Eau et assainissement pour tous en Tunisie. Un objectif réaliste*“. La Banque Mondiale (Hrsg.). Bericht von 2019, Seite 1f, unter: http://documents1.worldbank.org/curated/en/569431499339206685/pdf/Water-and-Sanitation-for-All-in-Tunisia.pdf, abgerufen am 30.06.2020.

[656] Ebd. Seite 2.

[657] Vgl. Tustex: „*Tunisie-Banque Allemande de Développement. Signature d´ un protocole d'accord de 27,5 M € pour la Modernisation du Canal Medjerda Cap Bon*“. Artikel vom 25.02.2020, unter: https://www.tustex.com/economie-actualites-economiques/tunisie-banque-allemande-de-developpement-signature-d-un-protocole-d-accord-de-275-m%E2%82%AC-pour-la, abgerufen am 30.06.2020.

In Tunesien scheint sich zudem der Umgang mit Abfall, wie in Algerien auch, noch schwierig zu gestalten. „Schätzungen zufolge werden in Städten etwa 80 Prozent der Haushaltsabfälle eingesammelt. In ländlichen Regionen findet eine geregelte Abfallentsorgung praktisch nicht statt“[658]. Die fehlende Expertise und mangelndes Know How erschweren die Entwicklung sowie Etablierung eines Entsorgungssystems, in dem Abfall wiederverwertet wird. In diesem Kontext unterstützte u.a. die KfW-Bank Tunesien Zur Bewältigung des Abfallmanagements mit etwa 17 Mio. Euro, damit Mülldeponien mit modernen Anlagen nachgerüstet werden. Demzufolge sollte durch die Stärkung der „mechanisch-biologischen Abfallbehandlung (…) sowohl die stoffliche Wiederverwendung als auch die energetische Verwertung zur Energieerzeugung“ gefördert werden[659].

Die Disparitäten zwischen den Landesteilen betreffend die Infrastruktur sowie die angestauten sozialen Probleme in Tunesien gehörten zu den wichtigsten Beweggründen für die Revolte 2011. Die Selbstverbrennung von Mohammed Bouazizi war symbolisch für die soziale Ungerechtigkeit in Tunesien und war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte und den friedlichen Aufstand gegen Ben Ali befeuerte. Der ehemalige Staatschef, seine Familie und ein enger Kreis von Vertrauten hatten seit der Machtübernahme von Ben Ali ein Patronagesystem aufgebaut, durch das sich eine Elite im Laufe der Jahre bereicherte und in dessen Rahmen sowohl der Staat als auch die Wirtschaft für eigene Zwecke genutzt wurden. Der tunesische Staat wird daher in Zukunft eine Dezentralisierungspolitik sowie eine gerechte und nachhaltige soziale Entwicklung fördern müssen. Hierzu werden politische Stabilität und wirtschaftliches Wachstum benötigt. Zwischen 1995 und 2019 konnte Tunesien insgesamt seinen Wert betreffend den Index für menschliche Entwicklung von 0.605 (mittlere menschliche Entwicklung) auf 0,740 (hohe menschliche Entwicklung) verbessern und stand somit im Jahr 2019 auf Platz 95 (vor Marokko mit Rang 121 und hinter Algerien mit Platz 91) von insgesamt 189 untersuchten Staaten[660].

[658] Germany Trade and Invest: *„Tunesiens Abfallverwertung braucht Technik und Know-how“*. Bericht vom 11.04.2018, unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/tunesien/tunesiens-abfallverwertung-braucht-technik-und-know-how-20246, abgerufen am 30.06.2020.

[659] Ebd.

[660] Vgl. United Nations Development Programme: *„Human Development Report 2019. Briefing note for countries on the 2019 Human Development Report. Tunisia“*. Bericht von 2019, Seite 3f, unter: http://hdr.undp.org/sites/all/themes/hdr_theme/country-notes/TUN.pdf, abgerufen am 30.06.2020.

7.3 Die soziale Entwicklung in Ägypten

Ägypten gilt aus kultureller und historischer Sicht als eines der wichtigsten Länder Afrikas sowie des Nahen Ostens und genießt dementsprechend international eine hohe Wertschätzung. Der starke Bevölkerungszuwachs im Laufe der 1990er und 2000er Jahre stellte das Land allerdings aus sozio-ökonomischer Perspektive vor große Herausforderungen. Zählte Ägypten 1980 noch gut 43 Mio. Einwohner, so nahm die Bevölkerungszahl seitdem stetig zu und lag 1995 bei gut 62 Mio. Der schnelle demografische Wandel in den 1980er und 1990er Jahren wurde von einer Stagnierung der Wirtschaft begleitet. Das Wirtschaftswachstum ging Mitte der 1980er Jahre jährlich um durchschnittlich 5 Prozent zurück, die Inflationsrate schwankte zwischen 20 und 30 Prozent, das Finanzdefizit betrug über 20 Prozent des BIP, die realen Löhne in fast allen Sektoren fielen ab und Arbeitslosigkeit (lag 1994 nach offiziellen Angaben bei fast 11 Prozent[661]) sowie Armut erreichten hohe Werte (vgl. Al-Laithy/Kheir Al-Din 1993: 1). Hinzu kamen Sicherheits- und innenpolitische Probleme aufgrund einzelner religiösen Spannungen zwischen Muslimen und Kopten sowie verstärkter Angriffe militanter Islamisten auf Sicherheitskräfte und ausländische Touristen. Dies führte letztendlich zu einer Verschärfung der gesellschaftlichen Polarisierung und einer Einschränkung politischer Freiheiten und sozialer Rechte durch die Staatsführung (siehe Kapitel 5.3.3 und 5.3.5).

Die soziale Lage in Ägypten stand in den 1990er Jahren unter dem Einfluss der oben erwähnten Begleitumstände und dem seit 1981 geltenden Notstand. Im Jahr 1990 zählte Ägypten mit einem Human Developement Index (HDI) von 0,546 zur Länderkategorie mit einer niedrigen menschlichen Entwicklung. Nach der Vereinbarung eines Schuldenerlasses mit europäischen und internationalen Geldgebern sowie dem Beschluss von Strukturanpassungsprogrammen mit dem IWF und der Weltbank erhoffte sich die ägyptische Regierung eine Entspannung der sozio-ökonomischen Situation im Land. Eine leichte Verbesserung konnte zunächst bis 1995 herbeigeführt werden, nachdem die menschliche Entwicklung im Land einen HDI von 0,576 erreichte, was auf eine mittlere menschliche Entwicklung hinweist. Große Hoffnung wurde ebenfalls an den Barcelona-Prozess geknüpft, an dem Ägypten sowohl bei der Konzeptentwicklung vor 1995 als auch in den Anfangsjahren nach der Barcelona-Deklaration intensiv mitarbeitete, um u.a. die heimische soziale Lage zu verbessern. In diesem Kontext fokussierte sich die Zusammenarbeit im sozialen Bereich im Rahmen des im April 2004 beschlossenen AA insbesondere auf die Förderung von Bildung. Zudem gehörten die Schaffung

[661] Vgl. La Banque Mondiale: „*Chômage, total (% de la population) (estimation modélisée OIT) - Egypt, Arab Rep.*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/SL.UEM.TOTL.ZS?locations=EG, abgerufen am 01.07.2020.

von Arbeitsplätzen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, um den Migrationsdruck zu verringern, sowie die Förderung der Rolle von Frauen in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu den Kernbereichen der Partnerschaft[662]. Ferner sieht Artikel 65 des AA die Unterstützung der ägyptischen Programme zur Familienplanung und zum Mutter-Kind-Schutz sowie die Verbesserung der Gesundheitsversorgung im Land vor. Wie sich die soziale Lage in Ägypten von 1995 bis 2015 entwickelt hat, wird in der Folge anhand der Analyse einiger Bereiche und Indikatoren untersucht.

7.3.1 Bildung

Ägypten stellt historisch gesehen und vor allem während des 20 Jahrhunderts einen der wichtigsten Ziele für wissenschaftliche, theologische, literarische und künstlerische Studien in der arabischen und islamischen Welt dar. Arabische und internationale Studenten schätzen das Land für seine Kultur sowie für seine bekannten Künstler, Dichter und Wissenschaftler. Dennoch ist Ägypten auch für eine auffällig niedrige Alphabetisierungsrate bekannt. Letztere lag 1996 bei den über 15-Jährigen lediglich bei 55,5 Prozent und fast 17,5 Mio. Menschen dieser Altersgruppe (die größte Zahl auf arabischer Ebene) konnten weder lesen noch schreiben, wobei Frauen mit über 11 Mio. (fast zwei Drittel) mehr von Analphabetismus betroffen waren als Männer[663]. Die Alphabetisierungsquote unter der Jugend zwischen 15 und 24 Jahren war außerdem mit 73 Prozent im Jahr 1996 ebenfalls relativ schwach und bei den über 65-Jährigen lag sie sogar bei knapp 23,5 Prozent[664]. Diese Situation deutete auf eine bis dahin ineffektive staatliche Bildungspolitik hin (die Staatsausgaben für den Bildungssektor entsprachen ca. 4,7 Prozent des BIP), die die Zukunftsperspektiven von Millionen Ägypterinnen und Ägyptern bedrohte, da ihnen Chancen auf dem Arbeitsmarkt und sozialer Aufstieg durch mangelnde Bildung verwehrt wurden.

Die Bildung in Ägypten gilt laut der Verfassung als Grundrecht und der Zugang zu öffentlichen Schulen wird den Kindern kostenfrei gewährt. Der Besuch von privaten Bildungseinrichtungen hingegen ist mit unterschiedlichen finanziellen Anforderungen geknüpft. Privatschulen

[662] Vgl. Europäische Kommission: *„Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Arabischen Republik Ägypten andererseits“*. Amtsblatt der Europäischen Union, Artikel 65, unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32004D0635&from=DE, abgerufen am 05.10.19.
[663] Vgl. UNESCO: *„Égypte. Éducation et alphabétisme“*, unter: http://uis.unesco.org/fr/country/eg, abgerufen am 02.07.2020.
[664] Ebd.

„können religiös (mit muslimischer oder christlicher Ausrichtung) oder säkulare Schulen in ägyptischer oder ausländischer Trägerschaft sein“ (Nathanson 2016: 36). Sowohl öffentliche als auch private Schulen in Ägypten unterliegen der administrativen Aufsicht öffentlicher Behörden (vor allem des Bildungsressorts), damit eine Vereinbarkeit mit der staatlichen Bildungspolitik sichergestellt wird (vgl. Artikel 19 der Verfassung von 2014). Das ägyptische Bildungssystem bietet, wie das algerische und tunesische auch (wo aber überwiegend private französische Schulen bestehen), ebenfalls die Möglichkeit zur Öffnung internationaler privater Schulen sowie Hochschulen. Dabei dürfen ausländische Schulen „den Lehrplan eines anderen Landes anbieten (z. B. einen britischen oder amerikanischen), müssen jedoch vom Ministerium zertifiziert sein, damit sich ihre Absolventen an den staatlichen Universitäten einschreiben können“ (Nathanson 2016: 36). Die Zertifikate aller Schul- und Hochschuljahrgänge von privaten Bildungseinrichtungen im Land sind zwar denjenigen des öffentlichen Bildungssektors gleichzusetzen[665], bieten allerdings aus qualitativer Sicht im Vergleich zu Abschlüssen an öffentlichen Schulen mehr Weiterbildungs- und Berufschancen auf dem Arbeitsmarkt.

Die Schulpflicht in Ägypten geht laut Artikel 19 der Verfassung von 2014 über 9 Jahre bzw. bis zur Beendigung der Sekundarstufe I (6 Jahre Grundschule und 3 Jahre Mittelstufe) und dauert in der Regel vom 6. bis zum 14. Lebensjahr[666]. „Schüler, die die Abschlussprüfung am Ende der Primarstufe bestehen, wechseln auf Vorbereitungsschulen, während die Schüler, die die Prüfung auch nach zwei Anläufen nicht bestehen, entweder auf berufsvorbereitende Schulen wechseln oder die Schulausbildung abbrechen“ (Nathanson 2016: 40). Die Sekundarstufe II dauert in der Regel drei Jahre und unterteilt sich in eine allgemeine und technische Fachrichtung oder eine berufliche Ausbildung. Nach drei jähriger Sekundarstufe II kann das Zertifikat der *Allgemeinen Bildung* (gleichzustellen mit dem Abitur), das als Hochschulzugangsberechtigung gilt und zur Aufnahme eines Universitäts- oder Hochschulstudiums berechtigt, erlangt werden. Die technische Berufsausbildung umfasst hauptsächlich zwei Varianten. Die erste dauert drei Jahre nach der Mittelstufe und erfolgt an technischen Sekundarschulen. Nach dem Abschluss können Absolventen entweder in den Arbeitsmarkt gehen oder sich für die zweite Variante und damit für eine Weiterbildung entscheiden. Letztere beinhaltet entweder eine zusätzliche zwei jährige technische Ausbildung an *Middle Technical Institutes* oder eine vier jährige Ausbildung

[665] Vgl. Nathanson 2016: 36.

[666] Vgl. Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„Reviews of National Policies for Education: Higher Education in Egypt 2010. Executive Summary“*. OCDE/The World Bank (Hrsg.). Bericht von 2010, Seite 19, unter: http://www.oecd.org/education/skills-beyond-school/44820471.pdf; UNESCO: *„Égypte. Éducation et alphabétisme“*, unter: http://uis.unesco.org/fr/country/eg, beide Links abgerufen am 02.07.2020

an *Technical Colleges*[667]. Für 10 Prozent der Absolventen von Technical Colleges (diejenigen mit den besten Noten) wird laut Gesetz zudem das Recht zur Aufnahme eines Ingenieurstudiums eingeräumt. Darüber hinaus bestehen mehrere Ausbildungszentren unter Aufsicht von Fachministerien, die schwerpunktmäßig qualifizierte Fachkräfte für die Bereiche Industrie, Landwirtschaft, Bau, Tourismus und Handel ausbilden[668].

Im Zuge des schnellen demografischen Wandels und der schwachen sozio-ökonomischen Lage in den 1990er Jahren war der Bildungssektor zusätzlichen finanziellen sowie organisatorischen Herausforderungen ausgesetzt. Problematisch zeigte sich vor allem die große Disparität, die zwischen den Landesteilen betreffend die Beschulungsraten und die Infrastruktur zu beklagen war. Vor diesem Hintergrund lag die Nettobeschulungsrate 1997 an ägyptischen Grundschulen bei 78 Prozent (ca. 83 bei Jungs und nur etwa 72 Prozent bei Mädchen) und in der Sekundarstufe bei gut 78 Prozent (70 Prozent bei Mädchen)[669]. Außerdem besuchte ein Zehntel der Kinder zwischen 6 und 11 Jahren (insbesondere in ländlichen armen Gebieten) keine Schule und die Schulabbrecherquote in der Grundschulphase sowie in der Mittelstufe lagen hoch, weil Kinder teilweise arbeiten mussten (z.B. im Haushalt oder in der Landwirtschaft)[670]. Zudem war die Bildungsinfrastruktur ungleichmäßig verteilt und insgesamt schwach. So wiesen Klassen an öffentlichen Schulen im Jahr 2005 eine durchschnittliche Größe von 39,1 Kindern pro Klasse auf und an Grundschulen wurden im Jahr 2016 im Durchschnitt 30 bis 45 Kindern pro Klasse beschult[671]. Hinzu kamen ein Lehrermangel (vor allem in ländlichen Gebieten) sowie eine schwache pädagogische Ausbildung von Lehrkräften. Unter diesen Begleitumständen in den 1990er Jahren und nach der Jahrtausendwende litten sowohl die Qualität des Unterrichts als auch die Leistung der Schülerinnen und Schüler.

Das ägyptische Bildungssystem war in den 1990er und 2000er Jahre insbesondere von einer auffällig niedrigen Beschulungsrate von Mädchen geprägt, die aus sozialen Gründen (Mithilfe im Haushalt) und logistischen Defizite (Angst vor gefährlichen und langen Schulwegen) keine Schule besuchen konnten. In diesem Kontext sind vor allem die ländlichen Gebiete

[667] Vgl. Ministère de l'Europe et des Affaires Étrangères (France): „*Fiche Égypte 2017*“. Institut Français d'Egypte (Hrsg.), Bericht von 2017, Seite 7, unter: https://www.diplomatie.gouv.fr/IMG/pdf/2017_08_08_fiche_curie_egypte_es_cle0ca97b.pdf, abgerufen am 02.07.2020.
[668] Ebd.
[669] Vgl. Organisation de Coopération et de Développement Économiques: „*Égypte*“. In: „Le rapport annuel sur les Perspectives économiques en Afrique“. OCDE (Hrsg.). Bericht von 2002, Seite 129.
[670] Ebd.
[671] Vgl. Nathanson 2016: 49; Organisation de Coopération et de Développement Économiques: „*Égypte*“. In: „Le rapport annuel sur les Perspectives économiques en Afrique“. OCDE (Hrsg.). Bericht von 2006, Seite 278.

Oberägyptens, wo die Armut Anfang der 2000er Jahre zunahm und infolgedessen mehr als 500.000 Mädchen im Alter zwischen 6 und 10 Jahren nicht in die Schule gehen konnten, zu nennen[672]. Zur Erleichterung des Schulzugangs von Mädchen in sozial benachteiligten Regionen sowie zur Verbesserung der Beschulungsbedingungen wird Ägypten von der EU und anderen internationalen Partnern und Institutionen (u.a. die UNESCO, die UNICEF, USAID und die Weltbank) unterstützt. Die USAID (*United States Agency for International Development*) beispielsweise startete im Jahr 2008 ein Projekt unter den Namen *Girls' Improved Learning Outcomes*, das bis zum Jahr 2013 andauerte und vier Gouvernorate in Oberägypten betraf. Zunächst zielte das Programm darauf ab, ausgewählte Grund- und Vorschulen mit technischem und fachlichem Support sowie durch die Bereitstellung von Klassenräumen und Ausrüstung zu unterstützen[673]. Der Effekt dieses Engagements bestand darin, dass es in der Folge steigende Beschulungsraten von Mädchen zu verzeichnen waren. In einem zweiten Schritt dehnte die USAID ihre Projekte auf die Stärkung der Lesekompetenz in der Grundschulphase und die technische Assistenz für das Bildungsministerium aus. Im Rahmen des *Early Grade Reading Programs* konnten signifikante Fortschritte in der Lese- und Sprachkompetenz der betroffenen Kinder festgestellt werden, was die Staatsführung dazu veranlasste, das Programm auf andere Landesteile auszuweiten[674]. Zudem profitierten im ersten Jahr des Engagements vom USAID rund 35.000 Lehrkräfte von Schulungen, 320 Bewerber wurden zum Ausbilder zertifiziert und 16.000 Grundschulen erhielten Schulmaterial[675].

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der EU und Ägypten bildete der Bildungssektor eines der wichtigen Handlungsfelder, denen die EU insbesondere nach dem Jahr 2011 mehr Aufmerksamkeit schenkte und welches in der Kooperationsphase von 2014 bis 2020 zum Schwerpunkt ihres Engagements wurde. „To this end Social Development and Social Protection has been identified a priority sector with a particular focus on support to Pre-University Education, and educational access and attainment of girls"[676]. Nachdem die ägyptische Staatsführung im Jahr 2014 eine *National Education Strategy*, die bis zum Jahr 2030

---

[672] Vgl. UNESCO: *„Rapport régional pour l'année 2014 sur l'Education Pour Tous dans les Pays Arabes"*. UNESCO (Hrsg.), Bericht von 2014, Seite: 32, unter: http://www.unesco.org/new/fileadmin/MULTIMEDIA/HQ/ED/ED_new/pdf/ARAB-REGION_FR.pdf, abgerufen am 03.07.2020.

[673] Ebd.

[674] Ebd.

[675] Ebd.

[676] Europäische Kommission: *„Commission Implementing Decision of 5.11.2019 on the multiannual action programme in favour of Egypt for 2019 and 2020 part I"*. EU-Kommission (Hrsg.). Bericht vom 05.11.2019, Seite 4, unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/c_2019_8045_egypt_aap_2019_2020_part_1_decision._merged.pdf, abgerufen am 03.07.2020.

jedem Kind den Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Bildung sichern sollte, beschlossen hatte, nahm die EU die Förderung von diesem Programm direkt in den gemeinsamen Aktionsplan von 2014 auf. Im Rahmen eines mit der UNICEF gemeinsam erarbeitetes Projekt, das die Kinderschutzmechanismen im Land ausbauen und den Zugang zur Grundbildung für die am stärksten gefährdeten Kinder erleichtern sollte, steuerte die EU im Jahr 2014 rund 30 Mio. Euro (Projektkosten betrugen gut 36,1 Mio. Euro) bei, die die Phase 2015 bis 2020 decken sollten[677]. Bei der Umsetzung dieses Programms arbeitete die EU insbesondere mit lokalen NGOs zusammen, die auf Kinderschutz spezialisiert waren. Die Weltbank unterstützte ihrerseits die ägyptische Bildungsreform von 2014 mit 500 Mio. USD für die Zeit von 2015 bis 2017 und legte dabei den Fokus auf die Verbesserung der Leistung von Vorschulklassen, die Stärkung der Fähigkeiten von Lehrkräften und Bildungsbeamten sowie die Förderung der Verwendung von digitalen Lernmethoden[678].

Die höhere Bildung wird von öffentlichen und privaten Universitäten sowie Hochschulen gedeckt und steht, wie das gesamte Bildungssystem auch, unter einer zentralen staatlichen Aufsicht. „Zuoberst im hierarchischen System steht der Staatspräsident, der die Leiter sämtlicher Universitäten benennt. Das Ministerium für Hochschulbildung ist für sämtliche öffentlichen und privaten Hochschuleinrichtungen zuständig und für Planung, Bildungspolitik und Qualitätskontrolle verantwortlich“ (Nathanson 2016: 37). Das Studium an öffentlichen Universitäten und Hochschulen wird grundsätzlich kostenfrei gewährt. Es entfallen jedoch je nach Studiengang und Universität abweichende Einschreibungsgebühren, die gemäß dem Stand von 2017 von 100 ägyptischen Pfund (Grundgebühr) und bis zu 10.000 Pfund pro Jahr (zwischen 5 und 550 USD laut dem Wechselkurs von 2017) variieren können[679]. Der Zugang zur Hochschulbildung wurde noch bis 2017 zentral, selektiv und hierarchisch gestaltet. Zum einen war das Hauptzulassungskriterium der Prozentsatz (Note), den Bewerber in der Abschlussprüfung der Sekundarstufe II (Abitur) erreichten, und zum anderen entschied in einem zweiten Schritt eine Koordinationsstelle im Bildungsministerium, je nach Abiturnote,

[677] Europäische Kommission: *„Commission Implementing Decision of 23.10.2014 on the Annual Action Programme 2014 in favour of Egypt to be financed from the general budget of the European Union“*. EU-Kommission (Hrsg.). Bericht vom 23.10.2014, Seite 1f, unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/neighbourhood/pdf/key-documents/aap-2014-egypt-financing-commission-decision-20141023_en.pdf, abgerufen am 03.07.2020.

[678] Vgl. La Banque Mondiale: *„Égypte - Présentation“*. La Banque Mondiale (Hrsg.). Bericht vom 01.05.2020, unter: https://www.banquemondiale.org/fr/country/egypt/overview#3, abgerufen am 03.07.2020.

[679] Vgl. Ministère de l'Europe et des Affaires Étrangères (France): *„Fiche Égypte 2017“*. Institut Français d'Egypte (Hrsg.), Bericht von 2017, Seite 4f.

über die zugeteilte Fachrichtung und Gouvernorate der Studienbewerber[680]. Die möglichen Abschlüsse an ägyptischen Universitäten umfassen nach Stand von 2017 das *Baccalaureus*[681], Master oder Magister (jeweils 3 bzw. 5 Jahre nach dem Baccalaureus) und Promotion (mindestens 4 Jahre). Im Hochschuljahr 2014/15 waren insgesamt 2 Mio. (gegenüber 1,6 Mio. im Jahr 2011) Studierende an rund 27 öffentlichen Universitäten und Hochschulen eingeschrieben[682]. Hinzu kommen private Bildungsinstitute und Hochschulen mit einer großen Bandbreite von Fächern, an denen zwischen 1 und 2 Mio. Hochschüler eingeschrieben sind.

Dank einer Reform der Hochschulbildung, die 1992 beschlossen wurde und 1996 in Kraft trat, wurde die rechtliche Basis zur Gründung privater Universitäten und Hochschulen in Ägypten geschaffen. Bis zu diesem Zeitpunkt existierten nur öffentliche Universitäten, lediglich die *American University of Cairo*, die 1920 gegründet wurde, galt als einzige private Hochschule im Land und genoss einen gemeinnützigen Status. Vom Jahr 1996 an wurden Dutzende private Unis und Hochschulen gegründet, wobei einige von ihnen durch die Kooperation mit ausländischen Regierungen oder Universitäten entstanden waren. In dieser Hinsicht sind neben der American University u.a. die *German University of Cairo* (2003), die *Université Française d'Egypte* (2002), das *Canadian International College* (2004) und die *British University in Egypt* (2005), die im Laufe der 2000er Jahre gegründet wurden, zu nennen[683]. Bis 2017 zählte Ägypten rund 37 private (nationale und internationale) Unis und Hochschulen, wo im Jahr 2014 etwa 111.111 Studierende eingeschrieben waren. Die niedrige Studentenzahl an privaten Hochschulen und ausländischen Universitäten im Vergleich zu öffentlichen Unis dürfte insbesondere auf die hohen Studiengebühren, die zwischen 3.000 und 120.000 ägyptische Pfund (laut Wechselkurs von 2016 zwischen etwa 170 und 6.850 USD) pro Jahr betragen können, zurückzuführen sein[684]. Angesichts eines jährlichen Pro-Kopf-Einkommens von ca. 2.700 USD (Stand 2019) scheinen nur wohlhabende Familien in der Lage zu sein, ihre Kinder zwecks besserer Berufsperspektiven zu privaten Hochschulen im Land zu schicken.

Ägypten pflegte seit den 1960er Jahren wissenschaftliche Beziehungen mit den Vereinigten Staaten, Europa und in der Zwischenzeit auch mit Russland und China. Die EU-ägyptische

[680] Vgl. Nathanson 2016: 36, 38; Ministère de l'Europe et des Affaires Étrangères (France): „*Fiche Égypte 2017*". Institut Français d'Egypte (Hrsg.), Bericht von 2017, Seite 3.
[681] Dauert in der Regel 4 Jahre und ist der niedrigste akademische Grad in Ägypten. In den Fachrichtungen Ingenieurwissenschaften und Medizin geht er ausnahmsweise über jeweils 5 bzw. 6 Jahre.
[682] Vgl. Ministère de l'Europe et des Affaires Étrangères (France): „*Fiche Égypte 2017*". Institut Français d'Egypte (Hrsg.), Bericht von 2017, Seite 4f.
[683] Ebd. Seite 6
[684] Vgl. Nathanson 2016: 38f; Ministère de l'Europe et des Affaires Étrangères (France): „*Fiche Égypte 2017*". Institut Français d'Egypte (Hrsg.), Bericht von 2017, Seite 6.

Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulbildung läuft über mehrere institutionellen, wissenschaftlichen und universitären Ebenen und verzeichnet seit den 2000er Jahre eine positive Entwicklung. In diesem Kontext sind in erster Linie Förder- und Austauschprogramme für Studenten und Hochschulpersonal mit Großbritannien, Deutschland und Frankreich zu nennen. Der *Deutsche Akademische Austauschdienst* (DAAD), der seit 1960 ein Büro in Kairo unterhält, stärkte seit 2007 (in diesem Jahr wurde das deutsch-arabische Forschungsjahr zelebriert) seine Stipendien- und Austauschprogramme u.a. mit Ägypten und Tunesien. Dabei war die Kooperation sowohl bilateraler als auch multilateraler Natur. Sie betraf insbesondere Masterstudiengänge und Promotionsstudien sowie den Erfahrungsaustausch zwischen dutzenden Universitäten und Hochschulen aus Deutschland, Ägypten, Tunesien und teilweise mit der Beteiligung von Universitäten aus benachbarten arabischen Staaten (z.B. Marokko oder Libyen)[685]. Außerdem ermöglichte der Universitäts- und Studentenaustausch die Durchführung deutsch-ägyptischer bzw. –arabischer Projekte und förderte sowohl den kulturellen als auch den wissenschaftlichen Austausch. Im Rahmen des europäischen Programms *Erasmus+* werden seit 2014 jährlich 800 sogenannte Mobilitätsstipendien an Ägyptern gewährt und mehr als 50 Projekte zur Entwicklung von Ausbildungsprogrammen (darunter ein Master in Museologie in Kooperation mit dem renommierten *Louvre-Museum*) durchgeführt[686]. Bereits von 2007 bis 2013 profitierte Ägypten im Bereich der Hochschulbildung von den EU-Programmen *Erasmus Mundus* und *Tempus*, die im Jahr 2014 anschließend im *Erasmus+* integriert wurden.

Die Entwicklung des Bildungssektors in Ägypten fiel während der Untersuchungsphase nicht einheitlich aus. Neue Bildungseinrichtungen wurden gebaut und das Lehrpersonal aufgestockt. Mit 20 Millionen Schüler (-innen), 47.000 öffentlichen und 6.000 privaten Schulen, 450.000 Klassenräumen und 1,16 Mio. Lehrkräften (Stand 2017) verfügte Ägypten 2019 über das größte Schulsystem in der MENA-Region[687]. Die Nettobeschulungsraten wuchsen stetig an und lagen zwar im Jahr 2018 in der Grundschule bei 97 Prozent (fast ausgeglichener Anteil zwischen Jungs und Mädchen), in der Sekundarstufe betrug der Wert allerdings nur 82,78 Prozent und

[685] Vgl. Deutscher Akademischer Austauschdienst: „*De la crise au renouveau: les universités égyptiennes et tunisiennes en pleine transition*“. DAAD (Hrsg.). Bericht vom September 2012, Seite 7, 10f, unter: https://static.daad.de/media/daad_de/pdfs_nicht_barrierefrei/infos-services-fuer-hochschulen/projektsteckbriefe/fr-tunisia-egypt-v0.pdf, abgerufen am 04.07.2020.

[686] Vgl. Ministère de l'Europe et des Affaires Étrangères (France): „*Fiche Égypte 2017*“. Institut Français d'Egypte (Hrsg.), Bericht von 2017, Seite 8.

[687] Vgl. Europäische Kommission: „*Commission Implementing Decision of 5.11.2019 on the multiannual action programme in favour of Egypt for 2019 and 2020 part I*“. EU-Kommission (Hrsg.). Bericht vom 05.11.2019, Seite 3, 6.

eine Vorklasse nahm nur ein Viertel der Kinder im Alter von 5 Jahre in Anspruch[688]. Der Übergang von der Primärschule in die Mittelstufe sowie von der Mittel- in die Sekundarstufe gestaltete sich schwierig und wurde in Ägypten, wie in Algerien und Tunesien auch, von einer hohen Schulabbrecherquote geprägt. Dabei ist zu bemerken, dass Jungs in der Grundschulphase in den Jahren 2008 bis 2013 mit 63 Prozent den größeren Anteil an Schulabbrecher bildeten, während in der Mittelstufe im selben Zeitraum die Schulabbrecherzahl von Mädchen leicht überwog, wobei Mädchen aus ärmlichen und ländlichen Regionen insgesamt stärker vom Schulabbruch betroffen waren als Jungs[689]. Im Jahr 2013 befanden sich fast 650.000 Kinder außerhalb der Grund- und Mittelschulbildung[690]. Nach Angaben der UNICEF von 2014 hatten ungefähr 2,8 Mio. der Kinder im Alter von 6 bis 18 Jahren (rund 9 Prozent dieser Altersklasse) keine Schule besucht und waren somit Risiken wie etwa vorzeitiger Heirat oder ausbeuterischer Kinderarbeit ausgesetzt[691]. Im Jahr 2010 lag der Bevölkerungsanteil der 15- bis 65-Jährigen, die keine formale Bildung genossen hatten, bei rund 31 Prozent (lag im Jahr 2000 bei fast 40 Prozent) und war damit verglichen mit Tunesien sowie Algerien (beide etwa 22 Prozent) oder der Türkei (10 Prozent) deutlich höher (vgl. Nathanson 2016: 45).

In Ägypten blieben während der Untersuchungsphase regionale Disparitäten in der Beschulung und Infrastruktur trotz einiger Fortschritte bestehen. Die sozio-ökonomische Situation spielte weiterhin eine wesentliche Rolle im schulischen Werdegang von Kindern. Die Mehrzahl der unbeschulten Kinder und Schulabbrecher war weiblich und kamen aus ländlichen Regionen sowie armen Familien. „Social norms and traditions continue to be major barriers for girls' education participation in MENA. The practice of early marriage is one of the most extreme causes of early school leaving in (…) Egypt"[692]. Die ungleichmäßige Verteilung von Infrastruktur (Straßen, Verkehrsmitteln und Schulen) erschwert auch die Etablierung einer gerechten und flächendeckenden Bildung für alle. Während im ländlichen Raum Grundschulen in der Überzahl sind, befinden sich technische und berufsbildende Sekundarschulen meistens

[688] Vgl. UNESCO: „*Égypte. Éducation et alphabétisme*", unter: http://uis.unesco.org/fr/country/eg, abgerufen am 02.07.2020.

[689] Vgl. UNICEF: „*Summary. Egypt. Country Report on out-of-school Children*". UNICEF MENA Regional Office (Hrsg.). Bericht von Oktober 2014, Seite 3f, unter: https://www.unicef.org/mena/sites/unicef.org.mena/files/2019-11/Egypt%20Country%20Report%20on%20OOSC%20Summary_EN.pdf, abgerufen am 03.07.2020.

[690] Ebd. Seite 2f.

[691] Vgl. Europäische Kommission: „*Commission Implementing Decision of 23.10.2014 on the Annual Action Programme 2014 in favour of Egypt to be financed from the general budget of the European Union*". EU-Kommission (Hrsg.). Bericht vom 23.10.2014, Seite 2.

[692] UNICEF: „*Regional Report on out of School Children*". UNICEF MENA Regional Office (Hrsg.). Bericht von Oktober 2014, Seite 66, unter: http://uis.unesco.org/sites/default/files/documents/regional-report-on-out-of-school-children-middle-east-and-north-africa-2015-en.pdf, abgerufen am 03.07.2020.

in städtischen Gebieten, was man als Grund für den schwachen Zugang der ländlichen Jugend zu Bildungsangeboten betrachten könnte (vgl. Nathanson 2016: 49), zumal es hier oft an finanziellen und logistischen Mitteln fehlt. Ferner findet man in den allgemeinen Sekundarschulen „viel weniger Schüler aus ländlichen Gebieten als aus Städten, was die Chancen der Erstgenannten auf eine höhere Bildung schmälert. Dasselbe gilt für die technischen und berufsbildenden Sekundarschulen“ (Nathanson 2016: 49). Kinder und Jugendliche mit Behinderung werden darüber hinaus aufgrund bürokratischer und sozialer Hindernisse an der Teilnahme am Schulalltag gehindert. „The UN estimates that about 2 million children live with disabilities in Egypt. The limited capacity of special education schools has resulted in the exclusion of the overwhelming majority of school-age children with special needs/disabilities from access to educational services“[693].

Die Defizite im ägyptischen Schulbereich sind auch struktureller Natur. Das Bildungssystem wird zentral gestaltet und es entstehen folgerichtig sowohl Überschneidungen hinsichtlich der Effizienz als auch bürokratische Hürden. Hinzu kommen eine schwache pädagogische und didaktische Ausbildung sowie niedrige Gehälter (rund 100 USD) von Lehrkräften, deren Leistung ohnehin aufgrund der überfüllten Klassen negativ beeinflusst wird, was zu Leistungsschwankungen im Bildungssystem führt[694]. Kinder lernen außerdem nach dem Prinzip des „Auswendiglernens“ und der Unterrichtsablauf bietet wenig Raum für kritisches Denken oder Reflexion. Zwischen 1995 und 2013 wurden 80 bis 85 Prozent des jährlich vom Staat dem Bildungssektor gewidmeten Budgets als Gehälter für Lehrkräfte gezahlt, weswegen nur ein geringer Teil in die Lehre und Infrastruktur investiert werden konnte[695]. Schullehrer gingen aus finanziellen Gründen dazu über, kostenpflichtige Nachhilfe anzubieten. Familien, die sich eine Leistungssteigerung ihrer Kinder wünschen, werden dazu genötigt, aus Sorge um die Zukunftsperspektiven ihrer Kinder trotz finanzieller Not Privatunterricht in Anspruch zu nehmen oder ihre Kinder in Privatschulen für hohe Gebühren zu schicken[696]. In Bezug auf die

[693] Europäische Kommission: „*Commission Implementing Decision of 23.10.2014 on the Annual Action Programme 2014 in favour of Egypt to be financed from the general budget of the European Union*“. EU-Kommission (Hrsg.). Bericht vom 23.10.2014, Seite 3.

[694] Europäische Kommission: „*Commission Implementing Decision of 23.10.2014 on the Annual Action Programme 2014 in favour of Egypt to be financed from the general budget of the European Union*“. EU-Kommission (Hrsg.). Bericht vom 23.10.2014, Seite 3; Jeune Afrique: „*En Egypte, l'éducation peine à se mettre au niveau*“. Artikel vom 01.11.2013, unter: https://www.jeuneafrique.com/depeches/28020/politique/en-egypte-leducation-peine-a-se-mettre-au-niveau/, abgerufen am 03.07.2020.

[695] Vgl. Organisation de Coopération et de Développement Économiques: „*Égypte*“. In: „Le rapport annuel sur les Perspectives économiques en Afrique“. OCDE (Hrsg.). Bericht von 2002, Seite 129; Jeune Afrique: „*En Egypte, l'éducation peine à se mettre au niveau*“. Artikel vom 01.11.2013.

[696] Vgl. UNICEF: „*Summary. Egypt. Country Report on out-of-school Children*“. UNICEF MENA Regional Office (Hrsg.). Bericht von Oktober 2014, Seite 5; Jeune Afrique: „*En Egypte, l'éducation peine à se mettre au niveau*“.

Qualität der Primärschulbildung belegte Ägypten im *Global Competitiveness Index* 2016, der vom *Weltwirtschaftsforum* erstellt wird, den 139 Rang (Algerien belegte Platz 115 und Tunesien Rang 86) von insgesamt 140 bewerteten Ländern[697].

In der beruflichen Bildung (siehe Kapitel 7.3.2) und in der Hochschulbildung werden fast identische Defizite wie in der voruniversitären Bildung verzeichnet. Zwar stieg die Zahl von Studierenden bis 2015 auf über 2 Mio. sowie die von Dozenten und pädagogischem Hochschulpersonal von 54.000 im Jahr 1999 auf 85.000 im Jahr 2015 an[698], aber der Hochschulbereich litt aufgrund der zentralen staatlichen Aufsicht an strukturellen und finanziellen Defiziten. Zunächst gestaltet sich der Übergang von der Sekundarstufe II in die Hochschulbildung schwierig. Von 2010 bis 2017 schwankte die Einschreibungsrate an Universitäten zwischen 26,8 und 35,1 Prozent. Zudem wurde eine Inkohärenz festgestellt zwischen den Abschlussfächern von Absolventen und den Anforderungen des Arbeitsmarktes hinsichtlich der erwarteten Qualifikationen und Fertigkeiten. Der Anteil der Ägypter, die über einen tertiären Bildungsabschluss verfügten, nahm in den 2000er Jahren zwar zu und betrug 2010 gut 5 Prozent, er lag allerdings im regionalen (fast 7 Prozent in Tunesien sowie in der Türkei und gut 14 Prozent im Iran) und internationalen (ca. 11 Prozent in Costa Rica und rund 23 in den Philippinen) Vergleich zurück (vgl. Nathanson 2016: 47).

Eine im Auftrag der ägyptischen Regierung und von der OCDE und der Weltbank durchgeführte Studie ergab 2010, dass es ein chronisches Überangebot an Absolventen insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften, einen Mangel an qualifiziertem Hochschulpersonal und einen zu geringen qualitativen Praxisbezug in der Hochschullehre gebe[699]. Der Professor *Maged El Sherbiny*, stellvertretender Minister für wissenschaftliche Forschung im ägyptischen Ministerium für Hochschulbildung, unterstrich 2012 ebenfalls, dass die Qualität der Lehre an den ägyptischen Universitäten aufgrund fehlender Investitionen unzureichend sei, und dass ohne die Unterstützung von Organisationen oder seitens des privaten

Artikel vom 01.11.2013; Middl Eeast Eye: „*Égypte: «Je donnerais tout ce que j'ai pour offrir à mes enfants une bonne éducation»*". Artikel vom 23.02.2017, unter: https://www.middleeasteye.net/fr/reportages/egypte-je-donnerais-tout-ce-que-jai-pour-offrir-mes-enfants-une-bonne-education, abgerufen am 03.07.2020.

[697] Vgl. World Economic Forum: „*Competitiveness Rankings*", unter: https://reports.weforum.org/global-competitiveness-report-2015-2016/competitiveness-rankings/, abgerufen am 03.07.2020.

[698] Vgl. Ministère de l'Europe et des Affaires Étrangères (France): „*Fiche Égypte 2017*". Institut Français d'Egypte (Hrsg.), Bericht von 2017, Seite 5.

[699] Vgl. Organisation de Coopération et de Développement Économiques: „*Reviews of National Policies for Education: Higher Education in Egypt 2010. Executive Summary*". OCDE/The World Bank (Hrsg.). Bericht von 2010, Seite 14, 21.

Sektors die gesteckten Ziele nicht erreicht werden können[700]. Die eben erwähnte Studie hat außerdem vorgeführt, dass die Forschungskapazitäten an Hochschulen unterentwickelt seien und Studierende damit ihre Fähigkeiten nicht entfalten könnten[701]. Dies war Anlass für die Auswanderung sowohl von tausenden Studienbewerbern zur Aufnahme oder Fortsetzung ihres Studiums vor allem in Europa und in den USA als auch von tausenden Wissenschaftlern und qualifizierten Fachkräften, die zwecks Forschung oder besserer Arbeitsperspektiven das Land verließen, was den Brain Drain förderte. Ägypten hat bis zum Jahr 2017 zwar die Alphabetisierung der über 15-Jährigen auf 71,1 Prozent (statt 55,5 Prozent im Jahr 1996) steigern können, das Land wies aber mit insgesamt über 18,5 Mio. Analphabeten (davon über 11 Mio. Frauen) in derselben Altersgruppe immer noch eine hohe Zahl auf, die im Jahr 2019 die Aufstiegschancen von fast einem Fünftel der Bevölkerung schmälert. Inwieweit die Defizite im Bildungssektor die Beschäftigungschancen von Ägyptern insgesamt beeinflusst haben, wird im nächsten Kapitelabschnitt erörtert.

7.3.2 Beschäftigung und Migration

Die schwierige wirtschaftliche Konstellation im Laufe der 1980er und Anfang der 1990er Jahre, verbunden mit einem starken demografischen Wachstum, warfen ihren Schatten auf den ägyptischen Arbeitsmarkt und beeinflussten die Wanderbewegung der Bevölkerung sowohl im Inneren als auch in Richtung des Auslandes. Der Golfkrieg 1990/91 kostete hunderttausende ägyptische Migranten, die im Irak, Kuweit und in den Golfstaaten lebten, arbeiteten sowie den Lebensunterhalt ihrer Familie in Ägypten zum Großteil sicherten, ihren Job. Sie mussten vorerst nach Ägypten zurückkehren. Nach einer kurzen Erholung dank des florierenden Tourismus und der finanziellen Unterstützung durch internationale Geldgeber (die Weltbank, die Golfstaaten, die EU und die USA) wurden die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt infolge der Terroranschläge gegen ausländischen Touristen in der zweiten Hälfte der 1990er und am 11. September 2001 in den USA in Mitleidenschaft gezogen. In der Folgezeit dieser Ereignisse hatten ausländische Touristen und Investoren das Land vorübergehend gemieden. Die Arbeitslosenquote lag 1995 bei gut 11 Prozent, wobei von 1995 bis 1999 rund 55,2 Prozent der aktiven Bevölkerung im

[700] Deutscher Akademischer Austauschdienst: *„De la crise au renouveau: les universités égyptiennes et tunisiennes en pleine transition"*. DAAD (Hrsg.). Bericht vom September 2012, Seite 8.

[701] Vgl. Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„Reviews of National Policies for Education: Higher Education in Egypt 2010. Executive Summary"*. OCDE/The World Bank (Hrsg.). Bericht von 2010, Seite 14, 21.

informellen Sektor (ohne Landwirtschaft) tätig waren[702] und somit das wirkliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit sowie Armut im Land nicht konkret festzustellen war. Ägypten wies außerdem 1995 mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 920 USD im Jahr im Vergleich zu Marokko, Algerien und Tunesien den niedrigsten Wert auf[703].

Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und die Belebung des Arbeitsmarktes stieß bis Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre auf diverse strukturelle, sicherheitspolitische und bürokratische Herausforderungen. Im Zuge der Umsetzung des 1991 ausgehandelten Strukturanpassungsprogramms schritt die Privatisierung aus innenpolitischem Machtkalkül der Regierung Mubarak nur langsam voran. Durch die Privatisierung von sanierungsbedürftigen Staatsbetrieben befürchtete die Staatsführung angesichts einer möglichen Entlassung von Arbeitskräften einen Macht- und Legitimitätsverlust, zumal der öffentliche Sektor Millionen Ägypter beschäftigte und letztere traditionell eine wichtige Stimmenquelle für Mubarak und die Staatspartei NDP waren. Aus Sicht der Arbeitnehmer in Ägypten (und im arabischen Raum generell) zeigt sich der öffentliche Sektor zudem lukrativer als der Privatsektor, weil durch eine Beschäftigung in öffentlichen Stellen und Betrieben ein höherer Grad an sozialer, beruflicher und finanzieller Sicherheit erwartetet werden kann (vgl. Nathanson 2016: 19). Von daher war die Belegschaft auch gegen eine schnelle Privatisierungswelle. Entsprechend konnten in der Folgezeit überwiegend einzelne Anteile von Staatsunternehmen verkauft werden, die kaum eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit von öffentlichen Betrieben hatten herbeiführen können.

Im Laufe der 1990er und Anfang der 2000er Jahre kam es aufgrund fehlender Investitionen zu Entlassungswellen bzw. Frührenten an öffentlichen Staatsbetrieben. Obwohl im Jahr 2001 etwa 10 Mio. im öffentlichen und 3,5 Mio. im privaten Sektor beschäftigt waren, konnte ein beachtlicher Teil der aktiven Bevölkerung weder vom öffentlichen noch vom Privatsektor absorbiert werden. Nach staatlichen Angaben kamen Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre im Durchschnitt rund 800.000 Schul- und Universitätsabsolventen in den Arbeitsmarkt, wobei jährlich nur etwa 650.000 Stellen angeboten wurden. Dies bedeutete, dass zu den bereits bestehenden Arbeitslosen zusätzlich 150.000 pro Jahr hinzukamen[704]. Der ehemalige

[702] Vgl. Charmes 2015: 269; La Banque Mondiale: „*Chômage, total (% de la population) (estimation modélisée OIT) - Egypt, Arab Rep.*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/SL.UEM.TOTL.ZS?locations=EG, abgerufen am 01.07.2020.

[703] Vgl. La Banque Mondiale: „*RNB par habitant, méthode Atlas ($ US courants) - Algeria, Morocco, Tunisia, Egypt Arab Republic*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/NY.GNP.PCAP.CD?locations=DZ-TN-MA-EG, abgerufen am 17.03.2020.

[704] Vgl. Neue Zürcher Zeitung: „*Ägypten im Strudel der Weltwirtschaftskrise*“. Artikel vom 18.01.2002, unter: https://www.nzz.ch/article7V9RD-1.358696, abgerufen am 04.07.2020.

Premierminister *Atef Ebeid* (Amtszeit von 1999 bis 2004) merkte diesbezüglich an, dass zur effektiven und nachhaltigen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Land eine Million Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen werden müssten[705].

Neben den Schwierigkeiten bei der Schaffung neuer Arbeitsstellen gestaltete sich Anfang der 2000er Jahre die Gründung von neuen Unternehmen ebenfalls problematisch. Die Hürden waren vor allem bürokratischer (Prozedur zur Erteilung von Genehmigungen zur Gründung einer Firma und zum möglichen Import von Maschinen) sowie finanzieller (niedrige Liquidität im Land) Natur und trugen zusätzlich zur defizitären Lage auf dem Arbeitsmarkt bei. Ein weiteres wichtiges Defizit auf dem Beschäftigungsmarkt manifestierte sich in den schwachen Qualifikationen der Bewerber bzw. der Unvereinbarkeit der Bildungsabschlüsse von Bewerbern mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes, der zunehmend qualifizierte Fachkräfte mit technischem Hintergrund (für die verarbeitende Industrie) favorisierte. Laut der Professorin für Wirtschaftswissenschaften an der Amerikanischen Universität in Kairo *Abla Abdellatif* wurden beispielsweise von 570.000 Kandidaten im Verlauf des Jahres 2001 lediglich 280.000 Personen eingestellt, während die restlichen Bewerber von den Arbeitgebern als „unterqualifiziert" bewertet worden waren[706]. In gleicher Hinsicht kam eine im Jahr 2008 von der Weltbank durchgeführte Studie in Ägypten zum Schluss, „dass Unternehmen die Qualifikation und Ausbildung von Arbeitnehmern zu den fünf Haupthindernissen für eine positive Geschäftsentwicklung zählen" (vgl. Nathanson 2016: 53). Aus den erhobenen Daten der Weltbank kann man auch herauslesen, dass die Arbeitgeber die Fertigkeiten von über zwei Drittel der jungen Bewerber als „mittelmäßig" oder „schlecht" beurteilt und sie lediglich die Qualifikationen von 18 Prozent der Arbeitnehmer als „sehr gut" eingeschätzt hätten (vgl. Nathanson 2016: 53). Im Umkehrschluss stehen die Betriebe in Ägypten hinsichtlich ihrer niedrigen Angebote für Aus- und Weiterbildung selbst in der Kritik. Denn mit Ausnahme von Algerien (im Durchschnitt etwa 17 Prozent in der Zeit von 2005 bis 2009) war die Zahl von Firmen, die formale Bildungslehrgänge zwischen 2005 und 2009 anboten, in Ägypten mit durchschnittlich rund 21 Prozent „die niedrigste in der Region" (z. B. Marokko: fast 25 Prozent und Syrien: ca. 38 Prozent), auch wenn im Vergleich zum Jahr 2000 (fast 13 Prozent) eine deutliche Verbesserung verzeichnet wurde (vgl. Nathanson 2016: 52f.).

Die Bedingungen auf dem ägyptischen Beschäftigungsmarkt benachteiligt insbesondere Berufseinsteiger und verschärft das Problem arbeitsloser Jugendlicher und der Arbeitslosigkeit

[705] Ebd.
[706] Ebd.

unter Menschen mit akademischem Abschluss im Land. Die Jugendarbeitslosigkeit (zwischen 15 und 24 Jahre) blieb im Laufe der 2000er Jahre hoch und stieg allein zwischen 2010 und 2011 von 24,8 auf 29,7 Prozent an (vgl. Charmes 2015: 268). Insgesamt befanden sich über 33 Prozent der 15-bis 24-Jährigen im Jahr 2010 weder in einem Beschäftigungs- noch in einem Studiums- oder Ausbildungsverhältnis, wobei junge Frauen mit gut 52 Prozent mehr betroffen waren als junge Männer (gut 15 Prozent)[707]. Zudem lag die Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen in Ägypten mit einem Durchschnitt von knapp 35 Prozent (zwischen 2005 und 2013) sowohl im regionalen (Algerien: gut 20 Prozent, Tunesien: gut 27 Prozent und Marokko: rund 18 Prozent) als auch im internationalen (Indonesien: ca. 10 Prozent oder Argentinien: fast 20 Prozent) Vergleich deutlich hoch (vgl. Nathanson 2016: 48). Diese Defizite überschneiden sich mit dem Ergebnis der zuvor zitierten Studie der OCDE und der Weltbank von 2010, in der festgestellt wurde, dass „the lack of balance and fit in graduate supply to the labour market is at the core of Egypt's challenge, not just for university education but for all forms of higher education and for secondary education, including notably technical and vocational education and training which spans both the secondary and tertiary sectors"[708].

Die hohe Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der schlechten sozio-ökonomischen Lage im Land förderte zunächst die Binnenwanderung von überwiegend sozialbenachteiligten ländlichen Regionen in städtische Gebiete, wo sich die Menschen mehr Jobperspektiven und bessere Lebensbedingungen erhofften. Im Laufe der 2000 Jahre wuchs insbesondere die Einwohnerzahl der Großstädte in Ägypten. Hierbei sind vor allem die Hauptstadt Kairo, die mit über 20. Millionen Einwohnern (Stand von 2019) zu den größten Städten der Welt gehört, und die Mittelmeerstadt Alexandria, dessen Großraum laut Angaben von 2019 über 5 Mio. Einwohner zählt, zu nennen. Somit beherbergen beide Städte über ein Viertel der ägyptischen Bevölkerung. Der Arbeitsmarkt in den Städten konnte angesichts der steigenden städtischen Bevölkerung und der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung viele Arbeitslose nicht absorbieren. Eine Lösung fanden Millionen Ägypter daher zunächst in der legalen Migration in Richtung der arabischen

[707] Vgl. La Banque Mondiale: *„Part des jeunes qui ne sont ni en emploi, ni en études, ni en formation (% de la population des 15-24 ans) - Egypt, Arab Rep.*", unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicator/SL.UEM.NEET.ZS?locations=EG; La Banque Mondiale: *„Part des jeunes qui ne sont ni en emploi, ni en études, ni en formation, hommes (% de la population masculine de 15-24 ans) - Egypt, Arab Rep.*", unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicator/SL.UEM.NEET.MA.ZS?locations=EG; La Banque Mondiale: *„Part des jeunes qui ne sont ni en emploi, ni en études, ni en formation, femmes (% de la population féminine de 15-24 ans) - Egypt, Arab Rep.*", unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicator/SL.UEM.NEET.FE.ZS?locations=EG, alle Links abgerufen am 05.07.2020.

[708] Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„Reviews of National Policies for Education: Higher Education in Egypt 2010. Executive Summary*". OCDE/The World Bank (Hrsg.). Bericht von 2010, Seite 21.

Golfstaaten und Libyen. In jene Länder wurden aufgrund der niedrigen Bevölkerungszahlen, des Reichtums und der fehlenden heimischen qualifizierten Fachkräfte Millionen ausländische Gastarbeiter (hauptsächlich aus arabischen Staaten und aus Ländern Zentral- und Südostasiens) berufsübergreifend benötigt und wurden daher aus dem Ausland mithilfe befristeter Arbeitsverträge angeworben.

Im Gegensatz zu den Maghrebstaaten lag der Schwerpunkt der Migrationsbewegung von Ägyptern in den 1990er und 2000er Jahren nicht in Richtung Europa, sondern in erster Linie in Richtung der Golfregion sowie Libyen, die seit den 1970er Jahren das bevorzugte Ziel von überwiegend ägyptischen (qualifizierten) Facharbeitern, Lehrkräften und medizinischem Personal waren. Auf der Gegenseite bildeten die USA und Großbritannien neben Europa, verstärkt seit den 1990er Jahren, aufgrund der Defizite in der heimischen Hochschulbildung traditionell das Hauptziel von ägyptischen Studenten und Akademikern. Im Jahr 2010 lebten gemäß den Daten der Weltbank 4,5 Prozent der Ägypter nach folgender Proportion im Ausland: 80 Prozent in arabischen Ländern (zwei Drittel davon in den Golfstaaten), fast 10 Prozent in Europa, gut 1 Prozent in Nordamerika und der Rest verteilte sich auf mehrere andere Staaten (vgl. Nathanson 2016: 66, 68). Die ägyptischen Migranten haben in den 1990er und 2000er Jahren Dank ihrer Geldüberweisungen zur sozialen Sicherheit von Millionen Familienmitgliedern oder Verwandten in Ägypten beigetragen. Die überwiesenen Beträge nahmen in der Untersuchungsphase deutlich zu und steigerten sich von einem BIP-Anteil von etwa 3 Prozent im Jahr 2000 auf 7,3 Prozent im Jahr 2012, was einen Geldtransfer im Wert von ungefähr 19 Mrd. USD entsprach, von dem rund 4 Prozent der ägyptischen Haushalte profitierten (vgl. Nathanson 2016: 67f.).

Im Rahmen der EMP gehörten die Problematik auf dem Arbeitsmarkt sowie Fragen zum Thema „reguläre und illegale Migration“ zum Kern der Kooperation zwischen der EU und Ägypten. Die EU assistierte dem Land bei der Entwicklung von neuen Beschäftigungsstrategien sowie bei der Optimierung von Bildungs- und Ausbildungsmechanismen, um zu einer kompatiblen Arbeitsmarktpolitik beizutragen. Das AA zwischen Ägypten und der EU sah einen regelmäßigen Dialog in sozialen Fragen vor, die von gemeinsamer Bedeutung sind (Arbeits- und Lebensbedingungen der Einwanderer von beiden Seiten, Migration und illegale Einwanderung)[709]. Ferner wurden gemeinsame Projekte in Angriff genommen, die die „Verbesserung der Lebensbedingungen, Schaffung von Arbeitsplätzen und Einnahmen schaffenden Tätigkeiten und Entwicklung der Ausbildung in den Auswanderungsgebieten“

[709] Vgl. Art. 63 des AA zwischen der EU und Ägypten.

anvisierten, um damit die soziale Lage in armen Regionen zu verbessern und den Migrationsdruck zu verringern[710]. Bei der Umsetzung dieser Vorhaben können gemäß Art. 66 des AA bei Bedarf entsprechende internationale Organisationen und Institutionen beteiligt werden. Zur Förderung von Toleranz und kulturellem Austausch wurden außerdem Freizeit- und Austauschprogramme für die ägyptische und europäische Jugend vereinbart (vgl. Art. 65 Absatz g. des AA zwischen Ägypten und der EU).

Der erste Grundstein zur Reformierung und Modernisierung der beruflichen Bildung in Ägypten wurde bereits im Rahmen der deutsch-ägyptischen Partnerschaft mit der 1991 initiierten und von 1994 bis 2007 bestehenden *Mubarak-Kohl-Initiative* gelegt. „Das erklärte Ziel war es, ein duales System in Analogie zu der Industrieausbildung in Deutschland mit einer engen Verzahnung von betrieblicher Ausbildung und schulischem Lernen mit den entsprechenden Organisationsstrukturen aufzubauen“ (Wolf/von Kuczkowski 2015: 46f.). Konkret sah das installierte System eine dreijährige Ausbildung vor, in der Schüler wöchentlich zwei Tage eine technische Sekundarschule und vier Tage einen Betrieb besuchen, wo sie praktische und berufsbezogene Kenntnisse sammeln können (vgl. Nathanson 2016: 43). An der Durchführung und Umsetzung der Initiative arbeitete die Deutsche GIZ mit dem ägyptischen Bildungsministerium sowie mit dem Unternehmensverband zusammen. Im Jahr 2007 wurde die Mubarak-Kohl-Initiative mit der Integration der Projektvorgaben in das ägyptische System zur beruflichen Bildung abgeschlossen. In der Folgezeit wurde ein Anschlussprogramm gestartet, nämlich die *Mubarak-Kohl Initiative for Vocational Education, Training and Employment Promotion*, die als Kooperationsplattform zwischen staatlichen sowie zivilgesellschaftlichen Akteure und dem Privatsektor dienen und die Beschäftigungschancen der Jugend verbessern sollte (vgl. Nathanson 2016: 43f.). Eine grundlegende Umwandlung des ägyptischen beruflichen Bildungssystems nach der Erfahrung der Mubarak-Kohl-Initiative und somit die erhoffte Etablierung eines flächendeckenden dualen Systems nach deutschem Vorbild konnte nach Ansicht des Professors für berufliche Bildung *Stefan Wolf* trotz einiger Fortschritte bis 2015 noch nicht erzielt werden. „Auch nach der Übernahme der Strukturen in die Verantwortung der ägyptischen Regierung im Jahr 2007 blieb eine entsprechende Veränderung der ägyptischen Berufsausbildung aus“ (Wolf/von Kuczkowski 2015: 47).

Die EU sowie ihre Mitgliedstaaten (vor allem Deutschland, Frankreich und Italien) verstärkten nach Inkrafttreten des AA im Jahr 2004 angesichts der Defizite im ägyptischen Arbeitsmarkt und der sozialen Probleme ebenfalls die technische und finanzielle Unterstützung für Reformen

[710] Vgl. Art. 65 (Absätze a, und f) des AA zwischen der EU und Ägypten.

der beruflichen Bildung in Ägypten. „Das regionale Projekt der (…) European Training Foundation fördert die Kooperation zwischen sieben Ländern im Mittelmeerraum (Jordanien, Ägypten, Marokko, Tunesien, Frankreich, Italien und Spanien) zur Standardisierung von Qualifikationen in den Bereichen Tourismus und Bau. Ziel ist, die Mobilität qualifizierter Arbeiter zu verbessern und ihren Status aufzuwerten“ (Nathanson 2016: 43). Nach dem Aufstand 2011 gewährte u.a. Frankreich durch seine Entwicklungsagentur (l'Agence Française de Développement) ein Darlehen an Ägypten zu günstigen Konditionen in Höhe von 650 Mio. Euro mit dem Ziel, die Bedingungen für Ausbildung sowie für den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verbessern, Klein- und Mittlere Betriebe zu unterstützen sowie Infrastrukturprojekte in benachteiligten Regionen zu fördern[711]. Darüber hinaus ermutigt die EU die ägyptische Regierung zur Stärkung ihrer Kooperation mit dem öffentlichen und privaten Sektor zwecks einer Qualitätsverbesserung der beruflichen Bildung. In diesem Kontext ist das *Industrial Modernization Program* zu nennen, das durch eine gemeinsame Initiative der EU und der ägyptischen Regierung entstanden ist und insbesondere die Arbeitschancen von Berufseinsteigern mit technischen Bildungsabschlüssen erhöhen sollte (vgl. Nathanson 2016: 43). Außerdem unterstützten u.a. die USA und die Weltbank die Bemühungen Ägyptens zur Förderung der beruflichen Bildung.

Der deutsche Beitrag zur Entwicklung der beruflichen Bildung in Ägypten hat sich nach den politischen Umbrüchen von 2011 weiter intensiviert. Die GIZ arbeitete im Auftrag der Deutschen Bunderegierung zwischen 2015 und 2020 mit dem ägyptischen Bildungsministerium an mehreren Projekten zusammen, die u.a. Weiterbildungen für das Ausbildungspersonal beinhalteten und auf eine qualitative sowie quantitative Verbesserung der dualen Ausbildung im Land abzielten[712]. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW Bank) förderte außerdem im Jahr 2014 die Errichtung eines Berufsbildungszentrums in der Stadt *Assiut*, welches einer Partnerschaft des ägyptischen *Education Development Fund* und des Kultusministeriums des Bundeslandes Baden-Württemberg vorausging. Das Bildungszentrum soll nach seiner Fertigstellung sowohl eine dreijährige Ausbildung als auch „fünf- bis siebenjährige Studiengänge mit akademischem Abschluss“ in technischen Fächern (Elektrotechnik und Mechatronik) gemäß den Bedürfnissen des lokalen Arbeitsmarktes

[711] Vgl. Ministère de l'Agriculture et de l'Alimentation (France): *„Les politiques agricoles à travers le monde. Quelques èxemples. Égypte“*. Bericht von 2015, S. 6.

[712] Vgl. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit: *„Förderung der dualen Ausbildung in Ägypten“*, unter: https://www.giz.de/de/weltweit/60462.html, abgerufen am 05.07.2020.

anbieten[713]. Durch das Bildungszentrum sollten sich jährlich die Berufsperspektiven von 700 Auszubildenden verbessern. Die Finanzierung des Projektes in Assiut soll sich auf 20 Mio. Euro belaufen und wurde durch eine entsprechende Schuldenumwandlung gedeckt. Demnach „vereinbart die deutsche Bundesregierung mit dem Partnerland, auf Forderungen aus der Finanziellen Zusammenarbeit zu verzichten, sofern dadurch freiwerdende Mittel für gemeinsam ausgewählte Maßnahmen eingesetzt werden"[714]. Im Auftrag der Deutschen Bundesregierung wurde auch im Oktober 2017 der Bau eines Berufsausbildungszentrums in der Region *Ain Sokhna* vereinbart, das durch den Elektrotechnikkonzern Siemens und die Deutsche GIZ errichtet und betrieben werden soll. Das Projekt mit Gesamtinvestitionen von 22 Mio. Euro soll nach Ende der Bauphase rund 5.500 junge Menschen vor allem in den von der Wirtschaft dringend benötigten Fachrichtungen Elektrotechnik und Elektronik, Industriemechanik, Automatisierung, Steuerung und der Aufbau von Schlüsselqualifikationen für die Wartung und Reparatur von Kraftwerken sowie Windparks ausbilden[715].

Die ägyptische Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik hat während der Untersuchungsphase insbesondere dank deutscher und europäischer Unterstützung zwar gute Fortschritte machen können, gemessen an den Arbeitslosenzahlen und der Schaffung von Arbeitsplätzen fällt allerdings die Bilanz insgesamt mittelmäßig aus. Die strukturellen und bürokratischen Hürden im ägyptischen Berufsbildungssektor und Beschäftigungsmarkt stellten auch im Jahr 2019 Herausforderungen dar, die teilweise auch in Tunesien und Algerien sowie im Großteil des arabischen Raums zu beobachten sind. Das ägyptische System der *Technical and Vocational Education and Training* (TVET) genoss in der ägyptischen Gesellschaft von 1995 bis 2015 kein hohes Ansehen und wurde als schwach und schlecht beschrieben[716]. Das Berufsbildungssystem wurde von einer hohen Fragmentierung geprägt, zumal die Gestaltung und die Leitung von über 1.200 voneinander unabhängigen Berufsausbildungszentren, die an 27 Ministerien oder öffentlichen Stellen angegliedert sind und sich auf 19 Gouvernorate verteilen, sich als schwierig erweist (vgl. Nathanson 2016: 42). Diese Situation führt zu Diskrepanzen hinsichtlich der

[713] Vgl. KfW-Entwicklungsbank: „*Projektinformation. Berufsbildung - Ägypten*". Bericht vom Dezember 2017, Seite 2, unter: https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Entwicklungsfinanzierung/L%C3%A4nder-und-Programme/Nordafrika-Nahost/Projekt_%C3%84gypten_Berufsbildung_2017_DE.pdf, abgerufen am 05.07.2020.

[714] Ebd.

[715] Vgl. Siemens: „*Siemens und die deutsche Bundesregierung (BMZ) unterstützen Berufsausbildung in Ägypten*". Bericht vom 10.10.2017, unter: https://press.siemens.com/global/de/pressemitteilung/siemens-und-die-deutsche-bundesregierung-bmz-unterstuetzen-berufsausbildung, abgerufen am 05.07.2020.

[716] Vgl. Wolf/ von Kuczkowski 2015: 46f; Nathanson 2016: 42; Organisation de Coopération et de Développement Économiques: „*Reviews of National Policies for Education: Higher Education in Egypt 2010. Executive Summary*". OCDE/The World Bank (Hrsg.). Bericht von 2010, Seite 16, 23.

Koordination zwischen den beteiligten Akteuren und erhöht das Risiko einer Unvereinbarkeit der umgesetzten Ausbildungsprogramme mit den Erwartungen des Arbeitsmarktes. Hierbei werden in Ägypten weiterhin eine mangelnde Überprüfung von Lehrplänen sowie Lernstoffen und ihre Anpassung an den Bedürfnissen der Wirtschaft registriert. Außerdem „verteilen die Ministerien ihre Budgets an die Anbieter von Berufsausbildungen, ohne deren Leistung zu berücksichtigen" (Nathanson 2016: 42) und ohne dies an ein Bewertungssystem anzuknüpfen. Zusätzlich kommen eine schwache technische und räumliche Ausstattung von Berufsschulen sowie ein Mangel an qualifiziertem Ausbildungs- und Lehrpersonal zum Tragen (vgl. Wolf/von Kuczkowski 2015: 46; Nathanson 2016: 42). Dies führt letztendlich zu einer unzureichenden Qualifizierung der Auszubildenden und schmälert ihre Aufstiegschancen ins Berufsleben.

Die schwierige Konstellation und die Defizite im Bereich der beruflichen Bildung in Ägypten wirkten bis 2019 negativ auf den Beschäftigungsmarkt ein. Im Durchschnitt strömten in Ägypten jährlich rund 700.000 bis 800.000 neue Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt, der jedoch nur ein Viertel davon (etwa 200.000) absorbieren kann[717]. Die übrigen Arbeitssuchenden (rund 500.000) landen dann jährlich entweder in der Arbeitslosigkeit, nehmen Gelegenheitsjobs im informellen Sektor an (wo laut Charmes im Jahr 2014 fast 50 Prozent der aktiven Bevölkerung beschäftigt war[718]) oder gehen ins Ausland. Die Arbeitslosenrate im Land betrug 2019 nach offiziellen Angaben 10 Prozent. Nach Informationen der Weltbank von 2019 lag hingegen die Jugendarbeitslosigkeitsquote (15 bis 24 Jahre) bei über 31 Prozent (verglichen mit ca. 5,5 in Deutschland und gut 19 Prozent in Frankreich). Über 27 Prozent (Stand von 2018) der 15- bis 24-Jährigen befanden sich darüber hinaus weder in einem Beschäftigungs- noch in einem Studiums- oder Ausbildungsverhältnis, wobei der Anteil junger Frauen mit 36,5 Prozent deutlich höher lag als von jungen Männern mit 18,5 Prozent[719].

In Anbetracht der schwierigen Arbeitsmarktlage und der wirtschaftlichen Situation nahm seit 2011 die Zahl sowohl der legalen als auch der irregulären Migration aus Ägypten zu. Das Land galt bis 2011 im Vergleich zu den anderen nordafrikanischen Staaten Marokko, Tunesien oder

[717] Vgl. Wolf/ von Kuczkowski 2015: 45f; KfW-Entwicklungsbank: „*Projektinformation. Berufsbildung - Ägypten*". Bericht vom Dezember 2017, Seite1.
[718] Vgl. Charmes 2015: 269.
[719] La Banque Mondiale: „*Part des jeunes qui ne sont ni en emploi, ni en études, ni en formation (% de la population des 15-24 ans) - Egypt, Arab Rep.*"; La Banque Mondiale: „*Part des jeunes qui ne sont ni en emploi, ni en études, ni en formation, hommes (% de la population masculine de 15-24 ans) - Egypt, Arab Rep.*"; La Banque Mondiale: „*Part des jeunes qui ne sont ni en emploi, ni en études, ni en formation, femmes (% de la population féminine de 15-24 ans) - Egypt, Arab Rep.*"; La Banque Mondiale: „*Chômage, total des jeunes (% de la population active âgée de 15 à 24 ans) (estimation modélisée OIT) - Egypt, Arab Rep., Germany, France*", unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/SL.UEM.1524.ZS?locations=EG-DE-FR, abgerufen am 05.07.2020.

Libyen aufgrund der relativ größeren Seeentfernung zum europäischen Festland nicht als beliebte Route für Flüchtlinge und illegale Migranten auf ihrem Weg in Richtung Italien. Seit 2012 wurden aber vermehrt Seeüberfahrten vom ägyptischen Festland registriert, in deren Rahmen Tausende Flüchtlinge und irreguläre Migranten überwiegend aus Ägypte, Syrien und Afrika mithilfe von Schleusern und Fischerbooten italienisches Territorium erreichten. Die Abwesenheit eines Asylwesens in Ägypten und die fehlenden sozio-ökonomischen Perspektiven im Land veranlassten sowohl Flüchtlinge als auch potenzielle illegale Migranten dazu, Ägypten lediglich als Zwischenstation für ihre weitere Reise nach Europa zu nutzen.

Zwischen 2011 und 2017 hatten nach Angaben der europäischen Grenzschutzagentur Frontex über 50.000 Menschen von Ägypten aus versucht, mit Booten illegal hauptsächlich die italienische Küste zu erreichen. Die EU und Ägypten erklärten daher die Zusammenarbeit in Migrationsfragen im Kooperationszeitraum 2017 bis 2020 zu den Prioritätsfeldern ihrer Partnerschaft. „The EU will support Egypt's efforts to prevent and combat irregular migration, trafficking and smuggling of human beings, including identifying and assisting victims of trafficking"[720]. Zudem vereinbarten die EU und Ägypten die Modalitäten zur Rückführung von irregulären Migranten und die EU bekräftigte außerdem ihren Willen, gemeinsam mit Ägypten die möglichen Ursachen der irregulären Migration im Land und in Afrika, nämlich die Unterentwicklung, Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen[721]. Ägypten stellte 2016 die irreguläre Migration im Land unter Strafe und konnte im Jahr 2018 die illegalen Überfahrten von seiner Küste komplett unterbinden.

Deutschland und Ägypten haben ihrerseits im Juli 2020 darüber hinaus die Errichtung eines *Ägyptisch-Deutschen Zentrum für Beschäftigung, Einwanderung und Wiedereingliederung* beschlossen, das als Anlauf- und Beratungsstelle für die junge Generation in Ägypten betreffend die Berufsorientierung, die legale Einwanderung und die Gefahren der irregulären Migration fungieren soll[722]. Ferner soll das 2 Mio. teure Zentrum bei der sozialen und wirtschaftlichen Reintegration von freiwillig zurückgekehrten oder zurückgeführten

[720] Europäische Kommission: „*EU-Egypt Partnership Priorities 2017-2020*". Association between the European Union and Egypt, The Association Council (Hrsg.). Bericht von 16.06.2017, Seite 8, unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/eu-egypt-partnership-priorities.pdf, abgerufen am 05.07.2020.

[721] Ebd.

[722] Vgl. Ghorfa Arab-German Chamber of Commerce and Industry e. V.: „*Einrichtung von ägyptisch-deutschem Zentrum für Beschäftigung, Einwanderung und Wiedereingliederung*". Bericht vom Juli 2020, unter: https://ghorfa.de/de/einrichtung-von-aegyptisch-deutschem-zentrum-fuer-beschaeftigung-einwanderung-und-wiedereingliederung/, abgerufen am 30.07.2020.

ägyptischen Migranten in der Gesellschaft beitragen[723]. Inwieweit die ägyptischen Maßnahmen gegen die illegale Migration angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der politischen Repressionen[724] im Land nachhaltig wirken können, bleibt ungewiss. Im Jahr 2019 lebten nach Zahlen der ägyptischen Statistikbehörde CAPMAS rund 10,3 Mio. Ägypter im Ausland (fast 7 Mio. in arabischen Ländern). Die Geldtransfers von ägyptischen Migranten bescherten dem Land von 2014 bis 2019 durchschnittlich 21 Mrd. USD im Jahr[725] und waren somit hinter den Exporterlösen die zweitwichtigste Deviseneinnahmequelle Ägyptens.

7.3.3 Zivilgesellschaft und soziale Rechte

Die Einschränkung politischer Freiheiten im Zusammenwirken mit der Abwesenheit von staatlichen Kontrollmechanismen, bedingt durch die fehlende Gewaltenteilung unter dem ehemaligen Präsidenten Moubarak haben ihren Schatten auf die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Akteuren geworfen und die soziale Lage in den 1990er und Anfang der 2000er Jahre geprägt. Der Staat schien in dieser Zeit mit dem stark zunehmenden Bevölkerungswachstum und der persistierend hohen (Jugend-) Arbeitslosigkeit, die maßgeblich den Defiziten im Bildungssektor und Arbeitsmarktpolitik der Regierung zurückzuführen ist, überfordert zu sein. Angesichts eines Jahres-Pro-Kopf-Einkommens von 920 USD (der niedrigste Wert in Nordafrika) im Jahr 1995 sowie einer Inflationsrate, die Anfang der 1990er Jahre zwischen 20 und 30 Prozent variierte, litten Millionen Menschen im Land unter den Einfluss der hohen Lebenshaltungskosten. Zahlreiche Haushalte waren auf Überweisungen ihrer ins Ausland immigrierten Familienangehörigen angewiesen. Die soziale Ungleichheit vergrößerte sich interregional sowie zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, wobei letztere aufgrund der schwachen Infrastruktur im Hinblick auf die sozio-ökonomischen Entwicklung im Nachteil waren. Demnach galten im Jahr 1995 fast 28,5 Prozent der ägyptischen Haushalte als arm (über 41 Prozent der Haushalte im ländlichen Raum waren betroffen) und fast 41 Prozent der Ägypter lebten in schwierigen Wohnverhältnissen (über 57 Prozent der auf dem Land lebenden Personen waren betroffen) (vgl. Berenger 2008: 18f.).

[723] Ebd.

[724] Zahlreiche Anhänger der Opposition sowie prominente Oppositionspolitiker, Akademiker und Intellektuelle, wie etwa die ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Ayman Nour oder Mohammed El Baradei, flohen nach dem Militärputsch 2013 aus dem Land und leben im Exil.

[725] Vgl. Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): *„Égypte. Indicateurs et conjoncture“*. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom 09.12.2019.

Zur Abfederung der durch die Umsetzung des Strukturanpassungsprogramms entstehenden sozialen Begleiterscheinungen wurden in Ägypten seit 1991 mehrere Sozialprogramme beschlossen, um u.a. die soziale Sicherheit der benachteiligten Bevölkerungsschichten zu stärken und somit den sozialen Frieden zu wahren. In diesem Kontext ist insbesondere das 1991 ins Leben gerufene *Social Fund for Development* (SFD) zu erwähnen. Das SFD setzte sich zum Ziel, die Armut auf Gemeindeebene durch die Unterstützung von Beschäftigungsprogrammen sowie Infrastrukturprojekten (u.a. Wasserversorgung, Schulen und Straßennetz) zu verringern, die Gewährung von Mikrokrediten zur Schaffung von Klein- und Mittelbetrieben zu fördern und den Zugang der benachteiligten Bevölkerungsschichten zu den sozialen Diensten (u.a. medizinische Versorgung) zu verbessern (vgl. Abou-Ali et al. 2009: 2). Das SFD wurde u.a. von der EU, der Weltbank und arabische Golfstaaten finanziell unterstützt. Bei der Umsetzung der jeweiligen Projekte arbeitete die ägyptische Regierung mit über 330 lokalen NGOs zusammen, die schwerpunktmäßig bei der Bekämpfung von Analphabetismus und bei der Vermittlung von Mikrokrediten zum Einsatz kamen.

Im Vorfeld der zweiten SFD-Projektphase von 1997 bis 2000 wurde im April 1996 auf Initiative der EU eine internationale Geberkonferenz in Brüssel abgehalten, in der Finanzmittelzusagen für das SFD vereinbart wurden. Die EU steuerte dabei mit etwa 197 Mio. USD den größeren Geldbetrag (u.a. vor dem *Arab Fund* mit ca. 167 Mio. USD und dem *African Development Fund* mit fast 21 Mio. USD) für die zweite SFD-Phase bei[726]. Der Schwerpunkt des EU-Engagements lag vor allem in der sozialen und menschlichen Entwicklung sowie im Bereich Beschäftigung. Von 1991 bis Anfang 2008 wurden aus Mitteln des SFD insgesamt Projekte im Wert von ca. 2,5 Mrd. USD sektorenübergreifend finanziert, von denen schätzungsweise 32 Prozent der Ägypter aus überwiegend sozialschwachen Bevölkerungsschichten profitiert hatten (vgl. Abou-Ali et al. 2009: 2). Dank des SFD und des Wirtschaftswachstums im Laufe der 2000er Jahre hat Ägypten einige soziale Indikatoren verbessern können. Demnach konnte die Zahl der ägyptischen Haushalte, die als arm galten, von etwa 28,5 Prozent im Jahr 1995 auf gut 18 Prozent im Jahr 2005 reduziert werden und die Quote der Ägypter, die in schwierigen Wohnverhältnissen lebten, konnte ebenfalls von ungefähr 41 Prozent im Jahr 1995 auf fast 25 Prozent im Jahr 2005 gesenkt werden (vgl. Berenger 2008: 18). In der Zeit von 2005 bis 2009

[726] Vgl. African Development Bank Group: *„Arab Republic of Egypt. Social Fund for Development Phase II Project"*. African Development Fund (Hrsg.). Bericht vom Oktober 2006, Seite 1, unter: https://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Project-and-Operations/ADF-BD-IF-2006-228-EN-EGYPT-PCR-SOCIAL-FUND-FOR-DEVELOPMENT-PHASE-II-PROJECT.PDF, abgerufen am 06.07.2020.

lag die durchschnittliche Armutsrate bei rund 21 Prozent, von denen gut 18 Prozent mit 2 USD und fast 3 Prozent mit nur 1,25 USD pro Tag auskommen mussten (vgl. Nathanson 2016: 15).

Zur Linderung des Armutsproblems und zur Stützung der Kaufkraft im Land subventioniert Ägypten, wie die meisten arabischen Staaten, wichtige Lebensmittel (vor allem Getreide und Brot), Verbrauchsgüter (vor allem Kraftstoffe) und soziale Dienstleistungen, was je nach Wirtschaftslage zu einer Belastung des Staatshaushaltes führt. Die knappen Finanzressourcen von Ägypten im Laufe der 1990er und 2000er Jahre hatten daher im Zusammenwirken mit der zentralen Gestaltung der politischen Entscheidungsfindung sowie der Konzentration der Bevölkerung in bestimmten Landesteilen (vor allem entlang des Nils) ein Ungleichgewicht in mehreren Sozialbereichen hervorgerufen. Denn über 95 Prozent des ägyptischen Volkes (Stand: 2019) lebt auf 7 Prozent der Gesamtfläche[727], da 96 Prozent der Landesfläche aus Wüste besteht, wo klimatisch und logistisch gesehen überwiegend schwierige Lebensbedingungen herrschen. Diese hohe Bevölkerungsdichte hat Konsequenzen für die gerechte Verteilung der Infrastruktur und den Zugang zu den sozialen Diensten zur Folge. In diesem Kontext ist vor allem die medizinische Versorgung, den Anschluss zum Wasser- und Straßennetz sowie zur Abwasserkanalisation zu erwähnen.

Der ägyptische Staat hat sowohl in der modifizierten Verfassung von 1971 als auch von 2014 die Gewährung und Sicherung der sozialen Rechte unterstrichen. Art. 18 der Verfassung von 2014 betont das Recht von jedem Bürger auf eine qualitative medizinische Versorgung und schrieb einen jährlichen Budgetanteil für den Gesundheitssektor vor:

„Every citizen is entitled to health and to comprehensive health care with qualitycriteria. The state guarantees to maintain and support public health facilities thatprovide health services to the people, and work on enhancing their efficiency andtheir fair geographical distribution. The state commits to allocate a percentage of government expenditure that is noless than 3% of Gross Domestic Product (GDP) to health. The percentage willgradually increase to reach global rates“ (Art. 18 der ägyptischen Verfassung von 2014).

Dank einer Verbesserung der Lebensqualität kann das Land zwar bei einigen medizinischen Indikatoren positive Werte vorweisen, aber die Gesamtsituation, insbesondere im nationalen öffentlichen Gesundheitssektor, zeichnet bis Juli 2020 ein anderes Bild. Zwischen 1990 und 2017 stieg die Lebenserwartung von 64,5 auf 72 Jahre an, die Rate von Müttersterblichkeit sank von 106 auf 37 Todesfälle pro 100.000 Lebendgeburten und die Kindersterblichkeitsquote ging

[727] Vgl. Ministère de l'Europe et des Affaires Étrangères (France): *„Présentation de l'Égypte“*. Bericht vom 04.09.2019, unter: https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/dossiers-pays/egypte/presentation-de-l-egypte/, abgerufen am 15.01.2020.

von 60 auf 18 Todesfälle pro 1.000 Geburten zurück[728]. Auf der Gegenseite weist Ägypten eine international hohe Prävalenz an chronischen Krankheiten auf. Hierbei ist in erster Linie die Krankheit *Hepatitis C* zu nennen, weil Ägypten laut Daten der WHO von 2007 und 2015 das Land mit der höchsten Prävalenz (zwischen 13 und 14,7 Prozent der Bevölkerung soll an Hepatitis C erkrankt sein) weltweit ist[729]. Das Ausmaß der Verbreitung wurde 1995 erstmals durch den ägyptischen Arzt *Yasin Abd Al-Ghaffar*, der an einem Zentrum für Lebererkrankungen arbeitete, entdeckt und durch weitere Nachforschungen der WHO und der Golfstaaten, wo Millionen von Ägyptern arbeiten[730], bestätigt. Als Ursache für die Ausbreitung der Hepatitis C-Erkrankungen wird eine Massenbehandlungskampagne gegen *Bilharziose*, die zwischen 1960 und 1980 in Ägypten durchgeführt wurde und Injektionen beinhaltete, vermutet (Radi 2007: Abschnitt 8f.). Dabei sollen die bei der Kampagne verwendeten Spritzen schlecht oder überhaupt nicht sterilisiert gewesen sein. Eine juristische Aufarbeitung dieses Falles fand in Ägypten nicht statt.

„Egypt is also facing a growing burden of non-communicable diseases (NCD), mainly due to poorly controlled risk factors. NCDs now account for an estimated 82% of all deaths and 67% of premature deaths in the country. Ischemic heart disease and cerebrovascular disease are the leading causes of death"[731]. Darüber hinaus ergab eine von der Weltbank finanzierte Vorsorgeuntersuchung in Ägypten im Jahr 2018, dass das Land die höchste Rate an Adipositas unter den 20 bevölkerungsreichsten Nationen hatte, und dass unter den 53 Mio. Erwachsenen (über 18 Jahre) im Land 6 Prozent an Diabetes, 26 Prozent an Bluthochdruck und 70 Prozent an Übergewicht litten[732]. In Bezug auf die Kapazitäten der medizinischen Einrichtungen in Ägypten stieg zwischen 2014 und 2016 die Zahl der öffentlichen Krankenhäuser von 659 auf 664 und die Zahl von privaten Kliniken von 1.403 auf 1.412 an, wobei paradoxerweise im gleichen Zeitraum die Bettenzahl von 130.900 auf 122.248 zurückgegangen ist[733]. Die Zahl von

[728] Vgl. The World Bank: *„Supporting Egypt's Universal Health Insurance System. Project Information Document"*. The World Bank (Hrsg.). Bericht vom November 2019, Seite 4, unter: http://documents1.worldbank.org/curated/en/216021576393269095/pdf/Concept-Project-Information-Document-PID-Supporting-Egypt-s-Universal-Health-Insurance-System-P172426.pdf, abgerufen am 07.07.2020.

[729] Vgl. Radi 2007: Abschnitt 8; Rios, Lorena: *„Egypt's ailing health care system"*. Artikel vom 23.07.2015. In: Al-Monitor, unter: https://www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/07/egypt-health-care-hospitals-poor-illness-ministry.html, abgerufen am 07.07.2020.

[730] Die Golfstaaten forderten von ägyptischen Gastarbeitern vor der Einreise die Vorlage eines Attestes, der eine Erkrankung mit Hepatitis C ausschließt.

[731] The World Bank: *„Supporting Egypt's Universal Health Insurance System. Project Information Document"*. The World Bank (Hrsg.). Bericht vom November 2019, Seite 4.

[732] Ebd.

[733] Vgl. Idem, Oliver: *„Ägyptens Gesundheitsmarkt auf Wachstumskurs. Steigende Nachfrage in einem stark regulierten Umfeld"*. Bericht vom 13.09.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.), unter:

Ärzten im Land nahm ihrerseits von knapp 282.000 im Jahr 2014 auf fast 311.000 im Jahr 2016 zu. Insgesamt stand 2015 in Ägypten eine Proportion von 32 Ärzten pro 100.000 Einwohner im Verhältnis (gegenüber 330 bzw. 410 pro 100.000 Einwohner in Frankreich bzw. in Deutschland)[734].

Das ägyptische Gesundheitssystem sowie die medizinische Versorgung im Land wiesen im Untersuchungszeitraum trotz einiger Fortschritte strukturelle, bürokratische und finanzielle Defizite auf, die die Qualität der medizinischen Versorgung und die Gesundheitslage der Ägypter negativ beeinflusst hatten. Der öffentliche Gesundheitssektor wurde durch das Gesundheitsministerium (oberste Fachinstanz), *the Health Insurance Organization* (staatliche Krankenversicherungsbehörde), *the Curative Care Organization* (zuständig für medizinische Leistungen an Krankenhäuser) und *the Teaching Hospitals and Institutes Organization* (zuständig für die Ausbildung von medizinischem Personal) organisiert. Ein der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung ähnliches Modell findet man bis Juli 2020 weder in Ägypten, noch in Algerien oder Tunesien. Das staatliche Krankenversicherungssystem in Ägypten, das seit 1964 durch the Health Insurance Organization garantiert wird, gestaltete sich nach dem Prinzip, dass Arbeitnehmer des öffentlichen und privaten Sektors bis 2019 über ihren Arbeitgeber sowie einkommensabhängige Eigenanteile versichert werden. Die restlichen Bürgerinnen und Bürger mussten für die Inanspruchnahme der staatlichen Versicherung für die medizinische Grundversorgung an öffentlichen Krankenhäusern symbolische Jahresbeiträge leisten oder sich privat versichern.

Die privaten medizinischen Einrichtungen sowie der dünne private Versicherungsmarkt in Ägypten sind ihrerseits mit hohen Kosten verbunden und fokussieren sich lediglich auf Kliniken und Leistungen in Großstädten, wo die meisten wohlhabenden Menschen leben und auch in der Lage sind, die entsprechenden Beiträge bzw. Kosten zu zahlen[735]. Im Jahr 2014 waren rund 50 Mio. der etwa 93 Mio. Einwohnern durch die Health Insurance Organization versichert[736]. Mehrere Mio. Menschen, überwiegend aus armen ländlichen Gebieten (55 Mio.

https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/aegypten/aegyptens-gesundheitsmarkt-auf-wachstumskurs-14940, abgerufen am 07.07.2020.

[734] Vgl. Organisation de Coopération et de Développement Économiques: *„Panorama de la santé 2017. Les indicateurs de l'ocde*". OCDE (Hrsg.), Paris 2017, Seite 157; Idem, Oliver: *„Ägyptens Gesundheitsmarkt auf Wachstumskurs. Steigende Nachfrage in einem stark regulierten Umfeld*". Bericht vom 13.09.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.).

[735] Vgl. The World Bank: *„Supporting Egypt's Universal Health Insurance System. Project Information Document*". The World Bank (Hrsg.). Bericht vom November 2019, Seite 5f.

[736] Vgl. Idem, Oliver: *„Ägyptens Gesundheitsmarkt auf Wachstumskurs. Steigende Nachfrage in einem stark regulierten Umfeld*". Bericht vom 13.09.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.)

Menschen lebten 2017 auf dem Land) hatten aus bürokratischen Gründen einen erschwerten Zugang zum Krankenversicherungsschutz gehabt. Im Jahr 2019 startete die ägyptische Regierung ein Pilotprojekt zur Etablierung eines umfassenden Krankenversicherungssystems, das durch den Staat sowie Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert werden sollte, und von dem die gesamte Bevölkerung (sozialschwache sollten kostenfrei versichert werden) bis 2032 schrittweise profitieren sollte[737]. Hinsichtlich der Effektivität und Finanzierbarkeit dieses Projektes herrschen jedoch Zweifel, da angesichts der hohen Finanzlücke im Gesundheitssektor und der schwachen personellen sowie materiellen Ausstattung von öffentlichen Krankenhäusern deutlich mehr Finanzmitteln als die für die erste Phase vorgesehenen 530 Mio. USD benötigt werden. Das Gesamtvolumen zur Finanzierung dieses Projektes soll sich auf 992 Mio. USD belaufen.

„Egypt's health system is fragmented, vertically organized and highly centralized with little communication and interaction between institutions and different levels, resulting in considerable disconnects between health policies and local needs"[738]. Zudem interagieren mehrere öffentliche und private Akteure (u.a. Krankenkassen, Kliniken, Behörden, Apotheken sowie medizinische und administrative Vermittler) mit unterschiedlichen Interessen im Gesundheitssektor, was eine reibungslose Koordination erschwert und letztendlich auf die medizinische Leistung negativ auswirkt. Dies fördert auch eine Kultur der Korruption vor allem im öffentlichen Gesundheitssektor, weil Menschen sich dadurch eine schnellere Terminvergabe sowie eine bessere Behandlung erhoffen (vgl. Fintz et al. 2007: Abschnitt 26). Im Laufe der 1990er und 2000er Jahre wurden neue Kliniken errichtet und öffentliche Krankenhäuser saniert. Unter anderem wurden aus Mitteln des SFD von 1991 bis 2007 für 390 Mio. ägyptische Pfund (ca. 78 Mio. USD zum damaligen Wechselkurs) etwa 840 medizinische Einrichtungen renoviert, Fortbildungen für das Medizinpersonal und Aufklärungskampagnen zum Thema „Gesundheit" finanziert (vgl. Abou-Ali et al. 2009: 4). Die EU unterstützte während der Untersuchungsphase vorrangig Programme zur Gewährung eines besseren Zugangs von Frauen und Kindern zu medizinischer Versorgung. Im Rahmen des gemeinsamen Aktionsplans für die Periode von 2017 bis 2020 wurde die Modernisierung des ägyptischen Gesundheitssystems als Priorität eingestuft. Hierzu bekräftigte die EU ihren Willen, mit dem Land ihre Expertise zur Etablierung einer gerechten und umfassenden Gesundheitsversorgung zu teilen[739]. In Bezug auf

[737] Ebd.

[738] The World Bank: *„Supporting Egypt's Universal Health Insurance System. Project Information Document"*. The World Bank (Hrsg.). Bericht vom November 2019, Seite 5.

[739] Vgl. Europäische Kommission: *„EU-Egypt Partnership Priorities 2017-2020"*. Association between the European Union and Egypt, The Association Council (Hrsg.). Bericht von 16.06.2017, Seite 4.

die Beschaffung von medizinischem Material muss Ägypten fast 90 Prozent seines Bedarfs aus dem Ausland beziehen. „Deutschland war im Jahr 2016, wie in den Vorjahren, das wichtigste Lieferland Ägyptens für Medizintechnik mit einem Anteil von 36,6 Prozent“ vor den USA mit 12,4 Prozent und China mit 10,1 Prozent Marktanteil[740].

Trotz der Bemühungen bleiben die Leistungen des Gesundheitssystems in Ägypten schwach. Die in der Verfassung von 2014 vorgesehnen Staatsausgaben für die Gesundheitsversorgung (3 Prozent des BIP im Jahr) werden nicht eingehalten. „Egypt is one of the lowest healthcare spenders in the Middle East and North Africa (MENA) region withheath expenditure at 1.4 percent of Egypt’s GDP. Only 5.6 percent of total government budget is spent on health, accounting for 38% of the total health expenditure“[741]. Ein beachtlicher Teil der Investitionen im Medizinsektor wird durch gewährte Kredite von internationalen Geldgebern gedeckt. Nach Zahlen des CAPMAS von 2018 betrug der Anteil von privaten Gesundheitsausgaben über 60 Prozent, was finanziell schwache Patienten benachteiligt, zumal die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben für die Gesundheitsversorgung in Ägypten im Jahr 2018 bei nur 90 USD (gegenüber 305 USD in Tunesien im Jahr 2013) lagen[742]. Es werden darüber hinaus große Disparitäten hinsichtlich der Verteilung von medizinischen Einrichtungen und der Qualität der gebotenen Leistungen (u.a. die Mutter-Kind-Versorgung) zwischen städtischen und ländlichen Gebieten festgestellt. Dabei wird das Gesundheitssystem in Oberägypten sowie an den Grenzregionen am schlechtesten bewertet. „For instance, under-five mortality is highest in Upper Egypt (38 deaths per 1,000 births) which is almost twice the level of the urban governorates (20 deaths per 1,000 births)“[743]. Zudem stellt Durchfall die zweithäufigste Todesursache bei Kindern unter fünf Jahren in Ägypten (insbesondere im ländlichen Raum aufgrund von verunreinigtem Wasser) dar und Statistiken zeigen, dass jährlich 3.500 bis 4.000 Kinder in dieser Altersstufe an Durchfall sterben[744].

---

[740] Idem, Oliver: *„Ägyptens Gesundheitsmarkt auf Wachstumskurs. Steigende Nachfrage in einem stark regulierten Umfeld“*. Bericht vom 13.09.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.).

[741] The World Bank: *„Supporting Egypt’s Universal Health Insurance System. Project Information Document“*. The World Bank (Hrsg.). Bericht vom November 2019, Seite 6.

[742] Vgl. Idem, Oliver: *„Ägyptens Gesundheitsmarkt auf Wachstumskurs. Steigende Nachfrage in einem stark regulierten Umfeld“*. Bericht vom 13.09.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.); Germany Trade and Invest: *„Branche kompakt: Medizintechnikmarkt in Tunesien bleibt dynamisch“*. Bericht vom 10.08.2017; The World Bank: *„Supporting Egypt’s Universal Health Insurance System. Project Information Document“*. The World Bank (Hrsg.). Bericht vom November 2019, Seite 6.

[743] The World Bank: *„Supporting Egypt’s Universal Health Insurance System. Project Information Document“*. The World Bank (Hrsg.). Bericht vom November 2019, Seite 4.

[744] Vgl. UNICEF: *„Egypt. Water, Sanitation and Hygiene“*. Bericht von 2017, unter: https://www.unicef.org/egypt/water-sanitation-and-hygiene, abgerufen am 07.07.2020.

Die hohen Behandlungs- und Medikamentenkosten treiben viele Ägypter zur Inanspruchnahme der Dienste von traditionellen Heilpraktikern und die Einnahme von entsprechend verordneten Heilmitteln (vgl. Fintz et al. 2007: Abschnitt 26). Die Verwendung von traditionellen Heilmitteln war während der Untersuchungsperiode mangels finanzieller Ressourcen in der Gesellschaft verbreitet, was Gesundheitsrisiken für die Patienten bergt, da dieser Heilmittelbereich nicht den staatlichen Kontrollen unterliegt. Die Situation im ägyptischen Gesundheitssektor wird zusätzlich durch den zunehmenden Wechsel von Ärzten und medizinischem Personal in den Privatsektor oder ihre Auswanderung verschärft. Aufgrund der an öffentlichen Krankenhäusern niedrig gezahlten Gehälter bevorzugt das Medizinpersonal eine Anstellung in Privatkliniken oder die Migration in Richtung der Golfstaaten, wo deutlich bessere finanzielle Anreize warten. Dies trägt zu einer Reduzierung der Kontingente von Ärzten sowie medizinischem Personal und letztendlich zu einer Verschlechterung der medizinischen Versorgung im Land bei. *Henk Bekedam*, der ehemalige Vertreter der WHO in Ägypten, warf 2015 der Staatsführung eine jahrelange Vernachlässigung des Gesundheitssystems im Land vor und merkte an, dass „this is not since yesterday or since the revolution. This has been happening for the last 20 or 30 years“[745]. Die Weltbank teilte 2019 die gleiche Einschätzung und fügte hinzu:

„The Egyptian health system is not positioned to deliver high-quality health services to meet the most pressing needs of its population. Although more than 95% of the population lives within 5 kilometers of a health facility, facilities are often ill-equipped to respond to the real needs ofthe population in their catchment areas Grim conditions at dilapidated state-run facilities, regular medication stock-outs due to outdated and inefficient supply chains, lack of updated and enforced clinical guidelines for managing chronic diseases and limited numbers of specialists have been widely reported. As such, quality of care is often poor, leading to low utilization and reduced health benefits“[746].

Neben dem Gesundheitssektor ist Ägypten auch mit großen Herausforderungen hinsichtlich der Wasserknappheit im Land sowie der Behandlung und dem Umgang mit Abwasser und Abfall konfrontiert. Letzteres stellt sowohl für Ägypten als auch für die arabischen MDL eine große Herausforderung dar, weil es noch an einem klaren gesetzlichen, technischen, fachlichen und logistischen Rahmen fehlt. Die Müllverarbeitungsindustrie sowie Recycling, insbesondere im Hinblick auf Biomüll, sind unterentwickelt und somit landet ein Großteil des Abfalls in der Natur mit erheblichen Umweltrisiken für Flüsse, Meer, Grundwasser und Natur. „Landesweit werden nur rund 60 Prozent der Abfälle gesammelt, weniger als 20 Prozent werden

[745] Vgl. Rios, Lorena: *„Egypt's ailing health care system“*. Artikel vom 23.07.2015. In: Al-Monitor.
[746] The World Bank: *„Supporting Egypt's Universal Health Insurance System. Project Information Document“*. The World Bank (Hrsg.). Bericht vom November 2019, Seite 6.

ordnungsgemäß deponiert oder wiederverwertet; es gibt zahlreiche wilde Müllkippen“[747]. Das Land besteht zudem zu 96 Prozent aus Wüste und die Wasserressourcen sind knapp. Ägypten deckt 90 Prozent seines Wasserbedarfs aus dem Nil, auf dem Äthiopien den bisher größten Staudamm Afrikas errichtet und im Juli 2020 eingeweiht hat, was die für Ägypten bisher zustehenden Wassermengen von gut 55 Mrd. Kubikmeter pro Jahr schmälern würde. In den 1990er und Anfang der 2000er Jahren waren sowohl die Wasserversorgung als auch der Zugang zu verbesserten Sanitäranlagen insbesondere im ländlichen Raum schlecht und stellten einige der Hauptursachen für Erkrankungen oder Vergiftungen dar. Im Jahr 2012 konnte in ländlichen Gebieten Ägyptens eine Abwasserbehandlung von nur 20 Prozent erzielt werden, was in Verbindung mit dem unkontrolliert entsorgten Abfall zu einer starken Verschmutzung des Nils und des Bewässerungskanalsystems mit schwerwiegenden Folgen für Mensch, Tier und Landwirtschaft geführt hatte[748].

Die gesundheitlichen Risiken und die schwierigen Lebensbedingungen im ländlichen Raum, wo im Jahr 2017 noch rund 55 Mio. Einwohner lebten, veranlasste mehreren ausländischen Akteuren, in Zusammenarbeit mit der ägyptischen Regierung die Lebensperspektiven der ländlichen Bevölkerung zu verbessern, um die Landflucht in Richtung der überfüllten Großstädte möglichst einzudämmen. Dank der Unterstützung vor allem der EU-Staaten, der USA und der internationalen Institutionen (allen voran die Weltbank) im Laufe der 2000er Jahre hat man den Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu verbesserten Sanitäranlagen insbesondere in den sozialschwachen Landesteilen (vor allem Oberägypten und die Nildelta-Region) verbessern können. In diesem Kontext finanzierte die Agence Francaise de Développement in Kooperation mit europäischen Entwicklungspartner (u.a. die EU, die KfW Bankengruppe und die EIB) in den Jahren 2011 und 2012 zwei Programme im Bereich „sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen“ in den Regionen Oberägypten und Nildelta. Die Projekte, die 2011 gestartet wurden und bis 2019 gingen, erforderten ein Investitionsvolumen von 97 Mio. Euro (wurden als Darlehen zu günstigen Bedingungen gewährt). Sie zielten darauf ab, Reformen im Wassersektor zu fördern, den Zugang zu sauberem Trinkwasser zu verbessern, bereits bestehende Anlagen zu sanieren, neue Kläranlagen zu errichten, das Kanalisationsnetz auszubauen und die Betreiber bei der Modernisierung ihrer Arbeitsmethoden durch fachliche

[747] Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Deutschland): *„Ägypten“*, unter: http://www.bmz.de/de/laender_regionen/naher_osten_nordafrika/aegypten/, abgerufen am 06.07.2020.
[748] Vgl. Siam 2019: 31; UNICEF: *„Egypt. Water, Sanitation and Hygiene“*. Bericht von 2017; Agence Francaise de Développement: *„Améliorer l’accès à l’eau et à l’assainissement dans le Delta du Nil“*, unter: https://www.afd.fr/fr/carte-des-projets/ameliorer-lacces-leau-et-lassainissement-dans-le-delta-du-nil, abgerufen am 07.07.2020.

Expertise zu unterstützen[749]. Außerdem finanzierte die Agence Francaise de Développement im Laufe des Jahres 2018 weitere Wasser- sowie Abwasserprojekte, wie etwa den Bau einer Schlammbehandlungsanlage in Alexandria, mit rund 96 Mio. Euro[750]. Die USAID unterstützte ebenfalls den Ausbau der Infrastruktur in Ägypten. Von 1979 bis 2020 finanzierte die USAID mit 3,5 Milliarden US-Dollar Projekte zur Trinkwasserversorgung und zur Errichtung von sanitären Einrichtungen, von denen über 25 Millionen Ägypter u.a. in Kairo und Alexandria profitieren[751].

Die GIZ koordinierte zwischen 2012 und 2015 ein multilaterales Programm mit der Beteiligung von Ägypten, Tunesien, Marokko und Jordanien zur Entwicklung von Managementstrategien für Abwasser, sodass man Letzteres nachbehandeln und wiederverwenden kann, damit der hohe Wassermangel in diesen Ländern reduziert werden kann. Die Projekte in Ägypten umfassten die „Einführung einer zweiten Behandlungsstufe und Nutzung des behandelten Abwassers für die Bewässerung landwirtschaftlich genutzter Flächen“[752]. Außerdem wurden im Rahmen dieser Partnerschaft der regionale Erfahrungsaustausch sowie Techniktransfer im Bereich Abwassermanagement gefördert und gemeinsame Schulungsprogramme organisiert. Die EU sowie mehrere europäische Entwicklungs- (u.a. die KfW Bankengruppe und die Agence Francaise de Développement) und Investitionsbanken (vor allem die EIB) unterstützen zudem seit 2017 Reformen im Rahmen des ägyptischen *National Water Resources Plan for Egypt 2017-2037*. Der Plan soll bis 2037 einen nachhaltigen und schonenden Umgang mit Wasserressourcen ermöglichen. Schwerpunktmäßig bietet die EU technische, finanzielle und fachliche Assistenz an. In Koordination mit weiteren Staaten und internationalen Institutionen fördert die EU die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für einen „National Water Resources Plan“, die Erstellung einer Strategie für die ländliche Sanitärversorgung, die Festlegung eines Reformfahrplans für den städtischen Wassersektor und die Reduzierung von Wasserverlusten

[749] Vgl. Agence Francaise de Développement: *„Améliorer l’accès à l’eau et à l’assainissement dans le Delta du Nil*“; Agence Francaise de Développement: *„Améliorer les services d’eau et d’assainissement en Haute-Égypte*“, unter: https://www.afd.fr/fr/carte-des-projets/ameliorer-les-services-deau-et-dassainissement-en-haute-egypte, abgerufen am 07.07.2020.

[750] Vgl. Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): *„Le secteur de l'eau en Egypte*“. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom 18.10.2018, unter: https://www.tresor.economie.gouv.fr/Articles/2018/10/18/le-secteur-de-l-eau-en-egypte, abgerufen am 07.07.2020.

[751] Vgl. United States Agency for International Development: *„Egypt. Water and Sanitation*“. Bericht vom 12.05.2020, unter: https://www.usaid.gov/egypt/water-and-sanitation, abgerufen am 29.06.2020.

[752] Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit: *„Beispielprojekte für nachhaltiges integriertes Abwassermanagement und Möglichkeiten der Wiederverwendung von Abwasser im Mittelmeerraum*“, unter: https://www.giz.de/de/weltweit/56694.html, abgerufen am 08.07.2020.

durch die Modernisierung sowie Ausbau der Anlagen und Leitungen[753]. Für die vorgesehenen Projekte, bei denen zunächst 4 Mio. Einwohner von der Abwasserentsorgung und vom Zugang zu Trinkwasser profitieren sollen, sicherte die EU Ägypten bis 2020 eine Finanzbeteiligung in Höhe von rund 160 Mio. Euro zu[754]. In dieser Hinsicht gab die EIB außerdem am 10. Februar 2020 die Unterzeichnung eines Finanzierungsabkommens über 120 Mio. Euro mit der ägyptischen Regierung zum Ausbau und zur Modernisierung einer Kläranlage in Alexandria bekannt, bei dem die EIB dem Land zusätzlich einen Erfahrungsaustausch anbot[755].

Die Abdeckung mit der Wasser- sowie Abwasserinfrastruktur hat in Ägypten dank europäischer und internationaler Unterstützung in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen, ein flächendeckender Zugang war allerdings bis 2020 nicht möglich und Millionen Menschen scheinen noch zumindest mittelfristig darunter zu leiden, da weiterhin eine regionale Disparität zu beklagen ist. Während der Zugang zu Wasser in städtischen Gebieten nahezu universell und zuverlässig ist, sind eine große Anzahl von Haushalten auf dem Land und in Slums immer noch nicht an das Wasserversorgungssystem, an dem 2014 etwa 91 Prozent der ägyptischen Bevölkerung angebunden war, angeschlossen[756]. In Zahlen ausgedrückt hatten 12 Prozent der ländlichen Bevölkerung und insgesamt 7,3 Mio. Ägypter im Jahr 2014 keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser gehabt, wobei 5,8 Mio. davon im ländlichen Raum lebten. Zudem hatten rund 8,4 Mio. Ägypter im Jahr 2014 keinen Zugang zu verbesserten sanitären Anlagen, dabei waren mit einem Anteil von ca. 15 Prozent die Einwohner von ländlichen Gebieten mehr von diesem Phänomen betroffen als die städtische Bevölkerung (ein Anteil von 1 Prozent)[757]. „Regarding water, sanitation and hygiene in schools, most updated statistics report access to piped water coverage at 98 percent in urban areas and at 84 percent in rural areas“[758]. Die Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser sowie die mit den hygienischen Zuständen entstehenden Problemen werden Ägypten voraussichtlich mittel- und langfristig noch beschäftigen. Besser zeigt sich die Situation hingegen in Bezug auf den Zugang zum Stromnetz, das im Laufe der 2000er Jahre ausgebaut wurde, sodass im Jahr 2018 ein universeller Zugang

[753] Vgl. Europäische Kommission: *„Commission Implementing Decision of 29.11.2018. on the multi-annual action programme in favour of Egypt for 2018, 2019 and 2020“*. Brüssel 29.11.2018. Bericht vom 29.11.2018, Seite 14, unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/c_2018_8187_egypt_2018_2019_2020.pdf, abgerufen am 29.06.2020.
[754] Ebd. Seite 15f.
[755] Vgl. Econostrum: *„La BEI soutient l'épuration des eaux usées d'Alexandrie Ouest“*. Artikel vom 10.02.2020, unter: https://www.econostrum.info/La-BEI-soutient-l-epuration-des-eaux-usees-d-Alexandrie-Ouest_a26465.html, abgerufen am 29.06.2020.
[756] Vgl. UNICEF: *„Egypt. Water, Sanitation and Hygiene“*. Bericht von 2017.
[757] Ebd.
[758] Ebd.

von 100 Prozent (gegenüber 95 Prozent im Jahr 1995) für die ägyptische Bevölkerung erreicht werden konnte[759].

Während der Untersuchungsphase wurde in Bezug auf die Gewerkschafts- und Vereinigungsfreiheit, abgesehen vom Zeitraum nach dem Sturz von Mubarak im Frühjahr 2011 und bis zum Militärputsch im Sommer 2013, trotz einer verfassungsrechtlichen Verankerung eine restriktive staatliche Politik verzeichnet. Generell gilt der Organisationsgrad sowie die Tarifbindung von Gewerkschaften im arabischen Raum als gering, da die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen in der MENA-Region sowie die jahrzehntelang praktizierte Kooptierungspolitik eine freie Entfaltung von Gewerkschaftsarbeit behinderten (auf Tunesien traf dies auch bis Anfang 2011 zu). In mehreren arabischen Staaten dominiert eine Einheitsgewerkschaft das Bild vom Arbeitskampf, der aber größtenteils unter Kontrolle der herrschenden Regierungen bleibt. Die Bildung von unabhängigen Gewerkschaften in Ägypten wird durch rechtliche Hürden erschwert. „Bis in die 2000er-Jahre hinein hatte von Gesetz wegen ein einziger Gewerkschaftsbund das Monopol bei der Arbeitnehmervertretung, nämlich die *Egyptian Trade Union Federation* (ETUF)" (Nathanson 2016: 104). Die ETUF war der regierenden Staatspartei NDP angegliedert, ihre Führungsriege stammte „ausschließlich aus einem Verwaltungsapparat ohne Arbeitnehmervertreter" und sie sollte „das politische und wirtschaftliche System stabil halten" (vgl. Nathanson 2016: 104). Im Jahr 2007 wurde die *Independent General Union of Real Estate Tax Authority Workers* als unabhängige Gewerkschaft gegründet, welche zunächst keinen rechtlichen Status erlangen konnte und erst im Jahr 2009 vom Arbeitsministerium anerkannt wurde (vgl. Nathanson 2016: 100). Im Jahr 2010 wurden zwei weitere unabhängige Gewerkschaften gegründet.

Bis 2010 wies Ägypten, mit Ausnahme der Golfstaaten, wo eine starke Einschränkung von Arbeitnehmerrechten vorherrscht und nur wenige Länder die Gewerkschaftsarbeit dulden (hierbei sind Kuweit, Oman und Bahrain nach Stand von 2016 zu nennen), den „niedrigsten Wert in der Region für rechtliche Gewerkschaftsfreiheit auf"[760]. Nach der Revolte von 2011 gründeten sich hunderte kleine unabhängige Gewerkschaften und waren unter zwei großen unabhängigen Dachverbänden organisiert, nämlich der *Egyptian Federation of Independent Trade Unions* und der *Egyptian Democratic Labor Congress* (vgl. Nathanson 2016:97). Nach

[759] Vgl. La Banque Mondiale: *„Accès à l'électricité (% de la population) - Egypt, Arab Rep.*", unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/EG.ELC.ACCS.ZS?locations=EG, abgerufen am 30.06.2020.
[760] Vgl. Nathanson 2016: 100; International Trade Union Confederation: *„Les pays du Golfe et le travail forcé*". Bericht vom 13.12.2016, unter: https://www.ituc-csi.org/les-pays-du-golfe-et-le-travail?lang=en, abgerufen am 07.07.2020.

dem Staatstreich vom Juli 2013 wurde die Gewerkschaftsfreiheit einer noch schärferen Kontrolle als unter Mubarak unterzogen. Die unabhängigen Gewerkschaften erlangten von den ägyptischen Behörden keinen rechtlichen Status und waren staatlichen Restriktionen ausgesetzt. Die Gesetzeslage nach dem Militärcoup erkannte den unter Mubarak dominierenden Gewerkschaftsverband ETUF „als einziges legitimes und legales Bündnis zur Vertretung von Arbeitnehmerinteressen an, was im Widerspruch zu den ILO-Konventionen steht, die die ägyptische Regierung ratifiziert hat“ (Nathanson 2016: 103). Unter diesen Aspekten scheinen die Arbeitnehmerrechte in Ägypten zumindest mittelfristig vor einer großen Herausforderung zu stehen, zumal im Privatsektor, wo Millionen Arbeitnehmer beschäftigt sind, ohnehin die Mitarbeiter von Entlassung bedroht werden, falls sie sich gewerkschaftlich organisieren.

Die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Akteuren und NGOs wurde wie im Falle von Parteien und Gewerkschaften ebenfalls von staatlicher Seite behindert, obwohl die zivilen Rechte in der modifizierten Verfassung von 1971 und dem neuen Verfassungstext von 2014 betont werden. Der rechtliche Rahmen zur Gründung von NGOs war mit bürokratischen und finanziellen Hürden verbunden. NGOs und Vereine mussten in den 2000er Jahren nicht nur dauernd beim Sozialministerium registriert sein, sondern sie mussten auch die vorherige Zustimmung des Sozialministers zur Ernennung ihres Vorsitzenden, zum Beitritt in einer internationalen Organisation oder zum Erhalt von ausländischen Finanzmitteln einholen (vgl. Harders 1998: 284f; Reiffers et al. 2014: 21). Ferner wurde oppositionsnahen oder kritischen NGOs die Registrierung verweigert oder die Bearbeitung ihrer Anträge wurde in die Länge gezogen, sodass sie weder von staatlichen Fördermitteln noch von Mitgliedsbeiträgen oder Spenden profitieren konnten und letztendlich kaum eine Existenzgrundlage entwickeln konnten. Lediglich Kooperativen und Genossenschaften, deren Zahl im Jahr 2014 bei etwa 18.000 lag und überwiegend in ländlichen Gebieten oder für caritative Zwecke aktiv sind, wurde die Registrierung erlaubt, jedoch ohne dass sie in den letzten 30 Jahren vom Staat aktiv finanziell unterstützt wurden (vgl. Reiffers et al. 2014: 10, 38).

Die ägyptischen NGOs haben vom Sturz Mubaraks nur kurz profitieren können, da die kurzzeitig eingeleitete politische Öffnung infolge des Militärputsches vom Juli 2013 unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung beendet wurde. Im Jahr 2014 lag die geschätzte Anzahl von NGOs in Ägypten nach Angaben der *General Federation of Associations and Civil Institutions* bei rund 41.400 (laut Sozialministerium sollen 46.000 NGOs bestanden haben), die etwa 3 Mio. Mitglieder gezählt hätten (vgl. Reiffers et al. 2014: 10, 21). Diese Zahl lag 2014 im Vergleich zu Marokko (90.000 NGOs und über 15 Mio. Mitglieder) oder Tunesien, das im Verhältnis zur

Bevölkerungszahl (ca. 10 Mio. im Jahr 2014) über fast 17.000 NOGs verfügte, deutlich zurück (vgl. Reiffers et al. 2014: 10). Die Restriktionen gegen NGOs in Ägypten machen sich besonders bemerkbar, wenn man die Tätigkeitsfelder der zivilgesellschaftlichen Akteure betrachtet. Während im Jahr 2014 etwa 23 Prozent der NGOs im kulturellen, wissenschaftlichen und religiösen Bereich, 19 Prozent in der sozialen Hilfe und 14 Prozent in der lokalen Entwicklung tätig waren, findet man im Umkehrschluss in Bereichen, die von der Staatsführung als kritisch gesehen werden, dass nur 0,1 Prozent der NGOs im Bereich Menschenrechte, 0,5 Prozent in der Verteidigung von sozialen Rechten und 0,3 Prozent der NGOs im Bereich Gefangenenrechte aktiv waren (vgl. Reiffers et al. 2014: 10, 21). Kritischen NGOs in Ägypten wird oft die Registrierung verweigert und sie arbeiten teilweise ohne rechtlichen Status mit der Gefahr, juristisch belangt zu werden.

In Bezug auf Repressionen gegen NGOs in Ägypten ist vor allem das international bekannte *Al Nadeem-Zentrum für die Rehabilitierung von Opfern von Gewalt und Folter* in Kairo als Beispiel zu nennen (siehe Kapitel 5.3.5). Das Al Nadeem-Zentrum und dessen Klinik wurden Anfang 2017 von der Polizei auf staatliche Anordnung geschlossen, weil die ägyptische Regierung die Anwendung von Folter im Land kategorisch zurückweist und in der Arbeit des Al Nadeem-Zentrums eine „Schädigung des Rufes Ägyptens" sah. Ausländische NGOs und Stiftungen waren ebenfalls staatlichen Restriktionen ausgesetzt. Im Dezember 2011 führten ägyptische Sicherheitskräfte Durchsuchungen bei zahlreichen lokalen sowie ausländischen NGOs, darunter u.a. politische Stiftungen aus Deutschland, wegen des Verdachts der „illegalen Finanzierung aus dem Ausland" durch. Im Juni 2013 wurden anschließend alle 43 Angeklagten, darunter Mitarbeiter der Konrad Adenauer Stiftung, zu Haftstrafen von 1 bis 5 Jahren verurteilt sowie die Beschlagnahmung der Vermögen von den angeklagten NGOs angeordnet, was zu diplomatischen Spannungen zwischen Ägypten sowie Deutschland und den USA geführt hatte[761]. Die ausländischen NGO-Mitarbeiter mussten ihre Haftstrafe nicht antreten, weil sie Monate zuvor nach der Zahlung hoher Kautionen durch ihre Heimatländer Ägypten haben verlassen können. Die EU stellte im Juli 2019 in ihrer Einschätzung über die Lage der NGOs in Ägypten fest, dass „all draft revisions of the Non-Governmental Organisations (NGO) law 84/2002 currently being discussed reflect an even more restrictive approach and aim at increasing control by the Government over civil society's actions"[762]. Und dies obwohl das

[761] Vgl. Salloum, Raniah: *„Prozess gegen NGO. Ägyptisches Gericht verurteilt Konrad-Adenauer-Stiftung*". Bericht vom 04.06.2013. In: Spiegel Online, unter: https://www.spiegel.de/politik/ausland/aegypten-straft-konrad-adenauer-stiftung-ab-in-prozess-gegen-ngo-a-903537.html, abgerufen am 07.07.2020.

[762] Europäische Kommission: *„Commission Implementing Decision of 18.07.2019 amending Commission Implementing Decision C (2015) 5244 of 22 July 2015 on the Annual Action Programme 2015 in favour of Egypt*

Land im März 2015 nach einer Sitzung des UN-Menschenrechtsrates 224 von mehr als 300 Empfehlungen angenommen habe[763].

Die soziale Lage von Frauen in Ägypten während der Untersuchungsphase war aufgrund von bestehenden kulturellen, sozialen und bürokratischen Hürden von Benachteiligung geprägt (Frauen wiesen u.a. höhere Raten bei Analphabetismus, Arbeitslosigkeit und Armut auf). In einer überwiegend konservativen und männerdominierten Gesellschaft kämpfen Frauen in Ägypten trotz Verbesserungen hinsichtlich der Beschulung, Zugang zum Arbeitsmarkt und Medikation mit großen Herausforderungen. Eine der groben Menschenrechtsverletzungen, unter denen ägyptische Mädchen und Frauen bis 2020 leiden, ist die Frauenbeschneidung bzw. Genitalverstümmelung, die in einem relativ frühen Kindesalter erfolgt (meistens vor oder während der Pubertätsphase) und gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verstößt. Diese seit Jahrhunderten in Entwicklungsländern (mehrheitlich in Afrika und Asien) und in Ägypten weit verbreitete Praxis, durch welche aus Sicht der Familien u.a. die Möglichkeit eines unehelichen Geschlechtsverkehrs minimiert werden sollte, zählt zu den größten Tabuthemen der ägyptischen Gesellschaft. Ägypten sagte der Frauenbeschneidung seit den 1990er Jahren den Kampf an. Das Land mobilisierte die religiösen Instanzen (Al Azhar und die Kirche), damit sie zur Aufklärung der Bevölkerung beitragen. Zudem verabschiedete Ägypten im Jahr 2008 ein Gesetz, das die Genitalverstümmelung von Mädchen unter Strafe stellt und das Parlament verschärfte im Jahr 2016 nochmal die Gesetzeslage, sodass das Strafmaß von ursprünglich 3 Monaten bis 2 Jahren auf 5 bis 7 Jahren erhöht wurde[764].

Die staatlichen Bemühungen haben zu einem Rückgang der Praxis von Frauenbeschneidung geführt. Zwischen 2005 und 2014 gelang es Ägypten, den Anteil von Mädchen im Alter von 0 bis 17 Jahren, die Opfer von Genitalverstümmelung waren, von 28 auf 18 Prozent zu reduzieren[765]. Trotz dieser Fortschritte stellt das Phänomen Ägypten auch im Jahr 2020 vor großen Herausforderungen, weil die Praxis weiterhin überwiegend in ländlichen Regionen praktiziert wird und noch Millionen ägyptischer Frauen mit den gesundheitlichen und psychischen Folgen der Beschneidung zu kämpfen haben. „Data from 2014's Egypt

to be financed from the general budget of the European Union". Bericht vom 18.07.2019, Seite 3, unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/c_2019_5404_egypt_amending_aap_2015_merged.pdf, abgerufen am 07.07.2020.

[763] Ebd.

[764] Vgl. Europäische Kommission: „*Commission Implementing Decision of 5.11.2019 on the multiannual action programme in favour of Egypt for 2019 and 2020 part I*". EU-Kommission (Hrsg.). Bericht vom 05.11.2019, Annex 4, Seite 3.

[765] Ebd.

Demographic Health Survey (EDHS) revealed that 92% of women aged 15 to 49 were subject to Female Genital Mutilation (FGM)“[766]. Einige NGOs und ehrenamtliche Ärzte, denen oft die Finanzmittel fehlen, engagieren sich in Ägypten zur Abfederung der gravierenden Dimension von Frauenbeschneidung. Die gesellschaftliche Resonanz und Aufklärung scheinen allerdings bis 2019 noch nicht gereift zu sein, um das Phänomen effektiv zu bekämpfen. Eine Studie der UNICEF über die Einstellung der Bevölkerung zur weiteren Praxis von Frauenbeschneidung ergab, dass 53,9 Prozent der Frauen und 58,5 Prozent der Männer in Ägypten der Meinung waren, dass die FGM weiterhin praktiziert werden sollte, während 37,5 Prozent der Frauen und 27,9 Prozent der Männer dagegen waren[767]. Eine Datenerhebung der *Egypt's Demographic Health Survey* kam darüber hinaus zu dem Ergebnis, dass 65 Prozent der ländlichen und 44 Prozent der städtischen Frauen die Fortsetzung der FGM befürworten würden[768]. Die EU erklärte im Rahmen des Kooperationsplans 2015-2019 mit Ägypten die Bekämpfung der FGM zur Priorität. In dieser Hinsicht fördert die EU in Zusammenarbeit mit den ägyptischen Behörden die Aufklärung im Land über die Gefahren der FGM unter Einbeziehung der Familien, Schulen, Mediziner, religiösen Führer und der Zivilgesellschaft.

Neben der FGM sind Frauen in der ägyptischen Gesellschaft auch sexueller Belästigung, die im regionalen Vergleich in Ägypten eine negative Dimension nimmt, ausgesetzt. Dies beeinträchtigt sowohl eine freie Selbstentfaltung als auch den Alltagsablauf von Frauen in Ägypten. Im Zusammenwirken mit ihrer schlechten sozio-ökonomischen Lage (allen voran die Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche) tendieren Frauen in Ägypten daher dazu, in einem relativ frühen Alter zu heiraten mit dem Risiko, deutlich mehr Kinder zu bekommen (vgl. Goujon/Al Zalak 2018: 2ff.). Angesichts dieser Konstellation nahm die Fertilitätsrate im Land zu. Nachdem diese bis Mitte der 2000er Jahre rückläufig gewesen war und 3 Kinder pro Frau betragen hatte, stieg sie bis 2014 auf 3,5 Kind pro Frau an (vgl. Goujon/Al Zalak 2018: 1f.). Die Zunahme der Fertilitätsrate wurde sowohl auf dem Land als in der Stadt verzeichnet und hat dazu beigetragen, dass die Bevölkerungszahl in Ägypten binnen eines Vierteljahrhunderts um über 38 Mio. wuchs, nämlich von 62 Mio. im Jahr 1995 auf über 100 Mio. im Jahr 2020.

Der unkontrollierte demografische Wandel scheint trotz einzelner registrierter Verbesserungen in der sozialen Lage (u.a. Erhöhung der Beschulungs- und Alphabetisierungsraten) Ägypten nicht nur während der Untersuchungsphase, sondern auch mittel- bis langfristig, vor großen

[766] Ebd.
[767] Ebd.
[768] Ebd.

Herausforderungen zu stellen. Dies manifestiert sich u.a. in der wachsenden Armut im Land. Bei einer Armutsschwelle von 8.827 ägyptisches Pfund (rund 420 Euro gemäß dem Wechselkurs von 2017) pro Jahr und Person (entspricht 1,15 Euro pro Tag) lag die Armutsrate im Jahr 2017 laut dem ägyptischen Statistikamt CAPMAS bei 32,5 Prozent (gegenüber 25,2 im Jahr 2010), wobei weitere 28 Prozent der Bevölkerung laut Weltbank als armutsgefährdet galten[769]. Zudem lebten 12 Mio. Menschen 2011 in Slums unter prekären Bedingungen[770].

Die soziale Entwicklung in Ägypten wird auch durch eine persistierende Korruption im Land erschwert. Die Bürger werden in ihrem Alltag dazu genötigt, trotz ihrer schlechten sozio-ökonomischen Lage für die Inanspruchnahme z.B. von administrativen oder medizinischen Leistungen Bestechungsgelder zu zahlen[771]. Auf dem Index von Transparency International belegte Ägypten zwischen 1996 und 2019 hintere bis mittlere Plätze. Demnach bewegte sich Ägypten vom 67. Rang (von insgesamt 85 Staaten) im Jahr 1998 auf den 113. Platz (von 183 Länder) im Jahr 2011 und landete zuletzt im Jahr 2019 auf den 112. Rang (von 180 bewerteten Staaten)[772]. Insgesamt wies Ägypten im Jahr 2018 aufgrund der bis dahin erzielten sozialen Fortschritte einen Wert für menschliche Entwicklung von 0,700 (Platz 116 von 189 untersuchten Länder) auf und gehörte somit zum ersten Mal zur Ländergruppe mit einer „hohen menschlichen Entwicklung", nachdem das Land im Jahr zuvor mit einem HDI von 0,696 Punkten noch zu den Ländern mit einer „mittleren Menschlichen Entwicklung" gezählt hatte[773]. Diese Bewertung kann aber über die schwierige soziale Lage im Land nicht hinwegtäuschen.

---

[769] Vgl. La Banque Mondiale: *„Ratio de la population pauvre en fonction du seuil de pauvreté national (% de la population) - Egypt, Arab Rep."*, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/SI.POV.NAHC?locations=EG; The World Bank: *„World Bank Group to Extend Current Strategy in Egypt to Maintain Momentum on Reforms"*. Bericht vom 30.04.2019, unter: https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2019/04/30/world-bank-group-to-extend-current-strategy-in-egypt-to-maintain-momentum-on-reforms; Le Figaro (France): *„Près d'un tiers de la population égyptienne vit sous le seuil de pauvreté"*. Artikel vom 30.07.2019, unter: https://www.lefigaro.fr/flash-eco/pres-d-un-tiers-de-la-population-egyptienne-vit-sous-le-seuil-de-pauvrete-20190730, alle Links abgerufen am 08.07.2020.

[770] Vgl. Amnesty International: *„Zwangsräumungen in ägyptischen Slums stoppen. Historische Chance zur Achtung der Rechte von Slumbewohnern"*. Amnesty International (Hrsg.). Bericht vom 23.08.2011, unter: https://www.amnesty.de/2011/8/23/zwangsraeumungen-aegyptischen-slums-stoppen, abgerufen am 29.03.2020.

[771] Vgl. Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Deutschland): *„Ägypten"*, unter: http://www.bmz.de/de/laender_regionen/naher_osten_nordafrika/aegypten/, abgerufen am 06.07.2020.

[772] Vgl. Transparency International: *„Corruption Perceptions Index. Egypt"*, (mehrere Seiten von Transparency International), unter: https://www.transparency.org/en/cpi/2019/results/egy, abgerufen am 08.07.2020.

[773] Vgl. United Nations Development Programme: *„Human Development Index"*, unter: http://hdr.undp.org/en/indicators/137506; United Nations Development Programme: *„Überblick. Bericht über die menschliche Entwicklung 2019"*. UNDP (Hrsg.), Berlin 2019, Seite 33, unter: http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr_2019_overview_-_german.pdf, beide Links abgerufen am 24.06.2020.

Zwischenfazit

Die Erfolge im Bereich soziale Entwicklung fallen im Untersuchungzeitraum in den drei arabischen MDL insgesamt mäßig aus. Die umgesetzten Projekte und Programme haben nicht die erhoffte Verbesserung der Lebensqualität von Menschen in den drei Fallbeispielländern herbeiführen können. Die politischen und wirtschaftlichen Defizite haben ihren Schatten auf der sozialen Entwicklung in den drei untersuchten Staaten geworfen. Die sozialen Rechte werden zwar in den jeweiligen Verfassungen der drei untersuchten Länder betont, in der Praxis werden aber insbesondere in Bezug auf Ägypten deutliche Abweichungen diesbezüglich beobachtet. Die gewährten Sozialleistungen in den drei MDL stehen nicht in Einklang mit den Lebenshaltungskosten und konzentrieren sich hauptsächlich auf die medizinische Versorgung in einem schlecht ausgestatteten öffentlichen Gesundheitssektor (betrifft insbesondere Ägypten und Algerien) sowie auf die Subvention von wichtigen Lebensmitteln, um den sozialen Frieden nicht zu gefährden. In Abwesenheit von demokratisch legitimierten Parlamenten wären freie Medien und eine lebhafte sowie starke Zivilgesellschaft, die die soziale Lage durch gesellschaftliche Diskurse hätten mitgestalten können, eine Bereicherung für die politische Kultur in den drei Ländern gewesen (auf Tunesien traf dies bis 2011 zu). Ferner hätten NGOs durch ehrenamtliches Engagement einen wesentlichen Beitrag an der sozialen und menschlichen Entwicklung leisten können, zumal in den drei untersuchten MDL hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ein seit Jahrzehnten persistierendes Phänomen der inter- und intraregionalen Ungleichheit beobachtet wird. Zivilgesellschaftliche Akteure und NGOs wurden aber als Gefahr für das Fortbestehen der herrschenden politischen Systeme angesehen und wurden daher durch politische, juristische und bürokratische Maßnahmen in ihre Arbeit beeinträchtigt.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben in allen drei Ländern, und insbesondere in Ägypten und Tunesien, wichtige (Infrastruktur-) Projekte im sozialen Bereich mit Finanzmitteln, Technik und Expertise gefördert. Angesichts der hohen Herausforderungen, der verhältnismäßig niedrigen Fördermittel und der mangelnden Reformbereitschaft der Staatsführungen Algeriens, Ägyptens und Tunesiens (bis Januar 2011) konnte die soziale Entwicklung nicht nachhaltig verbessert werden. In Bezug auf das Lernverhalten der EU hinsichtlich des stockenden Transformationsprozesses (Tunesien macht seit 2011 trotz der schwierigen ökonomischen Lage die größten Demokratisierungsfortschritte) scheint die EU im sozialen Bereich weiterhin auf den Dialog mit den jeweiligen Regierungen der drei arabischen MDL zu setzen anstatt Druck zur Verbesserung der sozialen Lage auszuüben. Obwohl die prekären sozialen Probleme in den (drei) MDL eine negative Wirkung auf die EU haben und die Stabilität sowie die Sicherheit in

der Region gefährden, scheint die EU noch nicht bereit zu sein, beispielsweise ihre zweckgebundenen Fördermittel aufzustocken oder Maßnahmen zu ergreifen, die die (drei) MDL zu signifikanten sozialpolitischen Reformen bewegen können. Die Zurückhaltung der EU scheint u.a. in Zusammenhang mit ihrer Sorge vor Einmischungsvorwürfe durch die (drei) MDL, welche die Beziehungen beider Seiten belasten können, zu stehen. Zudem scheinen die sicherheitspolitischen und ökonomischen Interessen einiger EU-Mitgliedstaaten den möglichen Beschluss von EU-Maßnahmen gegen die betroffenen MDL zu erschweren (siehe Kapitel 8). Die EU-Politik gegenüber den Regierungen der untersuchten MDL, die ihre Verpflichtungen im Rahmen von Korb drei größtenteils nicht nachkamen, war entsprechend nicht in der Lage, bis 2020 in Bezug auf den sozialen Zielen der EMP die erhofften Ergebnisse zu bringen.

8 Vergleichende Analyse der Länderergebnisse

Der Barcelona-Prozess (die EMP) stellt gemessen an seinen Zielen sowie an der Qualität der (sicherheits-) politischen, sozio-kulurellen und wirtschaftlichen (u.a. Handelsvolumen) Beziehungen die bisher ambitionierteste und lukrativste Partnerschaftsplattform, an der sich die drei arabischen MDL auf internationaler Ebene haben binden lassen. Aus EU-Sicht zählt die EMP aus strategischer Perspektive zu den wichtigsten regionalen Kooperationsbündnissen, welche die EU und ihre Mitglieder in ihrer außenpolitischen Gestaltung einen hohen Stellenwert beimessen. Mithilfe der EMP konnte die Koordination zwischen der EU und den (drei) arabischen MDL in mehrfacher Hinsicht aufgewertet werden. Die Zwischenbilanz der EMP, 20. bzw. 25. Jahre nach Unterzeichnung der Barcelona-Deklaration, fällt in Bezug auf die Entwicklungen in den drei untersuchten Fallbeispielländern dennoch gemischt aus. Die meisten positiven Entwicklungen im Rahmen der EMP werden im sicherheitspolitischen Bereich (Teil von Korb 1) sowie in der Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft (Korb 2) verzeichnet. Die finanzielle, fachliche und technische Unterstützung der EU an Algerien, Ägypten sowie Tunesien zwecks einer Modernisierung der heimischen Wirtschaft wurde im Zuge der Kooperation sukzessiv ausgebaut. Ebenfalls hat der Handelsvolumen zwischen beiden Seiten seit 1995 deutlich zugenommen und die EU stellt bisher für alle drei arabischen MDL den wichtigsten Handelspartner dar. Die bis zum Jahr 2010 angestrebte Errichtung einer euromediterranen Freihandelszone für Industriegüter konnte allerdings bis Juli 2020 nicht umgesetzt werden, weil insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftssysteme der südlichen arabischen MDL gegenüber der EU sich schwach entwickelt hat. Zudem gab es europäische Vorbehalte gegenüber einer Handelsliberalisierung von Agrarerzeugnissen und von Fischprodukten aufgrund möglicher Wettbewerbsnachteile für EU-Produzenten. Im Hinblick auf die Errichtung einer bilateralen Freihandelszone mit der EU sind die Verhandlungen mit Tunesien (und Marokko) im Vergleich zu den anderen arabischen MDL am weitesten fortgeschritten, zumal das Land bereits seit Mitte der 1990er mit der Verabschiedung von Gesetzesreformen den Liberalisierungsprozess beschleunigt hat.

Die regionale Süd-Süd-Kooperation unter den MDL, die vom Barcelona-Prozess angeregt und unterstützt wird, wurde im Februar 2004 mit dem Beschluss des *Agadir-Abkommens* zwischen Marokko, Tunesien, Ägypten und Jordanien (alle Mitglieder der EMP) geebnet. Das Abkommen, das am 25. Februar 2004 unterzeichnet wurde und am 27. März 2007 in Kraft trat, schuf eine Freihandelszone zwischen Marokko, Ägypten, Tunesien und Jordanien, in der eine Befreiung von Einfuhrzöllen und Steuern für Agrar- und Industriegüter vorgesehen war. Die

EU unterstützte die Schaffung dieser Freihandelszone finanziell und technisch durch die Errichtung einer technischen Koordinierungsstelle in Jordanien. Zudem trug diese Unterstützung zur Etablierung eines Mechanismus bei, welches nach dem Prinzip der Kumulierung die zollfreie Einführung einzelner Waren aus den beteiligten Staaten mithilfe der *EUR-MED-Warenverkehrsbescheinigung* in die EU ermöglicht[774]. Im April 2016 wurde beschlossen, die Freihandelszone im Rahmen des Agadir-Abkommens auf den Libanon und den palästinensischen Autonomiegebieten (beide ebenfalls Mitglieder der EMP) auszudehnen. Es lässt sich aber konstatieren, dass politische, bürokratische und protektionistische Hürden unter den Mitgliedern des Agadir-Abkommens, u.a. bedingt durch eine Ähnlichkeit der hergestellten Güter und Dienstleistungen, dazu geführt hatten, dass die skizzierten Ziele dieser Freihandelszone bis 2020 nicht erreicht wurden (vgl. Alessandrini 2015: 135). Sinnbild der bisherigen durchschnittlichen Bilanz dieser Freihandelszone ist das Handelsvolumen zwischen ihren Mitgliedern, welches von 2018 bis 2021 lediglich ca. 1,9 Mrd. USD im Jahr betrug.

Die Wirtschaftslage in den Untersuchungsländern hat sich im Zuge der EMP zwar positiv entwickelt, indem mehrere Liberalisierungsreformen (vor allem in Tunesien) verabschiedet und Hunderttausende Arbeitsplätze geschaffen wurden. Die Diversifizierung der Wirtschaft und die Wertschöpfung der Sektoren in Algerien, Tunesien und Ägypten spiegeln allerdings aufgrund weiterhin bestehender struktureller und technischer Defizite nicht die formulierten Ziele der EMP wider, nämlich u.a. eine Wirtschtsliberalisierung und ein –wachstum bis hin zur Verbesserung der Lebensqualität von Menschen in den (drei) arabischen MDL zu erreichen. „Ainsi, en 2014, le produit intérieur brut (PIB) par habitant, en parité de pouvoir d'achat (PPA), s'élevait à 27.340 USD pour l'UE contre environ 5.085 USD en moyenne pour la Méditerranée du Sud. Cet écart de 1 à 5 est comparable à celui qui prévalait au milieu de la décennie 1995" (Abis et al. 2015: 124). Durch die Bildung von Patronagesystemen rund um die Machtzentren in den Untersuchungsländern profitierte eine kleine selbstsüchtige Elite am meisten vom wirtschaftlichen Aufschwung, während Wohlstand und soziale Entwicklung an großen Teilen der Bevölkerung vorbeigingen.

Die schwache wirtschaftliche Entwicklung während des Untersuchungszeitraums hat ihren Schatten auf die soziale Lage in den drei Fallbeispielländer geworfen und die Etablierung einer

[774] Vgl. Alessandrini 2015: 133; Africapresse.paris: *„L'importance du secteur textile habillement dans les quatre pays de l'Accord d'Agadir. Tunisie - Maroc - Egypte - Jordanie*"; Ministère du Commerce (Tunisie): *„Accord arabo-méditerranéen de libre échange (Convention d'Agadir)*", unter: http://www.commerce.gov.tn/Fr/accord-arabo-mediterraneen-de-libre-echange-convention-deagadir_11_228; Europäischen Kommission: *„EU-Mittelmeer-Assoziationsabkommen: Die Partnerschaft schreitet voran*". MEMO /04/275, Brüssel 26.11.2004, unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEMO_04_275, alle Links abgerufen am 10.07.2020.

sozialen Gerechtigkeit, wie von den Massen bei den seit 2011 weitverbreiteten Protesten im arabischen Raum gefordert wird, verhindert. Bei einer genauen Betrachtung der Sozialpolitik, die im Untersuchungszeitraum von den drei MDL umgesetzt wurde, kann man aber anmerken, dass das tunesische Modell am fortschrittlichsten scheint, obwohl das Land aufgrund knapper Energievorkommen und wirtschaftlicher Probleme über vergleichsweisen niedrigeren finanziellen Ressourcen verfügt. Hierbei kann man u.a. die materiellen Leistungen für sozial schwache Familien, die seit Jahrzehnten verankerten Frauenrechte und die ambitionierten Pläne zur Etablierung eines modernen Krankenversicherungssystems nennen. Zudem scheint die Inanspruchnahme von Sozialleistungen in Algerien und Ägypten mit einem höheren bürokratischen Aufwand verbunden zu sein, weil die tunesische Verwaltung aufgrund der zunehmenden Begutachtung und Kontrolle durch staatliche und nicht staatliche Akteure seit 2011 ihre Bearbeitungsprozesse angepasst hat und diese auch transparenter gestaltet. Die Höhe und die Qualität der Sozialleistungen in den drei MDL variieren je nach Höhe der jährlichen Staatseinnahmen (werden dann entweder aus- oder abgebaut). Dies wurde besonderes in Algerien beobachtet, wo die Staatsführung bei hohen Weltmarktpreisen für Erdgas und –öl (die wichtigsten Exportgüter des Landes) beispielsweise deutlich mehr im sozialen Wohnungsbau investiert oder die Subvention von Lebensmitteln erhöht. Im Umkehrschluss scheinen Tunesien und Ägypten seit 2011 aufgrund wirtschaftlicher Probleme und wegen der vom IWF gestellten Auflagen zum Erhalt von Krediten ihre Subventionspolitik schrittweise zu lockern bzw. abzubauen, was künftig zu sozialen Spannungen führen könnte.

Die mittelmäßige soziale Zwischenbilanz vom Barcelona-Prozess scheint mehrere Gründe zu haben. Sie liegt nicht nur am oft angeprangerten „Mangel“ an Finanzressourcen, denen man in den drei Untersuchungsländern und im arabischen Raum generell die Schuld für die schwache soziale Entwicklung gibt, sondern sie scheint sowohl mit der internen Politik der MDL als auch mit der EU-Außenpolitik im Rahmen der EMP in Verbindung zu stehen. Mehrere arabische Staaten geben jährlich Milliarden USD für Prestigeprojekte und militärische Ausrüstung aus, anstatt z.B. in Bildung oder im Gesundheitssektor zu investieren. Die fehlende Good Governance in den untersuchten MDL trug zu dieser intransparenten Politik bei, in der die Errichtung von umstrittenen Prestigeprojekten, deren Wirtschaftlichkeit selten einer fachlichen Überprüfung unterzogen wird, die Priorität gegenüber Sozialprojekten eingeräumt wird. Betreffend die Rüstungspolitik ist es bemerkenswerterweise zu ergänzen, dass Ägypten und Algerien u.a. zwischen den Jahren 2014 und 2018 zu den wichtigsten Waffenkäufern weltweit angehörten, da Ägypten in dieser Phase mit einem Weltmarktanteil von 5,1 Prozent den dritten

und Algerien mit 4,4 Prozent den fünften Rang auf der Liste[775] des renommierten *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI) belegt hatten (vgl. Wezeman et al. 2019: 1, 6).

Die Aufrüstungspolitik von Ägypten und Algerien scheint zumindest aus politischer Sicht schwer nachvollziehbar, da man auf Kosten der sozialen Entwicklung unverhältnismäßig viele Waffen kauft. Zwar sind die beiden Staaten im Rahmen der Terrorbekämpfung seit den 1990er Jahren aktiv, allerdings haben sie in den letzten 40 Jahren auch keinen klassischen Krieg geführt, was die hohen Ausgaben für Waffenkäufe rechtfertigen könnte. Dennoch ist hervorzuheben, dass Algerien, Tunesien und Ägypten von 1995 bis 2020 größtenteils ihre sicherheitspolitischen Verpflichtungen im Rahmen der EMP nachgekommen sind. Dies gilt insbesondere für die gemeinsame Bekämpfung von Terrorismus, irreguläre Migration und grenzüberschreitende Kriminalität. Im Umkehrschluss wurde der zweite Teil des Korbs 1, nämlich Demokratisierung, vernachlässigt. Eine Gewaltenteilung im klassischen Sinne konnte aufgrund der hegemonialen und in der Verfassung verankerten Stellung des Amtes vom Staatspräsidenten nicht verzeichnet werden und die Befugnisse der Legislative sowie Judikative wurden durch Verfassungsreformen beschnitten, was „die horizontale Kontrolle der Herrschaftsträger (…) außer Kraft setzt" (Merkel et al. 2003: 74). Darüber hinaus erlebten die Parteipolitik und das politische Leben eine von den herrschenden Regierungensystemen veranlasste Erosion, sodass eine politische Dynamik und damit eine Beteiligung der Bürger am Transformationsprozess nicht möglich waren. Im Zuge der (gewaltsamen) Volksaufstände konnte einzig Tunesien seit 2011 und bis zum Ende der Untersuchungsphase (Juli 2020) signifikante Schritte in Richtung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit machen.

In der Summe scheint die Zwischenbilanz in Bezug auf die Umsetzung normativer Ziele der EMP durch die drei untersuchten Staaten (für Tunesien gilt dies bis Anfang 2011) nicht zufriedenstellend zu sein. Gemäß den skizzierten Entwicklungen scheint nun eine abschließende Kategorisierung der politischen Systeme von Algerien, Tunesien und Ägypten im zuge der EMP mithilfe des Konzeptes von Merkel et al. möglich zu sein. Merkel et al. unterscheiden dabei zwischen liberal-demokratische Regierungsformen, autoritäre Herrschaftssysteme und *Defekte Demokratien*. Letztere werden folgendermaßen definiert:

> Defekte Demokratien sind „Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik eines oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind" (Merkel et al. 2003: 66).

[775] Saudi-Arabien war in der gleichen Zeitspanne mit 12 Prozent Weltmarktanteil größter Waffenkäufer der Welt.

Zur Konzeptualisierung seines Theoriemodells versucht Merkel et al. die Defekte Demokratie von einer autoritären Herrschaft abzugrenzen. Merkel weist darauf hin, dass Defekte der institutionellen demokratischen Ordnung „das demokratische Spiel nicht so weit pervertieren" dürfen, „dass es nur noch die formal-demokratische Fassade für autoritäre Praktiken abgibt", (vgl. Merkel et al. 2003: 65f.). Also eine Defekte Demokratie setzt nach Merkel et al. im Gegensatz zum Autoritarismus voraus, dass trotz möglicher Defizite in der demokratischen Ordnung oder Umgehung von liberalen Werten die Präsenz und die Umsetzung von einigen demokratischen Mindeststandards, wie etwa freie Wahlen, die wechselnde Mehrheiten oder einen Machtwechsel ermöglichen können, teilweise horizontale Kontrolle von Staatsgewalten und bürgerliche Partizipation, gewährleistet werden müssen (vgl. Merkel et al. 2003: 65ff). Andernfalls wäre eher von einem autoritären Herrschaftsmuster zu sprechen. Auf praxisbezogener Ebene und in empirischer Hinsicht kann man den Unterschied laut Merkel et al. durch eine Gegenüberstellung von Regierungssystemen überprüfen, und zwar „anhand der Frage, ob mit den festgestellten Defekten ein Syndrom autokratischer Machtkumulation identifiziert werden kann, wie es Mitte der 90er Jahre unter Fujimori in Peru oder Lukashenka in Weißrussland entstand" (Merkel et al. 2003: 66). Zudem sehen Merkel et al. hegemoniale Staatsparteien und die Einmischung der Armee in der zivilen Regierungsarbeit sowie Militärputsche als klare Anzeichen für Demokratiedefizite, die die Entstehung autoritärer Regierungssysteme begünstigen können (vgl. Merkel et al. 2003: 94f, 105f.).

Angesichts der im Laufe der Dissertation skizzierten Herrschaftsmuster sowie der untersuchten Variablen in den drei Fallbeispielländern und in Anlehnung an Merkels Theorie scheinen die Regierungssysteme Algeriens, Tunesiens (bis Januar 2011) und Ägyptens (mit Ausnahme der Zeit vom Februar 2011 bis Juni 2013) während der Untersuchungsphase aus normativer Sicht die Merkmale vom Autoritarismus zu erfüllen (vgl. Merkel et al. 2003: 65f; Axtmann 2007: 37f; Jünemann 1999: 29, 34, 60; Jünemann/Knodt 2006: 294). Hierbei sind u.a. die fehlende Rechenschaftspflicht, die Wahlmanipulationen mit Werten von über 90 Prozent zugunsten der herrschenden Regierungssysteme, welche keinen Machtwechsel auf demokratischer Basis zuließen, die Einmischung des Militärs in der zivilen politischen Ordnung und die deutliche Einschränkung politischer und sozialer Rechte zu erwähnen. Zeitweise bewegten sich die drei Staaten von 1995 bis 2019 (Tunesien bis 2010) aus innen- oder außenpolitisches Machtkalkül an der Schwelle der Defekten Demokratie. In dieser Hinsicht ist beispielsweise der partielle freie Wahlablauf, der der Opposition in Ägypten z.B. bei den Parlamentswahlen von 2005 deutlich mehr Sitze einbrachte oder die Transitionsphase 2011-2013 in Ägypten zu nennen. In Bezug auf die Entwicklungen in den anderen arabischen MDL ist zu erwähnen, dass es trotz

einzelner positiver Abweichungen, die die entsprechenden politischen Systeme aufweisen, ähnliche Demokratiedefizite wie in Algerien und Ägypten zu verzeichnen sind und damit als autoritär oder Defekte Demokratien gelten (vgl. Axtmann 2007: 37f; Jünemann 1999: 29, 60; Jünemann/Knodt 2006: 294). Einzig Tunesien hat seit 2011, trotz einer schwierigen sozio-ökonomischen Lage, bis 2020 wichtige Fortschritte auf den Weg zur Etablierung eines demokratischen Systems machen können. Eine relevante Rolle an dieser Entwicklung in Tunesien haben die im Vergleich zu Algerien und Ägypten seit Jahrzehnten umgesetzte relativ liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, eine aktive und lebhafte Zivilgesellschaft sowie die Nichteinmischung des Militärs im politischen Leben gespielt.

Der Barcelona-Prozess ist als Model für eine konstruktive Euromediterrane Zusammenarbeit zwischen der EU und ihre südlichen und südöstlichen Nachbarn trotz der mittelmäßigen Entwicklungen in den arabischen MDL eine Zäsur. Die Gründe für die bisherige mäßige Zwischenbilanz von 20 bzw. 25 Jahren EMP auf arabischer Ebene und für die unterschiedlichen Entwicklungen in den drei untersuchten Ländern scheinen sowohl eine arabische als auch eine europäische Dimension aufzuweisen. Der wichtigste Grund für die mäßigen Entwicklungen scheint allerdings in erster Linie in den (drei) arabischen MDL selbst zu liegen, da die dort herrschenden politischen Systeme sich bisher reformresistent gezeigt, auf den Status Quo gesetzt und die Umsetzung der normativen Vorgaben vom Barcelona-Prozess lediglich als Lippenbekenntnisse genutzt hatten (auf Tunesien traf dies bis 2011 zu). Vielmehr lag es den arabischen MDL daran, mit Hilfe der EMP die in Schieflage geratene heimische Wirtschaft durch Inanspruchnahme von EU-Finanzhilfen zu retten und letztendlich ihre Macht zu sichern. Hinzu kommen die überwiegend schwachen und ideologisch tief zerstrittenen Parteienlandschaft und Zivilgesellschaft in den (drei) arabischen MDL (für Tunesien galt das bis 2011), die eine zielgerichtete Sensibilisierung und Mobilisierung der Bevölkerung für soziale Gerechtigkeit und Good Governance erschwert haben. Außerdem wurde das wichtigste Druckmittel, das die EU neben ihren öffentlichen Aufforderungen nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besitzt, nämlich die politische Konditionalität, bislang aus sicherheitspolitischen und strukturellen Gründen auf EU-Ebene, nicht angewendet (vgl. Stahl 2017: 54; Jünemann 1999: 55f.).

Die Aufnahme von Demokratieklauseln in den Assoziierungsabkommen der EU mit Drittstaaten steht im Zusammengang mit der externen Demokratieförderung der Zivilmacht Europa, die zwar einen wichtigen Grundstein der EU-Außenpolitik darstellt und den Anspruch der EU zur Demokratisierung des regionalen und internationalen Umfeldes unterstreicht. Die

Umsetzung der politischen Konditionalität unterliegt allerdings situationsbedingt überwiegend den Grad der Interdependenz zwischen der EU und den Drittstaat, mit dem die EU eine Kooperation eingeht, sowie das mögliche Vetorecht eines oder mehreren EU-Mitglieder, die bilaterale Interessen mit dem Drittstaat teilen. Im Hinblick auf die Interdependenz wäre theoretisch gesehen und aus Kostengründen eine Anwendung der negativen politischen Konditionalität gegen einen Drittstaat am meisten möglich und erfolgreich, wenn „die wirtschaftlich und/oder politisch asymmetrische Interdependenzen zugunsten der Europäischen Union aufweisen“ (Jünemann/ Knodt 2006: 289). Im Umkehrschluss ist die EU in Bezug auf die Umsetzung der politischen Konditionalität in ihrer Beziehung zu Drittstaaten zurückhaltender, wenn der Partnerstaat u.a. mehrere „alternative Kooperationsmöglichkeiten“ hat, was die EU bei ihren normativen Forderungen schwächen könnte (vgl. Jünemann/ Knodt 2006: 292). Bezogen auf der EMP kann man anknüpfen, dass überwiegend internationale Großmächte, insbesondere seit 2011, die Ausdehnung ihres Einflusses auf dem südlichen und südöstlichen Mittelmeer anstreben. In diesem Kontext sind insbesondere die USA, Russland und China, die in Konkurrenz mit der EU stehen und alternative Partnerschaften teilweise (betrifft die USA) ohne normative Klauseln an die MDL anbieten, zu erwähnen. Demnach könnte ausgehend von der oben genannten Argumentation die Verhandlungsposition der EU mit den arabischen MDL beeinflusst werden.

Die EU hat im Rahmen der EMP zur Wahrung eigener Sicherheitsinteressen ebenfalls darauf verzichtet, die Umsetzung normativer Ziele des Barcelona-Prozesses in den MDL durch Druck oder Androhung von Sanktionen zu erreichen, obwohl diese in den jeweiligen AA enthalten und vom Barcelona-Prozess vorgesehen waren. Zum einen beschwerten sich die arabischen MDL darüber, dass Demokratieforderungen der EU u.a. die Staatsführungen in den drei untersuchten MDL intern schwächen würden und Letztere deshalb in der politischen Konditionalität eine Einmischung in inneren Angelegenheiten sahen. Zum anderen war die EU-Sorge vor einer möglichen destabilisierenden Wirkung in den (drei untersuchten) arabischen MDL durch ihre nachdrückliche Demokratieforderungen groß, weil dies die Problemlage in diesen überwiegend autoritär regierten Ländern hätte verschärfen und EU-feindlich gesinnte Kräfte zur Machtübernahme verhelfen können. In diesem Kontext sind u.a. die Zustände in Algerien und Ägypten in den 1990er und 2000er Jahren, wo sich militante islamistische und zum Teil EU-feindliche Kräfte militärische Auseinandersetzungen mit den herrschenden Regimen geliefert haben, zu nennen. Zudem kommt es bei der Gestaltung der EU-Außenpolitik gegenüber Drittstaaten und bei der entsprechenden Entscheidungsfindung angesichts des EU-Mehrebenensystems den Mitgliedstaaten eine relevante Rolle zu. Hierbei sind vor allem die

(sicherheits-) politischen und wirtschaftlichen Interessen der EU-Länder sowie ihre bilateralen Beziehungen zu den arabischen MDL bei der Erarbeitung der EU-Politik für die Region von Bedeutung. Dies ist besonders in Nordafrika zu beobachten, „wo sich die direkt betroffenen Nachbarn Spanien, Italien und Frankreich aus vorwiegend stabilitätspolitischen Gründen für eine äußerst zurückhaltende EU-Demokratieförderung stark machen und bislang jeglichen Einsatz negativer Instrumente verhindern konnten“ (Jünemann/ Knodt 2006: 290).

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der EU und den arabischen MDL über die normativen Vorgaben des Barcelona-Prozesses sowie über die politische Konditionalität waren im Untersuchungszeitraum ein Reizthema für Regierungen in den (drei) arabischen MDL. Dementsprechend fanden seit 2010 Konsultationen in den Euromediterranen Gremien statt, bei denen eine mögliche Reformierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik bzw. EMP erörtert wurde. In diesem Kontext trafen sich im April 2015 die EU-Außenminister mit ihren Amtskollegen aus den südlichen MDL in Barcelona zusammen. Unter Federführung Ägyptens hatten im Anschluss die arabischen MDL in einem der EU-Kommission im Juni vorgelegten Papier Reformvorschläge für die ENP vorgelegt. Darin forderten sie u.a. „eine Abkehr von dem vermeintlich unilateralen Charakter der EU-Politik sowie damit verbunden ein Ende der faktisch seit 1995 geltenden politischen Konditionalität“ (Schumacher 2016: 378). Außerdem plädierten die arabischen MDL für eine stärkere Einbindung bei der Gestaltung der EMP und ENP unter Berücksichtigung der eigenen nationalen und regionalen Interessen sowie den Fokus der Kooperation mehr auf sicherheitspolitische Themenschwerpunkte zu legen. Im November 2015 wurde dann eine Abschwächung der Form politischer Konditionalität im Rahmen der EMP bzw. ENP vereinbart (vgl. Schumacher 2016: 379). Dieser Schritt war aus EU-Sicht insbesondere auf gestiegene Sicherheitsrisiken durch verübte Terroranschläge (u.a. in Frankreich und Spanien) und den wachsenden Migrations- sowie Flüchtlingszahlen in Europa seit 2011, die politische und gesellschaftliche Spannungen innerhalb der EU hervorgerufen haben, zurückzuführen. Die asymmetrische politische und sicherheitspolitische Interdependenz zugunsten der arabischen MDL hat die EU letztendlich dazu veranlasst, bei der komplexen Abwägung von Demokratisierung auf der einen Seite und Stabilität sowie Sicherheit auf der anderen Seite sich im Rahmen der EMP für Letztere zu entscheiden (vgl. Jünemann/Knodt 2006: 294; Jünemann 1999: 60; Demmelhuber/Marchetti 2011: 134; Schumacher 2016: 379; Stahl 2017: 54f.). Inwieweit dies mit den normativen Ansprüchen der EU im Einklang steht und für die Entwicklungen in den arabischen MDL förderlich ist, wird in wissenschaftlichen Diskursen kontrovers diskutiert und wird an späterer Stelle nochmals aufgegriffen.

Im Hinblick auf die Kooperation im Rahmen von Korb 2 der EMP scheint die asymmetrische Interdependenz angesichts der Sicherheitsbedürfnisse der EU, des hohen EU-Bedarfs an fossilen Energieträgern und den wirtschaftlichen Interessen von einzelnen EU-Staaten in den MDL leicht zugunsten der (drei) arabischen MDL zu fallen, obwohl Letztere zur Verbesserung der schlechten sozio-ökonomischen Lage auf ausländische und u.a. auf europäische Investoren angewiesen sind. Zur Reduzierung der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen wegen des wachsenden Verbrauchs strebt die EU nach einer Diversifizierung ihrer Energieimporte. Hierbei spielen insbesondere die südlichen MDL Algerien, Tunesien, Libyen (das Land hat ein Beobachterstatus im Rahmen der EMP) und Ägypten eine wichtige Rolle in den mittel- und langfristigen EU-Energieplänen, zumal große europäische Energiekonzerne in der Exploration und Förderung von Erdöl und Erdgas in der Region tätig sind. Hinzu kommen die Spannungen zwischen Griechenland und Zypern auf der einen Seite und der Türkei auf der anderen Seite um Gasvorkommen am östlichen Mittelmeer. In dieser Angelegenheit könnten die südlichen MDL, u.a. Ägypten und Libyen, bei der Festlegung der ausschließlichen Wirtschaftszonen von Zypern und Griechenland das Zünglein an der Waage sein. Die (sicherheits-) politischen (insbesondere Terrorismus und Migration) und ökonomischen Interessen scheinen daher den Kreis der gegenüber den (drei) arabischen MDL asymmetrisch interdependenten EU-Staaten seit 1995 erweitert zu haben. Neben Spanien, Frankreich, Italien und Deutschland scheinen Griechenland, Zypern, Malta und einige osteuropäische EU-Mitglieder großen Wert an der Unterhaltung enger Beziehungen zu den (drei untersuchten) arabischen MDL zu legen.

Die ökonomische Relevanz der arabischen MDL für die EU hat allerdings nicht zwangsläufig zu den zu Beginn des Barcelona-Prozesses erhofften Wirtschaftsaufschwung und Wohlstand geführt, wie die Zwischenbilanz der Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft auf Ebene der MDL nach 20-jähriger bzw. Vierteljahrhundert EMP gezeigt hat. Einerseits waren die strukturellen ökonomischen Defizite und das herrschende Patronagesystem in den drei arabischen MDL größtenteils für dieses Ergebnis verantwortlich. Andererseits fiel die gewährte EU-Finanzhilfe im Verlauf der EMP im Verhältnis zur EU-Finanzhilfe z.B. an neuen EU-Mitglieder vergleichsweise geringer aus. Im Rahmen von MEDA I für den Zeitraum von 1996 bis 1999 wurden zwar von der EU insgesamt 4,6 Mrd. Euro und von der EIB rund 4,6 Mrd. Euro in Form von Darlehen an die MDL bereitgestellt, von der EU-Finanzhilfe wurden aber lediglich 890 Mio. Euro tatsächlich ausgezahlt (vgl. Obermann 2007: 48; Khalatbari 2004: 2). MEDA II sah eine finanzielle Unterstützung der EU an die MDL in Höhe von ca. 5,4 Mrd. Euro und Kredite von der EIB im Wert von 7,4 Mrd. Euro für die Phase von 2000 bis 2006 vor (vgl. Khalatbari 2004: 2). Von 2007 bis 2013 gewährte die EU den arabischen MDL im Rahmen der ENP dann

10 Mrd. Euro (vgl. Abis et al. 2015: 123). Im Vergleich dazu erhielten beispielsweise die neuen EU-Mitglieder Polen und Ungarn im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik allein für den Zeitraum von 2007 bis 2013 jeweils gut 67 bzw. 25 Mrd. Euro[776]. Insgesamt sollen zwischen 2004 und 2020 im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik u.a. an die neuen osteuropäischen EU-Mitglieder EU-Gelder von insgesamt 365 Mrd. Euro, von denen 175 Mrd. Euro allein auf Polen entfielen, geflossen sein[777]. Die vergleichsweise niedrige EU-Finanzhilfe an die arabischen MDL und das unzureichende EU-Engagement wurde besonders im Zuge der Revolten im arabischen Raum seit 2011 am Beispiel Tunesien kritisiert, da das Land in der postrevolutionären Phase in einer sozio-ökonomischen Krise steckte, von der EU allerdings verhältnismäßig niedrige Finanzmittel erhielt (vgl. Moratinos 2015: 111f; Florensa 2015: 105; Lecha 2015: 118f.).

Der Vergleich zwischen der Kooperationsstruktur innerhalb der EU und der Partnerschaft Letzterer mit Drittstaaten darf natürlich nicht außer Acht lassen, dass es sich hierbei um EU-Mitglieder handelt, die im Rahmen von EU-Strukturanpassungsprogrammen unter qualitativ und quantitativ anderen sowie strikten Kriterien ihre Wirtschafts- und Sozialsysteme anpassen müssen als es in der EMP der Fall ist. Mehr zweckgebundenen Finanzmitteln der EU an den (drei) arabischen MDL würden aber zumindest eine deutlich bessere soziale und wirtschaftliche Entwicklung herbeiführen, die den benachteiligten Bevölkerungsschichten zugutekommt. Dies wäre angesichts der verschärften sozialen Lage in den MDL am Beispiel von Algerien, Tunesien und Ägypten wichtig, weil die weiterhin persistierende sozio-ökonomische Misere u.a. Politikverdrossenheit, illegale Migration und Radikalisierung unter der überwiegend arbeitslosen Jugend fördert, was wie am Beispiel der Revolten von 2011 zu einer Destabilisierung führen kann. Eine Umfrage des unabhängigen und gemeinnützigen Netzwerks *Arab Barometer* unter der Jugend im arabischen Raum von Sommer 2019 ergab, dass lediglich 27 Prozent der Ägypter, 17 Prozent der Tunesier und nur 15 Prozent der Algerier im Alter zwischen 19 und 29 Jahre sich mit Politik beschäftigen. Eine weitere Umfrage vom Dezember 2019 über die legale und irreguläre Migrationsbereitschaft im arabischen Raum kam, wie Tabelle 12 zeigt, zu auffälligen Ergebnissen. Denn rund 40 Prozent der migrationswilligen

[776] Vgl. Europäische Kommission: „*Die Kohäsionspolitik 2007-2013. Erläuterungen und offizielle Texte*“. EU-Regionalpolitik, Bericht vom Januar 2007, Seite 25, unter: http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/pdf/2007/publications/guide2007_de.pdf, abgerufen am 12.07.2020.

[777] Vgl. Brüggmann, Mathias/ Siebenhaar, Hans-Peter: „*Europa. Die EU-Osterweiterung ist ein Erfolg – trotz wachsender Zweifel*“. Bericht vom 23.05.2019. In: Handelsblatt, unter: https://www.handelsblatt.com/politik/international/europawahl/europa-die-eu-osterweiterung-ist-ein-erfolg-trotz-wachsender-zweifel/24369626.html?ticket=ST-313845-DuSxXwvL0PXAqAENGecB-ap6, abgerufen am 12.07.2020.

Befragten (mehrheitlich junge Männer) in Marokko, Tunesien und Algerien zeigten sich aufgrund der schwierigen sozialen Lage bereit, einen illegalen Migrationsversuch insbesondere in Richtung Europa zu unternehmen[778]. Zudem erklärten sich im Jahr 2019 dem Arab Barometer zufolge rund 56 Prozent der 18- bis 29-Jährigen Algerier bereit, das Land auf der Suche nach besseren Zukunftsperspektiven, vorzugsweise in Europa, zu verlassen.

Tabelle 12: Anteil der Bevölkerung in ausgewählten MDL im Hinblick auf die Migrationsbereitschaft

Länder	Algerien	Tunesien	Ägypten	Marokko
Migrationsbereitschaft 2013	37 Prozent	28 Prozent	22 Prozent	37 Prozent
Migrationsbereitschaft 2019	35 Prozent	38 Prozent	28 Prozent	42 Prozent
Bereitschaft der migrationswilligen zur irregulären Migration	40 Prozent	40 Prozent	Keine Angabe	40 Prozent

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Daten vom Arab Baromter: „*Who Desires to Migrate from MENA?*". Bericht vom 17.12.2019, unter: https://www.arabbarometer.org/2019/12/who-desires-to-migrate-from-mena/, abgerufen am 09.07.2020.

Ausgehend von den dargestellten Entwicklungen kann man zusammenfassend resultieren, dass der fehlende politische Wille der drei Untersuchungsländer, die asymmetrische Interdependenz, welche teilweise zuungunsten der EU verläuft, die im Zusammenhang mit der Struktur des EU-Mehrebenensystems stehenden Komplexe und die fehlende EU-Bereitschaft zur Umsetzung der politischen Konditionalität maßgeblich an den mäßigen Ergebnissen der drei Fallbeispielländer im Rahmen der EMP beigetragen haben. Die mangelnde Bereitschaft der Regierungen der (drei) arabischen MDL zur Zusammenarbeit mit der EU im normativen Bereich der EMP scheint nicht an ihre verbreiteten Behauptungen zu liegen, nämlich die Sorge vor einer Einmischung der EU in ihren inneren Angelegenheiten oder in Bezug auf die Interdependenz in einem Abhängigkeitsverhältnis zu geraten, wenn man sich den Druck der EU beugen und „westliche" demokratische und „inkompatible" Werte umsetzen würde. Vielmehr befürchten die autoritären Herrscher der (drei) arabischen MDL, durch die Gewährung von politischen und zivilen Rechten die Kontrolle über die Gesellschaft und anschließend über die Staatsorgane zu verlieren (auf Tunesien traf dies bis Anfang 2011 zu).

Die pragmatische Haltung der EU gegenüber den autoritär regierten (drei) arabischen MDL im Rahmen der EMP führte zu unzufriedenstellende Kompromisse und spielte Staatsführungen (für Tunesien gilt dies bis Januar 2011) der drei MDL in die Hände, da sie dadurch politische

[778] Vgl. Arab Barometer: *„Who Desires to Migrate from MENA?"*. Bericht vom 17.12.2019, unter: https://www.arabbarometer.org/2019/12/who-desires-to-migrate-from-mena/, abgerufen am 09.07.2020.

Legitimität erlangten, obwohl sie ihre Verpflichtungen im politischen, ökonomischen und sozialen Bereich der EMP größtenteils nicht nachkamen. Zudem steht diese EU-Politik im Widerspruch zum Demokratisierungsanspruch der Friedensmacht Europa und könnte die normativen Handlungsmöglichkeiten der EU sowohl auf regionaler als auch auf internationaler Ebene einschränken. Die EU könnte u.a. bei ihrer Demokratieforderung an anderen Ländern und Regionen sich in einem Doppelmoral-Dilemma befinden. Aus der Geschichte Europas betrachtet kann man am Beispiel der Fortschritte in den süd- oder osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten anmerken, dass die Demokratie dabei einen wesentlichen Beitrag bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung geleistet hat. Die Berücksichtigung von Demokratie und rechtstaatlichen Prinzipien im Barcelona-Prozess war daher innovativ und erweckte gleichermaßen große Hoffnungen bei den demokratischen Kräften in den arabischen MDL, die sich einen Lerneffekt von der EU erhofften und somit eine Beschleunigung der Transformation in ihren Staaten erwarteten. Dies blieb, mit Ausnahme von Tunesien, bis 2020 allen arabischen MDL allerdings verwehrt und die „Konterrevolution“ scheint seit dem Militärputsch in Ägypten neue Impulse bekommen zu haben. Die Abschwächung der Demokratieforderungen an den arabischen MDL hat insbesondere seit 2013 zu einem Wiedererstarken autoritärer Züge im südlichen und südöstlichen Mittelmeerraum zum Leidtragen der Demokratiebewegung (vgl. Jünemann/Kondt 2006: 294f; Soler 2015: 120f.), deren Mitglieder lagerübergreifend in der Zwischenzeit mehrheitlich entweder in den Gefängnissen sitzen oder im Exil leben, geführt. Diese Zustände treffen bis 2020 u.a. auf Ägypten (in hohem Maße) und Algerien zu.

Seit der Flüchtlingskrise 2012, die ihren Höhepunkt in den Jahren 2015 und 2016 erreicht hatte, steht die Demokratie aufgrund des Wahlsieges populistischer Amtsträger in Europa und in der Welt sowie im Zuge des Erstarkens nationalistischer und rechtsradikaler Strömungen vor großen Herausforderungen. Der teilweise EU-Paradigmenwechsel von einer überwiegend demokratiebasierten hin zu einer pragmatischen Außenpolitik, bei der Stabilität und Sicherheit mehr Bedeutung beigemessen wird, könnte kontraproduktiv auf den Transformationsprozess im südlichen Mittelmeer wirken. Es ist das Recht von der EU, sich um die Sicherheit ihrer Grenzen und Bürger, die in hohem Maße mit der Stabilität und Sicherheit in der Region und damit auch in den drei MDL zusammenhängt, zu sorgen und zu diesem Zweck auch pragmatischer gegenüber autoritär regierten Staaten aufzutreten, aber dies sollte die EMP nicht soweit pervertieren, dass der Barcelona-Prozess von seinen normativen Vorgaben entleert wird. Denn die Aufrechterhaltung von Stabilität und Sicherheit ist mehr ein Konstrukt aus zahlreichen Komponenten als nur das Ergebnis von sicherheitspolitischen Maßnahmen.

Die These, dass Stabilität und Sicherheit mit den überwiegend autoritär regierten arabischen MDL sich nachhaltig etablieren lassen könnte, scheint sich angesichts der politischen Umbrüche im arabischen Raum seit 2011 nicht auf solide Fundamente zu stützen. Das Erstarken von Autoritarismus könnte sogar Instabilität erzeugen und fördern, da die repressiven Praktiken und die Anwendung von Folter in Gefängnissen die Radikalisierung innerhalb der Gesellschaft befeuern können. Algerien, Tunesien und Ägypten waren in dieser Hinsicht im Rahmen der Dissertation drei entsprechende Modelle mit negativen Folgen für die gesamte Region. Unter Ben Ali beispielsweise wurde zwar ein striktes säkulares Gesellschaftsmodell gepflegt. Nach den negativen Entwicklungen des Aufstandes gegen den syrischen autoritären Herrscher *Bashar Al Assad* und den Ausbruch eines Bürgerkrieges gehörten ausgerechnet Tunesier zu den meist rekrutierten Kämpfer der selbsternannten Terrororganisation „Islamischer Staat im Irak und Syrien". Gleiches gilt auch für die anderen nordafrikanischen Staaten, aus denen ebenfalls mehrere Tausend Kämpfer sich für terroristische Organisationen aus der Region rekrutieren ließen. Dieses Phänomen wurde u.a. auch im Rahmen der Kriege im Irak und Afghanistan in den 2000er Jahren konstatiert.

Die überwiegend gebildete junge Generation in den arabischen MDL stellt einen beachtlichen Teil der Gesellschaft dar und sie wünscht sich mehrheitlich am Puls der Zeit zu leben. Die jungen Menschen in den MDL „réclament des opportunités, ils ont besoin de politiques et de perspectives en matière de développement social et inclusif. La résistance à la modernisation, les timides réformes qui souvent ne sont appliquées que tardivement, tout cela contribue à réduire les chances et favorise l'instabilité" (Alessandrini 2015: 135f.). Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den arabischen MDL sind Symptome der autoritären Herrschaftsform in diesen Staaten. Die irreguläre Migration z.B. kann als Ventil interpretiert werden, das zur Entspannung der sozio-ökonomischen Lage in den arabischen MDL beiträgt. Im Jahr 2020 herrschen in mehreren arabischen MDL ähnliche schwierige politische, wirtschaftliche und soziale Zustände, die den Ausbruch der Aufstände im Jahr 2011 begünstigt haben. Ein Beispiel hierfür liefern neben der hohen Jugendarbeitslosigkeit u.a. die mäßigen Platzierungen der drei untersuchten Länder auf dem *Global Food Security Index*. Demnach belegte Algerien im Jahr 2020 Platz 58, Tunesien kam auf Rang 59 und Ägypten landete auf den 60. Platz von 113 bewerteten Staaten[779]. Dies könnte künftig zu einer Erhöhung der Lebensmittelpreise führen, die aufgrund der wirtschaftlichen Probleme in den drei Staaten vermutlich von den installierten

[779] The Economist Group: *„Global Food Security Index. Rankings and trends"*. The Economist Group (Hrsg.), unter: https://foodsecurityindex.eiu.com/index, abgerufen am 24.01.2021.

Subventionssystemen nicht mehr aufgefangen werden können, was die Ernährungssicherheit eines beachtlichen Teils der Bevölkerung in den drei Staaten bedrohen würde.

Rückblickend auf die asymmetrisch verlaufende Interdependenz zwischen der EU und den arabischen MDL darf man die Karten, die die EU in der Hand besitzt und mit denen sie Druck auf die (drei) arabischen MDL ausüben kann, nicht unterschätzen. Denn die EU bildet weiterhin den wichtigsten Handelspartner der drei MDL und ist wichtigster Importeur von algerischen, tunesischen und ägyptischen Produkten. Zudem stammen die meisten Touristen, die u.a. die drei Fallbeispielländer besuchen, aus den EU-Staaten, woher auch die MDL den Großteil ihres Maschinenbedarfs beziehen. Von der Logik her muss in einer zwischenstaatlichen Partnerschaft bei einem asymmetrischen Interdependenzverlauf derjenige Staat Vorteile haben, der weniger abhängig ist. In Bezug auf die EMP scheinen die autoritären Regierungssysteme aber am meisten von der asymmetrischen Interdependenz mit der EU und damit von ihrer pragmatischen Haltung betreffend die Demokratisierungsziele zu profitieren und nicht der Staat selbst. Die Staatsführungen der drei arabischen MDL nutzten dies insbesondere zum Ausbau ihrer Macht sowie zum Erlangen einer politischen Legitimität nach Innen und nach Außen aus.

Der historische Kontext zur Gründung, Entwicklung und Aufstieg der EU zur Großmacht weist darauf hin, dass Frieden, Stabilität, Wohlstand und sozialer Aufstieg sowohl einen starken politischen Willen als auch Demokratie voraussetzen. Dieses Konzept ist universal und hat vor allem zu einer Befriedung und Stabilisierung von Staaten in Lateinamerika und Südostasien beigetragen, wo Militärdiktaturen und autoritäre Machthaber jahrzehntelang geherrscht haben. Förderlich bei der Demokratisierung und Befriedung könnte auch die Unterstützung ausländischer demokratischer Mächte, wie die Rolle der USA im Falle von Deutschland und Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, wirken. Diese Rolle könnte die EU angesichts ihrer Erfahrung auch in den drei untersuchten Ländern spielen. Die arabischen MDL werden mittel- und langfristig nicht die Ausnahme bilden und demokratiefeindlich bleiben. Die unerwarteten Revolten von 2011 haben den Grundstein für einen politischen und systemischen Wechsel gelegt, dessen Fortsetzung noch auf eine Reifung politischer und sozialer Prozesse in den (drei) arabischen MDL wartet. In diesem Kontext ist eine intellektuelle Revolution gemeint, die den Weg für einen Konsens zwischen den verschiedenen politischen und zivilen Akteuren der arabischen MDL ebnet und zur Etablierung eines modernen Gesellschaftsvertrages führt, der auf Demokratie und Rechtstaatlichkeit beruht und für Autoritarismus keinen Platz gibt.

9 Fazit

Der Ausgangspunkt für die vorliegende Forschungsarbeit war, angesichts der politischen Umwälzungen im Zuge des Arabischen Frühlings zu untersuchen, warum die arabischen MDL, die Schauplatz für Volksaufstände waren und mit der EU seit 1995 im Rahmen der EMP politisch und wirtschaftlich eng verbunden sind, sich unterschiedlich entwickelt haben. Der Barcelona-Prozess 1995 war eine Zäsur und markierte die Geburtsstunde eines innovativen und facettenreichen Kooperationsmodels, mit dessen Hilfe die Interdependenz zwischen der EU und ihren südlichen sowie südöstlichen Nachbarn in einem institutionellen Rahmen kanalisiert wurde. Ausgehend von der Leitidee einer umfassenden (sicherheits-) politischen, wirtschaftlichen und sozialen Partnerschaft sollte die sozio-ökonomische Lage in den südlichen MDL gefördert werden und damit einen Beitrag zur Demokratisierung und Verringerung der Wohlstandesgefälle zwischen der EU und den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten geleistet werden. Im Gegenzug sollte durch die Intensivierung der Kooperation im Rahmen der EMP u.a. die sicherheitspolitischen Bedrohungen (vor allem irreguläre Migration und islamistischer Terrorismus) gemeinsam angegangen werden. Dementsprechend lag das Ziel der vorliegenden Arbeit darin, die Entwicklungen in den arabischen MDL im Zuge des Barcelona-Prozesses am Beispiel von Algerien, Tunesien und Ägypten zu analysieren und eine Zwischenbilanz zu skizzieren. Bezugnehmend auf die zentrale Frage der Dissertation kann man zusammenfassend sagen, dass obgleich die EMP eine Verbesserung der sozio-ökonomischen Lage sowohl in den drei Fallbeispielländern als auch in den restlichen MDL herbeigeführt hat, so konnten die im Jahr 1995 skizzierten Hauptziele Demokratisierung, Raum für Frieden und Stabilität, Wohlstand und Freihandelszone bis 2020 noch nicht erreicht werden.

Infolge der u.a. in Europa und in den MDL verübten islamistischen Terroranschläge seit 2001 verschob sich die Prioritätensetzungen der EU für die arabischen MDL von den normativen Zielen hin zur Gewährung sowie Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität. Dies begünstigte eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit den autoritären Regierungen in den (drei) arabischen MDL und veranlasste die EU dazu, auch nach den Umbrüchen im arabischen Raum seit 2011, eine pragmatische Haltung gegenüber den MDL in Bezug auf die Umsetzung normativer Vorgaben der EMP zu nehmen. Dieser inoffiziell eingeschlagene Kurswechsel wird innerhalb politischer und wissenschaftlicher Diskurse in Europa aus zwei Blickwinkeln betrachtet. Eine Seite vertritt die Meinung, dass die EU angesichts der durch die Sicherheitsrisiken erzeugten Gefahren für die inneren Grenzen ihre Beziehungen zu den südlichen MDL pragmatischer gestalten müsse (vgl. Pierini 2015: 108f.). Hierzu wird mit der

asymmetrisch verlaufenden Interdependenz zugunsten der arabischen MDL argumentiert, was durchaus nachvollziehbar sein könnte. Die andere Seite nimmt zwar ebenfalls die Sicherheitsbedürfnisse der EU und die Gefährdungslage sowohl an ihren Innen- als auch an ihren Außengrenzen wahr, sieht aber die zunehmende Fokussierung auf sicherheitspolitische Aspekte und die damit verbundene Intensivierung der Kooperation mit den autoritären Regierungen der MDL aus normativer Sicht kritischer und beharrt auf die parallelen Demokratieforderungen der EU. Man befürchtet in Bezug auf die Entwertung normativer Ziele der EMP, dass sowohl den „seit 1995 mühevoll entwickelten Barcelona acquis und die damit verbundenen Errungenschaften, als auch die weitere Evolution der Europäischen Union als kohärent agierendes Subjekt der internationalen Beziehungen deutlich in Frage“ gestellt werden könnten (Schumacher 2016: 380). Betreffend die Relevanz der EMP und des Barcelona-Prozesses herrscht innerhalb der EU dennoch Einigkeit darüber, dass man die Zusammenarbeit sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht ausbauen müsste.

Der Arabische Frühling 2011 und der anschließende Sturz mehrerer autoritärer Herrscher war für die EU eine gute Möglichkeit gewesen, aufgrund ihrer tiefverwurzelten Beziehungen zur Region und ihrer Demokratieerfahrung aktiver an der politischen Mitgestaltung der Transition in den arabischen MDL zu wirken. Entgegen der zögerlichen Reaktion der EU (vgl. Moratinos 2015: 111f.) nutzten regionale (die Golfstaaten, der Iran und die Türkei) sowie internationale (Russland, China und die USA) Mächte in der Folgezeit die Gelegenheit um ihren Einfluss in der Region (vor allem in Ägypten, Libyen, Syrien, der Jemen und Tunesien) insbesondere durch Polarisierung und Stellvertreterkriege auszudehnen. Einen wesentlichen Grund für die komplexe und zähe Entscheidungsfindung u.a. bei außenpolitischen Fragen liegt in der EU-Struktur selbst, die u.a. von abweichenden Interessen sowie vom Vetorecht der Mitgliedstaaten geprägt ist und schließlich die Handlungsgeschwindigkeit der EU bei kontroversen Fragen beeinträchtigt. Letztendlich begünstigte die unkonstruktive Einmischung überwiegend undemokratischer ausländischer Akteure im Zusammenwirken mit inneren Faktoren das Erstarken der „Konterrevolution“ (Kräfte der alten Regime im Staatsapparat), was bis 2020 zum vorübergehenden Scheitern der Transformation u.a. in Ägypten und Algerien geführt hat.

Der Erfolg von Transitionsphasen erfordert ein gewisses Maß an politischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilität. Die politische und gesellschaftliche Elite in den (drei) arabischen MDL scheint aber den Umwälzungen in der „postrevolutionären“ Phase nicht gewachsen gewesen zu sein und hatte dementsprechend keine konkrete und wirksame Strategie zur Bewältigung der politischen und sozio-ökonomischen Herausforderungen, die 2011 den Fass zum Überlaufen

gebracht und das Aufflammen der Proste in diesem Länderraum ausgelöst hatten. Unilaterale Führungsansprüche, ideologische Machtkämpfe, die in den sozialen Netzwerken und von den überwiegend staatlich kontrollierten Medien geschürt wurden, hartnäckige wirtschaftliche und soziale Probleme sowie fehlender Konsens zwischen den politischen Akteuren ließen insbesondere in Ägypten den Unmut in der Bevölkerung gegen die neuen politischen Entscheidungsträger steigen. Dies spielte den Strukturen der gestürzten Regime im Staat (vor allem der Sicherheits- und Verwaltungsapparat, die Wirtschaftselite und gesellschaftliche Akteure) in die Hände, zumal es den Revolten in den drei untersuchten MDL zwar gelungen ist, die Staatspräsidenten zu stürzen, die neu gewählten Regierungen schafften es aber nicht, Strukturen der alten Regime im Staatsapparat abzubauen. Letztere fingen seit 2012 damit an, mit Hilfe von Medienkampagnen und Polarisierung die verschiedenen politischen Strömungen gegeneinander anzustacheln, bevor überwiegend der Sicherheitsapparat sukzessiv den seit 2011 eingeleiteten Demokratisierungsprozess in diesem Länderraum, mit Einwilligung eines Teils der Bevölkerung, vorerst zum Erliegen brachte.

die Transformation scheint einzig in Tunesien, trotz einer schwierigen sozio-ökonomischen Lage, noch im Jahr 2020 voranzuschreiten. Dies lag vor allem an der bisherigen (minimalen) Konsensfähigkeit der politischen Akteure, an der neutralen Position der Armeeführung (im Gegensatz zu Ägypten und Algerien) und an einer lebhaften und überwiegend liberalen Zivilgesellschaft. Diese Merkmale haben bis 2020 größere Rückschläge im jungen tunesischen Demokratisierungsprozess verhindert. Inwieweit die hartnäckige sozio-ökonomische Krise und die ideologischen Machtkämpfe im Land aber den Transformationsprozess künftig beeinflussen könnten, werden es die kurz- und mittelfristigen Entwicklungen im Ausgangspunkt des „Arabischen Frühlings“ zeigen. Zivilgesellschaftliche Akteure haben ebenso eine zentrale Rolle an den politischen Umwälzungen in Ägypten und Algerien während der Untersuchungsphase gespielt, ihre geringe gesellschaftliche Verankerung und ideologische Auseinandersetzungen haben aber in Verbindung mit staatlichen Repressionen ihre Position gegenüber der in beiden Ländern politisch stark vernetzten Militärführung geschwächt und am bisherigen Scheitern der Transformation beigetragen.

Das Lernverhalten der EU im Rahmen des Barcelona-Prozesses hat sich im Laufe der Jahre verändert und scheint an die bisherige Erfahrung der EU in ihren Außenbeziehungen anzuknüpfen. Der Demokratisierungsanspruch ist zwar ein wesentlicher Bestandteil der EU-Außenbeziehungen, die EU passt aber bei der Gestaltung ihrer Außenpolitik die Forderung normativer Werte an die inneren und äußeren Umweltfaktoren an. In diesem Kontext sind vor

allem der Interdependenzgrad, der Einfluss hegemonialer Mächte und die Interessen der EU-Mitgliedstaaten zu erwähnen. In Anbetracht der mäßigen Zwischenbilanz des Barcelona-Prozesses in den drei Untersuchungsländern nach 20- bzw. 25-jährigen Bestehen und der Abschwächung normativer Vorgaben der EMP, die zu den wichtigsten neu integrierten Vereinbarungen der Partnerschaft zählen, wäre eine Reformierung der EMP im Sinne aller Beteiligten von essenzieller Bedeutung. Hierbei soll insbesondere ein neu definierter Rahmen erarbeitet werden, der auf die Entwicklungen in den arabischen MDL seit 2011 reagieren und die künftige Ausrichtung der EMP skizzieren soll. Dabei wäre wichtig zu klären, in welchem Verhältnis die Themenfelder Sicherheit, Stabilität und Demokratie zueinanderstehen sollen, damit diese Gleichung nicht zur Quadratur des Kreises für die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den (drei) arabischen MDL wird.

Historische Rückblicke seit Ende des Zweiten Weltkrieges sowie die Theorie des Demokratischen Friedens, die in der Demokratie einen „Garant von Stabilität und Sicherheit in den internationalen Beziehungen“ (Jünemann/Knodt 2006: 293f.) sieht, legen nah, dass die Demokratie mittel- und langfristig das bewährte Mittel zur Aufrechterhaltung von Stabilität und Frieden im regionalen sowie im globalen Umfeld ist. Eine mögliche Reform der EMP soll daher im Sinne der Menschen in der Region und des gemeinsamen Kulturerbes die normativen Vorgaben berücksichtigen und die Kooperation sowohl in der Breite als auch in der Tiefe ausbauen. Denn die geographische Zugehörigkeit der EU-Staaten und der arabischen MDL stellt sie vor der Verantwortung, sowohl die Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen als auch die Region zum Wohle der Bevölkerung zu entwickeln. Der Arabische Frühling und seine Folgen haben die EU-Mitglieder überrascht und sie vor ernsten Herausforderungen gestellt. In strategischer Hinsicht bleibt noch offen, ob die EU aus den politischen Umbrüchen u.a. in den drei Untersuchungsländern neue Erkenntnisse habe gewinnen können, die sie bei der Gestaltung ihrer künftigen Politik gegenüber den autoritären Regierungen der arabischen MDL inspirieren könnten. Beispiele aus der Geschichte zeigen, dass Aufstände und Revolutionen mehrere Wellen durchlaufen können, ehe sie ihre Früchte tragen. Dies könnte auch auf den „Arabischen Frühling“ zutreffen. Der Zeitpunkt und das Ausmaß der nächsten Wellen wären schwer vorherzusehen, die entsprechende Dimension der Folgen würde aber wohl vom Lernverhalten der Regierungen in den arabischen MDL und in Europa aus den Erfahrungen von 2011 abhängen. Die Analyse dieser Zukunftsszenarien könnte Gegenstand von kommenden Forschungsarbeiten sein.

Literaturverzeichnis:

Abbate, Francesco: „*L´intègration de la Tunisie dans l´èconomie mondiale: Opportunitès et défis*“. United Nations Conference on Trade and Development (Hrsg.). Genf 2002, unter: https://unctad.org/fr/docs/poedmm198.fr.pdf, abgerufen am 25.09.19.

Abbou, Youcef/ Brahamia, Brahim: „Le système de santé algérien entre gratuité des soins et maîtrise des dépenses de santé“. In: Revue „Insaniyat“, Nr. 75-76/2017, Seite 149-171. HTML-Version unter: http://journals.openedition.org/insaniyat/17492, abgerufen am 18.12.2019.

Abis, Sébastien/ Petiot, Audrey/ Semerari, Federica: „*Barcelone +20: extinction ou nouveau souffle?*“. In: Annuaire IEMed de la Méditerranée 2015, Seite 122-126. Institut Européen de la Méditerranée. Barcelone 2015, unter: https://www.iemed.org/observatori/arees-danalisi/arxius-adjunts/anuari/med.2015/IEMed_Yearbook_2015_FR_Barcelona-20_Abis_Petiot_Semeri.pdf, abgerufen am 30.06.2020.

Abkommen-Abteilung der Vereinten Nationen, unter: https://treaties.un.org/pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=IV-4&chapter=4&clang=_fr, abgerufen am 20.10.18.

Abou-Ali, Hala/ El-Azony, Hesham/ El-Laithy, Heba/ Haughton, Jonathan/ Khandker, Shahidur R.: „*Evaluating the Impact of Egyptian Social Fund for Development Programs*“. In: Policy Research Working Paper 4993. The World Bank (Hrsg.). Bericht vom Juli 2009, unter: http://documents1.worldbank.org/curated/en/970431468037489618/pdf/WPS4993.pdf, abgerufen am 06.07.2020.

Abul-Magd, Zeinab/ Akça, İsmet/ Marshall, Shana: „*Two Paths to Dominance: Military Businesses in Turkey and Egypt*“. Carnegie Middle East Center (Hrsg.), Juni 2020, unter: https://carnegie-mec.org/2020/06/03/two-paths-to-dominance-military-businesses-in-turkey-and-egypt-pub-81869, abgerufen am 12.06.2020.

Accord de Libre Échange Complet et Approfondi: „*Présentation de l'ALECA*“, unter: http://www.aleca.tn/decouvrir-l-aleca/presentation-de-laleca/, abgerufen 26.09.2019.

Accord de Libre Échange Complet et Approfondi: „*Relation Tunisie / UE. Les relations entre la Tunisie et l'Union Européenne*“, unter: http://www.aleca.tn/decouvrir-l-aleca/relation-tunisie-ue/, abgerufen am 26.09.2019.

Addi, Lahouari: „*Les partis politiques en Algérie*“. In: Revue des Mondes Musulmans et de la Méditerranée, März 2006, Seite 139-162, unter: https://journals.openedition.org/remmm/2868#bodyftn13, abgerufen am 21.09.2018.

Adjibi Nourou, Moutiou: „*Egypte: les revenus touristiques de l'année 2018-2019 ont atteint 12,5 milliards $, un record*“. Artikel vom 21.11.2019. In: Agence Ecofin, unter: https://www.agenceecofin.com/economie/2111-71356-egypte-les-revenus-touristiques-de-lannee-2018-2019-ont-atteint-12-5-milliards-un-record, abgerufen am 25.04.2020.

African Development Bank Group: „*Arab Republic of Egypt. Social Fund for Development Phase II Project*“. African Development Fund (Hrsg.). Bericht vom Oktober 2006, unter: https://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Project-and-Operations/ADF-BD-IF-2006-228-EN-EGYPT-PCR-SOCIAL-FUND-FOR-DEVELOPMENT-PHASE-II-PROJECT.PDF, abgerufen am 06.07.2020.

African Manager: „*Egypte: Une méga-cité dédiée au textile pour 2 milliards $*“. Artikel vom 17.01.2018, unter: https://africanmanager.com/egypte-une-mega-cite-dediee-au-textile-pour-2-milliards/, abgerufen am 11.12.2019.

African Manager: „*Open Sky: L'accord entre l'UE et la Tunisie pourrait être signé en mars prochain*“. Artikel vom 18.02.2010, unter: https://africanmanager.com/open-sky-laccord-entre-lue-et-la-tunisie-pourrait-etre-signe-en-mars-prochain/, abgerufen am 20.02.20.

Africapresse.paris: „*L'importance du secteur textile habillement dans les quatre pays de l'Accord d'Agadir. Tunisie - Maroc - Egypte - Jordanie*“. Artikel vom 01.11.2009, unter: https://www.africapresse.paris/L-importance-du-secteur-textile?lang=fr, abgerufen am 10.12.19.

Afrique Magazine: „*L'automobile veut changer de vitesse*". Bericht vom November 2018, unter: https://afriquemagazine.com/l%E2%80%99automobile-veut-changer-de-vitesse, abgerufen am 13.12.19.

Afrobarometer: http://www.afrobarometer.org/data/algeria-round-6-data-2015, abgerufen am 12.11.18

Agence Ecofin: „*Egypte: les ventes de véhicules assemblés localement en hausse de 25,8% en glissement annuel à fin juillet 2018*". Artikel vom 08.10.2018, unter: https://www.agenceecofin.com/economie/0810-60646-egypte-les-ventes-de-vehicules-assembles-localement-en-hausse-de-25-8-en-glissement-annuel-a-fin-juillet-2018, beide Links abgerufen am 13.12.19.

Agence Foncière Touristique (Tunisie): „*Indicateurs Touristiques*", unter: http://www.aft.nat.tn/fr/tourisme_indicateurs_tunisie.php, abgerufen am 03.10.19.

Agence Nationale de Développement de l'Investissement: „*Secteur de santé*", unter: http://www.andi.dz/index.php/fr/secteur-de-sante, abgerufen am 03.01.2020.

Agence Nationale de Soutien à l'Emploi des Jeunes: „*Presentation de la Caisse Nationale d´Assurance Chômage*", unter: https://ansej.dz/salem2018/index.php/fr/component/k2/item/16-presentation-de-la-caisse-nationale-d-assurance-chomage, abgerufen am 21.12.2019.

Agence Francaise de Developpement: „*Améliorer l'accès à l'eau et à l'assainissement dans le Delta du Ni*l", unter: https://www.afd.fr/fr/carte-des-projets/ameliorer-lacces-leau-et-lassainissement-dans-le-delta-du-nil, abgerufen am 07.07.2020.

Agence Francaise de Developpement: „*Améliorer les services d'eau et d'assainissement en Haute-Égypte*", unter: https://www.afd.fr/fr/carte-des-projets/ameliorer-les-services-deau-et-dassainissement-en-haute-egypte, abgerufen am 07.07.2020.

Agrarzeitung: „*Länderserie Ägypten. Land und Wasser sind knappe Güter*". Artikel vom 09.05.2016, unter: https://www.agrarzeitung.de/nachrichten/wirtschaft/Land-und-Wasser-sind-knappe-Gueter-61431, abgerufen am 20.12.19.

Ägyptische Verfassung von 1971. The International Institute for Democracy and Electoral Assistance unter: http://constitutionnet.org/sites/default/files/Egypt%20Constitution.pdf, abgerufen am 30.09.2018.

Ägyptische Verfassung von 2014, unter: https://www.constituteproject.org/constitution/Egypt_2014.pdf, abgerufen am 08.07.18.

Ägyptisches Parteiengesetz von 1977: „*Gesetz 40 vom Jahr 1977*", unter: https://www.aljazeera.net/specialfiles/pages/92d34a5b-e547-4a65-9bef-ffb93afdcf07, abgerufen am 24.09.18.

Ahmed-Ouamar, Abdelmajid: „*La coopération énergétique Algérie-Union Européenne. Un exemple de coopération nord-sud à travers la Méditerranée?*". „Groupe d'Analyse et de Théorie Economique" der Universitäten Lyon/Saint-Etienne (Hrsg.), 2008, unter: https://www.gate.cnrs.fr/unecaomc08/Communications%20PDF/Texte%20ABDELMADJID%20AHMED-OUAMAR.pdf, abgerufen am 16.10.2019.

Akrout, Zied/ Khadimallah, Adel: „*L'économie tunisienne face à la crise de la dette des subprimes et la crise des dettes souveraines européenne*„. In: Revue „L'Année du Maghreb", Dossier: „Le Maghreb avec ou sans l'Europe?". Nr. 9/2013, unter: https://journals.openedition.org/anneemaghreb/1852#bodyftn10, abgerufen am 03.10.2019.

Alessandrini, Sergio: „*Intégration commerciale euro- méditerranéenne: inégalités entre pays*". In: Annuaire IEMed de la Méditerranée 2015, Seite 127-136. Institut Européen de la Méditerranée. Barcelone 2015, unter: https://www.iemed.org/observatori/arees-danalisi/arxius-adjunts/anuari/med.2015/IEMed_Yearbook_2015_FR_Integration_Commerciale_Alessadrini.pdf, abgerufen am 30.06.2020.

Algeria-Watch: „*Die algerische Parteienlandschaft*". Algeria-Watch (Hrsg.), 30.12.2009, unter: https://algeria-watch.org/?p=4671, abgerufen am 15.09.2018.

Algerie Eco: „*L'université algérienne a accueilli 60.000 étudiants étrangers depuis l'indépendance*". Artikel vom 27.02.2020, unter: https://www.algerie-eco.com/2020/02/27/luniversite-algerienne-accueilli-60-000-etudiants-etrangers-lindependance/, abgerufen am 22.03.2020.

Algerie 360: „*Chaque année selon l'agence européenne Frontex: 10 000 Algériens «grillent» leur visa*". Artikel vom 01.05.2015, unter: https://www.algerie360.com/chaque-annee-selon-lagence-europeenne-frontex-10-000-algeriens-grillent-leur-visa/, abgerufen am 10.12.2019.

Algerie 360: „*Taux d'échec important en première année: L'université algérienne patine*". Artikel vom 22.07.2018, unter: https://www.algerie360.com/taux-dechec-important-en-premiere-annee-luniversite-algerienne-patine/, abgerufen am 06.01.2020.

Algerische Verfassung von 1989. Algerisches Conseil Constitutionnel (Verfassungsrat), unter: http://www.conseil-constitutionnel.dz/pdf/CONSTITUTION%20DE%201989.pdf.

Algerische Verfassung von 1996 inklusive der 2008 bei der Verfassungsreform adoptierten neuen Artikeln. Internationale Arbeitsorganisation (ILO), unter: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---protrav/---ilo_aids/documents/legaldocument/wcms_125825.pdf, abgerufen am 17.10.18.

Algerische Verfassung von 2016. Algerisches Conseil Constitutionnel, unter: http://www.conseil-constitutionnel.dz/pdf/constitution.pdf.

Algerischer Conseil de la Nation: unter: http://majliselouma.dz/index.php/ar/2016-07-19-12-54-36/2016-07-19-13-00-53, abgerufen am 23.10.2018.

Algerisches Familiengesetz von 2005: Algerisches Justizministerium, unter: https://droit.mjustice.dz/code_famille.pdf, abgerufen am 02.11.18.

Algerisches Informationsgesetz von 2012: Algerisches Informationsministerium, unter: http://www.ministerecommunication.gov.dz/fr/node/351, abgerufen am 03.11.18.

Algerisches organisches Gesetz Nr. 12-03 vom Januar 2012. Algerisches Innenministerium, unter: http://www.interieur.gov.dz/index.php/fr/elect/225-elections/elections-legislatives-10-mai-2012/dispositif-l%C3%A9gislatif-et-r%C3%A9glementaire/604-loi-organique-n%C2%B0-12-03-du-12-janvier-2012-fixant-les-modalit%C3%A9s-augmentant-les-chances-d%E2%80%99acc%C3%A8s-de-la-femme-%C3%A0-la-repr%C3%A9sentation-dans-les-assembl%C3%A9es-%C3%A9lues-jo-n%C2%B0-01.html, abgerufen am 26.10.2018.

Algerisches Parteiengesetz von 1989. In: International Labour Organization, unter: https://www.ilo.org/dyn/natlex/docs/ELECTRONIC/8146/77640/F1257130522/DZA-8146.pdf, abgerufen am 17.10.18.

Algerisches Parteiengesetz von 1997. In: International Labour Organization, unter: http://ilo.org/dyn/natlex/docs/ELECTRONIC/46747/77628/F341022004/DZA-46747.pdf,

Algerisches Parteiengesetz von 2012, unter: Assemblée Populaire Nationale: „*Amtsblatt der Republik Algerien*", unter: http://www.apn.dz/fr/images/textes_reformes_politiques_fr/08-loi_organique12-04.pdf, abgerufen am 20.08.2018

Algerisches Wahlgesetz von 2016. Generalsekretariat der algerischen Regierung, unter: https://www.joradp.dz/TRV/FElect.pdf.

Allia, A.: „*Retrouvées sur une plage de Bizerte (Tunisie). Guelma: les dépouilles de 3 harraga rapatriées*". Artikel vom 29.02.2020. In: Liberté (Algérie), unter: https://www.liberte-algerie.com/actualite/guelma-les-depouilles-de-3-harraga-rapatriees-334828, abgerufen am 13.03.2020.

Alouache, Khaled: „*Le Groupe PSA procède au lancement officiel du chantier de son usine algérienne*". Artikel vom: 21.07.2019. In: Autoalgerie.com, unter: https://www.autoalgerie.com/wp/actualite/industrie-automobile/le-groupe-psa-procede-au-lancement-officiel-du-chantier-de-son-usine-algerienne/, abgerufen am 22.09.19.

Alouache, Khaled: „*233.000 unités assemblées par Renault Algérie Production en 5 ans*", Bericht vom 19.11.2019. In: Autoalgerie.com, unter: https://www.autoalgerie.com/wp/actualite/industrie-automobile/233-000-unites-assemblees-au-sein-de-renault-algerie-production/, abgerufen am 22.12.2019.

Alstom S.A.: „*CITAL inaugurates its assembly and maintenance site for Alstom Citadis trams in Annaba*“. Bericht vom 12.05.2015, unter: https://www.alstom.com/press-releases-news/2015/5/cital-inaugurates-its-assembly-and-maintenance-site-for-alstom-citadis-trams-in-annaba, abgerufen am 22.09.2019.

Al-Laithy, Heba/ Kheir Al-Din, Hanaa: „Évaluation de la pauvreté en Égypte en fonction des données sur les ménages“. In: „*Une économie en transition*“. Revue „Égypte/Monde Arabe“, Nr. 12-13/1993. Centre d'études et de documentation économiques juridiques et sociales (Hrsg.). HTML-Version unter: https://journals.openedition.org/ema/1257?lang=en#tocto2n1, abgerufen am 25.06.2020.

Al-Sayyid Mansur, Mahmud: „*La libéralisation du secteur agricole*“. In: Revue Égypte/Monde arabe. Première série, 21/1995, unter: https://journals.openedition.org/ema/406, abgerufen am 12.08.2019.

Amnesty International: „*Ägypten: Demonstrantinnen zu „Jungfräulichkeitstests“ gezwungen*“. Bericht vom 23.03.2011, unter: https://www.amnesty.de/2011/3/24/aegypten-demonstrantinnen-zu-jungfraeulichkeitstests-gezwungen, abgerufen am 10.04.18.

Amnesty International: „*Ägypten. Immer noch bis zu 40 Personen in eine Zelle gepfercht*“. Bericht vom 14.08.19, unter: https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/aegypten-aegypten-immer-noch-bis-zu-40-personen-eine-zelle-gepfercht, abgerufen am 18.09.19.

Amnesty International: „*Algérie: Communication au Comité des droits de l'homme*“. Amnesty International (Hrsg.). September 2007, unter: https://www.amnesty.org/download/Documents/68000/mde280172007fr.pdf, abgerufen am 30.11.18.

Amnesty International: „*Algerien. Chronologie*“, unter: www.amnesty-algerien.de/Main/Informieren-Chronik?action=download&upname=algerien-chronik.pdf, abgerufen am 29.11.18.

Amnesty Internationa: „*Amnesty Report. Algerien 2011*“. Bericht vom 10.05.2011, unter: https://www.amnesty.de/jahresbericht/2011/algerien#section-6553, abgerufen am 09.12.2019.

Amnesty International: „*Amnesty Report. Algerien 2012*“. Bericht vom 03.05.2012, unter: https://www.amnesty.de/jahresbericht/2012/algerien#section-7093, abgerufen am 27.12.2019.

Amnesty International: „*Amnesty Report. Algerien 2013*“. Bericht vom 22.05.2013, unter: https://www.amnesty.de/jahresbericht/2013/algerien#section-8316, abgerufen am 27.12.2019.

Amnesty International: „*Amnesty Report. Algerien 2016*“. Bericht vom 17.02.2016, unter: https://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/algerien#section-10575, abgerufen am 27.12.2019.

Amnesty International: „*Amnesty Report. Algerien 2017/18*“. Bericht vom 22.02.2018, unter: https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/algerien#section-1721500, abgerufen am 27.12.2019.

Amnesty International: „*Amnesty Report. Tunesien 2009*“. Bericht vom 12.05.2020, unter: https://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/tunesien, abgerufen am 18.09.18.

Amnesty International: „*Amnesty Report. Tunesien 2010*“. Bericht vom 20.05.2020, unter: https://www.amnesty.de/jahresbericht/2010/tunesien, abgerufen am 18.09.18.

Amnesty International: „*EU: Halt arms transfers to Egypt to stop fuelling killings and torture*“. Amnesty International (Hrsg.). Bericht vom 25.05.16, unter: https://www.amnesty.org/en/latest/news/2016/05/eu-halt-arms-transfers-to-egypt-to-stop-fuelling-killings-and-torture/, abgerufen am 09.07.18.

Amnesty International: „*Ja. Wir nehmen Folter persönlich*“. Amnesty International (Hrsg.). Bericht vom 08.02.18, unter: https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/aegypten-ja-wir-nehmen-folter-persoenlich, abgerufen am 18.04.18.

Amnesty International: „*Länderbericht Algerien*“. Amnesty International 2017, unter: http://www.amnesty-algerien.de/Main/Informieren-Land, abgerufen am 25.10.18.

Amnesty International: „*Mohammed Abbou, en détention arbitraire depuis avril 2005*“. Artikel vom 22.09.2006, unter: https://www.amnesty.be/je-veux-agir/agir-localement/agir-a-l-ecole/l-espace-enseignants/enseignement-secondaire/dossier-papiers-libres-2006-les-defenseurs-des-droits-humains/article/tunisie?lang=fr, abgerufen am 16.09.18.

Amnesty International: „*Tunesien. Jabeur Mejri ist frei – Urteil muss jetzt aufgehoben werden*“. Artikel vom 06.03.14, unter: https://www.amnesty.de/2014/3/6/tunesien-urteil-gegen-jabeur-mejri-muss-aufgehoben-werden, abgerufen am 23.09.18.

Amnesty International: „*Zwangsräumungen in ägyptischen Slums stoppen. Historische Chance zur Achtung der Rechte von Slumbewohnern*“. Amnesty Internationa (Hrsg.). Bericht vom 23.08.2011, unter: https://www.amnesty.de/2011/8/23/zwangsraeumungen-aegyptischen-slums-stoppen, abgerufen am 29.03.2020.

Amnesty International: „*683 Todesurteile*“. Bericht vom 01.05.2014, unter: https://www.amnesty.de/urgent-action/ua-100-2014/683-todesurteile, abgerufen am 15.04.18.

Amokrane, Imène: „*Rétrospective des élections législatives depuis 1997 (tableaux)*“. Artikel vom 20.01.2017. In: Liberté (Algérie), unter: https://www.liberte-algerie.com/actualite/retrospective-des-elections-legislatives-depuis-1997-tableaux-262667, abgerufen am 27.10.18.

Apim, Eric: „*La Tunisie a accueilli près de six millions de touristes en 2016*“. Artikel vom 25.01.2017. In: Econostrum, unter: https://www.econostrum.info/La-Tunisie-a-accueilli-pres-de-six-millions-de-touristes-en-2016_a22755.html, abgerufen am 03.10.19.

Arab Barometer: „Who Desires to Migrate from MENA?“. Bericht vom 17.12.2019, unter: https://www.arabbarometer.org/2019/12/who-desires-to-migrate-from-mena/, abgerufen am 09.07.2020.

Arab Organization for Human Rights: „*Egypt: Six Years of Impunity*“. AOHR (Hrsg.). Bericht vom 03.07.2019, unter: http://www.aohr.org.uk/en/all-releases/item/10826-egypt-six-years-of-impunity.html, abgerufen am 21.08.19.

Arab Petroleum Pipelines Company (SUMED): „*About Sumed*“, unter: http://www.sumed.org/index.php/2013-04-25-14-16-37/about-us, abgerufen am 03.12.19.

Association Algérienne d’Alphabétisation IQRAA: „*Donneés chiffrée*“, unter: http://www.iqraa.dz/Index_fichiers/Page506.htm, abgerufen am 03.01.2020.

Assoziierungsabkommen zwischen Algerien und der EU. EU-Kommission, unter: https://cdn2-eeas.fpfis.tech.ec.europa.eu/cdn/farfuture/kP-ftJAHcnFH04sfcPej0cXc3xprs9S1VxuY8y3sJd4/mtime:1472024264/sites/eeas/files/accord_association_fr.pdf, abgerufen am 16.10.18.

Assoziierungsabkommen zwischen Tunesien und der EU. Offizielles Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, veröffentlicht am 30.03.1998, unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/PDF/?uri=OJ:L:1998:097:FULL&from=DE, abgerufen am 04.11.18.

Attia, Syrine: „*En Tunisie, un «système éducatif à plusieurs vitesses»*“. Artikel vom 21.08.2018. In: Jeune Afrique, unter: https://www.jeuneafrique.com/611533/societe/en-tunisie-un-systeme-educatif-a-plusieurs-vitesses/, abgerufen am 15.03.2020.

Axtmann, Dirk: „*Reform autoritärer Herrschaft in Nordafrika*. *Verfassungs- und Wahlrechtsreformen in Algerien, Tunesien und Marokko zwischen 1988 und 2004*“. Deutscher Universitäts-Verlag, 2007 Wiesbaden.

Ayad, Christophe: „*Tunisie: la presse esclave du Président. A force de persuasion et de répression, Ben Ali a mis au pas tous les médias*“. Bericht vom 29.11.1997. In: Libération (France), unter: https://www.liberation.fr/medias/1997/11/29/tunisie-la-presse-esclave-du-president-a-force-de-persuasion-et-de-repression-ben-ali-a-mis-au-pas-t_221089, abgerufen am 19.09.18.

Banque Africaine de Développement: „*Mise en valeur des énergies propres en Égypte*“. Bericht von 2012, unter: https://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Policy-Documents/Cata%20Energie%20Fran%C3%A7ais.pdf, abgerufen am 01.12.19.

Banque Africaine de développement: „*Tunisie: Défis Économiques et SociauxPost - Révolution*“. Bericht von 2012, unter: https://www.afdb.org/sites/default/files/documents/projects-and-operations/tunisie_defis_economiques_et_sociaux.pdf, abgerufen am 04.05.2020.

Banque Africaine de Développement: „*Tunisie. Rapport d´achèvement. Projet d èlectrification rurale. Èlectricitè IV*“. Département infrastructure et industrie, Region Nord. Bericht vom Juni 1995, unter:

https://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Project-and-Operations/ADB-BD-IF-96-25-FR-SCANNEDIMAGE.030.PDF, abgerufen am 27.09.19.

Barbé, Esther: „*The Barcelona conference: Launching pad of a process*“. In: Mediterranean Politics, Volume 1, Issue 1, Seite 25-42, Erscheinungsjahr 1996.

BBC (Großbritannien): „*Démission du Premier ministre tunisien Elyes Fakhfakh*“. Artikel vom 15.07.2020, unter: https://www.bbc.com/afrique/53425721, abgerufen am 19.07.2020.

Bédrani, Slimane: „*L'agriculture et le rural durant la période 1990-2000*“. In: „*Où va l'Algérie?*“. Ahmed Mahiou/Jean-Robert Henry (Hrsg.). Zeitschrift Hommes et sociétés, Seite 207-225. Institut de recherches et d'études sur les mondes arabes et musulmans 2001. HTML-Version unter: https://books.openedition.org/iremam/408?lang=de, abgerufen am 17.09.19.

Bédrani, Slimane: „*L'intervention de l'Etat dans l'agriculture en Algérie: constat et propositions pour un débat*“. In: „*Les agricultures maghrébines à l'aube de l'an 2000*“. Allaya M. (Hrsg.). Revue Options Méditerranéennes: Série B. Etudes et Recherches, Nr. 14, Seite 83-99. Montpellier 1995, unter: http://om.iamm.fr/om/pdf/b14/CI960044.pdf, abgerufen am 13.09.2019.

Bel Hadj Ali, Amel: „*Tunisie – Aéronautique: STELIA n'a jamais envisagé de quitter la Tunisie*“. Artikel vom 08.05.2015. In: Webmanagercenter, unter: https://www.webmanagercenter.com/2015/05/08/163404/tunisie-aeronautique-stelia-n-a-jamais-envisage-de-quitter-la-tunisie-ouassim-berraies/, abgerufen am 02.10.19.

Belorgey, Jean-Michel: „*Algériens en France, le refuge précaire*“. In: Revue Hommes et Migrations: „*Réfugiés et demandeurs d'asile*“. Nr. 1198-1199, Mai-Juni 1996, Seite 89-92, unter: https://www.persee.fr/docAsPDF/homig_1142-852x_1996_num_1198_1_2694.pdf, abgerufen am 07.01.2020.

Benabdallah, Youcef: „*Rente et Désindustrialisation*“. In: Confluences Méditerranée, 4/2009, Nummer 71, Seite 85-100.

Benali, Arezki: „*Youcef Benabdellah, Pr. en économie: «La ration alimentaire consommée par l'Algérien est importée à hauteur de 70%»*“. Artikel vom 08.07.2019. In: Algerie Eco, unter: https://www.algerie-eco.com/2019/07/08/youcef-benabdellah-pr-en-economie-la-ration-alimentaire-consommee-par-lalgerien-est-importee-a-hauteur-de-70/, abgerufen am 24.09.2019.

Benchikh, Madjid: „*L'organisation du système politique*“. Comité Justice pour l'Algérie (Hrsg.). Dossier Nr. 13, Mai 2004, unter: https://www.algerie-tpp.org/tpp/pdf/dossier_13_systeme_politique.pdf, abgerufen am 16.10.18.

Benyoucef, Badreddine: „*Le rôle de l'agriculture dans le développement économique et social. Qu'en est-il de l'Algérie?*“. Revue Agriculture, Numéro spécial 1 (2016), Seite 9-31, unter: https://www.univ-setif.dz/revues/agriculture/documents/numero-special/Session1/Benyoucef-badredine.pdf, abgerufen am 13.09.2019.

Benzenine, Belkacem: „*Les femmes algériennes au Parlement: la question des quotas à l'épreuve des réformes politiques*“. In: Revue Égypte/Monde Arabe. Centre d'Études et de Documentation Économiques, Juridiques et Sociales (Hrsg.). Kairo 2013, HTML- und PDF-Version unter: https://journals.openedition.org/ema/3196, abgerufen am 25.10.18.

Ben Jaafar, Mustapha (Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung): „*Le processus transitionnel en Tunisie 2011-2014: L'Assemblée Nationale Constituante et la sauvegarde de l'esprit de la Révolution (3eme partie)*“. In: Huffington Post. Bericht vom 12.10.16, unter: https://www.huffpostmaghreb.com/mustapha-ben-jaafar/lassemblee-nationale-constituante-et-la-sauvegarde-de-lesprit-de-la-revolution-_b_12438852.html, abgerufen am 07.11.18.

Ben Jannet Allal, Houda: „*Énergie et écodéveloppement en Tunisie*“. Helio International/Observatoire de la viabilité énergétique (Hrsg.). Paris 2006. Bericht von 2006, unter: http://helio-international.org/wp-content/uploads/2013/12/Tunisie-FR-2006.pdf, abgerufen am 18.09.2019.

Ben Sedrine, Saïd/ Amami, Mongi: „*La gouvernance du système de santé publique aggrave l'inégalité sociale face au risque de la maladie en Tunisie*“. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.). Tunis, Bericht vom Juni 2016, unter: https://library.fes.de/pdf-files/bueros/tunesien/14395.pdf, abgerufen am 05.05.2020.

Berenger, Valérie: „*Analyse de l'impact de la croissance sur la pauvreté et identification des stratégies de croissance bénéfique aux pauvres (« pro-poor growth strategies »). Etude des cas pour six pays partenaires méditerranéens: Egypte, Israël, Liban, Maroc, Tunisie et Turquie*". In: Rapport final du projet de recherche FEMISE 31-06 R. V. Berenger/ C. Berthomieu (Hrsg.). Bericht vom September 2008.

Bersali, Isma: „*Ce sont plus de 500 personnes à vouloir rejoindre l'Europe: Les harraga reprennent la mer*". Artikel vom 30.09.2019, in: El Watan, unter: https://www.elwatan.com/edition/actualite/les-harraga-reprennent-la-mer-30-09-2019, abgerufen am 13.03.2020.

Bertelsmann Stiftung: „*BTI 2010. Egypt Country Report*". Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2010, unter: https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2010/pdf/BTI_2010_Egypt.pdf, abgerufen am 21.09.18.

Bertelsmann Stiftung: „*BTI 2012. Egypt Country Report*". Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2012, unter: https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2012/pdf/BTI_2012_Egypt.pdf, abgerufen am 21.09.2018.

Bertelsmann Stiftung: „*Ländergutachten 2003. Ägypten*", unter: http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/139.0.html, abgerufen am 02.03.18.

Bessaoud, Omar: „*Rapport de synthèse sur l'agriculture en Algérie*". In: Projet d'Appui à l'initiative ENPARD-Méditerranée. Mediterranean Agronomic Institute of Montpellier (Hrsg.). Bericht von Januar 2019, unter: https://www.iamm.ciheam.org/ress_doc/opac_css/doc_num.php?explnum_id=18246, abgerufen am 24.09.2019.

Biegel, Reiner: „*Die alten und die neuen Pharaonen. Das Regime Mubarak nach dem Plebiszit vom 26. September 1999*". KAS-Auslandsinformationen Oktober 1999. Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.), unter: https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_10187_1.pdf/0aa0b888-0719-85f2-badb-f2be8f4fea37?version=1.0&t=1539664799996, abgerufen 04.05.18.

Biegel, Reiner: „*Die Parlamentswahlen 2000 in Ägypten: Pyrrhussieg der Regierungspartei wird zur Niederlage*". KAS-Auslandsinformationen 1/2001. Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.), unter: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=76d1f4b3-0ca4-5971-917f-8f1e51c9eaa0&groupId=252038, abgerufen am 13.08.18.

Blin, Louis: „*L'économie de l'énergie en Égypte: la rente en question*". Revue Égypte/Monde Arabe. Première série, 12-13/ 1993, HTML-Version unter: https://journals.openedition.org/ema/1243, abgerufen am 02.10.19.

Bobin, Frédéric: „*La Tunisie peine à solder les comptes de la dictature*". Artikel vom 27.12.18. In: Le Monde, unter: https://www.lemonde.fr/afrique/article/2018/12/27/la-tunisie-peine-a-solder-les-comptes-de-la-dictature_5402522_3212.html, abgerufen am 29.12.18.

Boisselet, Pierre: „*Khaled Ben Saïd condamné à douze ans de réclusion criminelle*", Bericht vom 25.09.2010. In: Jeune Afrique, unter: https://www.jeuneafrique.com/184333/politique/khaled-ben-saed-condamn-douze-ans-de-r-clusion-criminelle/, abgerufen am 21.09.18.

Boltanski, Christophe: „*La mort suspecte d'un dirigeant islamiste tunisien en détention*". Bericht vom 31.01.95. In: Libération (Franca), unter: https://www.liberation.fr/planete/1995/01/31/la-mort-suspecte-d-un-dirigeant-islamiste-tunisien-en-detention_117926, abgerufen am 19.09.18.

Bouaziz, Ali: „*Système éducatif tunisien: une obligation de réforme*". Artikel vom 27.02.2020. In: Kapitalis, unter: http://kapitalis.com/tunisie/2020/02/27/systeme-educatif-tunisien-une-obligation-de-reforme/, abgerufen am 15.03.2020.

Bouyacoub, Ahmed: „*L'économie algérienne et le programme d'ajustement structurel*". In: Confluences Méditerranée, Nummer 21, Frühling 1997, Seite 77-85.. Institut de Recherche et d'Études Méditerranée Moyen-Orient, unter: http://iremmo.org/wp-content/uploads/2016/02/2108.bouyacoub.pdf, abgerufen am 14.10.19.

Braune, Elisabeth: „*Eine schwere Geburt? Im post-revolutionären Tunesien wächst die Anspannung im Hinblick auf die ersten freien und demokratischen Wahlen*". Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), November 2011, unter: https://library.fes.de/pdf-files/iez/08712.pdf, abgerufen 21.07.18.

Brummer, Klaus/Weiss, Stefani: „*Europa im Wettlauf um Öl und Erdgas*“. Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.). Gütersloh 2007, unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_21446_21447_2.pdf, abgerufen am, 16.09.19.

Brüggmann, Mathias/ Siebenhaar, Hans-Peter: „*Europa. Die EU-Osterweiterung ist ein Erfolg – trotz wachsender Zweifel*“. Bericht vom 23.05.2019. In: Handelsblatt, unter: https://www.handelsblatt.com/politik/international/europawahl/europa-die-eu-osterweiterung-ist-ein-erfolg-trotz-wachsender-zweifel/24369626.html?ticket=ST-313845-DuSxXwvL0PXAqAENGecB-ap6, abgerufen am 12.07.2020.

Büchs, Annette: „*Wahlsieg der Islamisten in Ägypten: Der Aufstieg der Muslimbrüder und der Salafisten*“. In: GIGA Focus, Ausgabe Nr. 1, 2012. German Institute of Global and Area Studies (Hrsg.), Institut für Nahost-Studien. GIGA (Hrsg.), unter: https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_nahost_1201.pdf, abgerufen am 21.07.2019.

Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Deutschland): „*Ägypten*“, unter: http://www.bmz.de/de/laender_regionen/naher_osten_nordafrika/aegypten/, abgerufen am 06.07.2020.

Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger: „*Reporter ohne Grenzen zur Pressefreiheit in Algerien*“. Artikel vom 12.06.97, unter: https://www.bdzv.de/nachrichten-und-service/branchennachrichten/artikel/detail/reporter_ohne_grenzen_zur_pressefreiheit_in_algerien/, abgerufen am 02.11.18.

Busse, Nikolas: „*Treffen der EU-Außenminister: EU fordert Mubarak zu „offenem Dialog“ mit der Opposition auf*“. Bericht vom 31.01.11. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, unter: https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/treffen-der-eu-aussenminister-eu-fordert-mubarak-zu-offenem-dialog-mit-der-opposition-auf-1576294.html, abgerufen am 06.09.18.

Caisse Nationale d'Assurance Chômage (Algérie): „*Allocataire: Informations utiles*“, unter: https://www.cnac.dz/site_cnac_new/Web%20Pages/Fr/FR_AllocataireInfosUtiles.aspx, abgerufen am 21.12.2019.

Caisse Nationale d'Assurance Chômage (Algérie): „*Assurance Chômage*“, unter: https://www.cnac.dz/site_cnac_new/Web%20Pages/Fr/FR_AssuranceChomage.aspx, abgerufen am 21.12.2019.

Callies de Salies, Bruno: „*Union européenne-Tunisie (1995-2005): bilan de l’accord d’association*“. Zeitschrift *L’Année du Maghreb*, II/2007, Seite 427-431. HTML-Version unter: https://journals.openedition.org/anneemaghreb/149, abgerufen am 30.09.19.

Carnegie Endowment for International Peace: „*Comparing Egypt’s Constitutions*“, unter: https://carnegieendowment.org/files/Comparing-Egypt-s-Constitutions.pdf, abgerufen am 17.06.18.

Center for Mediterranean Integration: „*Les programmes sociaux de lutte contre la pauvreté et damélioration des conditions de vie*“. République Tunisienne, Ministère des Affaires Sociales (Hrsg.), Bericht vom Juni 201, unter: http://www.cmimarseille.org/sites/default/files/newsite/AFD/tunisworkshop/general/MSU_wk1_NoteMAS.pdf, abgerufen am 02.05.2020.

Centre de Recherches et d'Etudes Sociales (Tunisie): „*Redistribution des revenus*“, unter: http://www.cres.tn/index.php?id=182, abgerufen am 02.05.2020.

Central Agency for Public Mobilization and Statistics: „*Amount of bird and poultry meat*“, unter: https://www.capmas.gov.eg/Pages/IndicatorsPage.aspx?Ind_id=2334, abgerufen am 18.12.2019.

Central Agency for Public Mobilization and Statistics: „*Self sufficiency ratio of wheat*“, unter: https://www.capmas.gov.eg/Pages/IndicatorsPage.aspx?Ind_id=2334, abgerufem am 18.12.2019.

Central Agency for Public Mobilization and Statistics: „*Wheat Production*“, unter: https://www.capmas.gov.eg/Pages/IndicatorsPage.aspx?Ind_id=2360, abgerufem am 18.12.2019.

Chaabane, Maher: „*Tunisie: La production de phosphate à 3,8 millions de tonnes en 2019*“. Bericht vom 10.12.2019. In: Webdo, unter: http://www.webdo.tn/2019/12/10/tunisie-la-production-de-phosphate-a-38-millions-de-tonnes-en-2019/, abgerufen am 23.12.19.

Chabert, Patrick: „*10 chiffres pour saisir le malaise économique algérien*“. Artikel vom 01.03.2016. In: Capital, unter: https://www.capital.fr/economie-politique/10-chiffres-pour-saisir-le-malaise-economique-algerien-1106060, abgerufen am 17.09.2019.

Chaker, Samira: „*Impacts sociaux de l'ajustement structurel: cas de la Tunisie*“. Zeitschrift „Nouvelles pratiques sociales“. Volume 10, numéro 1, printemps 1997, Seite 151-162. Les Presses de l'Université du Québec (Hrsg.), unter: https://www.erudit.org/fr/revues/nps/1997-v10-n1-nps1972/301393ar.pdf, abgerufen am 26.09.19.

Charmes, Jacques: „*Vers une résurgence de la préoccupation des pouvoirs publics à l'égard de l'économie informelle sur la rive sud de la Méditerranée*“. In: Annuaire IEMed de la Méditerranée 2015, Seite 267-272. Institut Européen de la Méditerranée. Barcelone 2015, unter: https://www.iemed.org/observatori/arees-danalisi/arxius-adjunts/anuari/med.2015/IEMed_Yearbook_2015_FR_Economie_Informelle_Charmes.pdf, abgerufen am 30.06.2020.

Chebaane, Samira/ Dhaoui, Iyad/ Kthiri, Wajdi: „*Inclusion sociale en Tunisie: Les enjeux de l'emploi, de l'éducation et de la répartition des revenus*“. Institut Tunisien de la Compétitivité et des Etudes Quantitatives (Hrsg.). März 2017, unter: http://www.itceq.tn/wp-content/uploads/files/etudes/inclusion-sociale.pdf, abgerufen am 14.01.2020.

Chebbi, Houssem Eddine: „*Rapport de synthèse sur l'agriculture en Tunisie*“. In: projet d'Appui à l'initiative ENPARD-Méditerranée. Mediterranean Agronomic Institute of Montpellier (Hrsg.). Bericht von Januar 2019, unter: https://docs.wixstatic.com/ugd/a4c13c_93ac24c4c23c491ebcc738306027d7b0.pdf, abgerufen am 02.10.19.

Chebil, Fatma: „*Politique énergétique en Tunisie*“. Institut Tunisien de la Compétitivité et des Etudes Quantitatives (Hrsg.), Mai 2017, unter: http://www.itceq.tn/wp-content/uploads/files/notes2017/politique-energetique.pdf, abgerufen am 21.09.2019.

Chibani, Ali: „*Le système de santé algérien entre corruption, privatisations et charlatanisme*“. Bericht vom 23.04.2019. In: Revue Orient XXI (Hrsg.), unter: https://orientxxi.info/magazine/algerie-la-debacle-du-systeme-de-sante,3032, abgerufen am 31.12.2019.

Chouikha, Larbi: „*L'opposition à Ben Ali et les élections de 2004*“. Zeitschrift „L'Année du Maghreb“ Seite 361-373. Französicher „Centre National de la Recherche Scientifique“ (Hrsg.). Paris 2004. HTML-Version unter: https://journals.openedition.org/anneemaghreb/322#bodyftn3, abgerufen am 02.11.2018.

Chouikha, Larbi: „*La difficile entreprise de réformer les médias en Tunisie*“. Zeitschrift „Communication“, Nr. 32/1, 2013. Französicher „Centre National de la Recherche Scientifique“ (Hrsg.). Paris 2013. HTML-Version unter: https://journals.openedition.org/communication/4692#bodyftn4, abgerufen am 02.11.2018.

Cleas, Thomas: „*Demokratiedividende gesucht. Tunesiens Wirtschaftsrevolution lässt auf sich warten*“. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) Tunis, August 2016, unter: https://www.fes-mena.org/fileadmin/user_upload/pdf-files/publications/Demokratiedividende_gesucht.pdf, abgerufen am 15.09.19.

Clémençot, Julien: „*Aerolia, le fournisseur tunisien d'Airbus*“. Artikel vom 11.01.2013. In: Jeune Afrique, unter: https://www.jeuneafrique.com/23118/economie/aerolia-le-fournisseur-tunisien-d-airbus/, abgerufen am 02.10.19.

Cottenet-Djoufelkit, Hélène: „*L'industrialisation de l'Égypte au xxe siècle. Des volontés politiques aux réalisations économiques*“. In: Revue „Égypte/Monde arabe“. Dossier: „L'Égypte dans le siècle 1901-2000“, Deuxième série, 4-5/2001. HTML-Version unter: https://journals.openedition.org/ema/870, abgerufen am 01.12.2019.

Cochrane, Paul: *„«Made in Egypt»? Le programme discret sur le textile qui rapporte des millions à Israël*“. Artikel vom 28.12.2017. In: Middle East Eye, unter: https://www.middleeasteye.net/fr/reportages/made-egypt-le-programme-discret-sur-le-textile-qui-rapporte-des-millions-israel, abgerufen am 10.12.19.

Das Erste (Deutschland): „*Anlaufziel für Flüchtlinge. Warum Lampedusa?*“. Bericht vom 03.10.2013, unter: https://www.tagesschau.de/ausland/lampedusa-hintergrund100.html, abgerufen am 10.03.2020.

Demmelhuber, Thomas: „*Dilemma von Demokratisierung und Stabilitätspolitik im Mittelmeerraum. Herausforderungen für die EU und Ägypten nach dem Rücktritt Hosni Mubaraks*“. In: „*Europa und der Arabische Frühling. Deutschland, Frankreich und die Umbrüche der EU-Mittelmeerpolitik*“. Ruß-Sattar/Bender/Walter (Hrsg.). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013. Seite 55-66.

Demmelhuber, Thomas/ Marchetti, Andreas: „*Die Union für das Mittelmeer: Ambitionen und Realität – eine ernüchternde Zwischenbilanz der französisch-ägyptischen Präsidentschaft*“. In: Integration, H. 2/2011, Seite 132-147.

Demokratiezentrum Wien: „*Demokratiemodelle*“ unter: http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratiemodelle/einfuehrung.html, abgerufen am 13.05.2018.

Denis, Éric/ Moriconi-Ebrard, François: „*L'industrie égyptienne, entre dirigisme et libéralisme*“. In: Revue „Méditerranée“: „*Industries en Méditerranée. de la marginalisation à la mondialisation*“. Tome 87, Nr.3.4, 1997. M. Côte, R. Courtot, S. Daviet, M. Joannon (Hrsg.). Seite 109-120, unter: https://www.persee.fr/doc/medit_0025-8296_1997_num_87_3_3012, abgerufen am 08.12.2019.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit: „*Beispielprojekte für nachhaltiges integriertes Abwassermanagement und Möglichkeiten der Wiederverwendung von Abwasser im Mittelmeerraum*“, unter: https://www.giz.de/de/weltweit/56694.html, abgerufen am 08.07.2020.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit: „*Förderung der dualen Ausbildung in Ägypten*“, unter: https://www.giz.de/de/weltweit/60462.html, abgerufen am 05.07.2020.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit: „*Perspektiven schaffen. Ausbildungsförderung in Tunesien*“. Bericht vom Juni 2018, unter: https://www.giz.de/de/leistungen/55898.html, abgerufen am 01.10.19.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit: „*Prévention et lutte contre la corruption en Tunisie*“, unter: https://www.giz.de/en/worldwide/57854.html, abgerufen am 30.06.2020.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit: „*Reformprogramm Bewässerungslandwirtschaft*“, unter: https://www.giz.de/de/weltweit/16272.html, abgerufen am 25.05.2020.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit: „*Strategie nationale de maîtrise de l'energie. Objectifs, moyens et enjeux*“. Bericht im Auftrag der République Tunisienne. Ministère de l'Industrie, de l'Energie et des Mines. Agence Nationale pour la Maîtrise de l'Energie. GIZ (Hrsg.). Bericht vom Juni 2014, unter: https://www.giz.de/en/downloads/giz2014-fr-strategie-energie-tunisie.pdf, abgerufen am 27.09.19.

Deutsche Welle: „*Ashton: Europa hilft Ägypten*“. Artikel vom 11.02.11, unter: https://www.dw.com/de/ashton-europa-hilft-%C3%A4gypten/a-6435686, abgerufen am 02.07.18.

Deutsche Welle: „*Gewalt überschattet letzten Wahltag in Ägypten*“. Bericht vom 08.12.2005, unter: https://www.dw.com/de/gewalt-%C3%BCberschattet-letzten-wahltag-in-%C3%A4gypten/a-1807686, abgerufen am 14.04.18.

Deutscher Akademischer Austauschdienst: „*De la crise au renouveau: les universités égyptiennes et tunisiennes en pleine transition*“. DAAD (Hrsg.). Bericht vom September 2012, unter: https://static.daad.de/media/daad_de/pdfs_nicht_barrierefrei/infos-services-fuer-hochschulen/projektsteckbriefe/fr-tunisia-egypt-v0.pdf, abgerufen am 04.07.2020.

Deutscher Bundestag: „*Auswahl und Ernennung von Richtern in Frankreich*“. Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (Hrsg.), Bericht vom 24.09.2019, Nr. 228/19, unter: https://www.bundestag.de/resource/blob/670620/c7a5cb678c837257a8a2ea4a0ba1bac6/WD-3-228-19-pdf-data.pdf, abgerufen am 18.05.2020.

Deye, Marion: „*L'Egypte tente de tirer son épingle du jeu*“. Artikel vom 30.10.2008. In: L´Usine Nouvelle, unter: https://www.usinenouvelle.com/article/l-egypte-tente-de-tirer-son-epingle-du-jeu.N63543, abgerufen am 10.12.19.

De Bouttemont, Cécile: „*Le système éducatif tunisien*“. In: Revue internationale d'éducation de Sèvres. April 2002, HTML-Version unter: https://journals.openedition.org/ries/1928, abgerufen am 02. 03.2020.

De Broqua, Aliette: „*Wally's Car s'apprête à commercialiser la première voiture tunisienne*“. Artikel vom 20.10.2008. In: Econostrum: unter: https://www.econostrum.info/Wally-s-Car-s-apprete-a-commercialiser-la-premiere-voiture-tunisienne_a132.html, abgerufen am 02.10.2019.

De Souza, Olivier: „*Algérie: en 2017, les recettes d'exportation de pétrole et de gaz ont atteint 33,2 milliards de dollars*“. Artikel vom 02.05.2018. Agence Ecofin, unter: https://www.agenceecofin.com/trade/0205-56578-

algerie-en-2017-les-recettes-d-exportation-de-petrole-et-de-gaz-ont-atteint-33-2-milliards-de-dollars, abgerufen am 17.09.19.

Djebbar, Ahmed: „*Éducation et société. Le cas de l'Algérie*". In: Revue internationale d'éducation de Sèvres: „*Le droit à l'éducation: vers de nouveaux contenus pour le XXIe siècle*". Nr. 24/1999, Seite 45-54. HTML-Version unter: https://journals.openedition.org/ries/2605, abgerufen am 03.01.2020.

Djelouah, Kamel: „*Accès à l'eau et à l'assainissement en Algérie*". United Nations Conference on Trade and Development (Hrsg.). Genf, Mai 2018, unter: https://unctad.org/meetings/en/Presentation/c1mem2018_S2_Djelouah.pdf, abgerufen am 03.01.2020.

Dris, Cherif: „*La nouvelle loi organique sur l'information de 2012 en Algérie: vers un ordre médiatique néo-autoritaire?*". Zeitschrift „L'Année du Maghreb". Französicher „Centre National de la Recherche Scientifique" (Hrsg.). Paris 2012, HTML-Version unter: https://journals.openedition.org/anneemaghreb/1506#bodyftn3, abgerufen am 28.10.18.

Dris, Cherif/ Aït-Hamadouche, Louisa: „*Politische Parteien in Algerien: Pluralismus in einem dominanten Präsidialsystem*". In: „*Politische Parteien in Nordafrika. Ideologische Vielfalt – Aktivitäten – Einfluss*". Sigrid Faath (Hrsg.), Seite 147-200. Konrad Adenauer Stiftung 2017, unter: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=4c572892-7e5f-7cf4-6f87-63feefeb9969&groupId=252038, abgerufen am 20.10.18.

Dris-Aït Hamadouche, Louisa/ Zoubir, Yahia H.: „*Pouvoir et opposition en Algérie: vers une transition prolongée?*". Zeitschrift „L'Année du Maghreb". Französicher Centre National de la Recherche Scientifique (Hrsg.). Paris 2009, HTML-Version unter: https://journals.openedition.org/anneemaghreb/535#bodyftn19, abgerufen am 29.10.18.

Dubessy, Frédéric: „*Bruxelles met de l'huile dans ses relations avec la Tunisie*". Artikel vom 15.09.2015. In: Econostrum, unter: https://www.econostrum.info/Bruxelles-met-de-l-huile-dans-ses-relations-avec-la-Tunisie_a20724.html, abgerufen am 04.10.19.

Dubessy, Frédéric: „*La BEI soutient l'épuration des eaux usées d'Alexandrie Ouest*". Artikel vom 10.02.2020. In: Econostrum, unter: https://www.econostrum.info/La-BEI-soutient-l-epuration-des-eaux-usees-d-Alexandrie-Ouest_a26465.html, abgerufen am 29.06.2020.

Egypt State Information Service: „*Entwicklung des Parteienlebens in Ägypten*", unter: http://www.sis.gov.eg/section/325/121?lang=ar#4, abgerufen am 23.08.18.

Egypt State Information Service: „*Name der aktuellen Gouverneure*", unter: http://www.sis.gov.eg/section/75/4528?lang=ar, abgerufen am 27.09.19.

Erdle, Steffen: „*Tunesien - Autoritarismus versus Modernität*". In: Informationen zur politischen Bildung (Heft 272): „*Politische Entwicklung nach der Unabhängigkeit*". Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) 2005, unter: http://www.bpb.de/internationales/afrika/afrika/59008/regionale-kooperation?p=6, abgerufen am 26.07.18.

Europäische Investitionsbank: „*ECU 1.1 billion for the Maghreb-Europe Gasline*". Bericht vom 25.03.1997, unter: https://www.eib.org/de/press/all/1997-018-ecu-1-1-billion-for-the-maghreb-europe-gasline.htm?lang=fr, abgerufen am 16.09.19.

Europäische Investitionsbank: „*EIB unterstützt Gasversorgung und Stromerzeugung in Italien*". Bericht vom 03.12.2007, unter: https://www.eib.org/de/press/all/2007-128-eib-supports-the-supply-of-gas-and-production-of-electricity-in-italy.htm, abgerufen am 16.09.19.

Europäische Investitionsbank: „*Größtes EIB-Darlehen für den Energiesektor im Mittelmeerraum: MEDGAZ erhält 500 Mio EUR*". Bericht vom 23.11.2010, unter: https://www.eib.org/de/press/all/2010-207-the-biggest-eib-loan-for-energy-in-mediterranean-eur-500-million-to-medgaz.htm, abgerufen am 17.09.19.

Europäische Investitionsbank: „*MEDGAZ: Ein Projekt von Nutzen für beide Seiten des Mittelmeeres*". Bericht vom 03.10.2011, unter: https://www.eib.org/de/infocentre/stories/all/2011-october-01/medgaz.htm, abgerufen am 17.09.10.

Europäische Kommission: „Algérie. Dokument de stratègie 2002-2006 & Programme indicatif national 2002-2004". EU-Kommission (Hrsg.) 2002, Seite 10, unter: http://eeas.europa.eu/archives/docs/algeria/csp/02_06_fr.pdf, abgerufen am 03.01.2020.

Europäische Kommission: „*Barcelona Declaration*", unter: http://www.eeas.europa.eu/euromed/docs/bd_en.pdf, abgerufen am 12.02.15.

Europäische Kommission: „*Beziehungen EU-Tunesien*". Bericht vom 10.05.2017, unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEMO_17_1263, abgerufen am 26.09.2019.

Europäische Kommission: „*Cadre unique d'appui UE-Tunisie (2017-2020)*", Seite 7, 16 und 22, unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/ssf-tunisia-c_2017_5637_1_annex_fr_v1_p1_944238.pdf, beide Links abgerufen am 30.06.2020.

Europäische Kommission: „*Commission Implementing Decision of 23.10.2014 on the Annual Action Programme 2014 in favour of Egypt to be financed from the general budget of the European Union*". EU-Kommission (Hrsg.). Bericht vom 23.10.2014, unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/neighbourhood/pdf/key-documents/aap-2014-egypt-financing-commission-decision-20141023_en.pdf, abgerufen am 03.07.2020.

Europäische Kommission: „*Commission Implementing Decision of 29.11.2018. on the multi-annual action programme in favour of Egypt for 2018, 2019 and 2020*". Brüssel 29.11.2018. Bericht vom 29.11.2018, unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/c_2018_8187_egypt_2018_2019_2020.pdf, abgerufen am 29.06.2020.

Europäische Kommission: „*Commission Implementing Decision of 18.07.2019 amending Commission Implementing Decision C (2015) 5244 of 22 July 2015 on the Annual Action Programme 2015 in favour of Egypt to be financed from the general budget of the European Union*". Bericht vom 18.07.2019, unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/c_2019_5404_egypt_amending_aap_2015_merged.pdf, abgerufen am 07.07.2020.

Europäische Kommission: „*Commission Implementing Decision of 5.11.2019 on the multiannual action programme in favour of Egypt for 2019 and 2020 part I*". EU-Kommission (Hrsg.). Bericht vom 05.11.2019, unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/c_2019_8045_egypt_aap_2019_2020_part_1_decision._merged.pdf, abgerufen am 03.07.2020.

Europäische Kommission: „*Countries and regions. Egypt*". Daten vom April 2020, unter: https://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/countries/egypt/#footnote-1, abgerufen am 22.12.2019.

Europäische Kommission: „*Die Kohäsionspolitik 2007-2013. Erläuterungen und offizielle Texte*". EU-Regionalpolitik, Bericht vom Januar 2007, unter: http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/pdf/2007/publications/guide2007_de.pdf, abgerufen am 12.07.2020.

Europäische Kommission: „*Die Mittelmeerregion im Jahr 2020 und ihre Rolle im europäischen Energienetz*". EU-Kommission (Hrsg.), Memo/95/49. Bericht vom 27. März 1995, unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEMO_95_49, abgerufen am 16.09.2019.

Europäische Kommission: „*Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Arabischen Republik Ägypten andererseits*". Amtsblatt der Europäischen Union, unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32004D0635&from=DE, abgerufen am 05.10.19.

Europäische Kommission: „*EU-Egypt Partnership Priorities 2017-2020*". Association between the European Union and Egypt, The Association Council (Hrsg.). Bericht von 16.06.2017, unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/eu-egypt-partnership-priorities.pdf, abgerufen am 05.07.2020.

Europäische Kommission: „*EU-Egypt Sub-Committee on Industry, Trade, Services and Investment*". Bericht vom 17.06.2019, unter: https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_158285.07.25%20Report%20Trade%20Sub-committee%20Egypt%20Final%20(002).pdf, abgerufen am 12.01.2020.

Europäischen Kommission: „*EU-Mittelmeer-Assoziationsabkommen: Die Partnerschaft schreitet voran*“. MEMO /04/275, Brüssel 26.11.2004, unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEMO_04_275, abgerufen am 10.07.2020.

Europäische Kommission: „*Partenariat Euro Med. Algérie. Programme Indicatif National 2005-2006*“. EU-Kommission (Hrsg.), unter: http://www.eeas.europa.eu/archives/docs/algeria/csp/nip_05_06_fr.pdf, abgerufen am 13.12.2019.

Europäische Kommission: „*Rapport sur l'état des relations UE-Algérie dans le cadre de la PEV rénovée*“. Bericht vom 06.04.2018, unter: https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/rapport_sur_l27etat_des_relations_ue-algerie_2018.pdf, abgerufen am 23.09.19.

Europäische Kommission: „*Relation Tunisie-Union Européenne: un partenariat privilégie. Plan d´action 2013-2017*“. EU-Kommission (Hrsg.), unter: https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/plan_action_tunisie_ue_2013_2017_fr_0.pdf, abgerufen am 15.03.2020.

Europäische Kommission: „*Vorschlag für eine richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen*“. Bericht vom 23.1.2008, unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52008PC0019&from=DE, abgerufen am 28.09.2019.

Europäisches Parlament: „*Angenommene Texte. 17. Dezember 2008*“. Straßburg 17.12.2008, unter: https://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0609+0+DOC+XML+V0//DE#BKMD-3, abgerufen am 28.09.2019.

Europäisches Parlament: „*Arabische Republik Ägypten*“. EU-Parlament (Hrsg.), unter: http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-374.396+01+DOC+PDF+V0//DE&language=DE, abgerufen am 14.04.18.

Europäisches Parlament: „*Délégation d´Observation des Élections Législatives et Présidentielles 26 Octobre 2014, 25 Novembre et 21 Décembre 2014*“. Bericht der Beobachterkommission des EU-Parlaments zur Kontrolle der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2014 in Tunesien, unter: http://www.europarl.europa.eu/intcoop/election_observation/missions/2014-2019/2014_10_26_tunisie_general_elections.pdf, abgerufen am 12.10.2018.

Europäisches Parlament: „*Gemeinsamer Entschließungsantrag*“. Der Antrag wurde am 10.03.2016 bei einer Plenumssitzung verabschiedet. EU-Parlament, unter: http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-8-2016-0338_DE.html, abgerufen am 14.04.18.

Europäisches Parlament: „*Standpunkt des Europäischen Parlaments*“. Bericht vom 17.12.2008, unter: https://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TC+P6-TC1-COD-2008-0016+0+DOC+PDF+V0//DE, abgerufen am 28.09.2019.

Europe Maghreb Pipeline Limited: „*Gazoduc Maghreb-Europe au Maroc*“, unter: http://www.emplpipeline.com/fr/, abgerufen 16.09.19.

Eurostat: „*Energieerzeugung und -einfuhren*“. EU-Kommission (Hrsg.). Bericht vom Juni 2018, unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Energy_production_and_imports/de#Die_EU_und_ihre_Mitgliedstaaten_sind_alle_Nettoeinf.C3.BChrer_von_Energie, abgerufen am 18.09.19.

Faath, Siegrid: „*Länderstudie: Tunesien*“. In: „*Un-politische Partnerschaft. Eine Bilanz politischer Reformen in Nordafrika/ Nahost nach zehn Jahren Barcelonaprozess*“. A. Jacobs/ H. Mattes (Hrsg.). Konrad Adenauer Stiftung 2005, Seite 69-88, unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_7520-544-1-30.pdf?051206160013, abgerufen am 12.01.15.

Faath, Siegrid: “*Politische Parteien in Nordafrika nach 2011*“. In: „*Politische Parteien in Nordafrika. Ideologische Vielfalt – Aktivitäten – Einfluss*“. Sigrid Faath (Hrsg.), Seite 15-32. Konrad Adenauer Stiftung 2017, unter: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=4c572892-7e5f-7cf4-6f87-63feefeb9969&groupId=252038, abgerufen am 20.10.18.

Faath, Sigrid/ Mattes, Hanspeter: „*Zehn Jahre Barcelonaprozess*“. In: „*Un-politische Partnerschaft. Eine Bilanz politischer Reformen in Nordafrika/ Nahost nach zehn Jahren Barcelonaprozess*“. A. Jacobs/ H. Mattes (Hrsg.).

Konrad Adenauer Stiftung 2005, Seite 11-24, unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_7520-544-1-30.pdf?051206160013, abgerufen am 12.01.15.

Fahim, Kareem/ Youssef, Nour/ Walsh, Declan: „*Death of a Student, Giulio Regeni, Highlights Perils for Egyptians, Too*". Artikel vom 12.02.16. In: The New York Times, unter: https://www.nytimes.com/2016/02/13/world/middleeast/giulio-regeni-egypt-killing.html?_r=0, abgerufen am 14.04.2018.

Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme: „*Instrumentalisation de la justice en Tunisie. Ingérence, Violations, Impunité*". Bericht von Januar 2011, unter: https://www.fidh.org/IMG/pdf/tunisie553f-2.pdf, abgerufen am 05.11.18.

Fédération Internationale pour les Droits de l'Homme: „*Les conseils supérieurs de la magistrature: Quelles réformes pour un pouvoir judiciaire indépendant? Les exemples de l'Egypte, la Jordanie, le Liban, le Maroc et la Palestine*". FIDH (Hrsg.). Bericht von April 2009, unter: https://www.fidh.org/IMG/pdf/ConSupMag523fr2009.pdf, abgerufen am 22.09.18.

Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme: „*Tunisian diplomat and torturer sentenced in appeal trial*". Bericht vom 25.09.2010, unter: https://www.fidh.org/en/issues/litigation/litigation-against-individuals/Ben-Said-Case/Tunisian-diplomat-and-torturer, abgerufen am 21.09.18.

Ferhat, Yazid: „*Recettes extérieures: l'Algérie s'en tire à bon compte en 2014*". Bericht vom 21.01.2015. In: Maghreb Émergent, unter: https://maghrebemergent.info/recettes-exterieures-l-algerie-s-en-tire-a-bon-compte-en-2014/, abgerufen am 18.09.2019.

Finkenzeller, Karin: „*Algerien: Die Avantgarde von Algier*". Bericht vom 04.01.2016. In: Zeit Online, unter: https://www.zeit.de/wirtschaft/2016-01/algerien-oelpreis-europa-auswanderer-rueckkehr/komplettansicht, abgerufen am 18.09.2019.

Fintz, Matthieu/ Moulin, Anne Marie/ Radi, Saadia: „*Figures de la santé publique en Égypte: passé, présent, avenir. Introduction*". In: Revue Égypte/Monde Arabe: „*Figures de la santé en Égypte*", Troisième série 4/2007. HTML-Version unter: https://journals.openedition.org/ema/1731#bodyftn7, abgerufen am 03.07.2020.

Florensa, Senén: „*Le rêve euromed dans la nouvelle scène internationale*". In: Annuaire IEMed de la Méditerranée 2015, Seite 95-106. Institut Européen de la Méditerranée. Barcelone 2015, unter: https://www.iemed.org/observatori/arees-danalisi/arxius-adjunts/anuari/med.2015/IEMed_Yearbook_2015_FR_Reve_Euromed_Florensa.pdf, abgerufen am 30.06.2020.

Food and Agriculture Organization of the United Nations: „*Algérie. Appui à la mise en œuvre du NEPAD–PDDAA*". Bericht von September 2006, unter: http://www.fao.org/3/aH205f/aH205f00.pdf, abgerufen am 224.09.19.

Food and Agriculture Organization: „*Coopèration FAO-Tunisie en matière de développement agricole en Tunisie*". Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture (Hrsg.). Bureau Sous-Régional pour l'Afrique du Nord, Représentation en Tunisie, Juillet 2011, unter: http://www.fao.org/3/a-ba0009f.pdf, abgerufen am 03.10.19.

Food and Agriculture Organization: „*Egypte*". In: „*L'accord sur l'agriculture (OMC). Bilan de sa mise en œuvre. Études de cas sur des pays en développement*". FAO (Hrsg.), Rom 2004, unter: http://www.fao.org/3/y4632f/y4632f0t.htm#bm029, abgerufen am 17.12.19.

Food and Agriculture Organization: „*Egypte*". In: „*L´agriculture, le commerce et la sécurité alimentaire. Questions et alternatives concernant les négociations de l'omc dans la perspective des pays en développement*". FAO (Hrsg.). Volume II, Etudes de cas par pays, Rom 2000, unter: http://www.fao.org/3/X8731f/x8731f06.htm#P5_70, abgerufen am 17.12.19.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: „*Protest in Algerien. 400 Festnahmen bei Demonstration in Algier*" Bricht vom 12.02.11, unter: https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/protest-in-algerien-400-festnahmen-bei-demonstration-in-algier-1595742.html, abgerufen am 01.11.18.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: „*Siemens erhält Milliarden-Aufträge in Ägypten*". Artikel vom 03.06.2015, unter: https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/siemens-erhaelt-milliarden-auftraege-in-aegypten-13628490.html, abgerufen am 05.12.2019.

Freedom House: „*Freedom in the World*. Algeria“, unter: https://freedomhouse.org/report/freedom-world/1998/algeria, abgerufen am 03.07.18.

Freedom House: „*Freedom in the World. Tunisia*“, (mehrere Internetseiten von Freedom House) unter: https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2015/tunisia, abgerufen am 01.10.18.

Freedom House: „*Freedom in the World 2013. Egypt*“, unter: https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2013/egypt, abgerufen am 23.05.18.

Freedom House: „*Freedom in the World 2019. Egypt*“, unter: https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2019/egypt, abgerufen am 07.03.2020.

Fürtig, Henner: „*Länderstudien: Ägypten*“. In: „*Un-politische Partnerschaft. Eine Bilanz politischer Reformen in Nordafrika/ Nahost nach zehn Jahren Barcelonaprozess*“. A. Jacobs/ H. Mattes (Hrsg.). Konrad Adenauer Stiftung 2005, Seite 89-111, unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_7520-544-1-30.pdf?051206160013, abgerufen am 12.01.15.

Fürtig, Henner: „*Präsidentensturz in Ägypten: Personal- oder Regimewechsel?*“. (GIGA) German Institute of Global and Area Studies (Hrsg.). Ausgabe Nummer 2/ 2011, unter: https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_nahost_1102.pdf, abgerufen am 08.09.18.

Gaddes, Chawki: „*La Constitution Tunisienne à la loupe*“. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), September 2014a, unter: https://library.fes.de/pdf-files/bueros/tunesien/14393.pdf, abgerufen am 06.11.18.

Gaddes, Chawki: „*Die politische Ordnung Tunesiens gemäß der Verfassung von 2014*“. Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), Oktober 2014b, unter: https://www.boell.de/de/2014/10/21/die-politische-ordnung-tunesiens-gemaess-der-verfassung-von-2014, abgerufen am 06.11.18.

Gamblin, Sandrine: „*Tourisme international et changement social en Égypte*“. In: Revue Égypte/Monde Arabe, Première série, 26/1996, unter: https://journals.openedition.org/ema/1468?lang=en, abgerufen am 21.10.2019.

Garçon, José: „*Algérie: deux versions sur les droits de l'homme. Un document de la FIDH répond au rapport présenté à l'ONU par le gouvernement algérien*“. Artikel von 21.07.1998. In: Libération (France): unter: https://www.liberation.fr/planete/1998/07/21/algerie-deux-versions-sur-les-droits-de-l-homme-un-document-de-la-fidh-repond-au-rapport-presente-a-_242072, abgerufen am 29.11.18.

Gehlen, Martin: „*Ägypten. Gekaufte Stimmen, brutaler Wahlkampf*“. Bericht vom 23.11.2010. In: Zeit Online, unter: https://www.zeit.de/politik/ausland/2010-11/parlamentswahlen-aegypten-gewalt, abgerufen am 14.04.18.

Gehlen, Martin: „*Diktatur. Tunesien stellt sich seiner Geschichte*“. Artikel vom 30.07.18. In: Frankfurter Rundschau, unter: https://www.fr.de/politik/tunesien-stellt-sich-seiner-geschichte-10957877.html, abgerufen am 28.10.18.

Gehlen, Martin: „*Gigantischer Staudamm: Ägypten und Äthiopien streiten um das Wasser des Nil*“. Artikel vom 03.05.2020. In: Frankfurter Rundschau, unter: https://www.fr.de/politik/staudamm-aegypten-aethiopien-streiten-wasser-nil-afrika-13748162.html, abgerufen am 25.05.2020.

Gehlen, Martin: „*Mohammed Mursi: Repressionen bis nach dem Tod*“. Bericht vom 22.06.2019. In: Zeit Online, unter: https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-06/mohammed-mursi-ex-praesident-aegypten-mord-politische-gefangenschaft/komplettansicht, abgerufen am 30.06.2019.

Gehlen, Martin: „*Polizeiwillkür in Ägypten: Hört auf, der Mann stirbt*“. Bericht vom 17. Juni 2010. In: Zeit Online, unter: https://www.zeit.de/politik/ausland/2010-06/aegypten-khaled-mohammed-said, abgerufen am 12.04.18.

Gehring, Thomas: „*Der Beitrag von Institutionen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit*“. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 1. Jahrgang, Heft 2. Nomos Verlagsgesellschaft, Dezember 1994.

Germany Trade and Invest: „*Ägypten strebt Importsubstitution bei landwirtschaftlichen Produkten an*“. Bericht vom 12.01.2018, unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/aegypten/aegypten-strebt-importsubstitution-bei-landwirtschaftlichen-16964, abgerufen am 18.12.2019.

Germany Trade and Invest: „*Algerien setzt auf Industrialisierung*“. Bericht vom 27.03.2017, unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/algerien/algerien-setzt-auf-industrialisierung-11006, abgerufen am 23.09.2019.

Germany Trade and Invest: „*Branche kompakt: Medizintechnikmarkt in Tunesien bleibt dynamisch*“. Bericht vom 10.08.2017, unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branche-kompakt/tunesien/branche-kompakt-medizintechnikmarkt-in-tunesien-bleibt-20424, abgerufen am 05.05.2020.

Germany Trade and Invest: „*In Afrika soll mehr Agrarland bestellt werden*“. Bericht vom 05.03.2018, unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/aegypten/in-afrika-soll-mehr-agrarland-bestellt-werden-11946, abgerufen am 18.12.2019.

Germany Trade and Invest: „*Tunesiens Textilsektor erholt sich. Von Produktionserweiterungen können deutsche Zulieferer profitieren*“. Bericht vom 09.11.2019, unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/tunesien/tunesiens-textilsektor-erholt-sich-19774, abgerufen am 01.10.19.

Germany Trade and Invest: „*Tunesiens Tourismussektor boomt. Investitionen kommen eher aus dem Ausland*“. Bericht vom 01.07.2019, unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/tunesien/tunesiens-tourismussektor-boomt-110796, abgerufen am 03.10.19.

Germany Trade and Invest: „*Wirtschaftsausblick-Tunesien (September 2018). Leichte Erholung bei weiterem Reformdruck*“. Bericht vom 28.09.2018, unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/wirtschaftsumfeld/wirtschaftsausblick/tunesien/wirtschaftsausblick-tunesien-september-2018--10734, abgerufen am 27.09.2019.

Germany Trade and Invest: „*Ziel der algerischen Regierung ist Agrarimporte größtenteils zu substituieren*“. Bericht vom 17.01.2018, unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/algerien/ziel-der-algerischen-regierung-ist-agrarimporte-groesstenteils-14826, abgerufen am 24.09.19.

Ghorfa Arab-German Chamber of Commerce and Industry e. V.: „*Ägypten unterstützt Automobilindustrie*“. Bericht von 2018, unter: https://ghorfa.de/de/aegypten-automobilindustrie-zoll/, abgerufen am 13.12.19.

Ghorfa Arab-German Chamber of Commerce and Industry e. V.: „*Einrichtung von ägyptisch-deutschem Zentrum für Beschäftigung, Einwanderung und Wiedereingliederung*“. Bericht vom Juli 2020, unter: https://ghorfa.de/de/einrichtung-von-aegyptisch-deutschem-zentrum-fuer-beschaeftigung-einwanderung-und-wiedereingliederung/, abgerufen am 30.07.2020.

Goller, Markus: „*Mittelmeer – „Mare Nostrum“. Ein strategisches Muss für Europa*“. Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.). Bericht vom 28.10.2009, unter: https://www.kas.de/de/web/italien/publikationen/einzeltitel/-/content/mittelmeer-mare-nostrum-, abgerufen am 24.08.2015.

Goujon, Anne/ Al Zalak, Zakarya: „*Pourquoi la fécondité augmente-t-elle à nouveau en Égypte?*“. In: Population et Sociétés, Nr. 551, Januar 2018. Institut National d’Études Démographiques (France) (Hrsg.), unter: https://www.ined.fr/fichier/s_rubrique/27381/551_population.societes.janvier.2018.fecondite.egypte.fr.pdf, abgerufen am 30.06.2020.

Gresh, Alain: „*Ägypten und die anderen. Erstaunliche Allianzen nach dem Machtwechsel am Nil*“. Artikel vom 13.09.13. In: Le Monde Diplomatique, unter: https://monde-diplomatique.de/artikel/!451162, abgerufen am 08.07.18.

Grimm, Jannis/ Roll, Stephan: „*Ägyptens Parteien zwischen Kooptation und Marginalisierung*“. In: „*Politische Parteien in Nordafrika. Ideologische Vielfalt – Aktivitäten – Einfluss*“. Sigrid Faath (Hrsg.), Seite 105-146. Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.) 2017, unter: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=4c572892-7e5f-7cf4-6f87-63feefeb9969&groupId=252038, abgerufen am 20.10.18.

Groupe Renault: „*Usine d'Oran (Renault Algérie Production)*“, unter: https://group.renault.com/groupe/implantations/oran-renault-algerie-production-2/, abgerufen am 22.09.2019.

Hafez, Kai: „Des « publics » radicaux et polarisés face à la disparition des médias libres en Egypte“. In: Revue Égypte/Monde arabe. Reihe: „*Evolution des systèmes médiatiques après les révoltes arabes*“, Nr.: 12/2015, unter: https://journals.openedition.org/ema/3384#bodyftn12, abgerufen am 02.04.2018.

Halini, Claude: „*Egypte: l'armée, capitaine d'industrie*". Artikel vom 04.03.2019. In: Libération, unter: https://www.liberation.fr/planete/2019/03/04/egypte-l-armee-capitaine-d-industrie_1712980, abgerufen am 22.12.2019.

Hamadi, Ryad: „*Naufrage d'une barque de Harragas à Boumerdes: 8 morts, plusieurs disparus*". Artikel vom 18.09.2019. In: TSA Algérie, unter: https://www.tsa-algerie.com/derniere-minute-naufrage-dune-barque-de-harragas-a-boumerdes-8-morts-plusieurs-disparus/, abgerufen am 13.03.2020.

Harders, Cilja: „*Die Furcht der Reichen und die Hoffnung der Armen. Ägyptens schwieriger Weg zur Demokratie*". In: „*Blockierte Demokratien in der Dritten Welt*". Schubert, Gunter/ Tetzlaff, Rainer (Hrsg.). Leske + Budrich, Opladen 1998. Seite 267-295.

Harders, Cilja: *„Europäische Mittelmeerpolitik aus arabischer Sicht"*. In: „*Barcelona Prozess*". Aus Politik und Zeitgeschichte 45/2005, Seite 14-22. Bundeszentrale für Politische Bildung, 07. November 2005.

Harders, Cilja: „*Revolution I und II – Ägypten zwischen Transformation und Restauration*". In: „*Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahem Osten und Nordafrika*". A. Jünemann/A. Zorob (Hrsg.). Springer VS, Wiesbaden 2013. Seite 19-42.

Hasemann, Armin: „*Algerien nach der Wahl: Politische Implikationen der Kontinuität*". Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.). FES Algier, April 2009, unter: http://library.fes.de/pdf-files/iez//06307.pdf, abgerufen am 24.10.18.

Hegasy, Sonja: „*Ägyptens Weg in die Moderne. Politisches System*". In: Informationen zur politischen Bildung, Heft 272. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Bonn 2005, unter: http://www.bpb.de/internationales/afrika/afrika/58998/beispiel-aegypten?p=2, abgerufen am 26.06.18.

Hill, Evan/ Mansour, Muhammad: „*Egypt's Army Took Part in Torture and Killings During Revolution*". Artikel vom 10. April 2013. In: The Guardian, unter: https://www.theguardian.com/world/2013/apr/10/egypt-army-torture-killings-revolution, abgerufen am 03.07.18.

Huffington Post: „*Manifestations en Égypte: au moins 50 morts dans des heurts entre islamistes et police*". Bericht vom 06.10.13, unter: https://www.huffingtonpost.fr/2013/10/06/manifestations-egypte-islamistes-opposants-38-morts_n_4052396.html, abgerufen am 10.04.18.

Huffington Post: „*Tunisie: Les fraudes électorales sous la dictature au menu d'auditions publiques*". Artikel vom 22.07.17, unter: https://www.huffpostmaghreb.com/2017/07/23/tunisie-fraudes-electoral_n_17557356.html, abgerufen am: 05.11.18.

Human Rights Watch: „*Ägypten: Schwere Menschenrechtsverletzungen im Gefängnis „Skorpion*" Isolationshaft, Schläge, Nahrungsentzug und Verweigerung von Medikamenten". Bericht vom 28.09.2016, unter: https://www.hrw.org/de/news/2016/09/28/aegypten-schwere-menschenrechtsverletzungen-im-gefaengnis-skorpion, abgerufen am 18.09.19.

Human Rights Watch: „*Ägypten: Tötungen in Rabaa und andere Tötungen wohl Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Keine Gerechtigkeit ein Jahr nach Serie tödlicher Angriffe auf Demonstranten*". Bericht vom 12.08.2014, unter: https://www.hrw.org/de/news/2014/08/12/agypten-totungen-rabaa-und-andere-totungen-wohl-verbrechen-gegen-die-menschlichkeit, abgerufen am 16.04.18.

Human Rights Watch: „*Egypt: Calls for Reform Met With Brutality*". Bericht vom 25 Mai 2005, unter: https://www.hrw.org/news/2005/05/25/egypt-calls-reform-met-brutality, abgerufen am14.04.18.

Human Rights Watch: „*Egypt: Systematic Crackdown Days Before Elections*". Bericht vom 24.11.2010, unter: https://www.hrw.org/news/2010/11/24/egypt-systematic-crackdown-days-elections, abgerufen am 14.04.18.

Human Rights Watch: „*Egypt: Torture Epidemic May Be Crime Against Humanity. Beatings, Electric Shocks, Stress Positions Routinely Used Against Dissidents*". Bericht vom 06.09.2017, unter: https://www.hrw.org/news/2017/09/06/egypt-torture-epidemic-may-be-crime-against-humanity, abgerufen am 16.04.18.

Human Rights Watch: „*Human Rights Developments. Defending Human Rights. The Role of the International Community*". HRW 1999 (Hrsg.), unter, https://www.hrw.org/legacy/worldreport99/mideast/algeria.html, abgerufen am 30.11.18

Human Rights Watch: „*Rapport mondial 2015: Tunisie. Événements de 2014*“. HRW (Hrsg.) 2015, unter: https://www.hrw.org/fr/world-report/2015/country-chapters/268162, abgerufen am 25.12.18.

Human Rights Watch: „*We Do Unreasonable Things Here”. Torture and National Security in al-Sisi's Egypt*“. Bericht vom 05.09.17, unter: https://www.hrw.org/report/2017/09/05/we-do-unreasonable-things-here/torture-and-national-security-al-sisis-egypt, abgerufen am 17.04.18.

Human Rights Watch: „*World Report 2003. Tunisia*“. Human Rights Watch (Hrsg.), unter: https://www.hrw.org/legacy/wr2k3/mideast8.html, abgerufen am 16.09.18.

Human Rights Watch/ Al Bawsala/ Amnesty International: „*Tunisie: L'adoption de la constitution devrait marquer le début d'une nouvelle ère pour les droits humains*“. Human Rights Watch 2011 (Hrsg.), unter: https://www.hrw.org/fr/news/2014/02/01/tunisie-ladoption-de-la-constitution-devrait-marquer-le-debut-dune-nouvelle-ere-pour, abgerufen am 07.11.18.

Hydrocarbons Technology: „*Arab Gas Pipeline (AGP), Jordan, Syria, Lebanon*“, unter: https://www.hydrocarbons-technology.com/projects/arab-gas-pipeline-agp/, abgerufen am 04.12.19.

Hydrocarbons Technology: „*Trans-Mediterranean Natural Gas Pipeline*“, unter: https://www.hydrocarbons-technology.com/projects/trans-med-pipeline/, abgerufen am 16.09.19.

Idem, Oliver: „*Aufwärtstrend im ägyptischen Tourismus hält an. Vorwiegend investieren Privatunternehmen in Tourismusprojekte*“. Bericht vom 17.01.2019. Germany Trade and Invest (Hrsg.), unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/aegypten/aufwaertstrend-im-aegyptischen-tourismus-haelt-an-21528, abgerufen am 14.12.2019.

Idem, Oliver: „*Ägyptens Gesundheitsmarkt auf Wachstumskurs. Steigende Nachfrage in einem stark regulierten Umfeld*“. Bericht vom 13.09.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.), unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/aegypten/aegyptens-gesundheitsmarkt-auf-wachstumskurs-14940, abgerufen am 07.07.2020.

Idem, Oliver: „*Ägypten pendelt zwischen Offenheit und Protektionismus. Neues Zollgesetz dürfte 2019 verabschiedet werden*“. Bericht vom 01.02.2019. Germany Trade and Invest (Hrsg.), unter: https://www.gtai.de/gtai-de/meta/ueber-uns/was-wir-tun/schwerpunkte/offene/aegypten-pendelt-zwischen-offenheit-und-protektionismus-21786, abgerufen am 21.12.2019.

Idem, Oliver: „*Branche kompakt: Ägyptens Automobilsektor wartet auf politisches Signal*“. Bericht vom 29.06.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.), unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branche-kompakt/aegypten/branche-kompakt-aegyptens-automobilsektor-wartet-auf-13832, abgerufen am 13.12.19.

Idem, Oliver: „*Massiver Ausbau der Petrochemiekapazitäten in Ägypten. Allein in Tahrir-Petrochemiekomplex fließen 10,9 Milliarden US$*“. Artikel vom 27.11.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.), unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/aegypten/massiver-ausbau-der-petrochemiekapazitaeten-in-aegypten-10984, abgerufen am 02.12.19

Idem, Oliver: „*Wirtschaftsstruktur-Ägypten. Regierung will Privatinvestoren an Staatsfirmen beteiligen*“. Bericht vom 16.10.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.), unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/wirtschaftsumfeld/wirtschaftsstruktur/aegypten/wirtschaftsstruktur-aegypten-9470, abgerufen am 11.12.2019.

Institut de la Francophonie pour le Développement Durable: „*Égypte*“. Bericht vom 19.02.2004, unter: https://www.ifdd.francophonie.org/reseaux/hydro_quebec/pays_et_entreprises/afrique/egypte/egypte.html#entreprises_etrangeres, abgerufen am 01.12.19.

Institut National de la Statistique (Tunisie): „*Mesure de la pauvreté, des inégalités et de la polarisation en Tunisie 2000-2010*“. Bericht vom Novemer 2012, unter: http://www.ins.tn/sites/default/files/publication/pdf/Mesure_de_la_pauvrete.pdf, abgerufen am 05.02.2020.

Institut National de la Statistique (Tunisie): „*Note sur l'enquête nationale de l'emploi, T1 2017*“, unter: http://www.ins.tn/fr/publication/note-sur-lenqu%C3%AAte-nationale-de-l%E2%80%99emploi-t1-2017, abgerufen am 30.06.2020.

International Commission of Jurists: „*Egypt Constitutional Amendments: Unaccountable Military, Unchecked President and a Subordinated Judiciary*“. Bericht vom April 2019, unter: https://www.icj.org/wp-content/uploads/2019/04/Egypt-Constitutional-amendments-advocacy-analysis-brief-2019-ENG.pdf, abgerufen am 30.08.19.

International Crisis Group: „*Elections Présidentielles En Algérie: Les Enjeux et les Perspectives*“. ICG Rapport Algérie N°4, 13 avril 1999, unter: https://www.refworld.org/pdfid/3ae6a6e00.pdf, abgerufen am 12.11.18.

International Crisis Group: „Islamisme, violence et reformes en Algerie: tourner la page“. In: ICG Rapport Moyen-Orient et Afrique du Nord N°29. ICG (Hrsg.). Le Caire/Bruxelles, Juillet 2004, unter: https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/29-islamism-violence-and-reform-in-algeria-turning-the-page-french.pdf, abgerufen am 12.10.18.

International Trade Union Confederation: „*Les pays du Golfe et le travail forcé*“. Bericht vom 13.12.2016, unter: https://www.ituc-csi.org/les-pays-du-golfe-et-le-travail?lang=en, abgerufen am 07.07.2020.

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte: „*Italienischer Student zu Tode gefoltert*“, unter: https://www.igfm.de/italienischer-student-zu-tode-gefoltert/, abgerufen am 17.04.18.

Inter-Parliamentary Union: „*Elections Held in 1995*“, unter: http://archive.ipu.org/parline-e/reports/arc/2097_95.htm, abgerufen am 23.05.18.

Invest in Tunisia: „*Success Stories. LEONI Tunisie. LEONI AG*“, unter: http://www.investintunisia.tn/Fr/success-stories_129_60_D154, abgerufen am 01.10.19.

Iskander, Elizabeth/Ranko, Annette: „*Präsidentschaftswahlen in Ägypten: Chancen und Herausforderungen für Mohammed Mursi*“. In: GIGA Focus, Nr. 6. German Institute of Global and Area Studies (Hrsg.), Institut für Nahost-Studien, unter: https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_nahost_1206.pdf, abgerufen am 17.09.18.

Jacobs, Andreas/ Pinno, Maximilian/ Toth, Peter: „*Parlamentswahlen in Ägypten*“. In: Länderbericht, 24.11.2010. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), unter: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=d7d606a1-5a3f-4a0f-2e17-bad259cbaacb&groupId=252038, abgerufen am 14.04.2018.

Jacobs, Andreas: *„Problematische Partner. Europäisch-arabische Zusammenarbeit 1970-1998“*. Kölner Arbeiten zur Internationalen Politik, Band 14. Köln 2003. SH-Verlag.

Jacobs, Andreas/ Mattes, Hanspeter: „*Vorwort*“. In: „*Un-politische Partnerschaft. Eine Bilanz politischer Reformen in Nordafrika/ Nahost nach zehn Jahren Barcelonaprozess*“. A. Jacobs/ H. Mattes (Hrsg.). Konrad Adenauer Stiftung 2005, Seite 7-10, unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_7520-544-1-30.pdf?051206160013, abgerufen am 12.01.15.

Jeune Afrique: „*En Egypte, l'éducation peine à se mettre au niveau*“. Artikel vom 01.11.2013, unter: https://www.jeuneafrique.com/depeches/28020/politique/en-egypte-leducation-peine-a-se-mettre-au-niveau/, abgerufen am 03.07.2020.

Jousset, Astrid: „*BP va investir 11 mrds€ en Egypte*“. Artikel vom 06.03.2015. In: Econostrum, unter: https://www.econostrum.info/BP-va-investir-11-mrds-en-Egypte_a19896.html, abgerufen am 05.12.19.

Jünemann, Annette: *„Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft“*. In: K. Schubert/G. Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.): Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Leske + Budrich, Opladen 2000. Seite 65-80.

Jünemann, Annette: „*Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen und Zielkonflikte*“. In: „*Die Mittelmeerpolitik der EU*“. Zippel, Wulfdiether (Hrsg.). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1999. Seite 29-63.

Jünemann, Annette/ Knodt, Michèle: „*Externe Demokratieförderung der Europäischen Union – die Instrumentenwahl der EU aus vergleichender Perspektive*“. Zeitschrift „Integration“, Ausgabe 4/2006, Seite 287-296. Institut für Europäische Politik (Hrsg.). Nomos Verlag, Oktober 2006. Online-Version unter: http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2014/10/integration_06_04.pdf, abgerufen am 19.11.2019.

Jünemann, Annette: „*Vorerst gescheitert: Perspektiven einer glaubwürdigen EU-Mittelmeerpolitik nach dem „arabischen Frühling*"". In: „*Europa und der Arabische Frühling. Deutschland, Frankreich und die Umbrüche der EU-Mittelmeerpolitik*". Ruß-Sattar/Bender/Walter (Hrsg.). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013. Seite 19-38.

Jünemann, Annette: „*Zehn Jahre Barcelona-Prozess. Eine gemischte Bilanz*". In: „Barcelona Prozess". Aus Politik und Zeitgeschichte 45/2005, Seite 07-14. Bundeszentrale für Politische Bildung, 07. November 2005.

Jürgensen, Carsten: „*Die EU muss ihre Prioritäten für Ägypten ändern*". Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.). Bericht vom 21.03.18, unter: https://www.boell.de/de/2018/03/21/die-eu-muss-ihre-prioritaeten-fuer-aegypten-aendern, abgerufen am 10.08.18.

Kaddour, Souheil: „*La gouvernance des Droits de l'homme en Tunisie postrévolutionnaire: état des lieux, difficultés et opportunités*". La Revue des droits de l'homme, Nr. 6/2014. Centre de Recherches et d'Etudes sur les Droits Fondamentaux (Hrsg.). Paris 2014. HTML-Version unter: https://journals.openedition.org/revdh/913?lang=fr#tocto3n3, abgerufen am 21.09.18.

Kammoun Hammami, Olfa /Hammami, Sami: „*Mondialisation et Nouvelle Politique Industrielle en Tunisie*". „Groupe d'Analyse et de Théorie Economique" der Universitäten Lyon/Saint-Etienne (Hrsg.), 2008, unter: https://www.gate.cnrs.fr/unecaomc08/Communications%20PDF/Texte%20Olfa%20Kammoun%20Hammami_Sami%20Hammami.pdf, abgerufen am 30.09.19.

Kansoun, Louis-Nino: „*Potentiel minier sous-exploité ou inexploité (2e partie): le cas de l'Égypte*". Artikel vom 11.03.2020. In: Agence Ecofin, unter: https://www.agenceecofin.com/mines/1103-74708-potentiel-minier-sous-exploite-ou-inexploite-2e-partie-le-cas-de-l-egypte, abgerufen am 28.03.20.

KBE Elektrotechnik S.C.S: „*Vorstellung*", unter: https://tn.kbe-elektrotechnik.com/unternehmen/, https://www.behg-ag.com/unternehmen/, beide Links abgerufen am 01.10.19.

Kellner, Anna Maria: „*Stillstand in Algerien. Zeitgewinn für ein marodes Regime*". Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.). FES Algier, Oktober 2012, unter: http://library.fes.de/pdf-files/iez/09386.pdf, abgerufen am 13.10.2018.

Kernic, Franz: „*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*". Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2007.

Kezzar, Mourad: „*Ils ont de plus en plus confiance dans son système de santé. Plus de 150 000 Algériens sont allés se soigner en Tunisie en 2017*". Artikel vom 25.03.2018. In: Liberté (Algérie), unter: https://www.liberte-algerie.com/reportage/plus-de-150-000-algeriens-sont-alles-se-soigner-en-tunisie-en-2017-289627, abgerufen am 01.01.2020.

KfW-Entwicklungsbank: „*Projektinformation. Berufsbildung - Ägypten*". Bericht vom Dezember 2017, unter: https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Entwicklungsfinanzierung/L%C3%A4nder-und-Programme/Nordafrika-Nahost/Projekt_%C3%84gypten_Berufsbildung_2017_DE.pdf, abgerufen am 05.07.2020.

Khal, Martin: „*Externe Governance der EU*". In: „*Die Europäische Union im 21. Jahrhundert*". Ehrhart/Jaberg/Rinke/Waldmann (Hrsg.). VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007. Seite 74-76

Khalatbari, Babak: „*Der Nahe Osten, Nordafrika und die Europäische Union. Mögliche Entwicklungsszenarien und ihre Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft*". DIAS Analyse Nr. 15, Juni 2005. Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (Hrsg.).

Khalatbari, Babak: „*Europäische Nah- und Mittelostpolitik: Quadratur des Kreises?*". ". In: „*Die Europäische Union im 21. Jahrhundert*". H.G. Ehrhart/ S. Jaberg/ B. Rinke/ J. Waldmann (Hrsg.). VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007. Seite 174-185.

Khalatbari, Babak: „*Naher Osten, Nordafrika und die EU im 21. Jahrhundert. Die euro-mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit*". In: Studien zur Internationalen Politik. Eberhard Sandschneider (Hrsg.). Deutscher-Universitäts-Verlag 2004.

Knoema: „*Wasserressourcen: Gesamte, interne, erneuerbare Wasserressourcen*", unter: https://knoema.de/atlas/topics/Wasser/Interne-erneuerbare-Wasserressourcen/Wasserressourcen-Gesamte-interne-erneuerbare-Wasserressourcen?type=maps, abgerufen am 17.12.19.

Krimi, Brahim: „*Aerolia booste le pôle aéronautique tunisien*“. Artikel vom 29.07.2009. In: Econostrum, unter: https://www.econostrum.info/Aerolia-booste-le-pole-aeronautique-tunisien_a1423.html, abgerufen am 02.10.19.

Labdelaoui, Hocine: „*La gestion des frontiere en Algérie*“. In: “Rapports de recherche CARIM”. CARIM Rapports de recherche 2008/02. Robert Schuman Centre for Advanced Studies, San Domenico di Fiesole (Florance). Institut Universitaire Européen (Hrsg.), Florance 2008, unter: https://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/8081/CARIM_RR_2008_02.pdf, abgerufen am 13.12.2019.

Labdelaoui, Hocine: „*L'Algérie face à l'évolution de son émigration. En France et dans le monde*“. In: Revue Hommes & Migrations: „*France - Algérie, le temps du renouveau*“, Nr. 1298/2012, Seite 22-37. HTML-Version unter: https://journals.openedition.org/hommesmigrations/1872, abgerufen am 06.01.2020.

Lakrimi, M´hamed: „*Performance et benchmarking de la prise en charge sanitaire. Quelle place pour le système de santé algérien dans le monde? (1re partie)*“. Artikel vom 21.11.2018. In: Liberté (Algérie), unter: https://www.liberte-algerie.com/contribution/quelle-place-pour-le-systeme-de-sante-algerien-dans-le-monde-1re-partie-304117, abgerufen am 30.12.2019.

Lange, Michael A.: „*Verfassungsänderung durch Referendum bestätigt*“. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Länderbüro Kairo, Kairo-News Juni 2005, unter: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=4e83e998-a951-79c1-df14-5dfe014cf504&groupId=252038, abgerufen am 18.04.18.

Lannon, Erwan: „*La Politique européenne de voisinage «rénovée» et le nouveau Plan d'investissement extérieur pour l'Afrique et les pays du voisinage de l'EU*“. In: Annuaire IEMed de la Méditerranée 2018, Seite 117-122. Institut Européen de la Méditerranée. Barcelone 2018, unter: https://www.iemed.org/observatori/arees-danalisi/arxius-adjunts/anuari/med.2018/fr/Politique_europeenne_voisinage_Erwan_Lannon_medyearbook2018_fr.pdf, abgerufen am 30.06.2020.

La Banque Mondiale: „*Accès à l'électricité (% de la population) - Algeria*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/EG.ELC.ACCS.ZS?locations=DZ, abgerufen am 03.01.2020.

La Banque Mondiale: „*Accès à l'électricité (% de la population) - Egypt, Arab Rep.*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/EG.ELC.ACCS.ZS?locations=EG, abgerufen am 30.06.2020.

La Banque Mondiale: „*Accès à l'électricité (% de la population) - Tunisia*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/EG.ELC.ACCS.ZS?locations=TN, abgerufen am 30.06.2020.

La Banque Mondiale: „*Chômage, total (% de la population) (estimation modélisée OIT) - Egypt, Arab Rep.*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/SL.UEM.TOTL.ZS?locations=EG, abgerufen am 01.07.2020.

La Banque Mondiale: „*Chômage, total des jeunes (% de la population active âgée de 15 à 24 ans) (estimation modélisée OIT) - Egypt, Arab Rep., Germany, France*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/SL.UEM.1524.ZS?locations=EG-DE-FR, abgerufen am 05.07.2020.

La Banque Mondiale: „*Chômage, total des jeunes (% de la population active âgée de 15 à 24 ans) (estimation modélisée OIT) - Tunisia*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/SL.UEM.1524.ZS?locations=TN, abgerufen am 12.03.2020.

La Banque Mondiale: „*Chômage, total des jeunes (% de la population active âgée de 15 à 24 ans) (estimation modélisée OIT) - Tunisia, Algeria, Egypt, Arab Rep.*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/SL.UEM.1524.ZS?locations=TN-DZ-EG, abgerufen am 12.03.2020.

La Banque Mondiale: „*Eau et assainissement pour tous en Tunisie. Un objectif réaliste*“. Banque Mondiale (Hrsg.). Bericht von 2019, unter: http://documents1.worldbank.org/curated/en/569431499339206685/pdf/Water-and-Sanitation-for-All-in-Tunisia.pdf, abgerufen am 30.06.2020.

La Banque Mondiale: „*Égypte - Présentation*“. La Banque Mondiale (Hrsg.). Bericht vom 01.05.2020, unter: https://www.banquemondiale.org/fr/country/egypt/overview#3, abgerufen am 03.07.2020.

La Banque Mondiale: „*Espérance de vie à la naissance, hommes (années) - Algeria, France, Germany*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/SP.DYN.LE00.MA.IN?locations=DZ-FR-DE, abgerufen am 21.12.2019.

La Banque Mondiale: „*How is Algeria Reacting to Low Oil Prices?*“. Bericht vom Juli 2016, unter: https://www.banquemondiale.org/fr/country/algeria/publication/economic-brief-july-2016, abgerufen am 17.09.19.

La Banque Mondiale: „*La révolution inachevée: Créer des opportunités, des emplois de qualité et de la richesse pour tous les Tunisiens*“. Bericht vom Mai 2014, unter: https://www.banquemondiale.org/content/dam/Worldbank/document/MNA/tunisia_report/the_unfinished_revolution_fre_chap1.pdf, abgerufen am 08.03.2020.

La Banque Mondiale: „*Part des jeunes qui ne sont ni en emploi, ni en études, ni en formation (% de la population des 15-24 ans) - Egypt, Arab Rep.*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicator/SL.UEM.NEET.ZS?locations=EG, abgerufen am 05.07.2020.

La Banque Mondiale: „*Part des jeunes qui ne sont ni en emploi, ni en études, ni en formation, femmes (% de la population féminine de 15-24 ans) - Egypt, Arab Rep.*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicator/SL.UEM.NEET.FE.ZS?locations=EG, abgerufen am 05.07.2020.

La Banque Mondiale: „*Part des jeunes qui ne sont ni en emploi, ni en études, ni en formation, hommes (% de la population masculine de 15-24 ans) - Egypt, Arab Rep.*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicator/SL.UEM.NEET.MA.ZS?locations=EG, abgerufen am 05.07.2020.

La Banque Mondiale: „*Ratio de la population pauvre en fonction du seuil de pauvreté national (% de la population) - Egypt, Arab Rep.*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/SI.POV.NAHC?locations=EG, abgerufen am 08.07.2020.

La Banque Mondiale: „*Tourisme international, nombre d'arrivées - Egypt Arab Republic*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/ST.INT.ARVL?end=2018&locations=EG&start=1995, abgerufen am 01.12.2020.

La Banque Mondiale: „*RNB par habitant, méthode Atlas ($ US courants) - Algeria, Germany, France*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/NY.GNP.PCAP.CD?locations=DZ-DE-FR, abgerufen am 03.01.2020.

La Banque Mondiale: „*RNB par habitant, méthode Atlas ($ US courants) - Algeria, Morocco, Tunisia, Egypt Arab Republic*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/NY.GNP.PCAP.CD?locations=DZ-TN-MA-EG, abgerufen am 17.03.2020.

La Banque Mondiale: „*Taux de fertilité, total (naissances par femme) - Tunisia*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/SP.DYN.TFRT.IN?locations=TN, abgerufen am 04.05.2020.

La Banque Mondiale: „*Tourisme international, nombre d'arrivées - Tunisia*“, unter: https://donnees.banquemondiale.org/indicateur/ST.INT.ARVL?end=2018&locations=TN&start=1995, abgerufen am 03.10.19.

Leaders (Tunisie): „*Ces Tunisiens dans le monde: Qui sont-ils? Où résident-ils?*“. Bericht vom 08.05.2016, unter: https://www.leaders.com.tn/article/19702-ces-tunisiens-dans-le-monde-qui-sont-ils-ou-resident-ils, abgerufen am 30.06.2020.

Leaders (Tunisie): „*Tunisie: 150.000 Algériens sont venus se faire soigner en 2017*“. Artikel vom 26.03.2018, unter: https://www.leaders.com.tn/article/24329-tunisie-150-000-algeriens-sont-venus-se-faire-soigner-en-2017, abgerufen am 05.05.2020.

Lecha, Eduard Soler: „*Une aire de paix et de stabilité commune: un objectif atteignable?*“. In: Annuaire IEMed de la Méditerranée 2015, Seite 116-121. Institut Européen de la Méditerranée. Barcelone 2015, unter: https://www.iemed.org/observatori/arees-danalisi/arxius-adjunts/anuari/med.2015/IEMed_Yearbook_2015_FR_Paix_Stabilite_Soler.pdf, abgerufen am 30.06.2020.

Legatum Institute: „*The Legatum Prosperity Index 2019*“, unter: https://www.prosperity.com/rankings, abgerufen am 10.07.2020.

Le Figaro: „*Algérie: Volkswagen ouvre une usine*“. Artikel vom 27.07.2017, unter: https://www.lefigaro.fr/flash-eco/2017/07/27/97002-20170727FILWWW00391-algerie.php, abgerufen am 22.09.19.

Le Figaro: „*Près d'un tiers de la population égyptienne vit sous le seuil de pauvreté*“. Artikel vom 30.07.2019, unter: https://www.lefigaro.fr/flash-eco/pres-d-un-tiers-de-la-population-egyptienne-vit-sous-le-seuil-de-pauvrete-20190730, abgerufen am 08.07.2020.

Le Figaro: „*Tunisie: François Hollande salue la nouvelle Constitution*“. Bericht vom 07.02.2014, unter: http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2014/02/07/97001-20140207FILWWW00115-tunisie-hollande-salue-la-nouvelle-constitution.php, abgerufen am 06.011.18.

Le Monde: „*L'Algérie, un système de pouvoir voué à l'échec*“. Artikel vom 21.04.2014, unter: https://www.lemonde.fr/afrique/article/2014/04/21/l-algerie-un-systeme-de-pouvoir-voue-a-l-echec_4404829_3212.html, abgerufen am 26. Oktober 2018.

Le Monde: „*En Tunisie, la nouvelle Constitution adoptée*“. Bericht vom 26.01.2011, unter: https://www.lemonde.fr/tunisie/article/2014/01/26/le-premier-ministre-tunisien-a-compose-son-gouvernement_4354757_1466522.html, abgerufen am 06.11.18.

Le Monde: „*Tunisie: démission du premier ministre Elyes Fakhfakh, après un bras de fer avec le parti islamo-conservateur Ennahda*“. Bericht vom 16.07.2020, unter: https://www.lemonde.fr/afrique/article/2020/07/15/demission-du-premier-ministre-tunisien-elyes-fakhfakh_6046290_3212.html, abgerufen am 19.07.2020.

Le Monde: „*Tunisie: les propos "effrayants" d'Alliot-Marie suscitent la polémique*“. Artikel vom 13.01.2011, unter: https://www.lemonde.fr/afrique/article/2011/01/13/tunisie-les-propos-effrayants-d-alliot-marie-suscitent-la-polemique_1465278_3212.html, abgerufen am 06.11.18.

Le Point (France): „*L'Union européenne dénonce l'usage "disproportionné" de la force en Tunisie*“. Artikel vom 12.01.2011, unter: https://www.lepoint.fr/monde/l-union-europeenne-denonce-l-usage-disproportionne-de-la-force-en-tunisie-12-01-2011-129179_24.php, abgerufen am 06.11.18.

Le Temps d'Algérie: „*plus de la moitié des étudiants échouent en première année universitaire: Un système d'orientation défaillant*“. Artikel vom 21.07.2018, unter: https://www.letemps-dz.com/plus-de-la-moitie-des-etudiants-echouent-en-premiere-annee-universitaire-un-systeme-dorientation-defaillant/, abgerufen am 06.01.2020.

Ligue Algérienne pour la Défense des droits del'Homme: „*Un Algérien sur trois vit en dessous du seuil de pauvreté*“. Bericht vom 17.10.2016. In: Algeria Watch: unter: https://algeria-watch.org/pdf/pdf_fr/laddh_seuil_pauvrete.pdf, abgerufen am 13.02.2020.

Lindsey, Ursula: „*Attaques contre la presse. Une presse loyale*“. Bericht vom 25.04.2017. Committee to Protect Journalists (Hrsg.), unter: https://cpj.org/fr/2017/04/une-presse-loyale.php, abgerufen am 18.04.18.

Lutzky, Ana: „*Egypte: le canal de Suez et l'oléoduc Sumed protégés par l'armée*“. Artikel vom: 02.02.2011. In: L´Usine Nouvelle, unter: https://www.usinenouvelle.com/article/egypte-le-canal-de-suez-et-l-oleoduc-sumed-proteges-par-l-armee.N145844, abgerufen am 03.12.19.

L'Express (France): „*Qui sont les Tunisiens qui gagnent l'Europe?*“. Artikel vom 14.02.2011, unter: https://www.lexpress.fr/actualite/monde/qui-sont-les-tunisiens-qui-gagnent-l-europe_962346.html, abgerufen am 10.03.2020.

L'usinenouvelle.com: „*PSA signe un partenariat en Algérie pour la création d'une usine à Oran*“. Bericht vom 12.11.2017, unter: https://www.usinenouvelle.com/article/psa-signe-un-partenariat-en-algerie-pour-la-creation-d-une-usine-a-oran.N612773, abgerufen am 22.09.2019.

Macé, Célian: „*Algérie: «Le système de santé est devenu un grand sketch»*“. Bericht vom 08.01.2018. In: Libération (France), unter: https://www.liberation.fr/planete/2018/01/08/algerie-le-systeme-de-sante-est-devenu-un-grand-sketch_1621104, abgerufen am 31.12.2019.

Macé, Célian: „*Le logement, «drame des jeunes Algériens»*“. Artikel vom 07.05.2017. In: Libération (France), unter: https://www.liberation.fr/planete/2017/05/07/le-logement-drame-des-jeunes-algeriens_1567887, abgerufen am 21.12.2019.

Maghreb Émergent: „*Tunisie: entrée en production du champ gazier «Nawara» de Tataouine*“. Artikel vom 06.02.20, unter: https://maghrebemergent.info/tunisie-entree-en-production-du-champ-gazier-nawara-de-tataouine/, abgerufen am 17.02.20.

Malsin, Jared: „*Tunisie: poussée de l'émigration illégale vers l'Europe*“. Artikel vom 28.08.2018. In: L´Opinion (France), unter: https://www.lopinion.fr/edition/wsj/tunisie-poussee-l-emigration-illegale-vers-l-europe-160290, abgerufen am 10.03.2020.

Marsad Majles (politisches Online-Portal der tunesischen Menschrechtsorganisation „Al Bawsala“): „*Mohamed Moncef Marzouki*“, unter: https://majles.marsad.tn/fr/deputes/4f4fbcf3bd8cb561570000a5, abgerufen am 18.09.18.

Martin, Ivan: „*Politique économique et stabilité de l'Etat*“. Université Sciences Po, Centre d'études et de recherches internationales (CERI). Paris 2003, unter: https://www.sciencespo.fr/ceri/sites/sciencespo.fr.ceri/files/artim_0.pdf, abgerufen am 21.08.2019.

Mattes, Hanspeter: „*Algerien: Vielfalt politischer Reformkonzepte – schwierige Umsetzung*“. German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Institut für Nahost-Studien, Nr. 4. des Jahres 2014, unter, http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2015/5711/pdf/gf_nahost_1404_0.pdf, abgerufen am 23.10.18.

Mattes, Hanspeter: „*Illegale Migration: Positionen und Bekämpfungsmaßnahmen der Maghrebstaaten*“. In: GIGA Focus Nahost 9/2006, unter: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_0609.pdf, abgerufen am 25.06.18.

Mattes, Hanspeter: „*Justizreformen im Maghreb*“. In: GIGA Focus Nahost 5/2010. Institut für Nahost-Studien. German Institute of Global and Area Studies, unter: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1005.pdf.

Mattes, Hanspeter: „*Länderstudien. Algerien*“. In: „*Un-politische Partnerschaft. Eine Bilanz politischer Reformen in Nordafrika/ Nahost nach zehn Jahren Barcelonaprozess*“. A. Jacobs/ H. Mattes (Hrsg.). Konrad Adenauer Stiftung 2005, Seite 47-67, unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_7520-544-1-30.pdf?051206160013, abgerufen am 12.01.15.

Mattes, Hanspeter: „*Schwierige Neupositionierung des Militärs in Tunesien, Ägypten und Libyen*“. In: GIGA Focus Middle East 04/2013. German Institute of Global and Area Studies (Hrsg.), Institut für Nahost-Studien, unter: https://www.giga-hamburg.de/en/system/files/publications/gf_nahost_1304.pdf, abgerufen am 14.09.2018.

Mebtoul, Abderrahmane: „*560 milliards de dollars de recettes: où on en est-on dans leur utilisation?*“. Artikel vom 10.06.12. In: Le Matin d'Algérie, unter: https://www.lematindz.net/news/8348-560-milliards-de-dollars-de-recettes-sonatrach-ou-on-en-est-dans-leur-utilisation.html, abgerufen am 18.09.2019.

Medinilla, Alfonso/ El Fassi, Sahra: „*Réduire les inégalités régionales en Tunisie*“. In: Notes d'Information. Nr. 84, April 2016. European Centre for Development Policy Management (Hrsg.), unter: https://ecdpm.org/wp-content/uploads/BN84-FR-Reduire-inegalites-regionales-Tunisie-Medinilla-ElFassi-avril-2016.pdf, abgerufen am 10.03.2020.

Mellah, Salima: „*Die Wiederwahl Bouteflikas und was hinter den Kulissen geschah*“. Algeria-Watch (Hrsg.), Mai 2004, unter: https://algeria-watch.org/?p=2178, abgerufen am 30.10.18.

Merkel, Wolfgang/ Puhle, Hans-Jürgen / Croissant, Aurel / Eicher, Claudia / Thiery, Peter: „*Defekte Demokratie*“. Band 1: Theorie. Leske+Budrich, Opladen 2003.

Mersch, Sarah /Habib, Menzel: „*Das Phosphat-Werk an Tunesiens Küste ist eine Dreckschleuder –schließen wollen es aber selbst Umweltaktivisten nicht*“. Artikel vom 03.02.19. In: Neue Zürcher Zeitung, unter: https://www.nzz.ch/international/das-phosphat-werk-an-tunesiens-kueste-ist-eine-dreckschleuder-schliessen-wollen-es-aber-selbst-umweltaktivisten-nicht-ld.1456152, abgerufen am 30.09.19.

Meyer, Jean-Baptiste: „*Les étudiants, clé du changement en Algérie*“. Atikel vom 11.03.2019. In: Le Monde, unter: https://www.lemonde.fr/afrique/article/2019/03/11/les-etudiants-cle-du-changement-en-algerie_5434510_3212.html, abgerufen am 05.01.2020.

Middl Eeast Eye: „*Égypte: «Je donnerais tout ce que j'ai pour offrir à mes enfants une bonne éducation»*“. Artikel vom 23.02.2017, unter: https://www.middleeasteye.net/fr/reportages/egypte-je-donnerais-tout-ce-que-jai-pour-offrir-mes-enfants-une-bonne-education, abgerufen am 03.07.2020.

Ministère de la Solidarité Nationale (Algérie): „*Etude d'affinement de la carte de la pauvreté de 2000. Communes pauvres: territoires, populations et capacités d'action*“. In: Rapport de synthèse Mars 2006.

Ministère de l'Agriculture et de l'Alimentation (France): „*Les politiques agricoles à travers le monde. Quelques èxemples. Égypte*“. Bericht von 2015, unter: https://agriculture.gouv.fr/sites/minagri/files/1506-ci-resinter-fi-egypte.pdf, abgerufen am 13.12.2019.

Ministère de l'Agriculture et du Développement Rural (Algérie): „*Statistiques Agricoles*“, unter: http://madrp.gov.dz/agriculture/statistiques-agricoles/, abgerufen am 16.09.2019.

Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): „*Égypte. Indicateurs et conjoncture*“. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom 09.12.2019, unter: https://www.tresor.economie.gouv.fr/Pays/EG/indicateurs-et-conjoncture, abgerufen am 12.01.2019.

Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): „*Lettre économique d'Algérie*“. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht Nr. 88 vom Dezember 2019, unter: https://www.tresor.economie.gouv.fr/Articles/7f1fa7b0-675e-4d44-ad67-c40b399ecd1f/files/5b6a2572-6f2b-428c-9528-0018083b1b13, abgerufen am 21.02.2020.

Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): „*Lettre économique d'Egypte*“. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom August 2017, unter: https://www.tresor.economie.gouv.fr/PagesInternationales/Pages/4e90418b-b909-40bf-904b-310de6379baa/files/fe4e647f-5746-4b4a-8642-e0dbe6705fca, abgerufen am 07.12.2019.

Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): „*Le secteur de l'eau en Egypte*“. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom 18.10.2018, unter: https://www.tresor.economie.gouv.fr/Articles/2018/10/18/le-secteur-de-l-eau-en-egypte, abgerufen am 07.07.2020.

Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): „*Le secteur du gaz en Egypte: la stratégie des échanges*“. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom 20.05.2018, unter: https://www.tresor.economie.gouv.fr/Articles/2018/05/20/le-secteur-du-gaz-en-egypte-la-strategie-des-echanges, abgerufen am 04.12.19.

Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): „*Le secteur du gaz en Egypte: production et consommation*“. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom 20.05.2018, unter: https://www.tresor.economie.gouv.fr/Articles/2018/05/20/le-secteur-du-gaz-en-egypte-production-et-consommation, abgerufen am 05.12.19.

Ministère de l'Èconomie et des Finances (France): „*Le secteur pétrolier en Egypte*“. La Direction Générale du Trésor (Hrsg.). Bericht vom 17.07.18, unter: https://www.tresor.economie.gouv.fr/Articles/2018/07/17/le-secteur-petrolier-en-egypte, abgerufen am 02.12.19.

Ministère de l'Europe et des Affaires Étrangères (France): „*Algérie. Relations bilatérales*“, unter: https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/dossiers-pays/algerie/relations-bilaterales/, abgerufen am 21.09.19.

Ministère de l'Europe et des Affaires Étrangères (France): „*Fiche Égypte 2017*“. Institut Français d'Egypte (Hrsg.), Bericht von 2017, unter: https://www.diplomatie.gouv.fr/IMG/pdf/2017_08_08_fiche_curie_egypte_es_cle0ca97b.pdf, abgerufen am 02.07.2020.

Ministère de l'Europe et des Affaires Étrangères (France): „*Présentation de l'Égypte*“. Bericht vom 04.09.2019, unter: https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/dossiers-pays/egypte/presentation-de-l-egypte/, abgerufen am 15.01.2020.

Ministère du Commerce (Tunisie): „*Accord arabo-méditerranéen de libre échange (Convention d'Agadir)*“, unter: http://www.commerce.gov.tn/Fr/accord-arabo-mediterraneen-de-libre-echange-convention-deagadir_11_228, abgerufen am 10.07.2020.

Ministère du Tourisme et de l'Artisanat (Tunisie): „*Tourisme en chiffres. Réalisations du secteur touristique*“, unter: http://www.tourisme.gov.tn/realisations-et-perspectives/tourisme-en-chiffres/statistiques-2011.html, abgerufen am 03.10.19.

Miossec, Jean-Marie: „*Le tourisme en Tunisie: acteurs et enjeux*“. Revue „Bulletin de l'Association de Géographes Français“. Ausgabe von 1997, Nr. 74-1, Seite 56-69, unter: https://www.persee.fr/doc/bagf_0004-5322_1997_num_74_1_1955, abgerufen am 30.09.2019.

Mohammed Nejib, Bouslama/ Mohammed Jameleddine, Boumediene: „*le système éducatif tunisien: Enjeux et défis*“. Institut Tunisien de la Compétitivité et des Etudes Quantitatives (Hrsg.), September 2011, unter: http://www.itceq.tn/wp-content/uploads/files/Rapports/education_medpr_final_syn_finale-F.pdf, abgerufen am 02.03.2020.

Mollet, Magalie/Neffati, Houda: „*Économie du Tourisme: Quels acteurs? Pour quel développement? Le cas tunisien à la lumière de l'exemple hongrois*“. In: Revue „Mondes en développement“ 1/2004, Seite 33-49. Verlag: De Boeck Supérieur, Paris 2004.

Monar, Jörg: „Die interne Dimension der Mittelmeerpolitik der Europäischen Union: Institutionelle und verfahrensmäßige Probleme“. In: „*Die Mittelmeerpolitik der EU*“. Zippel, Wulfdiether (Hrsg.). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1999. Seite 65-90.

Moratinos, Miguel Ángel: „*Ombres et lumières sur les transitions démocratiques des pays du sud de la Méditerranée: le rôle de l'Europe*“. In: Annuaire IEMed de la Méditerranée 2015, Seite 110-115. Institut Européen de la Méditerranée. Barcelone 2015, unter: https://www.iemed.org/observatori/arees-danalisi/arxius-adjunts/anuari/med.2015/IEMed_Yearbook_2015_FR_Ombres_Lumieres_Moratinos.pdf, abgerufen am 30.06.2020.

Mozas, Morgan/ Ghosn, Alexis: „*État des lieux du secteur de l'eau en Algérie*“. Institut de Prospective Économique du Monde Méditerranéen (Hrsg.). Bericht von Oktober 2013. Veröffentlicht durch „Programme Solidarité Eau“, unter: https://www.pseau.org/outils/ouvrages/ipemed_etat_des_lieux_du_secteur_de_l_eau_en_algerie_2013.pdf, abgerufen am 03.01.2020.

Müller, Felix E.: „*Das Massaker von Luxor schockiert die Schweiz*“. Bericht vom 11.11.2017. In: Neue Zürcher Zeitung, unter: https://www.nzz.ch/schweiz/das-massaker-von-luxor-schockiert-die-schweiz-ld.1327654, abgerufen am 16.04.18.

Mutin, Georges: „*Le contexte économique et social de la crise algérienne*“. In: „La crise algérienne: enjeux et évolution“. Mario Melle éditions. Lyon, décembre 1997, unter: https://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-00361566/document, abgerufen am 03.01.2020.

M'Bida, Aurélie: „*Alstom Transport remporte un contrat de 200 millions d'euros en Algérie*“. Artikel vom 29.07.2015. In: L'usinenouvelle.com, unter: https://www.usinenouvelle.com/article/alstom-transport-remporte-un-contrat-de-200-millions-d-euros-en-algerie.N343234, abgerufen am 23.09.2019.

Nathanson, Roby: „*Länderbericht Ägypten*“. Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.). Study Nr. 318, März 2016, unter: https://www.boeckler.de/pdf/p_study_hbs_318.pdf, abgerufen am 30.06.2020.

Nechi, Oumeïma: „*Tunisie: le premier procès de la justice transitionnelle accueilli dans l'émotion*“, Bericht vom 30.05.18. In: Jeune Afrique, unter: https://www.jeuneafrique.com/563391/societe/affaire-kamel-matmati-en-tunisie-le-premier-proces-de-la-justice-transitionnelle-accueilli-dans-lemotion/, abgerufen am 28.10.18.

Neue Zürcher Zeitung: „*Ägypten im Strudel der Weltwirtschaftskrise*“. Artikel vom 18.01.2002, unter: https://www.nzz.ch/article7V9RD-1.358696, abgerufen am 04.07.2020.

Neue Zürcher Zeitung: „*Milliardenauftrag für Siemens aus Ägypten*“. Artikel vom 16.03.2015, unter: https://www.nzz.ch/wirtschaft/newsticker/milliardenauftrag-fuer-siemens-aus-aegypten-1.18503060, abgerufen am 05.12.19.

Neue Zürcher Zeitung: „*Neue Wege nach Europa für Algeriens Erdgas*“, Artikel vom: 19.04.2005, unter: https://www.nzz.ch/articleCMTSC-1.123326, abgerufen am 18.09.2019.

Nienhaus, Volker: „*Euro-Mediterrane Freihandelszone: Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen und Förderung nachhaltiger Entwicklung?*“. In : Zippel, Wulfdiether (Hrsg.): Die Mittelmeerpolitik der EU. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 1999. Seite 91-114.

Obermann, Anja: „*Die Beziehungen der Europäischen Union zu nicht demokratischen Staaten. Europäische Außenpolitik gegenüber Algerien, Indonesien und Belarus* “. VDM Verlag Dr. Müller. Saarbrücken 2007.

Observatoire Europe-Afrique 2030: „*Secteur: Construction automobile. Principales caractéristiques du tissu industriel. Afrique*“. Bericht von 2016, unter: http://observatoire-europe-afrique-2020.org/wp-content/uploads/2016/10/Construction-automobile-_-Carcteristiques-tissu-industriel_-Afrique.pdf, abgerufen am 14.12.2019.

Office National des Statistiques (Algérie): „*l´algérie en quelques chiffres. Resultats 2015-2017*“. Nr. 48, Ausgabe von 2018, unter: http://www.ons.dz/IMG/pdf/aqced2018.pdf, abgerufen am 31.12.2019.

Olodo, Espoir: „*L'Egypte veut booster ses exportations de textiles et de vêtements grâce à la Suisse*“. Artikel vom 24.09.2019. In: Agence Ecofin, unter: https://www.agenceecofin.com/agro-industrie/2409-69485-l-egypte-veut-booster-ses-exportations-de-textiles-et-de-vetements-grace-a-la-suisse, abgerufen am 11.12.2019.

Organisation de Coopération et de Développement Économiques: „*Algérie*“. In: „*Le rapport annuel sur les Perspectives économiques en Afrique*“. OCDE (Hrgs.). Bericht von 2003, Seite 77-88, unter: https://www.oecd.org/fr/pays/algerie/2497118.pdf, abgerufen am 20.09.2019.

Organisation de Coopération et de Développement Économiques: „*Bonne Gouvernance et Anti-Corruption en TunisieÉtat d'avancement du projet – janvier 2019*“. OCDE 2019, unter: http://www.oecd.org/mena/governance/Brochure-Tunisie-Gouvernance.pdf, abgerufen am 30.06.2020.

Organisation de Coopération et de Développement Économiques: „*Égypte*“. In: „Le rapport annuel sur les Perspectives économiques en Afrique“. OCDE (Hrsg.). Bericht von 2002, Seite 119-130, unter: https://www.oecd.org/fr/pays/mozambique/1824647.pdf, abgerufen am 01.12.19.

Organisation de Coopération et de Développement Économiques: „*Égypte*“. In: „Le rapport annuel sur les Perspectives économiques en Afrique“. OCDE (Hrsg.). Bericht von 2006, Seite 265-278, unter: https://www.oecd.org/fr/dev/36795659.pdf, abgerufen am 01.12.19.

Organisation de Coopération et de Développement Économiques: „*Égypte. Place du tourisme dans l'économie*“. OCDE (Hrsg.). Bericht von 2018, unter: https://www.oecd-ilibrary.org/sites/tour-2018-48-fr/index.html?itemId=/content/component/tour-2018-48-fr, abgerufen 14.12.2019.

Organisation de Coopération et de Développement Économiques: „*Evaluation des opérations d'aide budgétaire de la Commission Européenne à la Tunisieentre 1996 et 2008*“. Bericht vom März 2011, Seite 3, 53, unter: https://www.oecd.org/countries/tunisia/48071513.pdf, abgerufen am 05.02.2020.

Organisation de Coopération et de Développement Économiques: „*OCDE Études économiques: Tunisie*“. OCDE (Hrsg.). Bericht von März 2018, unter: http://www.oecd.org/fr/economie/etudes/Tunisia-2018-OCDE-etudes-economiques-synthese.pdf, abgerufen am 29.09.19.

Organisation de Coopération et de Développement Économiques: „*Panorama de la santé 2017. Les indicateurs de l'ocde*“. OCDE (Hrsg.), Paris 2017, unter: https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/health_glance-2017-fr.pdf?expires=1595275836&id=id&accname=guest&checksum=78E9B36AE4B6434696A80D64AB727A76, abgerufen am 22.12.2019.

Organisation de Coopération et de Développement Économiques: „*Reviews of National Policies for Education: Higher Education in Egypt 2010. Executive Summary*“. OCDE/ The World Bank (Hrsg.). Bericht von 2010, unter: http://www.oecd.org/education/skills-beyond-school/44820471.pdf, abgerufen am 02.07.2020

Organisation de coopération et de développement économiques: „*Tunisie*“. In: Le rapport annuel sur les Perspectives économiques en Afrique 2005-2006. OCDE (Hrsg.). Bericht von 2005, Seite 541-556, unter: https://www.oecd.org/fr/dev/36803495.pdf, abgerufen am 30.09.19.

Ouaissa, Rachid: „*Blockierte Mittelschichten als Motor der Veränderungen in der arabischen Welt?*“. In: „*Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahem Osten und Nordafrika*“. A. Jünemann/A. Zorob (Hrsg.). Springer VS, Wiesbaden 2013. Seite 257-277.

Ouaissa, Rachid: „*Die Präsidentschaftswahl in Algerien. Bouteflika wird wie erwartet sein viertes Mandat bestreiten*“. Friedrich-Ebert-Stiftung, Mai 2014, unter: https://library.fes.de/pdf-files/iez/10772.pdf, abgerufen am 20.10.2018.

Ouared, Safia: „*Fin du contrat gaz entre l'Egypte et Israël*“. Artikel vom 23.04.2012. In: Econostrum, unter: https://www.econostrum.info/Fin-du-contrat-gaz-entre-l-Egypte-et-Israel_a9976.html, abgerufen am 04.12.19.

Pierini, Marc: „*Les changements de l'environnement régional depuis la Conférence de Barcelone de 1995*“. In: Annuaire IEMed de la Méditerranée 2015, Seite 107-109. Institut Européen de la Méditerranée. Barcelone 2015, unter: https://www.iemed.org/observatori/arees-danalisi/arxius-adjunts/anuari/med.2015/IEMed_Yearbook_2015_FR_Conference_Barcelona_Pierini.pdf/, abgerufen am 30.06.2020.

Pierre Magnan: „*Il y a 25 ans, le président algérien Mohamed Boudiaf était assassiné*“. In: France Info, 29.06.2017, unter: https://www.francetvinfo.fr/monde/afrique/politique-africaine/il-y-a-25-ans-le-president-algerien-mohamed-boudiaf-etait-assassine_3060415.html, abgerufen am 07.09.18.

Preysing, Domenica: „*Tunesien: Vorreiter des Aufbruchs, Vorbild des Wandels?*“. In: „*Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahem Osten und Nordafrika*“. A. Jünemann/A. Zorob (Hrsg.). Springer VS, Wiesbaden 2013. Seite 43-65

Pries, Ludger: „*Die Globalisierung der deutschen Autohersteller und deren Sogeffekte für die Automobilzulieferer*“. In: „*Die Globalisierungsspirale in der deutschen Automobilindustrie: Hersteller-Zulieferer-Beziehungen als Herausforderung für Wirtschaft und Politik*“. Kilper, Heiderose/ Pries, Ludger (Hrsg.). Rainer Hampp Verlag, München und Mering 1999. Seite 25-55.

Radi, Saadia: „*L'hépatite C et les défaillances du système égyptien de santé public*“. In: Revue Égypte/Monde Arabe: „*Figures de la santé en Égypte*“. Troisième série, 4/2007. HTML-Version unter: https://journals.openedition.org/ema/1766, abgerufen am 03.07.2020.

Radio France Internationale: „*Tunisie: l'heure est au bilan humain de la révolution*“. Bericht vom 06.05.12, unter: http://www.rfi.fr/afrique/20120506-tunisie-morts-revolution-indemnisation-taoufik-bouderbala-bilan, abgerufen am 06.11.18.

Radio France International: *„«Vérité et Dignité» en Tunisie: 50 ans de fraudes électorales expliquées à la TV*“. Artikel vom 22.07.17, unter: http://www.rfi.fr/afrique/20170722-tunisie-temoignages-fraude-electorale-ben-ali-instance-verite-dignite, abgerufen am: 05.11.18.

Ranko, Annette/ Sabra, Najwa: „*Sisis Ägypten-Vollendung der Revolution oder zurück auf Null?*“. In: GIGA Focus, Nr. 1. German Institute of Global and Area Studies (Hrsg.), Institut für Nahost-Studien, unter: https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_nahost_1501.pdf, abgerufen am 23.07.18.

Ratka, Edmund: „*Deutschlands Mittelmeerpolitik. Selektive Europäisierung von der Mittelmeerunion bis zum arabischen Frühling* “. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014.

Reiffers, Jean-Louis/ Tsakas, Constantin/ Bougroum, Mohammed/ Mouley, Sami/ El Mahdi, Alia: „*Économie sociale et solidaire: Vecteur d'inclusivité et de création d'emplois dans les pays partenaires méditerranéens?*“. Forum Euroméditerranéen des Instituts de Sciences Économiques (Hrsg.). Banque Européenne d'Investissement. Bericht vom Oktober 2014, unter: https://www.eib.org/attachments/country/femip_study_femise_economie_sociale_solidaire_fr.pdf, abgerufen am 07.07.2020.

Reporter ohne Grenzen: „*Egypte: des médias sous contrôle quasi-total*“. Reporter ohne Grenzen (Hrsg.) Bericht vom 22.01.2019, unter: https://rsf.org/fr/actualites/egypte-des-medias-sous-controle-quasi-total, abgerufen am 18.04.18.

Reporter ohne Grenzen: „*Rangliste der Pressefreiheit 2019*“, unter: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2019/Rangliste_der_Pressefreiheit_2019.pdf, abgerufen am 02.05.2020.

Reporter ohne Grenzen: „*Ranglisten der Pressefreiheit: Archiv*“, unter: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/archiv/, abgerufen am 29.09.18.

Reporter ohne Grenzen: „*Tunesien*“, unter: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/tunesien/, abgerufen am 02.01.19.

Reporters (Algérie): „*Emigration clandestine: La reconduction à la frontière de migrants subsahariens se poursuit*“. Artikel vom 15.05.2019, unter: https://www.reporters.dz/emigration-clandestine-la-reconduction-a-la-frontiere-de-migrants-subsahariens-se-poursuit/, beide Links abgerufen am 09.12.2019.

Reporters (Algérie): „*L'ONG dénonce un «traitement inhumain» des migrants clandestins: HRW appelle à «un système de prise en charge équitable et légal»*“. Artikel vom 30.06.2018, unter: https://www.reporters.dz/l-ong-denonce-un-traitement-inhumain-des-migrants-clandestins-hrw-appelle-a-un-systeme-de-prise-en-charge-equitable-et-legal/, abgerufen am 09.12.2019.

Riedel, Sabine: „*Die Migrationspolitik der EU im Mittelmeerraum zwischen Sicherung der Außengrenzen und wirtschaftlicher Integration*“. In: „*Europa und der Arabische Frühling. Deutschland, Frankreich und die Umbrüche der EU-Mittelmeerpolitik*“. Ruß-Sattar/Bender/Walter (Hrsg.). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013. Seite 119-142.

Riesbeck, Peter: „*Ägypten. Ashton wirbt für Freilassung Mursis*“. Bericht vom 30.07.13. In: Frankfurter Rundschau, unter: https://www.fr.de/politik/ashton-wirbt-freilassung-mursis-11084785.html, abgerufen am 08.07.18.

Rios, Lorena: „*Egypt's ailing health care system*“. Artikel vom 23.07.2015. In: Al-Monitor: unter: https://www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/07/egypt-health-care-hospitals-poor-illness-ministry.html, abgerufen am 07.07.2020

Rohayem, Sherif: „*Nach drei Rekordjahren legt Corona Tourismus vorerst lahm. Für 2020 waren Einnahmen von 15 Milliarden US-Dollar einkalkuliert"*. Bericht vom 08.04.2020. Germany Trade and Invest (Hrsg.), unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/aegypten/nach-drei-rekordjahren-legt-corona-tourismus-vorerst-lahm-233356, abgerufen am 25.04.2020.

Rüb, Matthias: „*Machtwechsel in Ägypten. Amerika: Es war kein Militärputsch*“. Artikel vom 05.07.13. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, unter: https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afrika/machtwechsel-in-aegypten-amerika-es-war-kein-militaerputsch-12271524.html, abgerufen am 08.07.18.

Rudloff, Bettina: „*Stabiles Land durch stabile Landwirtschaft in Tunesien? Effekte des neuen EU-Handelsabkommens (DCFTA) im Agrarsektor*“. Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.). Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. SWP-Studie 24, November 2019, Berlin, unter: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2019S24_rff_Web.pdf, abgerufen am 03.01.20.

Ruf, Werner: „*Mittelmeerunion. Barcelona revisited*“. In: „*Europa und der Arabische Frühling. Deutschland, Frankreich und die Umbrüche der EU-Mittelmeerpolitik*“. Ruß-Sattar/Bender/Walter (Hrsg.). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013. Seite 91-102.

Saleh, Jenny: „*Electricité du Liban économise 240 M$ grâce au gaz égyptien*“. Artikel vom 27.10.2009. In: Econostrum, unter: https://www.econostrum.info/Electricite-du-Liban-economise-240-M-grace-au-gaz-egyptien_a1725.html, abgerufen am 04.12.19.

Saleh, Jenny: „*Grosse facture pour la Jordanie après la fermeture d'un gazoduc égyptien*“. Artikel vom 07.02.2011. In: Econostrum, unter: https://www.econostrum.info/Grosse-facture-pour-la-Jordanie-apres-la-fermeture-d-un-gazoduc-egyptien_a4561.html, abgerufen am 04.12.19.

Sallon, Hélène: „*En Egypte, l'industrie pharmaceutique est en crise*“. Artikel vom 17.02.2018. In: Le Monde, unter: https://www.lemonde.fr/economie/article/2018/02/17/en-egypte-l-industrie-pharmaceutique-est-en-crise_5258584_3234.html, abgerufen am 02.12.2019.

Salloum, Raniah: „*Prozess gegen NGO. Ägyptisches Gericht verurteilt Konrad-Adenauer-Stiftung*“. Bericht vom 04.06.2013. In: Spiegel Online, unter: https://www.spiegel.de/politik/ausland/aegypten-straft-konrad-adenauer-stiftung-ab-in-prozess-gegen-ngo-a-903537.html, abgerufen am 07.07.2020.

Sartori, Giovanni: „*Parties and party systems: A framework for analysis*“. Cambridge 1976.

Sayigh, Yezid: „*Egypt's Military Now Controls Much of Its Economy. Is This Wise?*". Carnegie Middle East Center (Hrsg.). Beirut/ Libanon. Bericht vom 25.11.2019, unter: https://carnegie-mec.org/2019/11/25/egypt-s-military-now-controls-much-of-its-economy.-is-this-wise-pub-80281, abgerufen am 10.06.2020.

Schäfer, Isabel: „*Die EU, der nahe Osten und Nordafrika: Vom Regionalismus zurück zum Bilateralismus?*". In: A. Bendiek/H. Kramer (Hrsg.): Globale Außenpolitik der Europäischen Union. Internationale Politik und Sicherheit, Band 63. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2009. Seite 66-93.

Schäfer, Isabel: „*Tunesische politische Parteien: Fragmentiert, autozentriert und auf Profilsuche*". In: „*Politische Parteien in Nordafrika. Ideologische Vielfalt – Aktivitäten – Einfluss*". Sigrid Faath (Hrsg.), Seite 281-323. Konrad Adenauer Stiftung 2017, unter: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=4c572892-7e5f-7cf4-6f87-63feefeb9969&groupId=252038, abgerufen am 20.10.18.

Schäfer, Isabel: „*Vom Kulturkonflikt zum Kulturdialog? Die kulturelle Dimension der Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP)*". Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 2007.

Schiller, Thomas: „*Tunesien-eine Revolution und ihre Folgen*". In: KAS Auslandsinformationen 5 / 2011. Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.) unter: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=13e95443-e0be-b766-3c33-5ed10d225d1b&groupId=252038m, abgerufen am 05.11.2018.

Schimmelfennig, Frank: „*Internationale Politik*". H.J. Lauth/R. Zimmerling (Hrsg.). 3. Auflage. Schöningh Verlag, Paderborn 2013.

Schmitz, Peter: „*Tunesiens Abfallverwertung braucht Technik und Know-how*". Bericht vom 11.04.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.), unter: https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/tunesien/tunesiens-abfallverwertung-braucht-technik-und-know-how-20246, abgerufen am 30.06.2020.

Schoeller-Schletter, Anja: „*Die ägyptische Verfassung von Dezember 2012. Betrachtungen aus verfassungstheoretischer Perspektive*". Institut für Internationale Zusammenarbeit, Hans Seidel Stiftung (Hrsg.). Politischer Sonderbericht vom 15.01.2013, unter: https://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/130121_Aegypten_SB.pdf, abgerufen am 06.09.2018.

Schultz, Stefan: „*Wirtschaftsmacht Militär. Ägyptens General-Direktoren*". Bericht vom 05.07.2013. In: Spiegel Online, unter: https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/aegypten-militaer-als-wirtschaftsmacht-a-909393.html, abgerufen am 22.12.2019.

Schumacher, Tobias: „*Mittelmeerpolitik*". In: „*Jahrbuch der Europäischen Integration 2016*", Seite 377-380. W. Weidenfeld/ W. Wessels (Hg.). Nomos Verlag, unter: http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2019/12/55_Mittelmeerpolitik_SchumacherTobias_Endfahne.pdf, abgerufen am 01.07.2020.

Schwikowski, Martina: „*Verhandlungen zu Nil-Damm zurück auf Null?*". Artikel vom 20.09.2019. In: Deutsche Welle, unter: https://www.dw.com/de/verhandlungen-zu-nil-damm-zur%C3%BCck-auf-null/a-50495587, abgerufen am 20.12.2019.

Sénat (France): „*La politique européenne de voisinage*", unter: https://www.senat.fr/rap/r07-451/r07-4511.html, abgerufen am 24.06.2020.

Siam, Jamal: „*The organic agriculture in Egypt*". In: ENPARD South Support Project II. Mediterranean Agronomic Institute of Montpellier (Hrsg.). Bericht von Februar 2019, unter: https://www.iamm.ciheam.org/ress_doc/opac_css/doc_num.php?explnum_id=18279, abgerufen am 24.03.2020.

Siemens: „*Siemens liefert beim Megaprojekt in Ägypten mehr als versprochen*". Pressemitteilung vom 31.01.2017, unter: https://press.siemens.com/global/de/pressemitteilung/siemens-liefert-beim-megaprojekt-aegypten-mehr-als-versprochen, abgerufen am 05.12.19.

Siemens: „*Siemens und die deutsche Bundesregierung (BMZ) unterstützen Berufsausbildung in Ägypten*". Bericht vom 10.10.2017, unter: https://press.siemens.com/global/de/pressemitteilung/siemens-und-die-deutsche-bundesregierung-bmz-unterstuetzen-berufsausbildung, abgerufen am 05.07.2020.

Siemens: „*Weltgrößte GuD-Kraftwerke in Rekordzeit fertiggestellt*". Bericht vom 24.07.2018, unter: https://press.siemens.com/global/de/feature/weltgroesste-gud-kraftwerke-rekordzeit-fertiggestellt, abgerufen am 05.12.19.

Smahi, Ahmed/ Maliki, Samir/ Arif, Salah Eddine: „*Microfinance et pauvreté subjective en Algérie : Essai d'analyse*“. In: La Revue des Sciences de Gestion 2012/3-4 (Nr. 255-256). HTML-Version unter: https://www.cairn.info/revue-des-sciences-de-gestion-2012-3-page-133.htm?contenu=article#pa5, abgerufen am 29.12.2019.

Spindler, Manuela: „*Interdependenz*“. In: „*Theorien der Internationalen Beziehungen*“. S. Schieder/M. Spindler (Hrsg.). 3. Auflage, Verlag Barbara Budrich, Opladen 2010. Seite 97-130.

Stahl, Bernhard: „*Die Reaktion der EU auf die Arabellion – das Beispiel Tunesien*“. In: „*EU-Nachbarschaftspolitik – Nordafrika und Nahost*“. Peter-Christian Müller-Graff (Hrsg.). Seite 51-64. 1. Auflage. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017.

Stassi, Franck: „*Le blé français retrouve sa compétitivité à l'export*“. Artikel vom 13.03.2019. In: L'Usine Nouvelle, unter: https://www.usinenouvelle.com/article/le-ble-francais-retrouve-sa-competitivite-a-l-export.N817575, abgerufen am 16.12.2019.

Südwesttextil: „*Tunesische Textilfirma Sartex zu Besuch in der Gatex*“. Bericht vom 05.07.16, unter: https://www.suedwesttextil.de/nachrichten/tunesische-textilfirma-sartex-zu-besuch-in-der-gatex, abgerufen am 01.10.19.

Sud Horizons: „*SAFAV/Mercedes Benz de Tiaret: 10.200 véhicules produits en 3 ans*“. Bericht vom 11.10.2017, unter: https://www.sudhorizons.dz/fr/sports/119-francais/points-titres/22814-safav-mercedes-benz-de-tiaret-10-200-vehicules-produits-en-3-ans, abgerufen am 22.09.2019.

Sydow, Christoph: „*Tod von Italiener in Ägypten. Gefoltert, ermordet, weggeworfen*“. Artikel vom 12.02.2016. In: Spiegel Online, unter: https://www.spiegel.de/politik/ausland/giulio-regeni-foltertod-eines-italieners-in-aegypten-a-1076483.html, abgerufen am 14.04.18.

Take, Ingo: „*Weltgesellschaft und Globalisierung*“. In: „*Theorien der Internationalen Beziehungen*“. S. Schieder/M. Spindler (Hrsg.). 3. Auflage, Verlag Barbara Budrich, Opladen 2010. Seite 281-310.

Theres, Jürgen: „*Projektland: Maghreb (Tunesien, Algerien, Marokko)*“. In: Quartalbericht II/2011, Institut für internationale Zusammenarbeit. Hans Seidel Stiftung (Hrsg.), 08.07.11, unter: http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/QB/Maghreb_QB_2011_II.pdf, abgerufen am 24.06.19.

The Economist Group: „*Global Food Security Index. Rankings and trends*“. The Economist Group (Hrsg.), unter: https://foodsecurityindex.eiu.com/index, abgerufen am 24.01.2021.

The Heritage Foundation: „*2020 Index of Economic Freedom. Algeria*“, unter: https://www.heritage.org/index/country/algeria, abgerufen am 10.06.2020.

The Heritage Foundation: „*2020 Index of Economic Freedom. Country Rankings*“, unter: https://www.heritage.org/index/ranking, abgerufen am 10.06.2020.

The Heritage Foundation: „*2020 Index of Economic Freedom. Egypt*“, unter: https://www.heritage.org/index/country/egypt, abgerufen am 10.06.2020.

The New York Times: „*Egypt and Israel sign 15-year natural gas deal*“. Artikel vom 01.07.2005, unter: https://www.nytimes.com/2005/07/01/business/worldbusiness/egypt-and-israel-sign-15year-natural-gas-deal.html, abgerufen am 04.12.19.

The Office of the High Commissioner for Human Rights: „*Egypt: UN experts denounce Morsi "brutal" prison conditions, warn thousands of other inmates at severe risk*“. Bericht vom 08.11.19, unter: https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=25270&LangID=E, abgerufen am 08.11.19.

The World Bank: „*LPI Global Rankings 2018*“, unter: https://lpi.worldbank.org/international/global/2018, abgerufen am 21.12.2019.

The World Bank: „*Supporting Egypt's Universal Health Insurance System. Project Information Document*“. The World Bank (Hrsg.). Bericht vom November 2019, unter: http://documents1.worldbank.org/curated/en/216021576393269095/pdf/Concept-Project-Information-Document-PID-Supporting-Egypt-s-Universal-Health-Insurance-System-P172426.pdf, abgerufen am 07.07.2020.

The World Bank: „*World Bank Group to Extend Current Strategy in Egypt to Maintain Momentum on Reforms*“. Bericht vom 30.04.2019, unter: https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2019/04/30/world-bank-group-to-extend-current-strategy-in-egypt-to-maintain-momentum-on-reforms, abgerufen am 08.07.2020.

Tizaoui, Hamadi: „*La métropolisation de l'industrie tunisienne et le décrochage industriel des régions intérieures*“. Revue „Méditerrané" (Revue géographique des pays méditerranéens), Nr. 124/2015, Seite 73-84, unter: https://journals.openedition.org/mediterranee/7725#bodyftn7, abgerufen am 26.09.19.

Trading Economics: „*Egypt Balance of Trade*“, unter: https://tradingeconomics.com/egypt/balance-of-trade, abgerufen am 10.06.2020.

Transparency International: „*Corruption Perceptions Index. Algeria*“, (mehrere Seiten von Transparency) unter: https://www.transparency.org/en/cpi/2019/results/dza, abgerufen am 30.06.2020.

Transparency International: „*Corruption Perceptions Index. Egypt*“, (mehrere Seiten von Transparency), unter: https://www.transparency.org/en/cpi/2019/results/egy, abgerufen am 08.07.2020.

Transparency International: „*Corruption Perceptions Index. Tunisia*“, (mehrere Seiten von Transparency), unter: https://www.transparency.org/en/cpi/2019/results/tun, abgerufen am 20.06.2020.

Tunesische Verfassung der Republik Tunesien von 2014. Tunesische Regierung, unter: http://www.legislation.tn/sites/default/files/news/constitution-b-a-t.pdf, abgerufen am 07.11.2018.

Tunesische Verfassung von 1959 inklusive der Ergänzungen bis zum Jahr 2008. Tunesisches Justizministerium, unter: http://www.e-justice.tn/fileadmin/fichiers_site_francais/org_juridictionnelle/Constitution_de_la_republique_tunisiennefr.pdf, abgerufen am 04.11.18.

Tunesisches Parteiengesetz von 2011. Regierung der Republik Tunesien, unter: http://www.legislation.tn/sites/default/files/fraction-journal-officiel/2011/2011F/074/TF2011872.pdf, abgerufen am 07.11.18.

Tur, Gérard: „*L'Europe constate les progrès de l'Algérie mais regrette la limitation brutale des importations*“. Artikel vom 04.05.2018. In: Econostrum, unter: https://www.econostrum.info/L-Europe-constate-les-progres-de-l-Algerie-mais-regrette-la-limitation-brutale-des-importations_a24377.html, abgerufen am 31.12.2019.

Tustex: „*Tunisie-Banque Allemande de Développement. Signature d´ un protocole d'accord de 27,5 M € pour la Modernisation du Canal Medjerda Cap Bon*“. Artikel vom 25.02.2020, unter: https://www.tustex.com/economie-actualites-economiques/tunisie-banque-allemande-de-developpement-signature-d-un-protocole-d-accord-de-275-m%E2%82%AC-pour-la, abgerufen am 30.06.2020.

UNESCO: „*Algérie. Éducation et alphabétisme*“, unter: http://uis.unesco.org/fr/country/dz?theme=education-and-literacy, abgerufen am 05.01.2020.

UNESCO: „*Égypte. Éducation et alphabétisme*“, unter: http://uis.unesco.org/fr/country/eg, abgerufen am 02.07.2020.

UNESCO: „*Rapport régional pour l'année 2014 sur l'Education Pour Tous dans les Pays Arabes*“. UNESCO (Hrsg.), Bericht von 2014, unter: http://www.unesco.org/new/fileadmin/MULTIMEDIA/HQ/ED/ED_new/pdf/ARAB-REGION_FR.pdf, abgerufen am 03.07.2020.

UNESCO: „*Tunisie. Éducation et alphabétisme*“, unter: http://uis.unesco.org/fr/country/tn, abgerufen am 04.02.2020.

UNESCO Institute for Lifelong Learning: „Alphabétisation, Formation et Insertion des Femmes, Algérie“. Bericht vom 24.11.2015, unter: https://uil.unesco.org/fr/etude-de-cas/effective-practices-database-litbase-0/alphabetisation-formation-insertion-femmes, abgerufen am 03.01.2020.

UNICEF: „*Algérie. Rapport national sur les enfants non scolarisés*“. Ministère de l'Èducation (Algérie)/UNICEF Algérie (Hrsg.), Bericht von Oktober 2014, Seite 3f, unter: https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/150410_Algeria_report_French.pdf#page=8&zoom=auto,253,492, abgerufen am 04.01.2020.

UNICEF: „*Egypt. Water, Sanitation and Hygiene*“. Bericht von 2017, unter: https://www.unicef.org/egypt/water-sanitation-and-hygiene, abgerufen am 07.07.2020.

UNICEF: „*Le progrès des Nations 1996. Classement: malnutrition*“, unter: https://www.unicef.org/french/pon96/leag1nut.htm, abgerufen am 21.12.2020.

UNICEF: „*Regional Report on out of School Children*“. UNICEF MENA Regional Office (Hrsg.). Bericht von Oktober 2014, unter: http://uis.unesco.org/sites/default/files/documents/regional-report-on-out-of-school-children-middle-east-and-north-africa-2015-en.pdf, abgerufen am 03.07.2020.

UNICEF: „*Summary. Egypt. Country Report on out-of-school Children*“. UNICEF MENA Regional Office (Hrsg.). Bericht von Oktober 2014, unter: https://www.unicef.org/mena/sites/unicef.org.mena/files/2019-11/Egypt%20Country%20Report%20on%20OOSC%20Summary_EN.pdf, abgerufen am 03.07.2020.

UNICEF: „*Tunisie. Rapport national sur les enfants non scolarisés*“. Ministère de l'Èducation (Tunisie)/ UNICEF Tunisie (Hrsg.), Bericht von Oktober 2014, unter: https://www.unicef.org/tunisia/sites/unicef.org.tunisia/files/2020-06/rapport-national-enfants-non-scholaris%C3%A9s-fr-2014.pdf, abgerufen am 03.02.2020.

Union Interparlementaire: „*Tunisie. Élections en 2004*“, unter: http://archive.ipu.org/parline-f/reports/arc/1321_04.htm, abgerufen am 26.10.18.

Union Interparlementaire: „*Tunisie. Élections en 2009*“, unter: http://archive.ipu.org/parline-f/reports/arc/1321_09.htm, abgerufen am 26.10.18.

Union Interparlementaire: „*Tunisie: Majlis al-Mustasharin (Chambre des conseillers)*“. Union Interparlementaire 2011, unter: http://archive.ipu.org/parline-f/reports/1322.htm, abgerufen am 05.11.18.

United Nations Development Programme: „*Human Development Index*“, unter: http://hdr.undp.org/en/indicators/137506, abgerufen am 24.06.2020.

United Nations Development Programme: „*Human Development Report 2019. Briefing note for countries on the 2019 Human Development Report. Tunisia*“. Bericht von 2019, unter: http://hdr.undp.org/sites/all/themes/hdr_theme/country-notes/TUN.pdf, abgerufen am 30.06.2020.

United Nations Development Programme: „*Überblick. Bericht über die menschliche Entwicklung 2019*“. UNDP (Hrsg.), Berlin 2019, unter: http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr_2019_overview_-_german.pdf, abgerufen am 24.06.2020.

United Nations Economic Commission for Africa: „*Égypte. Monographie nationale*“. In: „*Rapport économique sur l'Afrique 2013*“, unter: https://www.uneca.org/sites/default/files/uploaded-documents/CoM/cfm2013/era2013_casestudy_fre_egypte.pdf, abgerufen am 10.12.19.

United Nations Population Fund: „*Etat des lieux de la santé maternelle et néonatale en Tunisie*“. United Nations Population Fund (Hrsg.). Bericht vom September 2017, unter: https://tunisia.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/Etat_des_lieux_SMNN_tunisie_0.pdf, abgerufen am 04.05.2020.

United States Agency for International Development: „*Egypt. Water and Sanitation*“. Bericht vom 12.05.2020, unter: https://www.usaid.gov/egypt/water-and-sanitation, abgerufen am 29.06.2020.

Vereinte Nationen: „*Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*“, unter: https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf, abgerufen am 20.10.18.

Vereinte Nationen: „*Resolutionen ohne Überweisung an einen Hauptausschuss*“. Vereinte Nationen (Hrsg.), unter: https://www.un.org/depts/german/gv-64/band3/64bd3-wr.pdf, abgerufen am 01.01.2020.

Wallyscar: „*L´histoire Wallys*“, unter: https://www.wallyscar.com/histoire-famille, abgerufen am 02.10.2019.

Webmanagercenter: „*Baisse considérable des tentatives d'immigration clandestines vers l'Italie*“. Artikel vom 07.04.2020, unter: https://www.webmanagercenter.com/2020/04/07/447702/baisse-considerable-des-tentatives-dimmigration-clandestines-vers-litalie/, abgerufen am 30.06.2020.

Webmanagercenter: „*ENI: Renouvellement de la convention du gazoduc acheminant le gaz algérien vers l'Italie, via la Tunisie*“. Artikel vom 03.07.19, unter: https://www.webmanagercenter.com/2019/07/03/436684/eni-renouvellement-de-la-convention-du-gazoduc-acheminant-le-gaz-algerien-vers-litalie-via-la-tunisie/, abgerufen am 28.09.19.

Webmanagercenter: „*Tunisie/ENI: L'ARP entame la discussion du projet d'accord sur l'exploitation du gazoduc trans-tunisien*“. Artikel vom 16.07.19, unter: https://www.webmanagercenter.com/2019/07/16/437146/tunisieeni-larp-entame-la-discussion-du-projet-daccord-sur-lexploitation-du-gazoduc-trans-tunisien/, abgerufen am 28.09.19.

Weidenfeld, W./Janning, J./Behrendt, S.: „*Transformation im Nahen Osten und Nordafrika. Herausforderung und Potentiale für Europa und seine Partner*“. Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1997.

Welt-Atlas: unter, http://www.welt-atlas.de/datenbank/karte.php?kartenid=4-634, abgerufen am 23.06.2018.

Werenfels, Isabelle: „*Algerien - wechselnde Militärregime*“. In: Informationen zur politischen Bildung (Heft 272): „*Politische Entwicklung nach der Unabhängigkeit*“. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) 2005, unter: http://www.bpb.de/internationales/afrika/afrika/59008/regionale-kooperation?p=2, abgerufen am 24.07.18.

Werenfels, Isabelle: „*Vom Umgang mit Islamisten im Maghreb*. *Zwischen Einbindung und Unterdrückung*“. Stiftung Wissenschaft und Politik 2005a, unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2005_S39_wrf_ks.pdf, abgerufen am 16.06.2018.

Wezeman, Peter D./ Fleurant, Aude/ Kuimova, Alexandra/ Tian, Nan/ Wezeman, Siemon T.: „*Trends in international arms transfers, 2018*“. In: SIPRI Fact Sheet, March 2019. Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.), unter: https://www.sipri.org/sites/default/files/2019-03/fs_1903_at_2018_0.pdf, abgerufen am 21.06.2020.

Wolf, Stefan/ von Kuczkowski, Kester: „*Nachsitzen ist angesagt. Schulbildung und Berufsausbildung in Ägypten*“. In: Mediterranes: „*Sicherheit – mehr als Militär*“. Euro-Mediterranean-Arab Association (Hrsg.), Ausgabe 2/2015, Seite 44-49, unter: https://www.ema-germany.org/media/publ/medi/ausg/2015/02/Mediterranes_2015-02_s44-49_wolf-kuczkowski.pdf, abgerufen am 04.07.2020.

World Economic Forum: „*Competitiveness Rankings*“, unter: https://reports.weforum.org/global-competitiveness-report-2015-2016/competitiveness-rankings/, abgerufen am 03.07.2020.

Youngs, Richard: „*The European Union and the Promotion of Democracy*“. Oxford: Oxford University Press 2001.

Zangl, Bernhard: „*Regimetheorie*“. In: „*Theorien der Internationalen Beziehungen*“. S. Schieder/M. Spindler (Hrsg.). 3. Auflage, Verlag Barbara Budrich, Opladen 2010. Seite 131-155.

Zippel, Wulfdiether: „*Die Mittelmeerpolitik der EU*“. Schriftreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. W. Zippel (Hrsg.), S. 7-10. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1999.

Zeit Online: „*Ägyptens Verfassungsgericht erklärt Schura-Rat für ungültig*“. Artikel vom 02.06.13, unter: https://www.zeit.de/politik/ausland/2013-06/aegypten-schura-rat, abgerufen am 08.07.18.

Zeit Online: „*Ägypten: Ashton fordert Mubarak zu Verhandlungen auf*“. Artikel vom 31.01.2011, unter: https://www.zeit.de/politik/ausland/2011-01/aegypten-opposition-generalstreik/komplettansicht, abgerufen am 06.09.2012.

Zeit Online: „*Giulio Regeni: Italien bestraft Ägypten wegen Studentenmord*“. Artikel vom 30.06.2016, unter: https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-06/giulio-regeni-italien-aegypten-sanktion, abgerufen am 17.04.18.

Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V.: „*Branchencheck-Ägypten. Mai 2018*“. Bericht vom 13.06.2018. Germany Trade and Invest (Hrsg.). unter: https://www.zvei.org/fileadmin/user_upload/Themen/Maerkte_Recht/Aussenwirtschaft/Afrika/Aegypten/Aegypten-Wirtschaft-Handel/GTAI-Branchencheck-Aegypten-Mai-2018.pdf, abgerufen am 02.12.19.